

Udo Leuschner

Die Geschichte der FDP

Udo Leuschner

Die Geschichte der FDP

Metamorphosen einer Partei zwischen rechts, sozialliberal und neokonservativ

Udo Leuschner, „Die Geschichte der FDP"

Die Edition Octopus erscheint im
Verlagshaus Monsenstein und Vannerdat OHG Münster
www.edition-octopus.de

Druck: CCC GmbH Münster
Herstellung: MV-Verlag

Das Titelbild zeigt den FDP-Vorsitzenden Erich Mende im Bundestagswahlkampf 1961 (Foto: Udo Leuschner)

ISBN 1-234567-89-0

Vorbemerkung

Im Jahre 2001 begann ich damit, eine „Geschichte der FDP" zu schreiben und sukzessive auf meinen Internet-Seiten zu veröffentlichen, um ein Stück selbst erlebter Zeitgeschichte sowie meine persönliche, sehr ambivalente Beziehung zur FDP aufzuarbeiten. Den eigentlichen Anstoß aber gab, wie der Begriff „liberal" zunehmend im Sinne von „neoliberal" gebraucht wurde, was ich persönlich nicht nur als Verengung, sondern als Verfälschung und Negierung des Liberalismus empfinde.

Da es sich um eine recht kritische Darstellung handelte, war ich überrascht, gerade aus FDP-Kreisen viel Zustimmung zu erhalten (mit Ausnahme des Möllemann-Helfers Fritz Goergen, der sich über „viel Falsches" zu seiner Person beschwerte). Die Partei ist offenbar immer noch wesentlich liberaler, als der tumbe Neoliberalismus eines Guido Westerwelle vermuten lassen könnte. Ich hoffe, daß das so bleibt und nach der Veröffentlichung dieser Fortsetzung nicht sämtliche Links gekappt werden, die bisher von FDP-Gliederungen auf Orts-, Bezirks- und Landesebene zu meiner Internet-Seite gelegt wurden...

Meine Geschichte der FDP endete bisher mit dem 14. Bundestag. Aufgrund etlicher Anfragen sah ich mich zu der Ankündigung veranlasst, sie nach der 15. Legislaturperiode fortzusetzen. Dieses Versprechen wird hiermit eingelöst. Die aktualisierte Fassung fügt den bisher 38 Kapiteln elf weitere hinzu, die ausführlich auf die jüngste Entwicklung der FDP bis zu den vorgezogenen Bundestagswahlen im September 2005 eingehen. Wie die Bundestagswahlen selber ausgehen würden, war bei Abschluß des Textes noch nicht bekannt. Es war auch noch offen, wie das Bundesverfassungsgericht über die Klagen gegen den Mißbrauch der Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes entscheiden würde. Für eine Absage der Wahlen hätte es gute verfassungsrechtliche Gründe gehabt, wie auch schon 1983, als Kohl denselben Trick wie Schröder anwendete (siehe dazu

Seite 158/159). Die Darstellung schließt deshalb mit der spannenden Frage, ob eine erneute Regierungsbeteiligung der FDP, die zunächst so gut wie sicher schien, von der neuen „Linkspartei“ durchkreuzt werden könnte.

Schon bisher hatte ich die „Geschichte der FDP“ auch als PDF-Datei zum Ausdrucken angeboten, da es wesentlich angenehmer ist, einen Text dieses Umfangs auf Papier statt am Bildschirm zu lesen. Diese Möglichkeit besteht auch bei der neuen, erweiterten Fassung. Allerdings ist der Ausdruck von über 400 Seiten umständlich, kostspielig und zeitraubend, wie ich bei der Herstellung meines eigenen Handexemplars feststellen konnte. Deshalb wird der Text erstmals auch als komplettes Buch angeboten. Die Herstellung erfolgt im digitalen Schnelldruck entsprechend der Nachfrage („Buchdruck auf Bestellung“). Das Buch kostet etwas mehr als ein Ausdruck, bietet aber wesentlich höheren Gebrauchswert und Lesekomfort. Zum Beispiel eignet es sich vorzüglich als Geschenk, um Linksliberale zu beglücken oder Westerwelle-Anhänger zu ärgern...

Heidelberg, im August 2005, **Udo Leuschner**

Inhaltsverzeichnis

Die Entstehung der FDP

Die Neugründung liberaler Parteien in den vier Besatzungszonen Deutschlands

Nach dem zweiten Weltkrieg war Deutschland ein Trümmerfeld. Die politische Macht lag einzig und allein bei den vier Besatzungsmächten, die das verbliebene Territorium unter sich aufgeteilt hatten. Es bedurfte bereits einer besonderen Erlaubnis, um von einer Besatzungszone in die andere zu reisen. Unter diesen Umständen war die Neugründung politischer Parteien nur mit Genehmigung und Unterstützung der Besatzungsmächte möglich.

Sowjets lassen in der Ostzone die LDP zu

Auch die liberalen Parteien entstanden deshalb zunächst auf regionaler Ebene. Den Vorreiter machte die Ostzone, wo die Sowjets aus taktischen Überlegungen die Neugründung von Parteien forcierten: Schon am 5. Juli 1945 erschien der Aufruf zur Gründung einer Liberaldemokratischen Partei (LDP). An der Spitze standen mit Wilhelm Külz und Eugen Schiffer zwei führende Köpfe der ehemaligen Deutschen Demokratischen Partei (DDP). Wenige Tage später wurde die LDP von den Sowjets zugelassen. Ferner traten KPD und SPD wieder auf den Plan. Als überkonfessioneller Nachfolger der ehemaligen katholischen Zentrumspartei entstand die CDU.

Die sowjetische Besatzungsmacht unterstützte die von ihr zugelassenen Parteien auch mit Geld und Sachleistungen. So konnte die LDP seit 3. August 1945 über die Zeitung „Der Morgen“ als Parteiorgan verfügen. Im April 1946 hatte sie über 100.000 Mitglieder, ein Jahr später 170.000.

In den Westzonen macht die DVP den Anfang

In den Westzonen wurde als erste liberale Partei am 16. September 1945 in Stuttgart die „Demokratische Volkspartei“ (DVP)

gegründet. Mit ihrem Namen knüpfte sie an die alte liberale Traditionspartei des Südwestens an. Die Amerikaner machten den ehemaligen württembergischen DDP-Vorsitzenden Reinhold Maier zum Ministerpräsidenten des von ihnen gegründeten Landes Württemberg-Baden (das als US-Besatzungsgebiet nur die nördlichen Teile der beiden Länder umfaßte). Bei den ersten Landtagswahlen im November 1946 erreichte die DVP einen Stimmenanteil von fast zwanzig Prozent. Maier regierte, gestützt auf eine Koalition mit SPD und BHE, das Land Württemberg-Baden und den späteren Südweststaat bis Oktober 1953. Er war der bisher erste und einzige Ministerpräsident mit FDP-Parteibuch.

Es folgten Neugründungen liberaler Parteien in Bayern, Hessen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen, die sich sowohl nach Namen wie nach politischer Ausrichtung unterschieden. Zum Teil handelte es sich um deutlich rechtslastige Parteien. Gemeinsam war allerdings allen das prononcierte Bekenntnis zur Privatwirtschaft, verbunden mit der Ablehnung sozialistischer Tendenzen, sowie eine anti-klerikale Grundhaltung.

Die USA eröffnen den Kalten Krieg

Schon 1946 gab es Bestrebungen, die liberalen Parteien aller Besatzungszonen in einer Gesamtpartei zusammenzuführen. Auch hier waren es in erster Linie wieder die Sowjets, welche die von ihnen zugelassenen Parteien der Ostzone bei solchen Bestrebungen unterstützten. Vermutlich versprachen sie sich davon vermehrten Einfluß in einem wie immer gearteten Gesamtdeutschland. Noch dachte niemand an die Bildung von zwei Separatstaaten.

Die Teilung Deutschlands begann sich jedoch bereits 1947 abzuzeichnen, als die USA offiziell den Kalten Krieg eröffneten. Vor diesem Hintergrund gewannen die „gesamtdeutschen" Vorstöße der Sowjets und ihrer ostdeutschen Helfer zunehmend propagandistischen Charakter, während die westlichen Besatzungsmächte aus demselben Grund eine abwehrende Haltung einnahmen.

Ein erster Versuch von Wilhelm Külz, im Sommer 1946 in Erfurt eine „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“ ins Leben zu rufen, war mit den westlichen Bundesgenossen nicht abgestimmt und mußte deshalb scheitern. Es gab ohnehin schon Zweifel am politischen Handlungsspielraum der Parteifreunde im Osten. Mit Unbehagen sah man im Westen, wie LPD, CDU und SPD im Osten in eine „Einheitsfront der antifaschistischen demokratischen Parteien“ eingebunden worden waren, die der KPD die Führung sicherte. Die SPD war im April 1946 sogar gänzlich in der KPD aufgegangen bzw. mit dieser zur SED verschmolzen worden.

Die gesamtdeutsche DPD übersteht ihr Gründungsjahr 1947 nicht

Dennoch fand am 17. März 1947 in Rothenburg ob der Tauber eine Sitzung des Koordinationsausschusses aller liberalen Parteien statt, die mit der Gründung der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (DPD) endete. Zu Vorsitzenden wurden Theodor Heuss und Wilhelm Külz gewählt. In Frankfurt und Berlin wurden gleichberechtigte „Verbindungsstellen“ der neuen Partei eingerichtet. Auf einer späteren Sitzung des Vorstands bekam Külz sogar den Auftrag, den Entwurf einer gesamtdeutschen Verfassung auszuarbeiten.

Die „Demokratische Partei Deutschlands“ war die erste und einzige gesamtdeutsche Parteigründung. Aber auch sie hatte nicht lange Bestand. Fünf Tage vor dem Treffen in Rothenburg hatte US-Präsident Truman in einer programmatischen Rede den ehemaligen sowjetischen Verbündeten den Fehdehandschuh hingeworfen. Die Sowjets reagierten mit einer Intensivierung ihrer Propaganda. Unter anderem lud die SED für den 6. Dezember zum „Ersten Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ nach Berlin ein. Külz nahm die Einladung zu dem Spektakel an, ohne von den Parteigremien ermächtigt worden zu sein. An diesem Faux pas entzündete sich ein Streit, der schon Anfang 1948 wieder zur Auflösung der DPD führte.

Die Gründung der FDP in Heppenheim

Es dauerte ein knappes Jahr, bis sich wenigstens die liberalen Parteien der westlichen Besatzungszonen zu einer Gesamtpartei vereinigten. Das Ergebnis war die bis heute bestehende Freie Demokratische Partei (FDP). Sie entstand am 11. Dezember 1948 in Heppenheim an der Bergstraße. An der Fusion beteiligt waren die FDP vom Hamburg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, die LDP von Westberlin und Hessen, die Demokratische Partei von Rheinland-Pfalz und Baden sowie die Demokratische Volkspartei von Württemberg-Hohenzollern, Bremen und Württemberg-Baden.

Die Namensgebung war zunächst umstritten. Etliche Teilnehmer plädierten für Liberaldemokratische Partei (LDP), konnten sich aber mit 25 gegen 64 Stimmen nicht durchsetzen. Vorsitzender der neuen Partei wurde Theodor Heuss, Stellvertreter Franz Blücher.

Der Ort der Parteigründung war mit Bedacht gewählt: Am 10. Oktober 1847 hatten sich in Heppenheim die gemäßigten Liberalen getroffen, die für die Umwandlung Deutschlands in eine konstitutionelle Monarchie eintraten. Die Heppenheimer Versammlung vor über hundert Jahren war zugleich der Gegenpol zu einer vorangegangenen Versammlung in Offenburg gewesen, auf der die Radikalliberalen dominiert hatten.

In drei Länderparlamenten sitzt die FDP rechtsaußen

Die neue FDP, die sich bewußt in diese Tradition stellte, war allerdings noch ziemlich entfernt davon, wirklich eine liberale Partei zu sein, und sei es auch nur eine solche der gemäßigten Richtung. Bis in die fünfziger Jahre standen etliche ihrer Landesverbände weit rechts von der CDU/CSU. Sie warben mit nationalistischen Parolen um die Wählerschaft der ehemaligen NSDAP-Mitglieder und waren selber stark von Nazis durchsetzt. In Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen be-

standen die FDP-Abgeordneten sogar darauf, im Parlament rechts von der CDU sitzen. Dagegen saßen die Liberalen in Württemberg-Baden, Hamburg und Bremen zwischen CDU/ CSU und SPD.

Mit fünf Mitgliedern im Parlamentarischen Rat

Die FDP war also vorläufig ein recht heterogenes Gebilde mit starker Eigenständigkeit der Landesverbände. Den Anstoß zur Gründung von Heppenheim gaben äußere Umstände: Im Zuge des sich verschärfenden Kalten Kriegs hatten die drei westlichen Besatzungsmächte beschlossen, ihre Zonen zu vereinigen. Im Sommer 1948 wählten die elf Länderparlamente insgesamt 65 Abgeordnete in den „Parlamentarischen Rat", der die Verfassung für einen westdeutschen Separatstaat ausarbeiten sollte. Die liberalen Parteien waren in diesem Gremium mit fünf Mitgliedern vertreten. Die Zeit drängte, um bei den bevorstehenden Wahlen als Gesamtpartei antreten zu können.

Drei FDP-Minister im ersten Kabinett Adenauer Heuss wird Bundespräsident

Am 8. Mai 1949 billigte der Parlamentarische Rat die neue Verfassung mit 53 gegen 12 Stimmen (die Gegenstimmen kamen von CSU, Zentrum, Deutsche Partei und KPD). Die fünf FDP-Mitglieder stimmen der Verfassung ebenfalls zu, nachdem sie als einzige versucht hatten, den Artikel 15 zu verhindern, der die Überführung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln in Gemeineigentum erlaubt. Am 23. Mai wurde die neue Verfassung als „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland" verkündet.

Am 14. August 1949 fanden die Wahlen zum ersten Bundestag statt. Die FDP errang dabei einen Stimmenanteil von 11,9 Prozent und erhielt 52 von 402 Sitzen im Bundestag. Am 12. September wurde der FDP-Vorsitzende Theodor Heuss auf Vorschlag des CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer zum ersten Bundespräsidenten gewählt. Anschließend wurde Adenauer auf

Vorschlag des neuen Bundespräsidenten mit äußerst knapper Mehrheit zum ersten Bundeskanzler gewählt. Die FDP beteiligte sich mit CDU/CSU und DP an Adenauers Koalitionskabinett und stellte mit Franz Blücher (Vizekanzler), Thomas Dehler (Justiz) und Eberhard Wildermuth (Wohnungsbau) drei Minister.

Auch in der ersten DDR-Regierung sitzen drei Liberale als Minister

Die Sowjets zogen nun nach, indem sie aus ihrer Besatzungszone einen zweiten deutschen Separatstaat machten: Im Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gegründet. In der ersten DDR-Regierung unter Otto Grotewohl (SED) waren mit Hermann Kastner, Karl-Otto Hamann und Fritz Loch ebenfalls drei Liberaldemokraten vertreten. Im Unterschied zu Westdeutschland wurde in Ostdeutschland der Spielraum der Parteien und des Parlaments aber nicht allmählich weiter, sondern enger. Den DDR-Parteien LDP, CDU und NDPD war nur noch die Rolle willfähriger Gehilfen der SED zugedacht, die ihrerseits den Willen der Sowjets erfüllte. Der frühere stellvertretende DDR-Ministerpräsident Hermann Kastner, der 1956 in den Westen wechselte, soll sogar von Anfang an ein Agent der Sowjets gewesen sein. Der Außenhandelsminister Karl Hamann wurde vom SED-Regime zum Sündenbock für Versorgungsmängel gemacht, saß ab 1952 im Zuchthaus und kam erst 1956 auf Fürsprache Thomas Dehlers frei. Das Schicksal dieser beiden LPD-Vorsitzenden zeigt, daß von einer eigenständigen Rolle der Liberaldemokraten innerhalb des Machtgefüges der neuentstandenen DDR keine Rede sein konnte. Die Geschichte der LDP wird deshalb hier nicht weiter verfolgt.

Schwarz-weiß-rot mit braunen Flecken

Die FDP muß erkennen, daß es rechts von der CDU/CSU nicht viel zu holen gibt

Im ersten Bundestag von 1949 bis 1953 spielte die FDP die Rolle einer schwarz-weiß-rot gefärbten Rechtspartei, die teilweise sogar vom Ungeist des Nationalsozialismus angekränkelt schien. In den wesentlichen Fragen der Innen- und Außenpolitik stimmte sie mit dem Koalitionspartner CDU/CSU überein. Vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs unterstützte sie wie diese die Wiederaufrüstung und Westintegration der Bundesrepublik. Beide verband auch der schroffe Gegensatz zur oppositionellen SPD unter Kurt Schumacher. Unterschiede zur Union gab es vor allem in Fragen der Schul-, Wirtschafts-, Sozial- und Deutschlandpolitik. Während die Unionsparteien die Klerikalisierung des Staates betrieben, empfahl sich die FDP den Wählern als laizistische Partei, die beispielsweise die Einführung von Konfessionsschulen ablehnte. Ferner profilierte sich die FDP als kompromißlose Vertreterin von Kapital- und Eigentumsinteressen, während die CDU damals noch vom „Ahlener Programm" geprägt war, das zumindest verbal einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Marxismus propagierte.

Nicht zuletzt zeigte sich die FDP offener für gesamtdeutsche Kontakte und Fragen der Deutschlandpolitik. Jedem Einsichtigen war damals klar, daß die politische und militärische Integration der Bundesrepublik in den Westen mit dem Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung auf lange Sicht unvereinbar war. Sie mußte vielmehr zur Zementierung der beiden deutschen Staatsgebilde führen, die vorläufig noch unter Kuratel der Besatzungsmächte standen. Die SPD unter Kurt Schumacher lehnte deshalb die Remilitarisierung und Westintegration ab,

während die Unionsparteien unter Konrad Adenauer diesen Widerspruch einfach leugneten und mit gesamtdeutschen Lippenbekenntnissen übertünchten. Als die Sowjetunion im März 1952 die Wiedervereinigung Deutschlands für den Preis der Neutralität anbot, wurde dieser Vorschlag nicht einmal ernsthaft geprüft, obwohl die Österreicher unter ganz ähnlich gearteten Verhältnissen drei Jahr später tatsächlich ihre nationale Einheit und Souveränität wiedererlangen konnten. - Die FDP trug diese Widersprüche von Adenauers Deutschlandpolitik grundsätzlich mit. Zugleich umwarb sie aber solche Wähler, die sich noch immer mehr im alten Nationalstaat als im neu entdeckten „christlichen Abendland“ zuhause fühlten. Zum Beispiel stimmte sie 1952 dem EVG-Vertrag zu, der die neu aufzustellenden westdeutschen Streitkräfte vollständig in eine „Europäische Verteidigungsgemeinschaft“ integrieren wollte. Zugleich erwirkte sie aber die Streichung einer Klausel, die auch ein wiedervereinigtes Deutschland an den EVG-Vertrag gebunden hätte.

Fraktionsgemeinschaft mit der „Deutschen Partei“ (DP)

Im ersten Bundestag verfügte die CDU/CSU mit 139 Sitzen nur über einen geringen Vorsprung vor der SPD mit 131 Sitzen. Die erste Bundesregierung unter Konrad Adenauer stützte sich deshalb auf eine Koalition mit FDP und Deutsche Partei (DP), die über 52 bzw. 17 Mandate im Bundestag verfügten. FDP und DP waren politisch verwandte Parteien, die auch eine gemeinsame Fraktion bildeten. Untereinander unterschieden sie sich vor allem dadurch, daß es in der mehrheitlich rechts angesiedelten FDP immer noch liberale Residuen gab, während die DP durchweg eine schwarz-weiß-rote Färbung hatte. Anders als bei der FDP beschränkte sich die Anhängerschaft der DP im wesentlichen auf Niedersachsen und Norddeutschland.

Ende 1949 beantragte die SPD im Bundestag die Aufhebung der Immunität des DP-Abgeordneten Wolfgang Hedler, weil

dieser erklärt hatte: „Man kann offenkundig geteilter Ansicht darüber sein, ob die Gaskammern das geeignete Mittel waren, um sich der Juden zu entledigen. Vielleicht hatte es noch andere Möglichkeiten gegeben, um diesen Zweck zu erreichen." - Die Affäre war typisch für die Fortdauer und das Wiederaufleben nazistischen Ungeistes bis in die Reihen der Regierungsparteien. Dem Antrag wurde immerhin stattgegeben und der DP-Abgeordnete erhielt neun Monate Gefängnis.

Gegen Entnazifizierung - für Freilassung von Kriegsverbrechern

Ansonsten galt es aber als normal, daß ehemalige Mitglieder und Funktionsträger der NSDAP im Staatsapparat der Bundesrepublik wieder tätig wurden und sogar leitende Stellungen einnehmen konnten. Die Spaltung des deutschen Volkes in Gerechte und Ungerechte müsse endlich aufhören, erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer, als er auf den hohen Anteil ehemaliger „Parteigenossen" im Auswärtigen Amt angesprochen wurde. Auch könne man nicht auf Beamte verzichten, die bereits gewisse Erfahrungen im auswärtigen Dienst hätten.

Bei wohlwollender Auslegung klang das wie ein Aufruf zur Versöhnung mit der braunen Vergangenheit. Die FDP war da eine Spur deutlicher: Bei ihr klang alles eher wie die Forderung nach Rehabilitierung. So verlangte sie auf ihrem Bundesparteitag im September 1951 in München die Freilassung aller „sogenannten Kriegsverbrecher" und begrüßte die kurz zuvor erfolgte Gründung eines „Verbands Deutscher Soldaten" aus ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen.

Die Entnazifizierung war der FDP ein besonderer Dorn im Auge. Sie konnte sich nicht einmal mit einer wesentlichen Milderung des bisherigen Entnazifizierungsverfahrens anfreunden, als der Bundestag Ende 1950 mit den Stimmen von CDU/CSU und SPD-Opposition einen entsprechenden Antrag beschloß. Die FDP stimmte mit der DP und der neonazistischen DRP dagegen.

Dehler legt sich mit den Gewerkschaften an

Die FDP habe weder mit Freiheit noch mit Demokratie das Geringste zu tun, kritisierte der bayerische DGB-Vorsitzende Max Wönner im Oktober 1951. Sie stelle nichts anderes als eine deutschnationale Scharfmacherpartei dar, die in „edlem Wettstreit" mit der neonazistischen SRP stehe.

Der fränkische FDP-Matador und Bundesjustizminister Thomas Dehler geriet wegen dieser Kritik so in Rage, daß er seinerseits über die Gewerkschaften herzog und ihnen „marxistische Wahnideen" vorwarf. Sie huldigten noch immer den „alten Ladenhütern von der Sozialisierung, von der Bedarfsdeckungswirtschaft, von der Wirtschaftsdemokratie, vom Mitbestimmungsrecht, von der Vollbeschäftigungspolitik".

Damit ging Dehler als Mitglied der Bundesregierung allerdings zu weit. In einer neuen Fassung seiner Rede begnügte er sich mit der Forderung an die Gewerkschaften, sie sollten sich um die unmittelbaren Interessen ihrer Mitglieder kümmern und nicht in allgemeinpolitische Fragen einmischen. Aber das Porzellan war schon zerschlagen: Der Bundesvorstand des DGB beschloß, die Zusammenarbeit mit der Regierung Adenauer einzustellen.

Reinhold Maier tanzt aus der Reihe und wird vom Bundesvorstand kritisiert

Eine der Ausnahmen in der braun gesprenkelten FDP-Landschaft bildete die schwäbische FDP/DVP, die in Stuttgart mit Reinhold Maier den ersten und einzigen FDP-Ministerpräsidenten der Bundesrepublik stellte. Im Frühjahr 1952 erfolgte der Zusammenschluß der Länder Württemberg-Baden, Südbaden, und Württemberg-Hohenzollern zum neuen Bundesland Baden-Württemberg. Reinhold Maier gelang es, eine Koalition mit SPD und BHE zu bilden, so daß er am 25. April 1952 auch Ministerpräsident des neuen Südweststaates wurde. Die CDU war darüber so erbost, daß sie vor der Abstimmung aus der verfassunggebenden Landesversammlung auszog. Sie glaubte als stärkste

Partei ein Anrecht auf die Regierungsbildung zu haben und sah demokratische Spielregeln verletzt.

Aber auch die Bundes-FDP dachte nicht daran, den Parteifreunden im Südwesten zu ihrem Coup zu gratulieren: Der FDP-Fraktionsvorsitzende August Martin Euler bezeichnete das Verhalten der DVP als einen schweren Affront gegen die Politik der Gesamtpartei. Der folgende Bundesparteitag der FDP am 14. Juli 1952 in Essen stellte fest, „daß die Regierungsbildung in Baden-Württemberg der politischen Aufgabe der FDP angesichts der gegenwärtigen staatsgefährdenden Obstruktionspolitik der Sozialdemokratischen Partei im Bunde zuwiderläuft".

In derselben Entschließung des Essener Parteitags verlangte die FDP eine Generalamnestie für „sogenannte Kriegsverbrecher" und äußerte die Erwartung, „daß dem endlich erreichten formellen Abschluß der Entnazifizierung nun noch die innere Befriedung folge durch die gegenseitige Bereitschaft zu tatsächlicher Gleichberechtigung". Niemand dürfe „wegen seiner politischen Gesinnung in der Vergangenheit Staatsbürger minderen Rechts oder Ansehens sein". Ein paar Tage später drohte der nordrhein-westfälische FDP-Bundestagsabgeordnete Erich Mende, er und zwei Dutzend andere Parlamentarier würden die Ratifizierung des Deutschland-Vertrags und des EWG-Vertrags ablehnen, falls nicht bis zur dritten Lesung eine große Anzahl Kriegsverbrecher von den Alliierten freigelassen würden.

„Deutsches Programm" kontra „Liberales Manifest"

Mit Marschmusik und schwarz-weiß-rotem Gepränge empfing die FDP im November 1952 die Delegierten des Bundesparteitags in Bad Ems: Der wiedergewählte Vorsitzende Franz Blücher unterzog die liberale Parteigeschichte vor 1933 einer höchst eigenwilligen Deutung, indem er es als den entscheidenden Fehler der „Deutschen Staatspartei" bezeichnete, in der Frontgeneration nur eine „Gefahr von rechts" gesehen zu haben, statt diese soldatischen Menschen im Bewußtsein der nationalen Verantwortung an den demokratischen Staat zu binden. Neuer

stellvertretender Vorsitzender wurde Friedrich Middelhauve, der Vorsitzende des rechtslastigen Landesverbandes Nordrhein-Westfalen.

Der Flügel um Middelhauve hatte inzwischen ein „Deutsches Programm" erarbeitet, das der FDP endgültig den Weg zu einer deutschnationalen Sammelbewegung rechts von der CDU/CSU weisen sollte. Der eigentliche Verfasser des „Deutschen Programms" soll Hans Fritzsche gewesen sein, der frühere Chefkommentator des NS-Rundfunks, was von der FDP aber bestritten wurde. Kontrastierend zum Programm des rechten Flügels, das von den Landesverbänden Nordrhein-Westfalen und Hessen unterstützt wurde, legten die liberaleren Kräfte ein „Liberales Manifest" vor, hinter dem die Landesverbände Hamburg, Bremen, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Rheinland-Westfalen standen.

Versuch zur Übernahme der DP scheitert

Als wichtigen Kandidaten für die „nationale Sammlung" rechts von der Union nahm der Flügel um Middelhauve die gesinnungsverwandte „Deutsche Partei" (DP) ins Visier. Im Februar 1953 löste die DP ihren Landesverband Nordrhein-Westfalen auf, um „zerstörenden Kräften den Boden für weitere Machenschaften zu entziehen". Anscheinend wollte der DP-Vorsitzende Heinrich Hellwege die Übernahme des Landesverbandes durch die FDP verhindern und ein Signal gegen künftige Abwerbungsversuche setzen. Der FDP-Bundesvorsitzende Franz Blücher und sein Vize Middelhauve bestritten anschließend, man habe den DP-Landesverband kaufen wollen.

Meinungsumfrage weist die FDP als Partei der Nazi-Sympathisanten aus

Die amerikanische Besatzungsmacht veröffentlichte im Januar 1953 eine Meinungsbefragung, die in ihrem Auftrag im Dezember 1952 durchgeführt worden war. Demnach hatte der Anteil der mit nationalistischen Gedanken sympathisierenden Deut-

schen in den letzten achtzehn Monaten erheblich zugenommen. Als Gegner des Nationalsozialismus bekannte sich weiterhin nur eine Minderheit von 39 Prozent der Gesamtbevölkerung (zuvor 40 Prozent). Aber nun waren plötzlich schon 44 Prozent der Meinung, daß der Nationalsozialismus den Deutschen mehr Gutes als Schlechtes gebracht habe (Zuvor 34 Prozent).

Vor allem unter den Anhängern der FDP und der anderen Rechtsparteien sei ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen gewesen. So würden von der Gesamtbevölkerung nur vier Prozent ein Wiederaufleben des Nationalsozialismus begrüßen, aber 25 Prozent der FDP-Anhänger. Die Frage, ob Ex-Nazis in Politik und Wirtschaft in jeder Weise die gleichen Möglichkeiten erhalten sollten, hätten im Gesamtdurchschnitt 36 Prozent bejaht, aber 80 Prozent der FDP-Anhänger.

Affäre um Komplott ehemals führender Nazis belastet die Partei

Am 15. Januar 1953 gab die britische Besatzungsmacht bekannt, sie habe eine Verschwörung von ehemals führenden Nationalsozialisten aufgedeckt und die Rädelsführer verhaftet. Hauptverdächtiger war der frühere Staatssekretär im NS-Propagandaministerium, Werner Naumann, den Hitler in seinem Testament zum Nachfolger von Goebbels ausersehen hatte. Die Nazi-Verschwörer wollten ihre Anhänger bei der FDP und anderen Rechtsparteien Schlüsselpositionen besetzen lassen, um wieder an die Macht zu kommen. Prominentestes FDP-Mitglied mit Kontakten zum Naumann-Kreis war der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Ernst Achenbach, Vorsitzender des Außenpolitischen Ausschusses der Bundespartei.

Die Naumann-Affäre verschärfte die Spannungen innerhalb der Partei, die sich mit dem Konflikt zwischen dem „Deutschen Programm" und dem „Liberalen Manifest" bereits überdeutlich abgezeichnet hatten. Zu denjenigen, denen der ganze „Rechtsgalopp" zuwider war, gehörte etwa Reinhold Maier. Sogar in Nordrhein-Westfalen probte nun eine liberale Minderheit den

Aufstand gegen den Landesvorsitzenden Middelhauve. Sie unterlag aber mit 52 gegen 231 Stimmen der Mehrheit, die Middelhauve das Vertrauen aussprach. Daraufhin beschloß am nächsten Tag der Landesverband Berlin, auf dem kommenden Bundesparteitag einen Mißtrauensantrag gegen Middelhauve einzubringen.

Bundesjustizminister Thomas Dehler hielt es ebenfalls für an der Zeit, einen klaren Trennstrich zu den Ewig-Gestrigen zu ziehen: „Die letzten Wochen haben uns in erschreckender Weise gezeigt, daß diese gefährlichen Toren wieder am Werke sind. Wer an ihrem Geist teil hat oder wer sich auch nur mit ihnen eingelassen hat, taugt nicht für uns."

Interner Bericht zur Unterwanderung der Partei

Die FDP beauftragte Thomas Dehler, Fritz Neumayer und Alfred Onnen mit der Untersuchung der Vorwürfe. Am 5. Juni 1953 legte die Kommission ihren Bericht dem Bundesvorstand vor. Er offenbarte, daß in der nordrhein-westfälischen FDP eine Seilschaft alter Nazis bestand und die hauptamtlichen Mitarbeiter der Partei sich weitgehend aus ehemaligen hohen Chargen des NS-Staates rekrutierten. Die Unterwanderung begann mit dem inzwischen verstorbenen Fraktionssekretär Wilke, einem ehemaligen Mitglied der Reichsjugendführung, der 1947 zur nordrhein-westfälischen FDP gekommen war. Nach Feststellung der Kommission hatte Wilke den „Apparat" der Partei beherrscht und zahlreiche braune Gesinnungsgenossen protegiert. Als Beispiele für braune Hauptamtliche nannte der Bericht die Namen Zoglmann (SS-Obersturmführer und HJ-Gebietsführer in der Reichsjugendführung), Jäckel (Hauptgeschäftsführer in der Reichsarbeitskammer), Dr. Brandt (persönlicher Referent von Konrad Henlein), Marks (SS-Standartenführer), Gröschel (SS-Hauptsturmführer), Kraas (SS-Brigadeführer), Rieger (Kreisleiter), Stolle (Mitglied der Reichsleitung der „Deutschen Arbeitsfront"), Sieger (Ordensjunker), Mundolf (Gaurichter der NSDAP), Prager (Gebietsführer der HJ), Stachon

(Kreisamtsleiter), Dr. Deumling (SS-Obersturmbannführer bei Gestapo und SD, Berndt (SS-Standartenführer beim SD) und Mertens (HJ-Bannführer).

Middelhauve deckt Funktionäre mit brauner Vergangenheit

Auch der Landtagsabgeordnete Ernst Achenbach und der Landesvorsitzende Friedrich Middelhauve wurden in dem Bericht schwer belastet. Im Falle Achenbachs forderte die Kommission kategorisch den Ausschluß aus der FDP, zu der er „nach seiner Grundhaltung“ niemals gehört habe. Über Middelhauve hieß es, er habe „durch sein Verhalten eine Gefahr für den Bestand und des Ansehen unserer Partei gesetzt“. Indessen könne ihm „der gute Glaube nicht abgesprochen werden“. Dem Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes, Wolfgang Döring, warf die Kommission vor, er habe es an der erforderlichen Loyalität und Aufrichtigkeit fehlen lassen. Dies zu ahnden, bleibe dem Landesvorstand überlassen. Schließlich wurden drei hauptamtliche Funktionäre der FDP genannt - Diewerge, Drewitz und Brandt - , die wegen schwerer Verstöße gegen die Grundsätze der Partei auszuschließen seien.

Middelhauve hatte zumindest beide Augen zugedrückt, wenn es um die Einstellung alter Nazis ging. Nachdem die Naumann-Affäre ins Rollen gekommen war, hatte er sich sogar geweigert, der von Dehler geleiteten Untersuchungskommission eine Liste aller hauptamtlichen FDP-Mitarbeiter mit Angaben zu deren politischer Vergangenheit zukommen zu lassen: Das Ansinnen Dehlers stand für ihn „im Gegensatz zu der offiziellen Haltung der Partei, die schon seit Jahren den Abschluß der Entnazifizierung fordert und in Nordrhein-Westfalen sogar die Vernichtung der Entnazifizierungsakten offiziell im Landtag beantragt hat“.

Achenbach lädt Alt-Nazis zur Unterwanderung der FDP ein

Wichtigster Verbindungsmann zu den Ex-Gauleitern und anderen Nazis um Werner Naumann war Ernst Achenbach, der vor

dem Nürnberger Militärgerichtshof Angeklagte der IG Farben verteidigt hatte. Der FDP-Politiker unterhielt in seiner Essener Anwaltskanzlei ein Büro für die Generalamnestie aller NS-Verbrechen. Als sachkundige Gehilfen beschäftigte er den in Dänemark zum Tode verurteilten SS-Obergruppenführer Werner Best und den SS-Brigadeführer Franz Alfred Six.

Achenbach hatte von sich aus den Kontakt zu Naumann aufgenommen und diesen aufgefordert, mit anderen Gesinnungsgenossen in die FDP einzutreten. Im Tagebuch des verhafteten Naumann fand sich unter anderem folgende Notiz über ein Gespräch mit Achenbach:

„Daß Adenauer im Augenblick nicht die schlechteste Lösung für uns ist, findet natürlich meine Zustimmung. Ein Volk in dieser Lage, ohne nationale Souveränität, von Hohen Kommissaren regiert, braucht Stresemänner. Um den Nationalsozialisten unter diesen Umständen trotzdem einen Einfluß auf das politische Geschehen zu ermöglichen, sollen sie in die FDP eintreten, sie unterwandern und ihre Führung in die Hand nehmen. An Einzelbeispielen erläuterte er, wie leicht das zu machen wäre. Mit nur 200 Mitgliedern können wir den ganzen Landesvorstand erben. Mich will er als Generalsekretär oder ähnliches engagieren!! Es ist ihm so ernst um sein Angebot, daß er zum Schluß bedeutet: entweder wir nehmen an und unterstützen ihn, oder er zieht sich aus der Politik zurück.“

Achenbach mußte die sachliche Richtigkeit der Aufzeichnungen Naumanns weitgehend zugeben. Er bestritt jedoch, die Nazis zur Unterwanderung der Partei eingeladen zu haben. Allenfalls habe er vielleicht gesagt: „Wer anständig ist, kann bei uns etwas werden wie jeder andere.“

Einer dieser „Anständigen“, die bei der FDP etwas werden konnten, war Wolfgang Diewerge, den Middelhauve auf Empfehlung Achenbachs zu seinem Privatsekretär gemacht hatte. Diewerge war ein hoch dekorierter SS-Standartenführer, der unter anderem seit 1935 den Titel eines „Reichsredners“ der

NSDAP führte und die Abteilung Rundfunk im Propagandaministerium geleitet hatte. Er kannte fast alle der ehemaligen Nazi-Größen, die nach Mitteln und Wegen suchten, um wieder politischen Einfluß zu erlangen. Middelhauve empfahl dem Organisationsausschuß der Gesamtpartei, Diewerge zur Rednerschulung in den Landesverbänden einzusetzen. Er ließ sich davon auch nicht abbringen, als ihm die politische Vergangenheit seines Günstlings vorgehalten wurde. Um Diewerge für die geplante Vortragstätigkeit zu entlasten, stellte er den ehemaligen NSDAP-Landrat Heinrich Lindner als zweiten Privatsekretär ein.

Achenbach kann seine Karriere trotz der schweren Vorwürfe fortsetzen

Der Bundesvorstand der FDP beriet am 7. Juni 1953 über den vertraulichen Bericht der Dreierkommission. Anschließend gab er bekannt, daß Diewerge, Drewitz, Brandt und Mertens aus den Diensten der Partei ausgeschieden seien. Bei Drewitz handelte es sich um einen ehemaligen Goebbels-Propagandisten und Herausgeber der ultrarechten FDP-Publikation „Deutsche Zukunft“, für die Siegfried Zoglmann als Chefredakteur zeichnete.

Gegen Achenbach sei ein Ausschlußverfahren eingeleitet worden, weil er der Gesamtpartei durch sein Verhalten schwer geschadet habe, hieß es in der Mitteilung des Bundesvorstands weiter. Dieses Ausschlußverfahren verlief dann allerdings im Sande. Bei den Bundestagswahlen 1957 zog Achenbach sogar ins Bonner Parlament ein und vertrat dort die FDP bis 1976. Außerdem war er von 1962 bis 1977 Mitglied des Europa-Parlaments und wäre 1974 von der sozialliberalen Koalition fast zum EG-Kommissar gemacht geworden. Er starb Ende 1999 im Alter von 82 Jahren. Kurz vorher war noch bekannt geworden, daß er 1941 als Gesandtschaftsrat bei der Deutschen Botschaft in Paris bei Judendeportationen mitgewirkt hatte.

Middelhauve und sein Landesvorstand kamen in dem Bericht des Bundesvorstands mit einem leichten Tadel davon: Sie seien

„in ihrer Bereitschaft, ehemalige Nationalsozialisten zur Mitarbeit in dem demokratischen Rechtsstaat heranzuziehen, durch untreue Kräfte in einigen Fällen getäuscht und in einem Falle schwer mißbraucht worden". Die „vereinzelt festgestellten Versuche" zu einer Unterwanderung der Partei seien aber insgesamt gescheitert: „Die FDP ist nicht unterwandert."

Auf dem drei Wochen später stattfindenden Bundesparteitag in Lübeck wurden weder die Naumann-Affäre noch das „Deutsche Programm" erörtert. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen hielten die Flügel Burgfrieden. Der Vormarsch der Rechten war jedoch vorerst gestoppt. Dies kaum auch äußerlich darin zum Ausdruck, daß mehr schwarz-rot-gold als deutschnationales schwarz-weiß-rot zu sehen war.

Ernüchterung nach den Bundestagswahlen

Die Wahlen zum zweiten Bundestag am 6. September 1953 zeigten dann, daß rechts von den Unionsparteien nicht viel zu holen war: Während die CDU/CSU mit einem Stimmenanteil von 45,2 Prozent (31 Prozent) einen enormen Zuwachs erlebte, mußten alle Rechtsparteien Wähler abgeben: Die FDP fiel von 11,9 auf 9,5 Prozent, die DP von 4,0 auf 3,3 Prozent und die „Deutsche Reichspartei" (DRP) von 1,8 auf 1,1 Prozent. Die zuletzt genannte Partei hatte den inzwischen wieder aus der Haft entlassenen Werner Naumann neben dem Nazi-Fliegeridol Hans Ulrich Rudel und dem Schriftsteller Hans Grimm („Volk ohne Raum") als Spitzenkandidaten nominiert.

Besonders herbe Stimmenverluste erlitt die FDP in liberalen Hochburgen wie Baden-Württemberg (von 17,6 auf 12,7 Prozent) und Hamburg (von 15,8 auf 10,3 Prozent). Aber auch in Hessen, das ähnlich Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eine Hochburg der Parteirechten war, sank sie von 28,1 auf 18,7 Prozent. Ihr liefen also auf der einen Seite die liberalen Wähler davon, während auf der anderen Seite der Vorstoß ins deutschnationale Potential nicht vorankam.

Das Konzept einer deutschnationalen Sammelpartei rechts von der CDU/CSU konnte damit als gescheitert gelten. Die FDP mußte sich in anderer Weise profilieren, um der CDU/CSU „bürgerliche“ Wähler abspenstig zu machen. Vor allem mußte sie einen Ausweg aus der deutschnationalen Sackgasse finden, in die sie der „Rechtsgalopp“ geführt hatte.

Die FDP unter Thomas Dehler

Der neue Vorsitzende wird wegen der Preisgabe der Saar und des Abschreibens der Wiedervereinigung zum schärfsten Gegner Adenauers

In der zweiten Legislaturperiode von 1953 bis 1957 wandelte sich die FDP von einer Rechtspartei zum liberalen Korrektiv der Unionsparteien. Nach dem mißlungenen Versuch, als nationalistische Sammlungspartei rechts neben der CDU zu reüssieren, gewannen liberale Kräfte wieder an Boden. Dies zeigte sich besonders darin, daß mit Thomas Dehler nun ein leidenschaftlicher Vertreter liberalen Gedankenguts den Partei- und Fraktionsvorsitz übernahm. Zusammen mit Reinhold Maier wurde Dehler zum wichtigsten „bürgerlichen“ Gegenspieler des Bundeskanzlers Konrad Adenauer, der von seiner ganzen Denkweise her noch stark im Obrigkeitsstaat wurzelte.

Ein Politiker mit untadeliger Vergangenheit

Der 1897 geborene Dehler hatte sich schon 1920 der DDP angeschlossen. Auch nach 1933 blieb er ein Gegner des Nationalsozialismus. Standhaft hielt er zu seiner jüdischen Frau und rettete ihr durch die „Mischehe“ das Leben. Er wurde zweimal verhaftet und in anderer Weise drangsaliert. Mit dieser Biographie unterschied sich Dehler deutlich vom Großteil der FDP-Mitglieder, die NSDAP-Mitglieder oder Mitläufer des Nazi-Regimes gewesen waren.

Generell gab es damals in Deutschland nur sehr wenig unbelastete Persönlichkeiten. Es gab auch kaum Bereitschaft, sich mit der grauenhaften Barbarei des NS-Staates und der eigenen Schuld daran auseinanderzusetzen. Im wesentlichen waren es die alten Eliten des NS-Staates, die auch die neue, von den Be-

satzungsmächten installierte Nachkriegsdemokratie trugen. Die triumphalen Wahlerfolge der Unionsparteien verdankten sich zum guten Teil dem durch Konrad Adenauer personifizierten Versprechen, nicht an das Gewesene zu rühren, sondern den Blick nach vorn zu richten und aus der erlittenen Katastrophe das Beste zu machen. Der konservative Politiker Adenauer bildete gewissermaßen einen Führer-Ersatz, ohne Nazi gewesen zu sein. Sogar seine skrupellos-macchiavellistische Art wurde vom breiten Publikum durch das liebenswürdige Bild einer rosenzüchtenden Vaterfigur wahrgenommen. Und an die Stelle der Nazi-Ideologie trat nun ein penetranter Klerikalismus, der das Christentum quasi zur Staatsreligion erhob.

Liberaler mit Ecken und Kanten

Auch hier lag der Freigeist Thomas Dehler quer zum restaurativen Klima. Von Haus aus Katholik, war er ein radikaler Gegner der geistigen Bevormundung durch die Kirche und klerikaler Machtansprüche geworden. Die Freiheit des Individuums glaubte er allerdings genauso gegen andere kollektive Zwänge verteidigen zu müssen. Von daher erklären sich seine Ausfälle gegenüber den Gewerkschaften. Als die Gewerkschaften zur Durchsetzung der Mitbestimmung mit einem politischen Streik drohten, sah er darin sogar eine Nötigung von Verfassungsorganen und erklärte den DGB für zuchthauswürdig.

Auch sonst machte sich Dehler durch seine kompromißlose, impulsive Art ebenso viele Feinde wie Bewunderer. Er war das Gegenteil des modernen Politikers, der sich geschmeidig Mehrheitsmeinungen anpaßt, um die eigene Karriere zu fördern.

Die FDP schickte ihn deshalb nach der zweiten Legislaturperiode aufs Altenteil als Bundestagsvizepräsident und übertrug die Leitung der Partei dem „schönen Erich“ (Mende), der sich bei festlichen Gelegenheiten schon mal mit dem nationalsozialistischen „Ritterkreuz“ am Hals zeigte und damit die Herzen der alten Garde höher schlagen ließ.

Adenauer wollte Dehler nicht mehr als Minister haben

Dehler war im ersten Kabinett Adenauer Justizminister gewesen, wobei er Adenauers Kurs der Westintegration und Remilitarisierung voll unterstützte. Er hatte sich aber auf eine unkluge Auseinandersetzung mit dem Bundesverfassungsgericht eingelassen, weshalb ihn Adenauer nicht mehr in die neue Regierung übernahm. Nun wurde er Fraktionsvorsitzender der FDP im Bundestag. Im März 1954 löste er außerdem Franz Blücher als Vorsitzender der Bundespartei ab. Seinen einstigen Mentor Adenauer sah er zunehmend kritischer. Vor allem erbitterte ihn die Haltung des Bundeskanzlers zur Saar-Frage und in der Wiedervereinigungspolitik. Unter Dehlers Führung öffnete sich die FDP für Koalitionen mit der SPD - nicht aus Sympathie für die Opposition, sondern aus Selbsterhaltungstrieb gegenüber dem großen Koalitionspartner, der unverhohlen Anstalten machte, die FDP durch eine Wahlrechtsänderung zur Bedeutungslosigkeit zu verurteilen. Mit dem Aufstand der „Jungtürken", die 1956 im Bunde mit der SPD die Düsseldorfer CDU-Landesregierung stürzten und dadurch auch die Bonner Koalition erschütterten, befreite sich die FDP vollends von dem Ruch, nur ein Anhängsel der Unionsparteien zu sein.

Im zweiten Kabinett Adenauer vier FDP-Minister

Bei den Bundestagswahlen im September 1953 hatte die CDU/CSU mit Konrad Adenauer einen triumphalen Wahlsieg errungen. Sie besaß nun insgesamt 244 Mandate gegenüber 243 Mandaten sämtlicher anderen Parteien. Rein rechnerisch hätte sie allein regieren können. Zusammen mit den Mandaten von FDP (48), BHE (27) und DP (15) verfügte sie über eine komfortable Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag, gegen die die SPD unter ihrem neuen Vorsitzenden Erich Ollenhauer keine Chance hatte. Die FDP durfte für ihre Beteiligung am zweiten Kabinett Adenauer vier Minister stellen (Franz Blücher, Fritz Neumayer, Hermann Schäfer, Victor-Emanuel Preusker) und erhielt das Amt des Vizekanzlers (Blücher).

Der Streit um die Abtretung des Saarlandes

Der wichtigste Dauerkonflikt in der neuen Koalition mit der CDU/CSU war die seit längerem schwelende Saar-Frage: Die französische Besatzungsmacht wollte sich das Saarland einverleiben. Sie hatte zu diesem Zweck eine Marionetten-Regierung unter Johannes Hoffmann installiert, dem Chef der „Christlichen Volkspartei". Der deutsche Bundeskanzler Adenauer war sich mit den Franzosen ebenfalls grundsätzlich über die Abtretung des Saargebiets einig, wobei die faktische Überlassung an Frankreich als „Europäisierung der Saar" kaschiert werden sollte.

Frankreich sah die Abtretung des Saarlands als deutsche Gegenleistung für die Zustimmung zum Deutschlandvertrag und zum EVG-Vertrag, die beide im Mai 1952 von Frankreich, Deutschland und den Benelux-Ländern unterzeichnet worden waren. Die französische Nationalversammlung lehnte jedoch im Sommer 1954 die Ratifizierung des EVG-Vertrags ab, womit auch der Deutschlandvertrag platzte. Daraufhin wurden die Wiederbewaffnung Deutschlands und die Aufhebung des Besatzungsstatuts in die „Pariser Verträge" umgegossen, die der Bundestag am 28. Februar 1955 zusammen mit dem Saar-Abkommen verabschiedete. Allerdings stand dieses Saar-Abkommen unter dem Vorbehalt einer Volksabstimmung, die noch im selben Jahr stattfinden sollte.

„Jein" zu Adenauers Separatismus

Die FDP verhielt sich in der Saar-Frage patriotischer als die Unionsparteien. Sie nahm aber insgesamt doch eine zwiespältige Haltung ein. Als Dehler im November 1953 vor der Presse mit Austritt aus der Koalition drohte, falls das Saarland von Deutschland losgelöst werden sollte, folgte sogleich eine abschwächende Stellungnahme des Parteivorstandes. Der Bundesparteitag im März 1954 bekannte sich zwar zur Zugehörigkeit des Saarlands zu Deutschland, bekundete aber gleichzeitig die Bereitschaft zu Verhandlungen und wirtschaftlichen Zugeständnissen an Frankreich. Im Herbst 1954 erklärten sich sowohl die

Bundestagsfraktion als auch der Bundesvorstand gegen das bevorstehende Saar-Abkommen. Angesichts von drei bevorstehenden Landtagswahlen (Bayern, Hessen, Berlin) bezweifelte allerdings nicht nur die SPD-Opposition, ob es der FDP mit ihrer Ablehnung wirklich Ernst sei: „Zu viele Interessen und Pfründen binden sie an die Koalition, von der es für sie kein Ausbrechen gibt."

Bei der Abstimmung im Bundestag am 28. Februar 1955 votierte immerhin die große Mehrheit der FDP-Fraktion gegen das Saar-Abkommen. Von den vier FDP-Ministern stimmte nur Blücher zu. Preusker und Schäfer enthielten sich, der abwesende Neumayer hatte in der zweiten Lesung ebenfalls mit Nein gestimmt. Thomas Dehler und Max Bekker begründeten die ablehnende Haltung der Fraktionsmehrheit: Die FDP habe die ernste Sorge, daß das angeblich europäische Statut die Saar aufgebe und zu einer Art zweitem Luxemburg mache. Die Union legte daraufhin der FDP nahe, sich von diesen Reden zu distanzieren. Blücher trat wegen des Votums der Fraktionsmehrheit als Vizekanzler zurück. Der Hauptausschuß der FDP beugte sich aber dem Druck nicht, sondern billigte die Reden ausdrücklich.

Die „Demokratische Partei Saar" wird Landesverband der FDP

Die Auseinandersetzung um die Saar-Frage belastete die FDP sehr stark, auch im Verhältnis zur Schwesterpartei „Demokratische Partei Saar" (DPS). Diese war 1951 von Hoffmann bzw. den Franzosen verboten worden. Die Machthaber begründeten das Verbot damit, daß die DPS die öffentliche Ordnung zu stören versuche und die saarländische Verfassung angreife. Erst im Vorfeld der Volksabstimmung des Jahres 1957 konnten die DPS und andere prodeutsche Parteien an der Saar sich wieder legal betätigen.

Inzwischen schwante Adenauer und der CDU, daß die bevorstehende Volksabstimmung kaum zugunsten des Saar-Statuts ausgehen würde. Jedenfalls konstituierte sich im August 1955

die „CDU Saar“ als dritte prodeutsche Partei. In einem gemeinsamen Aufruf mit DSP-Saar und DPS bekräftigte die CDU Saar die Zugehörigkeit des Saarlandes zu Deutschland. Die Bonner CDU sandte Glückwünsche zur Neugründung und bezog plötzlich ebenfalls gegen Hoffmann Stellung. Sogar Adenauer ging nun auf Distanz zu dem Regime in Saarbrücken: Er riet den Saarländern allerdings, erst dem Saar-Statut zuzustimmen, um anschließend Hoffmann zu stürzen. - Es war wiederum Dehler, der die Schlitzohrigkeit dieses Ratschlags anprangerte und die Saarländer warnte, sich von Adenauer einwickeln zu lassen.

Bei der Volksabstimmung am 23. Oktober 1955 lehnten 67,7 Prozent der teilnehmenden Saarländer das Saar-Statut ab. Dieses Votum konnten weder die Franzosen noch Adenauer ignorieren. Ein Jahr später kam es zum deutsch-französischen Saarvertrag, der die Eingliederung der Saar als zehntes Bundesland in die Bundesrepublik zum 1. Januar 1957 in die Wege leitete. Kurz darauf schloß sich die DPS als Landesverband der FDP an. Sie legte jedoch Wert darauf, ihren alten Namen und das eigenständige Programm zu behalten.

FDP verlangt mehr als Lippenbekenntnisse zur nationalen Einheit

Das zweite große Konfliktfeld war die Wiedervereinigung mit den Ländern der sowjetischen Besatzungszone, die seit 1949 als „Deutsche Demokratische Republik“ (DDR) firmierten. So wie Adenauer bereit war, auf das französisch besetzte Saarland zu verzichten, so war er erst recht bereit, diese sowjetisch besetzten Gebiete auf dem Altar der Westintegration zu opfern, zumal die dort ansässige Bevölkerung kaum kirchliche Bindungen aufwies und zu befürchten war, daß sie der SPD-Opposition zum Wahlsieg verhelfen könnte. Offiziell eingestanden wurde solche Überlegungen freilich nicht. Vielmehr bekannten sich Adenauer und die Unionsparteien unablässig zur nationalen Einheit, um sie im selben Atemzug von momentan unerfüllbaren Voraussetzungen wie freien Wahlen abhängig zu machen.

Die FDP war mindestens so antikommunistisch wie Adenauer und noch weniger bereit, auf bürgerliche Freiheiten zu verzichten. Stärker als die CDU/CSU vertrat sie aber eine nationalweltlich-protestantisch gewirkte Klientel, die mit der Verschiebung der nationalen Einheit auf den St. Nimmerleinstag nicht einverstanden war und für die das ersatzweise propagierte „christliche Abendland" einen penetranten klerikalen Beigeschmack hatte.

Pfleiderer nimmt direkten Kontakt zu den Sowjets auf

Die FDP war auch eher als die Unionsparteien bereit, die Wiedergewinnung der Einheit mit außenpolitischen Zugeständnissen zu honorieren. Schon im Juni 1952 hatte der schwäbische Abgeordnete Karl Georg Pfleiderer die faktische Neutralisierung Deutschlands vorgeschlagen: Mit einem besatzungsfreien Gebiet zwischen Rhein und Oder, in dem die deutsche Hauptstadt liegen und eine deutsche Nationalarmee aufgestellt werden sollte. Nur im Westen und Osten sollten Brückenköpfe unter Besatzung verbleiben.

Der FDP-Bundesvorstand hatte damals dem Pfleiderer-Vorschlag unter Hinweis auf die bisherigen außenpolitischen Grundsätze der Partei eine Absage erteilt. Nunmehr aber, im Mai 1954, billigte er einen neuen Vorschlag des schwäbischen Abgeordneten, der die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion als Voraussetzung für weitere Gespräche über die Wiederherstellung der nationalen Einheit vorsah. Als erstes sollte eine Bundestags-Delegation nach Moskau reisen. Pfleiderer war schon Ende Februar im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst gewesen, um wegen der Parlamentarier-Reise vorzufühlen. Zwei Wochen später hatten die Sowjets grünes Licht gegeben.

CDU vereitelt geplante Reisen nach Moskau

Den Unionsparteien paßte dieser Vorstoß indessen gar nicht, obwohl schon im folgenden Jahr Adenauer höchstpersönlich

nach Moskau reisen und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Sowjetunion vereinbaren würde. Auf dem CDU-Parteitag im Mai 1954 bezeichnete Adenauer es als unverantwortlich, wenn Deutsche mit den Sowjets Fühlung aufnähmen. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses, Eugen Gerstenmaier, verkündete die Rangfolge „Freiheit - Frieden - Einheit" und lehnte die „polemische Proklamation anderer undurchdachter Rangfolgen" ab. Dagegen unterstützte der SPD-Oppositionsführer Erich Ollenhauer die Aufnahme normaler Beziehungen zur Sowjetunion. Zum Ärger der Unionsparteien meldete sich außerdem der frühere Reichskanzler und Zentrumspolitiker Heinrich Brüning zu Wort, der die Bonner Außenpolitik als reichlich „dogmatisch" kritisierte.

Nicht nur die Parlamentarier-Reise nach Moskau fiel ins Wasser: Auch die für den 10. Juni 1954 geplante Reise einer westdeutschen Wirtschaftsdelegation nach Moskau wurde unter dem Druck des Auswärtigen Amtes abgesagt. Der Vorsitzende des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Fritz Berg, distanzierte sich eilfertig vom Pfleiderer-Plan: Die Vorstellungen der FDP würden weder von der Industrie noch von der großen Mehrheit der deutschen Bevölkerung geteilt. In einem FDP-Kommentar, der deutlich die Handschrift Dehlers trug, wurde dem BDI-Präsidenten daraufhin ein gebrochenes Verhältnis zur Rollenverteilung im demokratischen Staat vorgeworfen und gefragt, ob der BDI Politik auf eigene Faust betreiben wolle.

Ende 1955 ging die deutschlandpolitische Auseinandersetzung weiter, als Dehler nach einer enttäuschenden Genfer Außenministerkonferenz verlangte, daß die Deutschen „über ihre wichtigste Schicksalsfrage selbst mit den Russen sprechen". Wie schon beim Pfleiderer-Vorschlag vor eineinhalb Jahren ließ sich Dehler von der Einsicht leiten, daß über die nationale Einheit direkt mit Moskau verhandelt werden müsse, statt dieses Problem den Alliierten zu überlassen oder durch Gespräche mit den subalternen Gefolgsleuten des Kreml in Ostberlin klären zu wollen.

Adenauer verlangt von der FDP bedingungslose Unterwerfung

Dieses Mal reagierte Adenauer höchst allergisch: Er forderte die FDP ultimativ auf, bis 1. Dezember eine Erklärung abzugeben, ob sie weiter auf dem Boden der Pariser Verträge stünde. Außerdem sollte sie ihm für den Rest der Legislaturperiode absolutes Wohlverhalten zusichern. Sie sollte sogar darauf verzichten, im bevorstehenden Wahlkampf abweichende Positionen zu vertreten. Um die Demütigung des Koalitionspartners perfekt zu machen, ließ Adenauer sein Ultimatum im regierungsamtlichen „Bulletin" veröffentlichen.

Die CDU/CSU verlieh der Drohung zusätzlich Nachdruck, indem sie eine vorgesehene Koalitionsbesprechung ausfallen ließ. Stattdessen kam es zu einem Treffen mit rechten FDP-Politikern. Dehler konnte sich aber behaupten. Die Bundestagsfraktion gab nach neunstündigen Beratungen eine Erklärung ab, die in der Form verbindlich genug war, den verlangten Kotau aber verweigerte. Adenauer bezeichnete die Erklärung als unbefriedigend. Die Stimmung zwischen den Koalitionsparteien war auf dem Siedepunkt angelangt.

Reinhold Maier fühlt sich von Adenauer bespitzelt

Weiterer Zündstoff hatte sich inzwischen in der Innenpolitik angehäuft: Es fing damit an, daß Dehler gleich nach Bildung der Koalition gewisse Gemeinsamkeiten zwischen FDP und SPD sah. Adenauer verstand dies durchaus richtig als Wink, daß die FDP nicht mehr jede Zumutung schlucken wolle - und beließ es vorerst bei der Zumutung, von Dehler eine Klarstellung zu verlangen.

Im Juli 1954 kam zu einer Kontroverse mit Reinhold Maier, der Adenauer brieflich vorwarf, er habe gesetzwidrig ein Dossier des Bundesamts für Verfassungsschutz verwendet, um Maier mit Pfleiderers Besuch im sowjetischen Hauptquartier in Verbindung zu bringen. Es geht nicht um den Einzelfall, erklärte der schwäbische Altliberale im „Süddeutschen Rundfunk", sondern darum,

„ob wir widerspruchslos von einem Heer von Geheimagenten, Schnüfflern, Spähern und Häschern uns umgeben lassen wollen".

Otto John verschwindet in der DDR

Daß beim Bundesamt für Verfassungsschutz einiges schief lief, wurde wenige Tage später offenkundig, denn dessen Präsident Otto John verschwand plötzlich in die DDR. Auf einer Pressekonferenz in Ostberlin klagte der oberste Verfassungsschützer der Bundesrepublik nun eben diesen Staat und seine Politiker an. Unter anderem sagte er:

„Sogar die FDP, deren echten liberalen Kräften ich mich am engsten verbunden fühle, ist von Nazis infiltriert. Es ist doch längst kein Geheimnis mehr, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen von Nazis durchsetzt ist und beherrscht wird."

In der Tat war es kein Geheimnis, daß manche Parteiversammlungen der FDP eher einem Veteranentreffen der Waffen-SS glichen. Dennoch wurden solche pauschalen Vorwürfe dem Charakter der FDP nicht gerecht. Sie war in den rechten Landesbezirken Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen zwar sicher in noch stärkerem Maße von ehemaligen Nazis durchsetzt als die CDU/CSU. Diese ehemaligen Anhänger und Chargen des „Dritten Reichs" dachten aber in aller Regel so wenig an die Restauration des Nationalsozialismus wie fünfzig Jahre später die PDS-Anhänger an die Wiederherstellung des SED-Regimes. Die größere Gefahr drohte dem Liberalismus der FDP schon damals durch die Wandlung zu einer reinen Wirtschaftspartei, die nacktes Besitzinteresse und die Jagd nach Pfründen mit freiheitlicher Phraseologie kaschiert.

In der Bundestagsdebatte vom 17. September 1954 warf Reinhold Maier der Bundesregierung vor, die peinliche Affäre heruntergespielt und vernebelt zu haben, statt offen zuzugeben, daß der Bock zum Gärtner gemacht worden war: „Was muß in der Bundesrepublik eigentlich passieren, bis irgend etwas geschieht, bis irgendeinem Verantwortlichen etwas passiert?"

Der Coup der „Jungtürken“

Adenauer mißlingt der Plan, die FDP durch Manipulierung des Wahlrechts in den „Graben“ fallen zu lassen

Der konservative Machtpolitiker Adenauer war es Ende 1955 leid, die Unbotmäßigkeit der FDP noch länger zu dulden. Vor allem der Streit um die Deutschlandpolitik hatte das Verhältnis der Koalitionspartner zerrüttet. Weder beugte sich die FDP seiner ultimativen Forderung nach sklavischem Gehorsam noch war sie bereit, Thomas Dehler durch den rechtsgerichteten August Martin Euler zu ersetzen, den er ihr als seinen Wunschkandidaten für den Partei- und Fraktionsvorsitz signalisiert hatte.

Adenauer beschloß deshalb, die FDP durch Manipulierung des Wahlrechts auszuschalten. Zusammen mit der DP legte die Union am 14. Dezember 1955 den Entwurf für ein neues Wahlgesetz vor, wonach künftig sechzig Prozent der Bundestagsmandate durch einfache Mehrheitswahl in den Wahlkreisen vergeben worden wären. Der Rest der Bundestagsmandate sollte ohne Anrechnung der Direktmandate nach dem Verhältniswahlrecht vergeben werden. Dieses „Grabenwahl“-System hätte die CDU/CSU unverhältnismäßig stark begünstigt, da von ihren 244 Abgeordneten im Bundestag nicht weniger als 172 direkt gewählt worden waren. Dagegen waren bei der SPD nur 44 von 150 Abgeordneten direkt gewählt. Bei der FDP waren es 14 von 48 und bei der DP 10 von 15.

Zusätzlich zur Fünf-Prozent-Klausel, die nur bei Erringung von drei Direktmandaten nicht griff, wollte Adenauer so die kleineren Parteien noch mehr benachteiligen und die CDU/CSU als ohnehin stärkste Partei noch mehr begünstigen. Dabei wären die Auswirkungen noch schlimmer gewesen, als aufgrund der letzten Bundestagswahlen von 1953 zu erwarten war: Tatsäch-

lich konnte die FDP bei den Bundestagswahlen von 1957 nur noch ein einziges Direktmandat erringen. Später erhielt sie ihre Mandate sogar nur noch über Zweitstimmen. Sie wäre also bei Verwirklichung des Grabenwahlsystems zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. Die Union dagegen hätte bequem regieren können, ohne auf einen Koalitionspartner angewiesen zu sein oder einen Zweitstimmen-Zuwachs der SPD-Opposition sonderlich fürchten zu müssen.

Die Drohung mit dem Grabenwahl-System traf die FDP ins Mark ihrer Existenz. Daß die CDU den Gesetzentwurf am 2. Februar wieder zurückzog, war nur ein schwacher Trost. Das Damoklesschwert blieb weiter hängen. Vor diesem Hintergrund kam es wenige Tage später zum Coup der „Jungtürken" in Nordrhein-Westfalen, die im Bunde mit der SPD die Düsseldorfer CDU-Landesregierung kippten und damit auch die Bonner Koalition ins Wanken brachten.

Karl Arnold muß sich für Adenauer opfern

In Nordrhein-Westfalen hatte die CDU bereits im Vorjahr am Wahlrecht herummanipuliert, allerdings mit genau entgegengesetzter Tendenz: Hier setzte sie eine Lockerung der Fünf-Prozent-Klausel durch, um dem schwächelnden Zentrum nochmals über die Hürden zu helfen. Außerdem verzichtete sie in einem Wahlkreis zugunsten des Zentrums auf einen eigenen Kandidaten. So bekam das Zentrum tatsächlich noch einmal neun Sitze im Landtag. Zusammen mit den neunzig Sitzen der CDU ergab das 99 Sitze gegenüber 76 Mandaten der SPD und 25 Mandaten der FDP.

Rechnerisch hätten also in Nordrhein-Westfalen die SPD und die FDP schon nach den Landtagswahlen vom Juni 1954 die Regierung übernehmen können - ähnlich wie in Niedersachsen, wo eine Koalition aus SPD, FDP und BHE im September 1954 dem Unfug von 2000 katholischen Konfessionsschulen ein Ende bereitete, was der Klerus „mit tiefem Schmerz und mit großer Entrüstung" quittierte. Im rechtsgerichteten FDP-Landesverband

Nordrhein-Westfalen war die Zeit für ein solches Bündnis aber noch nicht reif. Vorstellbar war allenfalls eine Große Koalition zwischen CDU und SPD, zumal der Ministerpräsident Karl Arnold zum linken Flügel um Jakob Kaiser zählte, der 1947 für die CDU der britischen Zone das Ahlener Programm mit dem programmatischen Titel „CDU überwindet Kapitalismus und Marxismus“ verfaßt hatte. Es wäre wohl auch zu einer solchen Großen Koalition gekommen, wenn Karl Arnold nicht von Adenauer massiv unter Druck gesetzt worden wäre: Und zwar sollte er der Landes-SPD ein Bekenntnis zur außenpolitischen Linie der Bundesregierung abverlangen, womit sich diese in klaren Gegensatz zur Bundespartei begeben hätte. Da diese Forderung unerfüllbar war, kam es zu einer Koalition aus CDU, FDP und Zentrum.

Erst Adenauers Drohung mit dem Grabenwahl-System trieb dann die nordrhein-westfälische FDP im Februar 1956 zum Bündnis mit der SPD und zum Sturz der Regierung Arnold. Es ging dabei nicht um einen Konflikt mit der CDU auf Landesebene. Schon gar nicht ging es um die Person Karl Arnolds, der eigentlich bei allen wohlgelitten war, aber nun in tragischer Weise für die Politik Adenauers büßen mußte. Unter den elf Punkten, mit denen die FDP ihren Koalitionswechsel begründete, richtete sich nur einer gegen die Landes-CDU, und auch in diesem Fall handelte es sich um den Vorwurf, die von Adenauer geplante Manipulation des Wahlrechts unterstützt zu haben.

Die nordrhein-westfälische FDP hält der CDU ihr Sündenregister vor

Generell wurde der CDU/CSU in dem Düsseldorfer FDP-Papier vorgehalten, sie habe „seit langem versucht, ihre Koalitionspartner auf Bundesebene gleichzuschalten“. Da ihr dies nur bei der DP vollkommen gelungen sei, habe sie versucht, den BHE von innen her aufzuspalten und die FDP ihrer politischen Selbständigkeit zu berauben. Das geplante Grabenwahlsystem hätte der CDU/CSU „auf unabsehbare Zeit die absolute Majo-

rität gesichert". Damit seien nicht nur die Grundlagen der bestehenden Koalition aufs schwerste gefährdet, sondern auch die parlamentarische Demokratie. Nur die Entschlossenheit der FDP, sich notfalls mit anderen Parteien zu verbünden, habe die Union vorläufig von dem Grabenwahlsystem Abstand nehmen lassen. Die FDP habe jedoch keine Sicherheit, daß diese Pläne erneut aufgegriffen würden. Außerdem habe sie das Vertrauen in den Koalitionspartner verloren.

Bündnis in Düsseldorf zielte nicht auf Sprengung der Koalition in Bonn

Da es ausgerechnet ein nationalistisch angehauchter Landesverband der FDP war, der sich mit der SPD verbündete, kam das Wort von den „Jungtürken" auf - in Anlehnung an eine nationalistische Reformbewegung im türkischen Militär, die 1909 den Sultan gestürzt hatte. Die Hauptakteure waren Wolfgang Döring, Willy Weyer, Walter Scheel und Erich Mende. Weyer wurde in der neuen Landesregierung Finanzminister und stellvertretender Ministerpräsident. Außerdem bekam die FDP drei weitere Ministerposten.

Indessen zielten die Düsseldorfer Rebellen nicht von vornherein auf die Sprengung der Bonner Koalition. Das neue Zweckbündnis, mit dem die Bonner Koalition ihre bisherige Zweidrittelmehrheit im Bundesrat verlor, war vor allem als Schuß vor den Bug der CDU/CSU gedacht. Der FDP-Bundesvorstand hatte sich noch kurz zuvor gegen einen Koalitionswechsel ausgesprochen und hielt sich auch angesichts der Düsseldorfer Vorgänge bedeckt. Die Bundestagsfraktion erklärte am 21. Februar ausdrücklich die Bereitschaft zur Fortsetzung der Koalition. Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Middelhauve, der bis dahin die „Jungtürken" gefördert hatte, distanzierte sich sogar förmlich von deren Coup. Als der Landtag am 20. Februar 1956 den Sozialdemokraten Fritz Steinhoff zum neuen Ministerpräsidenten wählte, enthielt sich Middelhauve der Stimme und trat anschließend vom Landesvorsitz zurück.

Erst auf dem Würzburger Bundesparteitag im April 1956 bekannte Dehler öffentlich, daß die Düsseldorfer Rebellen den Kontakt zur SPD mit seinem Wissen und seinem Einverständnis aufgenommen hatten. Er wurde mit 155 gegen 67 Stimmen wiedergewählt. Stellvertreter wurden Erich Mende, Wolfgang Haussmann und Oswald Kohut.

Auch die Bonner Koalition zerbricht

Es war letzten Endes Adenauer, der den Bruch der Bonner Koalition herbeiführte. Er versuchte nun nämlich, mit Hilfe der ihm dienstbaren FDP-Minister die Partei zu spalten. Am 23. Februar 1956 gaben 16 FDP-Abgeordnete unter Führung von August Martin Euler ihren Austritt aus der Fraktion bekannt, wobei sie in einer Erklärung lebhafte Kritik an dem Partei- und Fraktionsvorsitzenden Thomas Dehler übten. Unter den Ausgetretenen befanden sich die vier FDP-Minister Blücher, Neumayer, Schäfer und Preusker.

Postwendend empfahlen CDU und CSU die Fortsetzung der Koalition mit der abgespaltenen Gruppe. Offenbar sollte beim obrigkeitsgläubigen Publikum der Eindruck erweckt werden, der „staatserhaltende" Teil der FDP habe sich abgespalten, um dann den Dissidenten im Zuge der nächsten Wahlen eine neue, mehrheitliche Basis verschaffen zu können. Am 23. April 1956 gründeten die Abtrünnigen die „Freie Volkspartei" (FVP), die am 24. Juni in Bochum ihren ersten Parteitag abhielt und Preusker zum Vorsitzenden wählte. Aus Berlin gesellte sich Carl-Hubert Schwennicke hinzu, der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes.

Gespräche zwischen FDP und LDPD

Die FDP nutzte ihre neue Freiheit, um Deutschlandpolitik auf eigene Faust zu betreiben. Als Vehikel, um mit der DDR ins Gespräch zu kommen, bot sich die Liberaldemokratische Partei (LDPD) an. Daß die ehemalige Schwesterpartei inzwischen eine Marionette der SED war, störte dabei nicht, sondern war dem

eigentlichen Zweck des Unternehmens dienlich. Am 22. Juli 1956 fand ein Vorgespräch in Garmisch-Partenkirchen statt. Vom 5. bis zum 7. Oktober folgte dann das offizielle Treffen zwischen Vertretern von FDP und LDPD in Weimar. „Wir konnten feststellen, daß beide Parteien keine gemeinsame politische und geistige Grundlage mehr haben“, erklärte anschließend der Bundestagsabgeordnete Walter Scheel. Die LDP habe sich zu einer Partei entwickelt, die „nicht mehr in unserer Terminologie als liberale Partei“ angesprochen werden könne. Dennoch seien die Gespräche im Sinne eine gesamtdeutschen Politik nützlich gewesen. Ähnlich ließ sich aus seiner Sicht „Der Morgen“ vernehmen, das Parteiblatt der LDPD. Als nächster Schritt sollte ein Redneraustausch zwischen beiden Parteien stattfinden. Dazu kam es dann aber ebensowenig wie zur Fortsetzung der Kontakte mit der LDPD, weil wenige Tage später der Volksaufstand in Ungarn begann. Dessen blutige Niederwerfung durch die Sowjets führte zu einer neuen Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen.

Die FVP existiert nur ein paar Monate

Die Rechnung der Spalter ging nicht auf: Die FVP blieb eine bedeutungslose Splitterpartei. Schon Anfang 1957 fusionierte sie mit der DP, die deshalb bei den Bundestagswahlen im September 1957 auf den Stimmzetteln als „DP/FVP“ firmierte. Faktisch existierte die FVP nur ein paar Monate, um dann restlos von der seit jeher willfährigen DP aufgesaugt zu werden.

Auch Adenauer nahm schon bald keine Rücksicht mehr auf die vier FVP-Minister, als sie sich unfähig zeigten, die Spaltung erfolgreich weiterzubetreiben. Schon am 16. Oktober 1956 entledigte er sich der Minister Neumayer und Schäfer im Zuge einer Kabinettsumbildung. Nur Blücher und Preusker durften noch bis zum Ende der Legislaturperiode an ihren Stühlen kleben bleiben.

Stattdessen streckte der gewiegte Taktiker die Fühler wieder in Richtung FDP aus: Am 14. September kam es zu einem Ge-

spräch zwischen Adenauer und dessen Intimus Pferdmenges mit Dehler. Der FDP-Vorsitzende lehnte jedoch eine Rückgängigmachung der Koalition in Düsseldorf ebenso ab wie die Rückkehr in die Bonner Koalition. Vielleicht wollte Adenauer auch nur Dehler und die FDP kompromittieren, denn am 19. September ließ er über das regierungsamtliche „Bulletin" dementieren, daß er Dehler den Posten des Vizekanzlers angeboten habe. Die FDP sagte daraufhin sofort ein weiteres Gespräch ab, das für den folgenden Tag geplant war und an dem auch Willy Weyer als Vertreter der „Jungtürken" teilnehmen sollte.

Die FDP sieht sich als Korrektiv beider „Machtblöcke"

Es wäre für die FDP fatal gewesen, den Eindruck zu erwecken, sie strebe so kurz vor dem Ende der Legislaturperiode schon wieder nach den Fleischtöpfen der Macht, die sie eben erst verlassen hatte. Der Bundeswahlkampfleiter Wolfgang Döring erklärte deshalb am 25. September 1956, daß eine erneute Regierungsbeteiligung vor den Wahlen von 1957 nicht in Erwägung gezogen werde. Die FDP gehe ohne Bindungen und ohne Geheimabsprachen für die Regierungsbeteiligung in den Wahlkampf. Gleichwohl sei sie offen für den „Gedankenaustausch über Fragen der gesamtpolitischen Entwicklung" mit der CDU wie mit der SPD.

Schon im Juni 1957 hatte Reinhold Maier auf einem Parteikongreß in Hamburg den neuen politischen Standort der Partei folgendermaßen umrissen:

Uns selbst steht nicht der schwächliche Gedanke des ‚Zünglein an der Waage' vor Augen, des Unterstehens bei dem einen oder dem anderen Partner, also des Mitlaufens bei dem einen oder dem anderen. Wir streben aus unserer natürlichen Mittelstellung einen viel kräftigeren Einfluß an. Die FDP zwängt sich mitten hinein zwischen die beiden großen Machtblöcke, um schädliche Tendenzen des einen oder des anderen aufzufangen, abzubiegen, zu korrigieren und positiven und aktiven Einfluß gegen Staatsallmacht für Bürgerfreiheit auszuüben. (...) Wir sind

unabhängig nach allen Seiten. Wir haben uns nicht freigekämpft von ‚schwarz', um uns schnurstracks in das rote Revier zu begeben.

Die FDP war also prinzipiell auch auf Bundesebene zu einer Koalition mit der SPD bereit, mit der gerade Reinhold Maier auf Landesebene schon gut zusammengearbeitet hatte. Erst mußte sie aber die Bundestagswahlen abwarten, ehe sie die Entscheidung für „schwarz" oder „rot" treffen konnte. An die dritte Möglichkeit - daß ihr keine andere Wahl als die Opposition bleiben würde - dachte sie sicher weniger.

Die FDP in der Opposition

Gegen atomare Bewaffnung der Bundeswehr und für Aufgreifen des Rapacki-Plans

Aus dem Bruch der Bonner Koalition im Februar 1956 ging die FDP sowohl gestärkt als auch geschwächt hervor - gestärkt insofern, als sie sich endlich aus der Abhängigkeit von der CDU/CSU und der Bevormundung durch Adenauer gelöst hatte. Sie hatte sich und anderen bewiesen, daß sie nicht nur ein Anhängsel der Unionsparteien oder opportunistisches „Zünglein an der Waage" war. Der Aufstand der Düsseldorfer „Jungtürken" setzte in der Parteigeschichte eine Zäsur, die entscheidend dazu beitrug, daß die FDP als einzige von den kleineren Nachkriegsparteien überleben konnte. Sonst hätte sie nur die Wahl gehabt, so fügsam wie die DP an der Seite der Unionsparteien zu verkümmern oder sich beim Beharren auf politischer Eigenständigkeit von Adenauer per Wahlrechtsänderung liquidieren zu lassen.

Während die FDP an innerer Stärke und langfristiger Perspektive gewann, handelte sie sich aber kurz- und mittelfristig die Probleme einer Oppositionspartei ein, die von Medien und finanzstarken Wirtschaftskreisen stiefmütterlicher behandelt wird als Regierungsparteien. Noch mehr als die SPD, die seit Bestehen der Bundesrepublik auf der Bonner Bühne dieses Los teilte, war die FDP darauf angewiesen, im Rampenlicht der Regierungsverantwortung zu stehen. Sie besaß nie eine starke Mitglieder-Basis wie die SPD. Auch die Parteiorganisation war vergleichsweise kümmerlich.

7,7 Prozent bei den Bundestagswahlen 1957

Entsprechend fiel das Ergebnis der Bundestagswahlen vom 15. September 1957 aus: Die FDP sank von 9,5 auf 7,7 Prozent. Statt 48 verfügte sie nur noch über 41 Mandate im Parlament - was aber im Gesamtrahmen sowieso keine Rolle spielte, weil

die CDU/CSU ihren triumphalen Wahlerfolg von 1953 nochmals steigern konnte und nun mit 270 von 497 Sitzen über eine satte absolute Mehrheit verfügte.

Die FDP brauchte somit Koalitionsverhandlungen erst gar nicht aufzunehmen, weder mit der Union noch mit der SPD. Sie mußte weiterhin zusammen mit der SPD die Oppositionsbänke drükken, während die Union eine Machtfülle wie nie zuvor erreichte. Der BHE war an der Fünf-Prozent-Klausel gescheitert, und auch die stets willfährige DP war für Adenauer entbehrlich geworden. Eher gnadenhalber ließ er sie erneut zwei Minister ins Kabinett entsenden - Heinrich Hellwege und Hans-Christoph Seebohm, die mit ihren evangelischen Gesangbüchern für die notwendige konfessionelle Ausgeglichenheit sorgten und noch vor dem Ende der Legislaturperiode zur CDU übertraten.

Thomas Dehler zieht sich resigniert zurück

Auch sonst ging es bei Wahlen für die FDP eher abwärts. Der Wahlslogan „Keine Experimente", unter dem die Union angetreten war, blieb typisch für die herrschende Stimmung. Dehler resignierte. Auf dem Berliner Bundesparteitag Ende Januar 1957 stellte er sich nicht mehr zur Wahl. An seiner Stelle wurde Reinhold Maier zum neuen Vorsitzenden gewählt, mit Erich Mende, Oswald Kohut und Willy Max Rademacher als Stellvertretern. Im November 1957 gab Dehler auch den Fraktionsvorsitz an Mende ab, der Anfang 1960 wiederum Maier als Bundesvorsitzenden ablöste und damit wie zuvor Dehler beide Ämter in einer Hand vereinte.

Dehler wurde 1960 mit dem Amt des Bundestagsvizepräsidenten abgefunden und erlangte bis zu seinem Tod am 21. Juli 1967 nie wieder ein führende Rolle in der Partei. Anfang der sechziger Jahre konnte man regelmäßig Beiträge aus seiner Feder im Dortmunder „Westdeutschen Tageblatt" lesen, einer ehemaligen FDP-Lizenzzeitung der britischen Zone, deren Verleger Herbert Kauffmann unbeirrt den Ausgleich mit dem Osten propagierte, um doch noch einen Weg zur nationalen Einheit zu

finden. Das „Westdeutsche Tageblatt" wurde deshalb als „SED-hörig" geschmäht und mußte 1963 sein Erscheinen einstellen.

Die Isolierung Dehlers hatte auch mit den schon erwähnten Ecken und Kanten seiner Persönlichkeit zu tun. Er war der Antityp seines späteren Nachfolgers, des glatten, geschmeidigen Erich Mende. Ebenso fehlte ihm die Bedächtigkeit Reinhold Maiers, der mitunter auch recht pointiert formulieren konnte und wie Dehler das altliberale Erbe der FDP repräsentierte.

Streit um verpaßte Chancen in der Deutschlandpolitik

Auf der nun folgenden Durststrecke der Opposition griff die FDP dieselben Konfliktpunkte wie die SPD auf. Im Vordergrund standen der Streit um die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, wie sie der polnische Außenminister Rapacki vorgeschlagen hatte. Im Zusammenhang damit flackerte erneut der Streit um die Deutschlandpolitik auf, nachdem die Sowjets Anfang 1959 die Möglichkeit einer Annäherung oder sogar Wiedervereinigung beider deutscher Staaten für den Preis der Neutralität in Aussicht gestellt hatten.

In der außenpolitischen Debatte des Bundestags am 23. Januar 1958 warf Dehler - inzwischen nur noch Abgeordneter - dem Bundeskanzler Adenauer vor, auf die Note Stalins vom März 1952 nicht ernsthaft eingegangen zu sein. Stalin habe damals gesamtdeutsche freie Wahlen unter der Kontrolle der vier Mächte, Abzug aller Truppen und eine nationale Armee von 300.000 Mann angeboten. Er habe dafür lediglich verlangt, daß das vereinigte Deutschland keiner Militärallianz beitrete. Adenauer habe diese historische Chance nicht nur versäumt, sondern seine Minister - zu denen damals Dehler als Justizminister gehörte - vorsätzlich falsch ins Bild gesetzt.

In dieselbe Kerbe hieb Gustav Heinemann, der dem ersten Kabinett Adenauer als Innenminister angehört hatte. Heinemann hatte aus Protest gegen Adenauers Deutschlandpolitik schon

1950 sein Amt aufgegeben und war 1952 auch aus der CDU ausgetreten. Anschließend hatte er mit Helene Wessel die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) gegründet, die für ein neutralisiertes Gesamtdeutschland eintrat. Da die GVP bei den Bundestagswahlen 1953 lediglich 1,2 Prozent der Stimmen erhielt, hatte sie sich 1957 wieder aufgelöst, worauf Heinemann und die meisten anderen Mitglieder der SPD beitraten.

Parallel zum „Deutschlandplan" der SPD veröffentlichte die FDP im März 1959 ein eigenes Papier zum sowjetischen Angebot eines Friedensvertragsentwurfs. Es sah als Kernpunkt ebenfalls die Neutralität eines wiedervereinigten Gesamtdeutschland vor. Ansonsten war es aber als Gegenvorschlag konzipiert und im Ton weniger konziliant. Unter den gegebenen Umständen besaßen beide „Deutschlandpläne" ohnehin nur deklamatorischen Charakter.

Für atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa

Im Streit um die atomare Aufrüstung konnte sich die FDP nicht so reserviert verhalten. Der Konflikt schwelte bereits seit Frühjahr 1957, als Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) unverhohlen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr verlangt hatte. Adenauer hatte die taktischen Atomwaffen, mit denen die Bundeswehr ausgerüstet werden sollte, als „Weiterentwicklung der Artillerie" zu verharmlosen versucht. Er mußte sich daraufhin von 18 führenden Atomphysikern sagen lassen, daß diese Waffen immerhin die Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe besäßen und daß sie zur Auslöschung der Bundesrepublik führen könnten. Am 10. März 1958 startete die SPD mit breiter Unterstützung durch Gewerkschaften, Wissenschaftler und Künstler die Kampagne „Kampf dem Atomtod". Die Regierungsparteien konterten in Kalter-Kriegs-Manier mit dem Komitee „Rettet die Freiheit".

Ungeachtet der Proteste setzte die CDU/CSU am 25. März 1958 nach einer viertägigen Debatte zur Außen- und Wehrpolitik im Bundestag eine Entschließung durch, mit der die Bundesregie-

rung aufgefordert wurde, die Bundeswehr mit „modernsten Waffen" auszustatten. Die FDP verlangte dagegen wie die SPD den Verzicht auf Atomwaffen und die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa. Der Fraktionsvorsitzende Erich Mende verwies darauf, daß es illusorisch wäre, die Sowjets mit Atomwaffen aus Mitteldeutschland vertreiben zu wollen: „Das atomare Gleichgewicht hat die Phase des Drukkes, die Phase des Roll-back beendet. Die Phase der Verhandlungen hat begonnen, und es gibt kein Zurück mehr auf das Roll-back."

Gegen Volksbefragung

Um die Regierungsparteien propagandistisch in die Enge zu treiben brachte die SPD einen Gesetzentwurf für eine Volksbefragung zur atomaren Bewaffnung der Bundeswehr ein. Bei der Abstimmung am 12. Juni 1958 mußte der SPD-Antrag auch auf die Stimmen der FDP verzichten. Dies bedeute keine Änderung ihrer ablehnenden Haltung, hieß es in einer Erklärung der Partei. Man halte die Volksabstimmung aber für ein ungeeignetes Mittel im Kampf gegen die atomare Bewaffnung.

Die Länder Hamburg und Bremen hatten eigene Gesetze zu einer Volksbefragung beschlossen. Da die FDP in diesen Stadtstaaten mitregierte, einigte man sich im Bundesvorstand auf die Kompromißformel, dies sei eine zulässige Meinungsbefragung. Das Bundesverfassungsgericht sah dies anders: Auf Antrag der Bundesregierung erklärte es am 30. Juli 1958 die Ländergesetze für verfassungswidrig, weil sie „einen von den Ländern her versuchten Eingriff in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes" darstellen würden. Das Land Hessen wurde außerdem gerügt, weil es kommunale Beschlüsse für Volksbefragungen nicht unterbunden und so die Bundestreue verletzt habe.

Ablehnung der Notstandsgesetzgebung

Neben dem Streit um die atomare Bewaffnung und die Deutschlandpolitik warfen bereits die Notstandsgesetze ihren Schatten

voraus: Auf dem Bundesparteitag Ende Januar 1960 in Stuttgart warnte der neugewählte Vorsitzende Mende vor den Notstands-Plänen der Bundesregierung, weil sie eine Generalvollmacht für eine einzige Partei bedeuten würden, die nur noch mit dem Ermächtigungsgesetz von 1933 vergleichbar sei.

Der Stuttgarter Parteitag ernannte den scheidenden Reinhold Maier einstimmig zum Ehrenvorsitzenden der Partei auf Lebenszeit. Zu Stellvertretern Mendes wurden die beiden Landesvorsitzenden Oswald Kohut (Hessen) und Heinrich Schneider (Saarland) sowie der Bundestagsabgeordnete Hans Lenz aus Trossingen gewählt. Thomas Dehler rangierte nur noch unter den zwölf Besitzern.

Heuss tritt ab, und Adenauer ramponiert das höchste Staatsamt

Am 11. September 1959 endete die zweite Amtszeit von Bundespräsident Theodor Heuss, der 1949 schon kurz nach seiner Wahl zum ersten FDP-Vorsitzenden ins höchste Staatsamt entschwebt war. Während seines zehnjährigen Wirkens als Bundespräsident hatte er Maßstäbe gesetzt, denen nur wenige seiner Nachfolger würden genügen können. 1954 war Heuss als Kandidat der CDU/CSU mit großer Mehrheit wiedergewählt worden. Trotz allseitiger Anerkennung seiner Tätigkeit hätte ihm dies nun kaum mehr passieren können, aber die Wiederwahl war nach dem Grundgesetz ohnehin nur einmal zulässig.

Der 83jährige Bundeskanzler Adenauer wollte die Gelegenheit nutzen, um den populären Wirtschaftsminister Ludwig Erhard ins Bundespräsidentenamt abzuschieben. Erhard galt innerhalb der Union als aussichtsreichster Anwärter für die Ablösung des „Alten“, wurde aber von diesem selbst für ungeeignet gehalten. Vor diesem Hintergrund hob Ende Februar 1959 die Union den Wirtschaftsminister als künftigen Bundespräsidenten auf den Schild. Fünf Wochen später überlegte es sich Adenauer aber anders: Er wollte nun selber kandidieren. Außerdem wollte er sich das Amt so zurechtschneidern, wie es seinen Machtbedürf-

nissen entsprach. In einem Brief an Heuss meinte er, der Bundespräsident sei bisher in seiner politischen Bedeutung unterschätzt worden. Heuss verstand sehr wohl, um was es Adenauer ging, kleidete seine Indignation aber in die pikierte Frage, ob dies als Kritik an seiner Amtsführung zu verstehen sei. Das rein instrumentale Verhältnis zur parlamentarischen Demokratie, das Adenauer damit wieder mal offenbarte, empörte quer durch alle Parteien. Darauf teilte Adenauer Anfang Juni 1959 mit, daß er „aufgrund der schwierigen außenpolitischen Situation" weiter Bundeskanzler bleiben wolle. Als Verlegenheitskandidat der CDU/CSU („weißhaarig und katholisch muß er sein") wurde nun in aller Eile der Landwirtschaftsminister Heinrich Lübke nominiert.

Die Wahl des Bundespräsidenten fand am 1. Juli 1959 in Westberlin statt, wobei die Berliner Wahlmänner erstmals volles Stimmrecht hatten - ein kalkulierter Affront gegenüber den Sowjets, die auf dem Sonderstatus Westberlins beharrten. Lübke schaffte die erforderliche absolute Mehrheit erst im zweiten Anlauf, da SPD und FDP mit den Bundestagsvizepräsidenten Carlo Schmid und Max Becker eigene Kandidaten aufgestellt hatten. Im ersten Wahlgang erhielt Becker 19 Stimmen mehr als der Zahl der FDP-Wahlmänner in der Bundesversammlung entsprach.

Die FDP setzt auf Ludwig Erhard

Die erneute Beteiligung an einem Kabinett unter Adenauer schien der FDP nach dieser Affäre weniger denn angebracht. Schließlich konnte es nicht mehr lange dauern, bis der störrische Alte schon aus biologischen Gründen würde abtreten müssen. Und obwohl Adenauer seinem Wirtschaftsminister inzwischen sogar öffentlich „zu wenig Erfahrung in der internationalen Politik" bescheinigt hatte, zeichnete sich Ludwig Erhard als unumstrittener Nachfolger ab. Der ungemein populäre Wirtschaftsminister, der in der Öffentlichkeit als „Vater des Wirtschaftswunders" galt, verstand sich gut mit der FDP: Er war

1948 von Thomas Dehler für den Posten des Direktors der Wirtschaftsverwaltung der Bi-Zone empfohlen worden. Erhard wollte damals eigentlich der FDP beitreten, hatte sich aber von Dehler überzeugen lassen, daß die CDU ihm größere Möglichkeiten bieten würde...

Der „Umfall“

Die FDP bricht ihr Wahlversprechen und beteiligt sich doch wieder an einer Regierung unter Adenauer

Bei den Bundestagswahlen am 17. September 1961 erzielte die FDP mit 12,7 Prozent ihr bisher bestes Ergebnis. Sie bekam 67 Sitze im Bundestag, die Union 242 und die SPD 190. Es gab nur noch diese drei Parteien im Parlament. Der langjährige Trabant der CDU, die schwarz-weiß-rote DP, war inzwischen zerfallen bzw. in der CDU aufgegangen. Die FDP besaß damit eine hervorragende Position bei den Koalitionsverhandlungen. Rechnerisch hätte sie sogar mit der erstarkten SPD koalieren können, die nun die ersten Früchte ihres 1959 beschlossenen „Godesberger Programms“ erntete. Aber das blieb reine Arithmetik. Die SPD erklärte sich sowieso für eine Allparteien-Regierung, aus der auch leicht eine Große Koalition mit der CDU/CSU hätte werden können.

Die CDU/CSU hatte starke Einbußen erlitten. Die kurz vor den Wahlen erfolgte Errichtung der Berliner Mauer am 13. August 1961 markierte das vorläufige Scheitern von Adenauers Deutschlandpolitik, soweit sie aus dem illusionären Versprechen bestand, die Westintegration der Bundesrepublik mit einer friedlichen Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten vereinbaren zu können. Außerdem hatte sich Adenauer in den Tagen des Mauerbaues sehr ungeschickt verhalten und damit den alten Argwohn bestärkt, ihm sei an dem „heidnischen“ Mitteldeutschland samt Berlin ohnehin nichts gelegen.

Adenauer nur zu Abstrichen an seiner Amtszeit bereit

Das Hauptproblem bei den Koalitionsverhandlungen war, daß der 86jährige Adenauer noch immer nicht abtreten wollte. Die FDP hatte im Wahlkampf versprochen, sich an keiner Regierung unter Adenauer zu beteiligen. Der Bundesvorstand bekräftigte diese Haltung nochmals kurz nach den Wahlen. Adenauer

bestand indessen darauf, auch die neue Regierung zu bilden. Sein einziges Zugeständnis war, keine vollen vier Jahre an der Spitze der künftigen Koalitionsregierung zu stehen. Aber auf einen Termin für den Rücktritt wollte er sich von den Freien Demokraten auch nicht festlegen lassen.

Der Bundeshauptausschuß der FDP beschloß am 21. Oktober 1961 mit 60 gegen 37 Stimmen, diese Kröte zu schlucken. Die FDP bekam so zum erstenmal das Odium einer „Umfaller"-Partei. Die stellvertretenden Parteivorsitzenden Oswald Kohut (Hessen) und Heinrich Schneider (Saar) legten aus Protest ihre Ämter nieder, weil sie mit der Kanzlerschaft Adenauers nicht einverstanden waren.

Fünf Ministerposten

Anschließend gab es noch Geplänkel, weil Adenauer die Koalitionsvereinbarungen als reines FDP-Papier bezeichnete und vor allem die personellen Wünsche der FDP im Bereich des Außenministeriums ablehnte. Der Konflikt endete mit dem Rücktritt des Außenministers Heinrich von Brentano. Das Außenministerium blieb jedoch in CDU-Hand und wurde im neuen Kabinett mit Gerhard Schröder besetzt.

In der neuen Regierung, die Adenauer am 14. November 1961 vorstellte, besetzte die FDP fünf von 20 Ministerposten: Wolfgang Stammberger (Justiz), Heinz Starke (Finanzen), Wolfgang Mischnick (Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte), Hans Lenz (Schatzministerium) und Walter Scheel (wirtschaftliche Zusammenarbeit). Wirtschaftsminister Ludwig Erhard wurde wieder zum Vizekanzler ernannt und damit von Adenauer - wenn auch widerwillig und nur unter dem Druck aus den Unionsparteien - als Nachfolger akzeptiert.

„Spiegel"-Affäre rüttelt Koalition durcheinander

Die „Spiegel"-Affäre, die im Oktober 1962 ins Rollen kam und es verdient, in einem eigenen Kapitel dargestellt zu werden, rüttelte die Koalition heftig durcheinander. Zwischendurch lieb-

äugelte die CDU/CSU sogar mit der SPD als Koalitionspartner und holte die alten Pläne zur Vernichtung der FDP durch Manipulierung des Wahlrechts wieder aus der Schublade. Noch vor Jahresende rauften sich die alten Partner dann aber doch wieder zusammen. Der umstrittene Verteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU) mußte gehen. Ansonsten war die neue Koalitionsregierung aber weitgehend mit der alten identisch: Neue FDP-Kabinettsmitglieder waren Ewald Bucher, der als Justizminister Wolfgang Stammberger ersetzte, und Rolf Dahlgrün, der anstelle von Heinz Starke das Finanzministerium übernahm. Hans Lenz wechselte vom Schatzministerium ins neue Ressort Wissenschaft und Forschung.

Auf dem 14. Bundesparteitag der FDP Anfang Juli 1963 in München erklärte der Vorsitzende Erich Mende mit Blick auf Strauß: „Die FDP wird keiner Regierung angehören und keine Persönlichkeit akzeptieren, der nicht die Grundsätze und das Wesen des Rechtsstaates, der Moral und der Prinzipien freiheitlicher Ordnung wesentlich höher stehen als die bloße Macht“.

Als Nachfolger des überraschend verstorbenen Wolfgang Döring, der noch in der „Spiegel“-Debatte des Bundestags im November 1962 eine leidenschaftliche Rede gehalten hatte, wurde Willi Weyer zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Weyer hatte wie Döring 1956 zu den Düsseldorfer „Jungtürken“ gezählt. In seiner Rede vor dem Bundesparteitag ging er auch auf die jüngste Fühlungnahme zwischen CDU und SPD ein. Die beiden großen Parteien hätten damit selber klargemacht, daß es nicht um eine grundsätzliche Alternative zwischen „schwarz“ und „rot“ gehe, wobei der FDP nur die Wahl bleibe, sich der einen oder der anderen Seite anzuschließen: „Die Fragestellung der Zukunft wird daher nicht mehr lauten: Mit wem geht die FDP?, sondern: Welche der drei Parteien finden sich zur Zusammenarbeit in der Regierung zusammen...“

Mende wird Vizekanzler im neuen Kabinett von Ludwig Erhard

Am 15. Oktober 1963 war es endlich so weit: Adenauer trat als Bundeskanzler zurück, und am folgenden Tag wählte der Bundestag den bisherigen Wirtschaftsminister und Vizekanzler Ludwig Erhard zum neuen Regierungschef. Der neue Regierungschef präsentierte sogleich sein Kabinett, in dem die FDP wie zuvor fünf Ministerposten innehatte. Auch die Namen und die Ressorts der Minister blieben weitgehend dieselben. Neu ins Kabinett rückte allerdings Erich Mende als Vizekanzler und Minister für gesamtdeutsche Fragen. Dafür schied Wolfgang Mischnick aus. Hans Lenz wechselte zurück ins Schatzministerium. Den Posten Mendes als Fraktionsvorsitzender der FDP übernahm Knut von Kühlmann-Stumm.

Mende versuchte sich in seinem neuen Amt gleich zu profilieren, indem er der DDR eine Ausweitung der Kredite im Rahmen des Interzonenhandels anbot. Allerdings verlangte er als „Zeichen des guten Willens“ Erleichterungen im innerdeutschen Verkehr. Die SED wies das Ansinnen des „frischgebackenen“ Ministers in rüdem Ton zurück, weil sie darin wohl eher die Infragestellung der laufenden Verhandlungen über ein neues Interzonenhandels-Abkommen und der inzwischen selbstverständlich gewordenen Überziehungskredite sah (der Handel zwischen beiden deutschen Staaten wurde ausschließlich auf Verrechnungsbasis zwischen den beiden Zentralbanken abgewickelt, wobei die DDR zunehmend Schwierigkeiten hatte, ihre Bezüge aus dem Westen mit entsprechenden Lieferungen zu kompensieren).

FDP unterstützt Passierscheinabkommen

Die Erleichterungen im innerdeutschen Verkehr bahnten sich sowieso an: Zur Jahreswende 1963/64 durften die Westberliner erstmals wieder seit dem Mauerbau ihre Verwandten im Ostteil der Stadt besuchen. Die FDP-Bundestagsfraktion begrüßte dieses erste Passierscheinabkommen. Schon im September folgte

eine weitere Vereinbarung, die Besuchtszeiträume bis Pfingsten 1965 einschloß.

Die DDR nutzte nun allerdings die Besucherströme, um kräftig abzusahnen: Kaum war das zweite Passierscheinabkommen angelaufen, verpflichtete sie die Besucher aus dem Westen zum Zwangsumtausch von D-Mark gegen minderwertige DDR-Mark. Mende widerrief deshalb die in Aussicht genommene Aufstockung der Interzonenhandelskredite um 500 Millionen Mark: „Wir wollten für eine solche Konzession nur adäquate menschliche Erleichterungen erreichen", erklärte er am 28. November vor der Landesversammlung der bayerischen FDP in Ingolstadt. „Aber man kann doch nicht von uns verlangen, daß wir nach der Einführung des Zwangsumtauschs noch eine halbe Milliarde Mark nach Ostberlin werfen."

Für bessere Beziehungen zur Sowjetunion

Am 18. Januar 1964 meldete sich Thomas Dehler in der „Augsburger Allgemeinen" zu Wort. Er mahnte erneut, sich in Fragen der deutschen Einheit doch gleich an die richtige Adresse zu wenden und Moskau die notwendigen außenpolitischen Konzessionen zu machen: „Wir werden niemals zur Überwindung der deutschen Spaltung kommen, wenn die deutschen Teile in die gegensätzlichen Militärblöcke eingegliedert bleiben. Die wesentliche Grundlage für eine neue Ordnung im mitteleuropäischen Raum muß ein weitgespannter Sicherheitsvertrag sein, der Deutschland gegen jedwede Aggression durch das Bündnis mit den vier Siegermächten abdeckt. Diese Regelung müßte in einem Friedensvertrag erfolgen, in dem gleichzeitig der Weg zur deutschen Wiedervereinigung eröffnet wird."

Auf dem 15. Bundesparteitag Anfang Juni 1964 in Duisburg sprach sich Mende ebenfalls für eine „durchgreifende Verbesserung" der Beziehungen zur Sowjetunion aus: Die Wiedervereinigung Deutschlands sei nun mal nicht gegen Moskau erreichbar. Allerdings sei sie auch nicht gegen den Westen erreichbar.

Sie setze den Brückenschlag zwischen West und Ost und die Einigung Europas voraus.

FDP empfiehlt sich CDU-Wählern als Stütze von Erhard

Mit Blick auf die kommenden Bundestagswahlen warb Mende auch bei Anhängern der Unionsparteien um Stimmen für die FDP: Bis zum Herbst 1965 müsse man die Wähler darüber aufklären, „daß man erst recht FDP wählen muß, wenn Professor Erhard an der Spitze dieser Regierung bleiben und kein Übergangskanzler gewesen sein soll; daß man erst recht FDP wählen muß, wenn Schröder seine beweglichere Außenpolitik weiterführen und nicht einem CSU-Abgeordneten Platz machen soll; daß man schließlich erst recht FDP wählen muß, um die gegen Erhard und Schröder gerichtete Opposition in der eigenen Partei in Schach zu halten!"

Der Parteitag bestätigte Mende mit großer Mehrheit im Amt des Vorsitzenden. Stellvertreter wurden Willi Weyer, Ewald Bucher und Wolfgang Mischnick. Das Amt des Bundesschatzmeisters übernahm wieder Hans Wolfgang Rubin.

Bucher tritt allein gegen gegen Lübke an

Mende teilte auf dem Duisburger Parteitag ferner einen einstimmigen Beschluß des Bundesvorstands mit, wonach die FDP dem Bundespräsidenten Heinrich Lübke auch bei dessen geplanter Wiederwahl ihre Stimmen verweigern werde. Als Gegenkandidat sei Bundesjustizminister Ewald Bucher nominiert worden. Kurz davor war Lübke sowohl von der CDU/CSU als auch von der SPD für eine zweite Amtszeit aufgestellt worden. - Von der SPD aus gutem Grund, denn der leicht vertrottelte Lückenbüßer für Adenauers fehlgeschlagene Bundespräsidenten-Ambitionen hatte sich bei der Koalitionskrise des Jahres 1962 als warmer Befürworter einer Großen Koalition erwiesen. Bei so breiter Unterstützung schaffte Lübke - anders als 1959 - seine Wiederwahl am 1. Juli 1964 auf Anhieb. Immerhin konnte sein Gegenkandidat Bucher, wie seinerzeit schon Max Becker, mehr

Stimmen auf sich vereinigen als der Zahl der FDP-Wahlmänner entsprach.

Mende für gesamtdeutsche Kommissionen und Milderung der „Hallstein-Doktrin"

Auf dem folgenden Bundesparteitag Ende März 1965 in Frankfurt umriß Mende nochmals die Positionen der Partei in der Ostpolitik. Er stellte klar, daß die westlichen Alliierten kein Interesse an einer Veränderung der Oder-Neiße-Grenze hätten, obwohl Bonn diese Gebiete noch immer für Deutschland reklamierte. Erneut plädierte er für eine Verbesserung der Beziehungen zu Osteuropa und Ostberlin. Im Rahmen von „gesamtdeutschen technischen Kommissionen" sollten Fragen des Personenverkehrs, des Handels, des Kulturaustauschs und des Sportverkehrs „im geteilten Deutschland" beraten werden - von zwei deutschen Staaten zu reden war noch immer so tabu wie die Aufgabe des Bonner Alleinvertretungsanspruchs auf außenpolitischem Gebiet. Immerhin wollte Mende die „Hallstein-Doktrin" nicht mehr gegenüber den Staaten im sowjetischen Einflußbereich und im übrigen nicht „starr und automatisch" angewendet wissen. Er handelte sich damit den Widerspruch Eugen Gerstenmaiers ein, der wenige Tage später auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf verlangte, die Hallstein-Doktrin müsse „auch weiterhin mit Entschiedenheit gehandhabt werden".

Stammberger tritt zur SPD über, um Strauß zu verhindern

Während sich die FDP relativ erfolgreich als Wegbereiterin einer neuen Ostpolitik präsentierte, überzeugte sie in der Rolle der Hüterin von Recht und Verfassung weniger. Es fing damit an, daß der standhafte Wolfgang Stammberger, der durch seinen Rücktritt als Bundesjustizminister den ersten Bremsklotz gegen die amoklaufende Justiz in der „Spiegel"-Affäre gesetzt hatte, am 3. Juni 1964 seinen Austritt aus der FDP erklärte. Zugleich gab Stammberger seine Absicht bekannt, der SPD beizutreten. Seinen Parteiwechsel begründete er damit, daß sich

ein Wiederaufstieg von Franz Josef Strauß nur durch die SPD verhindern lasse - ein tragischer Irrtum, wie sich bald herausstellen würde.

Gegen Verlängerung der Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen

Am 25. März 1965 votierte die FDP-Fraktion geschlossen gegen die Verlängerung der Verjährungsfrist für Mord, mit der die weitere Verfolgung von Massenmorden an den Juden und ähnlicher Nazi-Verbrechen ermöglicht werden sollte. Der gemeinsam von Union und SPD getragene Gesetzentwurf unterbrach die Verjährung für den Zeitraum vom 8. Mai 1945 bis Ende 1949, in dem es keine eigenständige deutsche Gerichtsbarkeit gab. Das war insofern eine recht formale Konstruktion, als es auch nach der Gründung der Bundesrepublik so gut wie keine Verfolgung von Nazi-Verbrechen gegeben hatte. Man hatte die braune Vergangenheit derart gründlich unter den Teppich gekehrt, daß selbst Massenmörder noch immer frei herumliefen. Die Aussetzung der Verjährung garantierte keineswegs, daß ihnen endlich der Prozeß gemacht würde, verhinderte aber wenigstens den Skandal, daß sie sich ungestraft zu ihren Taten bekennen konnten. Da mußte es wie Hohn wirken, wenn die FDP nun rechtsstaatliche Gründe ins Feld führte und sogar Thomas Dehler, der nun wirklich keine braune Weste hatte, sich vehement gegen die Aussetzung der Verjährung von Nazi-Verbrechen aussprach.

Bucher tritt zurück

Wie Liebedienerei vor der alten Klientel der braunen Parteigenossen konnte es auch wirken, als Bundesjustizminister Ewald Bucher nach der Verabschiedung des Gesetzes seinen Rücktritt erklärte, weil er es nicht unterzeichnen wollte. Die FDP setzte noch eins drauf, indem sie sich außerstande sah, einen Nachfolger zu benennen, da alle in derselben Situation wie Bucher seien. Kanzler Erhard ernannte ersatzweise den CDU-Abgeordneten Karl Weber zum neuen Bundesjustizminister.

Nur Kohut und Schneider stimmen gegen Notstandsgesetze

Nicht so skrupulös war die FDP hinsichtlich der Notstandsgesetze, von denen weithin befürchtet wurde, daß sie der Exekutive eine Art neues Ermächtigungsgesetz in die Hand geben würden. Im Juni 1965 setzte sie gemeinsam mit der CDU/CSU die Verabschiedung der sogenannten einfachen Notstandsgesetze durch. Daß es nicht auch zur Verabschiedung des verfassungsändernden Kerns der Notstandsgesetzgebung kam, lag allein am Widerstand der SPD, ohne deren Zustimmung die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit nicht zu erlangen war. Mit der SPD stimmten die FDP-Abgeordneten Oswald Kohut und Heinrich Schneider gegen die Notstandsverfassung. Aber auch die SPD taktierte in dieser Frage nur: Sie war längst entschlossen, sich ihre Zustimmung für eine Große Koalition mit der CDU/CSU abkaufen zu lassen.

Gerade von der FDP hätte man in dieser Frage mehr Sensibilität erwarten dürfen, zumal ihr Vorläufer, die DDP bzw. Deutsche Staatspartei, 1933 das Ermächtigungsgesetz für Hitler gebilligt hatte. Zwei der Abgeordneten, die damals im Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetz die Hand gehoben hatten - nämlich Theodor Heuss und Reinhold Maier - wurden sogar zu Galionsfiguren der FDP.

Die „Spiegel"-Affäre

FDP-Minister erzwingen durch ihren Rücktritt die Ablösung von Franz Josef Strauß

Im März 1962 löste Thomas Dehler einen politischen Wirbel aus, als er in einer Fernsehsendung die außenpolitischen Vorstellungen Adenauers kritisierte. Dabei hatte Dehler nur wieder mal gesagt, daß Bonn die Deutschlandpolitik nicht den Alliierten überlassen dürfe, sondern selber mit den Russen verhandeln müsse. In der Bundesrepublik sei Hitler noch nicht überwunden worden, zumindest was das Verhältnis zu Rußland angehe. Es würden beinahe die gleichen Tiraden fortgesetzt: Schon das Argument, daß die Russen Kommunisten seien, reiche aus, um sie als nicht verhandlungsfähig erscheinen zu lassen. - Die CDU schäumte und verlangte sogar den Rücktritt Dehlers vom Amt des Bundestagesvizepräsidenten. Dehlers Ausführungen ließen die Absicht erkennen, die Regierungskoalition zu sprengen, behaupteten der CDU-Fraktionsvorsitzende von Brentano und der Bundestagsvizepräsident Richard Jaeger (CSU). FDP und Union einigten sich schließlich darauf, daß Dehler seine persönliche Meinung geäußert habe und daß dadurch der Bestand der Koalition nicht berührt werde.

Ein echter Sprengsatz für den Bestand der Koalition war dagegen die „Spiegel"-Affäre, die ein gutes halbes Jahr später die Bundesrepublik erschütterte. Dabei liefen ähnliche Mechanismen ab wie bei der erwähnten Reaktion auf Dehlers Äußerungen. Die Hysteriker des Kalten Kriegs, vor deren Tiraden Dehler gewarnt hatte, machten im Falle des „Spiegel" aus einem völlig normalen Pressebericht einen Anschlag auf die Sicherheit der Bundesrepublik und des westlichen Verteidigungssystems.

„Spiegel"-Artikel über Vernachlässigung der Bundeswehr

Das Hamburger Magazin hatte sich den Ruf der einzigen wirklichen Opposition erworben, seitdem Herbert Wehner die SPD

auf den Kurs einer „Umarmung" der Unionsparteien geführt hatte, um dem Ziel einer Großen Koalition näherzukommen. Auf dieser Linie lag auch ein Artikel, der im „Spiegel" am 10. Oktober 1962 unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit" erschien. Er beleuchtete die Zwickmühle, die infolge der Politik der atomaren Bewaffnung entstanden war: Die Bundeswehr verfügte nun zwar über Raketen und „Starfighter" als atomare Trägerwaffen. Die dazugehörigen atomaren Sprengköpfe blieben aber bei den Amerikanern unter Verschluß, während die Ausrüstung der Bundeswehr mit konventionellen Waffen vernachlässigt worden war. Der Mangel an konventioneller Ausrüstung wurde in der Bundeswehr selber als ärgerlich empfunden, und es war ein hoher Offizier, der deshalb den Artikel im „Spiegel" lanciert hatte. Außerdem war der Artikel vor der Veröffentlichung von dem Informanten selbst sowie einem Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes auf möglicherweise geheimzuhaltende Fakten überprüft worden.

Politisch bedeutete der Artikel eine Ohrfeige für den amtierenden Bundesverteidigungsminister Franz Josef Strauß (CSU), der für die Bundeswehr verantwortlich war und am lautesten die atomare Aufrüstung forderte. Die Ohrfeige war umso schmerzhafter, als Strauß zu dieser Zeit auch in der sogenannten Fibag-Affäre unter Beschuß stand, die ebenfalls der „Spiegel" ins Rollen gebracht hatte.

Großaktion der Justiz hinter dem Rücken des Justizministers

Dennoch wäre vermutlich überhaupt nichts passiert, auch nicht von Seiten des bloßgestellten Strauß, wenn nicht ein rechtskonservatives CSU-Mitglied Anzeige wegen „Landesverrats" erstattet hätte. Nun griffen die Mechanismen des Kalten Kriegs wie am Schnürchen: Die Bundesanwaltschaft forderte beim Verteidigungsministerium des Franz Josef Strauß ein Gutachten an. Das Ministerium nutzte die Chance für ein Horrorgemälde: Angeblich hatten sich sogar schon die Amerikaner beschwert. Zwei Wochen nach Erscheinen des Artikels, am 23. Oktober 1962,

unterzeichnete der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof die gewünschten Haft- und Durchsuchungsbefehle. Der Gipfel bei diesem juristischen Amoklauf war, daß alles ohne Wissen des zuständigen Bundesjustizministers Wolfgang Stammberger geschah, den man anscheinend bewußt nicht informierte, weil man ihm rechtsstaatliches Denken zutraute.

Es dauerte dann nochmals drei Tage, ehe am Abend des 26. Oktober ein großes Polizeiaufgebot die Redaktion des „Spiegel" besetzte. So konnte am 25. Oktober die Reinwaschung von Franz Josef Strauß im Fibag-Untersuchungsausschuß des Bundestags, an der sich neben der Union auch die FDP beteiligte, ungestört über die Bühne gehen.

Strauß leugnete seine Beteiligung

Der „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein und etliche Redakteure wurden verhaftet. Der Verfasser des Artikels, Conrad Ahlers, befand sich gerade auf Urlaub in Spanien. Strauß telefonierte deshalb mit dem deutschen Militärattaché in Madrid, der die Verhaftung von Ahlers veranlaßte. Dennoch behauptete Strauß hinterher: „Ich habe mit der Sache nichts zu tun. Im wahrsten Sinn des Wortes nichts zu tun!"

Soweit die Grundzüge dieser Affäre, deren juristische Aufarbeitung sich über vier Jahre hinzog. Am Ende wurden sämtliche Verfahren eingestellt - sowohl diejenigen gegen die „Spiegel"-Redakteure als auch diejenigen, die sich gegen ihre Verfolger richteten. So hielt im Falle von Strauß die Staatsanwaltschaft den Tatbestand der Amtsanmaßung und der Freiheitsberaubung zwar objektiv für erfüllt, stellte das Verfahren aber trotzdem ein, weil die subjektiven Einlassungen von Strauß nicht hätten widerlegt werden können.

Der Hauptprotest kommt von außerhalb des Parlaments

Das glimpfliche Ende war vor allem ein Erfolg der Öffentlichkeit bzw. anderer Medien, die sich mit dem „Spiegel" solidarisierten. Hinzu kam, daß im Ausland dieser Rückfall in

Polizeistaatsmethoden argwöhnisch beobachtet wurde. Typisch für den Aufschrei in der Öffentlichkeit war der Kommentar, den Karl-Hermann Flach - der spätere FDP-Generalsekretär - damals als Redakteur der „Frankfurter Rundschau“ verfaßte:

„Wenn es also morgens in aller Frühe bei uns klingelt, können wir uns nicht weiter mit dem beruhigenden Gefühl strecken, daß es nur der Milchmann oder der Junge mit den Brötchen sein kann; wenn um Mitternacht jemand an unsere Tür schlägt, wissen wir nicht mehr genau, daß es sich schlimmstenfalls um einen Telegrammboten oder einen betrunkenen Weggenossen handeln kann, der sich in der Tür geirrt hat. Wir müssen damit rechnen, daß es die politische Polizei ist, die bei Nacht und Nebel nach Landesverrätern sucht.“

In der Abwehrhaltung der Öffentlichkeit gegen das regierungsamtlich verbreitete und auch von der parlamentarischen Opposition nur halbherzig angezweifelte Deutungsmuster vom „Landesverrat“ zeigten sich Ansätze jener außerparlamentarischen Opposition, die sechs Jahre später die Bundesrepublik verändern würde. Im Grunde begann die außerparlamentarische Opposition bereits 1960 mit dem Kampf gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr und den „Ostermärschen“ gegen den Wahnsinn des nuklearen Wettrüstens. Sie setzte sich dann fort in der Bewegung gegen die Notstandsgesetze, die ihre Ängste vor einer parlamentarisch verbrämten Diktatur durch die „Spiegel“-Affäre in hohem Maße bestätigt fühlen durfte und direkt in die Studentenrebellion des Jahres 1968 mündete.

Adenauer sieht „Abgrund von Landesverrat“ und setzt SPD unter Druck

Die parlamentarische Aufarbeitung der „Spiegel“-Affäre war dagegen kein besonderes Ruhmesblatt und konnte es bei den gegebenen Kräfteverhältnissen im Bundestag auch nicht sein. Die FDP machte noch die beste Figur. Die SPD litt nicht nur deshalb unter Beißhemmungen gegenüber der Regierung, weil sie von Wehner mittlerweile auf die „Umarmung“ der CDU/

CSU eingeschworen worden war - hinzu kam, daß die Polizei bei der Besetzung der „Spiegel"-Redaktion auch Unterlagen gefunden hatte, die von zwei SPD-Abgeordneten an das Blatt weitergegeben worden waren. Diese Papiere hatten mit dem Vorwurf des Landesverrats nichts zu tun, waren aber als „geheim" gekennzeichnet, so daß die SPD wegen der Weitergabe den Vorwurf des „Geheimnisverrats" befürchten mußte. Und das klang schließlich ganz ähnlich wie „Landesverrat". Adenauer wußte von den Papieren und setzte die SPD damit unverhohlen unter Druck.

Am 7.,8. und 9. November befaßte sich der Bundestag mit einem Katalog von 18 Fragen, den die FDP zur „Spiegel"-Affäre eingereicht hatte. Adenauer verwahrte sich dabei gegen den Vorwurf, nicht rechtsstaatlich gehandelt zu haben. Er behauptete, es handele sich um einen „Abgrund von Landesverrat" und rief indirekt zum Anzeigenboykott gegen das Blatt auf. Speziell über den „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein, der selber FDP-Mitglied war und über gute Verbindungen zur FDP verfügte, schwadronierte Adenauer:

„Auf der einen Seite verdient er am Landesverrat, und das finde ich gemein. Und zweitens, meine Damen und Herren, verdient er an allgemeiner Hetze, auch gegen die Koalitionsparteien. (...) Gott, was ist mir schließlich Augstein! Der Mann hat Geld verdient auf seine Weise. Es gibt Kreise, die ihm dabei geholfen haben, indem sie den ‚Spiegel' abonniert haben und indem sie Annoncen hineingesetzt haben. Die Leute stehen nicht sehr hoch in meiner Achtung, die ihm soviel Annoncen gegeben haben. Aber er hat viel Geld verdient, sehr viel Geld verdient."

Wolfgang Döring verteidigt seinen Freund Augstein

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Döring - einer der „Jungtürken", die 1956 die Düsseldorfer Regierung gestürzt hatten - bekannte sich daraufhin als persönlicher Freund Augsteins: „Ich bin es nicht nur meinem Freunde, sondern auch dem Staatsbürger Augstein und allen anderen schuldig, dagegen zu

protestieren, daß Sie hier sagen: Herr Augstein verdient am Landesverrat. Dann haben Sie als erster sich ein Urteil gefällt, das zu fällen nur dem Gericht zusteht". Döring sprach dann von seiner Frau, die er nur mit Mühe zur Rückkehr nach Deutschland habe bewegen können, nachdem 22 von ihren 26 Familienangehörigen in Konzentrationslagern umgekommen waren. Es gehe hier nicht um eine koalitions- oder machtpolitische Frage: „,Wir haben allen gemeinsamen Grund, dafür zu sorgen, daß nicht die Spur eines Verdachts an uns allen hängen bleibt."

Für die FDP ist Strauß in keinem Regierungsamt mehr tragbar

Innerhalb des Kabinetts war es für die FDP eine Frage der Selbstachtung, es dem Koalitionspartner nicht durchgehen zu lassen, von der Aktion gegen den „Spiegel" nicht informiert worden zu sein. Justizminister Wolfgang Stammberger verlangte am 31. Oktober seine Entlassung, Die übrigen FDP-Minister erklärten ebenfalls ihren Rücktritt, falls Stammberger keine Genugtuung erhalte. Bei einer Koalitionsbesprechung einigte man sich darauf, die beiden Staatssekretäre Strauß (Justiz) und Hopf (Verteidigung) zu maßregeln - den ersteren, weil er seinen Dienstherrn Stammberger nicht informiert hatte, den anderen quasi als Bauernopfer, damit sein Dienstherr Franz Josef Strauß weiter amtieren konnte. Ansonsten waren die Beteiligten „übereinstimmend der Auffassung, daß insbesondere wegen der jetzigen politischen Situation die bisherige Koalition unverändert fortgesetzt werden soll".

Bald aber erkannte die FDP, daß es mit einem Bauernopfer nicht getan war. Die Protestwelle gegen die noch laufenden Aktionen der Bundesanwaltschaft war einfach zu stark geworden, und inzwischen schälte sich auch deutlich heraus, daß Franz Josef Strauß durchaus in die Angelegenheit verwickelt war. Am 19. November 1962 traten alle fünf FDP-Minister von ihren Ämtern zurück und der FDP-Vorsitzende Erich Mende erklärte, daß Strauß in keinen Regierungsamt mehr tragbar sei. Man sei indessen zur Fortfüh-

rung der Koalition bereit. Die Entscheidung der FDP richte sich nicht gegen den Bundeskanzler. Die FDP werde sich an die mit Adenauer getroffene Vereinbarung über die Beendigung von dessen Amtszeit in der Mitte der Legislaturperiode halten.

Am nächsten Tag traten auch alle Minister der CDU/CSU zurück, „um die Bildung einer handlungsfähigen Bundesregierung zu ermöglichen“. Am 30. November erklärte Strauß auf einer Tagung des CSU-Landesvorstandes, daß er auf das Amt des Verteidigungsministers verzichte und auch kein anderes Ministeramt in einem neu zu bildenden Kabinett Adenauer übernehmen werde.

Union will FDP erst liquidieren und koaliert dann doch wieder mit ihr

Die CDU/CSU verzieh es indessen der FDP nicht, sie zur Opferung von Strauß gezwungen zu haben. Am 3. Dezember 1962 beschloß sie, auch mit der SPD Koalitionsverhandlungen aufzunehmen. Für die Kontaktaufnahme zur SPD setzte sich besonders Adenauer ein, wobei er auf den ständigen Ärger mit der FDP verwies. Um den Druck auf die FDP noch zu erhöhen, wollte die Union die SPD für die Einführung eines reinen Mehrheitswahlrechts gewinnen. Die SPD war auch durchaus zu Verhandlungen bereit. Für das geplante „Erpressungsmanöver“ gegenüber der FDP, das darauf hinausgelaufen wäre, „den bisherigen Partner der CDU/CSU umzubringen“, wollte sie sich aber nicht hergeben. Außerdem wünschte sie sich jemand anderes als Adenauer an der Spitze der geplanten Großen Koalition. Darauf nahmen Adenauer und die Union sehr schnell wieder Verhandlungen mit der FDP auf. Am 11. Dezember einigte man sich auf eine neue Koalitionsregierung, die zum großen Teil mit der alten identisch war. Die wesentlichste Veränderung auf Unionsseite war die Neubesetzung des Verteidigungsministeriums mit Kai-Uwe von Hassel, dem bisherigen Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein. Damit war die Forderung der FDP erfüllt, daß Strauß kein Regierungsamt mehr ausüben dürfe.

Die FDP hilft Erhard stürzen

- und bahnt damit den Weg für eine Große Koalition aus CDU/CSU und SPD

Bei den Bundestagswahlen am 19. September 1965 sank der Stimmenanteil der FDP von 12,8 Prozent - dem 1961 erreichten historischen Höchststand - auf 9,5 Prozent. Die Partei geriet nun in einen andauernden Abwärtstrend, den sie erst Anfang der siebziger Jahre beenden konnte. Hauptursache dafür war die Neuorientierung der SPD, die sich nicht mehr als linke Alternative zur CDU/CSU präsentierte, sondern ebenfalls eine „Volkspartei" sein wollte, die im Prinzip nichts anders, aber alles besser macht. Zur programmatischen Annäherung der SPD an die Union gehörte auch, daß sie sich als die liberalere der beiden „Volksparteien" präsentierte. Zugleich verlor die Union an konservativen Konturen. Die FDP sah sich so von beiden Seiten in die Zange genommen.

Mende besteht auf Gesamtdeutschem Ministerium

Die deutlichen Verluste der FDP korrespondierten mit einem erneuten Stimmengewinn der SPD und einem leichten Zuwachs der Union. Im Bundestag verfügte die FDP jetzt noch über 49 Mandate, gegenüber 245 der CDU/CSU und 202 der SPD. Bei den Koalitionsverhandlungen erhielt sie nur noch vier anstelle von fünf Ministerposten: Mende wurde wieder Vizekanzler und Minister für Gesamtdeutsche Fragen. Rolf Dahlgrün blieb für Finanzen und Walter Scheel für Entwicklungshilfe zuständig. Der frühere Justizminister Ewald Bucher, der im ersten Kabinett Erhard wegen der Verlängerung der Verjährungsfrist für NS-Verbrechen zurückgetreten war, übernahm nun das Wohnungswesen.

Nach Ansicht von Unionspolitikern war Mende zu weit gegangen, als er die erstarrte Ostpolitik aufzulockern versuchte und etwa die automatische Anwendung der „Hallstein-Doktrin" in

Frage stellte. Erhard hatte deshalb diesen Kritikern versprochen, das Gesamtdeutsche Ministerium wieder einem Politiker aus den eigenen Reihen zu überlassen. Mende bestand jedoch auf seinem alten Ressort und wollte sich allenfalls mit dem Außenministerium zufriedengeben. Dort gab es ähnlichen Zwist um Gerhard Schröder (CDU), dessen Außenpolitik zwischen den „Atlantikern“ und den „Europäern“ innerhalb der Union umstritten war. Am Ende behielten sowohl Mende als auch Schröder ihre bisherige Zuständigkeit.

Strauß darf nicht ins Kabinett, bekommt aber eine Ehrenerklärung

Ein weiterer Streitpunkt war die Person des früheren Verteidigungsministers Franz Josef Strauß, den die FDP während der „Spiegel“-Affäre zum Ausscheiden aus dem Kabinett gezwungen hatte. Auch vor den jetzigen Wahlen hatte die FDP versprochen, sich nicht mit Strauß an einen Kabinettstisch zu setzen. Der einflußreiche CSU-Vorsitzende brauchte sich also keine Hoffnungen auf einen Ministerposten zu machen. Er bestand jedoch auf einer Art Ehrenerklärung der FDP und bekam sie auch: Zum Abschluß der Koalitionsverhandlungen am 19. Oktober 1965 erklärten beide Seiten, man wolle nun einen Schlußstrich unter die Streitigkeiten der Vergangenheit ziehen und künftig alles unterlassen, was das Ansehen der anderen Seite beeinträchtigen könnte. Insbesondere wollten beide Koalitionspartner ihre Vorbehalte gegenüber der Ministerfähigkeit führender Politiker des anderen Partners als beendet ansehen.

Der umstrittenste Politiker der Nachkriegszeit, an dessen Charakter und demokratischer Gesinnung nicht nur Liberale zweifelten, war damit soweit rehabilitiert, daß er schon nach den nächsten Wahlen wieder mit einem Ministeramt rechnen konnte. Zum Ausgleich für die andauernde Strauß-Quarantäne sowie für die Duldung von Schröder und Mende in ihren alten Ämtern bewilligte Erhard der CSU einen fünften Ministerposten.

Erhard gerät zunehmend in die Defensive

Das zweite Kabinett Erhard bestand indessen nicht länger als ein Jahr. Ausgerechnet dem „Vater des Wirtschaftswunders" wurde nun als Kanzler die lahmende Konjunktur zum Verhängnis, die bald in die erste Rezession der Nachkriegsgeschichte überging. „Unsere wirtschaftliche Situation und die Lage der Staatsfinanzen kann nicht ohne Sorge betrachtet werden", stellte Erhard schon in seiner Regierungserklärung fest. „Wir haben uns vielleicht allzu selbstverständlich der Täuschung hingegeben, daß in einer expansiven, dynamischen Volkswirtschaft der Ausweitung des privaten Verbrauchs, der Investitionstätigkeit und der Ausgabensteigerung der öffentlichen Hand überhaupt keine Grenzen mehr gesetzt seien." Und schon die erste Sitzung des neuen Kabinetts war fast ausschließlich der Haushaltslage des Bundes gewidmet.

Lübke und Adenauer plädieren für Große Koalition

Die schwierige wirtschaftliche Lage sowie persönliches Ungeschick zehrten am Nimbus Erhards und ermutigten seine innerparteilichen Gegner, die anstelle des Bündnisses mit der FDP eine Große Koalition mit der SPD favorisierten. Zum Sprecher dieser Fronde machte sich Bundespräsident Heinrich Lübke, als er zum Jahresende 1965 in einem Interview unverhohlen für eine Große Koalition eintrat.

Damit hatte Lübke die ihm als Bundespräsident auferlegte parteipolitische Zurückhaltung verletzt, wie der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Hans Dietrich Genscher, feststellte. Der FDP-Ehrenvorsitzende Reinhold Maier formulierte es auf dem Dreikönigstreffen seiner Partei am 6. Januar noch schärfer: Lübke bewege sich nicht nur am Rande der Legalität, sondern sitze „mitten in der Inkorrekheit, im Verstoß gegen seine Amtspflichten".

Am 3. Januar 1966 sprach sich auch Adenauer per Zeitungsinterview für „eine Große Koalition auf Zeit mit begrenzten Zie-

len“ aus, um die finanziellen Probleme zu lösen und die noch ausstehende Notstandsverfassung verabschieden zu können. Zugleich äußerte er „brennendes“ Interesse an der Einführung des Mehrheitswahlrechts, das nach Sachlage die FDP aus dem Bundestag verschwinden lassen würde.

Der Konflikt wird vorerst beigelegt

Erhard nutzte Lübkes Neujahrsempfang am 4. Januar 1966 zu einer öffentlichen Erwiderung: Er stehe für die Regierungskoalition in ihrer jetzigen Zusammensetzung. Er könne es nicht zulassen, daß in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehe, als sei diese Koalition bereits zusammengebrochen und als sei es wünschenswert, sie abzulösen.

Am 11. Januar 1966 wurde der Konflikt vorerst beigelegt: Die Bundestagsfraktion der CDU/CSU billigte eine Beschlußempfehlung ihres Vorstandes, wonach sie weiterhin alles tun werde, um die von Erhard gebildete Regierung zu unterstützen. Es gebe keinen Anlaß, die Koalition von Union und FDP aufzulösen. Zugleich erneuerte die Union „ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit aller in den großen Fragen der deutschen Politik“.

Die Koalition scheitert - FDP will nicht erneut als „Umfaller“ dastehen

Am 27. Oktober 1966 zerbrach die Koalition dann aber doch an der Frage des Haushaltsausgleichs: Im Gegensatz zur CDU/CSU wollte die FDP keine Steuererhöhungen oder die Einschränkung der Sparförderung akzeptieren. In die vierwöchigen Verhandlungen platzte dann auch noch die Nachricht aus dem Bundesfinanzministerium, daß für das Haushaltsjahr 1967 mit rund einer Milliarde weniger an Steuereinnahmen zu rechnen sei.

Noch am 26. Oktober hatten sich die Koalitionspartner nach zehnstündigen Verhandlungen auf eine Kompromißformel geeinigt, wonach Steuererhöhungen erst dann in Betracht kämen, wenn der Etat durch Kürzungen und Abbau von Steuervergün-

stigungen nicht auszugleichen sei. Mit ihrer hartnäckigen Ablehnung von Steuererhöhungen hatten sich die FDP-Politiker aber inzwischen selber ein Bein gestellt, wie sie am folgenden Tag feststellen mußten, als Zeitungen von einem erneuten „Umfallen“ der FDP schrieben. - Eine Anspielung auf das vorangegangene „Umfallen“ im Oktober 1961, als die FDP entgegen ihrem Wahlversprechen doch wieder in eine Regierung unter Adenauer eingetreten war.

Die FDP scheint daraufhin von Panik gepackt worden zu sein, das Odium des „Umfalls“ nicht mehr loszuwerden. Jedenfalls beschloß die Bundestagsfraktion noch am 27. Oktober, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen und sich fortan als in der Opposition zu betrachten.

SPD und FDP sprechen Erhard indirekt das Mißtrauen aus

Erhard wollte zunächst weiterregieren. Er erlitt aber sofort eine weitere Schlappe, indem der Bundesrat den eingebrachten Haushaltsentwurf einstimmig ablehnte. Auf allen Seiten wurden die Messer gewetzt, um den Kanzler zu Fall zu bringen. Am 8. November setzte die SPD im Bundestag mit Hilfe der FDP die Annahme eines Antrags durch, der Erhard aufforderte, dem Parlament gemäß Artikel 68 des Grundgesetzes die Vertrauensfrage zu stellen. Erhard wies dieses indirekte Mißtrauensvotum zurück, weil es gegen Geist und Sinn der Verfassung verstoße, und sprach von einem „Schauprozeß“, bei dem er nicht mitwirken werde. Er klebe jedoch nicht an seinem Sessel, versicherte er, falls es zu einer regierungsfähigen Mehrheit komme. Darauf nominierte die Bundestagsfraktion CDU/CSU am 10. November den baden-württembergischen Ministerpräsidenten Kurt Georg Kiesinger zu ihrem Kanzlerkandidaten und bildete eine Kommission für Koalitionsverhandlungen.

Für Bündnis mit der SPD fehlt eine solide Stimmen-Basis

Die SPD beschloß ihrerseits am 11. November ein Sieben-Punkte-Programm für Koalitionsverhandlungen. Darin bestritt sie den

Anspruch der Union, allein über die Benennung des neuen Bundeskanzlers befinden zu wollen, und bot beiden anderen Fraktionen im Bundestag Gespräche an. Die FDP nahm dieses Gesprächsangebot an und sicherte der SPD zu, eine Kandidatur ihres Vorsitzenden Willy Brandt mit allen Stimmen zu unterstützen. Aber auch dann hätten SPD und FDP zusammen nur über 251 Mandate verfügt, gegenüber 245 der Union. Um diese hauchdünne Mehrheit wenigstens um zehn Stimmen zu verbessern, wurde vorübergehend erwogen, den Berliner Bundestagstagsabgeordneten volles Stimmrecht einzuräumen, wie dies bereits bei der letzten Bundespräsidentenwahl geschehen war. Es konnte allerdings nicht als sicher gelten, ob den Sowjets so viel an einer SPD/FDP-Regierung gelegen war, daß sie diese weitere Aufweichung des Sonderstatus von Westberlin hinnehmen würden. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit hatten ohnehin die westlichen Alliierten.

Am 28. November begründete die SPD das Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit der FDP: Abgesehen von der beinahe bis zuletzt anhaltenden Unsicherheit, ob die FDP einem Kanzlerkandidaten Willy Brandt geschlossen ihre Stimmen geben würde, hätten sich auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik unterschiedliche Auffassungen herauskristallisiert, die nach Ansicht der sozialdemokratischen Unterhändler nicht restlos befriedigend geklärt werden konnten.

Die FDP war damit endgültig aus dem Rennen. Ihr Pressesprecher Wolfgang Schollwer warf nun Wehner vor, nur Scheinverhandlungen geführt zu haben: Brandt und andere SPD-Politiker hätten wenigstens zeitweilig eine kleine Koalition für politisch wünschenswert angesehen. Wehner habe sich dagegen über die Verhandlungen mit der FDP nur ein Alibi für das Zusammengehen mit der CDU/CSU verschaffen wollen. Mit der bevorstehenden Bildung einer schwarz-roten Koalition sähen nun er und seinesgleichen sich „dem seit mehr als sechs Jahren unverdrossen verfolgten Ziele greifbar nahe, mit Hilfe der konservativen CDU/CSU in Deutschland auch beim rechts-

orientierten deutschen Wählerpublikum endlich politisch voll gesellschaftsfähig zu werden".

Es kostete Wehner noch einige Mühe, die Partei hinter sich zu bringen, zumal die SPD bereit war, Franz Josef Strauß als Minister zu akzeptieren. Außerdem gab es Vorbehalte wegen Kiesingers brauner Vergangenheit. Die Partei trug der verbreiteten internen Opposition Rechnung, indem sie den „Vorwärts" einen Protestbrief des Schriftstellers Günter Grass und die Antwort Willy Brandts veröffentlichen ließ: „Das Gewissen der Sozialdemokratischen Partei schlägt nicht außerhalb dieser Partei", schrieb Brandt dem SPD-Sympathisanten Grass. „Niemand sollte den Stab brechen, solange wir nicht die Chance gehabt haben zu beweisen, was jetzt möglich ist."

Union und SPD wählen Kiesinger zum Kanzler

Am 30. November 1966 reichte Erhard seinen Rücktritt ein. Am folgenden Tag wählte die neue schwarz-rote Mehrheit des Bundestags Kurt Georg Kiesinger zum dritten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Kiesinger erhielt 340 von 473 abgegebenen Stimmen. Da die FDP nur über 49 Mandate verfügte, müssen die 109 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen größtenteils aus den Reihen der neuen Koalitionspartner gekommen sein - in der Hauptsache vermutlich von SPD-Abgeordneten, die Wehners Kurs nur zähneknirschend folgten.

Allein gegen die Große Koalition

Die FDP modernisiert ihre Deutschlandpolitik und bekundet Verständnis für die APO

Als Folge der Großen Koalition mußte die FDP die restlichen drei Jahre bis zu den Bundestagswahlen im September 1969 in der Opposition verbringen. Sie hatte bereits von 1957 bis 1961 eine volle Legislaturperiode auf der Oppositionsbank gesessen. Zum erstenmal war sie nun aber dabei allein im Parlament. Den 468 Bundestagsabgeordneten der Großen Koalition saßen nur 50 FDP-Abgeordnete gegenüber (einschließlich Berliner Abgeordnete). Das reichte nicht einmal, um seitens der Opposition die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, die Anberaumung einer Parlamentssitzung oder die Erhebung einer Verfassungsklage zu erzwingen.

Man hätte vielleicht erwarten können, daß die FDP in dieser Rolle die Stimmen all jener auf sich ziehen würde, die mit den politischen Verhältnissen im allgemeinen und der Großen Koalition im besonderen unzufrieden waren. Dem war aber nicht so. Bei den folgenden Landtagswahlen, die bedingt auch als Stimmungsbarometer für die Bundestagswahlen gelten konnten, büßte die FDP fortlaufend Stimmen ein. Ausnahmen bildeten nur die Wahlen im Oktober 1967 in Bremen sowie im April 1968 in Baden-Württemberg.

Die NPD zieht in sieben Länderparlamente ein

Stattdessen erlebte die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) einen rasanten Aufstieg. Diese neonazistische Partei war Ende 1964 aus dem Zusammenschluß der Vorläuferparteien DRP und GDP entstanden. Bei den Bundestagswahlen 1965 hatte sie nur 2 Prozent erreicht. Ihr Siegeszug begann im November 1966, als sie in die Landtage von Hessen (7,9 Prozent) und Bay-

ern (7,4 Prozent) einziehen konnte. In den beiden folgenden Jahren schaffte sie auch den Sprung in die Landtage von Niedersachsen (7,0 Prozent), Bremen (8,9 Prozent), Rheinland-Pfalz (6,9 Prozent), Schleswig-Holstein (5,8 Prozent) und Baden-Württemberg (9,8 Prozent).

Diese Erfolge der NPD gingen in erster Linie zu Lasten der Union, zehrten aber auch an den Stimmenanteilen von FDP und SPD. So stand der NPD-Triumph in Bayern in ursächlichem Zusammenhang mit dem Ausscheiden der FDP (5,1 Prozent) aus dem Parlament, denn nach dem bayerischen Wahlgesetz mußte eine Partei in mindestens einem der sieben Regierungsbezirke zehn Prozent aller Wählerstimmen erhalten, um in den Landtag einziehen zu dürfen. Dieses Hindernis hatte die FDP bislang im Bezirk Mittelfranken überwunden. Nun aber scheiterte sie dort mit 9 Prozent, während die NPD in der ehemaligen FDP-Hochburg 12,2 Prozent erhielt und sich so den Einzug in den Landtag sichern konnte.

Es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis die NPD auch in den Bundestag einziehen würde. Da die Neonazis den Platz rechts von der Union besetzten, blieb der FDP kaum eine andere Wahl, als sich links von den beiden Regierungsparteien zu profilieren und langfristig eine Koalition mit der SPD anzustreben - der Vorwurf an die SPD, sie wolle „mit Hilfe der konservativen CDU/CSU in Deutschland auch beim rechtsorientierten deutschen Wählerpublikum endlich politisch voll gesellschaftsfähig werden“, deutete bereits in diese Richtung.

In Düsseldorf gerät die Große Koalition zum Rohrkrepierer

Auch die SPD neigte eher zur FDP als Koalitionspartner. Das zeigte sich schon wenige Tage nach Bildung der Großen Koalition in Bonn in Nordrhein-Westfalen: Dort regierte bisher Franz Meyers (CDU) mit Unterstützung der FDP und einer hauchdünnen Mehrheit von zwei Stimmen im Landtag. Nach Bildung der Großen Koalition in Bonn wollten die Spitzen von CDU

und SPD in Düsseldorf ebenfalls eine Große Koalition herbeiführen. Bei einer ersten, geheimen Probeabstimmung lehnte die SPD-Fraktion aber mit 78 gegen 16 Stimmen (bei 5 Abwesenheiten) den Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Heinz Kühn ab. Daraufhin nahm die SPD Verhandlungen mit der FDP auf. Es kam zu einer Koalitionsabsprache, und am 8. Dezember 1966 stürzten SPD und FDP gemeinsam den Ministerpräsidenten Meyers.

Damit war zum zweitenmal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Ministerpräsident durch ein konstruktives Mißtrauensvotum gestürzt worden (der eben erst erfolgte Abgang Erhards in Bonn war formal freiwillig und zählte deshalb nicht). Und wie beim Coup der „Jungtürken" im Jahre 1956 war es wieder eine Düsseldorfer CDU-Landesregierung, die durch ein Bündnis von FDP und SPD zu Fall gebracht wurde. Nur der Anlaß hatte sich verändert: War es damals das von Adenauer geplante „Grabenwahlsystem", das die FDP aus der Koalition mit der CDU hinaus an die Seite der SPD trieb, so war es dieses Mal die Gefahr einer Großen Koalition auch auf Landesebene.

In Stuttgart zögert die FDP zu lange

In Baden-Württemberg dagegen versäumte die FDP die Chance, sich rechtzeitig mit der SPD zu verbünden. Die CDU hatte hier den bisherigen Innenminister Hans Filbinger zum Nachfolger von Kurt Georg Kiesinger nominiert, der als Kanzler der Großen Koalition nach Bonn wechselte. Bei den anschließenden Verhandlungen über die Regierungsneubildung bestand die CDU auf der Einführung von Konfessionssschulen in allen Landesteilen. Außerdem war sie nicht bereit, im Bundesrat gegen ein eventuell drohendes Mehrheitswahlrecht zu stimmen. Während in der FDP noch eine Auseinandersetzung darüber tobte, wie man sich gegenüber dieser Zumutung verhalten solle, nahm die CDU Kontakt zur SPD auf, die vergebens auf ein Zeichen der FDP zur Koalitionsbereitschaft gewartet hatte. Sie erklärte sich nun sogar zu Abstrichen in der Frage der Konfessionsschu-

len bereit. Am 16. Dezember 1966 wurde Filbinger mit den Stimmen von CDU und SPD zum neuen Ministerpräsidenten gewählt.

Mit Blick auf die beiden schwarz-roten Koalitionen in Bonn und Stuttgart erklärte der FDP-Vorsitzende Erich Mende am 5. Januar 1967 auf dem traditionellen Dreikönigstreffen der baden-württembergischen FDP: „Die Großkoalition bringt - das ist unsere Überzeugung - die parlamentarische Demokratie in Gefahr, daß sie wie ein Stück Seife zwischen zwei Händen verwaschen wird. Die liberale Opposition wird dafür Sorge tragen müssen, daß das nicht geschehen kann. Wir sind überzeugt, daß wir im Lande Verbündete haben, denen das Schicksal der parlamentarischen Demokratie und die Zukunft eines wiedervereinigten Deutschland höher stehen als das gegenwärtige Großkartell aus Schwarz und Rot."

Für Abrüstungs- und Entspannungspolitik

Am leichtesten konnte sich die FDP auf dem Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik profilieren. In seiner Rede auf dem Dreikönigstreffen bekräftigte Mende die diesbezüglichen Positionen der Partei. So kritisierte er erneut die sogenannte Hallstein-Doktrin: „Wir sollten endlich Schluß machen mit dem Bemühen, der Anerkennungsmanie der anderen Seite ein ungerechtfertigtes Anerkennungstrauma gegenüberzustellen." Eine Wiedervereinigung könne es nur geben, wenn die gegenwärtigen Militärpakte, die Europa teilten, in ein neues Sicherheitssystem unter Einschluß der USA und der Sowjetunion integriert würden. Dies setze aber eine fortschrittliche Abrüstungs- und Entspannungspolitik voraus, wobei die Reduzierung der auf deutschem Boden stationierten Truppen den ersten Schritt darstelle.

In diesem Zusammenhang wandte sich Mende auch gegen eine deutsche Mitverfügung über Atomwaffen, die von der CDU noch immer angestrebt wurde, indem sie das militärisch sinnlose Projekt einer „multilateralen Flotte" aus Frachtern mit Atomraketen im Rahmen der NATO propagierte: „Hören wir damit auf,

multilateralen Atomkonstruktionen nachzulaufen und nehmen wir endlich zur Kenntnis, daß weder unsere Freunde im Atlantischen Bündnissystem noch unsere Nachbarn im Warschauer Pakt uns jemals in den Besitz oder Mitbesitz nuklearer Waffensysteme kommen lassen."

Bereits im Frühjahr 1966 war es zu Kontakten zwischen der FDP und der Liberaldemokratischen Partei (LDP) der DDR gekommen, parallel zu einem entsprechenden Briefwechsel zwischen SPD und SED. Der LDP-Generalsekretär Manfred Gerlach hatte dabei Besprechungen zwischen den Führungsspitzen beider Parteien vorgeschlagen, die abwechselnd in der Bundesrepublik und in der DDR stattfinden sollten. Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Mischnick griff dieses Angebot nun in einem Brief an die LDP wieder auf, indem er eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in einer Stadt Thüringens oder Sachsens vorschlug. Der Antwortbrief der LDP vom 14. Februar 1967 war aber eine glatte Absage, gespickt mit propagandistischen Phrasen. Das SED-Regime schien die oppositionelle FDP nicht mehr als interessanten Gesprächspartner zu betrachten.

Schollwer und Rubin fordern Abkehr von Illusionen

Eine grundsätzliche Neuorientierung der FDP in der Deutschland- und Ostpolitik deutete sich an, als am 3. März 1967 die Illustrierte „stern" ein internes Papier veröffentlichte, das der Pressesprecher Wolfgang Schollwer zusammengestellt hatte. Das Papier ging von der faktischen Existenz zweier deutscher Staaten und dem unwiderruflichen Verlust der ehemaligen deutschen Ostgebiete aus. Die Wiedervereinigung, die bisher im Zentrum aller deutschlandpolitischen Vorschläge der FDP stand, wurde als nicht realisierbar und nicht wünschenswert bezeichnet, weil es dadurch zu einer „totalen Verschiebung der Kräfte in Europa" käme und alle europäischen Völker einen deutschen Nationalstaat mit 75 Millionen Einwohnern und der stärksten Wirtschaftskraft des Kontinents grundsätzlich fürchten und zu

verhindern trachten würden. Statt das illusionäre Ziel einer Wiedervereinigung zu verfolgen, müsse ein partnerschaftliches Nebeneinander der beiden deutschen Staaten erstrebt werden, mit einer schrittweisen Wiederherstellung des freien Personenverkehrs und einer Intensivierung des Austauschs auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und kulturellem Gebiet. Dies setze aber die Aufgabe des Alleinvertretungsanspruchs der Bundesrepublik und sonstige Maßnahmen zur „Entkrampfung der Beziehungen" voraus. Bundesrepublik und DDR dürften nicht mehr die „Speerspitzen des Westens und Ostens im Kalten Krieg" sein, sondern müßten zum „Modell für die Verständigung zwischen Ost und West" werden.

Ganz ähnlich äußerte sich FDP-Schatzmeister Hans Wolfgang Rubin, als er am 12. März 1967 in der von ihm herausgegebenen Zeitschrift „liberal" schrieb: „Wahr ist, daß sich Freund und Feind darüber einig sind, daß die Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 weder möglich noch wünschenswert ist. (...) Wer die Wiedervereinigung will, muß die Oder-Neiße-Linie anerkennen und die Existenz des anderen, kommunistischen Staates auf deutschem Boden mit allen unvermeidlichen Konsequenzen zur Kenntnis nehmen."

Offizielle Mißbilligung - aber keine Sanktionen

Besonders der Artikel Rubins empörte Teile der Partei, da er für die Veröffentlichung gedacht war und von einem Mitglied des Parteivorstandes stammte. Der Landesvorstand von Nordrhein-Westfalen mißbilligte die Ausführungen Rubins mit 16 gegen 2 Stimmen und forderte Rubin zum Rücktritt als stellvertretender Landesvorsitzender auf, was dieser jedoch ablehnte. Der Bundesvorstand mißbilligte den Artikel mit Zweidrittelmehrheit ebenfalls, verzichtete aber auf weitergehende Forderungen.

Die Schollwer-Studie, die noch radikaler als der Artikel Rubins mit der bisherigen Deutschlandpolitik der FDP brach, zog dagegen keine disziplinarischen Maßnahmen für den Verfasser nach sich. Mende bezeichnete sie als theoretische Zusammen-

stellung aller Möglichkeiten der Deutschlandpolitik, die durch eine gezielte Indiskretion in den „stern“ gelangt sei. Sie sei zwar im Auftrag der Partei ausgearbeitet worden, trage aber keinen parteiamtlichen Charakter. Schollwer ziehe in diesem Papier Konsequenzen, die von der Partei abgelehnt würden.

Indessen war klar, daß sich hier eine Kurskorrektur der FDP abzeichnete - weg vom alten Pathos der nationalen Einheit und hin zu einem geregelten Nebeneinander der beiden deutschen Staaten. In den 107 Thesen des Aktionsprogramms „Ziele des Fortschritts“, die der 18. Bundesparteitag im April 1967 in Hannover verabschiedete, klang diese Neuorientierung bereits zaghaft an. So empfahl These 89 die Aufnahme von Verhandlungen, „die ein zeitlich begrenztes geregeltes Nebeneinander beider deutscher Teilgebiete zum Gegenstand haben“.

Die FDP mausert sich zum Gegner der Notstandsgesetze

Bemerkenswert war, daß der Hannoveraner Parteitag sich in These 2 gegen eine „ungerechtfertigte Einschränkung der Grundrechte im Rahmen der Notstandsgesetzgebung“ wandte und eine „erneute Beratung der bereits verabschiedeten Notstandsgesetze“ verlangte. Die FDP hatte inzwischen offenbar gemerkt, daß ihre Zustimmung zu den Notstandsgesetzen kein Ruhmesblatt gewesen war und daß sie damit große Teile der von ihr angepeilten Wählerschaft vor den Kopf gestoßen hatte.

Am 30. Mai 1968 verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der Großen Koalition endgültig die sogenannte Notstandsverfassung und die sogenannten einfachen Notstandsgesetze. Obwohl etliche SPD-Abgeordneten ihre Zustimmung verweigerten, wurde die verfassungsändernde Mehrheit mühelos erreicht. Unter den hundert Nein-Stimmen befanden sich dieses Mal - mit einer Ausnahme - sämtliche FDP-Abgeordneten.

Die außerparlamentarische Opposition nimmt zu

Die Bewegung gegen die Notstandsgesetze war inzwischen wie die Anti-Atomwaffen-Bewegung in eine noch umfassendere

Strömung eingemündet, die als „außerparlamentarische Opposition“ (APO) wie eine Naturgewalt die knapp 20jährige Bundesrepublik erschütterte: Die junge Generation rebellierte gegen den Staat der Väter, der nie ernsthaft mit seiner braunen Vergangenheit ins Gericht gegangen war und nun an der Seite der USA den Völkermord in Vietnam guthieß. Sie hegte den Argwohn, daß die von den Besatzern verordnete Nachkriegsdemokratie nur eine Scheindemokratie sei, die wie die Republik von Weimar auf pseudo-legale Weise in ein faschistisches System überführt würde, sobald die wirklich Herrschenden - das Großkapital - dies für erforderlich halten würden. Neben der „Spiegel“-Affäre des Jahres 1962 hatten vor allem die Notstandsgesetze diesen Argwohn bestärkt. Und nun kamen, ganz aktuell, noch die obrigkeitsstaatlichen Methoden hinzu, mit denen Politiker und Polizei der jugendlichen Demonstranten auf den Straßen Herr zu werden versuchten. Ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte die bundesweite Erregung, als am 2. Juni 1967 der Student Benno Ohnesorg in Berlin von einem Polizisten erschossen wurde. Der Täter behauptete, in Notwehr gehandelt zu haben, was eindeutig nicht der Wahrheit entsprach.

Dahrendorf beklagt den Immobilismus auf allen Gebieten

Von allen drei Bundestagsparteien bekundete die FDP noch am ehesten Verständnis für die rebellierende junge Generation. Auf dem Freiburger Bundesparteitag Ende Januar 1968 beklagte der Soziologe Ralf Dahrendorf den Immobilismus auf allen gesellschaftlichen Gebieten und forderte eine „Politik der Offenheit“. Dahrendorf kritisierte die „Verwechslung von Sicherheit mit Unbeweglichkeit, von Stabilität und Stagnation“. Die Ursachen der Unruhen lägen in der „Erstarrung der Verhältnisse im Lande und in vielen seiner Institutionen“.

Zum Sinnbild der neuen Offenheit der FDP wurde die Diskussion, die Dahrendorf bei dieser Gelegenheit mit Rudi Dutschke führte, der mit anderen Demonstranten vor den Türen des Freiburger Parteitags erschienen war: Auf dem Dach eines Fern-

schwagens tauschten der APO-Führer und der neue Vordenker der FDP ihre Argumente aus. Im wesentlichen drehte sich ihre Diskussion darum, ob die Verkrustungen des bestehenden Systems auf revolutionärem, außerparlamentarischem Wege aufgebrochen werden müßten, oder ob eine Veränderung auch auf parlamentarischem Wege zu erreichen sei.

Die auf dem Freiburger Parteitag neugefaßte Parteisatzung räumte den parteinahen „Jungdemokraten" und dem „Liberalen Studentenbund" eine breitere Repräsentation und weitergehende Rechte ein. Die FDP öffnete sich damit bewußt den gemäßigteren Richtungen der außerparlamentarischen Protestbewegung, um sie in die Partei einzubinden und irgendwann die Früchte durch den Zustrom junger Wähler zu ernten. Diese Rechnung war jedoch allzu kurzfristig angelegt und konnte in dieser Form nicht aufgehen, wie sich bald zeigen würde.

Walter Scheel ersetzt den umstrittenen Erich Mende

Die Neuorientierung der FDP wurde durch personelle Veränderungen erleichtert: Im September 1967 teilte Mende mit, daß er nicht mehr als Bundesvorsitzender kandidieren werde. Der Freiburger Bundesparteitag wählte deshalb den ehemaligen „Jungtürken" Walter Scheel zum neuen Parteivorsitzenden. Weitere Mitglieder des Parteipräsidiums wurden Hans Dietrich Genscher, Wolfgang Mischnick, Hermann Müller, Wolfgang Rubin, Liselotte Funcke, Karl Moersch und Hans-Guenther Hoppe. Der Fraktionsvorsitzende Knut von Kühlmann-Stumm, der kraft Amt dem Präsidium angehörte, wurde vier Wochen später von Wolfgang Mischnick abgelöst.

Der Abtritt Mendes kam nicht von ungefähr: Als treibende Kraft beim Rückzug der FDP aus dem Kabinett Erhard hatte er sich in großen Teilen der Partei unbeliebt gemacht. Er galt als der Hauptschuldige dafür, daß die Partei ohne Not - nur eines wirtschaftsideologischen Prinzipienstreits wegen - in die Opposition wechseln mußte. Den Linksliberalen war der Ritterkreuzträger - Mende hatte sich als erster mit dem „entnazifi-

zierten" Ritterkreuz (ohne Hakenkreuz) am Hals gezeigt - seit jeher suspekt. Das Faß des innerparteilichen Unmuts wurde zum Überlaufen gebracht, als Mende 1967 einen Posten als Verwaltungsratsvorsitzender der Investors Overseas Services (IOS) annahm. Innerhalb der Partei kursierte der Spott, Mende würde jeden Morgen von seiner Ehefrau Margot mit dem Ruf „Aufstehen, Erich, Karriere machen!" geweckt. - Gründe genug also, um Mende den Verzicht auf eine weitere Amtszeit als Bundesvorsitzender nahezulegen.

Später stellte sich heraus, daß die Investors Overseas Services (IOS), der Mende bis 1970 als Galionsfigur diente, eine üble Abzocker-Organisation war, die hunderttausende von Anlegern betrogen hatte. Damit hatte Mende jeden Kredit verspielt - auch und vor allem bei FDP-Rechten, die ihm gutgläubig ihr Geld anvertraut hatten.

Die außerparlamentarische Opposition erreicht ihren Höhepunkt

Nach einem Mordanschlag auf den Studentenführer Rudi Dutschke kam es an Ostern 1968 bundesweit zu Unruhen. Schwerpunkt war Berlin, wo Demonstranten das Verlagsgebäude des Springer-Konzerns belagerten und Zeitungsfahrzeuge in Brand steckten. Die anschließende Sondersitzung des Bundestags war wie dazu angetan, die APO-These vom Funktionsverlust des Parlaments zu bestätigen: Innenminister Ernst Benda (CDU) bezeichnete den „Sozialistischen Deutschen Studentenbund" (SDS) als „verfassungsfeindliche Organisation", von deren Verbot die Regierung momentan nur aus Gründen der Opportunität absehen wolle. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Helmut Schmidt glaubte dem Fernsehen vorwerfen zu müssen, den Demonstrationen zu viel Aufmerksamkeit geschenkt zu haben, womit es ebenso wie die Springer-Presse zur Eskalation beigetragen habe. Die APO-Forderung, Springer zu enteignen, heiße Leistung bestrafen. - Walter Scheel dagegen nannte die Bildung der Großen Koalition eine der Ursachen der Unruhe und sah die außer-

parlamentarische Opposition grundsätzlich unter positivem Aspekt: Noch keine junge Generation sei so demokratisch gewesen wie die jetzige. Hier zeige sich - mit radikalen Auswüchsen am Rande - ein starkes demokratisches Potential, während in der NPD ein schlummerndes autoritäres Potential zutage trete.

SPD und FDP wählen Heinemann zum Bundespräsidenten

In Baden-Württemberg bekam die SPD inzwischen ihre erste Quittung für die Große Koalition mit der CDU, indem sie bei den Landtagswahlen am 28. April 1968 von 37,3 auf 29,0 Prozent absackte. Die CDU verschlechterte sich um 2 Prozentpunkte auf 44,2 Prozent. Die NPD dagegen errang aus dem Stand 9,8 Prozent und war nun in sieben Länderparlamenten vertreten. Die FDP konnte sich von 13,1 auf 14,4 Prozent verbessern. Wegen der Schwächung der SPD reichte es nun aber nicht mehr zu einer Koalition, wie sie vor vier Jahren noch möglich gewesen wäre. Nach dem Willen ihrer Landesdelegiertenkonferenz sollte sich die SPD deshalb in der Opposition regenerieren. Die Landtagsfraktion der SPD setzte sich indessen über diesen Beschluß hinweg und wählte am 12. Juni 1968 gemeinsam mit der CDU Hans Filbinger erneut zum Ministerpräsidenten.

Auf Bundesebene kam die Ablösung der Großen Koalition besser voran: Am 5. März 1969 wählten SPD und FDP gemeinsam den Bundesjustizminister Gustav Heinemann (SPD) zum dritten Bundespräsidenten. Heinemanns Gegenkandidat war der Bundesverteidigungsminister Gerhard Schröder (CDU). Da auch die 22 Wahlmänner der NPD für Schröder stimmten, erreichte keiner der Kandidaten in den beiden ersten Wahlgängen die erforderliche absolute Mehrheit. Heinemann machte das Rennen erst im dritten Wahlgang, bei dem die einfache Mehrheit reichte, mit einem Vorsprung von sechs Stimmen. Aufgrund des Ergebnisses einer Testabstimmung unter den FDP-Wahlmännern am Vorabend hätte sein Vorsprung eigentlich größer sein müssen. Aber immerhin: Damit war ein Signal gesetzt. Die endgül-

tige Weichenstellung würde vom Ausgang der bevorstehenden Bundestagswahlen abhängen.

Die FDP wird zur F.D.P.

In dem nun beginnenden Wahlkampf präsentierte sich die FDP erstmals als „Pünktchen-Partei", indem sie ihren Parteinahmen mit F.D.P. abkürzte. Die Pünktchen, die damals eher wie eine kurzlebiger Werbegag wirkten, sollten die Partei bis ins Jahr 2001 begleiten. Sie gingen auf einen Beschluß des Präsidiums vom November 1968 zurück. Der eigentliche Urheber der ebenso modisch-affektiert wie großväterlich-antiquiert wirkenden Pünktchen war eine Werbeagentur, die damit die FDP von den anderen Parteien mit drei Buchstaben abheben wollte - übrigens dieselbe Agentur, die für den Bundestagswahlkampf auch den FDP-Slogan „Wir schaffen die alten Zöpfe ab" erfand...

Die sozialliberale Koalition

Die Regierung Brandt-Scheel schlägt ein neues Kapitel der Ost- und Deutschlandpolitik auf

Bei den Bundestagswahlen am 28. September 1969 erreichte die FDP nur noch 5,8 Prozent der Stimmen. Sie blieb damit weit hinter den 9,5 Prozent von 1965 zurück. Sie hatte aber insoweit Glück im Unglück, als sie noch nicht unter das Fallbeil der Fünf-Prozent-Klausel geraten war und mit 30 Abgeordneten wieder in den Bundestag einziehen konnte.

Im Bundestag saßen außerdem 224 Sozial- und 242 Christdemokraten (ohne Berliner Abgeordnete). Wie schon 1961 verfügten SPD und FDP über eine potentielle Mehrheit. Im Unterschied zur Situation vor vier Jahren, als die SPD den Abbruch der Koalitionsverhandlungen mit der Ungewißheit über das Stimmverhalten einzelner FDP-Abgeordneter begründete, hatte sich diese Mehrheit aber von sechs auf zwölf Stimmen vergrößert. Damit ließ sich besser regieren.

Vor allem aber hatte sich das politische Klima in der Bundesrepublik verändert. Sowohl FDP als auch SPD hatten gar keine andere Wahl, als die rechnerisch mögliche Koalition zur Wirklichkeit werden zu lassen. Sie hätten sich sonst ins politische Abseits manövriert und innerparteilichen Zwist heraufbeschworen. Seit der Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten waren sie sozusagen verlobt. Es gab keinen Grund, die nun mögliche Ehe nicht zu vollziehen.

Kiesingers Koalitionsangebot bleibt ohne Chance

So einigte man sich sehr schnell: Schon am Tag nach der Wahl beschloß der Partei- und Fraktionsvorstand der SPD einstimmig die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der FDP. Die Führungsgremien der FDP faßten ebenfalls einen entsprechenden Beschluß - allerdings nicht einstimmig, sondern gegen

den Widerstand der Parteirechten Erich Mende, Alexander Menne und Siegfried Zoglmann.

Die Unionsparteien, die als weiterhin stärkste Fraktion ein Anrecht auf die Regierungsbildung zu haben glaubten, sahen ihre Felle davonschwimmen. Der noch amtierende Bundeskanzler Kiesinger traf sich deshalb am 30. September mit dem FDP-Parteivorsitzenden Walter Scheel, um ihm ein umfassendes Programm der Zusammenarbeit in Bund und Ländern anzubieten. Außerdem versprach Kiesinger der FDP eine Garantie gegen das Mehrheitswahlrecht, mit dem die Union ihrem Koalitionspartner in der Vergangenheit mehrfach gedroht hatte, um ihn gefügig zu machen.

Die FDP erkannte aber wohl, daß sie nur noch dann eine Chance haben würde, wenn sie den bereits eingeleiteten Kurswechsel konsequent fortsetzen würde. Schon am 3. Oktober beschloß sie die Zustimmung zu einer Koalition mit der SPD und den Verzicht auf weitere Gespräche mit der CDU/CSU. Am 15. Oktober wurden die Verhandlungen definitiv abgeschlossen. Am 21. Oktober wählte der Bundestag den SPD-Vorsitzenden und bisherigen Außenminister Willy Brandt zum neuen Bundeskanzler. So schnell - nur 24 Tage nach den Bundestagswahlen - war noch keine Koalitionsregierung zustande gekommen.

FDP erhält Außen- und Innenministerium

In dem neuen Kabinett Brandt stellte die FDP drei von fünfzehn Ministern. Walter Scheel wurde Außenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers. Hans-Dietrich Genscher übernahm das Innenministerium, und Josef Ertl wurde für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständig. In Anbetracht ihrer bescheidenen Fraktionsstärke wurde die FDP also recht üppig bedacht.

Gegenüber der Vorgänger-Regierung wurde das Kabinett um fünf Ressorts abgespeckt. Ein weiteres Novum war die Einführung sogenannter parlamentarischer Staatssekretäre, die als po-

litische Beamte die Minister im Kabinett und Parlament vertreten sollten. Für die FDP-Minister übernahmen diese Aufgabe Ralf Dahrendorf (Äußeres), Wolfram Dorn (Justiz) und Fritz Logemann (Ernährung). Der „Senkrechtstarter“ Dahrendorf bekleidete seinen Posten allerdings nur wenige Monate, weil er abweichende Ansichten zur Ostpolitik hatte, und wechselte am 1. Juli 1970 zur EG-Kommission nach Brüssel.

Abschied von der Hallstein-Doktrin

Die neue Regierung Brandt-Scheel profilierte sich sofort auf dem Gebiet der Deutschland- und Ostpolitik, indem sie das von Egon Bahr erdachte Konzept „Wandel durch Annäherung“ in die Tat umsetzte. Die Hallstein-Doktrin bzw. der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik wurde nun endgültig begraben. „Wir gehen aus von der faktischen Existenz der DDR als eines zweiten Staates innerhalb der einen deutschen Nation“, erklärte Außenminister Walter Scheel am 28. Januar 1970 in einem Vortrag vor der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, den das regierungsamtliche „Bulletin“ veröffentlichte. Scheel verband dies aber mit der Einschränkung, daß die DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik nicht als fremder Staat bzw. Ausland gesehen werden könne. Die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten könnten deshalb nicht völkerrechtlicher Natur sein.

Gesamtdeutsche Treffen der Regierungschefs in Erfurt und Kassel

Obwohl die DDR auf völkerrechtlicher Anerkennung beharrte, konnte und wollte sie das Angebot direkter Gespräche mit Bonn nicht ausschlagen. So kam es am 19. März 1970 zum ersten gesamtdeutschen Treffen zwischen Bundeskanzler Willy Brandt und dem DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Erfurt. Am 21. Mai 1970 folgte ein zweites Treffen Brandts mit Stoph in Kassel. Beide Male beschränkten sich die Gespräche auf den formelhaften Austausch von Standpunkten. Sie wurden jedoch von beiden Seiten offiziell als nützlich bezeichnet und hatten eine enorme symbolische Bedeutung.

Die alten Sprachregelungen entfallen

Von großer symbolischer Bedeutung war auch, daß die beiden öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten ARD und ZDF ab 29. März 1970 die Wetterkarte, die bisher Deutschland in den Grenzen von 1937 gezeigt hatte, durch eine Europa-Karte ohne Grenzen ersetzten. Ein gutes Jahr später, am 30. Juni 1971, hob die Bundesregierung offiziell die amtlichen Richtlinien für Landkarten aus dem Jahre 1961 auf. Damit entfiel unter anderem die Verpflichtung, die Oder-Neiße-Grenze nur als „Demarkationslinie innerhalb Deutschlands" darzustellen und die DDR nur als „Sowjetische Besatzungszone Deutschlands" bzw. „SBZ" zu bezeichnen.

Scheel handelt die Ostverträge aus

Am 12. August 1970 unterzeichneten Bundeskanzler Willy Brandt und der sowjetische Premier Kossygin den Moskauer Vertrag, der ursprünglich als „Gewaltverzichtsvertrag" gedacht war. Mitunterzeichner waren die Außenminister Walter Scheel und Andrej Gromyko, die zwölf Tage um die Einzelheiten des Vertragstextes gerungen hatten. Beide Staaten bekundeten darin ihre Entschlossenheit zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit.

Der wichtigste Passus lautete: „Sie betrachten heute und künftig die Grenzen aller Staaten in Europa als unverletzlich, wie sie am Tage der Unterzeichnung dieses Vertrags verlaufen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik."

Am 7. Dezember 1970 folgte die Unterzeichnung des Warschauer Vertrages, mit dem die Bundesrepublik ein weiteres Mal die Oder-Neiße-Grenze anerkannte und die Beziehungen zu Polen normalisierte. Auch bei diesem Vertrag hatte Scheel für die deutsche Seite zwölf Tage lang die Schlußverhandlungen geführt.

Siegermächte unterzeichnen Berlin-Abkommen

Die Normalisierung der Beziehungen zu Moskau und Warschau bereitete den Weg für einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen über ein Berlin-Abkommen, mit denen die vier Siegermächte im März 1970 begonnen hatten. Am 3. September 1971 unterzeichneten die Botschafter der vier Mächte in Berlin den ersten Teil des Abkommens, indem sich die Sowjetunion verpflichtete, den Transitverkehr zwischen der Bundesrepublik und Westberlin zu erleichtern und nicht zu behindern. Die Einzelheiten sollten die beiden deutschen Staaten unter sich aushandeln. Dies geschah auch sofort, und schon am 17. Dezember 1971 waren die entsprechenden Transitabkommen der DDR mit der Bundesrepublik bzw. dem Senat von Westberlin unter Dach und Fach.

Die FDP fliegt aus drei Landtagen hinaus

Der neue Schwung und die Erfolge in der Deutschland- und Ostpolitik zahlten sich aber für die FDP vorerst nicht aus. Sie mußte jenes Wählerpotential, das diese Politik honorierte, erst noch für sich gewinnen. Einem zufriedenstellenden Wahlergebnis in Hamburg, wo sie sich am 22. März 1970 von 6,8 auf 7,1 Prozent verbessern konnte, folgte am 14. Juni 1970 ein verheerender Einbruch bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und dem Saarland. In Nordrhein-Westfalen rutschte sie von 7,4 auf 5,5 Prozent. In Niedersachsen sank ihr Stimmenanteil von 6,9 auf 4,4 Prozent und im Saarland von 8,3 auf 4,4 Prozent. Damit flog die FDP sowohl in Hannover als auch in Saarbrücken aus dem Landtag hinaus.

Zwischendurch konnte die Parteiführung wieder aufatmen: Bei der Landtagswahl am 8. November 1970 in Hessen behauptete sich die FDP mit 10,1 Prozent gegenüber 10,39 Prozent vor vier Jahren. Dabei kamen ihr „Leihstimmen" von SPD-Wählern zugute, die auf diese Weise sowohl die Koalition in Wiesbaden wie die in Bonn unterstützten. Noch erfreulicher war das Ergebnis bei den Landtagswahlen am 22. November 1970 in

Bayern, wo die FDP mit 5,5 Prozent gegenüber 5,1 Prozent sogar leicht zulegte. Vor allem konnte sie in Mittelfranken wieder die 10-Prozent-Klausel überwinden und war somit wieder im Landtag vertreten.

Weniger erfolgreich verlief das Jahr 1971: Bei den Wahlen am 25. April in Schleswig-Holstein rutschte die FDP von 5,9 auf 3,8 Prozent. Sie war damit nach Hannover und Saarbrücken auch in Kiel nicht mehr im Landtag vertreten. In Berlin überwarf sie sich mit der SPD und wurde deshalb nach den Wahlen vom 20. April, bei denen die SPD knapp die absolute Mehrheit erreichte, nicht mehr am Senat beteiligt. In Rheinland-Pfalz konnte sie im Mai die bisherige Koalition mit der CDU unter Helmut Kohl nicht fortsetzen, weil die CDU nicht bereit war, ihr die Stimmenthaltung der Landesregierung im Bundesrat bei der Ratifizierung der Ostverträge zuzusichern. In Bremen verließ sie am 1. Juni die Koalition mit der SPD, weil ihr deren Hochschulpolitik zu links war. Bei den folgenden Bremer Bürgerschaftswahlen am 10. Oktober schrumpfte ihr Stimmenanteil von 10,5 auf 7,1 Prozent, während die SPD enorm zulegen konnte und die absolute Mehrheit errang.

Der rechte Flügel fordert eine Kursänderung

Auf dem 21. Bundesparteitag vom 22. bis 24. Juni 1970 in Bonn, der unmittelbar auf das dreifache Wahldebakel vom 14. Juni folgte, redete der Bundesvorsitzende Walter Scheel den enttäuschten Delegierten Mut zu. Zugleich warnte er vor einer Kursänderung, wie sie der rechte Parteiflügel forderte: „Die FDP sieht weder ihrem Untergang entgegen, noch besteht eine Gefahr, daß sie sich jetzt querlegt, in Profilneurose verfällt, weil sie sich nur als Sperriegel oder Bremser glaubt retten zu können."

Scheel wurde mit 398 gegen 64 Stimmen bei 14 Enthaltungen wiedergewählt. Sein Stellvertreter Hans-Dietrich Genscher bekam 281 Stimmen gegen 66 Nein-Stimmen bei 39 Enthaltungen. Zum Präsidium des neugewählten 32köpfigen Vorstandes gehörten fer-

ner Wolfgang Mischnick, Hermann Müller, Hans Wolfgang Rubin, Lieselotte Funcke, Josef Ertl und Werner Maihofer. Insgesamt bestätigte der Parteitag den Kurs der Parteiführung.

Zoglmann gründet die „National-Liberale Aktion"

Die Parteirechten hatten sich bereits im April im sogenannten Hohensyburger Kreis zusammengeschlossen. Nachdem sie sich auf dem Bundesparteitag nicht durchsetzen konnten, gaben sie ihrem Bündnis am 11. Juli 1970 eine festere Form, indem sie auf der Hohensyburg bei Dortmund einen „überparteilichen" Verein mit der Bezeichnung „National-Liberale Aktion" gründeten. Sprecher des Vereins war der Bundestagsabgeordnete Siegfried Zoglmann, ein ehemaliger Gebietsführer der „Hitlerjugend", der zur alt-braunen Garde der nordrhein-westfälischen FDP zählte und schon 1953 in der Naumann-Affäre eine dubiose Rolle gespielt hatte. Zoglmann bezeichnete es als Ziel des Vereins, Scheel abzuwählen und so den Wählerschwund zu stoppen, den der Linkskurs der Parteiführung verursacht habe. Scheel bezeichnete seinerseits die „National-Liberale Aktion" als einen Verein von „politischen Pensionären", dessen Initiatoren aus verantwortlichen Parteiämtern abgewählt worden seien. Die Zoglmann-Truppe werde die FDP nicht daran hindern, ihre nationale Friedenspolitik und liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik unbeirrt fortzusetzen.

Mende verbündet sich mit der Springer-Presse

Zur Rechtsopposition gehörte auch der ehemalige Bundesvorsitzende Erich Mende, der sich schon kurz nach Bildung der neuen Regierung in Blättern des Springer-Konzerns zu Wort gemeldet hatte. Am 31. Dezember 1969 verkündete Mende im Boulevardblatt „Bild-Zeitung": „Ich lasse mir keinen Maulkorb umbinden, wenn es um die Existenz der Partei geht, die ich vor 24 Jahren mitbegründet habe! Die Spatzen pfeifen es vom Dach, daß die FDP nach der Wahlniederlage vom 28. September 1969 in innere Schwierigkeiten geraten ist. Das, was uns 20 Jahre erspart blieb, ist jetzt eingetreten: Es geht um die Existenz der FDP!"

Am 2. Januar 1970 verlangte Mende in einem Interview mit der „Welt“, Scheel müsse auf dem bevorstehenden Dreikönigstreffen „eindeutig die Position der Mitte“ verkünden, um die FDP noch zu retten. Zwei Tage später nannte er in einem Interview mit der „Welt am Sonntag“ zusätzlich fünf Bedingungen für den weiteren Kurs der FDP, zu denen die Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Grenze gehörte.

Mende, Zoglmann und Starke treten zur Union über

Scheel warf seinerseits Mende auf dem Dreikönigstreffen am 6. Januar 1970 vor, die Partei mit seinen Interviews geschädigt zu haben. Die Partei verdiene es nicht, so „zerstörerisch durch die Presse geschleift“ zu werden und sich „innere Konflikte aufschwatzen zu lassen, die ja nicht einmal Konflikte, die nur heiße Luft sind“. Mende mußte sich anschließend vor dem Bundesvorstand rechtfertigen. Dabei behauptete er, daß seine Kritik eigentlich auf Äußerungen aus Kreisen des „Liberalen Studentenbunds“ und der „Deutschen Jungdemokraten“ gemünzt gewesen sei. Diese beiden Organisationen setzten sich besonders vehement für die linksliberale Wandlung der FDP ein, standen aber mit der Partei selber nur in loser Verbindung.

Der Aufstand der Parteirechten, der im Juli 1970 in der Gründung der „National-Liberalen Aktion“ gipfelte, konnte den Kurs der Parteiführung indessen nicht mehr ernsthaft gefährden. Außerdem manövrierten sich die führenden Vertreter der Rechten selber ins Abseits: Im Oktober 1970 unterstützten Erich Mende, Siegfried Zoglmann und Heinz Starke als einzige Abgeordnete der Koalition einen Mißbilligungsantrag der CDU/CSU gegen den Finanzminister Alex Möller (SPD), der jedoch mit 260 gegen 251 Stimmen zurückgewiesen wurde. Damit hatten sie den Bogen überspannt. Am 8. Oktober erklärten die drei Abweichler ihren Austritt aus der FDP. Mende und Starke traten zur CDU über. Zoglmann wurde Hospitant bei der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Daneben fungierte er als Vorsitzender der „Deutschen Union“, die aus der „National-Liberalen Aktion“ hervorgegangen war.

Patt im Bundestag

Die CDU/CSU verhebt sich beim Sturz der Regierung, worauf diese Neuwahlen herbeiführt

Auf dem 22. Bundesparteitag, der vom 25. bis 27. Oktober 1971 in Freiburg stattfand, präsentierte sich die FDP als linksliberal runderneuerte Partei, die solchen Ballast wie Zoglmann und Mende endgültig losgeworden war. Die Erneuerung fand ihren programmatischen Ausdruck in den „Freiburger Thesen", die der Parteitag als künftige Richtschnur für die FDP verabschiedete. Darin wurde der Liberalismus als „Träger und Erbe der demokratischen Revolution" und der bürgerlichen Aufklärung begriffen, also als politische Freiheitsbewegung im weitesten Sinne. Der moderne Liberalismus müsse nicht nur demokratisch, sondern auch sozial sein. Aus diesen politischen Prinzipien wurden praktische Konsequenzen für die Eigentumsordnung (Teil I), für die Vermögensbildung (Teil II), für die Mitbestimmung (Teil III) und für die Umweltpolitik (Teil IV) als den wichtigsten Bereichen der Gesellschaftspolitik abgeleitet.

Flach und Maihofer werden zu Vordenkern der Partei

Die Freiburger Thesen trugen die Handschrift des „Frankfurter Rundschau"-Redakteurs Karl-Hermann Flach und des Rechtsprofessors Werner Maihofer. Flach hatte zuvor eine „Streitschrift" mit dem Titel „Noch eine Chance für die Liberalen" veröffentlicht, die sich im wesentlichen mit dem Inhalt der Freiburger Thesen deckte, aber manches noch pointierter ausführte. So schrieb er etwa: „Die Auffassung, daß Liberalismus und Privateigentum an Produktionsmitteln in jedem Fall identisch seien, gehört zu den Grundirrtümern der jüngsten Geschichte." Oder: „Die Frage der besitzrechtlichen Organisation der Produktion ist für den Liberalen keine Glaubensfrage, sondern eine Frage nüchterner Zweckmäßigkeit."

Werner Maihofer gehörte ebenfalls seit Jahren zu den linksliberalen Vordenkern. So hatte er sich schon früh in der „Humanistischen Union“ engagiert, die 1961 als überparteiliche liberale Bürgervereinigung gegründet wurde. Die „Humanistische Union“ artikulierte das bildungsbürgerliche Unbehagen am klerikalen Mief der Adenauer-Ära. Insoweit kann sie als Vorbote der späteren außerparlamentarischen Opposition gelten. Sie artikulierte aber auch das Unbehagen der Linksliberalen an der Mende-FDP und half so, die 1968 einsetzende Wandlung der FDP vorzubereiten.

Karl-Hermann Flach übernimmt das Amt des Generalsekretärs

Krönender Abschluß des Freiburger Parteitags war die einmütige Wahl von Karl-Hermann Flach zum Generalsekretär der FDP (mit 345 gegen 1 Stimme bei 2 Enthaltungen). Den Posten des Generalsekretärs gab es bis dahin nicht. Er war gewissermaßen für Flach maßgeschneidert worden.

Der 1929 geborene Karl-Hermann Flach hatte 1947 beim LDP-Blatt „Norddeutsche Zeitung“ in Schwerin seine journalistische Laufbahn begonnen und sich der Liberaldemokratischen Partei der Ostzone angeschlossen. Nachdem die Sowjets ihre Repressalien gegenüber der LDP verschärften, war er 1949 in den Westen gewechselt. Ab 1954 betätigte er sich in der FDP und wurde 1959 als Nachfolger von Werner Stephan deren Bundesgeschäftsführer. Es war jene Zeit, als die FDP gegen Adenauer aufbegehrte und lieber in die Opposition ging, als weiterhin die Rolle eines gefügigen Vasallen der Unionsparteien zu spielen. Der Erfolg der FDP bei den Bundestagswahlen 1961 war auch das Verdienst ihres Geschäftsführers Flach. Die Partei ließ sich dann jedoch - entgegen ihrem Wahlversprechen - erneut auf ein Regierungsbündnis mit Adenauer als Kanzler ein. Die treibende Kraft bei diesem „Umfall“ war Erich Mende, der seit 1960 als Parteivorsitzender amtierte. Für einen echten Liberalen wie Flach, der unter Thomas Dehler der FDP beigetreten war und

unter Reinhold Maier die Bundesgeschäftsführung übernommen hatte, bedeutete der Ritterkreuz-Träger Mende das Ende aller Hoffnungen auf eine wirklich liberale FDP. Enttäuscht zog er sich 1962 wieder in den Journalismus zurück. Das Amt des FDP-Bundesgeschäftsführers übernahm nun Hans-Dietrich Genscher, der zugleich Geschäftsführer der Bundestagsfraktion war. Bereits die „Spiegel-Affäre" am Ende des Jahres 1962 kommentierte Flach als Journalist der „Frankfurter Rundschau", für die er dann von 1964 bis 1971 als stellvertretender Chefredakteur amtierte.

Mit den Worten „Hiermit melde ich mich aus der Reserve in den aktiven Dienst der FDP zurück" hatte sich Flach den Delegierten des Freiburger Parteitags vorgestellt. Seine Wahl zum Generalsekretär unterstrich die Abkehr von der Mende-FDP. Den erneuten Rechtsschwenk der Partei erlebte Flach nicht mehr. Am 25. August 1973 erlag er einem Gehirnschlag - ein schwerer Verlust für die FDP, deren Generalsekretäre seitdem von wesentlich bescheidenerem geistigen Format waren und der es nie mehr gelungen ist, mit programmatischen Äußerungen solche Beachtung zu finden wie mit den Freiburger Thesen.

Bündnis mit der SPD bekräftigt

Der Freiburger Parteitag bekannte sich zur Fortsetzung der Regierungskoalition mit der SPD auch nach den nächsten Bundestagswahlen und stand ganz im Zeichen der Auseinandersetzung mit der CDU/CSU. Walter Scheel warf der Union vor, die Niederlage von 1969 noch immer nicht akzeptiert zu haben: „Sie ist immer noch reformunfähig. Sie vertagt ununterbrochen ihre Probleme. Ihr Unfähigkeit zur Selbstanalyse und Selbstkritik schlägt in wilde Aggression nach außen um. Die CDU/CSU ist der Unruhestifter in diesem Land. Sie sucht den Krach und die Konfrontation."

In dieselbe Kerbe hieb der designierte Generalsekretär Karl-Hermann Flach: „Die CDU/CSU war ihren Partnern gegenüber noch nie fair. Sie hat eine kleinere Partei nach der anderen um-

armt, erdrückt und verspeist, und ist ganz böse, daß wir das nicht auch mit uns machen ließen..."

Die Union rechnet sich Chancen für den Sturz der Regierung aus

Die CDU/CSU war in der Tat noch immer nicht bereit, sich mit der Rolle der Opposition abzufinden. Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 23. April 1972 in Baden-Württemberg bestärkten sie in dieser Haltung: Dort hatte die NPD, die zuletzt mit 9,8 Prozent der Stimmen in den Landtag eingezogen war, auf eine erneute Kandidatur verzichtet, um - so die Begründung - die Mehrheit der Union im Bundesrat gegen die Ostverträge zu sichern. Dank dieser Schützenhilfe konnte die CDU ihren Stimmenanteil von 44,2 auf 52,9 Prozent erhöhen und die absolute Mehrheit erreichen. Die SPD verbesserte sich von 29,0 auf 37,6 Prozent. Dieser Stimmengewinn ging allerdings zu Lasten der FDP, die von 14,4 auf 8,9 Prozent abrutschte. Zudem verlor die FDP im Wahlkreis Crailsheim ihr letztes Direktmandat.

Berauscht von dem triumphalen Wahlergebnis in Baden-Württemberg, das sie letzten Endes den Neonazis zu verdanken hatte, brachte die Union noch am 24. April 1972 im Bundestag ein konstruktives Mißtrauensvotum gegen den Bundeskanzler Willy Brandt ein, um die sozialliberale Koalition zu stürzen. Neuer Kanzler sollte ihr Fraktionsvorsitzender Rainer Barzel werden.

Strauß empört sich über „Volksfront" - Schiller kontert mit „Harzburger Front"

Mit dieser reinen Fixierung auf parlamentarische Machtverhältnisse unterschätzte die Union jedoch den Stimmungswandel, der sich inzwischen unter dem Einfluß der außerparlamentarischen Opposition in der Öffentlichkeit vollzogen hatte. Es kam nun nämlich bundesweit zu zahlreichen spontanen Streiks und Protestdemonstrationen. Neben allerlei Gruppen und Grüppchen des linken Spektrums hatten daran die Gewerkschaften maß-

geblichen Anteil, die aus ihrer Sympathie für die Regierung keinen Hehl machten. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß empörte sich darüber in der Haushaltsdebatte des Bundestags am 26. April und warnte die Koalition vor „Aktionen mit Volksfronttendenz". Bundeswirtschafts- und finanzminister Karl Schiller zahlte Strauß mit gleicher Münze heim, indem er die für den nächsten Tag anstehende Abstimmung über das konstruktive Mißtrauensvotum als eine Abstimmung darüber bezeichnete, „ob diese Bundesrepublik Deutschland sich auf dem direkten Marsch in die Harzburger Front befindet". Dieser Vergleich mit einem Rechtsbündnis, das Hitler den Weg bereitet hatte, löste bei der CDU/CSU so heftige Tumulte aus, daß die Debatte abgebrochen werden mußte.

Die knappe Mehrheit der Koalition bröckelt immer stärker

Die Union rechnete mit einem Erfolg des konstruktiven Mißtrauensvotums, weil die ohnehin schwache Mehrheit der sozialliberalen Koalition inzwischen durch etliche Aus- und Übertritte weiter geschmälert worden war. Schon im Oktober 1970 waren die FDP-Abgeordneten Mende, Zoglmann und Starke ins Lager der Union übergewechselt. Im Februar 1972 hatte der Vertriebenenfunktionär Herbert Hupka aus Protest gegen die Ostverträge die SPD-Fraktion verlassen. Zudem gab es Anhaltspunkte dafür, daß die Union gezielte Abwerbung betrieb. Es war somit zu befürchten, daß mit Pfründen oder Geld bestochene Volksvertreter das Lager wechselten. Als am 23. April der Abgeordnete Wilhelm Helms seinen Austritt aus der FDP mitteilte, schien die Mehrheit für den Sturz der Regierung gesichert.

In der Debatte, die am 27. April der Abstimmung vorausging, warf Scheel der Union vor, auf Überläufer zu setzen: „Was hier gespielt werden soll, ist ein schäbiges Spiel. Sie hoffen auf Mitglieder dieses Hauses, deren Nervenkraft und Charakterstärke nicht ausreichen, in einer schweren Stunde zu ihrer Partei zu stehen oder ihr Mandat zurückzugeben."

Pathetisch rühmte Scheel die bisherigen Leistungen der FDP und der sozialliberalen Koalition: „Diese kleine und mutige, gescholtene und geschlagene, häufig für tot erklärte und immer wieder aufgestandene Freie Demokratische Partei hat mehr für das Wohl dieser Republik bewirkt als ihrer zahlenmäßigen Stärke zuzutrauen war."

Mißtrauensvotum scheitert an korrupten Unions-Abgeordneten

Zum Glück für die Koalition gab es auf Seiten der CDU/CSU noch mehr Volksvertreter, bei denen „Nervenkraft und Charakterstärke" nicht sonderlich stark entwickelt waren. Jedenfalls scheiterte das konstruktive Mißtrauensvotum entgegen allen Erwartungen. Der Mißtrauensantrag erhielt nur 247 Stimmen bei zehn Nein-Stimmen und drei Enthaltungen. Für die Annahme wären 249 Stimmen erforderlich gewesen. Obwohl die Abstimmung geheim gewesen war, stand sogleich fest, daß mindestens ein Unionsabgordneter gegen Barzel gestimmt haben mußte; denn die SPD-Fraktion war - mit Ausnahme des Abgeordneten Günther Müller - geschlossen auf ihren Plätzen geblieben, und von der FDP hatte sich nur ein Teil der Abgeordneten an der Abstimmung beteiligt. Vierzehn Monate später bekannte der CDU-Abgeordnete Julius Steiner, gegen Barzel und für Brandt gestimmt zu haben. Er habe dafür vom SPD-Abgeordneten Karl Wienand 50.000 Mark bekommen. Der Wehner-Vertraute Wienand bestritt dies, räumte jedoch später ein, insgesamt vier andere Unionsabgeordnete gekauft zu haben. Erst nach dem Zusammenbruch der DDR stellte sich heraus, daß Steiner die genannte Geldsumme von der „Stasi" bekommen hatte, weil offenbar auch die DDR daran interessiert war, das Mißtrauensvotum scheitern zu lassen.

Das Weiterregieren fiel unter diesen Umständen schwer. Das zeigte sich schon am folgenden Tag, als der Haushalt der Bundesregierung keine Mehrheit erhielt. Durch den Ausschluß des SPD-Abgeordneten Günther Müller, der entgegen der Fraktions-

anweisung an der Abstimmung teilgenommen und vermutlich für Barzel gestimmt hatte, verminderte sich die Zahl der Koalitionsabgeordneten auf 248. Sie betrug damit genau die Hälfte der voll stimmberechtigten Abgeordneten. Bald darauf schieden auch die Abgeordneten Gerhard Kienbaum und Knut von Kühlmann-Stumm aus der FDP-Fraktion aus. Dies änderte aber am Zahlenverhältnis nichts, weil sie ihr Mandat an nachrückende FDP-Politiker abgaben.

Die Ostverträge werden dennoch ratifiziert

Mit dem konstruktiven Mißtrauensvotum hatte die Union der anstehenden Ratifizierung der Ostverträge durch den Bundestag zuvorkommen wollen. Natürlich hätte sie ebenso die Ratifizierung im Bundestag verhindern können. Dies traute sie sich aber nicht, weil der außenpolitische Scherbenhaufen zu groß gewesen und letzten Endes ihr angelastet worden wäre. Stattdessen wollte sie nach dem Sturz der Regierung Brandt-Scheel die Ostverträge selber neu verhandeln und sich mit der Gloriole des Vertragsabschlusses schmücken. Nach außen hin erweckte sie freilich den Eindruck, als ob die Ostverträge generell Teufelswerk seien und in jedem Fall verhindert werden müßten.

Nachdem dieses Kalkül nicht aufgegangen war, fand sich die Union zu einem Kompromiß bereit: Durch eine gemeinsame Entschließung aller Fraktionen, die der Bundestag am 17. Mai 1972 verabschiedete, wurde der Inhalt der Ostverträge mit einigen Kautelen wie hinsichtlich des „Selbstbestimmungsrechts" versehen. Als Gegenleistung übte die CDU/CSU Enthaltung bei der anschließenden Abstimmung. So konnten die Ostverträge trotz der Patt-Situation mit jeweils 248 Stimmen der sozialliberalen Koalition ratifiziert werden. Nur eine kleine Minderheit von 10 bzw. 17 Abgeordneten votierte mit Nein gegen den Moskauer bzw. Warschauer Vertrag. Darunter befand sich neben Mende und Zoglmann auch Kühlmann-Stumm, der aus Protest gegen den Moskauer Vertrag die FDP verließ.

Die sozialliberale Koalition führt Neuwahlen herbei

Um aus der Patt-Situation herauszukommen, beschloß die sozialliberale Koalition, Neuwahlen herbeizuführen. Am 22. September 1972 stellte Bundeskanzler Willy Brandt im Bundestag den Antrag, ihm das Vertrauen auszusprechen. Die 248 Abgeordneten der CDU/CSU verweigerten dies erwartungsgemäß. Da die Kabinettsmitglieder beschlossen hatten, nicht an der Abstimmung teilzunehmen, überwogen die Nein-Stimmen. Bundespräsident Heinemann löste daraufhin noch am selben Tag den 6. Bundestag auf und setzte für den 19. November Neuwahlen an.

Scheel wird Bundespräsident

Die sozialliberale Koalition geht gestärkt in eine weitere Legislaturperiode

Die Neuwahlen zum 7. Bundestag am 19. November 1972 bestätigten die Politik der sozialliberalen Koalition eindrucksvoll: Die FDP verbesserte sich von 5,8 auf 8,4 Prozent, die SPD von 42,7 auf 45,8 Prozent. Mit 230 Mandaten stellte die SPD erstmals die stärkste Fraktion im Parlament. Zusammen mit den 41 Mandaten der FDP ergab das einen Vorsprung von 46 Mandaten gegenüber der CDU/CSU. Die Zeit der hauchdünnen Mehrheiten und Patt-Situationen war zu Ende.

Wie aus einer Wahlanalyse des infas-Instituts hervorging, konnte die FDP vor allem in Großstädten beachtlich zulegen. Dabei erhielt sie erheblich mehr Zweit- als Erststimmen, während es bei der SPD umgekehrt war. Offenbar war dies ein Erfolg der Kampagne für das „Stimmensplitting“, die aufgerufen hatte, die Erststimme dem Direktkandidaten der SPD und die Zweitstimme der FDP zu geben.

Die Wahlbeteiligung lag mit 91,2 Prozent so hoch wie noch bei keiner anderen Bundestagswahl. Zur Mobilisierung trugen hunderte von Wählerinitiativen bei, die sich für die Ostverträge und die sozialliberale Koalition engagierten. Zugunsten des Kanzlerkandidaten Willy Brandt wirkte sich auch aus, daß er am 10. Dezember 1971 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden war. Dem Kandidat der Union, Rainer Barzel, fehlte eine vergleichbare Ausstrahlung. Nach dem mißlungenen Kanzlersturz vom 24. April desselben Jahres war Barzel nun ein zweites Mal gescheitert. „An diesen 19. November wird die CDU/CSU lange denken. Ihre Niederlage hat schon fast den Charakter eines demütigenden Desasters“, schrieb die „Frankfurter Allgemeine“.

Die Union bremst im Bundesrat

Ganz ohne Machtpositionen war die CDU/CSU indessen nicht. Über den Bundesrat, wo die unionsregierten Länder mit 21 gegen 20 Stimmen über eine knappe Mehrheit verfügten, konnte sie die Gesetzgebung der sozialliberalen Koalition zumindest behindern. Etwa den Grundlagenvertrag mit der DDR, den Vertrag mit der Tschechoslowakei, die Fristenregelung zur Abtreibung und die Polen-Verträge. Ab Februar 1976, als in Niedersachsen Ernst Albrecht an die Regierung kam, verfügte sie in der Länderkammer sogar über eine komfortable Mehrheit von 26 zu 15 Stimmen. Fortan konnte sie im Vermittlungsausschuß Gesetze blockieren. Sie nutzte diese Chance auch sofort, um das „Radikalen-Gesetz" zu verhindern, mit dem SPD und FDP die übelsten Auswüchse des seit1972 praktizierten „Radikalenerlasses" zurückzunehmen versuchten.

Zunehmend wurde auch das Bundesverfassungsgericht bemüht, um politische Streitfragen zu entscheiden. So klagte 1973 das Land Bayern gegen den Grundlagenvertrag, weil er eine unzulässige völkerrechtliche Anerkennung der DDR bedeute.

FDP erhält fünf Ministerposten

In dem neuen Kabinett von Willy Brandt bekam die FDP fünf Ressorts und damit zwei Ministerposten zusätzlich. Walter Scheel wurde wieder Außenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers. Hans-Dietrich Genscher übernahm erneut das Innenministerium, und Josef Ertl war wieder für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuständig. Außerdem übernahm Hans Friderichs das Bundeswirtschaftsministerium (dessen zeitweilige Verbindung mit dem Finanzministerium wieder gelöst wurde) und Werner Maihofer wurde „Bundesminister für besondere Aufgaben". Als Parlamentarische Staatssekretär der FDP fungierten Karl Moersch (Äußeres), Gerhart Rudolf Baum und Kurt Jung (beide Inneres), Martin Grüner (Wirtschaft) und Fritz Logemann (Ernährung).

„Spiegel"-Chef gibt sein Bundestagsmandat zurück

Über die Landesliste Nordrhein-Westfalen war auch der „Spiegel"-Herausgeber Rudolf Augstein in den Bundestag gelangt, der in Paderborn - dem Wahlkreis von Rainer Barzel - für die FDP kandidiert hatte. Augstein legte sein Mandat aber schon am 17. Januar 1973 nieder. Er begründete dies mit der Notwendigkeit seiner Anwesenheit in der Chefredaktion, nachdem Günter Gaus - einer der beiden Chefredakteure des „Spiegel" - sein Ausscheiden angekündigt hatte, um die Leitung der im Grundlagenvertrag mit der DDR vereinbarten „Ständigen Vertretung" in Ostberlin zu übernehmen.

Augstein wollte sogar Fraktionsvorsitzender werden

Ursprünglich wollte Augstein sogar Fraktionsvorsitzender der FDP werden. Wie Günter Gaus kurz nach Augsteins Tod im Jahr 2002 berichtete, offenbarte der „Spiegel"-Herausgeber seine politischen Ambitionen bei einem Gespräch, das im Sommer 1972 in Scheels Ferienhaus in Österreich stattfand: „Walter, ich will für die FDP in den Bundestag, ich kandidiere." Der FDP-Vorsitzende sei hellauf begeistert gewesen, einen finanziell und politisch so potenten Verbündeten in den Reihen der eigenen Abgeordneten zu sehen. Dann habe es ihm aber doch kurz die Sprache verschlagen, als Augstein nachlegte: „Und ich will Fraktionsvorsitzender werden." - Daß ein politischer Neuling den bewährten Wolfgang Mischnick vom Fraktionsvorsitz verdrängen könnte, war auch in der Partei der „Senkrechtstarter" nicht so ohne weiteres vorstellbar. Im Unterschied zu Augstein war Scheel aber ein echter Politiker. Er redete deshalb dem „Spiegel"-Herausgeber das Vorhaben nicht aus, sondern meinte, daß es sich trotz aller Schwierigkeiten verwirklichen lassen werde.

Bei dem Gespräch in Scheels Ferienhaus verfiel man bereits auf den Gag, Augstein in einem besonders „schwarzen" Wahlkreis antreten zu lassen. Für den Wahlerfolg spielte das keine Rolle, da die FDP nirgendwo Aussichten auf ein Direktmandat hatte und das Mandat des „Spiegel"-Herausgebers in jedem Fall

über die Landesliste abgesichert sein mußte. Augstein bereitete daraufhin seinen Einzug in die Politik vor. Seine Position als Herausgeber des „Spiegel" erklärte er für ruhend. Um die Kontinuität der Chefredaktion zu gewährleisten, ließ er Gaus einen Scheck mit einer sechsstelligen Summe zukommen, den dieser nur einlösen konnte, wenn er am 1. Januar 1974 noch Chefredakteur des „Spiegel" war. Denn Gaus galt als Kandidat fürs Amt des Regierungssprechers, falls die sozialliberale Koalition die Wahlen gewinnen sollte.

Nach den Wahlen merkte Augstein aber schnell, daß er als „Spiegel"-Herausgeber weit mehr politischen Einfluß entfalten konnte als innerhalb der FDP-Fraktion. Es begann damit, daß Mischnick als Fraktionsvorsitzender bestätigt wurde. Sogar als Stellvertreter hatten Karl-Hermann Flach und Lambsdorff die besseren Karten. Für Augstein wäre allenfalls so etwas wie der „Staatsminister im Auswärtigen Amt" übrig geblieben. Schon wenige Wochen nach der Bundestagswahl war der Journalist von seinem Ausflug in die Bonner Politik tief enttäuscht. Er war deshalb geradezu erleichtert, als Günter Gaus, den er eigentlich als Chefredakteur an den „Spiegel" binden wollte, das Angebot von Willy Brandt annahm, erster Botschafter der Bundesrepublik in der DDR zu werden. Denn so bekam er selber einen Anlaß, sein Bundestagsmandat niederzulegen und als Herausgeber zum „Spiegel" zurückzukehren.

Streit um Grundlagenvertrag mit der DDR

Noch kurz vor den Wahlen hatte die Bundesregierung den Grundlagenvertrag mit der DDR paraphiert, der zahlreiche menschliche Erleichterungen im Verhältnis der beiden deutschen Staaten ermöglichte. Die Union befürchtete indessen eine völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Staats. Ihr Kanzlerkandidat Rainer Barzel hatte vor den Wahlen erklärt, daß die Paraphierung eine künftige Bundesregierung nicht binden werde. Das Wahlergebnis war damit zugleich ein Plebiszit zugunsten des Grundlagenvertrags. Er wurde am 21. Dezember

endgültig unterzeichnet und am 11. Mai 1973 vom Bundestag ratifiziert. Auch im Bundesrat mußten die unionsregierten Länder am Ende klein beigeben.

Die CSU-Landesregierung von Bayern sperrte sich allerdings weiter gegen den Grundlagenvertrag. Sie wollte durch das Bundesverfassungsgericht klären lassen, ob er eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR bedeute, und beantragte eine einstweilige Verfügung gegen das Inkrafttreten. Das Gericht lehnte den Erlaß einer einstweiligen Verfügung am 5. Juni 1973 einstimmig ab, so daß der Bundespräsident Heinemann den Vertrag unterzeichnen konnte. Am 31. Juli 1973 wies es auch die Normenkontrollklage Bayerns zurück. Diese Zurückweisung war aber gespickt mit grundsätzlichen Ausführungen über das Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander, die von den Gegnern des Grundlagenvertrags mit Genugtuung aufgenommen wurden. Das Gericht befand nämlich, daß die Gefahr einer völkerrechtliche Anerkennung der DDR nicht gegeben sei, weil die Bundesrepublik die DDR gar nicht völkerrechtlich anerkennen könne. Der Grundlagenvertrag sei ein Vertrag „zwischen zwei Staaten, die Teile eines noch immer existierenden, wenn auch handlungsunfähigen, weil noch nicht reorganisierten umfassenden Staates Gesamtdeutschland mit einem einheitlichen Staatsvolk sind". Im Klartext: Das Deutsche Reich existiert weiter und umfaßt auch die DDR, aber es ist derzeit als Gesamtdeutschland handlungsunfähig, weil nur die Bundesrepublik beanspruchen kann, seine legitime Fortsetzung zu sein.

Scheel löst Heinemann im Amt des Bundespräsidenten ab

Im November 1973 gab Gustav Heinemann bekannt, daß er nicht für eine zweite Amtszeit als Bundespräsident kandidieren werde (er hätte sie auch nicht überlebt, denn er starb am 7. Juli 1976). Darauf nominierte die FDP in Absprache mit der SPD ihren Parteivorsitzenden Walter Scheel als Nachfolger. Im Frühjahr 1974 einigte sich die Union auf Richard von Weizsäcker

als Gegenkandidaten. Am 15. Mai 1974 wurde Walter Scheel mit 550 von 1033 Stimmen der Bundesversammlung gewählt. Weizsäcker bekam 498 Stimmen.

Brandt tritt wegen der Affäre Guillaume zurück

Der Wechsel Scheels vom Außenminister und Stellvertreter des Bundeskanzlers ins Amt des Bundespräsidenten hätte eine Regierungsumbildung erforderlich gemacht. Noch vor der Bundespräsidentenwahl kam es aber zu einem Ereignis, das die Bundesregierung viel kräftiger durcheinanderwirbelte: Am 24. April 1974 wurde ein enger Mitarbeiter des Bundeskanzlers Willy Brandt als Spion verhaftet: Der angebliche DDR-Flüchtling Günter Guillaume, der sich in der SPD zielstrebig hochgearbeitet hatte, entpuppte sich als eingeschleuster Offizier der DDR-“Staatssicherheit“. Willy Brandt erklärte daraufhin am 6. Mai 1974 seinen Rücktritt als Bundeskanzler. Am nächsten Tage händigte Bundespräsident Heinemann sämtlichen Mitgliedern des Kabinetts die Entlassungsurkunden aus.

Im neuen Kabinett Schmidt wird Genscher Außen- und Maihofer Innenminister

Am 16. Mai 1974 wählte der Bundestag mit den Stimmen der Koalition den bisherigen Bundesfinanzminister Helmut Schmidt (SPD) zum Bundeskanzler. In dem neuen Kabinett Schmidt behielt die FDP die vier Ressorts Äußeres, Inneres, Wirtschaft und Ernährung. Die freigewordene Stelle des Außenministers übernahm nun aber Genscher, während Maihofer anstelle von Genscher das Innenministerium übernahm. Die Zahl der Minister reduzierte sich dadurch auf vier. Da am Vortag zum zweitenmal ein FDP-Politiker die Würde des Bundespräsidenten erlangt hatte, ließ sich dies aber gewiß verschmerzen. Auch die Aufgaben des Parteivorsitzenden übernahm nun Genscher. Von den parlamentarischen Staatssekretären der FDP wechselte Kurt Jung vom Innenministerium ins Ressort des Bundespostministers Kurt Gscheidle (SPD).

Bangemann muß als Generalsekretär zurücktreten

Die FDP hatte sich inzwischen vollkommen auf die SPD als Koalitionspartner ausgerichtet und wollte - wohl auch mit Blick auf die Leihstimmen von SPD-Wählern - keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß sie das Bündnis nach den nächsten Bundestagswahlen fortsetzen werde. Es irritierte deshalb, als der FDP-Generalsekretär Martin Bangemann verschiedentlich erklärte, die Partei werde erst nach der Wahl über Koalitionsmöglichkeiten entscheiden. Bangemann versuchte sich damit herauszureden, er habe nur die Situation in Baden-Württemberg gemeint. Dann ließ er sich aber von Genscher überzeugen, daß es besser sei, wenn er seinen Rücktritt erkläre, zumal auch seine Amtsführung als Generalsekretär umstritten war. Am 3. Oktober 1975 stellte Bangemann sein Amt zur Verfügung.

Der gelernte Rechtsanwalt Bangemann gehörte zu den „Senkrechtstartern" in der FDP. Zunächst hatte er sich innerhalb des Landesverbands Baden-Württemberg als Linksliberaler und als Verteidiger von Angeklagten aus den Reihen der „außerparlamentarischen Opposition" profiliert. Er saß seit 1972 im Bundestag, amtierte von 1974 bis 1978 als Vorsitzender der FDP Baden-Württembergs und wurde am 4. Oktober 1974 mit 291 gegen 60 Stimmen bei 24 Enthaltungen als Nachfolger des verstorbenen Karl Hermann Flach zum FDP-Generalsekretär gewählt. Bangemann erwarb sich dann aber schnell den Ruf, ein Vertreter des rechten Parteiflügels mit ausgeprägtem Sinn für Pfründen und schwach entwickeltem Arbeitseifer zu sein. Daß er vom Amt des Generalsekretärs zurücktreten mußte, bremste seine Karriere nur vorläufig.

Die Situation in den Landtagen

Die FDP bleibt stabil und die SPD fällt leicht zurück, während die Union ihre absoluten Mehrheiten ausbauen kann

Zu Beginn der siebten Legislaturperiode gab es auch auf Landesebene keine einzige CDU/FDP-Koalition mehr. Sechs der insgesamt elf Bundesländer wurden von der SPD oder sozialliberalen Koalitionen regiert. Dabei handelte es sich um Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen sowie die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin. Die Union regierte in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Saarland. Da diesen Flächenstaaten mehr Stimmen in der Länderkammer zustanden, verfügte die Union im Bundesrat über eine knappe Mehrheit, die sie Anfang 1976, nach dem Sturz der sozialliberalen Koalition in Hannover, noch ausbauen konnte.

Im Unterschied zum Bundestag ist der Bundesrat kein Parlament. Seine Mitglieder sind weisungsgebundene Repräsentanten der jeweiligen Landesregierungen. Die Institution geht historisch auf die bundesstaatliche Verfassung des preußisch dominierten Kaiserreichs zurück. Sie soll den Föderalismus garantieren und den Ländern eine direkte Einflußnahme auf Bundesgesetze ermöglichen, soweit diese länderspezifische Interessen berühren.

Die Union bediente sich nun dieser Länderkammer, um solche bundespolitischen Ziele zu verfolgen, für die eigentlich der Bundestag zuständig war. Aufgrund ihrer Mehrheit im Bundesrat konnte sie alle Reformvorhaben der sozialliberalen Koalition, die in irgendeiner Weise die Länder tangierten, zumindest behindern.

Absolute Unions-Mehrheiten in München, Stuttgart, Mainz und Kiel

Bei den Landtagswahlen von 1972 bis 1976 konnten die Unionsparteien ihre Positionen festigen und ihre absoluten Mehrheiten in den Landtagen von München, Stuttgart, Mainz und Kiel sogar noch ausbauen. Die FDP erzielte teils Gewinne, teils Verluste. Per Saldo durfte sie zufrieden sein. Für die SPD waren die Landtagswahlergebnisse dagegen eher enttäuschend - was aber nur die alte Beobachtung bestätigte, daß die jeweils in Bonn regierenden Parteien bei Landtagswahlen schlechter abschneiden.

Stimmengewinne in Hamburg und Niedersachsen

Die ersten Landtagswahlen nach der Bundestagswahl fanden am 3. März 1974 in Hamburg statt. Die FDP konnte sich dabei von 7,1 auf 10,9 Prozent verbessern und drei Senatorenposten besetzen. Einen deutlichen Stimmenzuwachs erzielte sie auch bei den Wahlen am 9. Juni 1974 in Niedersachsen (von 4,4 auf 7,1 Prozent). Sie konnte nun nach vierjähriger Pause wieder in den Hannoveraner Landtag einziehen, bekam zwei Ministerposten und stand der SPD als echter Koalitionspartner zur Verfügung (nach den letzten Wahlen hatte ihr die SPD das Justizministerium angeboten, obwohl sie nicht mehr im Landtag vertreten war, was sie aber ablehnte).

Stimmenverluste in Hessen und Bayern

Weniger erfolgreich verliefen die Landtagswahlen, die am 27. Oktober 1974 in Hessen und Bayern stattfanden. In Hessen schrumpfte der Stimmenanteil der FDP von 10,1 auf 7,4 Prozent. Offenbar waren ihr viele „Leihstimmen" von SPD-Anhängern wieder abhanden gekommen. Sie profilierte sich denn auch gleich als Partei der bürgerlichen Mitte, indem sie darauf bestand, daß der wegen seiner Schulreformpläne umstrittene Kultusminister Ludwig von Friedeburg (SPD) nicht mehr ins Kabinett aufgenommen wurde. In der neuen Wiesbadener Re-

gierung von Albert Osswald (SPD) übernahm Hans-Heinz Bielefeld das Innen- und Heinz Herbert Karry das Wirtschaftsministerium.

Die bayerische Sperrklausel verliert ihren Schrecken

In Bayern sank der Stimmenanteil der FDP von 5,5 auf 5,2 Prozent. Eine Koalition stand hier wie immer nicht zur Debatte, da die CSU mit absoluter Mehrheit das Feld beherrschte. Die Sperrklausel, die bisher den Einzug in den Landtag von mindestens zehn Prozent der Stimmen in einem der sieben Regierungsbezirke abhängig machte, brauchte die Partei trotz des knappen Wahlergebnisses nicht mehr zu fürchten: Durch einen Volksentscheid war am 1. Juli 1973 die Halbierung auf fünf Prozent durchgesetzt worden. Die landesspezifische Benachteiligung kleiner Parteien hatte sich damit in einen Vorteil verwandelt, denn normalerweise mußte die Mindestquote von fünf Prozent im Landesdurchschnitt erfüllt sein.

Wieder SPD/FDP-Senat in Berlin

Stimmeneinbußen erlitt die FDP auch bei den Wahlen am 2. März 1975 in Berlin (von 8,5 auf 7,2 Prozent). Hier wurde sie nun aber als Koalitionspartner unersetzlich, da die SPD ihre absolute Mehrheit verlor und die CDU erstmals die stärkste Fraktion im Abgeordnetenhaus stellte. Die Alternative einer Großen Koalition aus SPD und CDU, wie sie sowohl der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz als auch der CDU-Landesvorsitzende Peter Lorenz in Erwägung zogen, stieß bei den Bundesvorständen beider Parteien auf Ablehnung. So kam es nach vierjähriger Unterbrechung wieder zu einem SPD/FDP-Senat, in dem Hermann Oxfort für Justiz, Walter Rasch für Schulwesen und Wolfgang Lüder für Wirtschaft zuständig wurde.

In Kiel gelangt die FDP wieder in den Landtag

In Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg regierte die CDU mit absoluter Mehrheit, so daß sich hier wie in Bayern die Koalitionsfrage erst gar nicht stellte. Bei der

Landtagswahl am 9. März 1975 in Rheinland-Pfalz verlor die FDP leicht von 5,9 auf 5,6 Prozent. In Schleswig-Holstein erzielte sie 1975 respektable 7,1 Prozent und konnte so nach vierjähriger Unterbrechung wieder in den Landtag einziehen. In Baden-Württemberg verschlechterte sie sich bei den Wahlen am 4. April 1976 von 8,9 auf 7,8 Prozent.

Zugewinne in Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen verbesserte sich die FDP bei den Landtagswahlen am 4. Mai 1975 von 5,5 auf 6,7 Prozent. Sie gewann drei Mandate hinzu, während ihr Koalitionspartner SPD genausoviel einbüßte und die CDU unverändert blieb. In dem neuen Kabinett von Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) übernahm Burkhard Hirsch das Innenministerium, das bisher Willy Weyer innegehabt hatte. Horst-Ludwig Riemer blieb für Wirtschaft und Verkehr zuständig.

Schwierige Patt-Situation im Saarland

Im Saarland konnte die FDP bei den Landtagswahlen am 4. Mai 1975 die Fünf-Prozent-Hürde wieder überwinden und mit 7,4 Prozent der Stimmen drei Sitze im Landtag erringen. Im Wahlkampf hatte sie sich auf eine Koalition mit der SPD festgelegt, die 22 Abgeordnete in den Landtag entsandte. Die CDU verfügte jedoch mit 25 Sitzen über dieselbe Stärke wie eine mögliche SPD/FDP-Koalition. Nur eine CDU/FDP-Koalition hätte diese Patt-Situation überwinden können. Sie hätte sogar der sozialliberalen Koalition in Bonn nützlich sein können, sofern das Saarland dadurch im Bundesrat neutralisiert worden wäre. Ein Regierungsbündnis mit der CDU verbot sich aber für die FDP, um nicht den Vorwurf des „Umfallens" und der Charakterlosigkeit zu riskieren. Zumindest mußte sie eine gehörige Schamfrist einhalten, bis sie es sich erlauben konnte, von der Tolerierung des CDU-Kabinetts unter Franz-Josef Röder zur Kooperation überzugehen. Deshalb kam es im Saarland vorerst zu keiner CDU/FDP-Koalition.

CDU kippt SPD/FDP-Regierung in Hannover

Eine ähnliche Patt-Situation entwickelte sich in Niedersachsen. Hier stand die im Juli 1974 beschlossene SPD/FDP-Koalition von Anfang an auf wackligen Beinen. Bis zu den Landtagswahlen, die der FDP wieder zum Einzug ins Parlament verhalfen, hatte die SPD mit nur einer Stimme Vorsprung vor der CDU regiert. Durch den Wahlausgang war sie indessen so geschwächt worden, daß sie trotz des Bündnisses mit der FDP weiterhin nur über eine hauchdünne Mehrheit verfügte. Zunächst sah es so aus, als würde der Vorsprung gegenüber der CDU wenigstens drei Sitze betragen. Durch eine spätere Korrektur des Wahlergebnisses reduzierte er sich aber auf nur noch eine Stimme. Gegenüber der vorherigen Situation, als die SPD allein regierte, hatte sich die Lage der Regierung von Alfred Kubel sogar verschlechtert, da auf die Geschlossenheit der FDP-Fraktion nur bedingt Verlaß war. Dies wurde ihr zum Verhängnis, als Kubel im Januar 1976 aus Altersgründen zurücktrat. Eigentlich sollte der bisherige Finanzminister Helmut Kasimier (SPD) mit der Mehrheit von 78 Stimmen der Koalition gegen 77 Stimmen der CDU zum Nachfolger gewählt werden. Mit Hilfe eines Überläufers aus den Reihen der Koalitionsparteien gelang es der CDU aber, anstelle von Kasimier ihren Gegenkandidaten Ernst Albrecht durchzusetzen.

Zunächst lehnten es sowohl die SPD als auch die FDP ab, die Regierung Albrecht aus der Rolle eines Minderheits-Kabinetts zu erlösen. Die FDP ließ aber schon in ihrer Absage anklingen, daß sie keine grundsätzliche Opposition üben, sondern Albrecht von Fall zu Fall unterstützen würde.

Der Radikalenerlaß

Die FDP vergißt liberale Prinzipien und beteiligt sich an der Hatz auf „Verfassungsfeinde"

Am 28. Januar 1972 faßten die Ministerpräsidenten der Länder einen Beschluß, wonach schon die Mitgliedschaft in einer „verfassungsfeindlichen Organisation" ein Grund für die Nichteinstellung oder Entlassung aus dem öffentlichen Dienst sei. In einer weiteren Erklärung unterstützte der Bundeskanzler Willy Brandt den Ministerpräsidentenbeschluß und übernahm ihn weitgehend für die Personalpolitik des Bundes. Dies war die Geburtsstunde des „Radikalenerlasses".

Als Instrument zur Abblockung der DKP gedacht

Formal richtete sich der „Radikalenerlaß" gegen Links- und Rechtsextremisten. In Wirklichkeit zielte er aber nach links. Er war eine Reaktion auf die Polit-Sekten, die aus dem Zerfall der „außerparlamentarischen Opposition" hervorgegangen waren oder in diesem Umfeld ihre Mitglieder rekrutierten. In erster Linie sollte er die „Deutsche Kommunistische Partei" (DKP) treffen, die bis Mitte der siebziger Jahre etwa 40.000 Mitglieder gewinnen konnte, darunter viele Lehrer und andere Angehörige des öffentlichen Dienstes.

Die DKP hatte sich erst 1968 konstituiert. Wie ihre Vorläuferin, die 1956 verbotene KPD, war sie moskauhörig und wurde insgeheim von der DDR finanziert. Die Neugründung war jedoch keineswegs illegal. Die faktische Wiederzulassung der verbotenen KPD unter neuem Namen war ein Zugeständnis der sozialliberalen Koalition im Rahmen ihrer Deutschland- und Ostpolitik und erfolgte in Abstimmung mit den Behörden. Formal gab sich die neue Partei auch durchaus demokratisch und erfüllte die Bedingungen des 1967 verabschiedeten Parteiengesetzes. Daß sie im Kern eine stalinistische Kaderpartei war, blieb selbst vielen ihrer Mitglieder verborgen.

Wink mit dem Zaunpfahl für Jungsozialisten und Jungdemokraten

Nebenbei erhofften sich SPD und FDP vom Radikalenerlaß klarere Konturen am linken Rand ihrer eigenen Anhängerschaft, wo ein fließender Übergang zu den Polit-Sekten bestand. So existierte bei den Jungsozialisten der SPD eine starke „Stamokap-Fraktion", deren Anhänger zur DKP tendierten. Bei den Jungdemokraten, die an der Mutterpartei FDP kaum noch ein gutes Haar ließen, gaben ebenfalls „Marxisten" und „Spontis" den Ton an.

Klimatisch begünstigt wurde der Radikalenerlaß durch die ersten Anschläge der Baader-Meinhof-Bande und sonstiger „Stadtguerillas", die aus den Reihen der neuen Linken hervorgegangen waren. In Mediendarstellungen und im Bewußtsein einer breiten Öffentlichkeit verschmolzen diese gewalttätigen Desperados mit sonstigen „Radikalen" zu einer Einheit. Im übrigen bestand aber kein sachlicher Zusammenhang. Der Radikalenerlaß zielte vielmehr gerade auf solche Linke, die sich gesetzestreu verhielten. Er war ein staatliches Instrument zur Drangsalierung politischer Gegner, die mit anderen Mitteln nicht zu fassen waren. Er war eine Art Sondergesetzgebung ohne gesetzliche Grundlage, mit der die drei Bundestagsparteien alles ausgrenzten, was sich außerhalb ihres politischen Spektrums bewegte.

FDP setzt SPD wegen Einstellungspraxis unter Druck

Die FDP hatte an dieser Verletzung liberaler Prinzipien maßgeblichen Anteil. So ließ sie schon am 1. Juni 1971 - ein halbes Jahr vor dem Radikalenerlaß - die Bremer Koalition mit der SPD platzen, weil sie die „permanente linksradikale Universitätspolitik" der Landesregierung nicht mittragen wollte. Aktueller Anlaß war die Berufung des Berliner PH-Professors Wilfried Gottschalch. Die FDP verlangte die Nichteinstellung des Soziologen, weil dieser sich „abwertend über unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung und positiv zum Rätesystem geäußert" habe.

Als 1973 der nordrhein-westfälische Justizminister Diether Posser (SPD) den Juristen Volker Götz zum Richter auf Probe ernannte, weil außer seiner DKP-Mitgliedschaft keine „Erkenntnisse" gegen ihn vorlagen, protestierte der Koalitionspartner FDP gemeinsam mit Richterbund und Anwaltskammer. Obwohl Posser es für verfassungswidrig hielt, die Bewerbung nur wegen der Parteimitgliedschaft abzulehnen, beugte er sich dem politischen Druck des Koalitionspartners und machte die Ernennung rückgängig.

Sogar ein Linksliberaler wie der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch verteidigte 1976 in einer Landtagsdebatte den Radikalenerlaß (in der abgeschwächten Form der „Einzelfallprüfung"). Es blieb Einzelgängern aus der zweiten und dritten Reihe der FDP überlassen, die Fahne des politischen Liberalismus hochzuhalten und den Radikalenerlaß als Verletzung von Grundrechten zu brandmarken. Hier wäre etwa der baden-württembergische Landtagsabgeordnete Hinrich Enderlein zu nennen oder der Karlsruher Bürgermeister Ullrich Eidenmüller. Sie waren politisch keineswegs Freunde der DKP. Dennoch solidarisierten sie sich aus liberaler Empörung mit Betroffenen und unterstützten Komitees gegen die „Berufsverbote".

Verfassungsmäßige Rechte ins Ermessen von Behörden gestellt

Der Radikalenerlaß war schon deshalb eine arge Mißgeburt, weil man damit ein Verbot der DKP und ähnlicher Organisationen nach Artikel 21 des Grundgesetzes zu umgehen versuchte, das nicht durchsetzbar oder politisch nicht opportun erschien. Noch viel schlimmer war allerdings, wie die sozialliberale Koalition und die Unionsparteien diesem Dilemma zu entkommen versuchten, indem sie verfassungsmäßige Rechte durch einen reinen Verwaltungsakt außer Kraft setzten.

In einer Bundestagsdebatte zum Thema „innere Sicherheit" am 18. Januar 1972 bot der Unionsfraktionsvorsitzende Rainer Barzel der sozialliberalen Koalition die Unterstützung seiner

Partei an, falls eine Grundgesetzänderung erforderlich sei, um DKP-Mitglieder aus dem öffentlichen Dienst auszuschließen. Aus Gründen der Praktikabilität müsse das Kriterium der Verfassungsfeindlichkeit allein an der Mitgliedschaft festgemacht werden, verlangte der Oppositionsführer.

Barzel schien immerhin noch zu ahnen, daß es hier um Grundrechte ging. Es kam aber weder zu einer Grundgesetzänderung noch überhaupt zu einer gesetzlichen Regelung. Stattdessen faßten die Ministerpräsidenten der Länder am 28. Januar 1972 den erwähnten Beschluß, der rechtlich nicht einmal die Qualität einer Verordnung hatte.

Grundrechte gleich reihenweise verletzt

Der Skandal lag vor allem darin, daß die bloße Mitgliedschaft in einer legalen - lediglich von den Behörden als „verfasssungsfeindlich“ angesehenen - Partei die Nichteinstellung oder die Entlassung aus dem öffentlichen Dienst rechtfertigen sollte. Verfassungsrechtlich gesehen war das ein absolutes Unding. Denn damit wurde es praktisch dem Ermessen bzw. der Willkür der Behörden überlassen, eine ganze Reihe von verfassungsmäßigen Rechten auszuhebeln:

Artikel 3, Absatz 3 („Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“)

Artikel 12 („Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen.“)

Artikel 33, Absatz 2 („Jeder Deutsche hat nach seiner Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amte.“)

Artikel 21, Absatz 2 („Über die Frage der Verfassungswidrigkeit (von Parteien) entscheidet das Bundesverfassungsgericht.“)

Es mutete wie ein schlechter Witz an, daß alle diese in der Ver-

fassung verankerten Rechte, zu deren Änderung allenfalls eine Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestags befugt gewesen wäre, durch eine einfache Absprache der Ministerpräsidenten angetastet werden konnten.

Sogar das Bundesverfassungsgericht versagt

Daß die Rechtsprechung diese verfassungswidrige Praxis auch noch absegnete, machte den Skandal komplett. Am liberalsten urteilten noch die Arbeits- und Verwaltungsgerichte der unteren Instanzen, die in vielen Fällen die „Berufsverbote" wieder aufhoben. Dagegen bestätigte das Bundesverwaltungsgericht am 23. April 1975 die Praxis des Radikalenerlasses. Pikanterweise stellte sich heraus, daß zwei der beteiligten Richter eine braune Weste hatten und damit eher selber für ein Berufsverbot prädestiniert gewesen wären: Der eine war für Deportationen während des zweiten Weltkriegs verantwortlich, der andere hatte an einem „Rassenschande"-Urteil mitgewirkt.

Die DKP hatte ihre betroffenen Mitglieder vergattert, den Rechtsweg nicht bis zum Bundesverfassungsgericht auszuschöpfen, weil sie eine höchstinstanzliche Bestätigung mit einem indirekten Verbot der Partei befürchtete. Die erste einschlägige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 22. Mai 1975 betraf deshalb ein Mitglied der sogenannten K-Gruppen (KBW). Dabei hob das Gericht auf die sogenannte Einzelfallprüfung ab und verlangte Detailkorrekturen. Auf die Idee, daß der Radikalenerlaß generell verfassungswidrig sein könnte, kamen die offiziellen Hüter der Verfassung nicht. So wurde das in Artikel 21 des Grundgesetzes verankerte Parteienprivileg ausgerechnet vom Bundesverfassungsgericht aufgeweicht und neben dem verfassungsrechtlichen Begriff der „Verfassungswidrigkeit" der neu erfundene politische Kampfbegriff der „Verfassungsfeindlichkeit" legitimiert.

Union und DKP kochen ihr jeweiliges politisches Süppchen

Die CDU/CSU-regierten Länder bohrten lustvoll in dieser Wunde, die sich die SPD selber zugefügt hatte, in dem sie den Radi-

kalenerlaß besonders scharf handhabten. In unionsregierten Ländern mußten sogar SPD-Mitglieder mit dem Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst rechnen, sofern sie der „Deutschen Friedens-Union", der „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes" oder ähnlichen Organisationen angehörten, die von den Behörden als Hilfsorganisationen der DKP eingestuft wurden.

Der DKP war es ihrerseits nicht unwillkommen, daß die „Berufsverbots"-Prozesse am laufenden Band politische Märtyrer produzierten. Denn so konnte sie von der Repression in der DDR ablenken und den eigenen Anhängern demonstrieren, daß auch in der Bundesrepublik nur eine Klassenjustiz herrschte. Viele Betroffene der „Berufsverbote" hatten ohnehin recht naive Vorstellungen vom Charakter und den Zielen der Partei, der sie sich angeschlossen hatten, und ließen sich gutgläubig instrumentalisieren. Sie empfanden es schlicht als eine Frage des Gewissens und der Ehre, dem äußeren Druck standzuhalten. Einer dieser tragischen Fälle war der Postbeamte Hans Peter, den das Bundesverwaltungsgericht zur Entlassung aus dem Beamtenverhältnis samt Verlust der Pension verurteilte - gerade so, als ob der biedere Beamte, der jahrzehntelang korrekt seinen Dienst versah, mit dem Beitritt zur DKP ein schweres Verbrechen begangen hätte.

Gesetzliche Neuregelung scheitert an der Unionsmehrheit im Bundesrat

Die öffentliche Empörung blieb nicht ohne Wirkung. Daß in der DDR und im Ostblock die „Berufsverbote" propagandistisch verwertet wurden, war noch am leichtesten zu ertragen. Aber auch im westlichen Ausland regte sich Protest. Vor allem in Frankreich stieß „le berufsverbot" auf Unverständnis und Argwohn. Jenseits des Rheins galt die politische Gleichberechtigung von Kommunisten als völlig normal. Der öffentliche Dienst Frankreichs war sogar traditionell eine Domäne der Kommunisten und ihrer Gewerkschaft CGT.

Um sich politische Entlastung zu verschaffen, verabschiedete die sozialliberale Koalition im Bundestag am 24. Oktober 1975 ein Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften, das auf die sogenannte „Einzelfallprüfung" abstellte und die Parteimitgliedschaft nicht als alleiniges Kriterium für den Ausschluß vom öffentlichen Dienst gelten ließ. Die CDU/CSU legte ihrerseits einen Gesetzentwurf vor, der auf die bloße Parteimitgliedschaft abhob. Am 28. November 1975 lehnte der Bundesrat mit den Stimmen der unionsregierten Länder den Gesetzentwurf der Koalition ab. Normalerweise hätte diese Ablehnung durch die Empfehlung des Vermittlungsausschusses überwunden werden können, in dem die Regierungskoalition die Mehrheit hatte. Am 6. Februar 1976 kippte jedoch das SPD/FDP-Kabinett in Niedersachsen, womit die CDU ihr Mehrheit im Bundesrat ausbauen konnte und auch den Vermittlungsausschuß dominierte. Vor diesem Hintergrund hatte der Gesetzentwurf keine Chance mehr, nachdem der Bundesrat am 20. Februar 1976 erneut seine Zustimmung verweigerte.

Ersatzweise vereinbarten die Bundesregierung und die SPD/FDP-regierten Länder, künftig nach der im Gesetzentwurf vorgesehenen Regelung zu verfahren. 1979 entfiel im sozialliberal regierten Teil der Republik auch die sogenannte Regelanfrage beim „Verfassungsschutz". Die unionsregierten Länder hielten dagegen an ihrer besonders rigiden Praxis fest.

3,5 Millionen Bundesbürger werden geheimdienstlich durchleuchtet

Allein bis zum 1. März 1976 wurden eine halbe Million Bewerber und Angehörige des öffentlichen Dienstes durch Anfragen beim „Verfassungsschutz" überprüft. Dabei ergaben sich in 5434 Fällen „Erkenntnisse" über Mitgliedschaften oder Aktivitäten, die von den Behörden als verfassungsfeindliche Betätigung gewertet wurden. Zur Ablehnung bzw. Entlassung kam es in 430 Fällen.

Insgesamt wurden bis 1990 rund 3,5 Millionen Bundesbürger per Anfrage beim „Verfassungsschutz" durchleuchtet. Es kam

zu 11000 Berufsverbots- und 2200 Disziplinarverfahren. Am Ende wurden 1250 Bewerber aufgrund der Überprüfung abgelehnt und 265 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes entlassen. Nicht in Zahlen zu erfassen ist das Ausmaß an Einschüchterung, das damit einherging. Inzwischen hatte Willy Brandt den Beschluß von 1972 selber als Fehler bezeichnet. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in Genf monierte seit 1987 den Radikalenerlaß wiederholt als Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot der Konvention 111, zu deren Einhaltung sich die Bundesrepublik verpflichtet hatte.

Bundesverfassungsgericht versagt erneut - aber der Gerichtshof für Menschenrechte macht nicht mit

Es dauerte bis Ende 1989, ehe ein betroffenes DKP-Mitglied - die Lehrerin Dorothea Vogt - entgegen den Empfehlungen ihrer Partei doch das Bundesverfassungsgericht anrief. Die offiziellen Hüter der Verfassung stellten sich erneut ein Armutszeugnis aus, indem sie die Verfassungsbeschwerde der Lehrerin - die übrigens der SPD-Politiker und spätere Bundeskanzler Gerhard Schröder als Anwalt vertrat - nicht einmal zur Entscheidung annahmen. Aber damit war wenigstens der nationale Rechtsweg ausgeschöpft und so die Voraussetzung erfüllt, um den Fall vor den Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg zu bringen. Dieser rügte im September 1995 die Entlassung der Lehrerin als Verstoß gegen die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit, wie sie in Artikel 10 und 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention garantiert wird. Aus europäischer Sicht war damit der bundesdeutsche Radikalenerlass für rechtsungültig erklärt. Innenpolitisch hatte er sich inzwischen vor allem durch die deutsche Einigung erledigt. Was blieb, war ein düsteres Kapitel der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte - und ein trauriges Kapitel der FDP, die bei dieser Nagelprobe auf ihren Liberalismus kläglich versagt hatte.

CDU/CSU in der Zerreißprobe

Strauß sieht die „Linkspartei“ FDP fest an der Seite der SPD und setzt auf Konfrontation

Auch in die Bundestagswahlen vom 3. Oktober 1976 ging die FDP mit einer klaren Koalitionsaussage zugunsten der SPD. Bei fast so hoher Wahlbeteiligung wie vier Jahre zuvor erlitten sowohl die SPD (von 45,8 auf 42,6 Prozent) als auch die FDP (von 8,4 auf 7,9 Prozent) Stimmeneinbußen. Die CDU konnte sich dagegen von 35,2 auf 38 Prozent und die CSU von 9,7 auf 10,6 Prozent verbessern. Insgesamt errangen die Unionsparteien 243 Sitze im Bundestag und wurden so nach vierjähriger Unterbrechung wieder stärkste Fraktion. Demgegenüber verfügte die SPD über 214 und die FDP über 39 Sitze. Die sozialliberale Koalition besaß somit eine Mehrheit von zehn Sitzen im Bundestag und konnte weiter regieren.

Am 15. Dezember 1976 wählte der 8. Bundestag Helmut Schmidt (SPD) mit 250 gegen 243 Stimmen erneut zum Bundeskanzler. Die FDP erhielt dieselben vier Ressorts wie im ersten Kabinett von Helmut Schmidt und besetzte sie wiederum mit denselben Ministern: Hans-Dietrich Genscher (Äußeres), Werner Maihofer (Inneres), Hans Friderichs (Wirtschaft) und Josef Ertl (Ernährung, Landwirtschaft, Forsten). Bei den parlamentarischen Staatssekretären behielten dagegen nur Gerhart Rudolf Baum (Inneres) und Martin Grüner (Wirtschaft) ihre bisherigen Ämter. Neu hinzu kamen Hildegard Hamm-Brücher (Äußeres), Andreas von Schoeler (Inneres) und Georg Gallus (Ernährung).

Strauß schockt CDU mit Trennungsbeschluß

Die Nein-Stimmen bei der Kanzlerwahl kamen wieder von der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU. Vorausgegangen

war jedoch eine Zerreißprobe innerhalb der Unionsparteien, welche die seit 1949 bestehende Fraktionsgemeinschaft fast gesprengt und die beiden Schwesterparteien bundesweit zu Rivalen gemacht hätte: Am 18./19. November 1976 beschloß die CSU in einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth, im 8. Bundestag eine eigene Fraktion zu bilden. In einem Rundschreiben an die CSU-Funktionäre verteidigte der Parteivorsitzende Franz-Josef Strauß diesen Beschluß damit, daß die CSU als separate Fraktion mehr Redezeit im Bundestag und generell mehr politische Aufmerksamkeit erhalten könne. Nur durch getrenntes Agieren der beiden Unionsparteien werde es künftig möglich sein, die sozialliberale Koalition aus dem Sattel zu heben und die FDP, die sich als Linkspartei auf Dauer an die SPD gebunden habe, effektiv zu bekämpfen:

Solange die FDP eine nationalliberale Partei war, konnten CDU und CSU mit ihr eine Koalition bilden. Seit die FDP eine Linkspartei geworden ist, muß man die Dinge nüchtern und realistisch sehen. (...) Eine Erwartung, CDU und CSU könnten bis 1980 die absolute Mehrheit erreichen oder bis dahin die FDP gewinnen, muß als bloße, durch nichts begründete Selbsttäuschung angesehen werden.

CDU will weiterhin um FDP-Wähler werben

Die CDU und deren Vorsitzenden Helmut Kohl, der eigentlich den Vorsitz der gemeinsamen Fraktion übernehmen wollte, traf die Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft völlig überraschend. Am 20. November bezeichnete die CDU-Führung den Beschluß der Schwesterpartei als „Absage an die Einheit der Union“ und kündigte „Vorbereitungen zur Gründung eines Landesverbandes der CDU in Bayern“ an. Das Argument von Strauß, daß die FDP sich auf Dauer an die SPD gebunden habe, ließ CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf nicht gelten. Am 28. November erklärte er auf dem Deutschlandtag der Jungen Union:

Ich habe immer die Auffassung vertreten, daß es falsch ist, allzusehr auf die FDP als Partei zu schauen. Man muß sich mehr

für die FDP-Wähler interessieren. Die FDP-Wähler gehören der FDP keineswegs als Besitzstand. Bei keiner Partei ist die Wählerloyalität geringer als bei der FDP. Bei keiner Partei ist es deshalb leichter, durch eine klare politische Offensive Wähler zu gewinnen als bei der FDP. (...) Ich habe es deshalb immer als eine der zentralen Aufgaben der CDU angesehen, mit der FDP um die liberale Wählerschaft zu konkurrieren.

Strauß läßt das Projekt „vierte Partei“ fallen und lenkt ein

Strauß spielte schon seit längerem mit dem Gedanken an eine „vierte Partei“, die sowohl der FDP als auch der SPD Wähler abjagen sollte. Im Vorgriff darauf hatten sich in verschiedenen Bundesländern außerhalb Bayerns sogenannte Freundeskreise der CSU gebildet. Aus Mitgliedern dieser rechtskonservativen Zirkel entstand im Oktober 1975 die „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ (AVP). Auf Vorhaltungen der CDU versicherte die CSU, daß sie nicht an eine bundesweite Ausdehnung denke. Die AVP machte indessen weiter und wählte auf ihrem ersten Parteitag im April 1976 den ehemaligen bayerischen FDP-Landesvorsitzenden Dietrich Bahner zum Vorsitzenden. Erst drei Wochen vor den Bundestagswahlen zog sie ihre Kandidatur zurück. Inzwischen stand fest, daß die CSU nicht bereit sein würde, ihr durch die Überlassung von drei Wahlkreisen den Einzug in den Bundestag zu sichern.

Nun, nachdem die Bundestagswahl für die Union insgesamt doch enttäuschend verlaufen war, holte Strauß die Drohung mit der vierten Partei wieder hervor. Triumphierend verwies er auf Bayern, wo die CSU mit 60 Prozent ihren bislang bestes Wahlergebnis seit 1949 erzielen konnte. Die Ergebnisse der CDU seien dagegen zum Teil weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Angesichts der massiven Drohung der CDU, sie werde künftig auch in Bayern antreten und die CSU praktisch spalten, mußte Strauß am Ende aber doch einlenken. In einem am 12. Dezember unterzeichneten Kompromißpapier wurde die Fortsetzung

der Fraktionsgemeinschaft vereinbart. Die CSU bekam darin bestätigt, daß sie eine „selbständige Partei“ sei, die wie die CDU „ebenfalls einen bundesweiten Anspruch der von ihr vertretenen Politik“ erhebe.

FDP koaliert in Hannover und Saarbrücken mit der CDU

Erleichtert wurde die Einigung zwischen CDU und CSU durch die Bereitschaft der FDP, der CDU in Niedersachsen und im Saarland zu einer stabilen Regierung zu verhelfen. Die Behauptung von Strauß, die FDP habe sich auf das Bündnis mit der SPD festgelegt, wurde dadurch zumindest relativiert.

In Hannover und Saarbrücken regierte die CDU bis dahin ohne Mehrheit, denn FDP und SPD verfügten im Landtag zusammen über genausoviel Stimmen wie die CDU. Nur eine Große Koalition oder eine CDU/FDP-Koalition hätte diese Patt-Situation beenden können. Die erste Lösung kam wegen der bundespolitischen Konfrontation von Union und SPD nicht in Frage. Die zweite war schon deshalb recht heikel, weil sich die FDP in beiden Ländern im Wahlkampf auf ein Bündnis mit der SPD festgelegt hatte. In Niedersachsen sah sie sich zudem dem Verdacht ausgesetzt, daß es ein Überläufer aus ihren Reihen war, der im Januar 1976 die Wahl des CDU-Politiker Ernst Albrecht zum Ministerpräsidenten ermöglichte.

Um die sozialliberalen Wähler nicht zu verprellen, ließ die niedersächsische FDP erst einmal die Bundestagswahlen über die Bühne gehen. Am 31. Oktober 1976 beschloß dann der Landeshauptausschuß mit 70 gegen 55 Stimmen, das Angebot der CDU zu Koalitionsverhandlungen anzunehmen. Am 12. Dezember billigte ein außerordentlicher Landesparteitag das ausgehandelte Koalitionspapier mit der knappen Mehrheit von 164 gegen 162 Stimmen. Hinsichtlich des Bundesrats hieß es darin, daß die Festlegung der niedersächsischen Haltung im Bundesrat „in partnerschaftlichem Geist“ erfolgen und Konfrontationen mit Beschlüssen des Bundestags vermieden werden sollten. Am fol-

genden Tag nominierte die FDP-Landtagsfraktion den Landesvorsitzende Rötger Gross und seinen Stellvertreter Erich Küpker als Innenminister bzw. Wirtschaftsminister. Knapp ein Jahr nach dem Sturz der sozialliberalen Regierung in Hannover übernahmen damit Gross und Küpker im Kabinett von Ernst Albrecht dieselben Ressorts wieder, die sie zuvor in der Regierung Kubel innehatten.

An der Saar dauerte es noch länger, ehe die FDP der seit Mai 1975 ohne parlamentarische Mehrheit regierenden CDU offiziell beispringen konnte. Erst am 5. Dezember 1976 - 19 Monate nach den Landtagswahlen und zwei Monate nach der Bundestagswahl - gab ein Parteitag der FDP Saar mit 243 gegen 166 Stimmen bei sechs Enthaltungen grünes Licht für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Es verging dann nochmals ein volles Jahr, ehe diese abgeschlossen wurden. Im Koalitionspapier wurde festgelegt, daß „die Stimmen des Saarlands im Bundesrat nicht gegen den erklärten Willen eines Koalitionspartners abgegeben werden" dürften. Der FDP-Vorsitzende Werner Klumpp übernahm das Ressort Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft. Weiteres FDP-Mitglied im Kabinett wurde Rosemarie Scheurlen mit der Zuständigkeit für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Strauß wird Kanzlerkandidat der Union - zur Freude von FDP und SPD

Der Burgfrieden innerhalb der Union blieb brüchig. Als sich der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß am 6. November 1978 zum bayerischen Ministerpräsidenten wählen ließ, sah er das nur als Vorstufe zum Bundeskanzler an. Am 24. Mai 1979 verkündete er das auch öffentlich. Dessenungeachtet hoben sein Widersacher Helmut Kohl und der CDU-Bundesvorstand vier Tage später den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht als Kanzlerkandidaten auf den Schild. Strauß setzte sich aber mit Brachialgewalt durch, indem er die Keule von Wildbad Kreuth erneut hervorholte und mit der bundesweiten Ausdehnung der CSU bzw.

einer „vierten Partei" drohte. Widerstrebend gab ihm die Unionsfraktion bei einer Probeabstimmung am 2. Juli 1979 mit 135 gegen 102 Stimmen den Vorrang vor Albrecht.

Aus Sicht der sozialliberalen Koalition hatte die Union damit den idealen Kanzlerkandidaten. Denn kein anderer Politiker polarisierte derart die bundesdeutsche Gesellschaft und verschreckte selbst CDU-Wähler. Besonders für die FDP, die bisher als Strauß-Verhinderungs-Partei immer gut fuhr, war die Kandidatur von Strauß ein Geschenk.

Die Brandrede von Sonthofen

Der frischgekürte Kanzlerkandidat machte seinem zweifelhaften Ruf auch gleich alle Ehre, indem er im November 1979 auf einer Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen eine Brandrede hielt, deren Text von der SPD genüßlich verbreitet wurde. Im Kern liefen die Ausführungen von Strauß darauf hinaus, daß die Bundesrepublik am Anfang einer großen Krise stehe. Es sei jedoch nicht sinnvoll, wenn die Union sich an Maßnahmen gegen die Zerrüttung der Staatsfinanzen, Inflation und steigende Arbeitslosigkeit beteilige. Im Gegenteil:

Die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als heute.

Über die FDP äußerte sich Strauß folgendermaßen:

Bei der FDP kann man sich auf eines verlassen, nämlich eine berechenbare Komponente, ihre Charakterlosigkeit. Wenn sie in der Dummheit noch treu wäre, wäre es für uns schlimmer als so, wo sie in der Dummheit unzuverlässig ist. Denn, wenn es ihr an den Kragen geht, kann man sich darauf verlassen, daß sie noch mit zum Schwur erhobener Hand der SPD Treue gelobt und mit uns den Koalitionsvertrag zu unterschreiben bereit wäre. Die Charakterlosigkeit der FDP, verbunden mit ihrem Selbsterhaltungstrieb, ist eine der zuverlässig berechenbaren Komponenten.

Terrorismus als Wahlkampfthema

Eines der Mittel, mit denen Strauß Kanzler zu werden hoffte, war die propagandistische Ausschlachtung des Terrorismus:

Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner mehr es wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern.

FDP bleibt in Niedersachsen und Hamburg unter fünf Prozent

Die niedersächsischen Wähler honorierten es der FDP nicht, daß sie sich Ende 1976 zu einer Regierung mit der CDU unter Ernst Albrecht bereitgefunden hatte: Bei den Landtagswahlen am 4. Juni 1978 blieb sie mit 4,2 Prozent auf der Strecke und war nicht mehr im Landtag vertreten. Die CDU ging dagegen aus der Wahl gestärkt hervor und konnte allein weiterregieren. Am selben Tag flog die FDP mit mehr als halbiertem Stimmenanteil auch aus dem Hamburger Landesparlament, während ihr bisheriger Koalitionspartner SPD die absolute Mehrheit errang.

Bei den Landtagswahlen vom 8. Oktober 1978 in Hessen verschlechterte sich die FDP von 7,4 auf 6,6 Prozent und ging erneut eine Koalition mit der SPD ein. In Bayern konnte sie am 15. Oktober 1978 ihr Ergebnis von 5,2 auf 6,2 Prozent verbessern und im Landtag wieder den Status einer Fraktion erlangen. Verbesserungen erzielte sie auch bei den Wahlen, die am 18. März 1979 in Rheinland-Pfalz (von 5,6 auf 6,4 Prozent) und in Berlin (von 7,1 auf 8,1 Prozent) stattfanden. Dagegen mußte sie am 29. April 1979 in Schleswig-Holstein einen Stimmenschwund von 7,1 auf 5,75 Prozent hinnehmen.

Die Grünen schaffen erstmals den Sprung in Landesparlamente

Bei den Senatswahlen in Bremen am 7. Oktober 1979 sank der Stimmenanteil der FDP von 12,95 auf 10,75 Prozent. Einige der verlorenen Stimmen dürften bei der neuen „Bremer Grünen Liste" gelandet sein, die auf Anhieb 5,14 Prozent errang und damit den Grünen zum ersten Mal den Einzug in ein Landesparlament bescherte.

Die Grünen tauchten fortan auch bei anderen Wahlergebnissen gleich hinter der FDP auf. Bei den Landtagswahlen am 5. Oktober 1980 in Baden-Württemberg gelang ihnen mit 5,3 Prozent zum zweitenmal der Sprung in ein Landesparlament. Trotz der neuen Konkurrenz konnte die FDP indessen um 0,5 auf 8,5 Prozent zulegen. Bei den Wahlen, die am selben Tag im Saarland und Nordrhein-Westfalen stattfanden, blieben die Grünen dagegen unter fünf Prozent, während die FDP leichte bis herbe Verluste erlitt. In Saarbrücken, wo die FDP um 0,5 auf 6,9 Prozent abfiel, setzte sie die Koalition mit der CDU fort.

Die FDP fliegt auch in Düsseldorf aus dem Landtag

In Nordrhein-Westfalen sackte die FDP bei den Wahlen am 5. Oktober 1980 um 2,9 auf 4,9 Prozent ab. Sie war damit nicht mehr im Landtag vertreten, obwohl ihr nur 1079 Stimmen fehlten. Die SPD brauchte die FDP aber ohnehin nicht mehr als Koalitionspartner, da sie zum ersten Mal die absolute Mehrheit errungen hatte. Eine der Ursachen des FDP-Debakels war die vorangegangene Führungskrise innerhalb des Landesverbandes: Am 12. November 1979 war der bisherige Landesvorsitzende und Wirtschaftsminister Horst-Ludwig Riemer zum Rücktritt gezwungen worden. An seiner Stelle hatten Innenminister Burkhard Hirsch den Landesvorsitz und die Bundestagsvizepräsidentin Liselotte Funcke das Wirtschaftsministerium übernommen.

Vier FDP-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Am 7. Juni 1979 fanden erstmals Direktwahlen zum Europäischen Parlament statt. Das Ergebnis für die FDP bewegte sich mit 6 Prozent im üblichen Rahmen. Sie erhielt dadurch vier Sitze in Straßburg, wo die Liberalen über insgesamt 40 Mandate verfügten - als fünftstärkste Fraktion nach Sozialisten (112), Christlichen Demokraten (106), Konservativen (63) und Kommunisten (44).

Die Union sperrt sich gegen eine Wiederwahl von Scheel zum Bundespräsidenten

In der Bundesversammlung, die den Bundespräsidenten zu wählen hatte, verfügte die sozialliberale Koalition infolge der Verschiebungen in den Länderparlamenten über keine Mehrheit mehr. Der Bundestagspräsident Karl Carstens, den die Unionsparteien am 5. März 1979 für dieses Amt nominierten, durfte somit seiner Wahl sicher sein. Der amtierende Bundespräsident Walter Scheel kündigte unter diesen Umständen seinen Verzicht auf die Kandidatur für eine zweite Amtszeit an. Ersatzweise bemühten sich SPD und FDP, den Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker, der bei Teilen der Union größere Chancen gehabt hätte als Scheel, als Gegenkandidaten zu Carstens zu gewinnen. Weizsäcker wollte sich aber nur auf parteiübergreifender Basis nominieren lassen und keiner Kampfabstimmung stellen. Am Ende nominierte die SPD ihre Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger, während die FDP Enthaltung beschloß.

Am 23. Mai 1979 wurde Karl Carstens mit 528 gegen 431 Stimmen bei 72 Enthaltungen zum fünften Bundespräsidenten gewählt. Nach Theodor Heuss (FDP), Heinrich Lübke (CDU), Gustav Heinemann (SPD) und Walter Scheel (FDP) stellte die Union damit zum zweitenmal den Bundespräsidenten - und beide Male kamen die hohen Würdenträger wegen ihrer NS-Vergangenheit ins Gerede. Lübke war Bauleiter bei Rüstungsprojekten gewesen, bei denen auch KZ-Häftlinge eingesetzt wurden. Wegen seiner Unterschrift unter Plänen für Baracken zur Unter-

bringung solcher Häftlinge war er in der DDR-Propaganda als „KZ-Baumeister" bezeichnet worden. Bei Carstens stellte sich nun heraus, daß er ab 1933 Mitglied der SA und ab 1940 Mitglied der NSDAP gewesen war. Auch sonst gehörte er wie Lübke zu den schwächsten Besetzungen des höchsten Staatsamtes.

Die FDP unterstrich mit ihrer Stimmenthaltung in der Bundesversammlung, daß Scheel für sie nach wie vor der beste Kandidat gewesen wäre. Am 9. Juli 1979 wählte sie den Altbundespräsidenten zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Das Bundesverfassungsgericht entwickelt sich zum Ersatz-Gesetzgeber

Mit ihrer Mehrheit im Bundesrat blockierte die Union weiterhin die ihr mißfallenden Gesetze, soweit es ihr möglich war. Die Koalition griff ihrerseits in die Trickkiste, indem sie Gesetzesvorhaben in zwei Teile auftrennte, von denen nur der eine Teil der Zustimmung des Bundesrats bedurfte. Der neue Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Bernhard Vogel (CDU), warnte deshalb in seiner Antrittsrede als Bundesratspräsident am 3. Dezember 1976 die Bundesregierung davor, „die Mitwirkung des Bundesrates zu unterlaufen".

Zunehmend umstritten wurde auch die Rolle des Bundesverfassungsgerichts, weil es immer häufiger über politische Streitfrage entschied. So klagten die Arbeitgeberverbände 1977 gegen das Mitbestimmungsgesetz, weil es ihre Eigentumsrechte und die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft in grundgesetzwidriger Weise beeinträchtige. Die Klage wurde am 1. März 1979 zurückgewiesen. Wie bei der Entscheidung über den Grundlagenvertrag mit der DDR im Jahre 1975 wurden damit aber dem Verfassungsgericht politische Kompetenzen übertragen, die eigentlich dem Parlament zustanden. Das Gericht beschränkte sich nicht mehr auf rein verfassungsrechtliche Fragen, sondern wurde in die Rolle eines Ersatz-Gesetzgebers gedrängt. Schon Thomas Dehler hatte vor dieser Entwicklung gewarnt, weil die Besetzung des Verfassungsgerichts letzten Endes nur den Partei-

enproporz des Parlaments widerspiegelt, ohne im selben Maße demokratisch legitimiert zu sein. Die Berufung der Verfassungsrichter durch den Richterwahlausschuß des Bundestags erfolgt sogar nach recht undurchsichtigen Kriterien, von denen man allenfalls weiß, daß neben formalen juristischen Qualifikationen das richtige Parteibuch eine entscheidende Rolle spielt.

Neufassung des Abtreibungsparagraphen tritt in Kraft

Das Bundesverfassungsgericht habe „keinen Auftrag und keine Zuständigkeit zu politischer Gestaltung", betonte auch Bundespräsident Walter Scheel bei einem Festakt zum 25jährigen Bestehen des Gerichts am 18. November 1976 in Karlsruhe. Scheel spielte damit vor allem auf eine Entscheidung an, mit der das Bundesverfassungsgericht am 25. Februar 1975 der Klage der baden-württembergischen Landesregierung gegen die Liberalisierung der Abtreibung (Fristenregelung) stattgegeben hatte. In einem Minderheitsvotum hatten zwei der beteiligten Verfassungsrichter selber festgestellt: „Die in diesem Verfahren begehrte Prüfung verläßt den Boden der klassischen verfassungsgerichtlichen Kontrolle."

Die Neufassung des Abtreibungsparagraphen war ein heiß diskutiertes Thema und ein zentraler Punkt der sozialliberalen Reformpolitik. Bisher wurde jede Frau mit Gefängnis oder Zuchthaus bestraft, wenn sie abgetrieben hatte, sogar wenn die Schwangerschaft das Ergebnis einer Vergewaltigung war. Dasselbe galt für die Beihilfe. Indessen wurde keine andere Strafandrohung so häufig ignoriert. In der Praxis richtete sich der berühmt-berüchtigte Paragraph 218 nur gegen Frauen, die weder Geld noch Beziehungen hatten, um ihn zu umgehen. Die Unionsparteien verdarben es sich deshalb vor allem mit weiblichen Wählern, als sie die Reformierung dieses weithin umstrittenen Paragraphen durch Anrufung des Bundesverfassungsgerichts stoppten und auch die daraufhin abgeschwächte Neufassung der Fristenregelung ein weiteres Mal über den Bundesrat zu blockieren versuchten. Am 21. Juni 1976 trat die „weitgefaßte Indikationenregelung" schließlich in Kraft.

Regierung darf Steuergelder nicht für Wahlwerbung verwenden

Eine positive Funktion erfüllte das Bundesverfassungsgericht indessen dort, wo es Regierung und Parteien auf die Finger klopfte, weil sie ihre Machtpositionen mißbrauchten. So hatten die Karlsruher Richter schon am 19. Juli 1965 die Umleitung von Steuergeldern in die Taschen der Parteien als angeblich zustehendes Honorar für deren „Wirken bei der politischen Willensbildung“ für grundgesetzwidrig erklärt und nur den Ersatz der Wahlkampfkosten für zulässig gehalten (die FDP vertrat dagegen wie die CDU die Auffassung, daß diese Selbstbedienung der Parteien aus dem Steuersäckel rechtens sei). Nun folgte am 2. März 1977 ein weiteres Urteil, das der Bundesregierung untersagte, mit Steuergeldern Wahlwerbung zu treiben. Die Verwendung von Haushaltsmitteln für Regierungspropaganda wurde zwar nicht generell untersagt, aber doch an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Das Urteil kam aufgrund einer Organklage des CDU-Bundesvorstandes zustande, die den großzügigen Einsatz von Regierungsmaterialien im Bundestagswahlkampf 1976 beanstandet hatte.

Die DDR wird immer abhängiger und forciert die politisch-ideologische Abgrenzung

In der Deutschlandpolitik ging der „Wandel durch Annäherung“ zügig voran. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der DDR von der BRD verstärkte sich weiter. 1978 erreichte der innerdeutsche Handel ein Volumen von 8,8 Milliarden Verrechnungseinheiten, wobei die DDR wie immer Mühe hatte, ihre Bezüge aus der BRD mit Lieferungen auszugleichen und mit 688 Millionen Verrechnungseinheiten in der Kreide stand. Beim Freikauf von Häftlingen, den es seit 1962 gab, erhielt die DDR pro Person mindestens 40000 Mark und kassierte so allein 1975 mehr als hundert Millionen Mark. Auch in vielfältiger anderer Weise, etwa durch die Einnahmen aus den Transitgebühren und dem Zwangsumtausch, war die DDR von der unvergleichlich poten-

teren BRD abhängig geworden. Mit der Einrichtung besonderer Läden („Intershop"), in denen sonst nicht erhältliche Ware mit Westgeld gekauft werden konnte, erschloß sich das SED-Regime eine zusätzliche Devisenquelle - und trug so selber dazu bei, die D-Mark zur inoffiziellen „harten" Zweitwährung der DDR zu machen.

Zugleich war dem SED-Regime diese zunehmende Abhängigkeit nicht geheuer. SED-intern wurde die Parole ausgegeben, das sozialliberale Konzept des „Wandels durch Annäherung" bezwecke eine „Aggression auf Filzlatschen". Die SED glaubte, dem Dilemma entrinnen zu können, indem sie einen scharfen Kurs der politisch-ideologischen Abgrenzung verfolgte. Vor diesem Hintergrund wurde am 16. November 1976 dem Polit-Barden Wolf Biermann, als er sich zu einem Konzert in der BRD aufhielt, die DDR-Staatsbürgerschaft aberkannt. Dem Ostberliner ARD-Korrespondenten Lothar Loewe wurde seine Akkreditierung entzogen, weil er in der „Tagesschau" am 21. Dezember 1977 über die innere Situation der DDR ungeschminkt berichtet hatte: „Die Menschen in der DDR verspüren die politische Kursverschärfung ganz deutlich. Die Zahl der Verhaftungen aus politischen Gründen nimmt im ganzen Land zu. Ausreiseanträge von DDR-Bürgern werden immer häufiger in drohender Form abgelehnt. Hier in der DDR weiß jedes Kind, daß die Grenztruppen den strikten Befehl haben, auf Menschen wie auf Hasen zu schießen."

Der Terrorismus

Die sozialliberale Koalition besteht die Herausforderung und sichert damit ihren Wahlsieg

Zur größten Herausforderung für die 1976 erneuerte sozialliberale Koalition entwickelte sich der Terrorismus. Er hatte bereits die 7. Legislaturperiode begleitet, erreichte nun aber eine neue Intensität durch gezielte Mordanschläge und Geiselnahmen. Den Höhepunkt bildete die Entführung des Arbeitergeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer im sprichwörtlich gewordenen „deutschen Herbst" 1977. Schleyers Leben wurde letzten Endes der Staatsräson geopfert. Die damit einhergehende Geiselnahme von Passagieren und Besatzung einer Lufthansa-Maschine konnte aber erfolgreich beendet werden, womit die Bundesregierung ihre Handlungsfähigkeit gegenüber dem Terrorismus unter Beweis stellte und eine wichtige Basis für den Wahlsieg der Koalition in den folgenden Bundestagswahlen des Jahres 1980 schuf. Die Spezialeinheit „GSG 9", welche die Geiseln auf dem Flugplatz von Mogadischu befreite, war 1972 nach dem Überfall palästinensischer Terroristen auf die Olympischen Spiele in München durch einen Erlaß von Bundesinnenminister Genscher gegründet worden.

Änderungen des Strafrechts und der Strafprozeßordnung

Die Terrorismus-Bekämpfung ging mit einer Reihe von Änderungen der Strafprozeßordnung und des Strafrechts einher, die aus liberaler Sicht bedenklich erschienen, aber angesichts der ungewöhnlichen Herausforderung vertretbar waren. So wurde etwa das „Kontaktsperregesetz" erlassen, um die offensichtliche Unterstützung der RAF-Aktivitäten durch Anwälte der einsitzenden Terroristen unterbinden zu können. Ein besonders kritischer Punkt - der schwammige Tatbestand der „verfassungsfeindlichen Befürwortung von Straftaten" - wurde 1981 wieder aus dem Strafrecht getilgt. Die ebenfalls umstrittene Kronzeugenregelung war bis 1999 befristet und wurde nicht erneuert.

Terrorismus als demagogische Begründung für den Radikalenerlaß

Den einzigen schwerwiegenden Faux pas beging die sozialliberale Koalition gleich zu Beginn der Terrorismus-Debatte, indem sie dem Drängen der CDU/CSU nachgab und Anfang 1972 den sogenannten Radikalenerlaß billigte. Dieser Erlaß richtete sich gegen Mitglieder von Organisationen, die von den Behörden für verfassungsfeindlich gehalten wurden, und sollte deren Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst ermöglichen. In der Hauptsache wollte man damit den Mitglieder- und Anhängerzuwachs der DKP stoppen, die sich strikt legal verhielt. Insofern hatte der Radikalenerlaß mit der Bekämpfung des Terrorismus überhaupt nichts zu tun. Propagandistisch wurde er aber - vor allem seitens der CSU - mit der Notwendigkeit begründet, das geistige Umfeld der RAF, den „Sympathisantensumpf", trockenzulegen. Dies war schon deshalb eine demagogische Behauptung, weil sich diese Sympathisantenszene mit dem Instrumentarium des Radikalenerlasses gar nicht erfassen ließ. Tatsächlich hat der Radikalenerlaß nur die politische Atmosphäre weiter vergiftet. Aus liberaler Sicht verstieß er in mehrfacher Hinsicht gegen das Grundgesetz und gegen die Rechtsstaatlichkeit. In der paranoiden Optik der RAF und ihrer Sympathisanten geriet er zum weiteren Beleg für den „faschistisch-imperialistischen" Charakter des bekämpften Staats, der nun seine liberale Maske fallen lasse.

Maihofer tritt wegen Pannen bei Schleyer-Fahndung zurück

Acht Monate nach der Schleyer-Entführung trat am 6. Juni 1978 Bundesinnenminister Werner Maihofer (FDP) von seinem Amt zurück. Er übernahm damit die Verantwortung für die mangelnde Koordinierung der Fahndung zwischen Bundeskriminalamt und übriger Polizei, die ein regierungsamtlicher Untersuchungsbericht moniert hatte. Nachfolger wurde der bisherige parlamentarische Staatssekretär Gerhart Rudolf Baum.

Friderichs geht zur Dresdener Bank und Lambsdorff wird Nachfolger

Nach der Erschießung Jürgen Pontos bei einem mißglückten Entführungsversuch von RAF-Terroristen trat Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs im September 1977 von seinem Amt zurück, um die Nachfolge Pontos als Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank anzutreten. Sein Nachfolger wurde der bisherige wirtschaftspolitische Sprecher der FDP, Otto Friedrich Wilhelm von der Wenge Graf Lambsdorff.

Oxfort und Baumann stolpern über die Flucht von Häftlingen

Im Juli 1976 trat der Berliner Justizsenator und stellvertretende Regierende Bürgermeister Hermann Oxfort zurück, weil vier Terroristinnen aus der Frauenstrafanstalt fliehen konnten. Seinen Nachfolger Jürgen Baumann ereilte dasselbe Schicksal: Er trat zwei Jahre später zurück, nachdem es zwei Frauen gelungen war, den Terror-Verdächtigen Till Meyer aus der Untersuchungshaftanstalt zu befreien.

Anschläge auf FDP-Senatoren in Hamburg und Berlin

Am 4. Oktober 1974 entging der Hamburger Justizsenator Ulrich Klug einem Sprengstoffanschlag. Am 26. Oktober 1974 mißlang ein Anschlag mit vergiftetem Likör auf den Berliner Justizsenator Hermann Oxfort.

Der mysteriöse Mord an Heinz-Herbert Karry

Bis heute ungeklärt blieb die Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers und stellvertretenden Ministerpräsidenten Heinz Herbert Karry. Der FDP-Politiker wurde am 11. Mai 1981 morgens gegen fünf Uhr, als er schlafend im Bett lag, durch das offene Fenster seines Schlafzimmers erschossen. Ein paar Wochen später tauchte eine Schreiben auf, in dem sich die „Revolutionären Zellen“ zu dem Anschlag bekannten: Der Tod des Ministers sei „nicht beabsichtigt, sondern ein Unfall“ gewesen.

Man habe den „Türaufmacher des Kapitals" lediglich daran hindern wollen, „seine widerlichen und zerstörerischen Projekte weiter zu verfolgen". In der Tat war Karry für umstrittene Projekte wie den Ausbau der Kernenergie und die Erweiterung des Frankfurter Flughafens eingetreten. Dennoch gibt es Zweifel an der Echtheit des Bekennerschreibens.

Die Opposition wird miteingebunden

In die wichtigsten Weichenstellungen bei der Terrorismus-Bekämpfung war die Opposition miteinbezogen. Beispielsweise wurden die Entscheidungen des Bonner Krisenstabs zum Vorgehen bei der Entführung von Peter Lorenz, beim Überfall auf die deutsche Botschaft in Stockholm sowie bei der Entführung Schleyers und der Kaperung der Lufthansa-Maschine mit der CDU/CSU abgestimmt und von dieser mitgetragen.

Dennoch versuchte die Union, aus dem Terrorismus parteipolitischen Honig zu saugen. Auf dem Höhepunkt der Schleyer-Entführung verbreitete der CDU-Bundesvorstand eine „Zitatenauswahl", mit der er politische Gegner der Union als geistige Wegbereiter und Verharmloser des Terrors zu denunzieren versuchte. Neben SPD-Politikern wurden darin auch Bundesinnenminister Werner Maihofer und sein parlamentarischer Staatssekretär Gerhart Rudolf Baum angeführt. Der SPD-Pressedienst zitierte aus der CDU-Sammlung genüßlich einen Satz Willy Brandts: „Wer das verbrecherische Handeln einer Gruppe verirrter Anarchisten zum Anlaß nimmt, um daraus parteipolitisches Kapital zu schlagen, verkennt seine Pflicht."

Die Terroristen entstammen gutbürgerlichem Milieu

In Wirklichkeit war der Terrorismus eine höchst komplexe Erscheinung, die sich nur aus der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte verstehen ließ. Der Versuch parteipolitischer Schuldzuweisungen griff viel zu kurz und mußte, wenn er schon durchgeführt wurde, sogar am ehesten die CDU/CSU belasten: Wie die vorangegangene außerparlamentarische Opposition war der

Terrorismus vor allem eine Reaktion auf die innere Verlogenheit der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, die sich hinter einer biedermännisch-christlichen Fassade verschanzte, aber zum Beispiel keinen einzigen Nazi-Richter zur Rechenschaft zog. Hinzu kam die Verlogenheit einer Freiheits-Ideologie, die das Massaker der USA in Vietnam oder den Sturz der demokratischen Regierung in Chile durch ein US-gestütztes Folterregime als Verteidigung der westlichen Welt gegen den Kommunismus rechtfertigte.

Nach amtlichen Feststellungen entstammten die RAF-Terroristen zum großen Teil dem gehobenen Bürgertum, waren kurz nach Kriegsende geboren und zu sechzig Prozent Frauen. Wie Susanne Albrecht, die 1977 an der Entführung und Tötung ihres Nennonkels Jürgen Ponto mitwirkte, kamen sie zum Teil aus demselben Milieu wie ihre Opfer. In dem Mittäter Christian Klar stand dem FDP-Gönner Ponto ein ehemaliges FDP-Mitglied gegenüber. Der Terrorismus war mithin kein „law-and-order"-Problem und keine Folge geistiger Verführung durch linke Ideologen, wie es die Union darzustellen versuchte, sondern eher ein Aufstand der Söhne und Töchter gegen die Väter - wobei freilich der Apfel nicht weit vom Stamm fiel und der pervertierte Idealismus der Jüngeren den Verirrungen der Älteren die Hand reichen konnte...

Die Gewalt-Diskussion der APO

Die Anfänge dieser ideologisch motivierten Gewalt reichten zurück bis zu den APO-Diskussionen über „Gewalt gegen Sachen" und „Gewalt gegen Personen". Erstere wurde überwiegend als legitimes Mittel angesehen, um gegen die „strukturelle Gewalt" der herrschenden Verhältnisse anzugehen (so wie bei den Blockaden vor Springer-Druckereien nach dem Anschlag auf Rudi Dutschke). Umstritten blieb dagegen alles, was über eine derartige „begrenzte Regelverletzung" hinausging. Zur theoretischen Rechtfertigung jeder Art von Gewalt neigten hauptsächlich anarchistische „Spontis" und die Neostalinisten

der sogenannten K-Gruppen. Den Schritt zur Praxis vollzog aber nur eine winzige Minderheit von Desperados.

Die Kaufhaus-Brandstifter Baader und Ensslin

Zwei dieser Desperados waren die Studenten Andreas Baader und Gudrun Ensslin, die im April 1968 Brandanschläge auf ein Frankfurter Kaufhaus verübten. Sie wollten auf diese verquere Weise die Gleichgültigkeit gegenüber dem Völkermord in Vietnam brandmarken. Die beiden Täter wurden zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt, entzogen sich aber dem Strafantritt. Nachdem Baader gefaßt worden war, verhalfen ihm bewaffnete Kumpane im Mai 1970 zur Flucht aus der Haftanstalt. Die Journalistin Ulrike Meinhof, die an der Aktion beteiligt war, ging mit in den Untergrund. So entstand die „Baader-Meinhof-Bande", die sich selber als „Rote-Armee-Fraktion" (RAF) bezeichnete. Sie erhob damit den Anspruch, eine Art militärische Fraktion der neuen Linken zu sein - ein Anspruch, welcher der naiven Revolutionsromantik eines großen Teils der neuen Linken durchaus schmeichelte.

Sprachlicher Eiertanz um die „Baader-Meinhof-Gruppe"

Noch in der ersten Zeit des Untergrunds, als die Baader-Meinhof-Bande vor allem durch Anschläge auf US-Militäreinrichtungen sowie durch Banküberfälle zur Geldbeschaffung von sich reden machte, konnte sie sich verbreiteter Sympathien sicher sein. Zum Beispiel wurde damals in linken Kreisen viel über die Frage diskutiert, wie man sich verhalten solle, falls RAF-Mitglieder vor der Tür stehen und um Unterschlupf bitten sollten. Es war in der linken Szene auch strikt verpönt, von der „Baader-Meinhof-Bande" zu sprechen, weil damit die politische Motivation der Täter „kriminalisiert" würde. Als politisch korrekt galt nur die Bezeichnung „Baader-Meinhof-Gruppe".

Indessen handelte es sich durchaus um eine „Bande" im Sinne des Strafrechts. Daß die RAF auf einer politischen Ebene dem Staat das Gewaltmonopol bestritt und für ihre Häftlinge den

Status von „politischen Gefangenen“ bzw. „Kriegsgefangenen“ verlangte, gehörte zu den Absurditäten und ideologischen Verstiegenheiten der damaligen Debatte.

Hartes Urteil nach fünf Jahren U-Haft

Es hätte liberalem Verständnis entsprochen, auf dem kriminellen Charakter der RAF zu insistieren und im übrigen auf das vorhandene Instrumentarium zur Bekämpfung solcher Umtriebe zu vertrauen. Diese Linie versuchte das Stuttgarter Oberlandesgericht einzuhalten, als es nach 192 Verhandlungstagen und fast fünf Jahren Untersuchungshaft am 28. April 1977 die Urteile gegen die noch lebenden Mitglieder des harten Kerns der Baader-Meinhof-Bande verkündete. Der Vorsitzende verwahrte sich dabei gegen das Ansinnen, die drei Angeklagten quasi als Kombattanten in einem Bürgerkrieg zu behandeln, wie dies Otto Schily und andere Verteidiger gefordert hatten: Das Gericht sei weder ein Institut für Zeitgeschichte noch eines zur Erforschung menschlicher Verhaltensweisen. Wer einen politischen Prozeß fordere, sage sich vom rechtsstaatlichen Verfahren los.

Andererseits fielen die Urteile gegen Baader, Ensslin und Raspe mit jeweils lebenslänglich zuzüglich 15 Jahre Gefängnis so drastisch aus, als ob sie unter dem Eindruck des drei Wochen zuvor verübten Mords an Generalbundesanwalt Buback zustande gekommen wären. Das Gericht wertete die Sprengstoffanschläge auf die US-Hauptquartiere in Frankfurt und Heidelberg im Mai 1972 als vollendeten Mord und weitere 32 Sprengstoffanschläge als versuchten Mord.

Ab 1974 eskaliert der Terror mit Morden und Geiselnahmen

Vermutlich wäre der Prozeß in Stuttgart-Stammheim nicht nur atmosphärisch anders verlaufen, wenn die RAF die Aussichtslosigkeit einer Kraftprobe mit dem Staat eingesehen hätte. Stattdessen wuchsen der Hydra neue Köpfe und der Terror eskalier-

te. Die seit Juni 1972 inhaftierten Mitglieder der Baader-Meinhof-Bande setzten den „politischen Kampf" aus der Untersuchungshaft heraus fort, wobei ihnen gesinnungsverwandte Anwälte behilflich waren. Am 9. November 1974 starb der Häftling Holger Meins als Folge seines Hungerstreiks gegen die Einzelhaft, die in der RAF-Propaganda als „Isolationsfolter" bezeichnet wurde. Tags darauf wurde in Berlin der Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann erschossen - ein völlig absurder Vergeltungsakt, da Drenkmann als Zivilrichter mit der RAF gar nichts zu tun hatte. Die Mörder entstammten der „Bewegung 2. Juni", einer Berliner Abspaltung der RAF, die mit ihrem Namen auf die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 anspielte.

Die „Bewegung 2. Juni" verübte auch die erste Geiselnahme, indem sie am 27. Februar 1975 den Berliner CDU-Politiker Peter Lorenz entführte. Ein Krisenstab unter Vorsitz von Kanzler Helmut Schmidt entschied daraufhin, das Leben des Entführten über die Staatsräson zu stellen. Am 3. März wurden sechs freigepreßte Terroristen nach dem Yemen ausgeflogen.

Die erfolgreiche Aktion ermutigte die Terroristen zu einer noch größer angelegten Geiselnahme: Am 24. April 1976 besetzte ein „Kommando Holger Meins" die deutsche Botschaft in Stockholm und verlangte die Freilassung von insgesamt 26 Häftlingen einschließlich des harten Kerns der Baader-Meinhof-Bande. Nun aber beschloß der Bonner Krisenstab einstimmig, der Erpressung nicht nachzugeben. Bevor die Terroristen von der schwedischen Polizei überwältigt wurden, erschossen sie zwei Diplomaten und zündeten vorbereitete Sprengsätze. Die übrigen Geiseln überlebten mehr oder weniger schwer verletzt.

Der Höhepunkt des Terrors im „deutschen Herbst"

Diese und andere Terrorakte waren indessen nur das Vorspiel zu den dramatischen Ereignissen des Jahres 1977, die als „deutscher Herbst" in die Geschichte eingingen: Am 7. April wurde der Generalbundesanwalt Siegfried Buback mit zwei Beglei-

tern ermordet. Am 30. Juli wurde Jürgen Ponto, Vorstandsvorsitzender der Dresdener Bank, bei einem mißglückten Entführungsversuch erschossen. Am 5. September entführten Terroristen den Unternehmer-Präsidenten Hanns-Martin Schleyer, wobei sie vier Begleiter töteten.

Aus der Schleyer-Entführung entwickelte sich ein wochenlang andauerndes Geiseldrama. Wie schon bei der Stockholmer Geiselnahme war der Krisenstab nicht bereit, auf die Forderung nach Freilassung von elf inhaftierten RAF-Häftlingen einzugehen. Stattdessen versuchte er, die Entführer möglichst lange hinzuhalten, um Schleyers Aufenthaltsort ausfindig machen zu können.

Am 13. Oktober 1977 kam es zu einer weiteren dramatischen Zuspitzung: Vier palästinensische Terroristen entführten einen Jet der Lufthansa mit 86 Passagieren und fünf Besatzungsmitgliedern auf dem Flug von Mallorca nach Frankfurt. Sie verlangten die Freilassung aller „Kampfgenossen, die in der Bundesrepublik und in der Türkei inhaftiert" seien. Im Verlaufe eines mehrtägigen Irrflugs mit Zwischenlandungen wurde der Flugkapitän ermordet. Am 17. Oktober landete das Flugzeug schließlich an der afrikanischen Ostküste in Mogadischu. Dort gelang es einer Spezialeinheit des Bundesgrenzschutzes, sämtliche Geiseln zu befreien, wobei sie drei der Entführer erschoß. Hanns-Martin Schleyer wurde am 19. Oktober in Mülhausen (Frankreich) tot aufgefunden.

Unmittelbar nach der Befreiung der Geiseln in Mogadischu verübten die inhaftierten Terroristen Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zellen Selbstmord. Auch Irmgard Möller unternahm einen Selbstmordversuch, konnte aber gerettet werden. Baader und Raspe erschossen sich mit Pistolen, die trotz strenger Kontrolle in ihre Zellen gelangt waren (RAF-Sympathisanten leiteten daraus die Behauptung ab, sie seien in Wirklichkeit ermordet worden). Gudrun Ensslin erhängte sich mit einem Elektrokabel. Ulrike Meinhof hatte sich bereits am 9. Mai 1976 in der Untersuchungshaft erhängt.

Die RAF erklärt sich 28 Jahre nach der Gründung für aufgelöst

Nach der Schleyer-Entführung flaute der RAF-Terror ab. Allerdings kam es noch 14 Jahre lang zu einzelnen Anschlägen wie der Ermordung des Diplomaten Gero von Braunmühl (10. Oktober 1986) oder des Deutsche-Bank-Vorstandssprechers Alfred Herrhausen (30. November 1989). Die Blutspur der RAF endete erst mit der Ermordung des Treuhand-Chefs Detlev Carsten Rohwedder (1. April 1991).

Im April 1998 ging bei einer Nachrichtenagentur ein Schreiben ein, in dem sich die „Rote-Armee-Fraktion" 28 Jahre nach ihrer Gründung für aufgelöst erklärte: „Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte." Die Absender des Schreibens bekundeten indessen keine Spur von Reue: „Das Ende dieses Projekts zeigt, daß wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten, aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte."

Die sozialliberale Koalition vor dem Ende

Nach dem Wahlerfolg streben Genscher und Lambsdorff ein neues Bündnis mit der Union an

Bei den Bundestagswahlen am 5. Oktober 1980 erzielte die FDP einen Zuwachs um 2,7 auf 10,6 Prozent und damit ihr zweitbestes Ergebnis seit 1949. Offenbar kamen ihr viele Stimmen von Unionsanhängern zugute, denen der Kanzlerkandidat Strauß nicht geheuer war. Die Unionsparteien verbuchten mit 44,5 Prozent ihr schwächstes Ergebnis seit 1949. Vor allem die CDU mußte dafür büßen, daß sie sich dem Druck der Schwesterpartei gebeugt und Strauß als Kanzlerkandidaten akzeptiert hatte. Die SPD profitierte allerdings nicht im erhofften Ausmaß von der Angst vor Strauß. Sie verzeichnete nur einen bescheidenen Zuwachs von 0,3 auf 42,9 Prozent. Die neue Partei der Grünen, die erstmals an einer Bundestagswahl teilnahm, mußte sich mit 1,5 Prozent begnügen.

Insgesamt konnte die sozialliberale Koalition sehr zufrieden sein: Mit 271 Mandaten gegenüber 226 der CDU/CSU verfügte sie nun über eine solide Mehrheit von 45 Sitzen im 9. Bundestag. Sie regierte damit wieder so komfortabel wie nach den Neuwahlen im November 1972, als sie einen Vorsprung von 46 Mandaten erzielte. Allerdings behielt die Union weiterhin die Mehrheit im Bundesrat.

Im dritten Kabinett von Helmut Schmidt, das am 6. November 1980 vereidigt wurde, saßen dieselben FDP-Minister mit denselben Zuständigkeiten wie zuletzt im zweiten Kabinett: Hans-Dietrich Genscher (Vizekanzler und Äußeres), Gerhart Rudolf Baum (Inneres), Otto Graf Lambsdorff (Wirtschaft) und Josef Ertl (Ernährung). Als Parlamentarische Staatssekretäre amtierten weiterhin Hildegard Hamm-Brücher (Äußeres), Andreas von

Schoeler (Inneres), Martin Grüner (Wirtschaft) und Georg Gallus (Ernährung).

Die wirtschaftlichen Probleme nehmen zu

Wirtschaftlich wurde die Lage schwieriger. Zum Jahresanfang 1981 gab es 1,1 Millionen Arbeitslose. Ein Jahr später waren es schon 1,9 Millionen. Aus heutiger Sicht wären beide Zahlen eine Erfolgsmeldung gewesen. Aber damals verglich man noch mit den Jahren der Vollbeschäftigung.

Bei der Beratung des Haushalts 1982 tat sich ein Loch von knapp acht Milliarden Mark auf. Es wurde mit einer Reihe unpopulärer Maßnahmen wie Kürzungen beim Kinder- und Arbeitslosengeld mehr schlecht als recht gestopft. Bei der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 1983 mutete die Bundesregierung den Bürgern weitere Belastungen zu.

Streit um die NATO-"Nachrüstung"

Außenpolitisch verdüsterte sich der Himmel ebenfalls. Vier Wochen nach den Bundestagswahlen siegte in den USA der ehemalige Cowboy-Darsteller Ronald Reagan bei den Präsidentschaftswahlen. Damit gingen die USA nach einer Phase der Entspannung erneut auf Konfrontationskurs zur Sowjetunion.

Speziell in Deutschland bahnte sich seit längerem ein Konflikt um den sogenannten NATO-Doppelbeschluß vom Dezember 1979 an. Dieser war auf Betreiben Helmut Schmidts zustandegekommen: Der ehemalige Wehrmachts-Leutnant Schmidt sah das strategische Gleichgewicht in Europa gefährdet, nachdem die Sowjets ihre atomaren Mittelstreckenraketen modernisiert hatten. Deshalb sollte - so der eine Teil des NATO-Beschlusses - im Wege von Abrüstungsverhandlungen, die am 30. November 1981 in Genf begannen, ein beiderseitiger Verzicht auf die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa erreicht werden. Bei einem Scheitern dieser Verhandlungen aber - und das Scheitern war unter dem neuen US-Präsidenten Reagan so

gut wie sicher - sollten die USA bis Ende 1983 ebenfalls atomare Mittelstreckenraketen in Europa bzw. Deutschland stationieren.

CDU wirft SPD vor, sich von FDP gängeln zu lassen

Dennoch gab es zunächst keinen Anlaß, die soeben erneuerte Koalition für gefährdet zu halten. Soweit es um wirtschaftliche Fragen ging, hatte Helmut Schmidt mit Teilen der SPD größere Schwierigkeiten als mit der FDP. Schmidts Politik entsprach sogar in solchem Maße den Forderungen der FDP, daß CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den Bundeskanzler von links her angriff: „Niemals zuvor in der 32jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind die sozial Schwächeren so belastet worden wie unter einem SPD-Kanzler", erklärte Geißler am 4. März 1982 in der Bundestagsdebatte über den Jahreswirtschaftsbericht und das Beschäftigungsprogramm der Bundesregierung. Es bestehe die Gefahr, daß sich in dieser Gesellschaft nur noch der Stärkere durchsetze: die Großindustrie gegen den Mittelstand, die Arbeitsfähigen gegen die Alten und die Arbeitsplatzinhaber gegen die Arbeitslosen. Die SPD sei keine Arbeiterpartei mehr, sondern lasse sich von der FDP deren Willen aufzwingen - „von einer Partei, von der niemand weiß, welche Grundsätze gerade bei ihr gelten".

In der Frage der „Nachrüstung" gab es ebenfalls starken Widerstand innerhalb der SPD, aber keine Differenzen mit der FDP. Und auf dem Feld der Ost- und Deutschlandpolitik war man sich ohnehin am nächsten: Vor allem wollte man sich die Fortschritte in den innerdeutschen Beziehungen nicht von einer Knallcharge im Weißen Haus vermasseln lassen. Darin bestand auch Übereinstimmung mit SED-Chef Erich Honecker, den Helmut Schmidt und Otto Graf Lambsdorff Ende 1981 in der DDR aufsuchten.

Linksliberale Orientierung gilt inzwischen als Sackgasse

Es scheinen deshalb vor allem machtstrategische Überlegungen gewesen zu sein, die den FDP-Vorsitzenden Genscher schon

kurz nach den Wahlen veranlaßten, die Weichen in Richtung auf eine Koalition mit der CDU/CSU zu stellen. Sein engster Gehilfe war dabei Otto Graf Lambsdorff, der im September 1977 das Amt des Wirtschaftsministers übernommen hatte, nachdem Hans Friderichs als Vorstandsvorsitzender zur Dresdener Bank gewechselt war. Wie Friderichs gehörte Lambsdorff zum Wirtschaftsflügel der FDP. Er vertrat jenen Teil der FDP, der die Wandlung zu einer linksliberalen Partei nie mitgetragen hatte.

Eine wichtiger machtstrategischer Grund könnte gewesen sein, daß der Erfolg bei den Bundestagswahlen zum großen Teil auf „Leihstimmen" von Unionswählern beruhte. Die FDP durfte aber nicht hoffen, daß die Union ein zweites Mal mit Strauß antreten würde. Dagegen mußte sie sehr wohl befürchten, entscheidende Prozente an die neue Partei der „Grünen" zu verlieren, falls sie im Bündnis mit der SPD weiterhin den linksliberalen Part übernehmen würde. Denn die Grünen ernteten inzwischen dort, wo vor Jahren die außerparlamentarische Opposition gesät hatte - und wo ursprünglich eigentlich die FDP Neuland zu erschließen gehofft hatte.

Beide Überlegungen galten auch für die SPD: Mit nur 0,3 Prozent Zuwachs war diese an die Grenzen ihres Wählerpotentials gestoßen, obwohl Helmut Schmidt zahlreiche „bürgerliche" Wähler sicher mehr ansprach als Strauß. Mit der Wiederholung einer derart günstigen Konstellation war nicht zu rechnen. Die parteiübergreifende Popularität Schmidts war außerdem zweischneidig: In der SPD kriselte es. Die Linken fühlten sich untergebuttert. Vor allem waren sie entschlossen, dem Weltkrieg-II-Leutnant die Gefolgschaft bei der „Nachrüstung" zu versagen. Mit dem weiteren Anwachsen der „Friedensbewegung" war zu rechnen. Dies mußte die Grünen begünstigen, die als einzige der größeren Parteien die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen entschieden ablehnten und auch sonst dabei waren, die SPD als parlamentarische Vertretung der Linken abzulösen.

FDP ermöglicht CDU den Regierungswechsel in Berlin

Eine Art Probelauf für den Koalitionswechsel fand Anfang 1981 in Berlin statt, wo die seit den Nachkriegsjahren fast ununterbrochen regierende SPD sich tief im „Filz" verstrickt hatte und damit dem langjährigen Koalitionspartner FDP besonders gute Möglichkeiten zur Distanzierung bot. Es kam in Berlin zwar vorläufig - solange in Bonn die Koalition noch bestand - zu keiner CDU/FDP-Regierung, aber doch zu einem inoffiziellen Bündnis, das der CDU eine Minderheitsregierung ermöglichte.

Auslöser war die „Garski-Affäre", einer jener Finanzskandale, wie sie für den Westberliner Filz typisch waren. Der Regierende Bürgermeister Dietrich Stobbe sah sich aufgrund der Affäre genötigt, einige Senatsposten umbesetzen. Bei vier der fünf Senatoren scheiterte aber die Bestätigung durch das Abgeordnetenhaus, obwohl die Koalitionsparteien rechnerisch über eine Mehrheit von acht Stimmen verfügten. Nach dieser Blamage erklärten Stobbe und der Senat am 15. Januar 1981 ihren Rücktritt. Wegen der völligen Zerstrittenheit der Berliner SPD und des Mangels an profilierten Politikern sprang der bisherige Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel als Nothelfer ein und wurde am 23. Januar zum neuen Regierenden Bürgermeister gewählt. Die Posten des Justiz- und Schulsenators besetzte wie bisher die FDP mit Gerhard Meyer bzw. Walter Rasch. Der bisherige Wirtschaftssenator Wolfgang Lüder, der zugleich FDP-Landesvorsitzender war, wurde durch den früheren EG-Kommissar Guido Brunner ersetzt.

Ein paar Tage nach der Wahl des Vogel-Senats einigten sich die Fraktionen des Abgeordnetenhauses auf vorgezogene Neuwahlen am 10. Mai. Als Spitzenkandidat der CDU trat Richard von Weizsäcker an, den seine Partei - ähnlich wie dies die SPD mit Vogel tat - von Bonn auf die Berliner Provinzbühne schickte. Mit Weizsäcker als Zugpferd erreichte die CDU 48 Prozent der Stimmen und ihr bislang bestes Wahlergebnis in Berlin. Die SPD schrumpfte dagegen von 42,7 auf 38,3 Prozent und die

FDP von 8,1 auf 5,6 Prozent. Zugleich zog die grüne „Alternative Liste“ mit 7,2 Prozent erstmals ins Abgeordnetenhaus ein.

Um eine regierungsfähige Mehrheit zu erhalten, unterbreitete Weizsäcker der FDP ein Koalitionsangebot. Der Landesparteitag der FDP lehnte dieses Angebot aber ab - immerhin koalierte die Partei seit fast zwanzig Jahren mit der SPD und hatte sich auch im Wahlkampf auf eine Erneuerung des Bündnisses festgelegt. Ungeachtet dieses Votums beschloß die FDP-Fraktion mit vier gegen drei Stimmen, die Wahl eines CDU-Minderheitssenats zu ermöglichen. Man wolle zwar nicht mit der CDU koalieren, aber „diesem Senat eine faire Chance einräumen“, erklärte der Fraktionsvorsitzende Horst Vetter. Damit folge man einer Empfehlung des FDP-Bundesvorstandes. Am 11. Juni 1981 wurde Richard von Weizsäcker mit Hilfe der FDP zum neuen Regierenden Bürgermeister gewählt.

Den Dolch im Gewande

Wie Genscher und Lambsdorff den Bruch der sozialliberalen Koalition herbeiführten

Je nach Sichtweise changierte die Rolle Genschers bei der Sprengung der sozialliberalen Koalition zwischen der eines Schurken mit dem Dolch im Gewande und der eines Parteipolitikers mit strategischem Weitblick. In jedem Falle war es ein riskantes Manöver, die Partei, die erst vor zehn Jahren mit den „Freiburger Thesen" zu neuen Ufern aufgebrochen war, nun ins alte Fahrwasser einer Wirtschaftspartei zurückzubugsieren.

Schon im August 1981 scheint Genscher den Bruch der Koalition vorbereitet zu haben: Damals verschickte er an die FDP-Mitglieder ein Rundschreiben, in dem er sie auf bevorstehende Konflikte mit der SPD in Wirtschafts- und Haushaltsfragen einstimmte. Beispielsweise verlangte Genscher von der SPD den endgültigen Verzicht auf eine Ergänzungsabgabe, „damit die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft nicht länger durch die Ungewißheit über weitere zukünftige Belastungen beeinträchtigt wird". Aus späterer Sicht konnte es als Ankündigung des Koalitionsbruchs aufgefaßt werden, wenn er eine „Wende" forderte und schrieb: „Unser Land steht am Scheideweg."

Schmidt stellt im Bundestag die Vertrauensfrage

Eine erste Gelegenheit zum begrenzten Konflikt bot der Haushalt 1982: Während die FDP auf den Abbau sozialer Leistungen drängte, formierten sich Teile der SPD zum Widerstand gegen den wirtschaftsfreundlichen Kurs des Kanzlers. Schmidt merkte, wie ihm auf beiden Seiten die Loyalität abhanden zu kommen drohte, und trat deshalb die Flucht nach vorn an: Am 3. Februar 1982 beschloß das Kabinett unter Beteiligung der Koalitionsfraktionen und der Bundesbank eine „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität". Schmidt

wollte so die Koalition auf ein einigendes Ziel verpflichten und die divergierenden „Sonderinteressen“ eindämmen. Zugleich nahm er die Koalition auch förmlich in die Pflicht, indem er im Bundestag die Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes stellte.

Damit machte zum zweitenmal seit Bestehen der Bundesrepublik ein Kanzler von dieser Möglichkeit Gebrauch: Willy Brandt hatte 1972 die Vertrauensfrage gestellt, um über eine absichtlich herbeigeführte Niederlage den Weg für Neuwahlen freizumachen. Dagegen war Schmidt durchaus an breiter Unterstützung gelegen. Unter den gegebenen Umständen bekam er sie auch: Notgedrungen sprachen am 5. Februar 1982 sämtliche 269 Abgeordneten von SPD und FDP dem Kanzler das Vertrauen aus, während die CDU/CSU ebenso geschlossen mit „Nein“ stimmte (durch den Ausschluß bzw. Austritt der beiden SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hansen und Manfred Coppik war die Koalitionsmehrheit inzwischen auf 269 Sitze abgeschmolzen. Hansen und Coppik nahmen auch nicht an der Abstimmung teil, weil sie darin eine „theatralisch-dramatische Schau“ sahen).

Der Konflikt nimmt an Schärfe zu

Die erzwungene Einigkeit hielt nicht lange. Der SPD-Parteitag vom 19. bis 23. April 1982 in München plädierte für Steuererhöhungen und Sonderabgaben, die in erster Linie die Wirtschaft und Vermögende belasten sollten. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz mahnte weniger Kompromißbereitschaft gegenüber der FDP an.

Die FDP war ihrerseits weniger denn je bereit, Kompromisse zu machen, sondern schraubte nun das Konfliktpotential noch höher. Auf dem Landesparteitag am 25. April in Hamburg erklärte Genscher mit Blick auf den Münchener SPD-Parteitag: „Deshalb ist Klarheit notwendig, daß diese Vorschläge nicht zur Regierungs- oder Koalitionspolitik werden, und wir garantieren das im Interesse der Investitionsbereitschaft und -fähigkeit unserer Wirtschaft.“

Der Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der beim Konflikt mit der SPD die Rolle des Wadenbeißers spielte, formulierte auf dem Landesparteitag der FDP Rheinland-Pfalz noch schärfer: „Unsere Partei, unsere Bundestagsfraktion, unsere Mitglieder der Bundesregierung werden sich an dem langen Marsch, der von München in die Rumpelkammer des Investitionsdirigismus, der Steuererhöhung, der geballten Schuldenerhöhung führen soll, ganz gewiß nicht beteiligen."

Lambsdorff-Papier spaltet Koalition und FDP

Lambsdorff war es auch, der nach der Sommerpause jenen Sprengsatz legte, der die Koalition endgültig zerbrechen ließ. Am 9. September unterbreitete er dem Kanzler ein Konzept zur Überwindung von Wachstumsschwäche und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, das einen Katalog von Belastungen für die breite Masse der Bevölkerung mit einem Katalog von Erleichterungen für die Wirtschaft verband. Das Lambsdorff-Papier war schon am 6. September in Auszügen in der „Bild-Zeitung" veröffentlicht worden. Es huldigte in plakativer Weise der Markt-Ideologie des „Neoliberalismus", wie sie in Chile unter Pinochet, in Großbritannien unter Margaret Thatcher und in den USA unter Ronald Reagan zum Markenzeichen des Neo-Konservativismus geworden war. Es provozierte nicht nur den Koalitionspartner SPD, sondern ebenso die Linksliberalen in der FDP. Sogar der stellvertretende CDU-Vorsitzende Kurt Biedenkopf sprach von „Radikalvorstellungen", die nicht als „Gründungsurkunde für neue Mehrheiten" dienen könnten.

Schon davor hatte Lambsdorff Spekulationen über einen möglichen Koalitionswechsel angeheizt, indem er in einem Interview mit der „Bild-Zeitung" eine CDU/FDP-Koalition in Hessen nach den dort bevorstehenden Landtagswahlen andeutete: „Der hessische Wähler entscheidet, was er von einem Wechsel der FDP in eine andere Koalition hält. Das würde für uns in Bonn eine wichtige Erkenntnis sein."

Damit sprach Lambsdorff aber nicht für die gesamte FDP, wie der linksliberale Bundesinnenminister Gerhart Rudolf Baum in einem Interview mit dem „stern" deutlich machte: „Die FDP darf keinen Königsmord an Helmut Schmidt begehen, dem Mann, den sie zum Regierungschef gewählt hat, wie sie es ihren Wählern versprochen hat."

Der FDP-Generalsekretär Günter Verheugen glaubte ebenfalls, die von Genscher und Lambsdorff im Bunde mit den Verlagen Springer und Burda zielstrebig betriebene Spaltung der Koalition noch aufhalten zu können: Die Forderung nach einer Wende bedeute nicht, daß die FDP einen Koalitionswechsel herbeiführen wolle, meinte er am 2. September. Es gebe überhaupt keine Pläne, Absichten oder Strategien, zu irgendeinem Zeitpunkt in Bonn die Koalition zu wechseln.

Schmidt fordert Kohl zum offenen Kanzlersturz auf

Nach der Veröffentlichung des Lambsdorff-Papiers war kein Platz für solche Illusionen mehr. Auch die wirklich liberalen Kräfte in der FDP, die den Liberalismus nicht als Apologie des Kapitalismus, sondern als politischen Gestaltungsauftrag begriffen, erkannten nun die klare Absicht, das seit 13 Jahren bestehende Regierungsbündnis zu sprengen: Die notwendige und unpopuläre Politik der Konsolidierung der Staatsfinanzen sei durch Lambsdorff „diskreditiert und damit erschwert worden", befand die Finanzexpertin der FDP-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier.

Auch Bundeskanzler Helmut Schmidt ließ alle Hoffnung fahren, die Koalition noch retten zu können. Bis dahin war er durch Genscher, der sich im entscheidenden Moment stets bedeckt hielt, sowie durch die wohl ehrlich gemeinten Vermittlungsversuche des FDP-Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick hingehalten und über die wirkliche Strategie des Koalitionspartners im Unklaren gelassen worden. Anscheinend wollten Genscher und Lambsdorff die hessischen Landtagswahlen am 26. September abwarten, um mit der dann zu erwartenden Mehr-

heit für eine CDU/FDP-Koalition in Wiesbaden auch das Bonner Regierungsbündnis endgültig platzen zu lassen. Für Anfang November war ein FDP-Parteitag angesetzt. Die rechte Führungsriege hätte dort Gelegenheit gehabt, ihren Kurs gegen den widerstrebenden Rest der Partei durchzusetzen und ein neues Bündnis mit der CDU/CSU auf Bundesebene absegnen zu lassen.

Schmidt wußte inzwischen, daß Genscher hinter seinem Rükken mit dem Oppositionsführer Helmut Kohl konspirierte. Er wollte deshalb lieber ein Ende mit Schrecken als einen Schrekken ohne Ende. Am selben Tag, an dem ihm Lambsdorff das berüchtigte Papier offiziell überreichte, gab er im Bundestag eine Erklärung zur „Lage der Nation" ab. Im Verlauf seiner Ausführungen unterstellte er Kohl die „verschleierte Vorbereitung eines konstruktiven Mißtrauensvotums" und forderte den Oppositionsführer auf, nicht länger mit der Durchführung der Pläne für den Kanzlersturz zu zögern.

Die vier FDP-Minister erklären ihren Rücktritt

Eine Woche später, am 17. September, nahm sich Schmidt vor dem Bundestag in einer Rede, die er zuvor Genscher und Mischnick zukommen ließ, in ähnlicher Weise die FDP vor. Er stellte fest, daß Teile der FDP anscheinend erst die hessischen Landtagswahlen abwarten wollten, um dann - je nach Wahlergebnis - die Bonner Koalition zu beenden oder fortzusetzen. Er wolle jedoch nicht zusehen, wie das Ansehen und die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung ständig beschädigt würden. Es könne ihm niemand verdenken, daß er sich auch selbst nicht demontieren lassen wolle. Nach den Ereignissen der letzten Tage habe er „das politische Vertrauen zu einigen Führungspersonen der FDP verlieren" müssen. Der beste Weg, um aus der gegenwärtigen politischen Krise herauszukommen, seien Neuwahlen. Er schlage deshalb der Opposition vor, den Weg für Neuwahlen freizumachen, indem er die Vertrauensfrage stelle und die eigenen Freunde bitte, sich bei der Abstimmung zu enthalten.

Während der Kanzler noch sprach, ließ Genscher ihm mitteilen, daß er und die drei anderen FDP-Minister zurücktreten würden. Wenig später erhielten sie vom Bundespräsidenten ihre Entlassungsurkunden ausgehändigt.

Union und FDP stürzen Schmidt und wählen Kohl zum Kanzler

Noch am selben Tag beschloß die FDP-Fraktion mit 33 gegen 18 Stimmen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Der Bundesvorstand billigte Genschers Kurs mit 18 gegen 15 Stimmen. Auch die meisten Landesverbände unterstützten Genscher. Nur Schleswig-Holstein, Hamburg, Berlin und Bremen bestanden auf der Einberufung eines Sonderparteitags, der aber wegen der 21tägigen Ladungsfrist frühestens Mitte Oktober hätte abgehalten werden können.

Bis dahin war der Koalitionswechsel längst perfekt: Am 1. Oktober 1982 stürzten Union und FDP mit einem konstruktiven Mißtrauensvotum das Minderheitskabinett von Helmut Schmidt und wählte Helmut Kohl zum neuen Bundeskanzler. Allerdings stimmten nicht alle FDP-Abgeordneten für Kohl. Insgesamt verfügte die neue Koalition über 279 Sitze. Kohl erhielt aber nur 256 Ja-Stimmen - sieben mehr, als für die vorgeschriebene absolute Mehrheit erforderlich waren.

Genscher, Lambsdorff und Ertl durften in dem neuen Kabinett Helmut Kohl ihre alten Ministerposten behalten, inklusive der Stellvertretung des Bundeskanzlers. Nur der linksliberale Justizminister Gerhart Rudolf Baum, der aus seiner Abneigung gegen den Koalitionswechsel kein Hehl gemacht hatte, wurde durch Hans Engelhard ersetzt.

FDP in der Krise

„Julis" ersetzen Jungdemokraten als Nachwuchs „Liberale Demokraten" bleiben Splitterpartei

Der Bruch der Koalition und die erneute Hinwendung der FDP nach rechts wurde von den Wählern als Verrat empfunden und entsprechend abgestraft. Bei allen drei Landtagswahlen, die bis Ende des Jahres stattfanden, blieb die FDP unter fünf Prozent: Bei den Wahlen am 26. September 1982 in Hessen - vier Tage vor der Wahl Kohls zum neuen Bundeskanzler - sackte sie von 6,6 auf 3,1 Prozent und flog damit aus dem Landtag. Die bayerischen Wähler stauchten sie am 10. Oktober von 6,2 auf 3,5 Prozent zusammen und verbannten sie ebenfalls aus dem Landtag. Der bayerische Landesvorstand beschloß daraufhin, per Urabstimmung unter den Mitgliedern zu erkunden, ob der Kurs Genschers weiterhin unterstützt werden solle. In Hamburg, wo die FDP schon bei den letzten Wahlen nicht mehr ins Parlament gelangt war, blieb sie am 19. Dezember mit 2,6 Prozent am weitesten unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde.

Genscher war auf dem Tiefpunkt seines Ansehens angelangt. Im FDP-Präsidium machte sich Panik breit, wie es wohl weitergehen werde. Es bestand aber Übereinstimmung, daß man da hindurch müsse und ein Kurswechsel nicht in Frage komme. Um etwas glaubwürdiger zu werden und nicht auch noch eine Spaltung der Partei zu riskieren, wurde immerhin überlegt, ob nicht ein Wechsel an der Parteispitze angebracht wäre. Der stellvertretende Parteivorsitzende Uwe Ronneburger warnte vor Austritten von FDP-Politikern, falls Genscher erneut zum Vorsitzenden gewählt werden sollte. So beschloß man, Ronneburger bei dem bevorstehenden Berliner Parteitag als Gegenkandidaten zu Genscher aufzustellen. Als versöhnliche Geste gegenüber den Linksliberalen sollte außerdem Baum zusammen mit Lambsdorff und Martin Bangemann in einer Dreierkommission

mitwirken, die eine Standortbeschreibung der FDP für den nächsten Bundestagswahlkampf ausarbeiten sollte. Denn Kohl hatte inzwischen den 6. März 1983 als Termin für Neuwahlen ins Auge gefaßt - gegen den Widerstand des kleinen Koalitionspartners, der sich aus gutem Grund vor Neuwahlen fürchtete und auch innerlich in einer desolaten Verfassung war.

Genscher setzt seinen Kurs in der Partei durch

Es kriselte in der Partei. Generalsekretär Günter Verheugen trat aus Protest gegen die „Wende" von seinem Posten zurück und veröffentlichte am 26. Oktober ein „Liberales Manifest" als politische Plattform der Linksliberalen. Die Parteirechten konterten zwei Tage später mit dem „Berliner Manifest der Liberalen", das Lambsdorff und Bangemann inzwischen im Auftrag des Präsidiums erarbeitet hatten (Baum hatte auf die ihm ursprünglich zugedachte Mitwirkung als linksliberales Feigenblatt verzichtet).

Auf dem Berliner Parteitag vom 5. bis 7. November setzte sich Genscher klar durch. Die sozialliberale Koalition sei an den inneren Widersprüchen der SPD gescheitert, erklärte er vor den 400 Delegierten. Das Gerede vom Verrat der FDP sei eine „Legende". Bei der Wahl des Vorsitzenden stimmten 222 Delegierte für Genscher und 169 für Ronneburger. Der Koalitionswechsel wurde mit 210 gegen 181 Stimmen bei 7 Enthaltungen gebilligt. Nachdem Lambsdorff seine Kandidatur zurückzogen hatte, konnte Gerhart Rudolf Baum neben Wolfgang Mischnick und Jürgen Morlock zu einem der drei Stellvertreter Genschers gewählt werden. Als weiteres kleines Trostpflaster durfte die linksliberale Minderheit wenigstens der Stimmenzahl nach die Liste des 24köpfigen Parteivorstands anführen: Die meisten Stimmen erhielt Uwe Ronneburger (300), gefolgt von Burkhard Hirsch (270), Hinrich Enderlein (243), Heinrich Jürgens (237) und Lieselotte Funcke (236). Nachfolgerin des zurückgetretenen Generalsekretärs Günter Verheugen wurde Irmgard Adam-Schwaetzer, die von Genscher protegiert wurde (während Ronneburger für Andreas von Schoeler plädiert hatte).

Zahlreiche Austritte und Übertritte zur SPD

Damit war aber die Krise noch lange nicht ausgestanden. In den Landesverbänden hagelte es Austritte. Insgesamt dürften von den rund 68000 Mitgliedern etwa 20000 die Partei verlassen haben. Zu den prominentesten Abgängen gehörten Ingrid Matthäus-Maier und Andreas von Schoeler, die beide zur SPD wechselten. Günter Verheugen, der ehemalige Bundesgeschäftsführer (1977-1978) und Generalsekretär (1978 - 1982) der FDP, trat ebenfalls zur SPD über und konnte dort eine zweite politische Karriere starten (unter anderem wurde er Bundesgeschäftsführer der SPD, Staatsminister im Auswärtigen Amt und EU-Kommissar). Ferner traten die Bundestagsabgeordneten Helga Schuchardt und Friedrich Hölscher aus der Partei aus.

Die Jungdemokraten trennen sich von der FDP

Am 27. November 1982 vollzogen die Jungdemokraten die endgültige Trennung von der Mutterpartei, der sie seit Jahren nur noch in einer Art Haßliebe verbunden gewesen waren. Die „Deutschen Jungdemokraten" (DJD) bildeten eine eigenständige Organisation, deren Mitglieder der FDP nicht unmittelbar angehörten, sondern ihr allenfalls durch Doppelmitgliedschaft verbunden waren. Sie unterlagen also nicht der Parteidisziplin. Das unterschied sie von den „Jungsozialisten" der SPD, die innerhalb der Partei lediglich eine Arbeitsgemeinschaft bildeten und damals ebenfalls heftige Auseinandersetzungen mit ihrer Mutterpartei hatten.

Ursprünglich waren die Jungdemokraten wie die Junge Union der CDU und die Jungsozialisten der SPD ein parteifrommer Jugendverband. In den sechziger Jahren entwickelten sie sich aber zunehmend nach links. Sie antizipierten damit die außerparlamentarische Opposition und hatten starken Anteil an der sozialliberalen Wandlung der FDP. Ehemalige DJD-Bundesvorsitzende wie Wolfgang Mischnick (1954-1957), Wolfgang Lüder (1962-1963), Gerhart Rudolf Baum (1966 - 1968) und Ingrid Matthäus-Maier (ab 1972) vertraten auch als FDP-Politiker eher das Mitte-Links-Spektrum der Partei.

Verhältnis zur FDP seit langem zerrüttet

Unter dem Einfluß der außerparlamentarischen Opposition überholten die Jungdemokraten die sozialliberal geläuterte FDP ein weiteres Mal links. Anstatt die rebellische junge Generation auf der Grundlage der „Freiburger Thesen“ an die FDP heranzuführen, wie dies gedacht gewesen war, fanden die Jungdemokraten ihrerseits Geschmack an der Rebellion und verbanden den Linksliberalismus der Freiburger Thesen teils mit neo-marxistischen, teils mit anarcho-libertären Ideen. Sie verstanden sich ausdrücklich als Teil der APO und sahen ihre Bindung an die FDP erklärtermaßen als Mittel zum Zweck, die radikaldemokratische Bewegung auch mit parlamentarischen Mitteln voranzubringen.

Schon 1969 faßten die Jungdemokraten einen Beschluß, sich von der FDP zu trennen, falls diese wieder mit der CDU koalieren sollte. Im „Leverkusener Manifest“ von 1972 bezeichneten sie die FDP sehr ungalant als „eine Agentur jener Kräfte, denen wir in dieser Gesellschaft die Macht abnehmen wollen“. Und schon zu Zeiten der sozialliberalen Koalition war ihr Verhältnis zur Mutterpartei so zerrüttet, daß sie 1979 bei den Wahlen zum ersten Europäischen Parlament sogar dazu aufriefen, keinesfalls für die FDP zu stimmen. Nur wegen der Kanzlerkandidatur von Strauß erklärten sie sich im Wahlkampf 1980 ein letztes Mal bereit, die FDP zu unterstützen - „nicht wegen, sondern trotz ihrer Politik“.

„Julis“ ersetzen Jungdemokraten als Nachwuchsorganisation

Als fröhlich-bunter Haufen mit gelegentlich mangelnder politischer Bodenhaftung nahmen die Jungdemokraten einige Züge der späteren „Grünen“ vorweg. In der Zeitschrift „liberal“ beschrieb 1971 der damalige Bundesvorsitzende Heiner Bremer ihr Selbstverständnis unter anderem so: „Was die Jungdemokraten quält, ist die Entfremdung, das Ausgeliefertsein an die Herrschaft anonymer Gruppen, die weder legitimiert sind noch

wirksamer Kontrolle unterliegen, an die Verlogenheit einer Gesellschaft, deren politisch-moralische Maximen zu Klischees geworden sind."

Das FDP-Establishment fühlte sich seinerseits von den Jungdemokraten gequält. „Man könnte meinen, man habe es bei den Jungdemokraten mit einem außerparlamentarischen Kampfverband und nicht mit der Nachwuchsorganisation der F.D.P zu tun", schimpfte 1971 der ehemalige „Jungtürke" Willy Weyer im FDP-Pressedienst.

Um wieder einen fügsamen Parteinachwuchs zu haben, protegierte der Parteivorstand 1979 die Gründung der „Jungen Liberalen", die im November 1980 ihren ersten Bundeskongreß abhielten. Vorläufig wurden die „Julis" aber nur von einzelnen Landesverbänden als Arbeitsgemeinschaft innerhalb der FDP anerkannt und damit den Jungdemokraten gleichgestellt. Erst nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition konnten sie offiziell die Nachfolge der Jungdemokraten antreten. Im November 1982 wählte der Berliner Parteitag den Juli-Vorsitzenden Hans-Joachim Otto in den Bundesvorstand. Im November 1983 wurde Otto von Guido Westerwelle abgelöst, der bis 1988 amtierte.

Die Gründung der „Liberalen Demokraten"

Die Jungdemokraten beließen es nicht dabei, die letzten Bindungen zur FDP zu kappen. Sie waren auch die treibende Kraft bei der Gründung einer linksliberalen Konkurrenz-Partei: Am 28. November 1982 fand in Bochum eine Konferenz zum Thema „Die Zukunft der Liberalen" statt. Die rund tausend Teilnehmer gründeten dabei die „Liberalen Demokraten" und wählten den früheren hessischen Landtagsabgeordneten Ulrich Krüger zum ersten Vorsitzenden. Die neue Partei wollte das „von anderen ausgeschlagene Erbe von 1789 und 1848" aufnehmen und berief sich dabei ausdrücklich auf die Freiburger Thesen der FDP von 1971. Der FDP-Bundesvorstand reagierte unverzüglich mit einem Unvereinbarkeitsbeschluß: „Wer Mitglied

dieser Splitterpartei wird, arbeitet gegen die Partei des politischen Liberalismus."

In der Tat haben es die „Liberalen Demokraten" nie geschafft, über eine Splitterpartei hinauszukommen. Sie blieben ein bedeutungsloses Grüppchen mit ein paar Mandaten in Kommunalparlamenten. Die Jungdemokraten schlossen sich nach dem Zusammenbruch der DDR mit Reform-Marxisten aus der ehemaligen FDJ zum Verband „JungdemokratInnen/Junge Linke" zusammen. Sie sahen ihre bevorzugten parlamentarischen Ansprechpartner nun in den Grünen und in der PDS.

Lohn der Angst

Bei den Neuwahlen kommt die FDP mit einem blauen Auge davon / Strauß muß auf das Außenministerium verzichten

Angesichts der niederschmetternden Landtagswahlergebnisse in Hessen, Bayern und Hamburg verspürte die FDP keinerlei Neigung zu Neuwahlen. Die CDU/CSU fühlte sich dagegen im Aufwind und wollte die „Wende" so bald wie möglich vom Wähler bestätigen lassen. Schon kurz nach dem Sturz des Minderheitskabinetts von Helmut Schmidt im September 1982 faßte deshalb der neue Bundeskanzler Helmut Kohl den 6. März als Wahltermin ins Auge.

Um eine vorzeitige Beendigung der vierjährigen Legislaturperiode zu erreichen, bediente sich Kohl derselben Methode wie zehn Jahre zuvor der SPD-Kanzler Willy Brandt: Am 17. Dezember 1982 stellte er im Bundestag die Vertrauensfrage und sorgte durch Stimmenthaltung der Koalitionsparteien für ein negatives Votum. Damit war er formal legitimiert, dem Bundespräsidenten die Auflösung des Bundestags vorzuschlagen. Bundespräsident Carstens kam diesem Wunsch am 7. Januar 1983 nach und setzte den 6. März als Termin für Neuwahlen an.

Bevor Kohl dem Parlament die Vertrauensfrage stellte, verabschiedete der Bundestag mit 266 gegen 210 Stimmen - also einer klaren Mehrheit - den Haushalt für das Jahr 1983. Insofern unterschied sich Kohls Vorgehen von demjenigen Brandts, dem eine klare Mehrheit im Parlament gefehlt hatte und der deshalb auch den negativen Ausgang der Vertrauensfrage allein schon durch Stimmenthaltung der Kabinettsmitglieder herbeiführen konnte.

Abgeordnete ziehen vors Verfassungsgericht

Wegen der rein formalen Handhabung der Vertrauensfrage klagten vier Bundestagsabgeordnete vor dem Bundesverfassungs-

gericht: Das Grundgesetz schreibe nun mal vier Jahre als Legislaturperiode vor, solange die Regierung über eine ausreichende Mehrheit im Parlament verfüge. Das Gericht ließ ihre Argumentation auch im Prinzip gelten: Der Artikel 68 des Grundgesetzes sei kein Freibrief für den Kanzler, zu einem beliebigen Zeitpunkt Neuwahlen herbeizuführen. Die Stellung der Vertrauensfrage sei nur gerechtfertigt bei einer gravierenden politischen Instabilität, die ein Weiterregieren unmöglich mache. Eine solche habe hier allerdings vorgelegen - so glaubten die Richter des 2. Senats mit knapper Mehrheit zu erkennen - weil der Kanzler sich auf die zerstrittene FDP nicht habe langfristig verlassen können bzw. weil er spätestens bei der Ablehnung von Neuwahlen durch den Bundespräsidenten nur noch ein „Kanzler zweiter Güte“ gewesen wäre.

Zwei der klagenden Abgeordneten - Hansheinrich Schmidt und Friedhelm Rentrop - kamen nicht ganz zufällig aus der FDP. Die anderen waren der CDU-Abgeordnete Karl-Hans Lagerhausen und der ehemalige SPD-Abgeordnete Karl Hofmann, der als Fraktionsloser ebenfalls um seine Wiederwahl fürchten mußte.

Strauß sorgt wieder für das nötige Salz in der Suppe

Auch dem Parteivorsitzenden Genscher bangte vor dem Wahlausgang. Er rief jedenfalls die Unionswähler dazu auf, ihre Zweitstimme der FDP zu geben. Zugleich empfahl er seine Partei, die beispielsweise eine Änderung des Abtreibungsparagraphen oder des Scheidungsrechts ablehnte, als Gegengewicht zu den christdemokratischen Ultras: Mit der FDP sei eine „konservative Gegenreform“ nicht zu machen.

Unfreiwillige Wahlhilfe leistete wieder Strauß: Zwischen der Union und der FDP gebe es tiefgreifende Unterschiede in der Innen-, Rechts- und Familienpolitik, erklärte der Rechtsausleger der Unionsparteien auf der traditionellen Aschermittwochs-Kundgebung der CSU in Passau. Zum Teil bestünden auch kontroverse Auffassungen in der Deutschland- und Ostpolitik. Ein

paar Tage später verkündete Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU), daß er sich Strauß unter allen Umständen als Außenminister wünsche. Genscher ließ seinerseits über die FDP-Generalsekretärin Adam-Schwaetzer ausrichten: „Wir wollen, daß Hans-Dietrich Genscher nach dem 6. März seine erfolgreiche Außenpolitik fortführen kann." Zimmermann stelle die Ostpolitik in Frage, Strauß die ganze Entspannungspolitik.

Union bleibt auf Unterstützung durch die FDP angewiesen

Am Abend des 6. März 1983 konnte die FDP-Führung aufatmen: Mit 7,0 Prozent der Stimmen verlor die Partei gegenüber den vergangenen Wahlen zwar 3,6 Prozentpunkte, lag aber immer noch deutlich über fünf Prozent und kam so mit einem blauen Auge davon. Nicht minder erfreulich war, daß es den Unionsparteien trotz eines kräftigen Zuwachses um 4,3 auf 48,8 Prozent nicht zur absoluten Mehrheit gereicht hatte. Die SPD verschlechterte sich in etwa demselben Umfang auf 38,2 Prozent, während die Grünen mit 5,6 Prozent erstmals in den Bundestag einzogen.

Strauß stichelte anschließend in einem „Spiegel"-Interview, daß die FDP nach wie vor nur über 2,5 bis 3 Prozent echte Wähler verfüge. Sie habe die Fünf-Prozent-Hürde nur mit den Zweitstimmen von Unionswählern überwunden. Nach seiner Meinung - und dieser Seitenhieb galt dem Rivalen Kohl - , „hätte die CDU energischer für die absolute Mehrheit kämpfen müssen, statt von vornherein zu signalisieren, eigentlich legen wir gar keinen so großen Wert auf die absolute Mehrheit, wir führen lieber die Koalition fort."

In Straußens Worten klang auch Verärgerung mit, daß er nicht Außenminister werden konnte. Er mußte dieses Amt weiterhin Genscher überlassen und blieb Ministerpräsident in München. Die CSU bekam dafür einen fünften Ministerposten. In einem Fernsehinterview kündigte Strauß indessen an, daß er auch von Bayern aus „ausreichenden und erfolgreichen Einfluß auf die Bundespolitik" nehmen werde.

Ein FDP-Ressort fällt an die CSU - sonst praktisch keine Veränderungen

Am 29. März 1983 wurde Helmut Kohl vom 10. Bundestag mit 271 von 486 Stimmen erneut zum Bundeskanzler gewählt. In seinem 16köpfigen Kabinett besetzte die CDU acht, die CSU fünf und die FDP drei Ministerposten. Bis auf zwei Umbesetzungen war die neue Regierung identisch mit dem alten. Im Landwirtschaftsministerium mußte Josef Ertl dem CSU-Mann Ignaz Kiechle weichen. Ansonsten stellte die FDP mit Genscher weiterhin den Außenminister und Vizekanzler, mit Lambsdorff den Wirtschaftsminister und mit Engelhard den Justizminister.

Daß Strauß sich mit der Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten begnügen würde, war nicht zu erwarten. Es überraschte jedoch, auf welche Weise sich der CSU-Fürst wenig später auf das Gebiet der Ost- und Deutschlandpolitik begab und im angestammten Revier der FDP wilderte: Mit einer atemberaubenden Volte vom Kommunistenfresser zum Devisen-Beschaffer für die hoch verschuldete DDR (siehe folgendes Kapitel).

Friedensbewegung macht gegen Raketenstationierung mobil

Im Vordergrund der innenpolitischen Auseinandersetzung stand während des 10. Bundestags die sogenannte Nachrüstung aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses von 1979, die angesichts der Unergiebigkeit der Genfer Abrüstungsverhandlungen nun in greifbare Nähe rückte.

Schon im Oktober 1981 hatte in Bonn eine Friedensdemonstration mit 250.000 Teilnehmern stattgefunden. Ende des Jahres 1983 sollten die ersten von insgesamt 108 Raketen des Typs „Pershing II" stationiert werden. Der neuen Regierung, die vorbehaltlos die Raketenstationierung unterstützte, drohte somit ein „heißer Herbst". Schon die Vereidigung des Kabinetts Kohl Ende März 1983 erfolgte in Abwesenheit der 27 Grünen-Abgeordneten, die auf diese Weise gegen die Nachrüstung

protestierten. Auch die SPD versuchte, sich von dem Beschluß abzusetzen, nachdem sie nicht mehr an der Regierung war und die friedensbewegten Wähler an die Grünen zu verlieren drohte.

Zur wichtigsten Tribüne der Friedensbewegung wurde der US-Stützpunkt Mutlangen bei Schwäbisch Hall, auf dem die Raketen vom Typ „Pershing II“ stationiert werden sollten. Der Stützpunkt blieb monatelang von Demonstranten umlagert, die immer wieder die Zufahrten blockierten, bis sie von der Polizei festgenommen oder abgedrängt wurden. Am 1. September 1983, dem „Antikriegstag“, begann eine dreitägige Blockade, an der sich zahlreiche Prominente beteiligten: So die SPD-Politiker Erhard Eppler und Oskar Lafontaine, die grünen Abgeordneten Petra Kelly und Gert Bastian, die Theologen Heinrich Albertz, Helmut Gollwitzer und Dorothee Sölle, die Schriftsteller Heinrich Böll und Peter Härtling sowie andere illustre Geister wie Walter Jens und Robert Jungk.

Hunderttausende von Demonstranten auf den Beinen

Ihren Höhepunkt erreichten die Protestwelle mit einer Aktionswoche im Oktober 1983. Zur abschließenden Kundgebung am 22. Oktober in Bonn strömten 300.000 Teilnehmer in die Bundeshauptstadt, während gleichzeitig unzählige andere Demonstranten sich an einer 108 Kilometer langen Menschenkette zwischen US-Militäreinrichtungen in Stuttgart und Neu-Ulm beteiligten.

Die SPD durfte sich unter diesen Umständen beglückwünschen, nicht mehr an der Regierung zu sein und den von Helmut Schmidt intendierten Nachrüstungsbeschluß durchsetzen zu müssen. Sie hätte sonst die Spaltung der Partei riskiert, für die nun Willy Brandt als Hauptredner auf der Bonner Kundgebung sprach und die Schuld an der bevorstehenden Stationierung des „atomaren Teufelszeugs“ der Verstocktheit der Genfer Abrüstungsrunde anlastete.

FDP stimmt für die Nachrüstung - mit Ausnahme ihres Wehrexperten

Die FDP konnte ihrerseits froh sein, daß sie die Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses zur Raketenstationierung in einer unionsgeführten Bundesregierung erlebte. Innerparteilich hatte sie damit noch nie sonderliche Probleme. Auf der ersten großen Kundgebung der Friedensbewegung am 10. Oktober 1981 in Bonn, die noch zur Zeit der sozialliberalen Koalition stattfand und mit 250.000 Teilnehmern als die bis dahin größte Demonstration seit Bestehen der Bundesrepublik galt, hatte zwar mit William Borm ein Mitglied des FDP-Bundesvorstands gesprochen. Borm sprach aber nicht für den Bundesvorstand, sondern artikulierte allenfalls Positionen der Linksliberalen. Im Lichte der späteren Vorwürfe, Borm sei ein Agent der Stasi gewesen, könnte er sogar auf Wunsch der DDR gesprochen haben.

Am 18. November 1983 billigte der 34. FDP-Parteitag in Karlsruhe mit Dreiviertelmehrheit die bevorstehende Raketenstationierung. Am 22. November stimmte auch der Bundestag nach zweitägiger Debatte einem entsprechenden Antrag der Koalitionsfraktionen zu, wobei die Scheidelinie zwischen Zustimmung und Ablehnung genau zwischen Regierungslager und Opposition verlief. Allerdings gab es eine Stimmenthaltung - und diese kam ausgerechnet vom FDP-Wehrexperten Olaf Feldmann, der das Risiko dieser atomaren Aufrüstung auf deutschem Boden wohl noch am ehesten beurteilen konnte.

Volkszählung muß um vier Jahre verschoben werden

Ein anderes Thema, das die Öffentlichkeit stark bewegte, war die bevorstehende Volkszählung. Sie war im Dezember 1981 vom Bundestag einstimmig beschlossen worden, weckte inzwischen aber Ängste vor einer „Volksaushorchung", die wohl zum größten Teil mit dem Machtwechsel in Bonn zu tun hatten. Im Unterschied zu der begründeten Angst vor der Raketenstationierung, die Deutschland zum atomaren Schlachtfeld prädesti-

nierte, trug die Kampagne gegen die Volkszählung irrationale und hypochondrische Züge.

Zwei Wochen vor der geplanten Volkszählung am 27. April 1983 setzte das Bundesverfassungsgericht die Durchführung aus, bis über eine Verfassungsbeschwerde der Grünen entschieden sei - insofern eine naheliegende Entscheidung, als niemand ein Interesse an einer Volkszählung haben konnte, die von großen Teilen der Bevölkerung sabotiert und damit wertlos zu werden drohte. Das Gericht ließ sich denn auch zwanzig Monate Zeit, ehe es am 15. Dezember 1984 endgültig sein Urteil verkündete: Drei Absätze des Volkszählungsgesetzes - vor allem die vorgesehene Weitergabe der Daten an die Meldebehörden - wurden für verfassungswidrig erklärte. Am Fragenkatalog selbst gab es keine Abstriche. Bis zur Durchführung der Zählung vergingen nochmals mehr als zwei Jahre. Ende 1988 wußte man schließlich, daß am Stichtag 25. Mai 1987 die Bundesrepublik 61.082.800 Einwohner hatte, was gegenüber der letzten Volkszählung von 1970 einer geringfügigen Zunahme um 0,7 Prozent entsprach - aber nur dank der im Lande lebenden Ausländer, deren Zahl sich auf 4,1 Millionen nahezu verdoppelt hatte.

Niemand ahnte zu diesem Zeitpunkt, daß dieses Ergebnis zugleich eine Schlußbilanz war und daß nur wenige Monate später die Bundesrepublik Deutschland einen Zuwachs um 17 Millionen Deutsche erleben würde.

Milliarden-Kredite für die DDR

Trotz kurzer Trübung wegen eines Grenzzwischenfalls werden die deutsch-deutschen Beziehungen noch enger als zuvor

In der Deutschland- und Ostpolitik hatte bereits die erste Regierung von Helmut Kohl zu erkennen gegeben, daß sie die von der sozialliberalen Koalition getroffenen Vereinbarungen einhalten und fortentwickeln werde. Sichtbarer Garant dafür war Hans-Dietrich Genscher, der seit 1974 ununterbrochen als Außenminister amtierte. Schon vor den Neuwahlen reiste Wohnungsbauminister Oscar Schneider (CDU) zu einem offiziellen Besuch nach Magdeburg, wo er eine Ausstellung eröffnete und ein Gespräch mit seinem DDR-Kollegen Wolfgang Junker führte. Der CDU-Politiker Walter Leisler-Kiep traf sich zu einem Gespräch über die Elbe-Verschmutzung mit dem SED-Wirtschaftslenker Günter Mittag. Staatsminister Philipp Jenninger vom Bundeskanzleramt ließ den DDR-Außenminister Oskar Fischer bei einem Besuch in Ostberlin wissen, daß Kohl nach seiner Wiederwahl den Besuch Honeckers erwarte. Nach dem Wahlsieg der Koalition reiste Günter Mittag im April 1983 nach Bonn, wo er mit Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff, Hans-Jochen Vogel (SPD), Wolfgang Mischnick (FDP) und Alfred Dregger (CDU) zusammentraf.

Strauß schwadroniert von „Mord“ - Honecker verzichtet auf geplanten Besuch

Höhepunkt des Mittag-Besuchs in Bonn sollte ein Gespräch mit Bundeskanzler Kohl über den geplanten Honecker-Besuch sein. Aber dazu kam es nicht mehr, weil sich am 10. April ein unglücklicher Zwischenfall an der Grenze ereignete: Ein Bundesbürger war wegen Verletzung der Transitreisebestimmungen von

DDR-Grenzern festgenommen worden und während seiner Vernehmung an einem Herzinfarkt gestorben. Genscher und Kohl wollten den Vorfall möglichst niedrig hängen. Aber ein Teil der Medien und der bayerische Koalitionspartner sahen darin die Gelegenheit, die „Wende" auch auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik durchzusetzen: Vor allem die Springer-Presse schürte den Argwohn, der Verstorbene sei von DDR-Grenzern „regelrecht totgeschlagen worden". Der bayerische Ministerpräsident Strauß schwadronierte sogar von einem „Mordfall". Die CSU-Postille „Bayernkurier" beschimpfte Lambsdorff als „großen Beschwichtiger", weil er die „Herzinfarkt-Entschuldigung" der DDR akzeptiere. CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu betonte, es sei höchste Zeit, daß im Denken und Verhalten bestimmter FDP-Politiker endlich „die Wende eintritt".

Einen Moment schien es, als seien die Geister des Kalten Kriegs zurückgekehrt. Kohl bat Honecker telefonisch um Verständnis dafür, daß er in dieser Situation Mittag nicht empfangen könne. Genscher plädierte weiter für einen baldigen Besuch Honekkers in der Bundesrepublik. Am 29. April ließ Honecker aber mitteilen, daß er unter diesen Umständen von der Visite Abstand nehme.

Strauß vermittelt Honecker Milliarden-Kredit - Die FDP reagiert vergrätzt

Nur acht Wochen später kam es zu einer dramatischen Wendung in der Deutschlandpolitik: Derselbe Strauß, der eben noch der DDR den Herzinfarkt eines Bundesbürgers als „Mordfall" anzulasten versuchte, vermittelte dem notleidenden SED-Regime einen Banken-Kredit über eine Milliarde Mark. Am 1. Juli wurde der Kreditvertrag in der Bayerischen Landesbank in München unterzeichnet. Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 29. Juni verbürgte die Bundesregierung die Rückzahlung der Kreditsumme in voller Höhe.

Die FDP hatte dem Kredit im Kabinett ebenfalls zugestimmt, war aber sichtlich vergrätzt darüber, wie der verhinderte Au-

ßenminister Strauß sich in ihre Domäne einmischte. Ein heikler Punkt bei dem Geschäft war, daß die Bundesregierung sämtliche Risiken und Kosten des Kredits übernahm und so den beteiligten Banken ein ungewöhnlich sattes Zins-Geschäft sicherte. Daran mochte auch die FDP nicht rühren. Ihr Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff sah vielmehr den Status West-Berlins gefährdet, weil die Treuhandstelle für den innerdeutschen Handel nicht einbezogen worden sei: „Wenn wir so etwas gemacht hätten, hätte Herr Strauß uns als laienhafte Anfänger ... und Amateure gekennzeichnet." Strauß hielt das für „reine Profilierungssucht" und forderte Lambsdorff auf, die Bundesregierung zu verlassen, wenn er die Kreditgewährung ablehne.

Der Saulus wandelt sich weiter zum Paulus

Für die CSU war die 180-Grad-Wendung ihres Parteifürsten ebenfalls eine Zumutung. Auf dem Parteitag im Juli 1983 erzielte Strauß mit „nur" 77 Prozent den niedrigsten Anteil an Ja-Stimmen, seitdem er 1961 erstmals zum CSU-Vorsitzenden gewählt worden war. Er verteidigte vor den Delegierten die Kreditvergabe, indem er sie in die Kontinuität des innerdeutschen Handels stellte, den bereits Konrad Adenauer 1951 in die Wege geleitet habe. Wer den Kredit beanstande, müsse folgerichtig auch Adenauer kritisieren...

Strauß beließ es nicht bei diesem Paukenschlag in der Deutschlandpolitik: Vom 17. bis 27. Juli 1983 begab er sich auf eine „private" Rundreise durch die CSSR, Polen und die DDR. In Polen bekundete er Verständnis für General Jaruzelski, der sich eben anschickte, das Kriegsrecht wieder aufzuheben, daß er im Dezember 1981 verhängt hatte, um eine drohende Intervention der Sowjets zu verhindern. Am 24. Juli traf Strauß mit SED-Chef Honecker zu einem zweistündigen Gespräch zusammen. Anschließend äußerte er die Ansicht, daß die geplante Raketenstationierung nicht zwangsläufig das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten beeinträchtigen müsse. - Die FDP empfand auch diese Reisen als Einmischung in ihre ureigene Do-

mäne. Pikiert wie sie darauf hin, daß Strauß weder ein „außenpolitischer Botschafter“ noch ein „Nebenaußenpolitiker“ sei.

Jedenfalls war die Gefahr einer neuen Verhärtung der deutsch-deutschen Beziehungen vorbei. Unter der Regierung Helmut Kohls wurden die Kontakte zwischen Bonn und Ostberlin sogar noch enger als unter der sozialliberalen Koalition, die den Kurswechsel von der Konfrontation zur Kooperation gegen den heftigen Widerstand der Unionsparteien durchgesetzt hatte. Auch die Unionsfraktion sprach nun von einer „Verantwortungsgemeinschaft“ zwischen beiden deutschen Staaten. Wechselseitige Besuche von Politikern waren an der Tagesordnung. Zum Beispiel traf am 15. September 1983 der Berliner Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker mit SED-Chef Honekker zusammen, während am selben Tag der SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz beim SED-Politbüromitglied Kurt Hager weilte. Am 31. Oktober empfing Honecker erstmals auch eine Delegation der Grünen, wobei dieses Treffen das noch am wenigsten harmonische war, weil die Grünen auch auf Abrüstungsschritte im Osten drängten und die Repressalien gegenüber der Friedensbewegung in der DDR kritisierten.

Noch ein Milliarden-Kredit für die DDR

Am 25. Juli 1984 übernahm die Bundesregierung die Garantie für einen weiteren Kredit westdeutscher Banken an die DDR in Höhe von 950 Millionen Mark. Die DDR revanchierte sich mit Erleichterungen im Reiseverkehr zwischen beiden deutschen Staaten. „Wir setzen auf Dialog und Zusammenarbeit“, begründete Staatsminister Philipp Jenninger vor der Bundespressekonferenz die erneute Hilfestellung für die hoch verschuldete und längst über ihre Verhältnisse lebende DDR. „Wir meinen es ernst, wenn wir von einer ‚Verantwortungsgemeinschaft‘ und von einer ‚Koalition der Vernunft‘ sprechen.“

Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik, der im April 1983 abgesagt worden war, sollte nun im September 1984

stattfinden. Die DDR hatte den Milliardenkredit und andere Elemente ihrer Deutschlandpolitik allerdings nicht mit dem Kreml abgesprochen, wo nach dem Tod Andropows und mit dem Amtsantritt Tschernenkos im Februar 1984 eine Art „kleine Eiszeit" begonnen hatte. Am 17. August 1984 bekam die DDR-Führung bei einem Geheimtreffen in Moskau ungewöhnlich scharfe Kritik zu hören. Unter dem massiven Druck der sowjetischen Genossen mußte Honecker seinen unmittelbar bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik am 4. September erneut absagen.

Herbert Häber war auch für FDP-Politiker ein begehrter Gesprächspartner

Vor diesem Hintergrund opferte Honecker ein Jahr später den Architekten seiner Deutschlandpolitik, Herbert Häber, der als Leiter der SED-Westabteilung die „Politik der kleinen Schritte" zwischen beiden deutschen Staaten seit den siebziger Jahren maßgeblich gestaltet hatte. Häbers tiefer Sturz führte im November 1985 vom Politbüro direkt in die Psychiatrie. Anschließend wurde er auf einen bedeutungslosen Posten abgeschoben.

Bis dahin war Häber für Politiker aller Bundestagsparteien ein begehrter Gesprächspartner gewesen. Den ersten Kontakt mit einem verantwortlichen FDP-Politiker hatte er im März 1978 als Gast des parlamentarischen Geschäftsführers Kurt Spitzmüller. Es folgten weitere - meistens mehrfache - Begegnungen mit Wolfgang Mischnick (Fraktionsvorsitzender), Hans-Günter Hoppe, Kurt Jung und Hans A. Engelhard (stellvertretende Fraktionsvorsitzende), Torsten Wolfgramm (parlamentarischer Geschäftsführer), Fritz Fliszar (Bundesgeschäftsführer), Günter Verheugen (Generalsekretär), William Borm (Präsidiumsmitglied) und Uwe Ronneburger (Parteivorstand). Die letzten Unterredungen mit führenden FDP-Politikern hatte Häber im Mai 1985 mit Martin Bangemann (Parteivorsitzender und Bundeswirtschaftsminister) sowie im Juni 1985 mit Uwe

Ronneburger (stellvertretender Fraktionsvorsitzender) und Helmut Schäfer (außenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion).

Ronneburger schneidet mächtig auf

Im Oktober 1981 mußte sich Häber gegenüber Honecker rechtfertigen, weil er über ein Abendessen, das die bundesdeutsche Vertretung in Ostberlin aus Anlaß eines Besuchs von Uwe Ronneburger gab, keinen Bericht angefertigt hatte. Den Medien war nämlich zu entnehmen, daß der FDP-Politiker wichtige Gespräche in der Hauptstadt der DDR geführt habe. Häber klärte Honecker darüber auf, daß Ronneburger lediglich angegeben hatte:

Nach Beendigung der Zusammenkunft war ich mir mit Genossen Seidel, Leiter der Abteilung BRD im MfAA, einig, daß es keinen Anlaß gibt, über diesen Abend eine Information anzufertigen. Herr Bölling hatte einen solch gemischten Kreis eingeladen, der eine ernstzunehmende und informative Diskussion mit Ronneburger nicht möglich machte. Ich selbst hatte lediglich Gelegenheit, Herrn Ronneburger zu begrüßen und ihm dann auf Wiedersehen zu sagen, verbunden mit dem Hinweis, daß wir uns eventuell bei Gelegenheit in Bonn einmal sprechen werden. Außerdem hatte ich keine Neigung, in Anwesenheit der Botschafter der USA und Großbritanniens sowie von BRD-Journalisten wie Schwarze und Cramer eine intensive Diskussion mit Herrn Ronneburger zu führen. Die Gespräche von Ronneburger mit Genossen Seidel sowie mit Genossen Max Schmidt waren ebenfalls nach Auskunft der beiden Genossen ganz allgemein und bezogen sich lediglich auf die besondere Verantwortung beider deutscher Staaten für den Frieden. Möglicherweise war Herr Ronneburger gar nicht sehr froh darüber, zum Abendessen eine Runde von fast 20 Personen vorzufinden, wodurch eine ordentliche Unterhaltung nicht gelingen konnte.

Häber war vermutlich der klügste Kopf im Politbüro der SED, dessen Mitglieder sonst einen ziemlich bescheidenen Zuschnitt

hatten. Es ging ihm um die Sache, nicht um die Karriere. Dies wurde ihm zum Verhängnis, als die DDR-Führung, die eben noch von den Gerontokraten im Kreml der mangelnden Standfestigkeit gegenüber dem Westen geziehen worden war, vom Reformprozeß in der Sowjetunion überholt wurde und sich nun ihrerseits gegen Veränderungen abzuschotten versuchte. Denn Tschernenko war im März 1985 gestorben und mit Michail Gorbatschow ein neuer Generalsekretär angetreten, der offenbar eher das Format seines Vor-Vorgängers Andropow hatte. Häbers Demontage erfolgte unter diesen Umständen zu spät, um noch als Kotau vor dem Kreml verstanden werden zu können. Vermutlich wollte Honecker vor allem die Scharfmacher im eigenen Politbüro wie den Stasi-Minister Mielke besänftigen. Wie zum Hohn wurde Häber gleichzeitig mit Konrad Naumann aus dem Politbüro ausgeschlossen, einem übel beleumundeten Alkoholiker und Weiberhelden.

Zu einem grundsätzlichen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik kam es aber nie. Auch nach der scharfen Kritik aus Moskau und der erzwungenen Absage seines Besuchs in Bonn plädierte Honecker im November 1984 vor dem SED-Zentralkomitee weiterhin für eine „weltweite Koalition der Vernunft und des Realismus“. Die deutsch-deutschen Kontakte gingen unvermindert weiter. Zum Beispiel traf der FDP-Politiker Bangemann am 11. März 1985 mit Erich Honecker und dem Politbüro-Mitglied Günter Mittag zusammen. Honecker reiste anschließend zur Beisetzung Tschernenkos nach Moskau, wobei er die Gelegenheit nutzte, um sich dort mit dem westdeutschen Bundeskanzler Helmut Kohl zu treffen.

Ende der Talfahrt

Nach dem Ausscheiden aus den meisten Landtagen gelingt der FDP ab 1985 die Trendumkehr

Schon vor den Neuwahlen vom März 1983 war die FDP, nachdem sie die Koalition mit der SPD verlassen hatte, bei den Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Hamburg unter fünf Prozent geblieben. Nun wurde sie aus zwei weiteren Landtagen verbannt: Am 6. März 1983 - gleichzeitig mit den Wahlen zum 10. Bundestag - sackte sie in Rheinland-Pfalz von 6,4 auf 3,5 Prozent ab. Eine Woche später, am 13. März, stürzte sie in Schleswig-Holstein von 5,75 auf 2,2 Prozent. Damit war sie in mehr als der Hälfte der Bundesländer an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Nur in Baden-Württemberg, im Saarland, in Niedersachsen, Bremen und Berlin war sie noch in den Landesparlamenten vertreten.

Besonders bemerkenswert war der Mißerfolg in Schleswig-Holstein, denn hier hatte sich die FDP - entgegen dem Kurs der Bundespartei und der meisten Landesverbände - für eine Koalition mit der SPD ausgesprochen. Die Hoffnung auf Leihstimmen von SPD-Wählern wurde aber enttäuscht. Auch die schleswig-holsteinischen Dissidenten unter der Führung Uwe Ronneburgers mußten für den Kurs der Bundespartei büßen. Der Landesvorstand trat angesichts des Debakels zurück.

Erster Erfolg bei vorgezogenen Neuwahlen in Hessen

Ein Ende der Talfahrt zeichnete sich erst am 25. September 1983 ab: Zwar flog die FDP bei den Landtagswahlen in Bremen mit einem Absturz von 10,8 auf 4,6 Prozent aus einem weiteren Landesparlament. Am selben Tag konnte sie jedoch bei den vorgezogenen Landtagswahlen in Hessen die schweren Verluste, die sie vor genau einem Jahr erlitten hatte, mehr als ausgleichen: Sie verbesserte sich um 4,5 auf 7,6 Prozent und zog mit acht Abgeordneten wieder in den Wiesbadener Landtag ein.

Der Erfolg in Hessen war allerdings massiver Wahlhilfe der CDU zuzuschreiben, die mit Hilfe der FDP endlich die Regierung von Holger Börner (SPD) ablösen wollte. Die Rechnung ging aber nicht auf, weil die CDU genausoviel Sitze im Landtag verlor wie die FDP gewann: Zusammen verfügten beide Parteien gerade über ein Mandat mehr als die SPD-Fraktion, die im Zweifelsfall auf die Unterstützung von sieben grünen Abgeordneten rechnen konnte.

Die Grünen sind erstmals „Zünglein an der Waage"

Die SPD regierte in Hessen unter Duldung der Grünen, die den Grünen-Hasser Börner zähneknirschend tolerierten, um die CDU nicht unterstützen zu müssen. Die FDP, die in der vorherigen Regierung Börner schon auf gepackten Koffern saß, um den Bonner Koalitionswechsel auch auf Landesebene zu vollziehen, war bei den Landtagswahlen im September 1982 unter fünf Prozent geblieben und stand deshalb vorerst als Mehrheitsbeschafferin nicht mehr zur Verfügung. An ihrer Stelle spielten erstmals neun grüne Abgeordnete die Rolle des „Züngleins an der Waage" zwischen 49 Abgeordneten der SPD und 51 Abgeordneten der CDU. Im Unterschied zur FDP waren die Grünen aber weder zu einer Koalition bereit noch wurden sie von SPD oder CDU als koalitionswürdig akzeptiert. Bei der konstituierenden Sitzung des Landtags scheiterte die Wahl des CDU-Kandidaten Wallmann zum Ministerpräsidenten mit 53 gegen 57 Stimmen, so daß Börner geschäftsführend im Amt blieb. Auch die vorgezogenen Neuwahlen im September 1983 brachten keine wesentliche Veränderung der Patt-Situation, obwohl nun auch die FDP wieder im Landtag vertreten war: Weder wollte sich die CDU auf eine große Koalition mit der SPD einlassen noch war die FDP bereit, eine Minderheitsregierung Börner zu dulden. In der Folge verfestigte sich die Tolerierung Börners durch die Grünen allmählich zu einer inoffiziellen Koalition, die spätere rot-grüne Regierungsbündnisse vorbereitete und Spekulationen darüber beflügelte, ob die Grünen nicht generell die traditionelle Rolle der FDP als „dritte Kraft" und Mehrheitsbeschafferin übernehmen würden.

„Liberale Demokraten" erringen nur 0,4 Prozent

Sowohl in Bremen als auch in Hessen kandidierten bei den Landtagswahlen am 25. September 1983 erstmals die „Liberalen Demokraten", die sich nach dem Bruch der Bonner Koalition als linksliberale Partei von der FDP abgespalten hatten. Das Ergebnis war jedoch so enttäuschend, daß den Linksliberalen die Lust auf weitere Kandidaturen bei Landtags- oder Bundestagswahlen verging: In beiden Ländern erreichten sie gerade mal 0,4 Prozent.

Nur geringe Verluste in Baden-Württemberg

Zufrieden sein konnte die FDP auch mit dem Ergebnis der Landtagswahlen am 25. März 1983 in Baden-Württemberg: Mit einem Schwund von 1,1 auf 7,2 Prozent hielten sich ihre Verluste in Grenzen. Die CDU hatte ebenfalls kleinere Verluste von 1,5 Prozent, konnte aber mit 51,9 Prozent die absolute Mehrheit behaupten. Damit fehlte die Basis für eine CDU/FDP-Koalition, die der Landesvorsitzende Jürgen Morlock als Wahlziel angesteuert hatte. Die FDP sah immerhin ihre Eigenständigkeit bestätigt: Das „Leihstimmengerede" sei durch das Wahlergebnis widerlegt worden.

Zugewinne im Saarland und in Berlin

Bei den folgenden Landtagswahlen am 10. März 1985 im Saarland und in Berlin war zur Erleichterung der Parteiführung endlich eine klare Trendumkehr festzustellen: An der Saar legte die FDP um 3,1 auf 10 Prozent zu. Die Fortführung der Koalition mit der CDU in Saarbrücken gelang allerdings nicht, weil die SPD unter Oskar Lafontaine eine knappe Mehrheit im Landtag errang. Vermutlich hatten die starken Verluste der CDU (- 6,7 Prozentpunkte) einiges mit dem Erfolg der FDP zu tun. Der FDP-Landesvorsitzende Horst Rehberger drückte es so aus, daß die FDP nicht habe alles wettmachen können, was die CDU verloren habe...

In Berlin verbesserte sich die FDP am selben Wahltag um 2,8 auf 8,4 Prozent - für den Landesvorsitzenden Walter

Rasch ein „respektables und gutes Ergebnis“, das die Koalition mit der CDU stärke. Man wolle im Senat künftig mehr liberale Politik durchzusetzen versuchen. Der CDU-Politiker Heinrich Lummer dämpfte übertriebene Erwartungen des Koalitionspartners allerdings sogleich mit der Feststellung, daß die CDU momentan über die absolute Mehrheit verfüge (wobei er die 15 Abgeordneten der grünen „Alternativen Liste“ ignorierte, die wie die Grünen im hessischen Landtag vorläufig nicht als Koalitionspartner in Frage kamen). „Aber wir wollten die Koalition“, fügte Lummer hinzu, „und da muß man schon großzügig sein“.

In Düsseldorf gelingt der Wiedereinzug in den Landtag

Auch bei den Landtagswahlen am 12. Mai 1985 in Nordrhein-Westfalen konnte die FDP um 1,1 auf 6,0 Prozent zulegen, während die CDU stark einbrach und die SPD die absolute Mehrheit errang. Sicher bedeutete es einen „Wermutstropfen“, daß eine Regierungsbildung mit der CDU nicht möglich war, wie der FDP-Vorsitzende Martin Bangemann erklärte. Im übrigen herrsche aber nach dem Wiedereinzug der FDP in den Düsseldorfer Landtag „überall Zufriedenheit“.

In Hannover braucht die CDU wieder einen Partner

Daß auf den Trend Verlaß war, bestätigten die drei anderen Landtagswahlen, die bis zum Ende der Bonner Legislaturperiode stattfanden: Am 15. Juni 1986 behauptete sich die FDP mit 6,0 Prozent (plus 0,1) in Niedersachsen, während die CDU um 6,4 Prozentpunkte abrutschte und ihre absolute Mehrheit verlor. Die FDP konnte somit wieder mit der CDU koalieren, nachdem bei den vergangenen Landtagswahlen vom 21. März 1982 ihr zwar der Wiedereinzug in den Landtag gelungen war, die CDU aber keinen Bedarf für einen Koalitionspartner hatte. Neue FDP-Minister im Kabinett von Ernst Albrecht wurden Walter Hirche (Landwirtschaft) und Heinrich Jürgens (Minister für Bundesangelegenheiten).

Die „Republikaner" als neue Konkurrenz von rechts

In Bayern konnte sich die FDP am 12. Oktober 1986 mit einem leichten Zuwachs um 0,3 auf 3,8 Prozent stabilisieren, verfehlte aber deutlich das Wahlziel eines Wiedereinzugs in den Landtag. Dafür schafften die Grünen, die sich als Vorkämpfer gegen den Bau einer nuklearen Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf profiliert hatten, mit 7,5 Prozent erstmals den Sprung über die Hürde. Möglicherweise wäre auch das Ergebnis der FDP besser ausgefallen, wenn nicht bei diesen Wahlen erstmals die „Republikaner" angetreten wären, die sich im März 1984 als „konservativ-liberale Volkspartei" von der CSU abgespalten hatten und mit ihren Biertisch-Parolen auch Teile der bayerischen FDP-Klientel ansprachen.

Wünsche offen ließ auch das Ergebnis am 9. November 1986 in Hamburg, wo sich die FDP zwar von 2,6 auf 4,8 Prozent verbesserte, aber knapp den Wiedereinzug in die Bürgerschaft verfehlte.

Die Flick-Affäre

Lambsdorff wird wegen Bestechlichkeit angeklagt und Bangemann löst ihn als Wirtschaftsminister ab / Hans-Otto Scholl überfällt ein Juweliergeschäft

Noch zu Zeiten der sozialliberalen Koalition war die Flick-Affäre ins Rollen gekommen: Im Februar 1982 teilte die Bonner Staatsanwaltschaft mit, daß sie gegen mehrere Politiker von FDP, CDU und SPD ermittele, die von der Friedrich Flick KG Spenden entgegengenommen hatten. Besonders der amtierende Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff und sein Vorgänger Hans Friderichs standen im Verdacht, Spenden für die FDP als Gegenleistung für einen Amtsmißbrauch erhalten zu haben: Sie hatten dem Flick-Konzern die Versteuerung von 1,5 Milliarden Mark aus dem Verkauf von Daimler-Benz-Aktien erlassen. Das Steuergeschenk war damit begründet worden, daß die genannte Summe aus dem Verkaufserlös wieder investiert wurde und deshalb nach Paragraph 6 b des Einkommensteuergesetzes „volkswirtschaftlich besonders förderungswürdig“ sei. Auch der frühere nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Horst Ludwig Riemer geriet ins Visier der Ermittler, weil er Spenden für die FDP entgegengenommen hatte.

Die Flick-Affäre erhellte schlaglichtartig, wie sehr die etablierten Parteien am Tropf des Großkapitals hingen, wie unzureichend das 1967 erlassene Parteiengesetz hinsichtlich der Parteienfinanzierung war und in welch selbstherrrlicher Weise die Parteien glaubten, sich sogar über geltendes Recht hinwegsetzen zu können. Sie war auch deshalb exemplarisch, weil Flick-Chef Eberhard von Brauchitsch systematisch politische „Landschaftspflege“ betrieben hatte, indem er sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien mit „Spenden“ bedachte - allerdings wohldosiert, und mit einer klaren Präferenz für Union und FDP.

Flick hatte schon Hitler finanziert

Einen besonderen Beigeschmack erhielt die Affäre dadurch, daß Friedrich Flick, der Vater des amtierenden Konzernchefs Friedrich Karl Flick, zu den wichtigsten Förderern Adolf Hitlers gehört hatte. Flick war deshalb 1947 von den Amerikanern in Nürnberg zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Im Zuge des Kalten Kriegs war er aber bald wieder freigekommen. Als er 1972 starb, galt er als der reichste Mann Deutschlands.

Auch der alte Flick hatte seinerzeit wohldosierte politische „Landschaftspflege" betrieben: So unterstützte er 1932 die NSDAP mit 50.000 Reichsmark, um sich für den Fall eines Wahlsiegs Hitlers Gunst zu sichern. Zugleich gab er aber die zwanzigfache Summe für die Kampagne zur Wiederwahl Hindenburgs, für die industriefreundliche DVP und die katholische Zentrumspartei aus. Erst nach der Machtergreifung flossen die Flick-Millionen ausschließlich zur Unterstützung Hitlers, der NSDAP und der SS. 1937 trat Flick auch formell der NSDAP bei und durfte sich „Wehrwirtschaftsführer" nennen.

„Staatsbürgerliche Vereinigung" verteilte Gelder an die Union und deren Trabanten

In den Anfängen der Bundesrepublik konnte als Faustregel gelten, daß die mitgliederstarke SPD sich überwiegend aus Beiträgen finanzierte, während Unionsparteien, FDP, DP und BHE vor allem von Zuwendungen der Wirtschaft lebten. Der Bankier und Adenauer-Intimus Robert Pferdmenges baute seit 1952 in allen Bundesländern Spendensammelorganisationen auf. Großspender zahlten direkt an die „Staatsbürgerliche Vereinigung", die in der Flick-Affäre endgültig als „Spendenwaschanlage" enttarnt wurde. Von den so gesammelten Geldern erhielt die Union mehr als die Hälfte und die FDP ein Drittel. Den Rest bekamen DP und BHE. Freilich flossen die Gelder nur bei Wohlverhalten: So ließ der „Bundesverband der Deutschen Industrie" 1961 der CDU-Bundesgeschäftsstelle den monatlichen Scheck über 100.000 Mark sperren, weil Adenauer gegen seinen Wil-

len die D-Mark aufgewertet hatte. Die FDP bekam den Geldhahn zugedreht, als sie vor den Bundestagswahlen von 1953 der CDU die Wähler von rechts her abspenstig zu machen versuchte.

Verfassungsauftrag wurde 18 Jahre lang mißachtet

Eigentlich waren die Parteien schon seit 1949 durch Artikel 21 des Grundgesetzes verpflichtet, über die Herkunft ihrer Mittel Rechenschaft abzulegen. Die ebenfalls vorgeschriebene Ausführung dieser Bestimmung durch ein Bundesgesetz war aber über viele Jahre hinweg unterblieben - eine glatte Mißachtung der Verfassung durch die herrschenden Parteien, die wohl Gründe hatten, ihre Finanzquellen im Dunkeln zu halten. Auch das 1967 erlassene Parteiengesetz sorgte nicht für die nötige Transparenz. Es blieb üblich, größere Gelder für die Parteien zu kaschieren, indem man sie zunächst als Spenden an parteinahe Stiftungen und ähnliche „Spendenwaschanlagen" deklarierte. Das hatte zudem den Vorteil, daß die Spenden von der Steuer abgesetzt werden konnten, bevor sie dem eigentlichen Empfänger zuflossen.

Lambsdorff bekam 135.000 und Friderichs 375.000 Mark

Diese heimliche Korrumpierung der Parteien und des Staats war zum großen Teil scheinlegal und deshalb nicht justitiabel. Im Falle der FDP-Politiker Friderichs und Lambsdorff ging allerdings aus den Aufzeichnungen des Flick-Chefbuchhalters Diehl hervor, daß sie mehrfach erhebliche Summen Bargeld von Flick bekommen hatten, während sie in ihrer dienstlichen Eigenschaft als Wirtschaftsminister sukzessive die Steuerbefreiung für den Spender verfügt hatten. Bei Friderichs waren es insgesamt 375.000 Mark und bei Lambsdorff 135.000 Mark. Es lag somit nahe, den Tatbestand der Bestechung anzunehmen - auch wenn beide das Geld nicht zur persönlichen Bereicherung verwendet, sondern an ihre Parteien weitergeleitet haben sollten. Aus ähnlichen Gründen ermittelte die Staatsanwaltschaft zunächst auch gegen den damaligen Bundesfinanzminister Hans Matthöfer

(SPD), der in der Flick-Buchhaltung unter dem Datum 30. Januar 1980 mit „wg. Matthöfer 40 000 Mark" auftauchte, nicht aber gegen den Oppositionsführer Helmut Kohl, der unterm selben Datum mit „wg. Kohl 50 000" vermerkt war.

Das politische Establishment ist empört über die Anklage

Die Bonner Politiker hatte sich derart an diese Praktiken gewöhnt, daß sie geradezu mit Empörung auf die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft reagierten. Lambsdorff und Friderichs versicherten ehrpusselig, selbstverständlich nicht bestechlich zu sein und sich nie persönlich bereichert zu haben. Die sozialliberale Bundesregierung bedauerte, daß erneut interne Vorgänge aus dem Justizbereich in die Öffentlichkeit gelangt seien. Dem CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl fiel auf, daß hier vor allem solche Politiker in Schwierigkeiten gebracht werden sollten, die auf dem rechten Flügel ihrer Parteien stünden.

So richtig brisant wurde die Flick-Affäre erst Ende 1982. Acht Wochen nach dem Sturz der Regierung Schmidt erschien der „Spiegel" mit weiteren Enthüllungen. Im Mai 1983 setzte der Bundestag einen Untersuchungsausschuß ein. Für die SPD gab es keine Gründe mehr, auf den kompromittierten Ex-Koalitionspartner Rücksicht zu nehmen. Die zuständige Staatsanwaltschaft brauchte deshalb auch nicht zu befürchten, von der nordrhein-westfälischen SPD-Landesregierung gebremst zu werden.

Ein Jahr später, am 29. November 1983, gab die Staatsanwaltschaft bekannt, daß sie gegen zwei Angestellte des Flick-Konzerns und drei FDP-Politiker Anklage erheben werde: Gegen den Flick-Bevollmächtigen von Brauchitsch und dessen Gehilfen Nemitz wegen fortgesetzter Bestechung, gegen Friderichs, Lambsdorff und Riemer wegen Bestechlichkeit. Die Verfahren gegen die übrigen Beschuldigten würden eingestellt.

Die Unionsparteien und die FDP reagierten wiederum empört und gekränkt: Justizminister Engelhard (FDP) verlangte eine

Gesetzesinitiative, um künftig „Vorverurteilungen" durch Auszüge aus amtlichen Ermittlungsakten verhindern zu können (Lambsdorff hatte einschlägige Berichte im „Spiegel" und im „stern" als „Hinrichtungsjournalismus" bezeichnet). Lambsdorff beteuerte, daß er „als Minister" keine Mark von Flick bekommen habe, weshalb von Vorteilsannahme oder Bestechung nicht die Rede sein könne. Genscher sprach Lambsdorff erneut sein Vertrauen aus.

Die bizarrste Leistung bei der Wehklage über die verfolgte Unschuld vollbrachte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler: Bei ihm kam „fast der Verdacht auf, daß hier bewußt oder unbewußt in einem anderen Bereich so gehandelt wird, wie's andere mit der Exekution von Schleyer und Ponto vorgenommen haben". Er verglich also die Verfolger von Lambsdorff und Co. mit Terroristen, was die Justiz umgehend zu einem Strafantrag wegen Beleidigung veranlaßte.

Lambsdorff tritt nach Anklageerhebung zurück - Neue Verwendung für Bangemann

Unter diesen Umständen verwunderte es fast, daß der Bundestag am 2. Dezember einstimmig die Immunität Lambsdorffs als Abgeordneter aufhob, damit die beabsichtigte Anklage erhoben werden konnte. Auch Lambsdorff stimmte zu. Den Rücktritt von seinem Amt als Wirtschaftsminister lehnte er aber nach wie vor ab.

Um nicht noch mehr in die Bredouille zu kommen, widerrief Lambsdorff Ende 1983 die Steuerbefreiung für einen Teilbetrag von 450 Millionen Mark, mit dem sich Flick am US-Konzern Grace beteiligt hatte: Inzwischen habe sich herausgestellt, daß aus der ursprünglich geplanten Kooperation nichts geworden sei und es sich um eine reine Finanzbeteiligung handele.

Nachdem die Anklage vom Bonner Landgericht zugelassen worden war und er offiziell den Status eines Angeklagten hatte, trat Lambsdorff am 27. Juni 1984 zurück. Neuer Wirtschafts-

minister wurde Martin Bangemann, der frühere baden-württembergische Landesvorsitzende (1974 bis 1978) und FDP-Generalsekretär (1974 bis 1975), der in beiden Ämtern nicht gerade eine gute Figur gemacht hatte und innerparteilich umstritten war. Vorübergehend begnügte sich Bangemann mit der Rolle eines Abgeordneten im Europäischen Parlament (seit 1973), wo er ab 1979 der Fraktion der liberalen Parteien vorsaß. Die Gunst des Parteivorsitzenden Genscher blieb ihm aber erhalten. Nachdem die FDP bei den Europa-Wahlen des Jahres 1984 kläglich eingebrochen war - es war das erste Mal, daß sie bei einer Abstimmung auf nationaler Ebene unter fünf Prozent blieb - nahm Genscher den Spitzenkandidaten Bangemann in Schutz und schrieb das schlechte Ergebnis dem Erscheinungsbild der Gesamtpartei zu. Es fügte sich gut, daß im selben Monat, in dem Bangemann seinen Posten im Europa-Parlament verlor, Lambsdorff den Rücktritt erklärte: So konnte Bangemann im fliegenden Wechsel das Amt des Wirtschaftsministers übernehmen.

Auch bei Kohls Aufstieg war Flick-Geld im Spiel

Als weiteres prominentes Opfer der Flick-Affäre gab am 25. Oktober 1984 der Bundestagspräsident Rainer Barzel seinen Rücktritt bekannt: Er hatte von Flick auf Umwegen über einen Beratervertrag 1,7 Millionen Mark erhalten, die ihn finanziell dafür entschädigen sollten, daß er zugunsten von Helmut Kohl auf den CDU-Parteivorsitz verzichtet hatte. - Der Weg Kohls an die Spitze der CDU war also gewissermaßen „von Flick freigekauft" worden, wie es der grüne Abgeordnete Jürgen Reents am 18. Oktober im Bundestag formulierte. Der amtierende Bundestagspräsident Stücklen (CSU) sah in dieser Feststellung allerdings eine Beleidigung und schloß Reents von der Debatte aus. Dem grünen Abgeordneten Joschka Fischer entfuhr daraufhin das berühmt gewordene Wort „Mit Verlaub, Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch!", was Stücklen wenigstens halbwegs berechtigte, nun auch Fischer wegen Beleidigung auszuschließen.

Lambsdorff und Friderichs werden verurteilt - aber nur wegen Steuerhinterziehung

Wohl auch mit Rücksicht auf die Wahlen zum 11. Bundestag, die am 25. Januar 1987 stattfanden, dauerte es bis zum 16. Februar 1987, ehe das Bonner Landgericht die Urteile verkündete: Der Flick-Manager von Brauchitsch bekam wegen Steuerhinterziehung zwei Jahre Gefängnis, die gegen Zahlung eine Geldbuße von 550.000 Mark auf drei Jahre zur Bewährung ausgesetzt wurden. Lambsdorff und Friderichs wurden ebenfalls wegen Steuerhinterziehung zu Geldstrafen von 180.000 Mark bzw. 61.500 Mark verurteilt.

Die Verurteilungen bezogen sich auf eher periphere Punkte der Anklage, die bei Lambsdorff seine Tätigkeit als Schatzmeister der FDP Nordrhein-Westfalen und bei Friderichs seine Tätigkeit als Vorstandsmitglied der Dresdener Bank betrafen. Den Kernpunkt der Anklage - den Vorwurf der Bestechung bzw. der Bestechlichkeit - sah die Strafkammer nicht als erwiesen an: Sicher bestehe „der nicht unerhebliche Verdacht", daß Lambsdorff und Friderichs zur Zeit ihrer Ministertätigkeit Zahlungen von Flick erhalten hätten. Ein direkter Zusammenhang dieser Zahlungen mit der Steuerbefreiung für Flick im Sinne einer „Unrechtsvereinbarung" sei aber nicht nachweisbar.

Lambsdorff erklärte zum dem Urteil, er könne damit leben: „Für mich ist das ganz Entscheidende der Freispruch in Sachen Bestechlichkeit." Steuerhinterziehung sei dagegen ein weit verbreiteter Vorgang.

Sein Nachfolger Martin Bangemann nahm das Urteil sogar „mit großer Zufriedenheit" zur Kenntnis. Bangemann sprach in diesem Fall als FDP-Vorsitzender: Seit dem FDP-Parteitag am 23. Februar 1985 in Saarbrücken hatte er auch die Nachfolge seines Mentors Hans-Dietrich Genscher als Parteivorsitzender angetreten.

Hans-Otto Scholl bekommt acht Jahre Haft wegen Raubüberfalls

Eindeutig kriminell war dagegen, wie der frühere Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende der FDP im rheinland-pfälzischen Landtag, Hans-Otto Scholl, seine persönlichen finanziellen Probleme zu lösen versuchte. Er tat dies nämlich mit vorgehaltener Pistole in einem Juweliergeschäft.

Der promovierte Jurist Scholl war seit 1967 sowohl Landtagsabgeordneter als auch Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der pharmazeutischen Industrie. Im Mai 1974 wurde er überdies Landesvorsitzender der rheinland-pfälzischen FDP. Im Juni 1980 verlor er seinen hoch dotierten Posten bei der Pharma-Lobby wegen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung. Wenig später leitete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern ein. Obwohl es zu keiner Anklage kam, blieben soviel Verdachtsmomente an Scholl hängen, daß er im Juli 1981 auch vom Amt des FDP-Landesvorsitzenden zurücktrat. Aber schon im Februar 1982 wählte ihn die FDP-Fraktion im Mainzer Landtag überraschend zu ihrem Vorsitzenden. Die weitere Karriere des ehemaligen Pharma-Lobbyisten schien gesichert.

Dann aber stürzte die FDP bei den Landtagswahlen am 6. März 1983 von 6,4 auf 3,5 Prozent ab. Für Scholl war das auch persönlich eine Katastrophe, weil er den Fraktionsvorsitzenden-Posten samt Einkünften verlor. Er war jetzt nur noch Beisitzer im Landesvorstand, Delegierter zum Bundesparteitag und Schatzmeister des FDP-Kreisverbands Ludwigshafen - alles brotlose Ämter, die eher Geld kosteten als welches einbrachten. Da er hoch verschuldet war, nahm er einen Kredit auf, der angeblich für eine „Liberale Aktion“ bestimmt war, in Wirklichkeit aber in die eigene Tasche floß. Die Staatsanwaltschaft leitete deshalb im Mai 1984 Ermittlungen wegen des Verdachts der Untreue ein.

Der FDP-Politiker setzte nun alles auf eine Karte: Am 28. Dezember 1984 überfiel er ein Juweliergeschäft in Baden-Baden, wobei er Gegenstände im Wert von 2,3 Millionen Mark erbeutete. Die Polizei kam ihm jedoch bald auf die Spur. Am 5. Januar 1985 wurde Scholl festgenommen. Ein Teil der Beute fand sich in einem Züricher Bankfach, das ihm gehörte. Ferner belasteten ihn die Aussagen von Tatzeugen. Auch die Tatwaffe konnte ihm zugeordnet werden. Obwohl Scholl die Tat weiterhin leugnete und sie einem angeblichen Doppelgänger in die Schuhe zu schieben versuchte, verurteilte ihn das Landgericht Baden-Baden am 27. Dezember 1985 zu acht Jahren Haft.

„Mein lieber Scholli!" entfuhr es dem Parteivorsitzenden Hans-Dietrich Genscher, als er von dem Gangsterstück seines Parteifreundes hörte. Der rheinland-pfälzischen FDP hat die Affäre aber seltsamerweise kaum geschadet: Bei den nächsten Landtagswahlen im Mai 1987 konnte sie ihren Stimmenanteil sogar mehr als verdoppeln und wieder in den Mainzer Landtag einziehen - zu spät freilich für den ehemaligen Fraktionsvorsitzenden Scholl, der inzwischen im Gefängnis statt im Parlament saß.

Auf absteigendem Ast

Der erneuerten CDU/FDP-Koalition unter Kohl schwinden die Chancen auf eine Wiederwahl

Die Bundestagswahlen vom 25. Januar 1987 stärkten die FDP, die sich seit den letzten Landtagswahlen wieder im Aufschwung befand, auch auf Bundesebene: Mit einem Zuwachs um 2,1 auf 9,1 Prozent und 48 Mandaten war sie nun fast gleichauf mit der CSU. Einer Analyse des Infas-Instituts zufolge kam der Stimmengewinn hauptsächlich von den Unionsparteien, die per Saldo 0,8 Millionen Wähler an die FDP verloren. Auch beim Wähleraustausch mit der SPD konnte die FDP einen positiven Saldo verbuchen.

Zu den Gewinnern der Wahl zählten ferner die Grünen, die sich von 5,6 auf 8,3 Prozent verbesserten und damit zum zweitenmal in den Bundestag einzogen. Für sie spielte die SPD, die per Saldo 0,6 Millionen Wähler an die Grünen abgeben mußte, eine ähnliche Rolle als Blutspender wie die Unionsparteien für die FDP.

Verlierer waren die beiden großen Parteien. Besonders überraschten die Einbußen der Unionsparteien, die mit 44,3 Prozent (minus 4,5 Prozentpunkte) ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 erzielten. Die SPD behauptete sich dagegen mit einem Verlust von 1,2 auf 37,0 Prozent besser, als erwartet worden war (die traditionelle Partei der Linken sah inzwischen ziemlich alt aus gegenüber der neuen Konkurrenz von den Grünen, die durch die Katastrophe am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl zusätzlich Oberwasser bekommen hatte).

Der FDP-Vorsitzende Bangemann und Außenminister Genscher äußerten sich sehr zufrieden über das Wahlergebnis, das die politische Linie der FDP bestätigt habe. Generalsekretär Helmut Haussmann nannte als Gründe für den Stimmenzuwachs

„Genschers Entspannungspolitik, Bangemanns Wirtschaftspolitik und die Steuersenkungs- und Umweltpolitik“. Haussmann hatte 1984 Irmgard Adam-Schwaetzer abgelöst, die das Amt des Bundesschatzmeisters übernahm.

Kohl nur mit knapper Mehrheit gewählt - FDP erhält wieder viertes Ministerium

Noch am Wahlabend bekräftigten Union und FDP ihren Willen zur Fortsetzung der Koalition. Helmut Kohl war auf den Partner mehr denn je angewiesen: Bei seiner Wiederwahl durch den Bundestag am 11. März 1987 bekam er in geheimer Abstimmung gerade vier Stimmen mehr, als erforderlich waren. Demnach hatten ihm 15 der anwesenden Koalitionsabgeordneten die Zustimmung verweigert. Es gab kaum einem Zweifel, daß diese Opponenten eher in den Reihen der Union als denen der FDP saßen...

Im neuen Kabinett besetzte die FDP dieselben Ministerien mit denselben Personen: Genscher wurde wieder Außenminister, Bangemann Wirtschaftsminister und Engelhard Justizminister. Außerdem bekam sie mit dem Ministerium für Bildung und Wissenschaft wieder ein viertes Ressort, das Jürgen Möllemann übernehmen durfte.

Möllemann war ein Zögling Genschers. Zunächst CDU-Mitglied, war er 1970 in die FDP eingetreten und schon 1972 Bundestagsabgeordneter geworden. Sein eigentlicher Aufstieg in der Partei begann nach der „Wende“, die er als Gefolgsmann Genschers durchsetzen half. Möllemann verstand es hervorragend, sich durch allerlei Effekthaschereien ins Gespräch zu bringen. So sprang der Oberstleutnant der Reserve, der seinen Wehrdienst bei den Fallschirmjägern absolviert hatte, wiederholt bei Wahlkämpfen mit dem Fallschirm ab. Mit den Jungdemokraten, die ein Ausschlußverfahren gegen ihn betrieben, stand er frühzeitig auf Kriegsfuß. Aber das konnte ihm nach der „Wende“ nur förderlich sein. Der wendige Karrierist wurde 1982 „Staatsminister“ im Auswärtigen Amt - ein Titel, der den parla-

mentarischen Staatssekretären im Außenministerium und Kanzleramt vorbehalten war - und saß seit 1983 dem wichtigen Landesverband Nordrhein-Westfalen vor.

Machtkampf innerhalb der CDU

Die neue Koalition hatte nur geringe Aussichten, die nächsten Bundestagswahlen zu überstehen: Die geschwächte CDU mußte auch bei fast allen Landtagswahlen der 10. Legislaturperiode Stimmenverluste hinnehmen. Laut einer Allensbach-Umfrage war die Zustimmung der Wähler zur Union auf katastrophale 33,4 Prozent gesunken. Innerparteilich tobte ein Machtkampf zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und seinen Gegnern, die Kohl für die anhaltende Misere verantwortlich machten. Unter anderem sollte er wenigstens den Parteivorsitz freimachen, wobei der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth als Nachfolger ins Spiel gebracht wurde. Als Kohl eine Kabinettsreform ankündigte, lehnte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler den ihm angebotenen Ministerposten ab. Der Ex-Generalsekretär Kurt Biedenkopf mahnte „inhaltliche Perspektiven“ anstelle personeller Umbesetzungen an. Kohl revanchierte sich auf dem CDU-Parteitag im September 1989, indem er Geißler nicht mehr als Generalsekretär vorschlug und für die Abwahl Späths aus dem Präsidium sorgte. Die Kaltstellung der fähigsten Köpfe der CDU trug ihm jedoch heftige innerparteiliche Kritik ein. Weitere Pyrrhussiege dieser Art konnte Kohl sich nicht leisten.

Bangemann setzt sich nach Brüssel ab

Vergleichsweise besser ging es der FDP, die sich noch 1983 vorm Fallbeil der Fünf-Prozent-Klausel gefürchtet hatte, als Kohl vorzeitige Neuwahlen durchsetzte. Der Wähleraustausch war inzwischen gelungen, so daß sie von der Unzufriedenheit mit der CDU nur profitieren konnte. Entsprechend folgten den Stimmengewinnen bei den Bundestagswahlen weitere Erfolge bei den Landtagswahlen in Hamburg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bremen.

Im Frühjahr 1988 mußte aber auch die FDP herbe Rückschläge bei den Landtagswahlen erleben. Vor allem das erneute Ausscheiden aus dem Kieler Landtag rief Kritik am Zwangsbündnis mit der CDU und an der Linie des Bundesvorstands hervor. Der FDP-Vorsitzende Bangemann fühlte, wie an seinem Stuhl gesägt wurde. Er trat die Flucht nach vorn an, indem er am 19. Mai öffentlich ankündigte, als EG-Kommissar nach Brüssel zu wechseln. Anschließend wolle er sich mit Hilfe der Bundesregierung zum Präsidenten der EG-Kommission wählen lassen. Seine Ämter als Parteivorsitzender und Bundeswirtschaftsminister werde er deshalb zum Jahresende abgeben.

Lambsdorff wird neuer Parteivorsitzender und Haussmann Wirtschaftsminister

Auf dem FDP-Bundesparteitag im Oktober 1988 in Wiesbaden bewarben sich der frühere Bundeswirtschaftsminister Lambsdorff und die Bundesschatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer um die Nachfolge Bangemanns als Parteivorsitzender. Lambsdorff machte mit 211 gegen 187 Stimmen das Rennen. Für den ehemaligen Spendenbeschaffer der FDP, der in der Flick-Affäre wegen Bestechlichkeit angeklagt und rechtskräftig wegen Steuerhinterziehung verurteilt worden war, ging es dabei auch um die Wiederherstellung seines Ansehens inner- und außerhalb der Partei. Seine Konkurrentin mußte sich mit dem Posten der Stellvertreterin begnügen. Weitere Stellvertreter wurden Wolfgang Gerhardt und Gerhart Rudolf Baum. Da der bisherige Generalsekretär Helmut Haussmann die Nachfolge Bangemanns als Wirtschaftsminister antreten sollte, wurde die Berliner Senatorin Cornelia Schmalz-Jacobsen zur neuen Generalsekretärin bestellt.

Trauer um Franz Josef Strauß

Der Bundesparteitag der FDP wurde am Eröffnungstag unterbrochen, um der Führungsspitze Gelegenheit zu geben, an den Trauerfeierlichkeiten für Franz Josef Strauß teilzunehmen, der

am 3. Oktober 1988 im Alter von 73 Jahren gestorben war. Die Trauer um den langjährigen Widersacher und unfreiwilligen Wahlhelfer der FDP war wohl echt. Bangemann würdigte den Verstorbenen als „großen, die Geschicke des Landes mitbestimmenden Politiker". Er werde „in Erinnerung bleiben als ein Kristallisationspunkt deutscher Politik".

In Hessen reicht es zur Koalition mit der CDU

Bei den Landtagswahlen hielt der Aufwärtstrend für die FDP zunächst an. Bei den Landtagswahlen am 5. April 1987 in Hessen verbesserte sie sich leicht von 7,6 auf 7,8 Prozent und errang neun Mandate. Im Gesamtergebnis verfügten nun CDU und FDP über zwei Stimmen mehr im Landtag als SPD und Grüne. Die bisherige knappe Mehrheit zugunsten von Rot-Grün hatte sich damit genau umgekehrt. Am 23. April wurde Walter Wallmann (CDU), der 1982 knapp gescheitert war, mit 57 von 110 Stimmen zum neuen hessischen Ministerpräsidenten gewählt. Von den neun Ministern seines Kabinetts gehörten zwei der FDP an: Wolfgang Gerhardt als stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Wissenschaft, Kunst und Bundesangelegenheiten sowie Alfred Schmidt als Wirtschaftsminister.

Nach neun Jahren wieder in der Hamburger Bürgerschaft

Am 17. Mai 1987 konnte die FDP in Hamburg 6,5 Prozent erringen und so nach neunjähriger Pause wieder in die Bürgerschaft einziehen. Bereits im Wahlkampf hatte sie die Bereitschaft zu einer Koalition mit der SPD angedeutet, falls es der CDU wieder nicht gelingen sollte, die Patt-Situation zu überwinden, die sich aus der Präsenz der „Grün-Alternativen Liste" ergab. Nachdem die CDU sogar Verluste hinnehmen mußte und die SPD deutlich zulegte, kam es so in Hamburg zur ersten SPD/FDP-Koalition nach der „Wende".

Dem CDU-Generalsekretär Heiner Geißler schien das Hamburger SPD/FDP-Bündnis „allemal besser" zu sein als eine große

Koalition. Es gebe deshalb keine Verstimmung zwischen den Bonner Koalitionspartnern, versicherte er. „Man muß in einem Land die Regierungsfähigkeit herstellen, die das Land braucht."

Erfolge in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Bremen

Am selben Tag wie in Hamburg gelang der FDP in Rheinland-Pfalz der Wiedereinzug in den Landtag: Mit 7,3 Prozent konnte sie ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln, während die CDU die absolute Mehrheit verlor und um fast sieben Prozentpunkte abrutschte. Die Christdemokraten benötigten nun die FDP wieder dringend als Koalitionspartner. - Bald werde es keine Landesregierung mehr ohne die FDP geben, glaubte der FDP-Vorsitzende Bangemann prophezeien zu können.

Die nächsten beiden Landtagswahlen am 13. September 1987 schienen Bangemann Recht zu geben: Sowohl in Schleswig-Holstein (5,2 Prozent) als auch in Bremen (10,0 Prozent) konnte die FDP ihren zuletzt errungenen Stimmenanteil mehr als verdoppeln und in die Landesparlamente zurückkehren. In Bremen stellte sich die Koalitionsfrage nicht, da hier die SPD ihre absolute Mehrheit knapp behaupten konnte. In Kiel dagegen war die CDU auf die Hilfe der FDP angewiesen, um weiter regieren zu können.

In Stuttgart nur noch „parlamentarische Gruppe"

Im folgenden Jahr ging es dann aber bergab: Bei den Landtagswahlen am 20. März 1988 in Baden-Württemberg erzielte die FDP nur 5,9 Prozent der Stimmen gegenüber 7,2 Prozent bei den vorherigen Wahlen. Von der allein regierenden CDU wurde sie weiterhin nicht benötigt. Zudem verlor sie im Landtag den Fraktionsstatus. Mit nur noch sieben Abgeordneten sank sie auf den Status einer „parlamentarischen Gruppe" herab, wie ihn von 1980 bis 1984 die Grünen besaßen, die danach die FDP überholten und seitdem die drittstärkste Fraktion im Landtag stellten.

Innerparteilicher Krach wegen des Fiaskos in Schleswig-Holstein

Noch schwerer zu verdauen war das Ergebnis der vorgezogenen Neuwahlen am 8. Mai 1988 in Schleswig-Holstein. Diese fanden vor dem Hintergrund der Barschel-Affäre statt, die bereits kurz vor den letzten Wahlen vom 13. September 1987 ins Rollen gekommen war: Damals enthüllte der „Spiegel“ allerlei illegale Praktiken, mit denen der CDU-Ministerpräsident Uwe Barschel versucht haben soll, seinen Rivalen Björn Engholm von der SPD auszuschalten. Barschel mimte zunächst die verfolgte Unschuld. Nachdem sich wesentliche Teile der Anschuldigungen erhärteten und auch die eigene Partei zu dem inzwischen zurückgetretenen Ministerpräsidenten auf Distanz ging, beging er Selbstmord: Am 11. Oktober 1987 wurde Barschel in einem Genfer Hotel tot in der Badewanne aufgefunden.

Die FDP setzte eindeutig aufs falsche Pferd, als sie sich vor den Neuwahlen auf eine Koalition mit der kompromittierten CDU festlegte. Mit nur noch 4,4 Prozent flog sie erneut aus dem Landtag, in dem sie knapp ein Jahr lang vertreten gewesen war. Da die SPD mit Engholm die absolute Mehrheit errang, wäre die FDP sowieso nicht als Koalitionspartner in Frage gekommen. Mit ziemlicher Sicherheit wäre sie aber im Landtag geblieben und hätte wie die SPD vom Unmut der Wähler profitieren können, wenn sie sich taktisch klüger verhalten hätte. Der stellvertretende Landesvorsitzende Wolfgang Kubicki forderte deshalb den Rücktritt des Spitzenkandidaten Zumpfort. Die Mehrheit des FDP-Bundesvorstandes stellte sich aber hinter den Landesvorsitzenden Zumpfort und erteilte Kubicki eine schwere Rüge. FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann sprach von einem „koalitionspolitischen Opfer“, das die FDP in Schleswig-Holstein habe bringen müssen. Der Parteivorsitzende Martin Bangemann behauptete ebenfalls, eine Koalitionsaussage für die SPD sei nicht möglich gewesen.

In Berlin mehr als halbiert

Der nächste Nackenschlag - inzwischen war Bangemann als Parteivorsitzender durch Lambsdorff abgelöst worden - kam am 29. Januar 1989: Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus erlitt die seit 1981 regierende Koalition eine schwere Niederlage. Die CDU stürzte von 46,4 auf 37,8 Prozent und die FDP von 8,5 auf 3,9 Prozent. Die Rolle der dritten Kraft spielte nun die „Alternative Liste", die stattliche 11,8 Prozent errang und mit der SPD den neuen Senat bildete. Außerdem erzielten die rechtsextremen „Republikaner" auf Anhieb 7,5 Prozent.

Trostpflaster Europa-Wahl

Zufrieden sein konnte die FDP nur noch mit ihrem Abschneiden bei den Europa-Wahlen am 18. Juni 1989: Der Zugewinn von 0,8 auf 5,6 Prozent reichte aus, um dieses Mal die Fünf-Prozent-Hürde wieder zu überwinden und vier Abgeordnete nach Straßburg zu entsenden.

Die Mauer fällt

Der Zusammenbruch der DDR rettet Helmut Kohl und gibt auch der FDP neuen Auftrieb

Die DDR habe einen Zustand „relativer Stabilität" erreicht, erklärte der Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin, Hans-Otto Bräutigam, zu Beginn des Jahres 1989 in einem Interview. Diesen Zustand werde sie halten können. Die DDR sei kein Land für dramatische Änderungen und Wechsel.

Mit dieser Fehleinschätzung stand der Diplomat nicht allein. Gerade unter Experten wurden die innere Stabilität und die Wirtschaftskraft des zweiten deutschen Staates überschätzt. Wer Anfang 1989 prophezeit hätte, daß dieser Staat noch im selben Jahr zusammenbrechen würde, wäre mitleidig belächelt worden.

Die Tage des SED-Regimes waren jedoch bereits gezählt. Im Unterschied zur Bundesrepublik, die auch eine Schöpfung der Besatzungsmächte war, konnte die DDR nie eine eigene Legitimität entwickeln, sondern stützte sich vierzig Jahre nach ihrer Gründung noch immer auf die Bajonette der sowjetischen „Freunde". Sobald die schützende Hand der Sowjets wegfiel, war das SED-Regime aus eigener Kraft nicht überlebensfähig.

Gorbatschows „Perestroika"

Die politische Großwetterlage wurde inzwischen aber von der „Perestroika" in der Sowjetunion bestimmt, die der seit 1985 amtierende Kremlchef Michail Gorbatschow 1988 noch forcierte. Gorbatschow bombardierte den Westen mit Entspannungsangeboten, während die USA nicht nur auf der „Nachrüstung" beharrten, sondern auch Gorbatschows Abrüstungsinitiativen blockierten und mit dem Projekt einer Raketenabwehr im Weltraum (SDI) eine neue Stufe des Wettrüstens eröffneten. Als

Ronald Reagan 1989 sein Amt an George Bush übergab, war Gorbatschow in der Bundesrepublik wesentlich beliebter als der US-Präsident. Beim Staatsbesuch des Kremlchefs im Juni 1989 in Bonn war die früher eher sowjetfeindliche Haltung der bundesdeutschen Öffentlichkeit wie weggeblasen. Bevölkerung und Medien umjubelten den sowjetischen Staatsgast, der die jahrzehntelange Konfrontation zwischen Ost und West wie einen gordischen Knoten durchhieb, indem er auch einseitige Vorleistungen nicht scheute. In den Beifall für „Gorbi" stimmten die maßgeblichen Kreise von Politik und Wirtschaft mit ein.

Unter diesen Umständen war die Ost- und Deutschlandpolitik der Kohl-Regierung vorgezeichnet: Sie konnte gar nicht anders, als weiter in der Fußspur ihrer sozialliberalen Vorgänger zu wandeln, wenn sie ihren schleichenden Niedergang nicht noch beschleunigen wollte. Andererseits - und darin bestand die Zwickmühle - galt die Opposition auf diesem Gebiet eben doch als kompetenter und glaubwürdiger.

Honeckers Staatsbesuch in der Bundesrepublik

Sogleich nach den Bundestagswahlen erneuerte Kohl seine Einladung an SED-Chef Erich Honecker zu einem Besuch in Bonn. Im Vorfeld trafen zahlreiche prominente bundesdeutsche Politiker zu persönlichen Gesprächen mit Honecker zusammen. Zu ihnen gehörten der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD), der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU), der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU), der Regierende Berliner Bürgermeister Diepgen (CDU) und Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP). Sowohl Vogel als auch Strauß überbrachten Honecker persönlich die Einladung Kohls.

Am 7. September 1987 war es so weit: Der DDR-Herrscher kam mit Gefolge zu einem fünftägigen Staatsbesuch in die Bundesrepublik. Es wurden - früher unvorstellbar - die Hymnen beider deutscher Staaten gespielt. Die Begrüßung übernahm

Wirtschaftsminister Bangemann anstelle von Außenminister Genscher. Im übrigen wurde Honecker aber mit dem üblichen „roten Teppich“ für Staatsoberhäupter empfangen - eine deutliche Aufwertung des Protokolls gegenüber dem für September 1984 vorgesehenen und dann abgesagten Besuch. Damals sollten Kohl und Honecker außerhalb Bonns zusammentreffen, und es war auch kein Empfang beim Bundespräsidenten vorgesehen.

Den letzten Tag seines Besuchs verbrachte Honecker als Gast des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß, der noch 1983 maßgeblich dazu beigetragen hatte, den ersten Besuchstermin zu vereiteln. Der anerkennungssüchtige SED-Chef durfte mit seinem Empfang zufrieden sein. Seit der ersten Einladung, die im Dezember 1981 Helmut Schmidt beim Treffen im Jagdschloß Hubertusstock am Werbellinsee aussprach, hatte er bereits eine ganze Reihe von westlichen Staaten besucht. Nun fehlte ihm nur noch der offizielle Empfang in Washington. Im Mai 1988 reiste das SED-Politbüromitglied Hermann Axen zu einem offiziellen Besuch in die USA, um das Terrain entsprechend vorzubereiten.

Genscher profiliert sich beim Flüchtlings-Drama

Die Erosion im Ostblock hatte aber inzwischen solche Ausmaße erreicht, daß auch dem SED-Regime, das sich Gorbatschows Kurs nur zähneknirschend fügte und teilweise sogar offen Widerstand leistete, die Zügel der Macht zu entgleiten begannen. Im Mai 1989 baute Ungarn seine Sperranlagen an der Westgrenze ab, wodurch sich für DDR-Bürger ein Schlupfloch in den Westen öffnete. Im selben Monat erkühnten sich mehrere DDR-Bürger, Strafanzeige wegen Fälschung der Kommunalwahlergebnisse zu stellen, obwohl das Manipulieren von Wahlergebnissen absolut nichts neues war. Im August schwoll der Flüchtlingsstrom an der ungarischen Grenze auf mehrere hundert Menschen täglich an. Die Bonner Botschaften in Prag und Budapest sowie die Ständige Vertretung in Ostberlin wurden von Flüchtlingen überrannt und mußten geschlossen werden.

In dem damit beginnenden Drama fiel der Regierung Kohl die Rolle eines Hauptakteurs zu. Während sie bisher in der Defensive war und nicht mit der Wiederwahl rechnen durfte, konnte sie sich nun unverhofft neu profilieren. Ganz besonders galt dies für Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der mit den Regierungen in Ostberlin, Prag, Budapest und Warschau über die Ausreise der Flüchtlinge verhandelte. Am 31. September teilte er unter dem Jubel von 4000 Flüchtlingen in der Prager Botschaft mit, daß die DDR ihrer Ausreise zugestimmt habe. Die DDR bestand lediglich darauf, daß die Sonderzüge mit den Flüchtlingen erst über ihr Territorium rollen sollten, um den Anschein einer legalen Ausreise zu wahren.

Der SED entgleitet die Macht

Honecker wollte nicht wahrhaben, daß er auf verlorenem Posten stand. Noch am 7. Oktober ließ er mit großem Aufwand die Feierlichkeiten zum vierzigjährigen Bestehen der DDR zelebrieren, während die Flüchtlingsströme weiter anschwollen und am Rande der Feierlichkeiten schon Tausende gegen die Partei- und Staatsführung demonstrierten. Bei der regelmäßigen „Montagsdemonstration" in Leipzig wurden am 16. Oktober 120.000 Menschen geschätzt. Zwei Tage später wurde Honecker vom Politbüro gestürzt und durch Egon Krenz ersetzt. Der Nachfolger signalisierte aber keine Erneuerung. Er galt schon lange als „Kronprinz" und war in der Bevölkerung eher noch unbeliebter als Honecker. Am 4. November demonstrierten in Ostberlin rund eine Million Menschen für politische Freiheiten und die Beseitigung des Machtmonopols der SED.

Im Politbüro der SED herrschten am Ende nur noch Ratlosigkeit und Konfusion. Am 9. November verkündete der Berliner Bezirkschef Günter Schabowski einen Beschluß, wonach jeder DDR-Bürger frei reisen könne. Möglicherweise war alles ein Mißverständnis. Infolge der Verkündung des Beschlusses über die Medien und des darauf einsetzenden Ansturms auf die DDR-Grenzübergänge wurde die Reisefreiheit aber faktisch herge-

stellt. Begeistert fuhren die „Ossis“ in den Westen und wurden dort jubelnd empfangen. Die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten war jetzt nicht mehr aufzuhalten. Es war nur noch die Frage, wie schnell und in welcher Form sie vor sich gehen würde.

Kohl gefällt sich als „Enkel Adenauers“

Im Grunde war die jetzt beginnende Wiedervereinigung eine Frucht des „Wandels durch Annäherung“, den seinerzeit die sozialliberale Koalition einleitete und hinter dem die SED schon damals eine „Aggression auf Filzlatschen“ witterte. Helmut Kohl verstand es indessen, sie als späte Frucht der Adenauer-Politik erscheinen zu lassen: Die Bilder von Menschen, die sich jubelnd in die Arme fielen, ungehindert durchs Brandenburger Tor strömten oder die Mauer einrissen, entsprachen haargenau den Klischees, die in den fünfziger und sechziger Jahren propagiert worden waren, um von der realen Untätigkeit in Sachen Wiedervereinigung abzulenken. Eine Parole wie „Macht das Tor auf!“ war damals eine Kalte-Kriegs-Losung und allenfalls geeignet, die Spaltung zu vertiefen. Nachträglich mochte es naiven Gemütern dennoch erscheinen, als fahre der „Enkel Adenauers“ - eine von Kohl selbst erfundene Metapher - die Ernte einer standhaften Konfrontationspolitik gegenüber der DDR ein. Daß Kohl eben noch den roten Teppich für Honecker ausgerollt hatte, geriet darüber in Vergessenheit.

Bei der FDP lagen die Dinge etwas anders: Ihre maßgebliche Rolle bei der Einleitung der neuen Deutschland- und Ostpolitik konnte und wollte sie sich nicht nehmen lassen. Aber sie sprach schließlich auch andere Wählerkreise an, die mokant die Mundwinkel verzogen, wenn vom „Enkel Adenauers“ die Rede war...

Das Schlagwort von der „Wende“, das bisher für die Ablösung der sozialliberalen Koalition durch eine eher konservative Regierung stand, bekam nun jedenfalls durch die Wende in der DDR eine neue, uneingeschränkt positive Bedeutung. Und Hans-

Dietrich Genscher, der bisher als Drahtzieher der Bonner „Wende“ eine umstrittene Figur war, wandelte sich zum strahlenden Helden der ostdeutschen Wende.

Die Ostdeutschen machen ihr Kreuz bei der CDU

Bis nach der Wende herrschte die Ansicht vor, die Ostdeutschen würden der SPD zu einer satten Mehrheit verhelfen, sobald sie in freien Wahlen erst einmal die Gelegenheit dazu hätten. Es gab auch gute Gründe für diese Vermutung, die teils in der Historie, teils in den Bedingungen der Gegenwart wurzelten. Bei der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 machten aber 40,59 Prozent der Wähler ihr Kreuz bei der CDU. Zusammen mit den Ablegern DSU („Deutsche Soziale Union“) und DA („Demokratischer Aufbruch“) erreichte das christdemokratische Lager sogar annähernd 48 Prozent. Mit großem Abstand folgten die SPD mit 21,76 Prozent und die zur PDS gewandelte SED mit 16,32 Prozent. Der „Bund Freier Demokraten“ als Zusammenschluß von LDP, FDP und Deutscher Forumspartei kam auf 5,28 Prozent. Das „Bündnis 90“ als politische Vertretung jener Kräfte, die mit großem persönlichem Einsatz und Risiko für eine demokratische Erneuerung der DDR gekämpft hatten, erreichte gerade 2,90 Prozent.

In der Regierung von Lothar de Maizière (CDU) waren nach einigem Hin und Her sämtliche Parteien vertreten, die - im Gegensatz zu PDS und „Bündnis 90“ - die Aufgabe der Eigenstaatlichkeit der DDR und den schnellstmöglichen Anschluß an die Bundesrepublik betrieben: Die CDU nominierte elf Minister, die SPD sieben, die LDP drei, die DSU zwei und der DA einen.

Die ersten freien Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 bestätigten dieses politische Kräfteverhältnis. So wie die meisten DDR-Bürger früher brav die Einheitsliste „gefaltet“ hatten, so schienen sie nun die Unionsparteien als legitime Vertreter der neuen Obrigkeit anzuerkennen. Dabei war die Partei, die jetzt eine so überwältigende Mehrheit erhielt, nichts anderes als die alte Ost-CDU, die in hündischer Ergebenheit auf SED-Linie gelegen hatte.

FDP an vier von fünf Länder-Regierungen beteiligt

Auch aus den ersten Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 ging die CDU als klarer Sieger hervor. Zugleich zeichneten sich in den fünf DDR-Ländern unterschiedliche Stimmenanteile ab, die entsprechende Koalitionen erforderlich machten. Nur in Sachsen konnte die CDU mit absoluter Mehrheit allein regieren (wobei der von Kohl abgehalfterte Kurt Biedenkopf einen glanzvollen Wiederaufstieg als Ministerpräsident erlebte und auch die Stimmen der FDP erhielt). In Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern kam es zu CDU/FDP-Koalitionen, in denen für die FDP drei bzw. zwei Ministerposten abfielen. In Brandenburg, wo ausnahmsweise die SPD stärkste Partei war, sicherte sich die Regierung von Manfred Stolpe mit Hilfe von „Bündnis 90“ und FDP die Mehrheit im Landtag. Die FDP bekam hier einen von elf Ministerposten, den sie mit dem aus Brandenburg gebürtigen ehemaligen baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Hinrich Enderlein besetzte.

Auch in den alten Bundesländern geht es wieder aufwärts

Mit Stimmenanteilen von 9,7 Prozent (Thüringen) bis 15,7 Prozent (Sachsen-Anhalt) erzielte die FDP bei den Landtagswahlen in der DDR unerwartet gute Ergebnisse, die deutlich über denen in der Bundesrepublik lagen. Hier wäre sie schon froh gewesen, in allen Landtagen vertreten zu sein. Aber auch in der Bundesrepublik wurde nun der Abwärtstrend gestoppt, der sich 1988/89 bei den Wahlen in Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Berlin bemerkbar gemacht hatte.

Es dauerte allerdings noch etwas, bis sich der Bonus durch die deutsche Einheit auswirkte, zumal die Auswirkungen der eilends gezimmerten Vereinigung umstritten waren und auch zu Besorgnis Anlaß geben konnten. Bei den saarländischen Wahlen am 28. Januar 1990 baute deshalb die SPD mit Oskar Lafontaine ihre absolute Mehrheit im Landtag weiter aus, während CDU und FDP empfindliche Verluste hinnehmen mußten. Die FDP sackte von 10,0 auf 5,6 Prozent ab.

Bei den folgenden beiden Wahlen am 13. Mai 1990 begann die Trendumkehr zu wirken: In Nordrhein-Westfalen veränderte sich die FDP nur unwesentlich um minus 0,2 auf 5,8 Prozent und blieb weiter mit der CDU in der Opposition. In Niedersachsen kam sie wieder auf 6,0 Prozent. Zur Fortführung der Regierung mit der CDU reichte es aber nicht mehr. Stattdessen ging die SPD unter Gerhard Schröder erstmals eine Koalition mit den Grünen ein.

Ein deutlicher „Genscher-Effekt“ zeigte sich dann aber bei der Landtagswahl, die am 14. Oktober 1990 - am selben Tag wie die Landtagswahlen in der DDR - in Bayern stattfand: Die FDP verbesserte sich von 3,8 auf 5,2 Prozent und zog nach acht Jahren wieder in den Landtag ein.

Die FDP übernimmt zwei „Blockflöten“

Der gigantische Mitgliederzuwachs durch LDPD und NDPD hält aber nicht lange an

Als Folge des Zusammenbruchs der DDR konnte die FDP ihre Mitgliederzahl schlagartig verdreifachen, indem sie die beiden ehemaligen „Blockparteien“ LDPD und NDPD bzw. deren Nachfolger übernahm. Gerne hätte sie auch das Hundert-Millionen-Vermögen der beiden DDR-Altparteien übernommen. Von dem vielversprechenden Zuwachs an Mitgliedern und Vermögen blieb aber bald nur noch ein kümmerlicher Rest.

Politische Handlanger der SED

Formal hatte es in der ehemaligen DDR immer mehrere Parteien gegeben: Neben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die aus der Vereinnahmung der SPD durch die KPD entstanden war, existierten noch die Christlich-Demokratische Union (CDU), die Liberaldemokratische Partei Deutschlands (LDPD), die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NDPD) und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD).

Alle diese Parteien tanzten spätestens seit Ende der vierziger Jahre nach der Pfeife der sowjetischen Besatzungsmacht. Sie waren Werkzeuge der SED, um die Politik des Regimes auch solchen Bevölkerungsschichten nahezubringen, die der „marxistisch-leninistischen“ Propaganda eher gleichgültig, skeptisch oder feindselig gegenüberstanden. Sie wirkten im Rahmen des sogenannten „Demokratischen Blocks“ bzw. der „Nationalen Front“ als politische Handlanger der SED. Man bezeichnete sie deshalb auch als Blockparteien oder abschätzig als „Blockflöten“.

Die Ursprünge der vier Blockparteien

LDPD und CDU waren ursprünglich echte Parteien: Unmittelbar nach dem Krieg repräsentierten sie in der sowjetischen Besatzungszone dieselben politischen Lager wie FDP und CDU in den Westzonen. Die LDPD stand zeitweilig sogar in offener Opposition zum Regime. Erst Ende der vierziger Jahre wurde sie auf SED-Kurs gebracht und ihrer politischen Eigenständigkeit völlig beraubt.

NDPD und DBD entstammten dagegen der Retorte der sowjetischen Besatzungsmacht: Sie waren 1948 nachträglich geschaffen worden, um gemäß der Doktrin kommunistischer „Bündnispolitik" solche Bevölkerungskreise in das System einzubinden, die sich weder in der SED noch in CDU oder LDPD heimisch fühlten. Die NDPD sollte in erster Linie ehemalige Soldaten und NSDAP-Mitglieder ansprechen. Die DBD zielte auf Bauern und sonstige ländliche Bevölkerung.

LDPD und NDPD hatten dieselbe Klientel

In der Praxis entsprach die Mitgliederstruktur der Blockparteien nur wenig der Vulgär-Soziologie, die dieser kommunistischen „Bündnispolitik" zugrunde lag. Zum Beispiel hat die NDPD die ihr zugedachte Rolle eines Sammelbeckens für ehemalige Pg's auch in den Anfangsjahren kaum erfüllt. Sie war wie die LDPD eine Partei für breite Bevölkerungsschichten mit dem Schwerpunkt auf Angestellten, Handwerkern und anderen Selbständigen. Schon vor dem Ende der DDR wurde darüber gerätselt, weshalb die DDR sich den Luxus von zwei fast identischen Blockparteien leistete, und wann welche der beiden Parteien wohl zugunsten der anderen aufgelöst werden würde.

Die LDPD unterschied sich von der NDPD hauptsächlich durch den andersgearteten Ursprung. Noch Ende 1988 waren 12,7 Prozent ihrer Mitglieder der Partei bereits in der Zeit vor der Zustimmung zum „Aufbau des Sozialismus" beigetreten. Unter solchen Alt-Mitgliedern mochte es auch noch ansatzweise

eine liberale Tradition geben. Ansonsten war der Liberalismus, den die Partei im Namen führte, für die Führung und die etwa zweitausend hauptamtlichen Funktionäre nicht mehr als eine Phrase oder ein historisches Relikt.

„Parteifreund" zu sein war einfacher als „Genosse"

Allgemein bestand die Attraktivität der Blockparteien nicht in ihrer Programmatik, die sowieso von der SED vorgegeben wurde, sondern in ihrer Ersatzfunktion als kleineres Übel: Sie vereinnahmten ihre „Parteifreunde" nicht in so strapaziöser Weise wie die SED ihre „Genossen" und boten doch die unumgängliche Einbettung in das herrschende Machtgefüge.

Zum Beispiel konnte ein Lehrer durch Mitgliedschaft in der LDPD den Eintritt in die SED vermeiden und doch den unumgänglichen Loyalitätsnachweis erbringen - sofern er dafür in Kauf nahm, nicht Schulleiter zu werden, sondern allenfalls einen Stellvertreter-Posten zu bekommen. Und der Handwerker konnte als Mitglied von LDPD oder NDPD schon mal bei der Partei vorstellig werden, um etwa die Chancen für eine Genehmigung oder die Beschaffung von Material zu erhöhen.

Auch in den Tagen der „Wende", als die Bevölkerung bereits auf den Straßen demonstrierte, bekannte sich die LDPD-Führung weiter zum herrschenden System. Daß der seit 1967 amtierende Vorsitzende Manfred Gerlach im September 1989 vorsichtig auf Distanz zur SED ging („Widerspruch ist nicht Opposition"), hätte noch ein paar Wochen davor Aufsehen erregt. Unter den veränderten Verhältnissen wirkte es aber wie der Versuch, den Part des Vasallen auch in stürmischen Zeiten zu erfüllen.

Gründung einer „FDP der DDR"

Während die unrühmliche Vergangenheit der „Blockflöten" vor allem aus Sicht der FDP ein Hindernis war, sofort mit LDPD und NDPD zu fusionieren, gab es aus deren Sicht handfestere Probleme, die einer Verschmelzung im Wege standen: Beide

Parteien beschäftigten tausende von Funktionären und besaßen umfangreiches Vermögen, das sie der FDP, die vergleichsweise ein armer Schlucker war, nicht einfach preisgeben wollten.

So kam es am 4. Februar 1990 erst mal zur Gründung einer „FDP der DDR“. Der ostdeutsche Ableger der FDP besaß aber kaum eigene Substanz, war mehr Briefkastenfirma als echte Filiale. Am Gründungsparteitag in Ostberlin nahmen führende westdeutsche FDP-Politiker teil, unter ihnen der Parteivorsitzende Lambsdorff, Bundesaußenminister Genscher und der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick.

LDPD nennt sich wieder LDP

Eine Woche später fand - wiederum in Anwesenheit von Lambsdorff, Genscher und Mischnick - ein Parteitag der LDPD statt: Die Delegierten beschlossen, mit der eben gegründeten Ost-FDP und der Deutschen Forumspartei (DFP) über ein gemeinsames Wahlbündnis zu den bevorstehenden Volkskammerwahlen im März und zu den Kommunalwahlen im Mai zu verhandeln. Das Wahlbündnis sollte seinerseits die Vorstufe eines Zusammenschlusses bilden.

Ferner beschlossen die Delegierten die Umbenennung der LDPD in LDP. Unter dieser Abkürzung hatte die Partei bis Oktober 1951 firmiert, als ihr das zusätzliche D für Deutschland im Zuge der damaligen gesamtdeutschen Propaganda der SED verordnet worden war. Als weiteres Zeichen einer Kursänderung stellte sich der Parteivorsitzende und amtierende DDR-Staatsratsvorsitzende Manfred Gerlach nicht mehr zur Wahl. An seine Stelle rückte der unbelastete Rainer Ortleb.

„Bund Freier Demokraten“ als Wahlbündnis

Das geplante Wahlbündnis wurde bereits am nächsten Tag, dem 12. Februar 1990, unterzeichnet, wobei auch Lambsdorff und Mischnick mit unterschrieben. Es war somit beschlossen, daß FDP, LDPD und DFP zu den Volkskammerwahlen gemeinsam als „Bund Freier Demokaten“ (BFD) antreten würden.

Wie die „FDP der DDR“ war die „Deutsche Forumspartei“ (DFP) erst wenige Tage alt: Sie entstand Ende Januar aus einer Abspaltung der Oppositionsgruppe „Neues Forum“ (NF), die als basisdemokratische politische Vereinigung maßgeblich an der Herbeiführung der „Wende“ beteiligt gewesen war. Die Abspaltung umfaßte etwa ein Viertel der Anhänger, vor allem aus den südlichen Bezirken der DDR. Die Mehrheit des „Neuen Forums“ schloß sich dagegen im Februar 1990 mit anderen Oppositionsgruppen im „Bündnis 90“ zusammen.

Nach Wahl-Debakel tritt auch die NDPD bei

Die NDPD war in diesem Wahlbündnis nicht vertreten. Ein Antrag, sich daran zu beteiligen, war auf ihrem Parteitag am 11. Februar 1990 abgelehnt worden. Anscheinend glaubten die NDPD-Funktionäre, noch eine Chance als eigenständige Partei zu haben, nachdem sie ihren seit 1972 amtierenden Vorsitzenden Heinrich Homann am 10. Dezember 1989 abgesetzt und aus der Partei ausgeschlossen hatten.

Bei der ersten freien Wahl zur Volkskammer der DDR am 18. März 1990 erzielte der „Bund Freier Demokraten“ mit 5,28 Prozent der Stimmen ein eher bescheidenes Ergebnis. Unvergleichlich schlechter schnitt allerdings die NDPD ab: Mit 44.292 Stimmen (0,38 Prozent) konnte sie weniger Wähler gewinnen als sie nominell Mitglieder hatte. Nach diesem Debakel trat die NDPD am 28. März 1990 geschlossen der LDP bei, die sich in „Bund Freier Demokraten - Die Liberalen“ umbenannte und bei den folgenden Kommunalwahlen am 6. Mai auf 6,6 Prozent der Stimmen kam.

FDP schluckt die mitgliederstärkeren Ost-Parteien

Der letzte Akt der Parteien-Fusion fand am 12. August 1990 in Hannover statt: Auf einem Vereinigungsparteitag verschmolzen der „Bund Freier Demokraten“ als Nachfolger von LDP und NDPD sowie die „Deutsche Forumspartei“ und die „FDP der DDR“ mit der westdeutschen FDP.

LDPD und NDPD zählten zu DDR-Zeiten jeweils etwa hunderttausend Mitglieder. Noch zum Zeitpunkt ihrer Vereinigung mit der FDP gaben die ostdeutschen Parteien etwa 135.000 Mitglieder an. Sie waren damit mehr als doppelt so stark wie die FDP mit 65.485 Mitgliedern und hätten den Vereinigungsparteitag in Hannover majorisieren können, wenn sich die Delegiertenzahl - wie üblich - nach der Mitgliederstärke gerichtet hätte. Da die FDP die ostdeutschen Parteien schlucken wollte und nicht umgekehrt, einigte man sich auf einen komplizierten Delegiertenschlüssel, der in besonderen Maße die Wahlerfolge der Parteien berücksichtigte und so der FDP die maßgebliche Rolle sicherte.

Anfang Oktober 1990 - zeitgleich mit der Eingliederung der DDR in die Bundesrepublik - vollzog auch die CDU ihre Vereinigung mit der Ost-CDU, die sich kurz davor die „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DPD) einverleibt hatte. Die CDU konnte durch die Übernahme der beiden „Blockflöten“ ihre Mitgliederzahl kurzfristig um etwa ein Viertel erhöhen.

Mitglieder und Vermögen verflüchtigen sich wieder

Nach dem Vereinigungsparteitag von Hannover hatte die FDP 178.625 Mitglieder in der Kartei. Sie war damit fast dreimal so stark wie zuvor, wobei fast zwei Drittel der Mitglieder aus der DDR bzw. den neuen Bundesländern stammten. Der gigantische Zuwachs hielt aber nicht lange an. Schon ein Jahr später waren es 24.000 weniger, und 1996 verfügte die FDP gerade noch über 81.200 Mitglieder.

Ähnlich enttäuschend entwickelte sich der Vermögenszuwachs. Den Hintergrund dabei bildete, daß die SED ungleich größere Vermögenswerte besessen hatte als die Blockparteien. Die Rechtsgrundlage des Erwerbs war hier wie dort größtenteils fragwürdig. Man konnte aber nicht der PDS die Ansprüche auf das SED-Vermögen verwehren, wenn man das Vermögen der Blockparteien ungeschoren ließ. Von den drei Milliarden Mark, auf die das Gesamtvermögen der DDR-Altparteien und Massenor-

ganisationen geschätzt wurde, entfielen etwa hundert Millionen Mark auf LDPD und NDPD. Nach jahrelangem Streit mit der Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des DDR-Parteienvermögens kam es Ende 1995 zu einer Einigung: Die FDP durfte zwei Grundstücke im Ostseebad Zinnowitz und in Dresden im Wert von rund 1,5 Millionen Mark behalten. Außerdem erhielt sie - unter anderem als Ausgleich für die Instandsetzung einer Immobilie - 4,8 Millionen Mark in bar.

Agenten-Geschichten

Der DDR-Geheimdienst hatte die FDP vierzig Jahre lang im Visier / William Borm wird posthum als Einflußagent enttarnt

Die Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland zog auch einen Schlußstrich unter den vierzigjährigen Krieg der Geheimdienste zwischen beiden deutschen Staaten. Zugleich lieferte sie interessantes Material über bislang unentdeckte Mitarbeiter des DDR-Geheimdienstes in der Bundesrepublik. Das „Ministerium für Staatssicherheit" (MfS) hatte sich in den Tagen der „Wende" zwar alle Mühe gegeben, die vorhandenen Unterlagen zu vernichten. Aus der Fülle des Materials blieb aber genug übrig, um aufschlußreiche Einblicke in die Arbeit des MfS, seines nach Zehntausenden zählenden Personals und seines noch weit größeren Heers von Spitzeln zu ermöglichen.

Wegen ihrer Vorreiterrolle in der Deutschland- und Ostpolitik war die FDP aus Sicht der DDR besonderer Aufmerksamkeit wert. Im übrigen stellte ihre Bearbeitung durch das MfS aber nichts Außergewöhnliches dar. In sämtlichen Bundestagsparteien saßen Agenten des MfS. Einem Bonmot zufolge hätte man allein aus den Bundestagsabgeordneten, die für das MfS arbeiteten, eine eigene Fraktion bilden können.

Das Ministerium für Staatssicherheit entstand 1950, wobei der sowjetische KGB als Geburtshelfer wirkte. Seine Tätigkeit als „Schild und Schwert der Partei" richtete sich nach innen wie nach außen. Nach innen besaß das MfS den Status einer Geheimpolizei mit weitgehenden Vollmachten. Nach außen erfüllte es die Aufgaben eines Geheimdienstes, wobei die Aufmerksamkeit der „Hauptverwaltung Aufklärung" (HVA) in erster Linie der Bundesrepublik galt. Alle MfS-Angehörigen führten militärische Dienstgrade.

Karl Hamann muß als Sündenbock für Versorgungsmängel herhalten

Wichtiger als die FDP war für das MfS zunächst die LDP im eigenen Land, die nach dem Tod des ersten Parteivorsitzenden Wilhelm Külz im April 1948 in offene Opposition zur SED gegangen war und damit die sowjetische Besatzungsmacht herausgefordert hatte. Das MfS half mit, die Stalinisierung der DDR und Gleichschaltung der „Blockparteien" zu vollenden. Zum Beispiel leitete es 1952 eine Verhaftungswelle gegen über tausend echte oder vermeintliche Regimegegner, deren prominentestes Opfer der Liberaldemokrat Karl Hamann war: Als Minister für Handel und Versorgung hatte er angeblich „Sabotage an der Versorgung" verübt. Offensichtlich sollte er dem Ulbricht-Regime als Sündenbock für die anhaltende Versorgungskrise dienen. Kurz danach wurde auch der Außenminister Georg Dertinger (CDU) verhaftet. In diesem Fall lautete die Anklage auf Spionage. 1954 verurteilte die DDR-Justiz Hamann zu zehn Jahren und Dertinger zu 15 Jahren Zuchthaus.

Die Verhaftung Hamanns und Dertingers erfolgte nach dem Muster der stalinistischen Schauprozesse in der Sowjetunion, bei denen es nicht darauf ankam, ob Vorwürfe wie „Sabotage" oder „Spionage" überhaupt zutrafen. Es ging um Repression, Einschüchterung und demonstratives Vorführen von angeblich Schuldigen. Nicht zuletzt sollten LDPD und CDU endlich bedingungslos auf SED-Linie gebracht werden, denn bei Hamann handelte es sich um den ehemaligen Vorsitzenden der Liberaldemokraten und bei Dertinger um den stellvertretenden Vorsitzenden der CDU.

Hermann Kastner spioniert für die Organisation Gehlen

Ein klassischer Agent scheint dagegen Hermann Kastner gewesen zu sein, der von 1949 bis 1950 als Vorsitzender der LDPD (damals noch LDP) und stellvertretender Ministerpräsident der DDR amtierte. Unter dem Vorwurf der Verschwendungssucht und Korruption mußte er dann von seinen Ämtern zurücktreten

und wurde sogar aus der LDP ausgeschlossen. In einer Internet-Auskunft zu seiner Person heißt es, er habe unter dem Decknamen „Helwig“ für die „Organisation Gehlen“ gearbeitet, die aus dem militärischen Nachrichtendienst des NS-Staats hervorgegangen war und nach dem Krieg im Auftrag der US-Besatzungsmacht weiter operieren durfte, bevor sie 1956 in den „Bundesnachrichtendienst“ umgewandelt wurde. Kastner soll alles, was er in seiner hohen Position als stellvertretender Ministerpräsident der DDR erfuhr, der Organisation Gehlen im bayerischen Pullach übermittelt haben. Den Kurierdienst habe seine Frau übernommen, wenn sie zum Einkaufen nach Westberlin fuhr.

Geheimdienstler des SED-Regimes hätten dann Verdacht geschöpft, weil immer wieder Informationen aus den Kabinettssitzungen nach außen drangen. Die sowjetische Besatzungsmacht habe Kastner jedoch vertraut und ihre schützende Hand über ihn gehalten. Er sei noch bis 1953 in der Lage gewesen, der Organisation Gehlen umfassend zu berichten. Erst als ein westlicher Doppelagent ins östliche Lager übergelaufen sei und dadurch die Enttarnung gedroht habe, sei er im Oktober 1956 von Gehlen-Agenten über die Grenze in die Bundesrepublik geschleust worden, wo er 1957 im Alter von 71 Jahren einem Herzinfarkt erlag.

War Kastner der Grund für die Entführung und Ermordung von Walter Linse?

Einer anderen Darstellung zufolge war der LDP-Vorsitzende ein Doppelagent der Sowjets. Am 8. Juli 2002 berichtete die „Frankfurter Allgemeine“ über ein Papier mit dem Titel „Deckname Hellwig oder Warum Doktor Walter Linse sterben mußte“, das der Bundesnachrichtendienst (BND) verfaßt habe. Demnach war Kastner, der schon für die SS den Zuträger gemacht habe, als Agent der Sowjets zu seinen diversen Ämtern in der DDR gekommen. Später sei er vom MfS unter Erich Mielke geführt worden. Die Sowjets hätten Kastner, der als Lebemann und vorsichtiger Kritiker des SED-Regimes auftrat, für den Fall

einer Neutralisierung Deutschlands als „Ersatzministerpräsidenten“ bereithalten wollen. Zusätzlich sei Kastner von der Staatssicherheit in die Organisation Gehlen eingeschleust und unter dem Decknamen „Hellwig“ zu einer von ihr gesteuerten Quelle gemacht worden. Im Rahmen der vom BND ausgelösten Operation „Herbststurm“ sei er dann - seiner Rolle als Gehlen-Agent getreu - in den Westen „geflüchtet“.

Die Kernaussage des erwähnten BND-Papiers besteht darin, daß wegen Kastner eines der brutalsten Agentenstücke des Kalten Kriegs stattgefunden habe. Und zwar irrtümlich: Dem MfS-Chef Erich Mielke sei die falsche Nachricht hinterbracht worden, daß die Enttarnung seines hochkarätigen Agenten durch den Westberliner „Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen“ (UfS) drohe. Dort befasse sich Walter Linse, der früher Bezirksvorsitzender der LDP in Chemnitz war, mit Ungereimtheiten im Lebenslauf und Lebenswandel des ehemaligen Parteifreunds. Der UfS, für den Linse arbeitete, stand seinerseits mit dem amerikanischen CIA in Verbindung. Mielke habe deshalb den Auftrag erteilt, Linse unschädlich zu machen. Tatsächlich wurde Linse am 8. Juli 1952 im Auftrag des MfS aus Westberlin in den Ostsektor verschleppt und später in der Sowjetunion umgebracht.

Sollte Kastners Flucht die Gespräche zwischen FDP und LDPD torpedieren?

Beide Darstellungen sind vermutlich mit Vorsicht zu genießen. Wenn aber zumindest stimmt, daß Kastner für Gehlen spioniert hat, wirft der Zeitpunkt seines Wechsels in die Bundesrepublik Fragen auf: Er flüchtete nämlich just, als sich im Oktober 1956 eine Delegation der FDP zu Gesprächen mit der LDPD in Weimar aufhielt. „Wir wollen in der Frage der Wiedervereinigung Unruhe in die deutsche Politik bringen“, begründete der FDP-Parteivorsitzende Thomas Dehler damals diese erste offizielle Kontaktaufnahme mit der LDPD seit 1948. Dem Bundeskanzler Konrad Adenauer, der eben erst die Koalition mit der FDP

wegen deren Unbotmäßigkeit in der Deutschlandpolitik aufgekündigt hatte, war dieses Treffen mit Sicherheit ein Dorn im Auge. Die Organisation Gehlen mit ihren 4000 Agenten war aber seit August 1955 der direkten Kontrolle des Bundeskanzlers unterstellt. Es wäre deshalb der Nachforschung wert, ob das Zusammentreffen von Kastners Flucht in den Westen mit den Gesprächen in Weimar wirklich reiner Zufall war. Schließlich pflegte sich Adenauer auch sonst ziemlich ungeniert der Geheimdienste zu bedienen (so soll er den FDP-Minister und Vizekanzler Blücher, als dieser am Kabinettstisch aufmuckte, mit detaillierten geheimdienstlichen Erkenntnissen zum Schweigen gebracht haben: „Sachen se mal, Herr Blücher, weiß ihre Frau überhaupt eigentlich von ihrer schwarzen Freundin in Paris?“).

Sicher kein Zufall war es, daß eine Woche nach dem Gespräch zwischen FDP und LDPD der frühere LDP-Vorsitzende und Minister Karl Hamann vom DDR-Präsidenten Wilhelm Pieck begnadigt wurde. Zuvor hatte Thomas Dehler einen entsprechenden Antragt beim DDR-Generalstaatsanwalt eingereicht - „in seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt“, wie die FDP betonte, um jedem Verdacht auf eine Kumpanei mit der DDR vorzubeugen.

Das MfS infiltriert das Ostbüro der FDP und entführt einen Mitarbeiter

Am 26. September 1952 erließ das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eine spezielle Dienstanweisung zur Beobachtung der LDPD und zur Bekämpfung des Ostbüros der FDP, das Kontakt zu Regimegegnern in der LDPD hielt. Das Ostbüro war 1948 vom Westberliner FDP-Landesvorsitzenden Carl-Hubert Schwennicke nach der Abspaltung von der LDP gegründet worden. Seit 1950 befand es sich als „Hilfsdienst Ost“ am Sitz der Bundespartei in Bonn. Ähnliche Ostbüros unterhielten auch SPD und CDU. Ein Mitarbeiter dieses FDP-Ostbüros, Hans Füldner, wurde am 9. Oktober 1953 von der DDR-Staatssicher-

heit entführt und am 14. Juni 1954 im Rahmen eines Schauprozesses mit anderen Angeklagten zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Im Verhör gab Füldner die Namen etlicher Kontaktleute in der DDR preis, die umgehend ebenfalls verhaftet wurden.

In das Ostbüro schleuste das MfS mehrere Spitzel ein, so daß es bestens über dessen Aktivitäten informiert war. Zum Beispiel brauchte es die Briefe mit Flugblättern, die das Ostbüro an Empfänger in der DDR sandte, gar nicht mehr abzufangen, weil sie ihm vom zuständigen Sachbearbeiter der Westberliner Zweigstelle direkt übergeben wurden. Ebenso bekam es Besucherlisten, Deckadressen und andere Unterlagen. Wer als DDR-Bürger den Kontakt zum Ostbüro der FDP suchte, ging ahnungslos ein extrem hohes Risiko ein.

In der Nacht vom 12. zum 13. Februar 1955 brach die Staatssicherheit in das Berliner Ostbüro und zehn Monate später in die Bonner Zentrale ein. Aufgrund der erbeuteten Unterlagen konnte sie 23 Vertrauensleute der FDP in der DDR festnehmen.

Die FDP beendet als erste Partei die Arbeit ihres Ostbüros

Unter diesen Umständen wuchs innerhalb der FDP die Bereitschaft, dem Kurs des Parteivorsitzenden Thomas Dehler zu folgen, der den politischen Draht zu den Machthabern der DDR suchte, statt diese durch einen genauso aussichtslosen wie verlustreichen Kampf im politischen Untergrund stürzen zu wollen. Als Ersatz für den noch verpönten offiziellen Kontakt zum DDR-Regime dienten Gespräche mit der LDPD, der ehemaligen Schwesterpartei, die inzwischen völlig auf SED-Linie lag und insofern durchaus der richtige Ansprechpartner war. Nach der ersten Kontaktaufnahme mit der LDPD im Juli 1956 in Garmisch stoppte die FDP ihre Ballon-Aktionen zur Verbreitung regimefeindlicher Flugblätter in der DDR. Am 28. September 1956 - kurz vor dem zweiten Gespräch in Weimar - beschloß der Bundesvorstand die Umwandlung des Ostbüros in das „Referat Wiedervereinigung“. Als erste der drei Bundestagsparteien hatte damit die FDP ihr Ostbüro faktisch aufgelöst. Die

CDU folgte 1959 und die SPD 1967, indem sie ihre Ostbüros in Referate für gesamtdeutsche Fragen umwandelten.

Nach dem Bau der Berliner Mauer 1963 wurde es vollends sinnlos, auf parteipolitischer Basis in die DDR hineinwirken zu wollen. Außerdem gab es auf Regierungsebene schon seit 1949 das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, das mit Jakob Kaiser und Ernst Lemmer zunächst prominente Politiker der ehemaligen Sowjetzonen-CDU besetzten, bevor es an die FDP-Politiker Mischnick und Mende überging und 1969 in Ministerium für innerdeutsche Beziehungen umbenannt wurde. Dieses Ministerium und das ihm 1969 als Behörde angegliederte Gesamtdeutsche Institut - Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben (BfgA) konnte die noch verbleibenden Aufgaben der politischen Beobachtung und Aufklärung der Verhältnisse im anderen deutschen Staat weit besser leisten. Das Gesamtdeutsche Institut wurde von 1972 bis zu seiner Auflösung 1991 von dem FDP-Mitglied Detlef Kühn geleitet.

MfS gewinnt FDP-Geschäftsführer als Agenten

Schon 1948 hatte das MfS den Geschäftsführer der FDP in Nordrhein-Westfalen, Lothar Weirauch, als Zuträger angeworben. Weirauch war von 1950 bis 1954 Bundesgeschäftsführer der FDP in Bonn. Dann trat er ins Verteidigungsministerium ein, wo er es zum Ministerialdirigenten brachte. Im August 1964 übernahm er auf Wunsch Erich Mendes im Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen die Abteilung Z mit der Zuständigkeit für Verwaltung, Öffentlichkeitsarbeit, Zonenrand- und Grenzgebiete. Diese Funktion behielt er auch unter den SPD-Ministern Wehner und Franke bis zu seiner Pensionierung Ende 1973.

Unklar ist, wie lange der 1983 verstorbene Weirauch tatsächlich für das MfS tätig war. Nach Darstellung des ehemaligen Stasi-Offiziers Wolfgang Hartmann hat HVA-Chef Markus Wolf um das Jahr 1967 die Zusammenarbeit mit Weirauch eingestellt, weil Vorwürfe aus der NS-Zeit bekannt geworden seien. Dies klingt allerdings wenig plausibel, da die Staatsanwaltschaft

Dortmund ein einschlägiges Ermittlungsverfahren gegen Weirauch wegen Mordes schon 1964 eingestellt hatte. Außerdem haben sich Geheimdienste noch nie um dunkle Punkte in der Vergangenheit ihrer Agenten gekümmert - es sei denn, um sie zu erpressen.

„Sonja Lüneburg“ sitzt im Vorzimmer von Bangemann

Andere Quellen in der Partei lieferten ihre Informationen unter Decknamen wie „Balka“, „Fluß“, „Radom“, „Fritz“ und „Auto“. Ein Stasi-Agent war wohl auch Herbert Adolf Willner, Referent der Friedrich-Naumann-Stifung und ehemaliger Mitarbeiter der FDP-Bundesgeschäftsstelle, der 1985 überraschend abtauchte. Mit ihm verschwand seine Frau Herta-Astrid, die bis dahin als Sekretärin im Bundeskanzleramt gearbeitet hatte.

Zielgerichtet auf die FDP angesetzt wurde die in der DDR ausgebildete Agentin Johanna Olbrich, die das MfS 1967 mit einem falschen Lebenslauf in die Bundesrepublik einschleuste. Unter dem Namen „Sonja Lüneburg“ wurde sie 1969 zunächst vom FDP-Bundestagsabgeordneten William Borm eingestellt, der seinerseits ein Agent des MfS war. Durch Borms Empfehlung wurde sie 1973 Sekretärin des FDP-Generalsekretärs Karl-Hermann Flach. Ab 1974 saß sie im Vorzimmer des Parteivorsitzenden Martin Bangemann, den sie auch auf seinen weiteren Stationen als Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament und als Wirtschaftsminister begleitete. Im August 1985 verlor sie einen gefälschten Ausweis mit ihrem Lichtbild, weshalb das MfS es für ratsam hielt, sie in die DDR zurückzubeordern.

Hannsheinz Porst ist gleichzeitig Mitglied von FDP und SED

Erhebliches Aufsehen erregte Ende der sechziger Jahre die Affäre um den Nürnberger Unternehmer Hannsheinz Porst, der eine bundesweite Foto-Filialkette sowie eine Großdruckerei besaß. Am 8. Juli 1969 verurteilte der Bundesgerichtshof den Millionär zu zwei Jahren und neun Monaten Gefängnis, weil er

„verräterische Beziehungen“ zu Angehörigen des MfS unterhalten habe. Zu dem Prozeß in Karlsruhe wurden auch Erich Mende und andere prominente FDP-Politiker vorgeladen, denn Porst spielte eine wichtige Rolle als Mäzen der FDP. So druckte er im Bundestagswahlkampf 1961 kostenlos das gesamte Wahlkampfmaterial der Partei. Als Duz-Freund Erich Mendes erfuhr er manche Interna aus dem Kabinett und aus der Führungsspitze der Partei, die auch für das MfS von Interesse waren. Beispielsweise erhielt er 1976 von Mende aus erster Hand das vertrauliche Schollwer-Papier, das den grundsätzlichen Wandel der FDP-Deutschlandpolitik einleitete. Er ließ es umgehend kopieren und an das MfS weiterleiten.

Porst war ein Gesinnungstäter. Ende der vierziger Jahre hatte ihn sein Vetter Karl Böhm mit kommunistischer Literatur bekanntgemacht. Porst fühlte sich seitdem als „Marxist“, wobei er anscheinend die Ersatzreligion des „Marxismus-Leninismus“ mit der wesentlich anspruchsvolleren marxistischen Philosophie verwechselte. Er ging aber nicht in die DDR, wie sein Vetter, sondern übernahm 1960 den väterlichen Foto-Versandhandel. Er baute das Geschäft weiter aus und wurde ein überaus erfolgreicher Unternehmer. Zum Vetter Karl Böhm in der DDR hielt er weiter Kontakt. Bei einem dieser Treffen konnte ihn Böhm, der ihn bis dahin nur „abschöpfte“, als direkten Mitarbeiter für das MfS gewinnen. Auf Anraten des MfS trat Porst der FDP bei, die als chronisch klamme Partei dankbar für jeden Mäzen war und den Spender entsprechend hofierte. Ein Teil des Geldes, das Porst in die FDP pumpte, kam allerdings direkt vom MfS. Da ihm der Kleinkram des Agentengeschäfts zu lästig war, bekam er ab 1955 den DDR-Agenten Alfred Pilny als persönlichen Helfer zur Seite gestellt, den das MfS in die Bundesrepublik einschleuste. Pilny vertrat Porst auch in Sitzungen des mittelfränkischen Bezirksvorstands der FDP und wirkte an der Herausgabe das Partei-Infos „Das liberale Franken“ mit.

Als Agent war Porst zugleich eine Art Schweijk, der die Zunft der Schlapphüte nicht so richtig ernst nahm. Er glaubte viel-

mehr, die Geheimniskrämerei auf beiden Seiten durchbrechen zu müssen. Er sah sich als gesamtdeutsche Existenz und Grenzgänger zwischen den verfeindeten Welten des Kalten Kriegs. Die Sorglosigkeit, mit der er seine geheimdienstlichen Kontakte pflegte, lenkte bald die Aufmerksamkeit des „Verfassungsschutzes" auf ihn. Anscheinend hat er auch nichts verraten, was das MfS nicht früher oder später den Zeitungen hätte entnehmen können. Dafür brachte er das MfS in Verlegenheit, als er partout in die SED aufgenommen zu werden wünschte, was nach deren Vorschriften eigentlich nicht möglich war. Aber natürlich wurde ein Weg gefunden, und seit 1958 besaß das FDP-Mitglied Porst heimlich auch das Parteibuch der SED.

Zunächst hatte das MfS erwogen, Porst der Union beitreten zu lassen. Zu den „Schwarzen" wollte er aber nicht. Im Grunde paßte der exzentrische Unternehmer mit seiner individualistischen Variante des „Wandels durch Annäherung" auch weit besser in die FDP. Nach der Haftentlassung überraschte Hannsheinz Porst die bundesdeutsche Öffentlichkeit ein weiteres Mal, indem er sein Unternehmen den Mitarbeitern schenkte - eine genauso noble wie betriebswirtschaftlich fatale Entscheidung, denn von da an gingen die Geschäfte bergab. 1982 mußte die Mitarbeitergesellschaft Konkurs anmelden.

Der „Kriegs- und Boykotthetzer" William Borm wird in der DDR-Haft zum Agenten

Ein psychologisch interessanter Fall war auch der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende von Berlin, William Borm, der 1950 von den DDR-Behörden auf der Transitstrecke verhaftet und zwei Jahre später wegen „Kriegs- und Boykotthetze" zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Trotz oder gerade wegen der brutalen Art, in der die DDR mit ihm verfuhr, scheint Borm in der Haft so etwas wie Unrechtsbewußtsein oder zumindest Verständnis für die kommunistischen Machthaber entwickelt zu haben. Noch während der Haft kooperierte er mit der Stasi, indem er ihr über Internas aus FDP-Kreisen berichte-

te. Als er 1959 im Alter von 63 Jahren endlich freikam, startete er in Abstimmung mit der „Hauptverwaltung Aufklärung" des MfS und deren Chef Markus Wolf eine zweite Karriere als FDP-Politiker.

Nach der Rückkehr aus der DDR-Haft wurde Borm 1960 Berliner Landesvorsitzender der FDP, 1963 Mitglied im Abgeordnetenhaus, 1965 Bundestagsabgeordneter, 1970 Mitglied des Bundesvorstands und 1971 Abgeordneter im Europäischen Parlament. Auf allen diesen Stationenstand er in engem Kontakt mit dem MfS. Nach dem Zusammenbruch der DDR rühmte sich der Stasi-Oberstleutnant Günter Bohnsack, sogar Borms Bundestagsreden geschrieben zu haben. Die Ansprache, mit der Borm am 20. Oktober 1969 als Alterspräsident den 6. Bundestag eröffnete, soll HVA-Chef Markus Wolf persönlich redigiert haben. Ab 1975 bekam der inzwischen Achtzigjährige mit dem Diplom-Politologen Jürgen-Bernd Runge einen persönlichen Sekretär zur Seite gestellt, den das MfS für ihn ausgesucht hatte.

Borm trat nach dem Ende der sozialliberalen Koalition 1982 aus der FDP aus. Er starb im September 1987 und bekam ein Ehrengrab auf dem Städtischen Friedhof Zehlendorf in Berlin. Bis zu seinem Tod genoß er hohes Ansehen. Er galt als linksliberaler Grandseigneur der Partei. Seine lange DDR-Haft ließ ihn besonders glaubwürdig erscheinen, wenn er für den Ausgleich zwischen beiden deutschen Staaten eintrat. Im September 1985 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Leipzig, womit die DDR sichtbar ihre Wertschätzung für ihn zum Ausdruck brachte. Daß er ein Agent des MfS war, hätten aber nicht einmal seine politischen Gegner vermutet.

Vermutlich war Borm - ähnlich wie Hannsheinz Porst - ein Gesinnungstäter, der davon überzeugt war, im geteilten Deutschland eine Mission zu erfüllen. Und wie Porst scheint er den maroden DDR-Sozialismus für ein zukunftsträchtiges Modell gehalten zu haben. Entscheidend für seine Wandlung vom „Kriegs- und Boykotthetzer" zum Agenten der DDR waren aber

wohl die langen Jahre der Haft: Solche psychischen Ausnahmezustände können bekanntlich dazu führen, daß Opfer die Sichtweise ihrer Peiniger übernehmen.

Wie aus den Aufzeichnungen Herbert Häbers hervorgeht, hatte er im Oktober 1979 ein Gespräch mit Borm: Der FDP-Politiker erklärte dem Leiter der Westabteilung der SED damals, daß er trotz der neun Jahre Haft keinen Groll gegen die DDR hege. Im Gegenteil: Die Zeit der Haft habe ihn reif gemacht. Erst danach sei er ein richtiger Mensch geworden. Außerdem bekundete Borm Sympathien für die Ideologie des SED-Staats: Die Kommunisten hätten die richtige Idee. Die Form, in der die SED diese Idee verwirkliche, sei noch nicht attraktiv genug. Er wolle dies aber nicht als Kritik aufgefaßt wissen. Die Idee des Sozialismus sei richtig.

Teure Einheit

Nach einem grandiosen Wahlsieg brechen Union und FDP ihre Wahlversprechen und beschließen drastische Steuererhöhungen

Am 2. Dezember 1990 fanden die ersten gesamtdeutschen Wahlen nach dem zweiten Weltkrieg statt. Für die Regierungskoalition, die noch bis zum Herbst 1989 ihre Abwahl befürchten mußte, wurden sie zu einem großartigen Erfolg. Vor allem in den fünf neuen Bundesländern erzielten CDU und FDP traumhafte Ergebnisse. Aber auch in Westdeutschland profitierten sie von der Begeisterung über die deutsche Einheit, die zwei Monate zuvor formell vollzogen worden war. Nur in Bayern mußte die Union einen Rückgang von 55,1 auf 51,9 Prozent hinnehmen. Diesen Dämpfer für die CSU vermerkten die beiden anderen Koalitionspartner aber eher mit Genugtuung. Besonders die FDP freute sich diebisch darüber, nun über deutlich mehr Abgeordnete zu verfügen als die CSU.

FDP erringt in Halle erstmals seit 1957 wieder ein Direktmandat

Mit 11,0 Prozent erzielte die FDP ihr bestes Wahlergebnis seit 1961 (12,7 Prozent) und das drittbeste seit 1949 (11,9 Prozent). Noch besser war ihr Abschneiden mit 13,4 Prozent in den neuen Bundesländern. In Halle konnte sie sogar ein Direktmandat erringen, was ihr seit 1957 nicht mehr gelungen war. Der Erfolg wurde allgemein der Popularität von Hans-Dietrich Genscher zugeschrieben, der in der Nähe von Halle geboren und in der Stadt aufgewachsen war. Er hatte aber sicher auch damit zu tun, daß die beiden Blockparteien LDPD und NDPD, die inzwischen in der FDP aufgegangen waren, in keiner anderen Stadt der DDR so viele Mitglieder besaßen wie in Halle.

Debakel für SPD und Grüne - Die PDS als neue Kraft

Für die Oppositionsparteien waren die Bundestagswahlen dagegen eine große Enttäuschung. Während die CDU mit 36,7 Prozent ihr bestes Ergebnis seit 1957 erzielte, erlitt die SPD mit 33,5 Prozent ihre schlimmste Wahlniederlage seit 1957. Die Wähler scheinen es dem Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine verübelt zu haben, daß er wissen wollte, wie die Regierung die deutsche Einheit zu finanzieren gedenke. Da war das Wahlprogramm der CDU, das jede Steuererhöhung zur Finanzierung der Einheit ausschloß, schon mehr nach dem Geschmack der Mehrheit. Die FDP hatte auf den CDU-Schelmen anderthalbe gesetzt, indem sie kategorisch jede Art von Steuererhöhung ablehnte. Vor allem wollte sie keine „Neidsteuer für Besserverdienende" dulden.

Noch schlimmer als der SPD erging es den Grünen (West), die nur in den alten Bundesländern kandidiert hatten und hier mit 3,9 Prozent unterhalb der Hürde für den Bundestag blieben. Dagegen kam die Allianz aus „Bündnis 90" und Grünen (Ost) in den neuen Bundesländern auf 5,9 Prozent und konnte acht Abgeordneten in den ersten gesamtdeutschen Bundestag entsenden.

Dank der Einteilung in zwei Wahlgebiete gelangte auch die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) mit 17 Abgeordneten in den Bundestag, obwohl die 9,9 Prozent, die sie in den ostdeutschen Ländern errang, bundesweit nur 2,4 Prozent entsprochen hätten. Mit der Nachfolgerin der SED zog zum zweitenmal eine neue Kraft in den Bundestag ein. Das Spektrum des Parlaments, das von 1961 bis 1983 nur aus CDU/CSU, SPD und FDP bestanden hatte, umfaßte nun mit Grünen und PDS fünf politische Lager.

Im vierten Kabinett Kohl erhält die FDP fünf von 19 Ministerposten

Bei den Koalitionsverhandlungen bestand die FDP zunächst darauf, die ostdeutschen Länder zu einem Niedrigsteuergebiet

zu machen. „Ohne Niedrigsteuergebiet keine Kanzlerwahl", erklärte der Parteivorsitzende Lambsdorff. Bald ging es aber nur noch darum, wie man die Belastungen durch die deutsche Einheit am besten kaschieren könne. Da beide Parteien Steuerhöhungen ausgeschlossen hatten - die CDU allerdings nur solche zur Finanzierung der Einheit - verfiel man auf Auswege wie die Erhöhung der Telefongebühren oder Autobahn-Vignetten. Am Ende einigte man sich auf Abstriche im Sozialbereich.

Am 17. Januar 1991 wurde Helmut Kohl zum vierten Mal vom Bundestag zum Kanzler gewählt. Wie 1987 stimmten auch dieses Mal nicht alle Koalitionsabgeordneten für ihn, aber die Zahl der Dissidenten war deutlich geringer. Das neue Kabinett umfaßte 19 Minister, von denen fünf der FDP angehörten: Hans-Dietrich Genscher übernahm wieder das Außenministerium, das er inzwischen seit fast 17 Jahren innehatte. Anstelle des amtsmüden Helmut Haussmann rückte Jürgen Möllemann auf den Stuhl des Wirtschaftsministers. Sein Nachfolger als Bildungsminister wurde der Ostdeutsche Rainer Ortleb. Das Justizministerium übernahm der parteilose Klaus Kinkel, der noch im selben Monat der FDP beitrat. Als neues Ressort kam das Ministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hinzu, das Irmgard Adam-Schwaetzer leiten durfte. Irmgard Schwaetzer - so nannte sie sich ab September 1991 - war bisher unter Genscher Staatsministerin im Auswärtigen Amt gewesen und außerdem stellvertretende FDP-Bundesvorsitzende.

FDP gibt Widerstand gegen Steuererhöhungen auf

Als die vierte Regierung Kohl am 14. Februar 1991 den ersten gesamtdeutschen Haushaltsentwurf vorlegte, belief sich dessen Gesamtsumme auf rund 400 Milliarden Mark. Das waren 125 Milliarden mehr, als der Haushaltsentwurf für das Jahr 1988 vorgesehen hatte. Aber es war immer noch viel zu wenig, wie sich bald herausstellen sollte. Die Voraussage eines selbsttragenden Aufschwungs in der ehemaligen DDR erwies sich nun als Wahlpropaganda. Anstelle „blühender Landschaften",

wie sie Helmut Kohl 1990 im ostdeutschen Wahlkampf versprochen hatte, bestimmten industrieller Niedergang und extrem hohe Arbeitslosigkeit die Landschaft der fünf neuen Bundesländer.

Angesichts des finanziellen Desasters gab die FDP am 18. Februar ihren Widerstand gegen Steuererhöhungen auf. In einer Bundestagsdebatte am 21. Februar versuchte die Regierungskoalition den geordneten Rückzug von ihren unhaltbaren Wahlversprechungen, indem sie unvorhersehbare Belastungen durch die Golfkrise und die Entwicklung in Osteuropa in den Vordergrund rückte. Lambsdorff räumte einen „Irrtum in Teilbereichen" ein.

„Solidaritätszuschlag" und Erhöhung der Mehrwertsteuer beschlossen

Am 26. Februar vereinbarte die Koalition ein umfangreiches Paket an Steuererhöhungen, die bereits zum 1. Juli in Kraft treten und insgesamt 46 Milliarden Mark erbringen sollte. Der dickste Batzen war die Einführung eines Zuschlags von 7,5 Prozent auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer, der als „Solidaritätszuschlag" bezeichnet wurde und zunächst auf ein Jahr befristet war. Weitere Milliarden sollte eine kräftige Erhöhung der Mineralölsteuer erbringen. Außerdem wurden die Versicherungs- und Tabaksteuer erhöht.

SPD-Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel nannte die Steuerbeschlüsse das „größte und unverfrorenste Täuschungsmanöver seit Beginn der Bundesrepublik". Sogar die ansonsten regierungsfreundliche „Bild-Zeitung" empörte sich über die „Steuerlüge": Sie erschien am 27. Februar mit einem um neunzig Grad gekippten Kohl-Bild auf der Titelseite und der Schlagzeile „Der Umfaller".

Dabei war der eigentliche Umfaller die FDP, die im Wahlkampf noch nachdrücklicher als die Union jede Art von Steuererhöhungen abgelehnt hatte. Im Unterschied zu 1961, als ihr der Bruch

eines Wahlversprechens über viele Jahre den Ruch der „Umfaller“-Partei eingebracht hatte, entstand ihr aus den Steuerbeschlüssen von 1991 aber kein größerer Image-Schaden. Es gelang ihr sogar bald, sich wieder als Hüter der Staatsfinanzen darzustellen: So kritisierte Lambsdorff den Bundeskanzler, als dieser am 10. Mai in Schkopau weilte und die Erhaltung der dortigen Buna-Werke versprach: Eine Garantie für die Erhaltung einer Chemieregion könne von niemandem gegeben werden. Am 8. Juli mahnte Lambsdorff die Bundesregierung zu einer dringenden Umkehr in ihrer Geldpolitik, weil die Folgekosten der deutschen Einheit auf mehr als 150 Milliarden Mark jährlich zu veranschlagen seien.

Der Sieger von Halle wird Generalsekretär

Auf dem 42. Bundesparteitag der FDP, der vom 1. bis 3. November 1991 in Suhl stattfand, wurde Lambsdorff erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Er hatte keinen Gegenkandidaten, bekam aber nur 433 von 660 Delegierten-Stimmen. Stellvertreter wurden Irmgard Schwaetzer, Rainer Ortleb und der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt. Das Amt des Generalsekretärs übernahm das ehemalige LDPD-Mitglied Uwe Lühr, dem es in Halle gelungen war, der FDP erstmals seit 33 Jahren zu einem Direktmandat im Bundestag zu verhelfen. Lühr trat die Nachfolge von Cornelia Schmalz-Jacobsen an.

Kampf um Genschers Nachfolge: Schwaetzer unterliegt Kinkel

Am 27. April 1992 gab Hans-Dietrich Genscher seinen Rückzug vom Amt des Bundesaußenministers bekannt. Er hatte insgesamt fast 23 Jahre ununterbrochen dem Bundeskabinett angehört, zuerst als Innenminister (von 1969 bis 1974) und danach als Außenminister. Mit 65 Jahren und zwei Herzinfarkten konnte er gute Gründe für seinen Entschluß geltend machen.

Um die Nachfolge Genschers als Bundesaußenminister entbrannte ein heftiger Streit innerhalb der Parteiführung: Noch

am selben Tag, an dem Genscher seinen Entschluß bekanntgab, nominierte der Parteivorstand die Wohnungsbauministerin Irmgard Schwaetzer, die zuvor Staatsministerin im Auswärtigen Amt gewesen war. Die Bundestagsfraktion der FDP widersetzte sich jedoch dem Beschluß des Parteivorstandes. Sie befürwortete stattdessen die Ernennung des bisherigen Justizministers Klaus Kinkel, der erst im Januar 1991 der FDP beigetreten war und noch bei der Vorstellung des neuen Kabinetts als „parteilos" gegolten hatte. Treibende Kraft bei dem Konflikt zwischen Parteivorstand und Fraktion war der Wirtschaftsminister Jürgen Möllemann, der die Nachfolge Genschers als Vizekanzler antreten wollte und darüber hinaus den Parteivorsitz anvisierte. Bei einer Kampfabstimmung innerhalb der Fraktion sprach sich nur eine Minderheit der Abgeordneten für Schwaetzer aus, die ihre Enttäuschung nicht verhehlen konnte und Möllemann als „intrigantes Schwein" beschimpfte.

Leutheusser-Schnarrenberger wird Justizministerin

Am 18. Mai erhielt Genscher aus der Hand des Bundespräsidenten seine Entlassungsurkunde. Zugleich wurde Klaus Kinkel neuer Bundesaußenminister. Die Nachfolge Kinkels als Justizminister übernahm die bis dahin weitgehend unbekannte Bundestagsabgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Sie hatte sich innerhalb der Fraktion gegen Burkhard Hirsch durchgesetzt, der wie sie dem linksliberalen Flügel zugerechnet wurde. Der Quertreiber Möllemann durfte Vizekanzler werden - zum Entsetzen des CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Theo Waigel, der es als „Zumutung" empfand, unter einem derart wendig-windigen Vizekanzler dem Bundeskabinett anzugehören.

Möllemann stolpert über die „Briefbogen-Affäre"

Möllemann konnte sich seiner neuen Würde nicht lange erfreuen. Schon sieben Monate später stolperte er über die „Briefbogenaffäre", die ihn als Wirtschaftsminister wie als Vizekanzler unmöglich machte. Er hatte sich als Minister für ei-

nen angeheirateten Cousin ins Zeug gelegt, indem er dessen Geschäftsidee - Plastik-Chips für Einkaufswagen - in Schreiben an sieben Einzelhandelsketten als „pfiffiges Produkt" anpries. Dummerweise leugnete er auch noch, die Briefe eigenhändig unterschrieben zu haben. Zunächst schob er die Schuld auf einen Mitarbeiter, der Briefbögen des Ministeriums mit seiner Blanko-Unterschrift verschickt habe. Dann berief er sich darauf, daß er die Briefe zusammen mit vielen anderen in einer Unterschriftenmappe ohne näheres Hinsehen abgezeichnet hätte. Die Kritik verschärfte sich, als bekannt wurde, daß Möllemann in seinem Wahlkreis Warendorf für die weitere Zulassung eines „Wunderheilers" als Heilpraktiker interveniert hatte, dem die Ausübung der „Heilkunde durch Handauflegen" vom Gesundheitsamt untersagt worden war. Auch in der FDP wurden diese Vorwürfe als sehr peinlich empfunden. So erklärte Hildegard Hamm-Brücher in einem Zeitungsinterview, daß Möllemann nach ihrem Verständnis von Stil und Anstand zurücktreten müsse. Kanzler Kohl forderte den Wirtschaftsminister, der auf Urlaub in der Dominikanischen Republik weilte, zu einer sofortigen und umfassenden Berichterstattung auf. Darauf gab Möllemann am 3. Januar 1993 seinen Rücktritt bekannt, um - wie er sagte - sein Amt, die Partei und seine Familie nicht länger zu belasten. Grundsätzlich sehe er aber keinen Anlaß zur Demission. Die anfängliche Leugnung seiner Urheberschaft an den Briefen erklärte er mit Arbeitsüberlastung.

„Er war in diesem Amt schon vorher unmöglich, und daß er es gegen alle Vernunft bekommen hatte, führte nur dazu, daß alsbald vom Wirtschaftsministerium kaum noch die Rede war", kommentierte die „Süddeutsche Zeitung" den Rücktritt. „Die Welt" zeigte sich ebenfalls erleichtert: „Der Rücktritt Möllemanns befreit die Republik von einem Alptraum."

Rexrodt ersetzt Möllemann als Wirtschaftsminister

Die Lücke, die Möllemann offenbar nicht hinterlassen hatte, füllte Günter Rexrodt, der am 22. Januar 1993 als neuer Wirt-

schaftsminister vereidigt wurde. Der 51jährige promovierte Betriebswirt hatte sich bereits 1991 vergeblich gegen Möllemann um dieses Amt beworben, um dann mit dem Posten eines Vorstands der Berliner Treuhandanstalt vorlieb zu nehmen. Von 1985 bis 1989 war er Finanzsenator in Berlin. Den Posten des Vizekanzlers, der durch Möllemanns Rücktritt ebenfalls frei geworden war, bekam nun Bundesaußenminister Klaus Kinkel.

Zuvor gab es allerdings noch eine Auseinandersetzung mit dem Bundeskanzler, weil Rexrodt nach seiner Nominierung durch Parteivorstand und Fraktion auf einer Pressekonferenz betont hatte, daß der Kanzler dieses Votum nur noch „zur Kenntnis zu nehmen und zu bestätigen“ habe. Helmut Kohl empfand diese Äußerung als „inakzeptabel“ und verwies auf Artikel 64 des Grundgesetzes, wonach die Minister vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers ernannt werden. In der Tat war es nicht selbstverständlich, daß die FDP beide Ämter wieder besetzen konnte. Es hatte Kohl vielmehr einige Mühe gekostet, diesbezügliche Begehrlichkeiten aus der Union zurückzuweisen.

Kinkel übernimmt auch den Parteivorsitz - Hoyer neuer Generalsekretär

Seine Ambitionen auf den Bundesvorsitz der FDP mußte Möllemann natürlich auch abschreiben. Auf dem 44. Bundesparteitag vom 11. bis 13. Juni 1993 in Münster wurde Klaus Kinkel als einziger Bewerber mit 545 von 619 Stimmen zum Nachfolger von Otto Graf Lambsdorff gewählt, der nicht mehr kandidierte. Neuer Generalsekretär wurde Werner Hoyer, der bisherige parlamentarische Geschäftsführer der Bundestagsfraktion.

Kinkel, der erst im Januar 1991 in die FDP eingetreten war, überbot mit dieser Blitzkarriere alle bisherigen „Senkrechtstarter“: Binnen 18 Monaten hatte er es zum Parteivorsitzenden gebracht. Aber das nahm nicht weiter wunder, nachdem er es bereits geschafft hatte, als Minister mit FDP-Ticket an die Spit-

ze des Auswärtigen Amtes zu gelangen, noch bevor er überhaupt FDP-Mitglied war.

Ortleb gibt sein Amt an Laermann ab

Anfang Februar 1994 erklärte Rainer Ortleb seinen Rücktritt vom Amt des Bundesbildungsministers sowie vom Landesvorsitz der FDP in Mecklenburg-Vorpommern. Er gab gesundheitliche Gründe für diesen Entschluß an. In den drei Jahren seiner Amtszeit hatte der Ostdeutsche allerdings auch keine besonders glückliche Hand als Bildungspolitiker gehabt. Mit seiner Entscheidung, die Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (Bafög) nicht zu erhöhen und mit einem zusätzlichen Leistungsnachweis zu koppeln, hatte er zehntausende von Studenten und Schülern zu Protestdemonstrationen auf die Straße getrieben. Nachfolger Ortlebs wurde der bisherige forschungspolitische Sprecher der FDP, Karl-Hans Laermann.

Hamm-Brücher kandidiert als Bundespräsidentin

Im Oktober 1993 nominierten die Unionsparteien den sächsischen Justizminister Steffen Heitmann als Nachfolger für den Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der bereits zwei Amtsperioden hinter sich hatte und deshalb bei der bevorstehenden Bundespräsidenten-Wahl am 23. Mai 1994 nicht erneut antreten konnte. Die Nominierung war mit dem Koalitionspartner nicht abgesprochen worden, obwohl die Union in der Bundesversammlung nicht über die absolute Mehrheit verfügte. Die FDP stellte deshalb mit der 72jährigen Hildegard Hamm-Brücher eine eigene Kandidatin auf. Für die SPD trat der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau an. Als unabhängiger Bewerber kandidierte der frühere ostdeutsche Bürgerrechtler Jens Reich.

Heitmann galt als Kandidat von Helmut Kohls Gnaden. Richard von Weizsäcker soll ihn als „unbescholtenen, konturenarmen Nischen-Ossi“ charakterisiert haben. Hildegard Hamm-Brücher

war für die FDP nur eine Ersatzlösung, nachdem Hans-Dietrich Genscher, der bei allen Parteien die besten Chancen gehabt hätte, eine Kandidatur abgelehnt hatte. Der SPD-Kandidat Rau („Bruder Johannes“) war in seiner pastoralen Art auch nicht jedermanns Geschmack. So erklärt es sich wohl, daß die Jugendorganisationen der rivalisierenden Parteien - Junge Union, Jungsozialisten und Junge Liberale - in bisher beispielloser Weise auf Distanz zu ihren Müttern gingen, indem sie in einem gemeinsamen Appell den unabhängigen Liberalen Jens Reich unterstützten.

Roman Herzog schafft es erst im dritten Wahlgang

Heitmann weckte dann allerdings sogar bei Kohl Zweifel an seiner Eignung, als er den EG-Vertrag von Maastricht als „von oben verordnet“ bezeichnete, „die Mutterschaft wieder ins Zentrum der Gesellschaft rücken“ wollte oder die Hauptursache der Wohnungsnot in einer „unkontrollierten Asylantenschwemme“ sah. Nach kurzer, heftiger Mediendebatte über diese und andere Zitate gab Heitmann am 25. November 1993 den Rücktritt von der Kandidatur bekannt. Ersatzweise einigte sich die Union auf den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Roman Herzog, der dann am 23. Mai 1994 tatsächlich zum Bundespräsidenten gewählt wurde.

Allerdings klappte Herzogs Wahl erst im dritten Anlauf, da er die in den ersten beiden Wahlgängen erforderliche absolute Mehrheit nicht erreichte. Mit den Stimmen der FDP hätte auch Rau zum Staatsoberhaupt gewählt werden können. Ein solches Signal für einen Koalitionswechsel wollte die FDP-Führung aber nicht. Als versöhnliche Geste gegenüber dem Koalitionspartner beschloß sie außerdem, daß Hamm-Brücher - entgegen ihrem eigenen Wunsch - im dritten Wahlgang zugunsten Herzogs verzichten sollte. So wurde der Unionschrist Herzog am Ende doch noch mit absoluter Mehrheit gewählt, obwohl er sie im dritten Wahlgang nicht mehr benötigt hätte.

Der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping warf der FDP anschließend vor, sie habe sich mit ihrem Stimmverhalten „als eigenständige Kraft verabschiedet". Kanzler Kohl nannte die Sozialdemokraten „einmal mehr schlechte Verlierer".

Klare Wahlaussage zugunsten der Union

Schon am 11. April 1994 hatte sich der Bundesvorstand für die Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU nach den Bundestagswahlen ausgesprochen. Die Wahl Herzogs zum Bundespräsidenten war vor diesem Hintergrund zu sehen. Auf einem Bundesparteitag vom 3. bis 5. Juni in Rostock sprach sich die FDP auch öffentlich für die Fortsetzung des Bündnisses mit der Union aus. Von den 662 Delegierten stimmten nur 36 gegen die Beschlußvorlage des Bundesvorstands.

Es „haidert“ in der FDP

Aber Deutschland ist nicht Österreich: Der „Bund freierBürger“ zieht erfolglos gegen den Vertrag von Maastricht zu Felde

Nach der Entfernung Möllemanns aus dem Kabinett konnte es als weiterer Beitrag zur politischen Hygiene gelten, daß die FDP am 22. März 1993 beschloß, die offiziellen Kontakte zur „Freiheitlichen Partei Österreichs“ (FPÖ) abzubrechen. Stattdessen nahm sie Beziehungen zum „Liberalen Forum“ auf, das sich von der FPÖ abgespalten hatte. Als Grund nannte Lambsdorff den Rechtskurs der FPÖ, seitdem Jörg Haider den Parteivorsitz übernommen hatte. Die FDP werde auch den Ausschluß der FPÖ aus der Liberalen Internationale (LI) beantragen.

Die FPÖ war noch nie eine wirklich liberale Partei gewesen. Bei ihrer Gründung 1956 galt sie als Sammelbecken von Alt-Nazis. Sie behielt den braunen Hautgout auch weit länger als die FDP, die in ihren Anfängen ähnlich strukturiert war. Im Unterschied zur FDP lebte die FPÖ nicht von der Beteiligung an wechselnden Regierungskoalitionen, sondern vom Unmut weiter Bevölkerungskreise über den in Österreich herrschenden schwarz-roten Filz aus ÖVP und SPÖ. Erst 1983 kam es zu einer förmlichen Regierungsbeteiligung in Wien, in einer Koalition mit der SPÖ, die aber von dieser aufgekündigt wurde, nachdem Jörg Haider 1986 ans Ruder gelangte und die FPÖ erneut auf scharfen Rechtskurs brachte. Die Trennung von einer derartigen „Schwesterpartei“ wäre auch für die FDP eigentlich längst fällig gewesen. Aber noch 1991 hatte sie einen Ausschluß der FPÖ aus der Liberalen Internationale verhindert.

Die FPÖ erringt bis zu einem Viertel der Wählerstimmen

Den Hauptgrund für die Abspaltung des „Liberalen Forums“ bildete Haiders Agitation gegen einen Beitritt Österreichs zur Euro-

päischen Gemeinschaft (EG), nachdem die EG-Staaten am 7. Februar 1992 den Vertrag von Maastricht unterzeichnet hatten. Mit diesem Vertrag vereinbarten die zwölf Mitgliedsländer, die EG in eine vollständige Wirtschafts- und Währungsunion umzuwandeln und schrittweise zur Politischen Union auszubauen.

Unter Haider machte sich die FPÖ zum Sprecher von Bauern, Mittelständlern, Nationalisten und anderen Teilen der österreichischen Bevölkerung, die von der EG überwiegend Nachteile befürchteten. Die beiden großen Parteien und der tonangebende Teil der Wirtschaft warben dagegen für die EG. Eine Volksabstimmung im Juni 1994 ergab eine Zwei-Drittel-Mehrheit für den Beitritt, der Anfang 1995 vollzogen wurde. Es dauerte aber nicht lange, bis zwei Drittel der Österreicher sich recht enttäuscht über die Folgen des EG-Beitritts zeigten, und dies gab der FPÖ noch stärkeren Auftrieb: Sie errang bei den Wahlen bis zu einem Viertel der Stimmen, während das „Liberale Forum" seit 1996 auf keinen grünen Zweig mehr kam und zur Bedeutungslosigkeit verkümmerte.

Daß sich die FDP von ihrer bisherigen Schwesterpartei in Österreich distanzierte, die doppelt so hohe Wahlergebnisse erzielte wie sie selbst, hatte gerade mit deren Erfolg zu tun: Zum ersten Mal seit Zoglmanns „National-Liberaler Aktion" vor 23 Jahren witterten national-konservative Kräfte innerhalb der FDP wieder Morgenluft. Es „haiderte" in der FDP, roch nach Abspaltung und Palastrevolution. Zum Hauptexponenten dieser Rechtstendenzen wurde der frühere EG-Beamte Manfred Brunner.

Brunner gründet eine eigene Stiftung

Manfred Brunner war von 1983 bis 1988 Vorsitzender der bayerischen FDP gewesen. Anschließend war er in die Dienste von Martin Bangemann getreten, der damals seine unsicher gewordenen Ämter als Parteivorsitzender und Wirtschaftsminister mit der hoch dotierten Pfründe eines EG-Kommissars in Brüssel vertauschte. Brunner fungierte als Büroleiter bzw. „Kabinettschef" des EG-Kommissars Bangemann. Außerdem war er von 1988 bis 1992

Vorsitzender der Thomas-Dehler-Stiftung, eines bayerischen Pendants zur parteinahen Friedrich-Naumann-Stiftung.

Im Januar 1992 gründete Brunner seine eigene Stiftung namens „Demokratie und Marktwirtschaft“, die er mit hunderttausend Mark dotierte. Sie sollte als propagandistische Plattform für konservative Strömungen rechts von der FDP dienen und verlieh unter anderem jedes Jahr einen „Freiheitspreis“. Beispielsweise bekam diesen Preis 1995 der ostdeutsche CDU-Politiker Steffen Heitmann, der sich als Kandidat der Union für das Amt des Bundespräsidenten durch dümmliche Sprüche disqualifiziert hatte, für seine „politische Geradlinigkeit und persönliche Zivilcourage“.

In der Satzung der Stiftung sicherte sich Brunner weitgehende Sonderrechte „auf Lebenszeit“. In den ersten Stiftungsrat berief er neben dem CSU-Politiker Peter Gauweiler so erlauchte Geister wie den konservativen Historiker Arnulf Baring und den FAZ-Redakteur Hans-Dieter Barbier, unter dessen Leitung der Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen“ zum Missions- und Kampfblatt für den sogenannten Neoliberalismus geworden war.

Bangemann muß Brunner als Kabinettschef entlassen

Nach Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht begann Brunner, in der Art seines Freundes Haider gegen die neue Stufe der EG vom Leder zu ziehen. Als EG-Kabinettschef durfte er mit besonderer Aufmerksamkeit rechnen, wenn er den Vertrag von Maastricht attackierte und sich in düsteren Warnungen vor einer europäischen Föderation erging, welche die nationale Souveranität untergrabe und die Stabilität der Währung gefährde.

Allerdings vertrugen sich Brunners öffentliche Äußerungen schlecht mit seiner Rolle als EG-Beamter. Im September 1992 mußte ihn Bangemann auf Verlangen der Bundesregierung entlassen - übrigens drei Monate vor Ablauf der Vier-Jahres-Frist, die Brunner die Pensionsberechtigung als hochbezahlter EG-Beamter eingebracht hätte.

Der geschaßte EG-Kabinettschef intensivierte daraufhin seine Kontakte zu konservativen Kreisen im Umkreis von Union und FDP, vom „Studienzentrum Weikersheim" über deutschnationale Burschenschaftler bis hin zu den Rechtsradikalen um das Blatt „Junge Freiheit". Besondere Anerkennung errang er sich in diesen Kreisen durch seine Klage gegen den Vertrag von Maastricht, der zur „Aushöhlung der deutschen Staatlichkeit" führe.

Bundesverfassungsgericht stellt Mindestanforderungen an die europäische Integration

Mit dieser Klage rührte Brunner an ein echtes Problem, das viel zu lange ignoriert worden war und das auch die Grundgesetzänderungen nicht restlos beseitigten, die im Zusammenhang mit dem Vertrag von Maastricht beschlossen wurden: In der Tat war das Grundgesetz auf Deutschland als souveränen Staat und föderative Republik zugeschnitten. Es regelte zwar die Beziehungen zwischen Bund und Ländern, sah aber im Außenverhältnis an keiner Stelle eine derartige Übertragung nationaler Hoheitsrechte an überstaatliche Instanzen vor, wie dies im Zuge der europäischen Integration längst üblich geworden war. Schon gar nicht hatten die Väter des Grundgesetzes daran gedacht, die Bundesrepublik in einer europäischen Föderation aufgehen zu lassen. Hinzu kam, daß die Super-Regierung in Brüssel, die mit weitreichenden Befugnissen und Vorgaben den Spielraum der nationalen Gesetzgeber immer weiter einengte, nicht hinreichend demokratisch legitimiert war. Sowohl der Ministerrat als auch die Kommission wurden von den Regierungen der beteiligten Länder gestellt. Es gab zwar seit 1979 ein direkt gewähltes Europäisches Parlament, aber dieses verfügte nur über bescheidene Mitspracherechte, die sich ungefähr mit der Rolle des Reichstags im deutschen Kaiserreich vergleichen ließen.

Es war deshalb für das Bundesverfassungsgericht gar nicht so einfach, Brunners Klage abzuweisen. In dem am 12. Oktober 1993 ergangenen Urteil sahen die Richter zwar die Rechte der nationalen Wähler durch die EG nicht entscheidend beeinträch-

tigt. Zugleich stellten sie aber Mindestanforderungen an die verfassungsrechtliche Seite des europäischen Integrationsprozesses: So müßten dem Bundestag „Aufgaben und Befugnisse von substantiellem Gewicht“ verbleiben. Die Übertragung von Hoheitsrechten müsse genau definiert werden.

Sowohl BFB als auch FDP scheitern bei der Europa-Wahl

Nach dem Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, das für ihn zumindest propagandistisch ein Erfolg war, trat Brunner aus der FDP aus und gründete eine eigene Wählervereinigung namens „Bürgerbewegung für ein Europa der Nationen“. Am 23. Januar 1994 wurde aus dieser Wählervereinigung der „Bund freier Bürger“ (BFB). Die achtzig Teilnehmer des konstituierenden Parteitags in Wiesbaden hatten zuvor überwiegend der Union und der FDP angehört. Sie wählten Brunner fast einstimmig zum Vorsitzenden. In ihren Leitsätzen forderte die neue Partei einen europäischen Staatenbund statt eines europäischen Bundesstaats und die Erhaltung der D-Mark anstelle einer Währungsunion. Der Rest entstammte dem üblichen Repertoire rechtsgerichteter Mittelstands-Ideologie. So verlangte der BFB mehr Härte gegenüber Gesetzesbrechern, Abstriche bei den Sozialleistungen, die Beseitigung des Tarifsystems bei den Löhnen, steuerliche Entlastungen und die Abschaffung des Asylrechts. Er buhlte damit um eine ähnliche Wählerschaft wie die noch weiter rechts stehenden „Republikaner“ oder die neonazistische „Deutsche Volks-Union“ (DVU). Gleichwohl legte er Wert auf bürgerliche Honorigkeit, indem der Parteitag beschloß, keine ehemaligen Mitglieder dieser Parteien aufzunehmen.

Die Gründung des „Bundes freier Bürger“ erfolgte mit Blick auf die Europa-Wahlen am 12. Juni 1994. Brunner wollte die Wahl zu einer „Volksabstimmung gegen Maastricht und für die Deutsche Mark“ machen und prophezeite seiner Partei ein „zweistelliges Ergebnis“. Der BFB scheiterte indessen mit 1,1 Prozent. Bei den darauffolgenden Landtagswahlen in Bayern kam er nur auf 0,4 Prozent und bei der Bundestagswahl 1998 auf 0,2 Prozent.

Immerhin genügte das klägliche Ergebnis, um der FDP möglicherweise entscheidende Stimmenanteile abzunehmen. Denn diese erreichte bei den vierten Wahlen zum Europäischen Parlament nur 4,1 Prozent. Sie blieb damit zum zweiten Mal - wie schon 1984 - bei dieser bundesweiten Wahl unter fünf Prozent und konnte keine Vertreter ins Europäische Parlament entsenden. Vermutlich verdankte sie dieses schlechte Abschneiden aber nicht nur Brunner, sondern auch dem amtierenden EG-Kommissar Bangemann, der Brunner zu seinem Kabinettschef bestellt hatte und allgemein eine schlechte Figur in Brüssel machte.

Mit dem Fiasko bei den Europa-Wahlen war das Schicksal des BFB eigentlich schon besiegelt und klar, daß Haiders politische Rezeptur in Deutschland nicht so ankam wie in Österreich. Die enge Anlehnung an die FPÖ und die persönliche Freundschaft zwischen Brunner und Haider waren im BFB von Anfang an umstritten. Die Wahlniederlage gab der Kritik Auftrieb. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der Partei und zu Austritten führender Mitglieder. Nachdem die Haider-Fraktion gesiegt hatte, ergänzte sie den Parteinamen nach FPÖ-Vorbild um den Zusatz „Die Freiheitlichen". Es gab anscheinend auch Pläne zur Fusion mit rechten Splittergruppen wie der „Deutschen Sozialen Union" und der Riege um den früheren Generalbundesanwalt Alexander von Stahl. Anfang 1998 fusionierte der BFB mit der „Liberalen Offensive" des aus der FDP ausgetretenen hessischen Landtagsabgeordneten Heiner Kappel. Der Niedergang war aber nicht aufzuhalten. Ein Jahr später verließ Brunner selber die von ihm gegründete Partei und kam so seinem Ausschluß zuvor. Sein Nachfolger Kappel löste die Partei zum Ende des Jahres 2000 auf.

Die trüben Geldquellen des BFB - Brunner wird wegen Steuerhinterziehung verurteilt

Die bescheidenen Wahlerfolge bescherten der Partei insgesamt knapp fünf Millionen Mark aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Der größte Teil des Geldes, mit dem sie ihre Kam-

pagnen finanzierte, stammte aber aus einer anderen Quelle: Der Milliardär August von Finck ließ Brunner von 1992 bis 1998 etwa 8,5 Millionen Mark zukommen. Schon ein Teil des Geldes, mit dem Brunner die Stiftung „Demokratie und Marktwirtschaft" gründete, stammte von dem erzkonservativen Bankier-Erben. Auch die Kosten des Rechtsstreits vor dem Bundesverfassungsgericht bezahlte Brunner zum Teil mit Geld, das er von Finck erhielt.

Allerdings wurden diese Millionen-Zuwendungen nie als Parteispenden ausgewiesen. Finck ließ das Geld vielmehr durch einen Vertrauten von seinem Privatkonto abheben und direkt Brunner aushändigen. Dieser verfügte darüber nach Gutsherrenart, indem er es - nach Abzweigung einer größeren Summe zur Tilgung privater Schulden - als zinsloses persönliches Darlehen dem BFB zur Verfügung stellte. Auf diese Weise sicherte er sich auch die finanzielle Herrschaft über die Partei, deren Gründer und Vorsitzender er war.

Als die Staatsanwaltschaft hellhörig wurde und aufgrund der Ergebnisse einer Betriebsprüfung in Brunners Kanzlei wegen Untreue ermittelte, behauptete Brunner, er habe die Gelder von Finck nicht als Parteispenden, sondern zu seiner freien Verfügung erhalten. Zum Teil versuchte er sich auch damit herauszureden, daß es sich um Honorar für anwaltliche Leistungen oder um einen privaten Kredit gehandelt habe. Finck ließ dagegen verlauten, daß die Gelder selbstverständlich für den BFB bestimmt gewesen seien. Die Affäre endete im August 2002 mit einem Strafbefehl wegen Steuerhinterziehung: Brunner erhielt ein Jahr Haft auf Bewährung und mußte 6000 Euro zahlen. Er akzeptierte den Strafbefehl ohne Murren - so konnte er immerhin vermeiden, daß die trüben Geldquellen des BFB und seine persönlichen finanziellen Machenschaften vor Gericht ausführlicher durchleuchtet wurden.

Nur noch abwärts

Vor allem die ostdeutschen Wähler laufen der „Partei der Besserverdienenden“ in Scharen davon

Am Ende der 12. Legislaturperiode von 1991 bis 1994 mußte die FDP ernsthaft um den Wiedereinzug in den Bundestag bangen. Denn die elf Prozent, die sie 1990 erreicht hatte, halbierten sich zusehends. Auf dem Wahlparteitag am 4. September 1994 in Nürnberg kündigte der Parteivorsitzende Kinkel deshalb verstärktes Werben um die Zweitstimmen von Unionswählern an: Die Zweitstimme sei die „Kanzlerstimme“.

Bis Ende 1992 konnte die FDP mit ihrem Abschneiden bei den Landtagswahlen noch einigermaßen zufrieden sein. Aber dann ging es immer steiler abwärts: Bei allen folgenden Wahlen scheiterte sie an der Fünf-Prozent-Hürde. Nacheinander flog sie aus den Landtagen von Hamburg, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Bayern. Vor allem die Wahlerfolge in den neuen Bundesländern erwiesen sich nun als Strohfeuer.

Eine der Ursachen für den Wählerschwund war, daß die Partei sich mit einer bisher nicht gekannten Offenherzigkeit - man könnte auch Schamlosigkeit sagen - als Klientelpartei zu erkennen gab. Die FDP sei die „Partei der Leistungsträger“, erklärte etwa der Vorsitzende Kinkel auf dem Rostocker Parteitag. Das klang in den Ohren von weniger Leistungsfähigen wie eine sozialdarwinistische Kampfansage, zumal die Sparbeschlüsse der Koalition durchaus in diese Richtung wiesen. Der neue Generalsekretär Werner Hoyer formulierte es im Vorfeld der Bundestagswahlen noch griffiger, als er von der „Partei der Besserverdienenden“ sprach. Solche Töne stießen selbst Besserverdienenden sauer auf. Im Volksmund galt die FDP als „Zahnärzte-Partei“, die einer ohnehin gut betuchten Minderheit zu noch mehr Geld verhelfen wollte.

Hessen wird wieder rot-grün regiert

Bei den hessischen Landtagswahlen am 20. Januar 1991 erlitt die FDP mit 7,4 Prozent leichte Verluste. Auch die CDU büßte Stimmen ein. Die seit 1983 bestehenden knappen Mehrheitsverhältnisse im Landtag kippten damit wieder zugunsten von SPD und Grünen, die über zwei Stimmen mehr verfügten. Ende April wurde die bisherige Koalitionsregierung von CDU und FDP unter Walter Wallmann von einer rot-grünen Koalition unter Hans Eichel abgelöst.

Koalition mit der SPD in Rheinland-Pfalz

Auch in Rheinland-Pfalz war die bisherige Regierungskoalition aus CDU und FDP nicht mehr tragfähig, nachdem bei den Landtagswahlen am 21. April 1991 die CDU mit 38,7 Prozent ihr bisher schlechtes Ergebnis erzielt hatte und die SPD mit 44,8 Prozent zur stärksten Partei geworden war. Hier jedoch bot sich der FDP, die trotz eines Rückgangs von 7,3 auf 6,9 Prozent ihre sieben Landtagsmandate halten konnte, die Chance eines Koalitionswechsels. Der SPD-Spitzenkandidat Rudolf Scharping machte keinen Hehl daraus, daß er die FDP den Grünen vorzog, die rechnerisch ebenso als Partner in Frage gekommen wären. Auch der Bundesvorstand der FDP meldete keine Bedenken an. - Immerhin waren bisher in sechs Bundesländern die CDU/FDP-Koalitionen nicht bestätigt worden, wie Hans-Dietrich Genscher anmerkte. Im Kabinett von Rudolf Scharping, das am 21. Mai vereidigt wurde, stellte die FDP zwei Minister: Ihr Landesvorsitzende Rainer Brüderle wurde stellvertretender Ministerpräsident und zuständig für Wirtschaft und Verkehr. Peter Caesar übernahm das Ressort Justiz.

In Hamburg kann die SPD allein regieren

Bei den Landtagswahlen am 2. Juni 1991 in Hamburg mußte die FDP ebenfalls Federn lassen. Mit 5,4 Prozent (gegenüber 6,5 Prozent 1987) schaffte sie immerhin erneut den Einzug in die Bürgerschaft. Da aber die SPD stark zugelegt hatte und im

Parlament über eine Stimme mehr verfügte als CDU, Grüne und FDP zusammengenommen, wurde sie nun nicht mehr als Koalitionspartner benötigt.

Rot-gelb-grüne „Ampelkoalition" in Bremen

In Bremen erhielt die FDP durch die Landtagswahlen vom 29. September 1991 erstmals wieder die Chance zu einer Koalition mit der SPD, die seit zwanzig Jahren allein regiert hatte. Sie verzeichnete einen leichten Rückgang von 10,0 auf 9,4 Prozent, behielt aber zehn Sitze. Allerdings war der Sturz der SPD von der Höhe der absoluten Mehrheit auf 38,8 Prozent so groß, daß die Stimmen der FDP zur Sicherung der Mehrheit nicht ausreichten. Deshalb kam es am 11. Dezember zu einer Koalition aus SPD, Grünen und FDP - die zweite rot-gelb-grüne „Ampelkoalition" nach Brandenburg, wo dieses Modell 1990 erstmals praktiziert worden war, und die erste in den alten Bundesländern. Von zehn Senatorenposten unter Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD) besetzte die FDP die Ressorts Wirtschaft (Claus Jaeger) und Inneres (Friedrich van Nispen).

„Republikaner" bewirken Große Koalition in Baden-Württemberg

In Baden-Württemberg erzielte die FDP bei den Landtagswahlen am 5. April 1992 mit 5,9 Prozent genau das gleiche Ergebnis wie vor vier Jahren. Hier endete nach zwanzig Jahren die Alleinherrschaft der CDU. Die von der FDP seit langem ersehnte Koalitionsmöglichkeit ergab sich daraus aber nicht, weil die enormen Verluste der CDU den „Republikanern" zugute kamen, die mit 10,9 Prozent als drittstärkste Fraktion in den Landtag einzogen. Vier Jahre zuvor hatten die „Republikaner" nur 1,0 Prozent der Stimmen erhalten. Die rechtsgerichtete Protest-Partei wurde von den anderen Parteien nicht als koalitionsfähig erachtet, mußte aber als Mehrheitsbeschaffer bei Abstimmungen ins parlamentarische Kalkül einbezogen werden. Angesichts der Mandatsverteilung im Landtag - CDU 64, SPD 46, Republikanern 15, Grüne 13 und FDP 8 - ergab sich eine Patt-

Situation, die nur durch ein Bündnis der beiden größten Parteien aufzulösen war. So kam es am 11. Juni 1992 in Stuttgart unter Erwin Teufel (CDU) zur ersten Großen Koalition seit zwanzig Jahren.

In Kiel wieder im Landtag

Am selben Tag wie in Baden-Württemberg fanden in Schleswig-Holstein die Landtagswahlen statt. Mit 5,6 Prozent schaffte die FDP wieder den Einzug ins Parlament, aus dem sie 1988 wegen ihres ungeschickten Taktierens in der Barschel-Affäre verbannt worden war. Die Grünen blieben erneut unter der Fünf-Prozent-Hürde. Als Koalitionspartner wurde sie aber weiterhin nicht gebraucht, da die SPD trotz erheblicher Verluste ihre absolute Mehrheit im Landtag behaupten konnte. Wie in Stuttgart wurde auch in Kiel eine rechtsgerichtete Protestpartei drittstärkste Fraktion im Parlament: Die neonazistische „Deutsche Volks-Union“ (DVU) hatte auf Anhieb 6,3 Prozent erringen.

In Hamburg unter fünf Prozent

In Hamburg kam es schon am 19. September 1993 erneut zu Landtagswahlen, weil der Verfassungsgerichtshof die Bürgerschaftswahl des Jahre 1991 für ungültig erklärt hatte. Wie schon bei den Wahlen in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein konnten Protestparteien wie STATT Partei (5,6 Prozent), Republikaner (4,8 Prozent), DVU (2,8 Prozent) sowie die Grünen (13,5 Prozent) große Stimmenanteile auf sich vereinen, während die SPD von 48,0 auf 40,4 Prozent und die CDU von 35,1 auf 25,1 Prozent abstürzten. Die FDP gehörte ebenfalls zu den Leidtragenden dieser Protestwahl: Sie errang nur noch 4,2 Prozent und war damit nicht mehr in der Bürgerschaft vertreten.

In Niedersachsen nicht mehr im Parlament

Zur großen Enttäuschung wurden auch die Landtagswahlen am 13. März 1994 in Niedersachsen. Die hauchdünne Mehrheit der rot-grünen Regierungskoalition war dort seit 1990 noch weiter abgebröckelt, so daß rot-grün und schwarz-gelb im Landtag

annähernd gleich stark waren. Die Wähler beendeten diese Patt-Situation aber nicht durch eine Stärkung, sondern durch die Schwächung von CDU und FDP. Die SPD konnte so trotz annähernd gleichbleibenden Stimmenanteils die absolute Mehrheit im Landtag erringen. Die FDP kam nur noch auf 4,4 Prozent und schied damit aus dem Parlament aus.

Enttäuschende Europa- und Kommunalwahlen

Im folgenden ging es nur noch abwärts bei Wahlen, so daß in der FDP-Spitze die Befürchtung aufkam, bei den nächsten Bundestagswahlen unterhalb der Fünf-Prozent-Hürde zu bleiben - so wie bei den Europa-Wahlen am 12. Juni 1994, bei denen es ihr schon zum zweitenmal nicht gelungen war, Abgeordnete ins Straßburger Parlament zu entsenden.

Dem negativen Trend entsprachen Stimmenrückgänge auf breiter Front bei einer Reihe von Kommunalwahlen, die am 12. Juni 1994 gleichzeitig mit den Europa-Wahlen stattfanden: In Baden-Württemberg ging der Stimmenanteil der FDP von 5,3 auf 3,6 Prozent zurück, in Rheinland-Pfalz von 5,8 auf 4,3 Prozent, in Sachsen von 7,5 auf 6,3 Prozent, in Sachsen-Anhalt von 10,7 auf 7,9 Prozent und in Thüringen von 7,7 auf 6,2 Prozent.

Totaler Absturz in Sachsen-Anhalt

Katastrophale Ausmaße nahm der Wählerschwund bei den Landtagswahlen am 26. Juni 1994 in Sachsen-Anhalt an, wo die FDP nur noch auf 3,58 Prozent kam, während sie vor vier Jahren noch stolze 13,5 Prozent eingefahren hatte. Auch die CDU mußte erhebliche Einbußen hinnehmen. SPD und PDS waren dagegen die Nutznießer der zunehmenden Enttäuschung, die sich in Ostdeutschland hinsichtlich von Union und FDP bemerkbar machte.

In Sachsen-Anhalt gab dieser Enttäuschung noch eine landeseigene Affäre Auftrieb, die am 28. November 1993 zum Rücktritt der CDU/FDP-Regierung führte: Laut „Spiegel“ hatten sich

der Ministerpräsident Werner Münch (CDU) sowie die Minister Hartmut Perschau (CDU),Werner Schreiber (CDU), Horst Rehberger (FDP) und Hans-Jürgen Kaesler (FDP) überhöhte Bezüge gesichert. Durch trickreiche Ausnutzung ihrer Vergangenheit als West-Politiker sollen sie die Landeskasse um rund 900.000 Mark geschädigt haben. Im Falle Kaeslers trafen die Vorwürfe allerdings nicht zu. Nach dem Rücktritt der Regierung hatte sich die Landes-FDP wegen der Frage von Neuwahlen tief zerstritten und auch mit der CDU angelegt, bevor sie die Koalition unter dem neuen Ministerpräsidenten Christoph Bergner (CDU) fortsetzte.

Die FDP scheitert in Sachsen und Brandenburg

Daß der Absturz in Sachsen-Anhalt nur zum geringeren Teil mit der Gehälter-Affäre zu tun hatte, zeigte sich am 11. September 1994 bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg: In Sachsen schrumpfte die FDP von 5,3 auf 1,7 Prozent, in Brandenburg von 6,6 auf 2,2 Prozent. Sie war mithin in beiden Landtagen nicht mehr vertreten. Auch die Grünen bzw. das Bündnis 90 wurden aus beiden Parlamenten gekippt. Gewinner der Wahlen waren CDU und SPD, die in Sachsen bzw. Brandenburg jeweils die absolute Mehrheit errangen. Außerdem bekam die PDS starken Auftrieb.

In Bayern nur noch 2,8 Prozent

Ein besonders böses Omen war - so kurz vor den bevorstehenden Bundestagswahlen am 16. Oktober - der Einbruch bei den Landtagswahlen am 25. September 1994 in Bayern: Mit 2,8 Prozent blieb die FDP dieses Mal weit unter der Fünf-Prozent-Hürde, die sie 1990 mit knapper Not gemeistert hatte. Die Durststrecke außerhalb des Parlaments, die 1982 nach dem Bruch der sozialliberalen Koalition begonnen hatte, ging damit nach vierjähriger Unterbrechung weiter.

„Bundesdame ohne Länder-Unterleib“

Es reicht wieder zur Koalition mit der Union, aber die FDP ist nur noch in vier Landtagen vertreten

Die Bundestagswahlen am 16. Oktober 1994 gestalteten sich für die FDP zu einer Zitterpartie, nachdem sie im zurückliegenden Jahr bei sämtlichen Wahlen nur Verluste erlitten hatte, aus sechs Landtagen hinausgeflogen, auch bei den Kommunalwahlen stark dezimiert und bei den Europa-Wahlen zum zweiten Mal unter fünf Prozent geblieben war. Erst drei Wochen zuvor hatten die bayerischen Landtagswähler die Partei von 5,2 auf 2,8 Prozent abstürzen lassen. Es war reiner Zweckoptimismus, wenn sich der Parteivorsitzende Klaus Kinkel dennoch zuversichtlich über die Chancen zum Wiedereinzug in den Bundestag äußerte. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte es ein weiteres Mal abgelehnt, dem fußkranken Koalitionspartner durch eine „Leihstimmen“-Kampagne über die Fünf-Prozent-Hürde zu helfen. Auch die Ergebnisse von Meinungsumfragen begründeten starke Zweifel, ob es die „Partei der Besserverdienenden“ dieses Mal noch schaffen würde.

Bei dieser Ausgangslage durfte die Partei mit dem tatsächlichen Ergebnis der Bundestagswahlen sehr zufrieden sein, obwohl es einen Absturz von 11,0 auf 6,9 Prozent bedeutete. An eine Wiederholung des Traumergebnisses vom Dezember 1990, als sie 79 Mandate erringen konnte, war sowieso nicht zu denken gewesen. So konnte sie immerhin noch 47 Abgeordnete in den 13. Bundestag entsenden. „Die Liberalen haben am Sonntag ihre Exhumierung aus dem Grab der Statistik als Auferstehung gefeiert“, bemerkte die „Süddeutsche Zeitung“, und fügte gleich hinzu: „Dafür gibt es, wie ein Blick auf die Länder zeigt, keinen Anlaß.“

Da auch die CDU/CSU von 43,8 auf 41,5 Prozent zurückfiel, während die SPD von 33,5 auf 36,4 Prozent zulegte, verfügten FDP und Union zusammen im 13. Bundestag nur über eine schwache Mehrheit. Die Grünen, die sich inzwischen mit dem ostdeutschen Bündnis 90 vereinigt hatten, errangen dieses Mal 7,3 Prozent. Die PDS konnte mit 4,4 Prozent ebenfalls wieder in den Bundestag einziehen, da es ihr gelungen war, im Ostteil Berlins vier Direktmandate zu erringen und so die Fünf-Prozent-Hürde zu unterlaufen.

Bei der Auszählung der Stimmen sah es zunächst so aus, als ob die Koalitionsparteien nur ein Mandat mehr als die Oppositionsparteien erhalten würden. Erst die Anrechnung der sogenannten Überhangmandate ergab für FDP und Union die Gesamtzahl von 341 Bundestagssitzen und damit einen Vorsprung von zehn Mandaten gegenüber den Oppositionsparteien SPD, Grüne und PDS.

FDP akzeptiert den „Solidaritätszuschlag“ und erhält drei von 16 Ministerposten

Am 24. Oktober einigten sich FDP und Union über das Koalitionspapier zur Fortsetzung der gemeinsamen Regierung. Wesentlichster Punkt war das Festhalten am „Solidaritätszuschlag“ in Höhe von 7,5 Prozent der Einkommensteuer. Diese Sondersteuer, die bei ihrer Einführung im Jahr 1990 zunächst auf ein Jahr befristet worden war, sollte ab 1. Januar 1995 zeitlich unbegrenzt gelten. Es sollte nur noch jährlich geprüft werden, ob ihre Erhebung weiterhin notwendig sei - in Anbetracht des Fasses ohne Boden, das sich in Ostdeutschland auftat, eine ziemlich realitätsferne Einschränkung.

Im Kabinett konnte die FDP nur noch drei von sechzehn Ministerposten besetzen, während es vier Jahre zuvor fünf von neunzehn gewesen waren. Sie mußte das Bildungs- und das Bauministerium an die CDU abgeben. Ansonsten blieb die Besetzung unverändert mit Klaus Kinkel als Außenminister und Vizekanzler, Günter Rexrodt als Wirtschaftsminister und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Justizministerin. Allerdings war zu-

nächst unsicher, ob Rexrodt und Leutheusser-Schnarrenberger ihre Ämter behalten würden. Beide waren innerhalb der Partei wie der Koalition umstritten: Rexrodt galt nicht gerade als wirtschaftspolitische Leuchte, und Leutheusser-Schnarrenberger war den Rechten als Linksliberale suspekt. Daß „Sabinchen" 1992 Justizministerin geworden war, verdankte sie sowieso nur der Bereitschaft des rechten Flügels, sie als das kleinere Übel gegenüber dem Linksliberalen Burkhard Hirsch zu akzeptieren. Inzwischen hatte sie aber durchaus Standvermögen gezeigt und sich beispielsweise für ein liberales Ausländerrecht eingesetzt.

Besonders schwer fiel der Abschied aus dem Kabinett der Karrierefrau Irmgard Schwaetzer, die sich schon immer zu höherem berufen fühlte. Nach ihrer Niederlage im Kampf um das Außenministerium, die sie dem „intriganten Schwein" Möllemann anlastete, hatte sie weiterhin mit dem Bauministerium vorlieb genommen. Nun mußte sie gegen ihren Willen auch das Bauministerium an Klaus Töpfer von der CDU abgeben. Wenig später erlitt sie eine weitere Niederlage, als sie innerhalb der Partei ihre Kandidatur für das der FDP zustehende Amt eines der Bundestags-Vizepräsidenten nicht durchsetzen konnte. Sichtlich verbittert teilte sie am 9. November mit, daß sie als stellvertretende FDP-Vorsitzende zurücktrete und mit Ausnahme ihres Bundestagsmandats auf sämtliche Ämter verzichte.

Möllemann schießt schon wieder quer und wird dafür abgestraft

Zu allem Überfluß meldete sich auch noch der frühere Bundeswirtschaftsminister Jürgen Möllemann zu Wort, der die unrühmlichen Umstände seines Ausscheidens aus dem Kabinett anscheinend schon wieder verdrängt hatte. Gestützt auf seine nordrhein-westfälische Hausmacht, der er noch immer als Landeschef vorsaß, wollte er an den Koalitionsverhandlungen beteiligt werden und erhob Anspruch auf einen Ministerposten. Dabei hatte der Parteivorsitzende Kinkel schon kurz nach Bekanntwerden des Bundestagswahlergebnisses betont, daß für Möllemann kein

Platz im künftigen Koalitionskabinett sei. Die große Mehrheit der Partei empörte sich ebenfalls über den Vorstoß des nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden. Möllemann zog darauf am 21. Oktober seinen Anspruch auf ein Ministeramt zurück.

Möllemanns Quertreiberei erboste Kinkel und andere führende FDP-Politiker derart, daß sie eine Strafexpedition losschickten: Am 25. Oktober trat in Nordrhein-Westfalen der Landesvorstand geschlossen zurück und stürzte dadurch Möllemann als Landesvorsitzenden. Die Neuwahl des Landesvorstands fand auf einem Sonderparteitag am 3. Dezember statt. Möllemann rechnete sich zunächst gute Chancen aus, erneut zum Vorsitzenden gewählt zu werden. Aber seine Gegner hatten auch hier gute Vorarbeit geleistet: Eine Mehrheit von 255 Delegierten votierte für den Bielefelder Landtagsabgeordneten Joachim Schultz-Tornau. Möllemann bekam nur 139 Stimmen. Mit dem Amt des Landesvorsitzenden verlor er zugleich den Sitz im Bundesvorstand. Als kleines Trostpflaster ernannte ihn die Fraktion im Januar 1995 zu ihrem gesundheitspolitischen Sprecher.

Für Kinkel war die Entmachtung Möllemanns indessen ein Pyrrhussieg. Wegen der andauernden Talfahrt bei den Landtagswahlen stand er mit dem Rücken an der Wand. Am selben 16. Oktober, an dem die FDP ihrem parlamentarischen Tod im Bundestag mit 6,7 Prozent entrinnen konnte, hatte sie bei den Landtagswahlen im Saarland, in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern weitere schwere Stimmenverluste erlitten und war aus drei weiteren Landesparlamenten hinausgeflogen. Die noch immer vorhandenen Anhänger Möllemanns und andere Kinkel-Kritiker versäumten es nicht, den Parteivorsitzenden dafür verantwortlich zu machen.

Kinkel gilt nur noch als Vorsitzender auf Abruf

So sah sich Kinkel auf dem Bundeskongreß der Partei, der am 11. und 12. Dezember 1994 in Gera stattfand, massiver Kritik ausgesetzt. Während seines Rechenschaftsberichts gab es Pfiffe, Gelächter und höhnische Zwischenrufe. Die feindselige Stim-

mung ging Kinkel derart „unter die Haut", wie er sagte, daß er sogar den Rücktritt erwog. Er begnügte sich dann aber damit, den Delegierten die Vertrauensfrage zu stellen, da eine Führungskrise die Lage der Partei nur noch verschlimmert hätte. Der Parteitag gewährte ihm diese Vertrauensbekundung mit Zweidrittelmehrheit, was zuviel für einen Rücktritt war und zuwenig für eine echte Rückenstärkung. „Wenn nicht noch ein Wunder geschieht, wird man in Kinkel bis zum Parteitag im nächsten Juni wenig mehr sehen können als einen Parteiführer auf Abruf", bemerkte die „Frankfurter Allgemeine".

Der ehemalige „Juli"-Vorsitzende Guido Westerwelle wird neuer Generalsekretär

Außerdem wählte der Parteitag einen neuen Generalsekretär, denn Werner Hoyer, der den Slogan von der „Partei der Besserverdienenden" in Umlauf gesetzt hatte, war am 15. November von seinem Posten zurückgetreten. Er übernahm damit die Mitverantwortung für die Stimmenverluste bei der Bundestagswahl und bei den letzten Landtagswahlen. Er fiel aber durchaus sanft: Hoyer wurde neuer Staatsminister im Auswärtigen Amt unter Klaus Kinkel.

Zum Nachfolger Hoyers wählte der Parteitag auf Vorschlag Kinkels den 32jährigen Rechtsanwalt Guido Westerwelle, der von 1983 bis 1988 als Vorsitzender der „Jungen Liberalen" (Julis) amtiert hatte. Westerwelle verkörperte den Typ des „Yuppie", der das Haifischbecken des neoliberalen Zeitgeistes als Erlebnisbad und sportliche Herausforderung zur Stählung des eigenen Ego empfindet. Er wertete es als sein größtes Verdienst, die Julis vom Image eines „lammfrommen Erfüllungsgehilfen" der Parteiführung befreit und als „kritischen Jugendverband" dargestellt zu haben. Diese Veränderung war allerdings mehr kosmetischer Natur. Der geschmeidige Westerwelle war ziemlich genau das Gegenteil der früheren Jungdemokraten, die 1982 endgültig mit der Partei gebrochen und die Rolle der Nachwuchsorganisation den Julis überlassen hatten.

„Trennung von Amt und Mandat" wird vertagt

Ein anderes Problem schob der Parteitag erst mal auf die lange Bank: Auf ihrem Rostocker Parteitag hatte die FDP vor einem halben Jahr die „Trennung von Amt und Mandat" beschlossen. Damit hätten künftig solche Abgeordnete, die ein Regierungsamt übernehmen, ihre Mandate an Nachrücker übergeben müssen. Anscheinend ließen sich die Delegierten dabei von entsprechenden Diskussionen innerhalb der Partei der Grünen inspirieren. Besonders die „Jungen Liberalen" glaubten sich durch eine derart trendige Forderung bei jungen Wählern profilieren zu können - wobei den Parteinachwuchs sicher auch die Aussicht lockte, schneller an ein Landtags-oder Bundestagsmandat zu kommen, wenn bei jeder Kabinettsbeteiligung der FDP eine entsprechende Anzahl von Parlamentssitzen für Nachrücker frei würde. Beim Bundesvorstand und innerhalb des sonstigen Partei-Establishments stieß diese Forderung dagegen immer auf Ablehnung. Genscher hatte die Delegierten des Rostocker Parteitags ausdrücklich vor der Billigung dieses Antrags gewarnt. Auch auf dem Parteitag in Gera stellte sich der Bundesvorstand einmütig hinter Kinkel, der die Trennung von Amt und Mandat als zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht durchsetzbar bezeichnete. Der Parteitag in Gera einigte sich darauf, diesen Streitpunkt vorerst in einer Kommission zur Reform der Parteistruktur behandeln zu lassen.

Bei 14 Landtagswahlen bleibt die FDP zehnmal unter fünf Prozent

Auf Landesebene setzte sich der Niedergang der FDP, der 1993 begonnen hatte, auch während der 13. Legislaturperiode fort. Bei den 14 Landtagswahlen, die zwischen den Bundestagswahlen von 1994 und 1998 stattfanden, blieb die Partei zehnmal unter der Fünf-Prozent-Hürde. Sie flog aus sechs weiteren Landtagen hinaus und konnte in kein einziges Parlament einziehen, in dem sie vorher nicht vertreten gewesen war. Zum Schluß gab

es die FDP nur noch in den Landtagen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Hessen.

Das erste Wahldebakel ereignete sich am 16. Oktober 1994, als gleichzeitig mit dem Bundestag in zwei ostdeutschen Bundesländern und im Saarland die Landtage neu gewählt wurden. In Thüringen, wo die FDP vier Jahre zuvor noch stolze 9,3 Prozent eingefahren hatte, stürzte sie nun auf 3,2 Prozent. In Mecklenburg-Vorpommern erreichte sie nur noch 3,8 anstelle von 5,5 Prozent. Auch im Saarland wollten die Wähler von der Partei der Besserverdienenden nicht mehr viel wissen und stauchten sie von 5,6 auf 2,1 Prozent zusammen.

Die hessischen Wahlen am 19. Februar 1995 nährten bei der Parteiführung die Hoffnung, daß es mit den Hiobsbotschaften endlich ein Ende habe: Die FDP behauptete sich mit 7,5 Prozent und konnte weiterhin acht Abgeordnete in den Landtag entsenden. An eine Regierungsbeteiligung war freilich nicht zu denken, da sich die rot-grüne Koalition ebenfalls behaupten konnte. Der Zuwachs um 0,1 Prozent versetzte den Parteivorsitzenden Kinkel in solches Entzücken, daß er daraus einen „gewaltigen Schub" für die bevorstehenden Wahlen in Nordrhein-Westfalen herauslesen zu können vermeinte.

Da irrte er jedoch: Bei den Wahlen zum Düsseldorfer Landtag am 14. Mai 1995 fiel die FDP von 5,8 auf 4,0 Prozent. Am selben Tag stürzte sie in Bremen noch tiefer von 9,5 auf 3,4 Prozent. Der erhoffte Schub war in die andere Richtung gegangen und hatte die FDP aus zwei weiteren Landesparlamenten hinauskatapultiert. Kinkel zog die Konsequenzen und gab die Führung der Partei an den hessischen Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt ab.

„Die FDP bangt um ihre Existenz", kommentierte die „Frankfurter Allgemeine" das Wahlergebnis. Nicht nur Kinkel zittere, sondern die ganze Bundesregierung: „Die schwerverwundete FDP wird der CDU ein unberechenbarer Partner sein. Ob die Partei sich von ihrer Niederlage erholt? Das Gesicht der Bun-

desrepublik ändert sich. Die Grünen festigen ihre Stellung als dritte Kraft. Selbst wenn es der Union eines Tages in einem Bundesland gelingen sollte, die Grünen für eine gemeinsame Regierung zu gewinnen, wird sie mit einem Partner vorlieb nehmen müssen, der links von der FDP steht. Und im Bund? Kann die FDP als Bundesdame ohne Länder-Unterleib überleben? Auch dieses Kunststück wird immer schwerer werden."

Als weiterer Nackenschlag folgten die Wahlen in Berlin, wo eine innerlich zerstrittene FDP am 22. Oktober 1995 von 7,1 auf 2,5 Prozent abstürzte. „Von der FDP muß man nicht lang reden; sie ist von der politischen Landkarte Berlins verschwunden", kommentierte die „Süddeutsche Zeitung". Innerhalb der dahinsiechenden Landespartei entspannen sich nun aber heftige Kämpfe: Zuerst versuchten die sogenannten „Nationalliberalen" um den früheren Generalbundesanwalt Alexander von Stahl, die Macht an sich zu reißen. Anschließend sah sich die Partei einem leicht komödiantisch wirkenden Übernahmeversuch durch Studenten ausgesetzt, deren Aufnahmeanträge sie nur mit Mühe abwehren konnte. (Diese Berliner Auseinandersetzungen werden in einem besonderen Kapitel beschrieben.)

Am 24. März 1996 sah es dann endlich so aus, als ob die Wähler den Wechsel an der Parteispitze honorieren würden: In Baden-Württemberg verbesserte sich die FDP von 5,9 auf 9,6 Prozent, in Rheinland-Pfalz von 6,9 auf 8,9 Prozent und in Schleswig-Holstein von 5,6 auf 5,7 Prozent. In Stuttgart, wo der Landtag erstmals auf fünf Jahre gewählt wurde, konnte sie nun endlich mit der CDU koalieren und zwei Ministerposten besetzen: Der Landesvorsitzende Walter Döring wurde Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident, sein Parteifreund Ulrich Goll Justizminister. In Mainz konnte sie die Koalition mit der SPD unter dem neuen Ministerpräsidenten Kurt Beck fortsetzen, wobei Rainer Brüderle und Peter Caesar ihre bisherigen Posten als Wirtschafts- bzw. Justizminister behielten. Nur in Schleswig-Holstein kam sie erneut nicht zum Zuge, obwohl

die SPD ihre absolute Mehrheit verlor, da die Grünen nunmehr wieder in den Landtag einzogen und mit der SPD koalierten.

Schon aber verdüsterte sich der Himmel wieder: Bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft am 21. September fiel die FDP von 4,2 auf 3,5 Prozent. In Niedersachsen verzeichnete sie am 1. März 1998 nur einen leichten Zugewinn von 4,4 auf 4,9 Prozent und in Sachsen-Anhalt am 26. April 1998 von 3,6 auf 4,2 Prozent. In allen drei Bundesländern hatte sie parlamentarisch weiterhin nichts zu melden.

Zwei Wochen vor den Bundestagswahlen erlitt die FDP am 13. September 1998 in Bayern einen weiteren Tiefschlag: Von 2,8 Prozent schrumpfte sie auf 1,7 Prozent. Das entsprach ganzen 200.000 Wählerstimmen.

Kinkel gibt auf

Gerhardt wird Nachfolger / Möllemann gelingt Comeback / Leutheusser-Schnarrenberger tritt wegen des Großen Lauschangriffs zurück

Angesichts seiner knappen Mehrheit im Bundestag mußte das neu beschlossene Bündnis von Union und FDP bei der Wahl des Bundeskanzlers mit Racheakten einzelner Koalitionsabgeordneter rechnen, die sich bei der Neuverteilung der knapper gewordenen Ämter und Pfründen übergangen fühlten. In besonderem Maße galt das für die FDP. Die neue Kabinettsliste blieb deshalb vorerst geheim und sollte erst nach der Wiederwahl Kohls zum Kanzler veröffentlicht werden. Die FDP-Fraktionsführung mahnte ihre Abgeordneten zu „strikter Disziplin" bei der Kanzlerwahl. Der Ehrenvorsitzende Graf Lambsdorff gab potentiellen Abweichlern zu bedenken, sie „würden der Partei den Todesstoß versetzen".

Am 15. Oktober 1994 wählte dann der Bundestag Helmut Kohl erneut zum Kanzler - zum fünften Mal, seitdem die FDP 1982 das sozialliberale Bündnis aufgekündigt hatte, und mit der bislang knappsten Mehrheit: Kohl bekam im ersten Wahlgang nur eine Stimme mehr als für die absolute Mehrheit erforderlich war. Aus der Zusammensetzung des Plenums ließ sich errechnen, daß mindestens drei Abgeordnete aus dem Regierungslager gegen Kohl gestimmt hatten.

Am 15. November trat der 13. Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung im Berliner Reichstagsgebäude zusammen. Die Rolle des Alterpräsidenten und damit die Eröffnungsrede fiel dem ostdeutschen Schriftsteller Stefan Heym zu, der als Parteiloser auf der Liste der PDS kandidiert hatte. Heym hatte in der DDR zur intellektuellen Opposition gehört und war deshalb vom SED-Regime wie ein Aussätziger behandelt worden. Dasselbe widerfuhr ihm nun vor dem 13. Bundestag, vor dem er eine der

besten Reden hielt, die je zur Eröffnung des Parlaments gehört wurden. Allein die Tatsache, daß ein Abgeordneter der PDS die Rolle des Alterspräsidenten ausübte, ging der CDU/CSU derart gegen den Strich, daß einige ihrer Abgeordneten mit einem Eklat oder dem Auszug aus dem Parlament drohten. Dazu kam es zwar nicht, aber die Union verweigerte Heym demonstrativ jeglichen Beifall (mit Ausnahme der neuen Parlamentspräsidentin Rita Süssmuth). Ebenso schäbig verhielt sich die Bundesregierung, indem sie - entgegen aller bisherigen Übung - die Eröffnungsrede des Alterspräsidenten nicht im regierungsamtlichen „Bulletin“ veröffentlichte.

Kinkel kandidiert nicht mehr als Parteivorsitzender

Kinkel war seit dem Parteitag von Gera nur noch ein Parteivorsitzender auf Abruf. Nach weiteren Nackenschlägen bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bremen teilte er am 18. Mai 1995 mit, daß er beim bevorstehenden Bundesparteitag vom 9. bis 11. Juni in Mainz nicht mehr kandidieren werde. Er wolle damit den Weg freimachen für einen neuen Anfang und sich künftig auf seine Ämter als Außenminister und Vizekanzler konzentrieren.

Für Kinkel war dies vermutlich die beste Lösung, denn er war im Grunde ein seriöser, tüchtiger Beamter geblieben, dem die Begabung zum mitreißenden Parteiführer fehlte. Schaumschlägerei und Macchiavellismus blieben ihm fremd. Auch den Sturz Möllemanns als nordrhein-westfälischer Landesvorsitzender betrieb Kinkel nicht als politischer Intrigant, sondern eher aus Empörung über das innerparteiliche Intrigantentum. Die Ausbootung Möllemanns und die halbherzige Vertrauensbekundung durch den Geraer Parteitag hatten ihm nur vorübergehend eine Atempause verschafft. Wenn er sich als Parteivorsitzender weiter verschlissen hätte, wäre auch seine Position im Kabinett gefährdet gewesen. Insofern trat Kinkel mit seiner Demission die Flucht nach vorn an.

Auch als Außenminister amtsmüde

Ein halbes Jahr später wäre Kinkel fast auch als Außenminister zurückgetreten. Der Anlaß war, daß er den iranischen Außenminister Velayati zu einer Islam-Konferenz in Bonn eingeladen hatte. Als Realpolitiker hielt er es für sinnlos, das fundamentalistische Regime in Teheran noch mehr in die Isolierung drängen zu wollen. Die Opposition empörte sich indessen darüber, den Außenminister eines Landes einzuladen, dessen Staatspräsident wenige Tage zuvor die Ermordung des israelischen Ministerpräsidenten Rabin als „Strafe Gottes“ bejubelt hatte. Am 10. November 1995 brachten SPD und Grüne im Bundestag einen Antrag auf Rückgängigmachung der Einladung an. Die Fraktionsspitzen von Union und FDP drängten Kinkel, vor dem Plenum eine Erklärung abzugeben, wonach er die Einladung nochmals „überdenken“ werde. Kinkel lehnte dies aber ab. Bei der folgenden Abstimmung schlossen sich auch fünfzig Abgeordnete aus den Reihen der Koalition dem Oppositionsantrag an. Anschließend kam es zu einer Krisensitzung der Koalitionsparteien. Kinkel war angeblich fest zum Rücktritt entschlossen und soll nur auf Zureden des Kanzlers Helmut Kohl im Amt geblieben sein. Er selbst dementierte anschließend die Rücktrittsgerichte, zeigte sich aber „verbittert“ über die große Anzahl von Abweichlern aus dem Lager der Regierungsparteien und sah die Ursache für die Abstimmungsniederlage in „Managementfehlern“.

Wolfgang Gerhardt gilt als neuer Hoffnungsträger

Als Anwärter auf die Nachfolge Kinkels als Parteivorsitzender meldete sich am 20. Mai 1995 der hessische Landesvorsitzende Wolfgang Gerhardt. Die hessische FDP hatte sich bei den jüngsten Landtagswahlen von 7,4 auf 7,5 Prozent verbessern können, was inmitten der katastrophalen Abstürze, welche die Partei seit über einem Jahr heimsuchten, wie ein göttliches Gnadenzeichen empfunden wurde. Gerhardt galt als Hoffnungsträger und Integrationsfigur. Schon tags darauf versicherten ihm insgesamt acht Landesverbände ihrer Unterstützung.

Aber auch Möllemann witterte eine Chance, sich erneut ins Gespräch zu bringen. Am 29. Mai kündigte der abgehalfterte Landesvorsitzende an, daß er bei der Wahl des Bundesvorsitzenden gegen Gerhardt antreten werde. Möllemann beließ es nicht dabei, der Parteiführung erneut die Schuld an der Talfahrt bei den vergangenen Wahlen zu geben. Er wagte es zugleich, die seit zwölf Jahren andauernde Bindung der FDP an die Union in Frage zu stellen. „Der Standort der Liberalen in Sachfragen muß unabhängig von Koalitionen definiert werden", erklärte Möllemann.

Mit dem Rückenwind des hessischen Wahlergebnisses machte Gerhardt mühelos das Rennen gegen Möllemann. Außerdem galt Gerhardt als Mann des Ausgleichs, der als stellvertretender Bundesvorsitzender bereits über einige Erfahrung verfügte und mit den Problemen der Parteibasis vertraut war. Daß er ähnlich farblos wirkte wie Kinkel, wurde ihm vorerst nachgesehen.

Für Gerhardt war die Wahl zum Bundesvorsitzenden auch eine Genugtuung für die bisher ärgste Schlappe seiner politischen Laufbahn: Im Februar 1994 war er bereits als Nachfolger für den zurückgetretenen Bildungsminister Rainer Ortleb gehandelt worden - bis die Fraktion sich überraschend für Karl-Hans Laermann ausgesprochen hatte.

Möllemann erobert seine Hausmacht zurück

Auch Möllemann durfte zufrieden sein, soweit er mit seiner Kandidatur den eigentlichen Zweck verfolgt hatte, sich auf den neuen Bundesvorsitzenden einzuschießen und seinen politischen Wiederaufstieg auf Landesebene vorzubereiten. Die Chancen dafür standen nicht schlecht, denn die Partei war in Nordrhein-Westfalen in einer desolaten Verfassung, nachdem sie aus dem Landtag hinausgeflogen war. Zudem gab es wachsende Unzufriedenheit mit der Amtsführung des neuen Vorsitzenden Schultz-Tornau. Auch solche Parteimitglieder, die Möllemann für einen Schaumschläger und Egomanen hielten, trauten ihm noch am ehesten zu, das auf Grund gelaufene Parteischiff wieder flott zu ma-

chen. Auf dem Landesparteitag in Hagen am 27. April 1996 war es so weit: Möllemann setzte sich in einer Stichwahl gegen Schultz-Tornau durch, nachdem er eigene Fehler eingeräumt und Besserung gelobt hatte. Knapp 17 Monate nach seinem Sturz gelangte er so wieder an die Spitze der FDP Nordrhein-Westfalens.

Mitglieder votieren für Beibehaltung der Wehrpflicht

Symptomatisch für eine zunehmende Identitätskrise der „Liberalen" waren zwei Mitgliederbefragungen, welche die FDP innerhalb der 13. Legislaturperiode durchführte, um Entscheidungen der Parteiführung durch die Basis legitimieren zu lassen. Die eine betraf die Forderung nach Abschaffung der Wehrpflicht, die andere den „Großen Lauschangriff".

Der Einfall, über die Abschaffung der Wehrpflicht abstimmen zu lassen, kam dem Wiesbadener Parteitag, der im Mai 1997 ein neues, stark neoliberal gefärbtes Grundsatzprogramm beschloß. In der Tat konnte man die allgemeine Wehrpflicht in Zeiten hochtechnisierter Kriegsführung für überholt halten. Auch die Grünen sahen in ihr ein „Auslaufmodell". Das eigentliche Motiv der FDP, die Bundeswehr durch eine Freiwilligenarmee zu ersetzen, dürfte allerdings mehr der neoliberale Drang zur Deregulierung staatlicher Einrichtungen und Privatisierung von Dienstleistungen gewesen sein. Innerhalb der Parteiführung unterstützte Generalsekretär Westerwelle das Vorhaben, während der Parteivorsitzende Gerhardt, Bundesaußenminister Kinkel und der Ehrenvorsitzende Genscher dagegen waren. Im August 1997 machte auch Bundeskanzler Kohl unvermißverständlich klar, daß die Union niemals eine derartige Forderung des Koalitionspartners akzeptieren würde. Zum Konflikt kam es aber erst gar nicht: Bei dem Mitgliederentscheid, dessen Ergebnis am 17. November 1997 bekanntgegeben wurde, votierte die Mehrheit für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Allerdings beteiligte sich weniger als ein Fünftel der Mitglieder an der Abstimmung. Für einen bindenden Auftrag an die Parteiführung hätte es mindestens ein Drittel sein müssen.

Klare Mehrheit für Großen Lauschangriff

Wesentlich stärker war das Mitgliederinteresse bei der vorangegangenen Abstimmung über den „Großen Lauschangriff", deren Ergebnis am 15. Dezember 1995 verkündet wurde: Von den 80.305 Parteimitgliedern beteiligten sich genau 43,09 Prozent. Und von denen votierten wiederum nahezu 64 Prozent für den Lauschangriff.

Im Unterschied zur Debatte um die Abschaffung der Wehrpflicht rührte dieses Abstimmungsergebnis an die liberale Substanz der FDP, denn der Große Lauschangriff bedeutete eine wesentliche Einschränkung des in Artikel 13 Grundgesetz verankerten Rechts auf Unverletzlichkeit der Wohnung. Die geplante Gesetzesnovelle erlaubte den Einsatz „technischer Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen", sofern der Verdacht auf eine schwere Straftat vorliegt und das Abhören des Privatbereichs durch richterliche Anordnung sanktioniert wird. Mit der Billigung dieser Grundgesetzeinschränkung setzte sich in der FDP ebenfalls der Neoliberalismus mit seiner Ideologie vom starken Staat durch.

Justizministerin verkündet unter Tränen ihren Rücktritt

Die Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger hielt dagegen an der altliberalen Auffassung fest, daß im Zweifelsfall die Bürgerrechte Vorrang haben und einem möglichen Mißbrauch staatlicher Gewalt vorgebeugt werden muß. Auch Burkhard Hirsch hatte sich gegen den Großen Lauschangriff ausgesprochen. Nach Bekanntwerden das Mitgliederentscheids trat Leutheusser-Schnarrenberger als Justizministerin und Hirsch als innenpolitischer Sprecher der Fraktion zurück.

Die linksliberale Justizministerin war den Tränen nahe, als sie ihren Rücktritt verkündete und das Ergebnis des Mitgliederentscheids als Indiz für einen Richtungswechsel in der Partei wertete: Wer den Schutz des Bürgers durch den Staat wichtiger nehme als den Schutz des Bürgers vor dem Staat, der gebe im

schlimmsten Fall den Liberalismus auf. Innerhalb der Partei herrsche ein „politisches Bündnis der Unbeweglichkeit, das dem organisierten Liberalismus seine Existenzberechtigung entzieht".

Am 17. Januar 1996 wurde Edzard Schmidt-Jortzig als neuer Bundesjustizminister vereidigt und übernahm als farbloser Nachfolger die Amtsgeschäfte von Leutheusser-Schnarrenberger. Zwei Jahre später billigte der Bundestag den Großen Lauschangriff mit den Stimmen der Unionsparteien und des größten Teils von FDP und SPD. Geschlossen mit Nein stimmten lediglich die Grünen und die PDS. Anschließend kam es noch zu Auseinandersetzungen darüber, welche Berufsgruppen aufgrund ihres strafprozeßrechtlich verankerten Zeugnisverweigerungsrechts von den staatlichen Abhörpraktiken ausgenommen werden müßten. Dabei stimmten am 5. März 1998 im Bundestag neun FDP-Abgeordnete gemeinsam mit SPD und Grünen für eine Ausweitung des Abhörverbots auf Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten und andere Berufsgruppen. Es waren so unterschiedliche Politiker wie Leutheusser-Schnarrenberger, Genscher, Lambsdorff, Schwaetzer und Möllemann.

Einschnitte ins soziale Netz und Abschaffung der Vermögenssteuer

In Anbetracht der desolaten Haushaltslage hatte die neoliberal gewendete FDP keine Probleme, im September 1996 einem Sparpaket zuzustimmen, das die Lohnfortzahlung bei Krankheit einschränkte, den Kündigungsschutz lockerte, das Rentenalter für Frauen heraufsetzte und Abstriche an der Gesundheitsfürsorge machte. Dagegen tat sie sich sehr schwer damit, die versprochenen Steuersenkungen durchzusetzen. Der einzige Erfolg auf diesem Gebiet, die Abschaffung der Vermögenssteuer zum 1. Januar 1997, wurde nur durch eine Absprache zwischen Union und SPD ermöglicht (denn auch die rot-grüne Opposition war inzwischen vom neoliberalen Virus infiziert worden). Da für die Vermögenssteuer hohe Freibeträge galten, kam deren Abschaffung ausschließlich den Reichen zugute. Den

Ländern entstanden dadurch Einnahmeausfälle von rund neun Milliarden Mark.

Der „Solidaritätszuschlag" wird gesenkt, aber die Mehrwertsteuer kräftig erhöht

Im Oktober 1996 gelang es der FDP nur mühsam, die Union von einer erneuten Erhöhung der Mineralölsteuer abzuhalten. Den vorläufigen Verzicht erkaufte sie mit dem Zugeständnis, eine Senkung des sogenannten Solidaritätszuschlags um ein Jahr auf Anfang 1998 zu verschieben - gerade noch rechtzeitig vor den nächsten Bundestagswahlen. Ein Jahr später einigte man sich auf die Höhe der Absenkung: Der Solidaritätszuschlag sollte fortan nur noch 5,5 statt 7,5 Prozent betragen. Dafür beschloß der Bundestag im Dezember 1997 die weitere Anhebung der Mehrwertsteuer um einen Punkt auf nunmehr 16 Prozent ab Anfang Januar 1998 - eine steuerliche Mehrbelastung, welche die gleichzeitig in Kraft tretende Erleichterung des Solidaritätszuschlags mehr als wettmachte.

Obwohl sie ihre Steuersenkungs-Versprechen nicht verwirklichen konnte, erhob die FDP auf ihrem Wahlparteitag am 19. April 1998 in Berlin erneut die Forderung nach steuerlichen Entlastungen. Für die Hoch- und Besserverdienenden sollte der Steuersatz von 53 auf 35 Prozent abgesenkt werden. Zugleich zeigte sie demonstrativ auch ein Herz für die Armen, indem sie Einkommen bis zu 13.000 Mark jährlich ganz von der Steuer befreien wollte. Davon konnte freilich sowieso kaum jemand leben - mit oder ohne Besteuerung.

Arbeitslosigkeit auf neuem Höchststand

Die Arbeitslosigkeit erreichte unter der fünften Regierung Kohl einen neuen Höchststand: Im Februar 1997 wurden 4,6 Millionen Arbeitslose registriert, womit die Erwerbslosenquote auf 12,2 Prozent stieg (in den alten Bundesländern 10,6 und in den neuen 18,7 Prozent). Als Allheilmittel empfahl die FDP auch hier Steuersenkungen, die angeblich die Schaffung neuer Arbeitsplätze bewirken würden.

Unfreundliche Übernahme

Die dahinsiechende Berliner FDP wird erst von Rechten unterwandert und dann von Studenten überrannt

Ein spezielles innerparteiliches Problem, mit dem sich die FDP herumschlagen mußte, war die rechte Riege um den früheren Generalbundesanwalt Alexander von Stahl. Im Unterschied zu der ähnlich gestrickten Parteiopposition um den früheren bayerischen Landesvorsitzenden Manfred Brunner, der die Partei verlassen hatte und mit seinem „Bund freier Bürger" von außen in Bedrängnis brachte, wollte die Fronde um Stahl die FDP von innen her verändern und noch weiter auf Rechtskurs bringen.

Stahl verfügte seit dem 7. Juli 1993 über reichlich Zeit zur politischen Betätigung, weil die Bundesregierung ihn in den einstweiligen Ruhestand versetzt hatte. Anlaß dafür war der Skandal um die Festnahme der beiden Terroristen Birgit Hogefeld und Wolfgang Grams am 27. Juni auf dem Bahnhof von Bad Kleinen. Die Beamten der Antiterror-Einheit GSG-9 hatten sich bei dieser Aktion zumindest sehr ungeschickt verhalten, indem sie Unbeteiligte gefährdeten. Grams erschoß einen der Beamten und wurde selber tödlich getroffen. Es gab Vorwürfe, Grams sei - in bereits wehrlosem Zustand - durch gezielten Kopfschuß „hingerichtet" worden. Zudem geisterte ein mysteriöser Dritter durch den Tathergang, der offenbar ein V-Mann war. Die Bundesanwaltschaft verwickelte sich in widersprüchliche Darstellungen. Bundesinnenminister Rudolf Seiters (CDU) übernahm die politische Verantwortung für den Skandal, indem er zurücktrat. Außerdem mußte der seit 1990 amtierende Generalbundesanwalt Alexander von Stahl seinen Sessel räumen. Die Entlassungsurkunde empfing er aus den Händen der Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die wie Stahl der FDP angehörte, im Unterschied zu diesem aber dem linksliberalen Flügel zugerechnet wurde.

Carola von Braun hatte Friseurrechnungen aus der Fraktionskasse bezahlt

Die rechte Erneuerung der FDP sollte von Berlin ausgehen, wo der Landesvorsitzende Günter Rexrodt am 23. November 1995 zurückgetreten war, nachdem die Partei am Vortag bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von 7,1 auf 2,5 Prozent abgesackt war. Schon davor hatte es im Berliner Landesverband erbitterte Grabenkämpfe gegeben. Unter anderem hieb der rechte Flügel mit Hilfe der Medien auf die Parteivorsitzende Carola von Braun ein, weil sie Friseurrechnungen über die Fraktionskasse aus Steuergeldern bezahlt hatte. Braun trat deshalb Anfang Februar 1994 zurück und überließ Günter Rexrodt das Steuer des schlingernden Parteischiffs.

Stahl scheitert bei der Wahl zum Landesvorsitzenden

Auf dem Berliner Landesparteitag am 12. Januar 1996 bewarb sich der frühere Generalbundesanwalt um die Nachfolge Rexrodts. Vorausgegangen war eine heftige innerparteiliche Auseinandersetzung um die befürchtete „Haiderisierung" der FDP zu einer rechtskonservativen Partei nach dem Vorbild der österreichischen FPÖ. Zu den erklärten Gegnern Stahls gehörten Rexrodt und der neue Generalsekretär Guido Westerwelle.

„Unter unserer Verantwortung ist die Bundesrepublik fast ein sozialistischer Staat geworden", behauptete Stahl vor den Delegierten des Berliner Landesparteitags. Der österreichische Politiker Jörg Haider sei ein „Ehrenmann". Es sei auch noch kein Neonazismus, wenn man feststelle, daß in Deutschland zu viele Ausländer wohnten. Wenn Rexrodt befürchte, die schwarz-rot-goldenen Farben der Fahne des Hambacher Festes nicht von braun unterscheiden zu können, solle er die Fahne ihm übergeben.

Stahl erhielt indessen nur 114 von 330 Stimmen. Das Rennen machte mit 170 Stimmen der Nachwuchspolitiker Martin Matz, der von Rexrodt unterstützt wurde. Vor den Delegierten erklär-

te Matz: „Wer den starken Nationalstaat fordert, hat ein konservatives Verständnis unserer Gesellschaft." Das rechtsradikale Blatt „Junge Freiheit" schmähte ihn dafür als „gutgefönten Nachwuchsbanker im Maßanzug".

Die „Nationalliberalen" unterwandern vier Bezirke

Stahl tröstete sich vorläufig damit, daß ihm zur Mehrheit nur noch dreißig Stimmen fehlten. In den Bezirken machte die Machtergreifung der Rechten gute Fortschritte. Seit 1996 beherrschten sie den Bezirk Reinickendorf. Auch Tempelhof, Neukölln und Spandau galten als national unterwandert. „Gegen die Schwalldusche der neuen Mitglieder kamen wir nicht an - so eine Unverschämtheit", beschwerte sich der abgewählte Reinickendorfer Bezirksvorsitzende Michael Tolksdorf.

Aber auch die Gegenkräfte formierten sich. Schon im September 1997 prophezeite der frühere stellvertretende Landesvorsitzende Jürgen Dittberner der „Berliner Zeitung", daß der „neonationale Versuch, die Firma zu übernehmen" endgültig abgeblockt worden sei.

Ein Teil von Stahls Gefolge wechselt zum „Bund freier Bürger" - die anderen werden integriert

Tatsächlich scheiterte am 23. Januar 1998 auch Stahls zweiter Versuch, sich bei der Wahl des Landesvorsitzenden gegen Matz durchzusetzen. Daraufhin traten sein Gefolgsmann Markus Roscher und 18 weitere Mitglieder des „nationalliberalen" Flügels aus der Partei aus. Roscher wechselte zum „Bund Freier Bürger" (BFB), der damals soeben mit der „Liberalen Offensive" des ehemaligen hessischen Landtagsabgeordneten Heiner Kappel fusionierte. Stahl dagegen erklärte, daß er „der FDP erhalten bleiben" werde.

„Keine Bange, Rom ist auch nicht an einem Tag erbaut worden", meinte Stahl nach der zweiten Niederlage in einem Interview mit dem Blatt „Junge Freiheit", in dem er seinen politischen Standort folgendermaßen umriß:

Nationalliberale sind in meinen Augen diejenigen, die den klassischen Liberalismus à la Adam Smith und August von Hayek mit einem gesunden Schuß Patriotismus kombinieren, also die nicht gleich fünf Zentimeter kleiner werden, wenn der Begriff Deutschland fällt oder die bei diesem Wort politisch korrekt nur an ewige Schuld und Sühne denken können. Diese Nationalliberalen wird es in Zukunft einfach deshalb mehr geben, weil das Pendel immer zurückschwingt und der Kulminationspunkt der Sack-und-Asche-Ideologie überschritten ist.

Stahl irrte indessen, wenn er glaubte, doch noch in eine führende Position zu kommen. Die vom Rexrodt-Flügel und vom Bundesvorstand aufgebaute Abwehrfront hielt. Allerdings wurde die Isolierung Stahls mit der Einbindung anderer, weniger prominenter „Nationalliberaler" erkauft. So rückten gleichzeitig mit der Wahl von Matz zum Vorsitzenden die Stahl-Anhänger Axel Hahn und Alexander Fritsch in den Landesvorstand ein. Am ersten wußte Stahl gegenüber der „Jungen Freiheit" zu rühmen, daß er ein Schüler des Historikers Arnulf Baring sei, am zweiten, daß er „mit beiden Füßen fest im rechten Lager" stehe. Ein weiterer prominenter Vertreter des rechten Flügels war der Tempelhofer Bezirksvorsitzende Klaus Gröbig, der wie Stahl die Autorenliste der „Jungen Freiheit" schmückte.

2687 Studenten wollen der Berliner FDP beitreten

Schon vor dem erneuten Scheitern Stahls hatten Studenten dazu aufgerufen, massenhaft dem Berliner Landesverband beizutreten. Auslöser war ein Artikel in der linksliberalen „tageszeitung" vom 12. Dezember 1997, in dem der Politologe Tobias Dürr zu bedenken gab, daß „schon die Teilnehmerzahl eines überfüllten Proseminars" genügen würde, um in ganzen Orts- und Kreisverbänden der etablierten Parteien neue Mehrheiten zu schaffen und andere Themen auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Artikel brachte den 22jährigen Informatikstudenten Lukasz Pekacki auf die Idee, die Kommilitonen doch einfach zum Eintritt in die FDP aufzufordern, um die Parteigremien zu

majorisieren und so beispielsweise eine vernünftige Bildungspolitik durchzusetzen. Der Berliner Landesverband bot sich in besonderem Maße für ein solches Projekt an, weil er nur 2700 Mitglieder hatte, während es in Berlin insgesamt 135.000 Studenten gab. Eine zusätzliche sportliche Note bekam das Projekt dadurch, daß gleichzeitig die rechte Riege um Alexander von Stahl den Berliner Landesverband zu kapern versuchte.

Das „Projekt Absolute Mehrheit" (PAM) ließ sich zunächst ganz gut an: Im Februar 1998 hatten 2687 Studenten ihre Aufnahmeanträge für die Berliner FDP eingereicht. In anderen deutschen Universitätsstädten kam es ebenfalls zu einer Flut von Aufnahmeanträgen. So wurde aus Köln, wo die FDP nur 900 Mitglieder zählte, von 800 Anträgen berichtet.

Aufnahmeanträge werden verschleppt und abgelehnt

Der Berliner Landesvorsitzende Martin Matz machte gute Miene zu der öffentlich angekündigten Übernahme seines Landesverbandes und hieß alle willkommen, die „konstruktiv" mitarbeiten wollten. Nun müsse sich herausstellen, ob die Aktion nur ein Jux oder ernstgemeint sei. Auch der Bundesvorstand reagierte gelassen. Man erhoffte sich hier wohl einen gewissen PR-Effekt und die Chance zur Rekrutierung von echtem Parteinachwuchs unter den Studenten. Generalsekretär Westerwelle wies vorsorglich darauf hin, daß die Partei nicht jeden aufnehmen müsse: „Wenn ein Student bei uns eintreten will, zugleich aber für eine sozialistische Hochschulgruppe arbeitet, wird er keine Chance bei uns haben."

Die Entscheidung über die Aufnahmeanträge trafen allerdings die Orts- und Bezirksverbände. Und hier stießen die Studenten auf offene Ablehnung und Feindseligkeit. Vielfach wurden die Aufnahmeanträge einfach verschleppt oder rundweg abgelehnt. So ignorierte der Bezirk Neukölln ein halbes Jahr lang 60 Anträge. Ähnlich war es im Bezirk Tempelhof. Eine Woche vor den Bundestagswahlen im September 1998 entschärfte dann der neue Berliner Landesvorsitzende Rolf-Peter Lange das blama-

ble Problem, indem er die noch verbliebenen Interessenten über den Bundesvorstand als „bundesunmittelbare Mitglieder“ aufnehmen ließ. Als sich die neuen Parteimitglieder im Januar 1999 an den Jahreshauptversammlungen der Bezirke Tempelhof und Neukölln beteiligen wollten, wurden ihnen jedoch der Zutritt verwehrt. Es kam zu Handgreiflichkeiten mit Mitgliedern der rechtslastigen Bezirke. Die Versammlungsleiter riefen die Polizei und erstatteten Anzeige wegen Hausfriedensbruchs. Die Studenten revanchierten sich mit einer Anzeige wegen Körperverletzung.

Nur 750 überstehen die Aufnahmeprozedur - und einige machen tatsächlich Karriere in der Partei

Auch im Berliner Landesvorstand herrschte Uneinigkeit darüber, wie mit den Anträgen zu verfahren sei. Der eben erst wiedergewählte Landesvorsitzende Martin Matz, der für eine wohlwollende Prüfung der Aufnahmeanträge plädiert hatte, sah sich von beiden Flügeln der Partei desavouiert und trat im März 1998 zurück. Er blieb jedoch Mitglied des FDP-Bundesvorstandes, dem er seit Mai 1997 angehörte. Drei Jahre später rückte er mit der Unterstützung des nunmehrigen Parteivorsitzenden Westerwelle sogar ins Parteipräsidium auf.

Am Ende wurden in Berlin nur 750 Antragsteller aufgenommen. Diese mußten alsbald die Erfahrung machen, daß es gar nicht so einfach war, die mühsam errungene Mitgliedschaft in politische Einflußnahme umzusetzen. Die meisten gaben bald wieder enttäuscht auf. Im Juli 1999 waren von den 750 weniger als die Hälfte übriggeblieben. „Wir konnten die verharschten Parteistrukturen nicht aufbrechen“, resümierte einer der Studenten, nachdem er wegen eines „parteischädigenden“ Fernsehinterviews ausgeschlossen worden war. „Während wir noch in den Ausschüssen diskutierten, waren Entscheidungen in Kungelrunden längst gefallen.“

Einige der Studenten machten aber tatsächlich Karriere, nachdem sie höherenorts die Unbedenklichkeitsbescheinigung er-

halten hatten, und sorgten so für frisches Blut in der Partei. Zu ihnen gehörte die Mathematikstudentin Sophie Lenski, die schon im Frühjahr 1999 Delegierte beim Bundesparteitag wurde und beharrlich an der Ablösung des Tempelhofer Bezirksvorsitzenden Klaus Gröbig arbeitete. Im Jahre 2001 war sie am Ziel und wurde neue Bezirksvorsitzende. Gröbig trat wenig später aus der Partei aus, weil seine „Leidensfähigkeit erschöpft" sei.

Vom Ordo- zum Neoliberalismus

Mit ihren „Wiesbadener Grundsätzen“ huldigt die FDP der neuen Markt-Ideologie

Seit den achtziger Jahren und besonders seit dem Zusammenbruch des östlichen Lagers gewann in allen Industriestaaten eine aggressive Markt-Ideologie die Oberhand, die als „Neoliberalismus“ bekannt und berüchtigt wurde. Dieser Neoliberalismus war eigentlich eher ein Neokonservativismus. Für viele Menschen wurde der Begriff „Neoliberalismus“ gleichbedeutend mit der Rückkehr zum Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts, sozialem Kahlschlag, „Raubkapitalismus“, spekulativem „Kasino-Kapitalismus“ und hemmungsloser Bereicherung der ohnehin schon Reichen.

Die FDP ließ sich auf ein riskantes Spiel ein, wenn sie glaubte, ihr blau-gelbes Fähnlein in diesen Wind hängen zu können, der soziale Kälte verströmte und erkennbar aus der rechten Ecke blies. Im Bundestagswahlkampf 1994 setzte sie dennoch erklärtermaßen auf die Minderheit von „Besserverdienenden“, denen der neue Sozialdarwinismus schmeichelte, da sie sich als „Leistungsträger“ auf der Seite der Gewinner sahen. Vor allem der neue Generalsekretär Guido Westerwelle gerierte sich als Verkörperung solcher „Yuppies“.

Die Wahlergebnisse waren jedoch eindeutig, und der Parteiführung dämmerte, daß sie mit plakativen Bekenntnissen zum Neoliberalismus die Talfahrt nur beschleunigen konnte. Schon auf dem Parteitag in Gera im Dezember 1994 versuchte Westerwelle zurückzurudern, indem er die FDP als „Partei der Leistungsbereiten“ bezeichnete und hinzufügte: „Das ist etwas anderes als die Partei der Besserverdienenden.“ Drei Jahre spä-

ter erklärte auch der FDP-Ehrenvorsitzende Genscher, der Slogan von der „Partei der Besserverdienenden" sei ein schlimmer Fehler gewesen.

Lambsdorff empört sich über die „mißbräuchliche Benutzung des Wortes neoliberal"

Im November 1997 wurde der FDP-Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff in einem Interview mit dem evangelischen „Sonntagsblatt" darauf angesprochen, daß er und Westerwelle die „engagiertesten Vertreter des Neoliberalismus in der deutschen Politik" seien. Lambsdorff widersprach dieser Einschätzung nicht. Er wandte sich aber gegen die „mißbräuchliche Benutzung des Wortes neoliberal, das inzwischen ja geradezu als Schimpfwort erhalten muß".

Lambsdorff verwies empört darauf, daß sich schon Ludwig Erhard zum Neoliberalismus bekannt habe. So wie dieser wolle auch er „niemals Marktwirtschaft ohne soziale Verpflichtung". Allerdings müsse man „Einschnitte verlangen", und das heiße „nicht nur Umbau, sondern Abbau". Es müsse ein Ende damit haben, daß ein Drittel des Bruttosozialprodukts vom Staat unter sozialen Gesichtspunkten umverteilt werde. Dieses Ausmaß an sozialer Fürsorge verderbe „letztlich die Menschen und auch die gesellschaftliche Ordnung". Der „Vollkaskostaat" beseitige mit dem existentiellen Druck den notwendigen Leistungsanreiz: „Es verdirbt die Seelen der Menschen, wenn man ihnen beibringt, sie könnten sich schon darauf verlassen, daß die anderen arbeiten und Steuern zahlen und sie durchfüttern."

Lambsdorff hatte sicher recht damit, daß der Neoliberalismus keine Erfindung der Gegenwart war und daß die FDP seit jeher neoliberale Positionen vertreten hatte. Zugleich verwischte er allerdings den bedeutenden Unterschied zwischen dem älteren Neoliberalismus, wie ihn in Deutschland die „Ordo-Liberalen" vertraten, und dem neueren Neoliberalismus, wie er maßgeblich durch Friedrich August von Hayek und den US-Amerikaner Milton Friedman geprägt worden war. Um diesen Unter-

schied zu verstehen, soll hier wenigstens skizziert werden, wie sich der heutige Neoliberalismus als aggressive politische Heilslehre aus dem „Ordo-Liberalismus“ bzw. dem klassischen Neoliberalismus entwickelt hat - beides übrigens Begriffe, die bis in die siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts nur Nationalökonomen geläufig waren.

Ordo-Liberalismus und „soziale Marktwirtschaft“

Der ältere Neoliberalismus entsprang der Einsicht, daß der klassische liberale Nachtwächter-Staat wohl doch nicht die ideale Lösung sei. Den Anschauungsunterricht lieferten die Weltwirtschaftskrise und die Agonie der Republik von Weimar. So entstand Anfang der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts die „Freiburger Schule“ um den Nationalökonomen Walter Eucken. Sie verlangte vom Staat aktives Eingreifen, um den Wettbewerb auf allen Gebieten als Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt und politische Freiheiten zu garantieren. Dieser „Ordo-Liberalismus“ predigte keineswegs die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus. Im Gegenteil: Er vertrat eine vergleichsweise moderate, geläuterte Form des alten Wirtschaftsliberalismus, indem er die Ordnungsfunktion des Staates auch im Bereich der Wirtschaft anerkannte und wenigstens ein Minimum an sozialer Absicherung für notwendig hielt. Allerdings handelte es sich um Überlegungen eines akademischen Zirkels. In der Praxis herrschte bald der Nationalsozialismus.

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde mit Ludwig Erhard - der zunächst der FDP beitreten wollte und sich erst auf Anraten Thomas Dehlers der CDU anschloß - ein Ordo-Liberaler zur Galionsfigur des „Wirtschaftswunders“. Indessen war die „soziale Marktwirtschaft“ nicht die reine Lehre des Ordo-Liberalismus und auch nicht die Erfindung Ludwig Erhards. Der eigentliche Urheber des Begriffs „soziale Marktwirtschaft“ war Erhards Staatssekretär Alfred Müller-Armack, der sich dabei ebenso von der katholischen Soziallehre wie vom Ordo-Liberalismus inspirieren ließ.

Die Bundesrepublik ist mit der „sozialen Marktwirtschaft" Jahrzehnte lang gut gefahren. Der Begriff und die damit verbundene Praxis entsprachen der besonderen Situation, die sich nach dem zweiten Weltkrieg durch die Konfrontation des kommunistischen Lagers mit dem hochentwickelten Teil der kapitalistischen Welt ergab. Ein Schuß katholischer Soziallehre milderte dabei die weniger schönen Seiten der reinen Lehre des Ordo-Liberalismus, die weiterhin eine recht akademische Angelegenheit blieb und deshalb den sozialen Frieden nicht störte. Der Einfachheit halber wurden „soziale Marktwirtschaft" und Ordo-Liberalismus häufig gleichgesetzt.

Die „Mont-Pèlerin-Gesellschaft" wird zum Zentrum einer neuen Heilslehre

Aus und neben dem Ordo-Liberalismus entwickelte sich - zunächst unbeachtet - eine sektenartige Vereinigung von Nationalökonomen, die erstmals 1947 im schweizerischen Kurort Mont-Pèlerin zusammentraf. Führende Vertreter dieser „Mont-Pèlerin-Gesellschaft", deren Mitglieder fortan regelmäßig zusammenkamen, waren Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Aber auch Ludwig Erhard nahm an Tagungen teil, und zu den Gründungsmitgliedern gehörte sein Berater Wilhelm Röpke. Unter dem Einfluß des Kalten Kriegs und US-amerikanischer Theoretiker bekam der Zirkel eine aggressive Stoßrichtung gegen Gewerkschaften und Sozialdemokratie sowie gegen staatliche Eingriffe nach Art des „New Deal", mit dem Roosevelt die USA aus der Weltwirtschaftskrise herausgeführt hatte. Vor allem Hayek beseitigte die rationalistischen Elemente des Ordo-Liberalismus, der so hieß, weil er daran glaubte, die Wirtschaft im Sinne einer vernünftigen Ordnung gestalten zu können. Für Hayek war es dagegen unmöglich und anmaßend, Wirtschaft als rationalen Prozeß gestalten zu wollen. Stattdessen setzte er blindes Vertrauen in das freie Spiel der Marktkräfte, die alles optimal richten, sofern der Staat für die Ausschaltung hemmender Faktoren sorgt.

Die Anhänger der Mont-Pèlerin-Gesellschaft verstanden sich als Vordenker einer neuen kapitalistischen Ordnung, die „Freiheit" nicht mit „Gleichheit" verbindet, sondern Ungleichheit als Notwendigkeit ansieht. Im Grunde predigten sie tatsächlich so etwas wie die Rückkehr zum Manchester-Liberalismus des 19. Jahrhunderts. Allerdings - und darin bestand das „Neo" bei dieser Neuauflage des Manchester-Liberalismus - wollten sie keinen schwachen „Nachtwächter-Staat", der sich damit begnügt, die bürgerlichen Freiheiten zu garantieren und die Einhaltung der Gesetze zu überwachen. Sie wollten vielmehr einen starken Staat, der mit großer Härte gegen alles vorgeht, was das freie Spiel der Marktkräfte beeinträchtigt, etwa gegen Kartellbildungen, starke Gewerkschaften oder politische Kräfte wie die Sozialisten.

Für Hayek besteht Freiheit "ausschließlich in der Abwesenheit von willkürlichem Zwang"

In der Ausgabe 1960/61 von „Ordo - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft" erläuterte Hayek seinen Begriff von Freiheit dahingehend, „daß die Forderung nach individueller Freiheit in letzter Linie auf der Einsicht in die unvermeidliche Begrenztheit unseres Wissens beruht". Diese individuelle Freiheit dürfe indessen nicht mit der Abwesenheit von politischem, geistigem und ökonomischem Zwang verwechselt werden:

Politische Freiheit im Sinne von Demokratie, ‚innere' Freiheit, Freiheit im Sinne des Fehlens von Hindernissen für die Verwirklichung unserer Wünsche oder gar ‚Freiheit von' Furcht und Mangel haben wenig mit individueller Freiheit zu tun und stehen oft in Konflikt mit ihr. (...) Die Freiheit, um die es sich hier handelt, die allein als allgemeines Prinzip der Politik dienen kann und die auch das ursprüngliche Ziel aller freiheitlichen Bewegungen war, besteht ausschließlich in der Abwesenheit von willkürlichem Zwang.

„Wirksame Verteidigung der Freiheit muß dogmatisch und doktrinär sein“

„Freiheit“ im Sinne von Hayek meint demnach nichts weiter als die Einhaltung der Gesetze, die für alle zu gelten hätten. Hayek hat auch nichts gegen Zwang, sofern dieser systematisch-vorhersehbar und nicht willkürlich ausgeübt wird. Der Inhalt dieses Zwangs bzw. der Gesetze ist allerdings nicht beliebig. Beispielsweise darf er keinesfalls eine „staatliche Kontrolle“ des Wirtschaftsprozesses bezwecken. Kompromißlosen Zwang hält Hayek hingegen dort für angebracht, wo das neoliberale Gesellschaftsmodell in Frage gestellt wird. Denn es sei keineswegs sicher, daß es sich beim Vergleich mit „staatlicher Kontrolle“ als das zweckmäßigere System erweise: „Eine wirksame Verteidigung der Freiheit muß daher notwendig unbeugsam, dogmatisch und doktrinär sein und darf keine Zugeständnisse an Zweckmäßigkeitserwägungen machen.“

Hayeks „Freiheits“-Begriff ist seltsam inhaltsleer, genügt sich selbst, referiert sich ständig selbst. Er ist im Grunde nichts weiter als eine Phrase. Er ist sogar anti-liberal, indem er um eines angeblich höheren Prinzips willen die konkrete Freiheit opfert, die aus der Freiheit von politischem, geistigem und ökonomischem Zwang besteht. Dieses höhere Prinzip ist nicht rational darstellbar und beweisbar. Es ist in seiner Effizienz auch nicht unbedingt der „staatlichen Kontrolle“ überlegen (diese Warnung in dem 1960 verfaßten Aufsatz von Hayek scheint dem Schock entsprungen zu sein, den damals die sowjetischen „Sputnik“-Erfolg auslösten). Dieses höhere Prinzip ist vielmehr ein Glaube, nämlich der Glaube an die „unsichtbare Hand“ des Marktes, die schon bei Adam Smith alles zum besten regelt. Das ist aber auch schon das einzige, was Hayek mit Smith verbindet. Mit der paradoxen Forderung, daß sich der Staat einerseits aus der Wirtschaft herauszuhalten habe und andererseits ständig für die Herstellung von Ungleichheit und Wettbewerb sorgen müsse, übernimmt der moderne Neoliberalismus durchaus Elemente jenes sowjetischen Totalitarismus, gegen den er sich wendet.

Denn auch seine Erwartung, daß sich die politischen Freiheiten quasi von selbst aus einem funktionierenden Kapitalismus ergeben, ist nichts weiter als ein frommer Glaube.

Popper füllt die Leere von Hayeks Freiheits-Begriff mit der „offenen Gesellschaft"

Daß eine derart doktrinäre Ideologie reüssieren und auch noch als liberal gelten konnte, läßt sich nur vor dem Hintergrund des Kalten Kriegs verstehen. Ein Verehrer Hayeks und Teilnehmer am ersten Mont-Pèlerin-Gespräch, Karl-Raimund Popper, hat die Leere dieser neoliberalen Freiheitsideologie mit dem Begriff der „offenen Gesellschaft" auszufüllen versucht. Aber auch dieser Begriff wirkt inzwischen obsolet. - Er sei von Anfang an „nur das Skelett einer Idee" gewesen und von Popper nie hinreichend vertieft worden, schrieb der 73jährige Ralf Dahrendorf im Juli 2002 in der „Neuen Zürcher Zeitung". Auch aus Höflichkeit und Dankbarkeit habe Popper sich nie mit seinem Mentor angelegt: „Er war Hayek so dankbar für die Stelle an der London School of Economics, daß der mögliche Disput zwischen zwei durchaus verschiedenen Liberalen nie stattfand."

So konnte der Eindruck entstehen, als habe der Neoliberalismus den Begriff der „offenen Gesellschaft" zu Recht in Erbpacht genommen. Indessen paßt die anti-totalitäre und anti-ideologische Stoßrichtung von Poppers Denkansatz kaum zum Neoliberalismus mit seiner ausgeprägten Neigung zu politisch-ideologischen Gewaltmärschen. Der Begriff der „offenen Gesellschaft" könnte sich mit unzweifelhaft liberalem Inhalt erfüllen, wenn es ihm gelingt, die antikommunistischen Eierschalen abzustreifen und den Erbpachtvertrag mit dem Neoliberalismus zu kündigen. Ansätze zu einer solchen Kündigung gibt es bereits, etwa bei George Soros.

Der Neoliberalismus hat zunächst keine Chancen gegenüber dem Keynesianismus

Von Anfang hatten die Mont-Pèlerinisten die Absicht, in ihrem Sinne Einfluß auf die Politik nehmen. Daraus wurde aber vor-

erst nichts. Die erlauchten Geister schmorten mehr als zwei Jahrzehnte lang im eigenen Saft. Im ideologischen Wettstreit der Systeme waren ihre Vorstellungen nicht vorzeigbar. Sie taugten allenfalls zur Diskreditierung des Westens. Auch gedieh der Kapitalismus beiderseits des Atlantiks so prächtig, daß der großen Mehrheit die Rückkehr zu einem gnadenlosen Manchester-Liberalismus so verrückt erschienen wäre wie die Rückkehr ins 19. Jahrhundert schlechthin.

Ihren schwersten Stand hatten die Apologeten des Neoliberalismus Ende der sechziger Jahre, als das Wirtschaftswunder in die erste Rezession mündete. Am 10. Mai 1967 verabschiedete der Bundestag mit großer Mehrheit das „Gesetz über Stabilität und Wachstumsförderung der Wirtschaft" mit den dafür notwendigen Grundgesetzänderungen. Auch die oppositionelle FDP stimmte diesem Gesetz zu, das dem Staat eine aktive Rolle zur Glättung und Milderung von Konjunkturschwankungen zuwies. Die Politiker befolgten damit die Ratschläge des Nationalökonomen John Maynard Keynes. Die Theorie von Keynes galt damals als ultima ratio der Wirtschaftspolitik. Der Manchester-Liberalismus war sowieso diskreditiert. Man sah ihn ihm ein dunkles Kapitel der Menschheitsgeschichte, ähnlich den Hexenverbrennungen des Mittelalters. Aber auch der „Ordo-Liberalismus", der die Jahre des Wirtschaftswunders theoretisch begleitet hatte, wirkte nun so verstaubt, daß selbst die FDP sich seiner zu genieren begann und mit den „Freiburger Thesen" von 1971 völlig neue Akzente setzte.

Sogar die Ostberliner Ideologen halten den Neoliberalismus für tot

Auch die Auguren des „Marxismus-Leninismus" sahen den Neoliberalismus praktisch als tot an und strichen ihn von der Liste ernstzunehmender ideologischer Gegner: „Die neue Etappe staatsmonopolistischer Entwicklung bedingt grundsätzlich das Zuendegehen des neoliberalen Einflusses", hieß es in einer SED-offiziellen Darstellung der „Bürgerlichen Ökonomie im moder-

nen Kapitalismus", die 1967 erschien. „Die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung Westdeutschlands beschleunigte diesen Prozeß und versetzte dem ORDO-Liberalismus endgültig den Todesstoß."

Der Pinochet-Berater Milton Friedman erhält den Nobelpreis für Wirtschaft

Die Stunde des runderneuerten Neoliberalismus à la Hayek und Milton Friedman schlug erst, als Mitte der siebziger Jahre die keynesianischen Rezepte nicht mehr griffen. Die Wende markierte die Verleihung des Nobelpreises für Wirtschaft an Hayek (1974) und Friedman (1976). Friedman war damals schon Berater des chilenischen Diktators Pinochet, der 1973 die demokratisch gewählte Regierung Allende gestürzt hatte. Der Schwede Gunnar Myrdal, der 1974 zusammen mit Hayek ausgezeichnet worden war, gab deshalb aus Protest seinen Nobelpreis zurück.

Als erstes Land der Welt setzte das despotisch regierte Chile die neoliberalen Rezepte der „Chicago-Boys" um Milton Friedman in politische Praxis um. Ein starker Staat, der auch vor Mord und Folter nicht zurückschreckte, sorgte dafür, daß alles wie im Bilderbuch ablief: Die Deregulierung der Wirtschaft, die Massenarbeitslosigkeit, die Unterdrückung der Gewerkschaften, die Privatisierung öffentlicher Betriebe, die allgemeine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zugunsten der ohnehin schon Reichen usw.

Auch Thatcher und Reagan bekennen sich zum Neoliberalismus

Der zweite Regierungschef, der sich für den Neoliberalismus erwärmte, war die konservative britische Ministerpräsidentin Margaret Thatcher. Nachdem sie 1979 an die Macht gekommen war, verordnete sie zum ersten Mal einem hoch entwickelten Staat der kapitalistischen Welt eine derartige Roßkur, wie sie Chile vorgeführt hatte. Notfalls setzte sie Polizei gegen

streikende Arbeiter ein. Mord und Folter gab es zwar nicht, aber aus ihrer Bewunderung für Pinochet machte die Dame nie einen Hehl.

Ein Jahr später - 1980 - wurde Ronald Reagan Präsident der USA und erhob den Neoliberalismus zum Credo der führenden Weltmacht. Von seinem geistigen Format her dürfte Reagan kaum in der Lage gewesen sein, die philosophischen und wirtschaftstheoretischen Grundlagen des Neoliberalismus zu verstehen. Er vertrat ihn mehr instinktiv, aus jenem US-amerikanischen Gesellschaftsverständnis heraus, das über die US-Ökonomen zuvor in die Debatten der Mont-Pèlerinisten eingeflossen war. Jedenfalls sorgte auch er dafür, daß es den Armen noch schlechter ging und die Reichen noch reicher wurden. Für die höheren Weihen sorgte wiederum das Nobelpreis-Komitee, indem es 1982 einem weiteren Gründungsmitglied der Mont-Pèlerin-Gesellschaft, dem US-Ökonomen Georges Joseph Stiegler, den Nobelpreis für Wirtschaft zuerkannte.

Die Nobelpreise für Hayek, Friedman und Stiegler gaben einerseits der neoliberalen Propaganda starken Auftrieb, ramponierten aber andererseits den Ruf der jungen Auszeichnung: Der Nobelpreis für Wirtschaft war erst 1968 von der schwedischen Reichsbank gestiftet und den seit 1901 verliehenen Nobelpreisen hinzugefügt worden. Der Industrielle Alfred Nobel, aus dessen Vermögen die „echten" Nobelpreise finanziert werden, hatte nie die Absicht, einen Preis für Wirtschaftswissenschaften zu stiften. Als Praktiker der Wirtschaft hielt er auch gar nichts von ökonomischen Theoretikern.

Die sozialliberale Koalition zerbricht an einem neoliberalen Grusel-Katalog

So war die Situation, als führende FDP-Politiker 1982 den Bruch der sozialliberalen Koalition betrieben. Das Lambsdorff-Papier, das die Koalition endgültig sprengte und auch nichts anderes bezwecken sollte, war ein Gruselkatalog neoliberaler Zumutungen, den nicht einmal die CDU unterschreiben wollte. Offenbar

glaubten Genscher, Lambsdorff und die anderen Betreiber der „Wende", mit dem Rückenwind des neoliberalen Zeitgeistes zu marschieren. In der immer noch stark „sozialpartnerschaftlich" geprägten Bundesrepublik marschierten sie aber eher in eine Sackgasse: Zuerst wurden sie von den Wählern abgestraft, die im Verhalten der FDP schlicht Verrat erblickten, und dann erwies sich auch das Zwischenhoch in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre als nur von kurzer Dauer. Allein der unerwartete Zusammenbruch der DDR und des ganzen östlichen Imperiums rettete Union und FDP vor der Abwahl. Zugleich bekam der Neoliberalismus gewaltigen Auftrieb, indem er sich - dem tapferen Schneiderlein aus dem Märchen ähnlich - als Überwinder des östlichen Systems präsentierte, dem nun in der ganzen Welt niemand mehr widerstehen könne. Sogar ausgesprochener Schwachsinn wie die neoliberale These vom „Ende der Geschichte" wurde nun einer ernsthaften Diskussion für würdig befunden.

Mystifizierung der Marktkräfte

Der Begriff Neoliberalismus - der früher eine eher akademische Wirtschafts- und Sozialtheorie bezeichnete und nur Nationalökonomen geläufig war - stand inzwischen für eine neokonservative Heilslehre. Schuld daran hatten nicht nur Politiker wie Pinochet, Thatcher oder Reagan, sondern ebenso neoliberale Theoretiker wie Hayek und Friedman. Mit ihrem langjährigen Erzfeind, dem Kommunismus, teilten sie die Überzeugung, daß es entscheidend auf den ökonomischen Unterbau der Gesellschaft ankomme. Im Unterschied zu den kommunistischen Ideologen, die den ökonomischen Unterbau durch staatliche Planung bis ins Detail rational gestalten wollten, hielten sie es aber für völlig unmöglich, den Wirtschaftsprozeß rational beeinflussen zu können. Stattdessen mystifizierten sie das freie Spiel der Kräfte zum alleinseligmachenden Prinzip der Gesellschaft und beschränkten die Ordnungsfunktion des Staates darauf, alles mit eisernem Besen hinwegzufegen, was dieses freie Spiel gefährden könnte.

Ein FAZ-Kommentar offenbart die totalitären Züge des Neoliberalismus

Zum politischen Liberalismus, der primär für Bürgerrechte, Demokratie und menschenwürdige Lebensverhältnisse kämpft, trat der Neoliberalismus damit in schroffen Gegensatz. Er nahm sogar totalitäre Züge an, wie der folgende Kommentar zeigt, mit dem die neoliberale „Frankfurter Allgemeine“ am 12. September 1973 den Putsch der faschistischen Militärjunta in Chile begrüßte:

Den Versuch, einen dogmatisch-doktrinären, marxistischen Sozialismus auf demokratischem Wege einzuführen, hat Chile mit schweren wirtschaftlichen und politischen Schäden teuer bezahlen müssen. Anarchie und Chaos breiteten sich in den letzten Wochen immer schneller aus. Im Augenblick der höchsten Gefahr konnten sich die Streitkräfte ihrer Verantwortung nicht mehr länger entziehen. Die politischen Spannungen, die Allendes mißglücktes Volksfrontexperiment in Chile erzeugt hatten, drängten mit Macht zur Entladung. Der Versuch, den Zusammenstoß zu verhindern, mußte gemacht werden.

Aus der Sicht des Leitartiklers der FAZ war also der Sturz der verfassungsmäßigen Regierung in Chile gerechtfertigt und sogar geboten, weil diese auf demokratischem Wege versucht hatte, das freie Spiel der Marktkräfte einzuschränken. Etwa nach dem Motto: Lieber eine Militärdiktatur als sozialistische Experimente! Der Neoliberalismus decouvrierte sich damit als anti-liberale Ideologie. Zugleich hatten die neoliberalen Episteln der FAZ eine verheerende Signalfunktion: Sie bestärkten damals viele Anhänger der zerfallenden „außerparlamentarischen Opposition“ in der Ansicht, daß Liberalismus und Faschismus nur zwei „Formen bürgerlicher Herrschaft“ seien, die je nach den historischen Umständen einander bedingen und ablösen. Zumindest bekam nun der Begriff Neoliberalismus einen autoritär-konservativen und aggressiven Beigeschmack.

FDP schwenkt programmatisch auf den Neoliberalismus ein

Vor dem hier skizzierten Hintergrund spielte Lambsdorff die Rolle der ehrpusseligen Jungfrau, die ihre Unschuld längst verloren hat, wenn er in dem erwähnten Interview mit dem „Sonntagsblatt" darauf insistierte, daß bereits Ludwig Erhard ein Neoliberaler gewesen sei. Seit 1982, als Lambsdorff den Bruch der sozialliberalen Koalition herbeigeführt hatte, vertrat die FDP-Spitze nicht mehr die Positionen des alten Ordo-Liberalismus, sondern schwamm auf der Welle des neuen Neoliberalismus. Was ähnlich klang wie früher, war nicht mehr dasselbe, weil es eingebettet war in eine aggressive Ideologie, die einen neuen Sozialdarwinismus predigte und insoweit tatsächlich an den alten Manchester-Liberalismus erinnerte.

Eindeutig neoliberal waren auch die „Wiesbadener Grundsätze für die liberale Bürgergesellschaft", welche die FDP am 24. Mai 1997 auf ihrem Bundesparteitag in Wiesbaden verabschiedete. Das neue Programm sollte dem liberalen Aushängeschild wieder etwas mehr Glanz verleihen, nachdem der Parteiführung nichts besseres mehr eingefallen war, als die FDP als „Partei der Besserverdienenden" zu empfehlen. Zugleich wollte man sich von Rechtsauslegern wie dem früheren Generalbundesanwalt Alexander von Stahl abgrenzen, die den Neoliberalismus mit nationalistischen Tendenzen verquickten.

An sich besaß die FDP mit den „Freiburger Thesen" noch immer ein brillant formuliertes Programm. Aber dieses galt als nicht mehr vorzeigbar, seitdem sie sich wieder an die Union gebunden hatte. Auch die eher konservativen „Kieler Thesen" vom November 1977, welche die „Freiburger Thesen" vom Oktober 1971 ergänzen sollten, waren schon zwanzig Jahre alt.

Also wurde eine Programmkommission damit beauftragt, der Partei zu einem zeitgemäßeren Credo zu verhelfen. Als besonders publikumswirksamen Punkt hatte sie sich das „Bürgergeld" ausgedacht: Diese neue Form der Unterstützung für Bedürftige

sollte sämtliche bisherigen Sozialleistungen ersetzen und nach Art einer „negativen Einkommensteuer“ vom Finanzamt ausgezahlt werden, sobald eine bestimmte Einkommensschwelle unterschritten wird. Zusätzliches Arbeitseinkommen sollte nur teilweise auf dieses Bürgergeld angerechnet werden, um den Anreiz zu erhöhen, auch schlechter bezahlte Tätigkeiten auszuüben.

Die nicht ganz unwichtige Frage, wo die Einkommensschwelle für den Bezug von „Bürgergeld“ beginnen soll, ließ das Papier wohlweislich offen. Auch sonst erschöpfte es sich in recht allgemeinen Ausführungen und unverbindlichen Schlagworten wie der „offenen Bürgergesellschaft“ - anscheinend eine Anleihe bei Poppers „offener Gesellschaft“, die durch Hinzufügung des Wortes „Bürger“ so gestopft wirkte wie eine Weihnachtsgans.

Den größten politischen Nährwert besaßen noch jene Passagen, die sich gegen die Haider-Sympathisanten vom Schlage eines Alexander von Stahl, Manfred Brunner und Heiner Kappel richteten: „Die große Gefahr für die Bürgergesellschaft in der Weltverantwortung ist die Renationalisierung“, hieß es etwa. Oder: „Die Herausforderung der Globalisierung kann die Europäische Union nur bewältigen, wenn sie ihre Integration vorantreibt.“

Neoliberaler „Sozialstaat“ gegen sozialdemokratischen “Wohlfahrtsstaat“

Die andere große Gefahr für die „Bürgergesellschaft“ aber sei die sozialdemokratische Gesellschaft: Man befinde sich am „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, in dem „Solidarität zur staatlichen Dienstleistung verkommen“ sei. Jetzt müsse der „Gefälligkeitspolitik“ die „Verantwortungsgesellschaft“ entgegengesetzt werden. Sogar die FDP habe „zu oft mitgemacht bei der Gefälligkeitspolitik“. Aber inzwischen stehe sie zu ihrer Verantwortung - im Unterschied zu „sozialdemokratischen Konservativen“ und „konservativen Sozialdemokraten“, die weiterhin den falschen Weg verfolgen würden. Es müsse endlich das Trugbild zerstört werden, daß der Staat Frei-

heit und Sicherheit in allen Lebenslagen garantieren könne. Die Staatsquote müsse auf ein Drittel gesenkt werden. In das Grundgesetz sei ein Privatisierungsgebot aufzunehmen. Die Altersvorsorge müsse sich auf „mehr Elemente des Kapitaldeckungsverfahrens" stützen. Neue Steuern dürften nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit des Parlaments beschlossen werden.

Zur Sozialpolitik hieß es: „Der bürokratischen Staatswirtschaft setzen Liberale die Soziale Marktwirtschaft entgegen. Bürokratische Verkrustungen in Staat und Verbänden sowie die Globalisierung der Wirtschaft fordern eine Erneuerung der Sozialen Marktwirtschaft". In ähnlicher Weise wurde ein nur das Lebensminimum sichernder „Sozialstaat" dem fürsorglichen „Wohlfahrtsstaat" gegenübergestellt: „Der liberale Sozialstaat konzentriert seine Hilfe wirksam auf die wirklich Bedürftigen. Der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat verteilt an alle ein wenig."

Im wesentlichen lag die Substanz dieses Papiers nicht in den phrasenhaften Aussagen, sondern zwischen den Zeilen. Es signalisierte, daß die FDP sich als Speerspitze des Neoliberalismus verstand - im Unterschied zu den „sozialdemokratischen Konservativen" von der CDU und den „konservativen Sozialdemokraten" von der SPD. Es ahmte den Duktus der Freiburger Thesen nach, indem es Anschein gedanklicher Tiefe („Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts") und kühner Vision („offene Bürgergesellschaft") zu erwecken versuchte. Bei näherer Betrachtung diente das progressive Pathos aber nur dazu, sich endgültig von den Freiburger Thesen zu verabschieden. Es war kein Karl-Hermann Flach, der hier die Feder geführt hatte, sondern die Mannschaft um Guido Westerwelle.

Westerwelle weist Kritik als „Nostalgie-Liberalismus" zurück

Die „Wiesbadener Grundsätze" fanden in der Öffentlichkeit nur wenig Beachtung. Am ehesten wurde noch über die Idee des „Bürgergelds" berichtet. Auch innerhalb der Partei beseitigten

sie nicht die Unzufriedenheit. Im Vorfeld des Dreikönigstreffens Anfang 1998 gab es ansatzweise sogar so etwas wie eine Grundsatzdebatte: Sie begann damit, daß nun sogar Genscher den Slogan von der „Partei der Besserverdienenden“ als Verirrung brandmarkte. Freilich dürfte es ihm dabei - genau wie Westerwelle - nur um eine gefälligere Verpackung desselben Inhalts gegangen sein. Grundsätzliche Kritik an der neoliberalen Schwindsucht übte dagegen die Ex-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, die sich nach ihrem Rücktritt mit weiteren Linksliberalen im „Freiburger Kreis“ zusammengeschlossen hatte: Der Partei fehle es an „innerer Liberalität“ und überzeugenden Persönlichkeiten. Besonders fatal sei „die gewollte Verengung auf wirtschafts- und finanzpolitische Einzelforderungen, die nicht in ein Wertesystem gestellt werden“.

Der Generalsekretär Guido Westerwelle hielt diese Kritik an der neoliberalen Ausrichtung der Partei freilich für „Nostalgie-Liberalismus“. Der Vorsitzende Wolfgang Gerhardt ließ wissen, daß er „keine Nachhilfe beim Verfechten der Bürgerrechte“ nötig habe. Der baden-württembergische Landesvorsitzende Walter Döring sprach gar von „Geseire“ und verlangte: „Der Mist muß endlich aufhören.“

Am Beginn einer langen Durststrecke

Rot-Grün schickt Union und FDP in die Opposition / Möllemann und Kubicki profilieren sich als Wahlsieger / Wachsende Kritik an Gerhardt

Die Bundestagswahlen am 27. September 1998 beendeten die seit Oktober 1982 andauernde Koalition der FDP mit den Unionsparteien: Zwar kam die FDP mit 6,2 Prozent erneut in den Bundestag - 0,7 Prozent weniger als 1994. Die CDU/CSU verlor jedoch 6,2 Prozent und errang nur noch 35,2 Prozent der Stimmen. Sogar die erfolgsgewohnte CSU verfehlte in Bayern erstmals seit fünfzig Jahren die absolute Mehrheit.

Die Union erhielt damit die Quittung für ihre Unfähigkeit, Helmut Kohl rechtzeitig durch einen überzeugenderen Kanzlerkandidaten wie Wolfgang Schäuble zu ersetzen. Der selbsternannte „Enkel Adenauers" hatte seinem Vorbild auch in der Halsstarrigkeit nachgeeifert, mit der er an seinen Ämtern festhielt. In den langen Jahren seiner Herrschaft hatte er die CDU derart unter seine Kontrolle gebracht, daß der Partei die Kraft zur Erneuerung fehlte und sie gewissermaßen sehenden Auges in die Wahlniederlage steuerte.

Dagegen legte die SPD um 4,5 Prozent auf 40,9 Prozent zu. Die Grünen erlitten nur leichte Einbußen von 7,3 auf 6,7 Prozent. Als vierte Partei zog mit 5,1 Prozent erneut die PDS in den Bundestag ein.

Das Wahlergebnis bescherte SPD und Grünen insgesamt eine satte Mehrheit von 345 Sitzen im Bundestag gegenüber 324 Sitzen aller anderen Fraktionen. Es konnte als klarer Auftrag zur Bildung einer rot-grünen Koalition gewertet werden, zumal die 36 Abgeordneten der PDS im Zweifelsfall eher dem rot-

grünen Lager als der neuen Opposition aus Union und FDP zuzurechnen waren.

Damit begann für die FDP die dritte und bisher längste Phase, in der sie nicht an einer Bundesregierung beteiligt war. Erschwerend kam hinzu, daß sie zu Beginn der 14. Legislaturperiode nur noch in vier der 16 Bundesländer über Landtagsabgeordnete verfügte. Am Kabinettstisch saß sie lediglich in Stuttgart und Mainz. Da sie wie keine andere Partei auf die Vertretung in Parlament und Regierung als Lebenselixier angewiesen war, geriet sie in eine äußerst bedrohliche Situation. Vor diesem Hintergrund erklärt sich auch zum Teil die nun einsetzende Wandlung zu einer postmodernistisch-populistisch angehauchten Klamauk- und Spaßpartei. Die „putzmuntere" Oppositionspolitik, die Generalsekretär Westerwelle nach Bekanntwerden des Wahlausgangs ankündigte, wies bereits in diese Richtung.

Möllemann kritisiert Fixierung auf die CDU

Die liberale Substanz der Partei war unterdessen noch dünner geworden. In den sechzehn Jahren seit Beendigung der sozialliberalen Koalition hielt die Riege um Genscher und Lambsdorff, die seinerzeit die „Wende" durchsetzte, die Partei in ähnlicher Weise im Griff wie Kohl die Union. Die letzten verbliebenen Linksliberalen wie Burkhard Hirsch, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger oder Hildegard Hamm-Brücher waren marginalisiert worden. Aus Sicht der Parteiführung konnte es nur darum gehen, die Phase der Opposition so schnell wie möglich zu beenden und die Koalition mit der Union fortzusetzen. Eher gingen „vier Kamele durch ein Nadelöhr", als daß es eine Verbindung der FDP mit Rot-Grün gebe, erklärte der bisherige Außenminister Klaus Kinkel - angesichts des klaren Wahlergebnisses eine völlig überflüssige und die politische Position der FDP eher schwächende Bemerkung.

Es gab auch andere FDP-Politiker, die nichts von der Fixierung auf die Union hielten. Aber ihr einflußreichster Vertreter war ausgerechnet der wendig-windige Jürgen Möllemann, dem es

wieder gelungen war, die Führung des Landesverbands Nordrhein-Westfalen zu übernehmen.

Auf dem 50. Bundesparteitag vom 28. bis 30. Mai 1999 in Bremen traten die unterschiedlichen Auffassungen zutage: Der Parteivorsitzende Wolfgang Gerhardt erklärte, die FDP sei nicht gewillt, sich für die Sozialdemokraten als Reservepartner eine fehlgeleiteten Politik bereitzuhalten. Möllemann dagegen unterstrich, daß CDU und SPD gleichweit von Positionen der FDP entfernt seien. In diesem Zusammenhang rühmte Möllemann die Erfolge der Mainzer SPD/FDP-Koalition und gab zu verstehen, daß ihm ein ähnliches Modell für die Ablösung der rotgrünen Koalition in Düsseldorf vorschwebe.

Der Bremer Bundesparteitag wählte Wolfgang Gerhardt mit 84,9 Prozent der Delegiertenstimmen für zwei weitere Jahre zum Vorsitzenden. Stellvertreter wurden die Landesvorsitzenden Rainer Brüderle (Rheinland-Pfalz), Cornelia Pieper (Sachsen-Anhalt) und Walter Döring (Baden-Württemberg). Guido Westerwelle wurde mit 84,8 Prozent der Stimmen als Generalsekretär bestätigt. Möllemann zog mit 68,52 Prozent der Stimmen als Beisitzer wieder in den Bundesvorstand ein, nachdem er noch vor zwei Jahren mit seiner Bewerbung um dieses Amt gescheitert war.

Talfahrt bei den Landtagswahlen dauert an

Von der „Partei der Besserverdienenden" war inzwischen keine Rede mehr. Demonstrativ entdeckte die Parteiführung sogar den Facharbeiter, um das Image einer „Zahnärzte-Partei" endlich loszuwerden: Unternehmer und Facharbeiter hielten die Wirtschaft in Gang, tönte der Finanzexperte Hermann Otto Solms in einer Aussprache des Bundestags zur Steuerpolitik am 13. November 1999. Auf dem Bremer Bundesparteitag warnte Guido Westerwelle davor, den Begriff sozial den „Umverteilern" zu überlassen: Die FDP sei eine Arbeitnehmerpartei, deren Politikern man es nicht verdenken könne, wenn sie als „soziale Demokraten ... die Schwachen vor den Faulen schützen wollen".

Diese rabulistischen Bemühungen zahlten sich aber vorerst nicht aus. Die Talfahrt der Partei setzte sich bei den Landtagswahlen zunächst fast ungebremst fort, wie aus der folgenden Übersicht hervorgeht:

Bundesland	*Wahltermin*	*FDP in %*	*Veränderung*
Hessen	07.02.1999	5,1	- 2,3
Bremen	06.06.1999	2,52	- 0,85
Saarland	05.09.1999	2,6	+ 0,5
Brandenburg	05.09.1999	1,86	- 0,34
Thüringen	12.09.1999	1,1	- 2,1
Sachsen	19.09.1999	1,1	- 0,6
Berlin	10.10.1999	2,2	- 0,3
Schleswig-Holstein	27.02.2000	7,6	+ 1,9
Nordrhein-Westfalen	14.05.2000	9,8	+ 5,8
Baden-Württemberg	25.03.2001	8,1	- 1,5
Rheinland-Pfalz	25.03.2001	7,8	- 1,1
Hamburg	23.09.2001	5,1	+ 1,6
Berlin	21.10.2001	9,9	+ 7,7
Sachsen-Anhalt	21.04.2002	13,1	+ 7,1

Parteispenden-Skandal der CDU gibt der FDP neuen Auftrieb

Bei den ersten sieben von insgesamt vierzehn Landtagswahlen während der 14. Legislaturperiode erlitt die FDP also durchweg weitere Verluste, wenn man von einem unbedeutenden Zugewinn im Saarland absieht. Etwas versüßt wurden diese bitteren Pillen lediglich durch den Umstand, daß sie in Hessen - wo sie fast unter die Fünf-Prozent-Hürde gerutscht wäre - nun endlich mit der CDU koalieren und die rot-grüne Regierung ablösen konnte.

In dieser immer schwierigeren Situation kam der FDP unverhofft der Spenden-Skandal zu Hilfe, der im November 1999 die CDU zu erschüttern begann und vor allem das Ansehen des frü-

heren Bundeskanzlers Helmut Kohl schwer beschädigte. Am Jahresende leitete die Bonner Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Kohl wegen Verdachts der Untreue zu Lasten der CDU ein. Es war absehbar, daß sich viele „bürgerliche" Wähler indigniert von der CDU abwenden und ihre Stimme der FDP geben würden, deren Verwicklung in die Flick-Affäre schon einige Zeit zurücklag und fast wie eine läßliche Sünde erscheinen mochte, wenn man sie mit dem jetzt aufgedeckten Sumpf an schwarzen Kassen und Bestechungsgeldern verglich.

Der schleswig-holsteinische Sieger Kubicki plädiert für die Ablösung Gerhardts

Von dieser Verlagerung der Wählergunst profitierten als erste zwei Landesverbände, in denen scharfe Kritiker des von Wolfgang Gerhardt geleiteten Bundesvorstands den Ton angaben, nämlich Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Schon Wochen vor den Landtagswahlen am 27. Februar 2000 rechnete der Kieler Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki - gestützt auf Umfrageergebnisse - fest damit, daß seine Partei mindestens 7,5 Prozent erringen werde. Zugleich kündigte er seinen Rücktritt an, falls die FDP nicht mehr als die kümmerlichen 5,7 Prozent von1996 erzielen werde.

„Wenn es schief geht, dann implodiert die FDP", erklärte Kubicki mit Blick auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Es werde sicher nicht schief gehen, fügte er hinzu, aber das bedeute noch lange nicht, auf „einen großen Wechsel in der Bundesführung" hoffen zu dürfen. „Wir werden erleben, daß dann der Bundesvorsitzende Wolfgang Gerhardt sich auf dem Bundesparteitag hinstellt und sagt: ‚Seht, liebe Delegierte, meine Politik hat es gebracht, daß die FDP jetzt aus dem Tal des Jammers herausgekommen ist.' Und dann werden alle applaudieren und den Bundesvorsitzenden bis zum Jahr 2002 in der Führung belassen."

Am Wahlabend konnte Kubicki dann - gemeinsam mit seinem aus Düsseldorf angereisten Freund Möllemann - den vorherge-

sehenen Erfolg feiern und weitere Spitzen gegen den Bundesvorstand loswerden. Die schleswig-holsteinische FDP habe ein Signal für die gesamte Partei gesetzt: „Man kann auch wieder Wahlen gewinnen, aus eigener Kraft - wenn man das will.“

Großer Erfolg in Nordrhein-Westfalen stärkt Möllemann

Elf Wochen später - am 14. Mai 2000 - gelang der FDP in Nordrhein-Westfalen ein noch triumphalerer Erfolg, indem sie ihren Stimmenanteil von 4,0 auf 9,8 Prozent mehr als verdoppelte. Dieses Ergebnis durfte sich Jürgen Möllemann ans Revers heften. Während die FDP in Kiel weiterhin in der Opposition bleiben mußte, konnte sie sich in Düsseldorf sogar Hoffnungen auf eine Regierungsbeteiligung machen. Möllemann kleidete sein Koalitionsangebot in die Aufforderung an die SPD, sich zu entscheiden, ob sie weiterhin mit den „bremsenden Grünen“ oder mit einem „Turbo“ regieren wolle. Und sogar Wolfgang Gerhardt wollte den Turbo Möllemann nicht stoppen: Die CDU sei „ältlich“ geworden, befand der Parteivorsitzende. Außerdem habe sich die FDP nie als „Reclam-Ausgabe“ der Christdemokraten gesehen.

Ministerpräsident Wolfgang Clement hörte solches Liebeswerben gern, da es ihm zumindest eine Handhabe bot, die widerspenstigen Grünen zu disziplinieren. Clement und der SPD-Landesvorsitzende Franz Müntefering ließen am 22. Mai verlauten, daß sie eine Koalition mit der FDP nicht ausschlössen. Aber schon sechs Tage später hatten die Grünen angesichts der ausgepackten „Folterwerkzeuge“ (Bärbel Höhn) kapituliert und sich mit der SPD auf die Fortsetzung der Koalition verständigt. Drei Wochen später stimmten auch die Landesparteitage zu. Möllemann blieb nur noch übrig, das Ja der Grünen zum weiteren Bündnis mit der SPD als „Sterbeurkunde“ der Öko-Partei zu verunken und ein frühzeitiges Ende der Koalition zu prophezeien.

Möllemann war seit diesem Wahlerfolg aber wieder obenauf, die Zeit seiner innerparteilichen Quarantäne endgültig beendet.

Er konnte nun sogar zielbewußt zur Demontage des Parteivorsitzenden Gerhardt übergehen, wobei er sich mit dem Generalsekretär Guido Westerwelle diskret die Bälle zuspielte.

Hessische Landeschefin verbittet sich Einmischung des Bundesvorstands

Gerhardts Autorität war inzwischen durch einen Konflikt mit seinem eigenen Landesverband weiter geschwächt worden. Die Bundes-FDP hatte sich am 9. Februar 2000 vom hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU) distanziert, nachdem dieser zugeben mußte, in der Parteispendenaffäre wissentlich falsche Angaben über die Herkunft von Geldern gemacht zu haben. Für Gerhardt hing der weitere Verbleib der FDP in der Landesregierung von der Glaubwürdigkeit des Ministerpräsidenten ab, was auf eine Rücktrittsforderung hinauslief. Dahinter stand wohl die Überlegung, daß es für die FDP in der aktuellen Situation wichtig sei, sich gegenüber der skandalgeschüttelten CDU als Partei mit relativ sauberen Händen darzustellen.

Die hessische FDP-Chefin Ruth Wagner, die 1995 als Nachfolgerin Gerhardts die Führung des Landesverbands übernommen hatte, sah dies aber anders: Sie dachte nicht daran, ihre eben erst errungene Position als Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst und Stellvertreterin des Ministerpräsidenten wieder aufzugeben. Sie verbat sich die Einmischung des Bundesvorstands und berief eine Sondersitzung des Landesvorstands ein. Dabei stimmten 15 Mitglieder für die Fortsetzung der Koalition mit Koch. Eine Minderheit von sieben Vorstandsmitgliedern sowie die (nicht stimmberechtigten) Kreisvorsitzenden sprach sich allerdings für die Ablösung Kochs aus.

Eine zweite Runde dieser Auseinandersetzung endete für Gerhardt ebenfalls mit einer Niederlage: Ein Sonderparteitag der hessischen FDP am 4. März 2000 versagte ihm mit 166 gegen 132 Stimmen die Unterstützung, nachdem er die Delegierten aufgefordert hatte, das weitere Verbleiben der FDP in der

Koalition von Kochs Rücktritt abhängig zu machen. Es war absehbar, daß eine solche Forderung auf Neuwahlen hinauslaufen würde. Dazu verspürte die hessische FDP, die vor einem Jahr ihrem parlamentarischen Tod mit 5,1 Prozent knapp entronnen war, aber verständlicherweise keine Lust.

Schließlich verlor der FDP-Vorsitzende auch noch die dritte Runde: Als in der zweiten Jahreshälfte neue Vorwürfe gegen Koch im Zusammenhang mit der Spendenaffäre auftauchten, glaubte Gerhardt endlich Oberwasser zu haben und bezeichnete die hessische CDU als Belastung für die Landespolitik. Die FDP-Landtagsfraktion folgte aber wiederum keineswegs der vom Bundesvorstand vorgegebenen Linie, sondern wies am 12. September 2000 gemeinsam mit der CDU einen Mißtrauensantrag der rot-grünen Oppositition gegen den umstrittenen Ministerpräsidenten zurück.

Wahlziel 18 Prozent

Die FDP entdeckt die Kraft des positiven Denkens / Westerwelle wird Parteivorsitzender

Nach den Wahlerfolgen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen herrschte auf dem 51. Bundesparteitag der FDP am 16./17. Juni 2000 in Nürnberg eine deutlich zuversichtlichere Stimmung als auf dem vorangegangenen Parteitag in Bremen. Die Kritiker des Bundesvorstands, die sich diese Wahlerfolge in erster Linie zuschreiben durften, traten nun noch selbstbewußter auf. Sie vermieden aber eine offene Konfrontation, da personalpolitische Fragen auf diesem Bundesparteitag nicht anstanden und die Delegierten solchen innerparteilichen Hickhack nicht schätzten.

Der FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt sparte seinerseits nicht mit Lob für die beiden Wahlsieger Kubicki und Möllemann, um ihnen dann - ohne die beiden namentlich zu erwähnen - die Leviten zu lesen: „Wir werden nicht nach außen überzeugend wirken, wenn wir uns innerparteilich Sand ins Getriebe streuen", mahnte er die Frondeure. „Manche mögen meinen, es schadet nicht, dem Vorsitzenden ein paar Mal gegen das Schienbein zu treten. Aber viele spüren, daß es uns allen auf Dauer nicht gut bekommt, unsere Ziele beeinträchtigt und unsere Kräfte vergeudet."

Daß die FDP gegenüber der CDU ihre Unabhängigkeit stärker betonen und prinzipiell auch zu einer Koalition mit der SPD bereit sein müsse, war inzwischen kein Thema mehr. Dafür schieden sich die Geister an der Frage, wie das Ziel einer erneuten Regierungsbeteiligung am besten zu erreichen sei. Gerhardt setzte auf den weiteren Verfall der Grünen, der es der FDP ermöglichen werde, wieder den angestammten dritten Platz im Parteiengefüge einzunehmen. Die aktuellen Wahlergebnisse der Grünen, die wie die gesamte rot-grüne Koalition einen

Fehlstart hingelegt hatten, waren in der Tat nicht gut. „Die Grünen haben solange für bedrohte Tierarten gekämpft, daß sie selbst zu einer geworden sind“, spottete Gerhardt.

Möllemann wirbt für 18 Prozent als Ziel bei Bundestagswahl

Der nordrhein-westfälische Wahlsieger Möllemann griff dagegen gleich nach den Sternen, indem er das Rednerpult mit dem Schild „18 Prozent“ dekorierte und dies als Ziel der FDP für die bevorstehenden Bundestagswahlen proklamierte. Dahinter mochte die Überlegung stehen, daß sich die Partei umso mehr anstrengen und Erfolg haben werde, je höher die Meßlatte hängen würde. In Anbetracht aller bisherigen Wahlergebnisse der FDP handelte es sich aber um reines Wunschdenken. Man konnte fast meinen, Möllemann habe seinen Einfall aus einem jener obskuren Bücher bezogen, die der „Kraft des positiven Denkens“ wundersame Fähigkeiten zuschreiben. Dazu paßte Möllemanns weitere Idee, die FDP brauche - um sich „in Augenhöhe mit den Großen“ bewegen zu können - anstelle eines Spitzenkandidaten dieses Mal einen „Kanzlerkandidaten“.

Dieser Vorschlag zielte ebenfalls gegen den biederen Gerhardt, der in der Rolle eines Kanzlerkandidaten der FDP, der 18 Prozent anpeilt, nur eine seltsame Figur abgegeben hätte. Über hinreichend komödiantische Fähigkeiten verfügten in dieser Hinsicht vor allem zwei Personen, nämlich Jürgen Möllemann und - ersatzweise - Guido Westerwelle.

FDP will dem Vorwurf „sozialer Kälte“ entrinnen

Um das noch immer vorhandene Image einer „Partei der Besserverdienenden“ endlich loszuwerden, verabschiedete der Nürnberger Parteitag einen umfangreichen Beschluß zur Sozialpolitik, der die Idee des „Bürgergelds“ um Vorschläge zu einer Reform der Krankenversicherung ergänzte. Grundidee war wiederum, die soziale Sicherung von den Arbeitseinkommen abzukoppeln und eine „Grundabsicherung“ ein-

zuführen. Nun könne man der FDP keine „soziale Kälte" mehr vorwerfen, frohlockte Generalsekretär Westerwelle.

Ein Antrag der Jungen Liberalen, die Ämter des Partei- und Fraktionsvorsitzenden zu trennen, verfiel der Ablehnung. Gerhardt, der bereits seine Bereitschaft zur Wiederwahl als Vorsitzender im nächsten Jahr bekundet hatte, konnte somit weiterhin beide Ämter in einer Person vereinen. Guido Westerwelle, der inzwischen von Möllemann bereits öffentlich als Nachfolger Gerhardts ins Gespräch gebracht worden war, nutzte die Gelegenheit zu einer Loyalitätsbekundung gegenüber Gerhardt, indem er sich vehement gegen den Antrag der „Julis" aussprach.

Sonderparteitag für Aussetzung der Wehrpflicht

Die Jungen Liberalen hatten außerdem die Abschaffung der Wehrpflicht und die Einführung einer Berufsarmee gefordert. Die Entscheidung darüber wurde auf einen Sonderparteitag am 17. September 2000 in Berlin verschoben. Zu den Befürwortern des Antrags gehörte Wolfgang Gerhardt, während sich die Gegner um Klaus Kinkel scharten. Am Ende votierten 377 von 623 Delegierten des Sonderparteitags für die „Aussetzung" der Wehrpflicht. Als Gerhardt gemäß diesem Beschluß am 13. Oktober im Bundestag für die vorläufige Abschaffung der Wehrpflicht eintrat, gab Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) allerdings zu bedenken, daß eine Freiwilligen-Armee drei Milliarden Mark teurer käme.

Am Rande des Berliner Sonderparteitags gingen die personalpolitischen Auseinandersetzungen weiter. Möllemann ließ erkennen, daß er sich selber für den geeignetsten Kanzlerkandidaten hielt. Großzügigerweise räumte er aber auch Walter Döring und Rainer Brüderle Chancen ein, falls es ihnen gelingen sollte, bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg bzw. Rheinland-Pfalz die von ihm gesetzte Marke von 9,8 Prozent zu übertreffen...

„Tandem-Lösung" mit Westerwelle und Gerhardt

Am 4. Januar 2001 kam die FDP-Spitze überein, den personalpolitischen Querelen mit einer „Tandem-Lösung" ein Ende zu setzen: Westerwelle sollte den Parteivorsitz übernehmen, Gerhardt aber Fraktionsvorsitzender bleiben. Vorausgegangen waren zwei Gespräche zwischen Gerhardt und Westerwelle, die am 3. und 4. Januar in Wiesbaden und Hamburg stattfanden. Angeblich sollen beide dabei auch vereinbart haben, Möllemann keine führende Rolle im bevorstehenden Bundestagswahlkampf einzuräumen.

Die „Tandem-Lösung" wurde kurz darauf beim Dreikönigstreffen der südwestdeutschen FDP am 6. Januar 2001 der Öffentlichkeit präsentiert. Gerhardt nutzte das Forum, um Möllemann - ohne diesen beim Namen zu nennen - unter dem Beifall der Parteifreunde öffentlich in die Schranken zu verweisen: „Man muß sich auch einmal zurücknehmen können." Noch massiver ging Klaus Kinkel den Störenfried an: „Herr Möllemann, geben Sie jetzt Ruhe!"

Möllemann dachte aber nicht daran, Ruhe zu geben, sondern überlegte bereits, wie er sich bei diesem Tandem möglichst elegant auf den Lenker schwingen könnte. Er betrachte sich nicht als Verlierer, ließ er verlauten. Der Führungswechsel sei durchaus in seinem Sinne. Er werde aber weiter für das „Projekt 18" kämpfen, bis der Bundesparteitag endgültig darüber entschieden habe.

Möllemanns „18 Prozent" werden offizielle Strategie der Partei

Auf dem 52. Bundesparteitag vom 4. bis 6. Mai 2001 in Düsseldorf konnte Möllemann einen großen Erfolg verbuchen: Die Delegierten nahmen sein Strategiepapier „18 Prozent" begeistert auf. Die hessische Landesvorsitzende Ruth Wagner wurde ausgebuht, als sie zu bedenken gab, daß die Stammwählerschaft der FDP nun mal zwischen drei und vier Prozent liege. Der ba-

den-württembergische Landesvorsitzende Walter Döring, der sich im Vorfeld des Parteitags mit Möllemann angelegt und die Forderung nach einem Kanzlerkandidaten als „größenwahnsinnig“ bezeichnet hatte, schaffte nur noch knapp den Einzug ins Präsidium.

Die Behandlung Ruth Wagners, die einer liberalen Partei unwürdig war, verblüffte sogar den Möllemann-Berater Fritz Goergen, der zusammen mit seinem Auftraggeber für die rauschhafte Stimmung der Delegierten gesorgt hatte:

Die entfesselte Masse wollte ihren ganz anderen Standpunkt nicht hören. Sie wollte überhaupt keine Argumente hören. Sie wollte mit Gefühlen gefüttert werden. In diesem Saal war keine Toleranz mehr. Mir lief es kalt über den Rücken, nicht aus Begeisterung wie vielen Umstehenden, auch vielen Journalisten, sondern weil mich einen Moment lang durchzuckte: War es so im Sportpalast?

Westerwelle weist die Forderung nach einem “Kanzlerkandidaten“ zurück

Der neue Parteivorsitzende Guido Westerwelle machte sich ebenfalls das Möllemannsche „Projekt 18“ zueigen und tat so, als ob es sich um ein realistisches Ziel handele. Er folgte Möllemann aber nicht bei der Forderung nach Proklamierung eines Kanzlerkandidaten: „Wenn man sagt, man will 18 Prozent, dann weiß man auch, daß man mit 18 Prozent nicht den Kanzler stellen wird.“ Es sei zu befürchten, „daß - wenn man die Schraube eine Umdrehung zu weit dreht - das Gewinde bricht“.

Der Parteitag billigte Westerwelles Vorschlag, im bevorstehenden Bundestagswahlkampf mit einem Spitzenkandidaten und einem Führungsteam zu werben. In einem Leitantrag unterstrich er das Selbstverständnis der FDP als Volkspartei: „Wir sind keine Partei nur für eine bestimmte Berufsgruppe, Alters- und Einkommensklasse. Als Partei für das ganze Volk begreift sich die

FDP weder als Teil eines Lagers noch als Mehrheitsbeschaffer.“ Die Partei wolle so stark werden, daß ohne sie keine Regierungsbeteiligung möglich sein werde, „außer einem Stillstandspakt von SPD und CDU/CSU. Unser Ziel heißt 18 Prozent.“

Cornelia Pieper wird neue Generalsekretärin

Am ersten Tag des Düsseldorfer Kongresses war der bisherige Generalsekretär Westerwelle mit rund 89 Prozent der Stimmen zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Von seinen drei Stellvertretern konnte nur der rheinland-pfälzische Landesvorsitzende Rainer Brüderle eine derart große Zustimmung verbuchen, während Jürgen Möllemann auf 66,2 Prozent und Walter Döring nur auf 50,7 Prozent kam.

Der Parteitag wählte ferner mit 74,58 Prozent der Delegiertenstimmen die bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende Cornelia Pieper zur neuen Generalsekretärin. Die ehemalige „Blockflöte“, die seit 1985 der LDPD angehört hatte, war nach Irmgard Schwaetzer (1982 - 1984) und Cornelia Schmalz-Jacobsen (1988 - 1991) die dritte Frau in diesem Amt.

In seiner Antrittsrede gab sich der frischgebackene neue Parteivorsitzende Westerwelle recht selbstbewußt: „Auf jedem Schiff, das dampft und segelt, gibt es einen, der die Sache regelt - und das bin ich.“ - Das konnte und durfte als Platzverweis für Möllemann verstanden werden. Aber manchem Delegierten schwante, daß Möllemann nicht lockerlassen und Westerwelle auch noch in der „K- Frage“ auf seine Linie bringen werde.

Die FDP mutiert zur „Spaßpartei“

Fritz Goergen entwirft für Möllemann und Westerwelle die neue Wahlkampfstrategie

In enger Verbindung mit dem „Projekt 18“ ist die Entwicklung der FDP zu einer sogenannten Spaßpartei zu sehen, die spätestens im Wahljahr 2002 das Bild der Partei prägte. Diese Verbindung kam etwa darin zum Ausdruck, daß Westerwelle sich nun doch zum „Kanzlerkandidaten“ der FDP ausrufen ließ, seine Schuhsohlen mit einer aufgemalten „18“ in die Fernsehkameras streckte, mit einem blau-gelb gestrichenen „Guidomobil“ durch die Lande tourte oder in der TV-Show „Big Brother“ auftrat, die an primitive voyeuristische Instinkte appellierte.

So richtig seriös wirkte die FDP schon seit 1968 nicht mehr, als sie auf Anraten einer Werbefirma ihren Partei-Kürzel mit drei Pünktchen verunziert hatte. Die affektierte Schreibweise sollte die Partei unterscheidbarer machen von den Kürzeln anderer Parteien, die ebenfalls aus drei Versalien bestanden. So die offizielle Begründung. Sie spielte aber auch mit Elementen der Popkultur, indem die altväterlichen Pünktchen eine Gediegenheit beschworen, die sie im selben Moment negierten. Viele alte FDP-Mitglieder empfanden die Pünktchen immer als Fremdkörper, die der Partei von irgendwelchen Werbe-Fuzzis aufgenötigt wurden.

So trauerte auch kaum jemand den Pünktchen nach, als der Düsseldorfer Parteitag sie im Mai 2001 nach fast 33 Jahren beseitigte und ein neues Parteilogo beschloß. FDP-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Beerfeltz begründete die Änderung mit der Notwendigkeit, daß ein Logo in Sekundenbruchteilen erkennbar sein müsse. Da seien Punkte ebenso fehl am Platz wie zusätzliche Wörter. Außerdem lasse sich die FDP mit Pünktchen nicht im Internet darstellen.

Die albernen Pünktchen waren freilich eine Lappalie im Vergleich zu dem, was die Parteiführung nun den Mitgliedern zumutete: Eine Mischung aus Pop und Populismus, die der FDP neue Wählerkreise erschließen und sie in die ersehnten Höhen von 18 Prozent katapultieren sollte.

Das „Projekt 18" kam aus der Küche Möllemanns, der sich mit ähnlichem Klamauk seit Jahren erfolgreich in die Medien brachte. Der eigentliche Koch war aber der Möllemann-Berater Fritz Goergen.

Fritz Goergen hieß früher Fritz Fliszar. Unter diesem Namen war er von 1979 bis 1983 Bundesgeschäftsführer der FDP. Anschließend fungierte er bei der parteieigenen Friedrich-Naumann-Stiftung von 1982 bis 1992 als Geschäftsführer sowie bis 1996 als geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Wie Möllemann war er ein Zögling Genschers, der ihn in den siebziger Jahren zunächst als stellvertretenden Bundesgeschäftsführer eingestellt hatte. Bei dem von Genscher betriebenen Bruch der sozialliberalen Koalition und der erneuten Hinwendung der FDP nach rechts agierte Fliszar hinter den Kulissen als wichtiger Helfer. „Nur tote Fische schwimmen mit dem Strom", pflegte er damals zu sagen. Als Chef der Friedrich-Naumann-Stiftung machte er dann mit neoliberalen Rezepturen von sich reden, die in ihrer Schamlosigkeit sogar der eigenen Partei zu weit gingen. Anstoß erregte auch, wie er Gelder der Stiftung beispielsweise für einen sündhaft teuren Dienstwagen verschleuderte. Es kam zu Ermittlungen wegen Verdachts der Untreue.

Als neoliberaler Einpeitscher hinter den Kulissen dürfte Fliszar nicht ganz unschuldig an dem fatalen Wort von der „Partei der Besserverdienenden" gewesen sein, das dann dem unglücklichen Generalsekretär Werner Hoyer über die Lippen kam und die liberale Schwindsucht der FDP auf die trefflichste Weise offenbarte. Zuletzt hatte er noch in der Programmkommission der „Wiesbadener Grundsätze" mitgewirkt, die der neoliberalen Parteiideologie eine gefälligere Verpackung verleihen sollten. Nach einem Zerwürfnis mit Otto Graf Lambsdorff zog er sich

aber 1996 aus der Politik zurück und gründete eine Agentur für Trendanalysen und Prognosen. Zugleich nahm er den Nachnamen seiner Frau an und nannte sich fortan Fritz Goergen.

Systematische Regelverletzungen als Erfolgsrezept

Drei Jahre später kehrte Goergen alias Fliszar wieder in die Politik zurück, indem er auf Wunsch Möllemanns dessen Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen leitete. Da Goergen auf Honorarbasis arbeitete, konnten er und Möllemann die Art der Wahlkampfführung weitgehend autonom bestimmen. Es war Goergens Idee, die am Boden liegende Landespartei, die zuletzt nur noch vier Prozent erreicht hatte, durch die damals kühn erscheinende Zielmarkierung von acht Prozent am eigenen Schopf aus dem Sumpf zu ziehen. Zugleich entwickelte der gebürtige Österreicher ein auf die mediale Vermittlung von Emotionen und diffuser Ressentiments gestütztes Wahlkampfkonzept, das die FDP zu einer Protestpartei ähnlich der FPÖ machte und Möllemann zu einem Volkstribun nach Art von Haider stilisierte. Ein wichtiger Bestandteil dieses Konzepts waren systematische „Regelbrüche". Zum Beispiel entstand in Goergens „Werkstatt 8" - die 8 stand für das Wahlziel von acht Prozent - der Entwurf für ein Plakat, das ein Bild Adolf Hitlers mit dem Spruch zeigte: „Wenn wir nicht schnell für mehr Lehrer sorgen, suchen sich unsere Kinder selber welche."

Das Wahlergebnis zeigte, daß diese dümmlich-provozierende und im Grunde apolitische Art der Ansprache tatsächlich ankam. Anstelle der angepeilten acht Prozent erreichte die FDP sogar fast zehn Prozent. Sie hatte sich, wie ein Journalist schrieb, erfolgreich zur „kleinen Volkspartei des Protests, zum Auffangbecken für Suchende, Bindungslose und (Ver-)Zweifelnde" gemausert.

Der „Werkstatt 8" folgt das „Team 18"

Möllemann war anscheinend überzeugt davon, daß die nordrhein-westfälische SPD die aus der Versenkung wiederauferstandene FDP anstelle der Grünen zum neuen Koalitionspart-

ner erwählen und er selber ein Ministeramt erlangen würde. Umso größer war seine Enttäuschung, als es in Düsseldorf erneut zu einer rot-grünen Koalition kam. Aus „fröhlichem Zorn" (Goergen) über die Zurückweisung durch die SPD entstand daraufhin das „Projekt 18" als bundesweite Zielmarke für das Abschneiden der FDP beim bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Sie ergab sich - wie schon zuvor die Zielmarke von acht Prozent - aus der einfachen Verdoppelung des tatsächlich in Nordrhein-Westfalen erzielten Wahlergebnisses, wobei sie dieses Mal als Vorgabe für ganz Deutschland gelten sollte.

Es verstand sich von selbst, daß dieses mehr als ehrgeizige und schon größenwahnsinnig anmutende Ziel nur mit denselben Methoden wie in Nordrhein-Westfalen erreicht werden konnte. Folgerichtig wurde aus dem Möllemann-Berater Goergen nun einer der Berater Guido Westerwelles. Ab Januar 2002 gehörte Goergen zu Westerwelles „Team 18". Er blieb aber weiterhin seinem alten Auftraggeber Möllemann verbunden, der Westerwelle zuvor vergebens angeboten hatte, die Führung des Bundestagswahlkampfes zu übernehmen.

FDP koaliert in Hamburg mit der „Schill-Partei"

Bestärkt fühlen durften sich die Verfechter des „Projekts 18" durch die Verluste, welche die FDP kurz nach den Höhenflügen von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erlitt: In beiden Ländern war der Landtagswahlkampf in konventioneller Weise geführt worden.

Noch mehr Auftrieb bekamen Möllemann und andere Kritiker des bisherigen Auftretens der FDP durch die Hamburger Wahlen am 23. September 2001: Hier errang die rechtspopulistische „Schill-Partei" auf Anhieb 19,4 Prozent. Die seriös agierende FDP kam dagegen nur auf 5,1 Prozent und hätte damit fast wieder den Einzug in die Bürgerschaft verfehlt.

Innerhalb der Hamburger Partei war zunächst stark umstritten, ob man sich an einer Koalition mit der CDU und den großmäu-

ligen Rechtspopulisten um den ehemaligen Richter Ronald Schill beteiligen dürfe. Am Ende billigten die Parteigremien dann aber doch das von der Parteiführung ausgehandelte Regierungsbündnis unter Bürgermeister Ole von Beust (CDU), in dem die FDP mit Rudolf Lange (Schule) einen von elf Senatoren stellen durfte.

Triumphaler Erfolg in Sachsen-Anhalt erschließt völlig neue Wählerkreise

Eine andere Quelle, die den Wandel zur populistischen „Spaßpartei" speiste, war der Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt, wo die FDP am 21. April 2002 von 4,2 auf 13,3 Prozent zulegte und damit die in Nordrhein-Westfalen gesetzte Marke noch übertraf. Auch hier war es durch eine populistische Art der Ansprache gelungen, diffuse Unzufriedenheit in Wählerstimmen umzumünzen. Die Spitzenkandidatin Cornelia Pieper hatte auf ihren Briefbögen als „Ministerpräsidentin für Sachsen-Anhalt" firmiert, was noch mehr Hochstapelei war als die von Möllemann geforderte Proklamierung eines Kanzlerkandidaten. Aufgrund des stolzen Wahlergebnisses hätte sie zwar nicht Ministerpräsidentin, aber immerhin stellvertretende Ministerpräsidentin und eine von drei FDP-Ministern in der neuen Koalitionsregierung mit der CDU werden können. Dies aber lehnte Pieper zur Verärgerung ihrer Parteifreunde ab, weil sie lieber Generalsekretärin der FDP sowie Fraktionsvorsitzende im Landtag bleiben wollte. Anscheinend dachte sie bereits an die Verteilung der Ministerposten in einer künftigen Bundesregierung...

Die Analyse des Wahlergebnisses in Sachsen-Anhalt ergab, daß die FDP insgesamt 42000 Wähler von der SPD abziehen konnte und sogar von vorherigen PDS-Wählern 11000 Stimmen erhielt, während die Alimentierung durch die CDU nur 13000 Stimmen ausmachte. Außerdem bekam sie 8000 Stimmen von vorherigen Wählern der rechtsextremistischen DVU (die bei dieser Wahl nicht antrat). An die neue „Schill-Partei", mit der sie als Protestpartei konkurrierte und die mit 4,5 Prozent nicht in den Landtag gelangte, verlor sie lediglich 1000 Stimmen.

Offenkundig war hier der Vorstoß in völlig neue Wählerschichten gelungen. Eine Partei, die traditionell auf Wähler mit Besitz und Bildung setzte, fand plötzlich Zuspruch von Arbeitern und einfach strukturierten Geistern.

Eine Nonsens-„Spaßpartei" erringt auf Anhieb 0,7 Prozent

Aber durfte kurzfristiger Wählerfang für eine liberale Partei Selbstzweck sein? - Welchen Treibsand gerade die Wählerschaft im Osten darstellte, hatte die FDP erst vor kurzem erfahren müssen, als sie aus der Höhe zweistelliger Ergebnisse in die Verbannung aus sämtlichen Landtagen abstürzte.

Daß Quantität nicht Qualität bedeutete, zeigte eine obskure „Spaßpartei", die tatsächlich so hieß und bei den Wahlen in Sachsen-Anhalt aus dem Stand auf 0,7 Prozent kam. Die zwölf Wochen alte Nonsens-Partei überrundete mühelos alte Polit-Gruppierungen wie DKP/KPD (0,1) oder ödp (0,1). Von diesem „sensationellen Ergebnis" gegenüber anderen Kleinparteien ermutigt, kündigte die Spaßpartei die Gründung weiterer Landesverbände sowie die Überrundung der Grünen bei den Bundestagswahlen an.

Anbiederung an die „Love-Parade"

Zum „Spaßwahlkampf" der FDP paßte die Anbiederung an die Berliner „Love-Parade", bei der Massen junger Menschen zu den Klängen maschinell erzeugter „Techno-Musik" in ekstatische Zuckungen verfallen. Die Berliner Jungen Liberalen entblödeten sich nicht, für die Genehmigung dieses stumpfsinnigen Spektakels als „politische Demonstration" einzutreten. Es handele sich dabei um „ein bedeutendes kulturelles Ereignis und eine eindrucksvolle Jugenddemonstration für Frieden und Freiheit", die außerdem „ganz ohne Fördermittel der Kulturbürokratie von privater Seite veranstaltet" werde. Notfalls seien die Jungen Liberalen bereit, auf Wunsch der Veranstalter als Mitveranstalter aufzutreten, „um den politischen Charakter der Demonstration zu unterstreichen".

Presseberichten zufolge bot die FDP sogar an, einen der 45 Klamauk-Wagen der „Love-Parade“ zu sponsern. Die Veranstalter hätten ihr aber eine Absage erteilt, weil sie bewußt darauf achten wollten, sich im Bundestagswahlkampf nicht für eine bestimmte Partei einzusetzen. Die FDP ließ diese Meldung umgehend dementieren und behauptete, weder die Partei noch die Jungen Liberalen hätten jemals um die Teilnahme an der „Love-Parade“ gebeten.

Das war aber auch gar nicht nötig, da der Wahlkampf der FDP in vieler Hinsicht selber an den Stumpfsinn der „Love-Parade“ gemahnte. Er war insoweit noch schlimmer, als er die inhaltliche Leere der Popkultur mit demagogischen Tönen à la Haider verband, an Ressentiments statt an den Verstand appellierte und von neoliberalen Zynikern nach dem Motto „Die Welt will nun mal betrogen sein“ inszeniert wurde.

Irgendwie konnte man allerdings auch Mitleid mit Guido Westerwelle haben, wenn er seine Etappen mit dem albernen „Guidomobil“ absolvierte oder seinen Kopf sogar in Fernseh-Kloaken wie „Big Brother“ steckte. - Immer verbindlich lächelnd, burschikos grinsend oder zur Abwechslung mal auch staatsmännisch-ernst; immer die Selbstkontrolle in Person, ein auf TV-Kameras geeichter Polit-Zombie, der sogar einem Gerhard Schröder den Rang ablief. Privat, so hörte man, würde der notorische Junggeselle die Bilder des ostdeutschen Malers Norbert Bisky sammeln, dessen Spezialität blonde Jünglinge waren. Eine Journalistin wollte darin gar „Nazi-Buben“ erkennen. - Vielleicht war die geschmackliche Zumutung für Westerwelle gar nicht so groß, wie es schien...

Der Spaßwahlkampf der FDP war insgesamt von Spaß so weit entfernt wie vom Liberalismus. Er erinnerte an eine Prunksitzung des Kölner Karnevals, bei der sich gesetzte Herrschaften mit todernstem „Alaaf!“ die Narrenkappe aufsetzen und gar nicht merken, wie närrisch ihre Veranstaltung tatsächlich ist.

Schluß mit lustig!

Der Spaßwahlkampf der FDP driftet in Antisemitismus ab und wird von einer Hochwasserkatastrophe durchkreuzt

Seit dem Düsseldorfer Parteitag im Mai 2001 hatte sich die FDP das Möllemannsche „Projekt 18“ zu eigen gemacht. Man glaubte oder tat seitdem so, als ob die Erreichung von 18 Prozent der Wählerstimmen bei den bevorstehenden Bundestagswahlen am 22. September 2002 ein realistisches Ziel sei. Damit einher ging die neue Art der Wahlkampfführung, wie sie Möllemann und sein Berater Goergen in Nordrhein-Westfalen erfolgreich erprobt hatten. Der neue Vorsitzende Westerwelle lehnte es aber weiterhin ab, sich zum Kanzlerkandidaten ausrufen zu lassen, weil ihm solche Kraftmeierei der zwergenhaften FDP dann doch zu überdreht erschien.

Das änderte sich auf dem 53. Bundesparteitag, der vier Monate vor den Wahlen vom 10. bis 12. Mai 2002 in Mannheim stattfand. Der Bundesvorstand beschloß aus diesem Anlaß einstimmig, Westerwelle nun doch zum Kanzlerkandidaten der Partei zu küren. Auch die Delegierten billigten die Krönung ihres Parteivorsitzenden zum Herausforderer von Gerhard Schröder (SPD) und Edmund Stoiber (CSU) mit nur zwei Gegenstimmen.

Genscher und Möllemann verteidigen das „Spaß“-Konzept

Der Ehrenvorsitzende Hans-Dietrich Genscher übernahm es auf dem Mannheimer Parteitag, Westerwelle offiziell als Kanzlerkandidaten vorzuschlagen. Wie Möllemann begründete er dies damit, daß die Partei „auf Augenhöhe mit den anderen agieren können“ müsse. Zugleich verteidigte Genscher die neue Art der Wahlkampfführung mit allerlei Gags wie dem „Guidomobil“,

die von den Mitgliedern weithin als peinlich empfunden wurde. Als „Sauertopf" werde man nicht gewählt, gab Genscher zu bedenken. „Ich möchte meine Partei bitten, um das Wort Spaß keine Tabuzone zu errichten."

Unter dem Jubel der Delegierten verteidigte auch Möllemann das Konzept der „Spaßpartei", wie inzwischen die Kurzformel für die von ihm propagierte Mischung aus Pop und Populismus lautete.

Ja, es macht uns Spaß, im Kampf um Wählerstimmen erfolgreich zu sein. Es macht uns Spaß, Millionen von Menschen mit einem seriösen Programm für die liberale Sache zu gewinnen. Es macht uns Riesenspaß, wie sich die anderen darüber schwarz, rot und grün ärgern.

Möllemann hatte damit alle Ziele erreicht. Am liebsten wäre er selber Kanzlerkandidat der FDP geworden. Unter den gegebenen Umständen ging das allerdings nicht. Deshalb bediente er sich der Person Westerwelles: Erst, um die Ablösung Gerhardts vom Parteivorsitz durchzusetzen, und dann, um sein „Projekt 18" voranzutreiben. Auch die Idee mit dem Kanzlerkandidaten kam von ihm. Genauer gesagt: Sie war von seinem Berater Goergen ausgeheckt worden.

Die Affäre Karsli

Aber just auf diesem Höhepunkt seines politischen Einflusses begann es bereits um Möllemann und sein „Spaß"-Konzept zu bröckeln. Wenige Tage vor dem Mannheimer Parteitag hatte innerhalb der Partei eine scharfe Auseinandersetzung begonnen. Sie dauerte über die Bundestagswahlen hinweg an und wuchs sich zu einer der größten Krisen aus, welche die Partei je erlebte.

Es begann damit, daß am 23. April 2002 der Deutsch-Syrer Jamal Karsli seinen Austritt aus der Fraktion der Grünen im Düsseldorfer Landtag erklärte und am 30. April der FDP-Fraktion bei-

trat. „Die Haltung von Herrn Jürgen Möllemann zum Nahost-Konflikt stimmt mit meiner Einstellung völlig überein", erklärte er zur Begründung. Die FDP-Fraktion nahm Karsli ohne Gegenstimmen auf.

Möglicherweise wollte Möllemann mit Hilfe des Überläufers die rot-grüne Landesregierung zum Kippen bringen, die nur über eine knappe Mehrheit im Landtag verfügte. Der Schuß ging jedoch nach hinten los und brachte am Ende Möllemann selber zum Kippen.

Karsli hatte nämlich mehrfach anti-israelische Tiraden losgelassen, die über berechtigte Kritik am Vorgehen Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten hinausgingen. So hatte er am 15. März eine Presseerklärung mit der Überschrift „Israelische Armee wendet Nazi-Methoden an" veröffentlicht. Darin wurde behauptet, daß die Israelis ganze Landstriche dem Erdboden gleichmachten, Hunderttausende von Bäumen entwurzelten und Trinkwasser vergifteten. Außerdem würden sie in großen Lagern Tausende von Palästinensern gefangenhalten und Nummern auf die Hand tätowieren. Noch nach dem Übertritt in die FDP-Fraktion veröffentlichte die rechtsextremistische „Junge Freiheit" am 3. Mai ein Interview mit Karsli, in dem er den Einfluß der „zionistischen Lobby" beklagte, die den größten Teil der Medien in der Welt beherrsche. Es sei tatsächlich so, „daß man in Deutschland beim Thema Israel den Menschen mit der Erinnerung an die Epoche des Nationalsozialismus schlicht und ergreifend Angst einzujagen versucht, damit sie den Mund nicht aufmachen".

Möllemann legt sich mit dem Zentralrat der Juden an

Schon vor dem Übertritt Karslis hatte sich Möllemann seinerseits mit dem Zentralrat der Juden angelegt, indem er am 4. April in der Berliner „tageszeitung" erklärte, die Politik Israels fördere den Terrorismus. Der Fallschirmspringer, der seit 1981 Vorsitzender der Deutsch-Arabischen Gesellschaft war, bekundete sogar Verständnis für die palästinensischen

Selbstmord-Anschläge in Israel: „Was würde man denn selber tun, wenn Deutschland besetzt würde? Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt. (...) Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors." Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Michel Friedman, konterte mit dem Vorwurf, daß der ehemalige Staatsminister im Auswärtigen Amt vielleicht etwas von Lokalpolitik verstehe, nicht aber von internationaler Politik. Da könne er nur sagen: „Zieh Leine!" Möllemann beklagte sich daraufhin, daß der Zentralrat jeden Kritiker des israelischen Regierungschefs Scharon zum Antisemiten erkläre.

Heftige Proteste aus der Mitgliedschaft

Karslis Übertritt in die FDP-Fraktion und seine Aufnahme in die Partei, die am 15. Mai durch den Kreisverband Recklinghausen erfolgte, brachten das Faß zum Überlaufen: Nicht nur die anderen Parteien und der Zentralrat der Juden gingen nun auf Distanz zu Möllemann. Auch innerhalb der Partei kam es zu massiven Protesten und Austrittsdrohungen. Linksliberale und honorige Konservative, die sich sonst gar nicht mochten, suchten gemeinsam nach der Notbremse, um den mutwilligen Aufbruch des „Quartalsirren" Möllemann (Hermann Otto Solms) in die Gefilde des Antisemitismus zu stoppen.

So wandte sich Hildegard Hamm-Brücher, die 1994 von der FDP als Bundespräsidentschaftskandidatin benannt worden war, erneut an Westerwelle. Schon Anfang des Jahres hatte sie den Parteivorsitzenden wegen antiisraelischer und einseitig propalästinensischer Äußerungen Möllemanns angeschrieben. Anstelle einer persönlichen Antwort hatte ihr Westerwelle aber nur „ein paar halbherzige Pressemeldungen" geschickt. Nun drohte die große alte Dame der FDP in einem Offenen Brief mit ihrem Parteiaustritt, falls Möllemann nicht endlich in die Schranken verwiesen werde.

Möllemann macht Juden für Antisemitismus verantwortlich

Möllemann legte indessen noch nach: Am 16. Mai sagte er im ZDF-Fernsehen, „daß kaum jemand den Antisemiten, die es in Deutschland leider gibt und die wir bekämpfen müssen, mehr Zulauf verschafft hat als Herr Scharon und in Deutschland ein Herr Friedman mit seiner intoleranten und gehässigen Art".

Bei dem angegriffenen Michel Friedman handelte es sich um einen Fernseh-Journalisten, dessen zudringliche, selbstgefällige Art, in der er mit Interviewpartnern umsprang, in der Tat Widerwillen erzeugen konnte. Friedman war gewissermaßen eine Art Möllemann des Fernsehens. Sein öliger Habitus gemahnte Kritiker an einen „Strizzi". Mit dem Umstand, daß Friedman Jude war, hatte das zunächst gar nichts zu tun. Aber sicher war es eine unglückliche Verbindung, daß dieser umstrittene Fernseh-Unterhalter gleichzeitig politisch in der CDU tätig war und als stellvertretender Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland amtierte.

Möllemann hieb zielbewußt in diese Kerbe, da er sich des Beifalls eines nach Hunderttausenden zählenden Fernsehpublikums sicher sein konnte. Der Angriff auf Friedman schien hervorragend in die Strategie der Regel- und Tabuverletzungen zu passen, die er bisher so erfolgreich verfolgt hatte. Daß er damit gleichzeitig antisemitische Ressentiments bediente, war ihm sicher ebenfalls klar, doch glaubte er diesen Vorwurf durch salvatorische Klauseln wie die von den „Antisemiten, die es in Deutschland leider gibt und die wir bekämpfen müssen" entkräften zu können.

Angriff auf Friedman löst begeisterte Zustimmung aus

Der Erfolg schien Möllemann recht zu geben: „Der Börsen-Pfeil zeigt bei allen aktuellen Umfragen für die FDP nach oben", berichtete er am 22. Mai stolz auf einer Pressekonferenz in Düsseldorf, wobei er sich auf das Meinungsforschungsinstitut

Forsa berief. Persönlich habe er 11000 Zuschriften erhalten, von denen fast alle positiv seien. Bei seinem dreitägigen Pfingsturlaub auf Norderney habe er die Strandspaziergänge mit seiner Frau abbrechen müssen, weil sie ständig von einer Menschenmenge umringt und gefeiert worden seien. Es gebe eine „erschreckende Kluft“ zwischen der veröffentlichten Meinung und „Volkes Stimme“.

Prominente FDP-Politiker wie Fraktionschef Wolfgang Gerhardt und der niedersächsische Landesvorsitzende Walter Hirche waren inzwischen öffentlich auf Distanz zu Möllemann gegangen. Nicht so Westerwelle: Es müsse in Deutschland möglich sein, „die Politik der israelischen Regierung zu kritisieren, ohne in eine antisemitische Ecke gestellt werden“, erklärte der Parteivorsitzende unmittelbar nach dem Düsseldorfer Auftritt Möllemanns in Berlin.

Möllemann läßt Westerwelle abblitzen und erneuert Angriffe auf Friedman

Am 23. Mai hatte Karsli seinen Antrag auf Mitgliedschaft zurückgezogen, blieb aber Mitglied der FDP-Fraktion. Bei einem Gespräch mit dem Bundesvorstand am 3. Juni beharrte der von Möllemanns Anhängern beherrschte nordrhein-westfälische Landesvorstand darauf, Karsli weiter in der Fraktion zu dulden, solange er keine seiner früheren antiisraelischen Äußerungen wiederhole. Es half auch nichts, daß Westerwelle mit den beiden Ehrenvorsitzenden Hans-Dietrich Genscher und Otto Graf Lambsdorff erschienen war, die ihn unterstützten. Genscher und Lambsdorff verließen die Sitzung mit eisigen Mienen.

Erst nach ultimativer Aufforderung durch Westerwelle gab Möllemann am 6. Juni bekannt, daß Karsli auch aus der Fraktion ausscheiden werde. Er präsentierte dazu einen Brief, in dem Karsli seinen Verzicht erklärte und der offenbar sorgsam mit dem Empfänger abgestimmt worden war: „Ich bin dankbar dafür, lieber Herr Möllemann, wie engagiert sie an meiner Seite gestanden haben, und ich biete Ihnen auch für die Zukunft an,

mit Ihnen gemeinsam für liberale Werte, für Toleranz, für die Menschenrechte, gerade auch von Minderheiten zu streiten."

Zugleich rückte Möllemann etwas von der Unterstellung ab, daß Juden wie Friedman am Antisemitismus schuld seien. Er entschuldige sich, erklärte er im Düsseldorfer Landtag, falls er mit seiner „Äußerung im Zorn" die Empfindungen jüdischer Menschen verletzt haben sollte. Für Michel Friedman gelte diese Entschuldigung jedoch nicht: „Den halte ich unverändert für einen aggressiven und arroganten Typ, der jetzt mal was wegräumen muß."

Ähnlich tönte er im Fernsehsender Phoenix: „Meine Entschuldigung galt den jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, aber nicht Herrn Friedman. Ich mag Leute nicht, die, wenn ich ihnen die Hand entgegenstrecke, mir draufhauen. Ich werde mich nicht bei Herrn Friedman entschuldigen, der hat das gar nicht verdient. Es geht mir um diesen Mann und seinen unerträglichen Habitus."

Kampfansage an die Linksliberalen

Linksliberalen Kritikern wie Hildegard Hamm-Brücher und Gerhard Baum warf Möllemann im ARD-Fernsehen vor, daß sie „nichts, aber auch gar nichts beitragen zu einer positiven Entwicklung der FDP". Falls sie nochmals das Sagen bekämen, würde er seine Mitarbeit in der FDP „schlagartig beenden". Es handele sich um Querulanten. Wenn sie mit ihrem Austritt aus der Partei drohten, könne er ihnen nur „Gute Reise" wünschen.

Zu diesen „Querulanten", die mit ihren Parteiaustritt drohten, falls Möllemann seine Linie durchsetzen sollte, gehörte der Berliner Politik-Professor Jürgen Dittberner, der seit langem ein Kritiker des Parteikurses war. Es werde oft gesagt, man könne solange Mitglied einer Partei sein, wie man mehr als fünfzig Prozent von deren Politik akzeptiere, schrieb Dittberner Ende Juni in einem Brief an das FDP-Präsidium. Nachdem aber Möllemann nach „uralter und mieser Art einem Juden Schuld

am Antisemitismus nachsagt, frage ich mich, ob diese Grenze unterschritten ist". Das „Projekt 18" scheine einigen in der FDP-Führung „den politischen Verstand geraubt zu haben". Der Berliner Bezirksvorsitzende kritisierte in seinem Brief an das Präsidium auch Westerwelle: Es sei wohl ein Fehler gewesen, diesem „die absolute Mediatisierung der Politik zu überlassen".

Kurz vor den Wahlen startet Möllemann eine erneute Provokation

Möllemann hatte den Bogen erneut bis zum Zerreißen gespannt. Es ging inzwischen nicht mehr nur um ihn und seine Kapriolen, sondern um den grundsätzlichen Kurs der Partei. In der prekären Situation wenige Wochen vor den Bundestagswahlen legte die Parteiführung den Konflikt aber vorläufig auf Eis. Allen war klar, daß die Abrechnung mit Möllemann entscheidend vom Wahlergebnis abhängen würde.

Es war wiederum Möllemann, der diesen Waffenstillstand mutwillig verletzte: Wenige Tage vor den Bundestagswahlen ließ er in einer Auflage von 8,4 Millionen ein Faltblatt an alle Haushalte verteilen. Es zeigte Fotos von Scharon und Friedman mit dem Text:

Israels Ministerpräsident Ariel Sharon lehnt einen eigenen Palästinenser-Staat ab. Seine Regierung schickt Panzer in Flüchtlingslager und mißachtet Entscheidungen des Sicherheitsrats. Michael Friedman verteidigt das Vorgehen der Sharon-Regierung. Er versucht, Sharon-Kritiker Jürgen W. Möllemann als ‚anti-israelisch' und ‚antisemitisch' abzustempeln. Von diesen Attacken unbeeindruckt, wird sich Jürgen W. Möllemann auch weiterhin engagiert für eine Friedenslösung einsetzen, die beiden Seiten gerecht wird.

Hildegard Hamm-Brücher verwirklichte daraufhin ihre Drohung, aus der Partei auszutreten. Die 81jährige wartete jedoch den Wahlsonntag ab, ehe sie ihren Brief an Westerwelle abschickte, um nicht der Wahlhilfe für die Gegner geziehen zu

werden: „Sie haben zu lange geschwiegen und dem Möllemann-Kurs nicht rechtzeitig Paroli geboten", warf sie dem Parteivorsitzenden vor. Hamm-Brücher hatte der Partei seit 1948 angehört. Schon 1998 war sie aus der bayerischen FDP ausgetreten, weil diese eine Koalitionsaussage zugunsten der CSU traf, und hatte seitdem ihre Beiträge direkt an die Bundespartei entrichtet.

„Kein Wahlkampf auf gebrochenen Deichen"

Das Konzept des Spaßwahlkampfes wurde so durch die seit Mai 2002 andauernden Auseinandersetzungen um die Affäre Karsli und Möllemanns Tiraden gründlich verdorben. Da half es auch nichts, daß sich Westerwelle als „Kanzlerkandidat" der FDP in die Fernseh-Shows vor den Wahlen einzuklagen versuchte. Nach zwei Niederlagen vor dem Verwaltungsgericht Köln (19. Juli) und dem Oberverwaltungsgericht Münster (15. August) wollte er sogar das Bundesverfassungsgericht strapazieren. Sein Argument, daß die Chancengleichheit der Parteien verletzt werde, wenn er nicht gemeinsam mit Gerhard Schröder und Edmund Stoiber vor die Kameras des öffentlich-rechtlichen Fernsehens treten dürfe, verriet ein seltsames Verständnis verfassungsrechtlicher Grundsätze.

Zu allem Überfluß kam es im August zu einer Hochwasserkatastrophe, die in Ostdeutschland große Verheerungen anrichtete und wochenlang die Medien beherrschte. Es wirkte nun besonders albern, wenn der Parteivorsitzende seine Etappen im „Guidomobil" absolvierte, während die Politiker anderer Parteien in die Rolle von Krisenmanagern schlüpften. Westerwelle versuchte aus dieser Not eine Tugend zu machen, indem er erklärte: „Ich kann nur davor warnen, Wahlkampf auf gebrochenen Deichen zu machen".

„Wir wollten keinen Polit-Tourismus in die Hochwassergebiete", sagte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt auf eine ähnliche Frage. Die Partei habe auch keinen Spaßwahlkampf geführt, sondern ihren Wahlkampf „sommerlich ergänzt". Die 18

sei als „motivierende Zahl“ zu verstehen und als „symbolhafter Hinweis darauf, daß wir die Zweistelligkeit und damit größeres Gewicht in den Koalitionsverhandlungen wollen“.

In der FDP backte man inzwischen sichtlich kleinere Brötchen. Den neoliberalen Zauberlehrlingen waren die populistischen Geister, die sie leichtsinnig beschworen hatten, über den Kopf gewachsen. Westerwelle hatte nur taktiert, statt Möllemanns Amoklauf zu stoppen. Auch er mußte deshalb mit Konsequenzen rechnen, falls das Wahlergebnis allzusehr enttäuschen sollte.

Abrechnung mit Möllemann

Die FDP-Spitze macht ihn für das enttäuschende Ergebnis der Bundestagswahl 2002 verantwortlich

Auf die Hybris der 18-Prozent-Kampagne folgte der Absturz: Bei der Bundestagswahl am 22. September 2002 errang die FDP lediglich 7,4 Prozent. Das war zwar 1,2 Prozent mehr als 1998, lag aber doch weit unter den hochgespannten Erwartungen. Vor allem versagte damit die FDP als Mehrheitsbeschafferin der Unionsparteien, denn die rot-grüne Koalition behielt im Bundestag eine schwache Mehrheit von 306 Sitzen gegenüber 295 von Union und FDP.

Das Wahlergebnis im einzelnen (mit den Vergleichszahlen von 1998) sah so aus:

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	PDS
%	38,5 (40,9)	29,5 (28,4)	9,0 (6,7)	7,4 (6,2)	8,6 (6,7)	4,3 (5,1)
Sitze	251 (298)	190 (198)	58 (47)	47 (43)	55 (47)	2 (36)

Die rot-grüne Koalition mußte insgesamt Federn lassen, konnte Verluste der SPD aber durch Zugewinne der Grünen teilweise ausgleichen. Die Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP legten zwar zu, doch reichte es im Gesamtergebnis nicht, um die parlamentarische Mehrheit zu erlangen. Die PDS blieb bei den Zweitstimmen unter der Fünf-Prozent-Hürde und konnte deshalb nur mit zwei direkt gewählten Abgeordneten in den Bundestag einziehen.

Wahlbeobachter führten das für die FDP enttäuschende Ergebnis auch auf die fehlende Koalitionsaussage zurück, die der Fiktion vom „Kanzlerkandidaten" Westerwelle geopfert worden war. Bei einer klaren Wahlaussage zugunsten des Union-Kanzlerkandidaten Edmund Stoiber wären möglicherweise mehr Anhänger von CDU und CSU bereit gewesen, ihre Zweitstimme der FDP zu geben.

Oder war es Möllemann, der ein besseres Wahlergebnis verhindert und dadurch die Regierungsbeteiligung verpatzt hatte? - Diese Sichtweise machte sich jedenfalls die FDP-Führung zueigen. Noch in der Wahlnacht forderte sie den stellvertretenden Parteivorsitzenden zum Rücktritt auf. Andernfalls, so drohte sie, werde ein Sonderparteitag seine Abwahl beschließen. „Das Vertrauensverhältnis zu Möllemann ist tief gestört" erklärte Präsidiumsmitglied Wolfgang Gerhardt.

Noch frisch in Erinnerung war das Faltblatt, das Möllemann fünf Tage vor der Bundestagswahl in Millionenauflage streuen ließ und das der Partei den Vorwurf eingetragen hatte, mit antisemitischen Untertönen auf Stimmenfang zu gehen. Unvergessen war auch noch die Affäre Karsli. Jetzt, wo der Stimmenfang ein so mageres Ergebnis erbracht hatte und niemand mit Blick auf parlamentarische Mehrheiten bei Laune gehalten werden mußte, schien die Stunde der Abrechnung mit dem ewigen Quertreiber gekommen.

Rexrodt sucht belastendes Material und wird fündig

Möllemann murrte zunächst über die „monokausale Erklärung" der Parteispitze für das schlechte Wahlergebnis und schien es sogar auf einen Sonderparteitag ankommen lassen zu wollen. Dann trat er aber doch am 23. September zurück, um der Partei, wie er durchaus machtbewußt wissen ließ, „eine „Zerreißprobe und eine weitere Beschäftigung mit sich selbst" zu ersparen. Anscheinend wollte er, wie schon in der Vergangenheit, sich vorübergehend auf seine Hausmacht in Nordrhein-Westfalen zurückziehen, um zum geeigneten Zeitpunkt auf die bundespolitische Bühne zurückzukehren.

Seine Widersacher wollten aber genau das verhindern. Sie suchten deshalb nach einem handfesten Vorwurf, um Möllemann auch in Nordrhein-Westfalen demontieren zu können, wo die FDP bei den Bundestagswahlen um zwei Prozent zugelegt und mit 9,3 Prozent das beste Ergebnis aller Bundesländer erzielt hatte. Bundesschatzmeister Günter Rexrodt bekam den Auftrag,

die finanziellen Quellen zu untersuchen, aus denen Möllemann geschöpft hatte. Vor allem ging es dabei um das umstrittene Flugblatt, das Möllemann ohne Absprache mit dem Bundesvorstand produziert und am 17. September in einer Auflage von über acht Millionen Stück verbreitet hatte.

Zunächst sollte ein Sonderparteitag der nordrhein-westfälischen FDP am 10. Oktober über das Schicksal Möllemanns entscheiden. Jedem war klar, daß ein Vertrauensvotum für den Landesfürsten ein schwerer Schlag für den Bundesvorstand und vor allem für Westerwelle gewesen wäre. Und es schien keineswegs sicher, welches der beiden Lager die Oberhand behalten würde. So war es wohl nicht nur aus der Sicht Möllemanns die beste Lösung, daß er einen „Schwächeanfall" erlitt und der Parteitag deshalb auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.

Wenige Tage später hatten die von Rexrodt beauftragten Wirtschaftsprüfer aber genug herausgefunden, um Möllemann einen strafrechtlich relevanten Verstoß gegen das Parteiengesetz vorwerfen zu können. Damit zeichnete sich auch in Nordrhein-Westfalen eine klare Mehrheit für den Sturz ab. „Wenn er selbst nicht den Notausgang findet, muß die Partei einen klaren Schlußstrich ziehen", sagte der stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Pinkwart, der im Einvernehmen mit dem Bundesvorstand als Nachfolger vorgesehen war. Möllemann kam einer förmlichen Aufforderung des Landesvorstands „zur Aufgabe aller politischen Ämter" zuvor, indem er am 20. Oktober schriftlich seinen Rücktritt als Vorsitzender der Landespartei und der Landtagsfraktion erklärte. Zugleich meldete er sich krank und begab sich zur Erholung in sein Ferienhaus auf Gran Canaria .

Herkunft von Geldern verschleiert

Erkenntnisstand war bis dahin, daß Möllemann zwei Tage vor der Bundestagswahl ein Sonderkonto eingerichtet hatte, auf dem bis zum 11. Oktober insgesamt 840.000 Euro an Spenden eingingen. Es handelte sich um 145 Einzelspenden zwischen 1000 und 8000 Euro. Mit dem Geld wurde die Rechnung der Post für

die Postwurfsendung in Höhe von 838.000 Euro beglichen. Stutzig machte nicht nur die Übereinstimmung bei der Höhe der Beträge, sondern auch der Zeitpunkt, zu dem das Konto errichtet und die Spenden eingezahlt worden waren. Am verdächtigsten war aber, daß die angegebenen Spender gar nicht existierten oder der FDP kein Geld überwiesen hatten. Offenbar hatte Möllemann die Spender frei erfunden, um die tatsächliche Herkunft der insgesamt 840.000 Euro zu verschleiern.

Das war aber nach dem neuen Parteiengesetz eindeutig strafbar. Die seit 1. Juli 2002 geltende Fassung bedrohte in Paragraph 31 d mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe, wer „in der Absicht, die Herkunft oder die Verwendung der Mittel der Partei oder des Vermögens zu verschleiern ... als Empfänger eine Spende in Teilbeträge zerlegt und verbucht oder verbuchen lässt".

Weiterhin stellte sich heraus, daß die Rechnung der Post für die Verteilung des Faltblatts bereits am 12. September von einem anderen Konto beglichen worden war, das angeblich dem FDP-Landesverband gehörte. Die Buchung war aber rückgängig gemacht und die Post gebeten worden, ihre Forderung über das von Möllemann am 20. September neu eröffnete Spendenkonto einzuziehen. Der Grund dafür war offenbar der Wirbel, den mittlerweile die Verteilung des Faltblatts ausgelöst hatte. Denn das ursprüngliche Konto gehörte nicht dem FDP-Landesverband, sondern der Möllemann-Firma WebTec.

Ein Ultimatum des FDP-Bundesvorstands, die wirklichen Spender zu nennen, ließ der auf Gran Canaria weilende Möllemann verstreichen, indem er auf seine lädierte Gesundheit verwies. Nachdem die Partei rechtliche Schritte eingeleitet hatte, um ihn zur Auskunft zu zwingen, ließ er am 20. November über seine Anwälte mitteilen, er habe die Kosten für Druck und Vertrieb des Faltblatts in Höhe von insgesamt 980.000 Euro aus eigenen Mitteln bezahlt. Die Stückelung in zahlreiche Einzelbeträge sei deshalb erfolgt, weil er nicht als Spender einer so großen Sum-

me in Erscheinung habe treten wollen. Die Belege für die 145 fingierten Spendeneinzahlungen zur Bezahlung der Postwurfsendung lagen dem Schriftsatz der Anwälte bei. Auf dieselbe Weise, so räumte Möllemann nun ein, habe er dem offiziellen FDP-Konto weitere 140.000 Euro zukommen lassen, um die Druckkosten des Faltblatts zu bezahlen.

Inzwischen stand aber bereits fest, daß noch weit mehr Gelder über schwarze Kassen geflossen waren, um die wirklichen Geldgeber zu verschleiern und das Finanzamt zu umgehen. So hatte Möllemann die Münsterländer FDP-Bundestagskandidaten Fred Staffelt und Manfred Drews mit Barspenden von 5000 und 3500 Euro unterstützt. Am 28. Oktober kündigte Rexrodt deshalb eine Untersuchung der gesamten Finanzen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes an. Diese ergab unter anderem, daß der Landtagswahlkampf im Jahr 2000 mit bis zu 500.000 Euro aus schwarzen Kassen finanziert worden war. Die Landesgeschäftsstelle hatte sich dabei alle Mühe gegeben, die wirkliche Herkunft der Gelder zu verschleiern. Beispielsweise hatte sie Quittungen über 41 Barspenden ausgestellt und mit individuell gehaltenen Dankschreiben an die Spender versehen. Bis auf drei waren jedoch alle Spenden getürkt. Jedenfalls konnten die Prüfer keine zu den Namen gehörenden Personen ausfindig machen.

Am 27. November übergab Rexrodt seinen Prüfbericht dem Bundestagspräsidenten. Am folgenden Tag zog er vor der Presse eine vernichtende Bilanz des Düsseldorfer Finanzgebarens: Für das Jahr 1999 hätten 199.000 Mark an Spenden keiner Person zugeordnet werden können. Im Jahr 2000 seien es sogar 931.000 Mark gewesen. Die Fälschungen seien „mit großem handwerklichem Geschick und enormer Energie“ vorgenommen worden und deshalb bei den üblichen Kontrollen der Rechenschaftsberichte nicht aufgefallen. Außerdem gebe es erhebliche Lücken in der Buchhaltung. So seien im Jahr 2000 mehr als 100.000 Mark ohne Belege ausgegeben worden. Rexrodt äußerte den Verdacht, daß dieses Geld für Möllemanns

Wahlkampfzentrale „Werkstatt 8“ und die Honorierung des damaligen Wahlkampfleiters Fritz Goergen verwendet worden sein könnte.

Staatsanwaltschaft nimmt Ermittlungen auf

Inzwischen ermittelte die Staatsanwaltschaft Düsseldorf gegen Möllemann, den Landesgeschäftsführer Hans-Joachim Kuhl und drei weitere Vertraute des ehemaligen Landesfürsten wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz. Sie warf Möllemann vor, seit Mitte der neunziger Jahre in Luxemburg ein Konto unterhalten zu haben, auf dem Millionensummen am deutschen Fiskus vorbei geschleust wurden. Kurz vor der Bundestagswahl habe Kuhl von diesem Konto eine Million Euro abgehoben und unter fiktiven Spender-Namen auf andere Konten eingezahlt, um die Kosten des Faltblatts zu bezahlen.

Möllemann ließ dazu seine Anwälte erklären, daß ihm das Geld von einem Geschäftsfreund namens Rolf Wegener überwiesen worden sei. Es habe sich um eine Art Vorschuß für ein vereinbartes Geschäft gehandelt.

Wegener war zuvor schon in Presseberichten als mutmaßlicher Finanzier des Faltblatts genannt worden: Er mache sein Geld mit dunklen Geschäften in der Immobilien-, Energie-, Rüstungs- und Fußballbranche, residiere hauptsächlich in Monaco und sei mit Möllemann seit vielen Jahren verbandelt. Schon 1996 habe er Möllemanns Comeback in Düsseldorf unterstützt, indem er über seine Düsseldorfer Vermögens- und Verwaltungsgesellschaft „Delphi“ der chronisch klammen Landes-FDP 300.000 Mark zukommen ließ. In Gebäuden der Firma „Delphi“ residiere auch Möllemanns Firma WebTec, die ihr Geld angeblich mit „Export- und Wirtschaftsberatung“ verdiene, in Wirklichkeit aber eher eine Luftnummer zur Tarnung von Möllemanns Geldquellen sei.

Nach Vorlage des Rexrodt-Berichts leitete auch die Staatsanwaltschaft Münster ein Verfahren ein: Zum einen sah sie den

Verdacht der Untreue zum Nachteil der FDP gegeben, da der Bundespartei aufgrund der fehlerhaften Rechenschaftsberichte aus Düsseldorf erhebliche Strafzahlungsforderungen durch den Bundestagspräsidenten drohten. Zum anderen ergab sich für sie ein Betrugsverdacht, weil die Zuschüsse aus der staatlichen Parteienfinanzierung, welche die FDP aufgrund der angeblichen Spenden erhalten hatte, widerrechtlich kassiert worden waren. Das Ermittlungsverfahren richtete sich aber zunächst nicht gegen Möllemann, sondern gegen „Unbekannt".

Ultimative Aufforderung zum Austritt aus der Partei

Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen nahm das FDP-Präsidium zum Anlaß, um Möllemann, der bereits alle Parteiämter verloren hatte, nun auch zum Austritt aus der FDP aufzufordern: Wenn er nicht bis 2. Dezember freiwillig die Partei verlasse, werde man dem Bundesvorstand die Einleitung eines Parteiausschlußverfahrens vorschlagen. Möllemann habe „die Grundachse der FDP verschieben" und aus ihr eine „rechtspopulistische Partei" machen wollen, erklärte der Parteivorsitzende Westerwelle am 25. November.

Möllemann meldete sich daraufhin zum ersten Mal seit acht Wochen wieder in der Öffentlichkeit: In einem Interview mit der Illustrierten „stern" deutete er an, daß sein Ausschluß aus der Partei zu einer Neugründung führen könnte, die für die FDP den parlamentarischen Tod bedeuten würde. Zugleich beklagte er in einem ARD-Fernsehinterview den geplanten Ausschluß aus der „liberalen Familie". Er wirkte dabei ungewöhnlich nachdenklich, friedfertig und so angegriffen, wie es seinem offiziellen Gesundheitszustand entsprach. Offenbar wollte er sich dem Publikum als Opfer der Parteiführung präsentieren, die eine Kampagne gegen ihn entfesselt habe, während er mit Herzproblemen darniederlag. Er sprach davon, daß er bei einem Ausschluß „kämpfen" werde, was erneut als Drohung mit der Neugründung einer Partei aufgefaßt werden durfte.

Die Strafaktion geht weiter

Walter Döring macht sich unbeliebt, weil er für Milde gegenüber Möllemann plädiert und auf die Mitschuld Westerwelles verweist

Die inquisitorische Härte, mit der die Parteiführung gegen Möllemann vorging und ihn zum Sündenbock für das enttäuschende Wahlergebnis machte, rief Ende 2002 den Widerspruch von Walter Döring hervor. Der baden-württembergische Landesvorsitzende hatte zu den schärfsten Kritikern Möllemanns gehört und war deshalb persönlicher Sympathien unverdächtig. Nun aber warnte er davor, Möllemann die Schuld an möglichen Niederlagen der Partei bei kommenden Wahlen in die Schuhe schieben zu wollen. Die FDP müsse jetzt darauf achten, Möllemann fair zu behandeln: „Jedes Nachtreten oder Triumphgeheul muß unterbleiben."

Döring bezweifelte auch die Darstellung des Parteivorsitzenden, wonach Möllemann die FDP im Alleingang zu einer populistischen Partei habe machen wollen. Mit Blick auf Westerwelle meinte er: „Wirklich ganz allein? Na, da haben ihm doch einige zu lange heftig zugejubelt." Auf dem bevorstehenden Dreikönigstreffen müsse der Parteivorsitzende „klar sagen, wie er die FDP aus dem Tal führen will".

Der baden-württembergische Landeschef und stellvertretende Bundesvorsitzende sprach damit eigentlich nur aus, was der größte Teil der Mitglieder und Funktionäre dachte. Allgemein verübelt wurde ihm jedoch, daß er es öffentlich sagte und damit den angeschlagenen Parteivorsitzenden noch mehr ins Wanken brachte. Teilweise wurde ihm sogar unterstellt, er betreibe Westerwelles Sturz, um selbst den Parteivorsitz übernehmen zu können.

Von rechts bis links, von Wolfgang Gerhardt bis Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, stieß Dörings Kritik deshalb auf

Ablehnung. Unabhängig von den Fehlern und Schwächen des „Leichtmatrosen“ Westerwelle, die man nur zu gut kannte, wollte man nicht zusätzlich zur Affäre um Möllemann auch noch eine Krise der Parteiführung. Noch immer war es nicht gelungen, Möllemann aus der Partei zu drängen. Falls er nach dem Ausschluß seine Drohung verwirklichen würde, eine eigene Partei zu gründen, war es erst recht notwendig, den parteiinternen Kämpfen Einhalt zu gebieten und Geschlossenheit nach außen zu demonstrieren.

Auch Dörings eigener Landesverband sah das so. Der Westerwelle-Kritiker bekam deshalb bei den Vorstandswahlen der Südwest-FDP Anfang Januar 2003 nur noch 77 Prozent der Delegiertenstimmen, während er 1999 mit stolzen 91,3 Prozent wiedergewählt worden war.

Möllemann läßt die Frist für den Parteiaustritt verstreichen

Das traditionelle Dreikönigstreffen am 6. Januar 2003 in Stuttgart verlief in eher gedrückter Stimmung. Westerwelles Rede wurde als schwach empfunden. Sogar sein rhetorisches Talent schien ihn verlassen zu haben. Mehr Beifall bekam der sonst als farblos geltende Gerhardt für Sätze wie „Wir wollen nicht unseren Charakter ändern, um Stimmen zu werben“ und „Wir wollen größer werden, aber mit Haltung“.

Möllemann hatte inzwischen die auf den 2. Dezember gesetzte Frist zum Austritt aus der Partei verstreichen lassen. Sowohl der Bundesvorstand als auch die beiden Parlamentsfraktionen leiteten daraufhin förmliche Ausschlussverfahren ein. Möllemann versprach zunächst, sich einer Anhörung durch die Bundestagsfraktion zu stellen, spielte dann aber auf Zeit, indem er zwei angesetzte Termine aus angeblich gesundheitlichen Gründen kurzfristig absagte. Offenbar wollte er erst die Anhörung durch den Vorstand der Landtagsfraktion hinter sich bringen, die für den 21. Januar angesetzt war, und bei der er weit bessere Chancen hatte. Tatsächlich wurde bei der Abstimmung

in der Landtagsfraktion am 4. Februar die erforderliche Zweidrittelmehrheit für den Ausschluß knapp verfehlt.

„Jürgen Möllemann hat den Haken gefunden, der seinen Fall ins politische Nichts aufhält", kommentierte die „Frankfurter Allgemeine" den Ausgang der Düsseldorfer Abstimmung. „Die Landtagsfraktion ist für ihn der Ast, an dem sich sein zerrissener Fallschirm kurz vor einem harten Aufschlag auf dem Boden doch noch verfangen hat."

In Berlin hatte Möllemann allerdings nach wie vor keine Chancen, dem Ausschluß aus der Fraktion zu entgehen. Die zweimal geplatzte Anhörung durch die Bundestagsfraktion war mit Rücksicht auf die Wahlen in Niedersachsen und Hessen auf den 11. Februar verschoben worden. Auch jetzt sagte er wieder sein Erscheinen zu. Drei Tage vor der Anhörung schrieb er dann dem Fraktionsvorsitzenden Gerhardt, daß er sein Bundestagsmandat im März niederlegen werde, womit die Sitzung überflüssig geworden sei. Gerhardt wollte sich aber nicht ein weiteres Mal narren lassen. Er verlangte umgehend, daß Möllemann die Niederlegung seines Mandats in rechtsverbindlicher Form dem Bundestagspräsidenten mitteile. Dazu war Möllemann wiederum nicht bereit. So tagte die Fraktion ohne Möllemann und billigte mit 39 von 45 Stimmen den beantragten Ausschluß.

Dunkle Andeutungen über angebliche Erpreßbarkeit Westerwelles

Möllemann sah nun wohl ein, daß er verloren hatte und daß auch die Mitgliedschaft in der FDP-Landtagsfraktion nicht mehr lange dauern würde. Er nahm jedenfalls keine Rücksicht mehr auf innerparteiliche Empfindlichkeiten und veröffentlichte im März 2003 ein Buch mit dem Titel „Klartext", in dem er viel Häme über seine politischen Widersacher ausgoß. So schrieb er über Lambsdorff, daß dieser seinen Rücktritt wegen der Parteispendenaffäre im Juni 1984 solange hinausgezögert habe, bis er die nächsthöhere Stufe seiner Politikerpension erreicht hatte. Von Genscher will er beauftragt worden sein, diesem den Frie-

densnobelpreis oder wenigstens den Aachener Karlspreis zu verschaffen, was aber in beiden Fällen nicht geklappt habe. Zur Person des „Dr. Westerwelle“ deutete Möllemann an, daß dieser wegen geheimnisvoller dunkler Punkte in seinem Leben - offenbar eine Anspielung auf die damals schon weitgehend bekannte, aber noch nicht öffentlich eingestandene Homosexualität des Parteivorsitzenden - durch den israelischen Geheimdienst Mossad erpresst werde.

Die Illustrierte „stern“ sprach von einem „Buch der Rache und Abrechnung, das erstaunliche Einblicke in die ungemachten Betten der Liberalen erlaubt“. Zugleich sei es „das Gründungsdokument einer neuen Partei“. Die „Frankfurter Allgemeine“, die dem Buch zwei volle Text-Seiten widmete, wollte darin auch die Handschrift des früheren FDP-Bundesgeschäftsführers Fritz Goergen erkennen, der bereits vor Möllemann die Partei verlassen hatte und nun gemeinsam mit diesem die Gründung einer neuen Partei betreibe.

Im Grund enthielt das Buch aber nichts wesentlich Neues. Es war ein Pamphlet voller gezielter Boshaftigkeiten, das den hauptamtlichen Apparat der Partei als eine Ansammlung von Selbstdarstellern, Karrieristen und Intriganten charakterisierte. Daß da etwas dran war, verbürgte schon die Person des Autors, der jahrzehntelang wie kein anderer FDP-Politiker diese Charaktereigenschaften verkörpert hatte. Zugleich warf aber eben diese Zwielichtigkeit des Autors die Frage auf, wieweit man ihm trauen durfte, wenn er nun ehemalige politische Weggefährten als Halunken porträtierte...

„Es gibt ein Leben nach diesem Kerl aus Münster“

Inzwischen hatte die FDP Anfang Februar bei den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen erstaunlich gut abgeschnitten. Die Parteiführung durfte dies auch als Bestätigung ihres harten Kurses gegenüber Möllemann werten. Mit seinem Pamphlet „Klartext“ hatte Möllemann sich selber der letzten Sympathien innerhalb der FDP beraubt. Er beschäftigte die Partei

zwar nach wie vor, war aber von einem internen zu einem externen Problem geworden.

In einem Interview mit der Illustrierten „stern“ tönte Westerwelle Anfang Mai 2003: „Es ist uns gelungen, eine der schwierigsten Phasen der FDP-Geschichte ohne Spaltung der Partei zu bewältigen. Wir haben wieder Tritt gefaßt. Der Wirbelsturm ist vorbei.“

Sicher werde Möllemann jetzt eine neue Partei gründen, meinte Westerwelle auf eine diesbezügliche Frage. Aber diese Gründung werde „ausgehen wie das Hornberger Schießen“.

Westerwelle deutete an, daß er Möllemann mit dessen eigenen Methoden entgegentreten werde. Die Strategie des „Projekt 18“ sei im Ansatz richtig gewesen. Er wolle grundsätzlich daran festhalten, „auch durch ungewöhnliche Auftritte Wähler zu gewinnen, die sich von der Politik abgewendet haben“.

„Ohne Jürgen Möllemann schaffen Sie das doch gar nicht“, gab der Interviewer zu bedenken, worauf der Dialog wörtlich so weiterging:

Westerwelle: *Gerade haben wir in Hessen das beste Wahlergebnis seit 30 Jahren erreicht, in Niedersachsen das beste seit 40 Jahren. Sie sehen, es gibt ein Leben...*

stern: *...nach dem Tod.*

Westerwelle: *.... nach diesem Kerl aus Münster.*

Der „Kerl aus Münster“, dessen Namen Westerwelle nicht mehr in den Mund nahm, war in der Tat nicht tot. Er war unsichtbar auch beim nun folgenden Bundesparteitag zugegen, der vom 16. bis 18. Mai 2003 in Bremen stattfand und mit dem die FDP versuchte, einen Schlußstrich unter die Affäre Möllemann zu ziehen. Westerwelle räumte in seiner Rede ein, Möllemann zu sehr und zu lange vertraut zu haben. Die Delegierten ließen es bei einer milden Maßregelung bewenden, indem sie den Parteivorsitzenden mit nur noch 79,8 Prozent wiederwählten. Zwei Jahre davor hatte er 88,9 Prozent erreicht - so wie jetzt sein

Stellvertreter Rainer Brüderle, der mit 88,8 Prozent das beste Ergebnis bei den Vorstandswahlen erzielte.

Döring fällt im ersten Wahlgang durch

Weit härter als Westerwelle wurde der baden-württembergische Landesvorsitzende Walter Döring bestraft, der Milde gegenüber Möllemann gefordert und auf die Mitschuld des Parteivorsitzenden an der Affäre hingewiesen hatte. Bei der Wahl des dritten stellvertretenden Parteivorsitzenden fiel er mit weniger als fünfzig Prozent der Stimmen ohne Gegenkandidaten durch. Erst im zweiten Anlauf schaffte er mit 56,8 Prozent den Sprung ins Präsidium.

Im Vorfeld der Wahlen gab es einen bizarren Streit zwischen Döring und dem nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden Andreas Pinkwart darüber, wer für den Posten des zweiten und dritten stellvertretenden Parteivorsitzenden kandidieren dürfe. Formal verfügen beide Amtsinhaber über dieselben Rechte. Dennoch wollte keiner dem anderen die niedrigere Stellvertreterzahl überlassen. Der Streit wurde schließlich durch das Werfen einer Zwei-Euro-Münze entschieden. Pinkwart erhielt ebenfalls nur magere 61,7 Prozent.

Obwohl Döring es letztlich einer Intervention Westerwelles zu verdanken gehabt hatte, daß er doch noch ins Präsidium gewählt wurde, beklagte er sich anschließend über die schnöde Behandlung, die ihm als „einzigem Landespolitiker von Rang im Präsidium“ auf dem Bundesparteitag widerfahren war: „Die gesamte Führungsspitze, einschließlich Westerwelle, hat es entweder einfach laufen lassen oder aktiv gegen mich agiert.“

Möllemann springt in den Tod

Nach dem Parteiausschluß drohte ihm auch der bürgerliche Ruin

Wenige Tage nach Erscheinen des Buches „Klartext“ erklärte Möllemann auch den Austritt aus der FDP und kam dadurch dem Ausschluß zuvor. Zugleich glaubte er mit dem Austritt eine hinreichende Begründung zu haben, weshalb er sein Bundestagsmandat nun doch nicht niederlegen werde. Den Rückzug aus dem Bundestag hatte er nicht nur Gerhardt, sondern bereits bei der Anhörung durch die Landtagsfraktion versprochen, um diese gnädig zu stimmen. Zwischendurch hatte er ihn aber wieder in Frage gestellt und damit seine Düsseldorfer Parteifreunde endgültig vergrätzt.

Am 3. April 2003 nahm Möllemann zum ersten Mal als fraktions- und parteiloser Abgeordneter an einer Sitzung des Bundestags teil. Man hatte ihm in der letzten Reihe zwischen den Blöcken von FDP und CDU einen eigenen Sitz montiert, und zwar etwas versetzt, so daß selbst bei voller Besetzung der Stuhlreihen - was im Bundestag äußerst selten vorkommt - niemand direkt neben ihm zu sitzen brauchte.

Vermutlich hat Möllemann nie ernsthaft daran gedacht, auf sein Bundestagsmandat zu verzichten. Zum einen war der parlamentarische Status ein wichtiges Plus, falls er tatsächlich eine neue Partei gründen würde. Vor allem aber handelte es sich um eine wichtige Pfründe, die ihm zusammen mit dem Landtagsmandat monatliche Einkünfte von 20.000 Euro sicherte.

Und Geld brauchte Möllemann dringender denn je: Die Staatsanwaltschaft Münster signalisierte seinen Anwälten im Mai 2003, daß sie das Verfahren wegen Steuerhinterziehung nur gegen eine hohe Geldstrafe mit einem Strafbefehl beenden werde. Vermutlich noch höher waren die Nachforderungen des Fi-

nanzamts. Außerdem mußten Anwälte und sonstige Prozesskosten bezahlt werden.

Undurchsichtige Geschäfte über Briefkasten-Firmen

Das einzig verlässliche finanzielle Standbein waren für Möllemann inzwischen die parlamentarischen Einkünfte. Seine Firma WebTec, die ihr Geld angeblich mit Wirtschafts- und Exportberatung verdiente, war eher eine Art Geldwaschanlage. Da sie ins Visier der Ermittler geraten war und auch die „Geschäftspartner" längst kalte Füße bekommen hatten, war mit Einkünften aus dieser Quelle nicht mehr zu rechnen.

Wie spätere Ermittlungen ergaben, erzielte die WebTec von der Gründung im Jahr 1993 - dem Jahr, in dem Möllemann als Vizekanzler und Wirtschaftsminister zurücktreten mußte - und 2002 einen Umsatz von 12,55 Millionen Mark. Davon entfielen über sieben Millionen Mark auf höchst undurchsichtige Geschäfte mit dem bereits erwähnten Rolf Wegener und dessen Briefkasten-Firma Curl AG in Liechtenstein. Fast der gesamte Rest stammte von dem Medienmogul Leo Kirch, der sich Möllemann anscheinend in ähnlicher Weise als „Berater" gekauft hatte wie den früheren Bundeskanzler Helmut Kohl, der zwischen 1999 und 2002 jährlich rund 600.000 Mark von Kirch kassierte.

Wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft holt die Staatsanwaltschaft zum großen Schlag aus

Noch heikler als das in Münster anhängige Verfahren wegen Steuerhinterziehung waren für Möllemann die von der Staatsanwaltschaft Düsseldorf geführten Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Parteiengesetz, Betrug und Untreue. Hier war man nicht bereit, das Verfahren mit einer Geldstrafe zu beenden. Anscheinend bot man ihm zwar ebenfalls einen Strafbefehl an, was Möllemann die Peinlichkeit einer öffentlichen Gerichtsverhandlung erspart hätte. Man bestand aber darauf, daß er ein umfangreiches Geständnis ablege und eine Freiheitsstrafe akzeptiere.

Obwohl diese Freiheitsstrafe in jedem Falle zur Bewährung ausgesetzt worden wäre, wollte Möllemann sie nicht akzeptieren. Daraufhin holten die Ermittler zu einem großangelegten Schlag aus, um soviel Beweismaterial wie nur möglich zusammenzubekommen. Im Vorfeld der Aktion beantragten sie die Aufhebung von Möllemanns Immunität als Bundestagsabgeordneter. Dem Antrag, der am 4. Juni 2003 beim zuständigen Bundestagsausschuß einging, wurde bereits am folgenden Tag vom Parlament stattgegeben. Unmittelbar danach schlugen die Ermittler los: An 13 Orten in Deutschland, Luxemburg, Spanien und Liechtenstein durchsuchten sie Büros, Banken und private Räume. Auch Möllemanns Ferienhaus auf Gran Canaria war dabei.

Politisches Kalkül war ebenfalls im Spiel. Ausgewählte Medienvertreter bekamen jedenfalls einen diskreten Hinweis, wo sie sich zu postieren hatten. Möllemann scheint dagegen von der Aktion erst Wind bekommen zu haben, als er am Morgen des 5. Juni aus dem Fenster seiner Wohnung in Münster blickte und das vereinte Aufgebot von Medien und Ermittlern sah, das auf die Aufhebung seiner Immunität durch den Bundestag wartete.

Möllemann rief seinen alten Freund Wolfgang Kubicki an, den Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Landtag von Schleswig-Holstein: „Vor meinem Haus stehen Autos mit Fernsehschüsseln, auch ein paar Wagen mit Düsseldorfer Kennzeichen. Kannst du mir sagen, was das bedeutet?“ Und Kubicki antwortete: „Gleich bekommst Du Besuch von der Staatsmacht.“ Außerdem will Kubicki seinem Freund geraten haben, sich zu entspannen, denn das sei „nur eine PR-Aktion der Staatsanwälte“.

Selbstmord wenige Minuten nach Aufhebung der Immunität

Die Aufhebung der Immunität durch den Bundestag erfolgte um 12.19 Uhr. Möllemann wartete den Besuch der Staatsmacht aber nicht ab, sondern fuhr mit Verspätung zum Flughafen Marl-Loemühle, wo er sich mit neun anderen Sportskameraden zum

gemeinsamen Fallschirmsprung verabredet hatte. Den ersten Sprung hatte er bereits verpasst. Beim zweiten Absprung, der um 12.30 Uhr begann, verließ er als zweitletzter die Maschine und stürzte sich aus 1500 Meter Höhe in die Tiefe. Wie üblich öffnete sich der Hauptfallschirm. In etwa 600 Metern Höhe warf Möllemann den Fallschirm aber ab und fiel wie ein Stein zur Erde. Er schlug in einigen hundert Metern Entfernung vom Flughafen auf einem Feld auf.

Möllemann war offenbar mit Absicht in den Tod gesprungen: Er hatte nicht nur den Hauptfallschirm abgeworfen und den Notschirm nicht gezogen, sondern auch das automatische Rettungssystem außer Funktion gesetzt, das selbst bei Bewusstlosigkeit den Notschirm auslöst.

Man werde den Verstorbenen „stets ehrenvoll im Gedächtnis behalten", schrieb FDP-Chef Westerwelle in einem Kondolenzbrief an Möllemanns Witwe Carola. Diese schickte den Brief ungeöffnet zurück.

Aus den Unterlagen, die den Ermittlern bei der Razzia am 5. Juni in die Hände gefallen waren, wurde nun auch der Geldbote ersichtlich, der von Möllemanns geheimem Konto in Luxemburg eine Million Euro zur Bezahlung des Faltblatts abgehoben hatte: Es war nicht der Landesgeschäftsführer Kuhl, wie die Staatsanwalt zunächst vermutet hatte, sondern der frühere FDP-Bundesgeschäftsführer Fritz Goergen. Der Möllemann-Vertraute hatte sich die Summe in 500-Euro-Scheinen ausbezahlen lassen. Möllemann gab das Geld am folgenden Tag an Kuhl weiter, der damit das frisch eingerichtete „Spendenkonto" zur Bezahlung der Postwurfsendung füllte und einen weiteren Betrag zur Bezahlung der Druckkosten auf das Landeskonto der FDP transferierte.

Michel Friedman wird mit Kokain erwischt

Wenige Tage nach Möllemanns Tod erlebte Michel Friedman, den Möllemann in seinem Faltblatt so wütend attackiert hatte,

einen Absturz anderer Art: Der Fernsehmoderator und Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland wurde von der Polizei mit Kokain erwischt und entpuppte sich als Kunde osteuropäischer Zuhälterbanden, die Zwangsprostituierte als „naturgeile Ukrainerinnen“ anboten. Er war offenbar tatsächlich so halbseiden wie er aussah und auftrat. Friedmans Karriere war damit vorläufig zu Ende. Aber er ließ sich nicht unterkriegen, bereute publikumswirksam und bastelte an seinem Wiederaufstieg. Ein echter Möllemann des Fernsehens ...

In elf von 16 Landtagen

Außerdem gelingt der FDP mit der Spitzenkandidatin Koch-Mehrin zum drittenmal der Sprung ins Europäische Parlament

Die FDP sei derzeit in der besten Verfassung seit der deutschen Einheit, erklärte der Vorsitzende Westerwelle am 13.Juni 2005 mit Blick auf die überraschend angekündigten Neuwahlen zum Bundestag. Sie sei „substantiell besser aufgestellt" als zur Bundestagswahl 2002, denn inzwischen regiere sie in fünf Landesregierungen mit und sei in elf Landtagen vertreten. Vor der letzten Bundestagswahl waren es vier Landesregierungen und sieben Landtage.

Auch in den fünf ostdeutschen Bundesländern ging es nun wieder aufwärts. Hier hatte die FDP bei den ersten Landtagswahlen im Jahr 1990 weit überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt, diesen Vertrauensvorschuß aber grandios verspielt. 1994 war sie deshalb mit der Verbannung aus sämtlichen ostdeutschen Landesparlamenten bestraft worden. Auch bei den folgenden Landtagswahlen blieb sie überall unter fünf Prozent. Der triumphale Erfolg in Sachsen-Anhalt, der sie im April 2002 fast wieder in die Höhen von 1990 katapultierte, signalisierte noch keine eindeutige Wende. Die zeichnete sich erst jetzt ab, als sie bei den nachfolgenden Landtagswahlen auch in Sachsen die Fünf-Prozent-Hürde übersprang sowie in Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen und Brandenburg etliche Stufen auf der Kellertreppe nach oben kam.

Indessen wäre es voreilig, aus der Verbesserung der Landtagswahlergebnisse eine entsprechend größere Zustimmung zur Politik der FDP ableiten zu wollen. Bestimmender Faktor auch auf Landesebene war vielmehr der Niedergang der rot-grünen Koalition in Berlin, der enorme Verluste der SPD sowie einen teilweise dramatischen Rückgang der Wahlbeteiligung zur Fol-

ge hatte. In Sachsen und Brandenburg spülte die Unzufriedenheit der Wähler sogar Neonazis ins Parlament. Im Regelfall aber verschoben sich die Kräfteverhältnisse stimmungsmäßig wie numerisch fast automatisch zugunsten von CDU und FDP. Beispielsweise konnte bei den Wahlen im Saarland die CDU ihren Stimmenanteil von 45,5 auf 47,5 Prozent steigern, obwohl sie in Wirklichkeit 44.000 Wählerstimmen weniger bekam. Und im Windschatten der CDU profitierte die FDP, die mehr denn je aus demselben Wählerreservoir schöpfte und auf „Leihstimmen" zur Erfüllung ihrer Rolle als Mehrheitsbeschafferin angewiesen war. Daß diese Leihstimmen im wesentlichen nur von der CDU kommen konnte, zeigte sich in Schleswig-Holstein, wo die FDP durch ihre schwankende Koalitionsaussage die sonst mögliche Regierungsmehrheit mit der CDU knapp verfehlte.

Erholung in Mecklenburg-Vorpommern

In Mecklenburg-Vorpommern, wo die Landtags- mit der Bundestagswahl zusammenfiel, konnte die FDP am 22. September 2002 zwar erneut nicht in den Landtag einziehen, aber ihren Stimmenanteil von zuletzt 1,6 auf 4,7 Prozent steigern. Der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, der ihr bis dahin nur bei den ersten Wahlen nach der Wende gelungen war, schien damit wieder in greifbare Nähe zu rücken.

Hessische FDP verzichtet auf Regierungsbeteiligung "am Katzentisch"

In Hessen errang die FDP am 2. Februar 2003 mit einem Zuwachs von 5,1 auf 7,9 Prozent ihr bisher höchstes Wahlergebnis seit 1966. Wenn sie sich doch nicht so recht über den Erfolg freuen konnten, lag dies daran, daß die CDU die absolute Mehrheit der Sitze im Landtag bekam und die neun FDP-Abgeordneten nicht zum Regieren brauchte. Der amtierende Ministerpräsident Roland Koch hatte der FDP zwar noch am Wahlabend angeboten, sie weiterhin an der Regierung zu beteiligen. Diese wollte jedoch „nicht am Katzentisch der Macht teilnehmen".

Es war vor allem die Landesvorsitzende und bisherige Wissenschaftsministerin Ruth Wagner, die auf Kochs Angebot nicht eingehen wollte. Sie fürchtete um das Ansehen der Partei, wenn diese gewissermaßen ihr Gnadenbrot von der CDU bekam, ohne über das notwendige Eigengewicht zur Durchsetzung politischer Positionen zu verfügen. Außerdem hatte sie bereits im Wahlkampf die prinzipielle Koalitionsaussage zugunsten der CDU mit der Ankündigung verbunden, im Falle einer absoluten CDU-Mehrheit in die Opposition gehen zu wollen. Viele Funktionäre sahen dies allerdings anders. Sie argumentierten damit, daß die Wähler die Fortsetzung der Koalition gewollt hätten und die Partei in der Opposition kaum noch wahrgenommen werde. Ruth Wagner mußte mit ihrem Rücktritt drohen, um im Landesvorstand ihre Position durchzusetzen. Beim anschließenden Landesparteitag am 27. April 2003 gab es ebenfalls Kritik wegen des freiwilligen Pfründenverzichts. Ruth Wagner wurde zwar ohne Gegenkandidat für zwei weitere Jahre wiedergewählt, erzielte aber mit nur 73,5 Prozent der Stimmen ein um zehn Prozentpunkte schlechteres Ergebnis als bei der letzten Wiederwahl.

In der selbstgewählten Oppositionsrolle profilierte sich die FDP mit einer wohldosierten Mischung aus Lob und Tadel als liberales Gewissen der CDU-Landesregierung. Zum Beispiel wandte sie sich gegen Pläne, DNA-Proben zur Überführung von Schwarzfahrern zu erlauben, verteidigte aber den Justizminister gegen Vorwürfe der SPD, auf ein Verfahren Einfluß genommen zu haben. Insgesamt blieb sie mit der CDU in freundschaftlicher Tuchfühlung. Ministerpräsident Koch hielt sich den zeitweilig nicht mehr benötigten Koalitionspartner ebenfalls warm, indem er weiterhin einen Regierungspräsidenten, den stellvertretenden Regierungssprecher und einen Staatssekretär mit FDP-Parteibuch beschäftigte.

In Niedersachsen im Landtag und in der Regierung

Rundum ein Erfolg waren dagegen die Landtagswahlen in Niedersachsen, die am selben Tag wie in Hessen stattfanden. Die

FDP verbesserte sich von 4,9 auf 8,1 Prozent und konnte damit zum ersten Mal seit 1994 wieder in den Landtag einziehen. Zugleich büßte die bisher regierende SPD ihre absolute Mehrheit ein, so daß die FDP gemeinsam mit der CDU die neue Landesregierung stellen konnte.

Zuerst wollte der niedersächsische Landesvorsitzende Walter Hirche ohne Koalitionsaussage in den Wahlkampf gehen. Acht Wochen vor dem Wahltermin änderte er seine Strategie zugunsten der CDU. Er begründete dies mit der von Ministerpräsident Gabriel (SPD) angefachten Diskussion um eine Erhöhung der Vermögenssteuer. Der wirkliche Grund dürfte gewesen sein, daß Gabriel weiterhin auf eine absolute Mehrheit der SPD setzte, die FDP aber nur mit Leihstimmen den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen konnte, den sie schon zweimal hintereinander verfehlt hatte. Der CDU-Spitzenkandidat Christian Wulff hatte ebenfalls keine Chancen, sich allein gegen die SPD oder ein rotgrünes Bündnis durchzusetzen. Die Koalitionsaussage zugunsten der CDU wurde unter diesen Umständen von Wulff dankbar angenommen.

Anfang März 2003 waren die Koalitionsverhandlungen abgeschlossen. Walter Hirche wurde Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident. Der FDP-Landtagsabgeordnete Hans-Heinrich Sander durfte das Amt des Umweltministers übernehmen. Die übrigen sieben Kabinettsposten gingen an die CDU.

Ein Mandat in Bremen

Bei den Wahlen in Bremen am 25. Mai 2003 konnte die FDP zum ersten Mal seit 1995 wieder ins Parlament einziehen. Sie errang zwar insgesamt nur 4,4 Prozent, profitierte aber von einer Besonderheit des Bremer Wahlgesetzes, wonach es ausreicht, wenn in Bremen oder in Bremerhaven die Fünf-Prozent-Hürde überwunden wird. Da sie es in Bremerhaven geschafft hatte, erhielt sie ein Mandat.

In Bayern weiterhin ohne Chancen

Die Hoffnung, auch in Bayern den Wiedereinzug ins Parlament zu schaffen, erfüllte sich dagegen nicht. Die FDP war hier 1962 zum letzten Mal an einer Regierung beteiligt gewesen und seit 1994 nicht mehr im Landtag vertreten. Bei den Wahlen des Jahres 1998 hatte sie mit 1,7 Prozent das schlechteste Ergebnis seit ihrem Bestehen erzielt und drohte in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Auf einem Landesparteitag im Dezember 2000 war daraufhin die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gegen den glücklosen Hermann Stützer angetreten und mit knapper Mehrheit zur neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Zumindest mitgliedermäßig ging es mit der Partei seitdem wieder aufwärts. Der folgende Landesparteitag bestätigte die Vorsitzende mit großer Mehrheit. Unter Verweis auf die 4,5 Prozent bayerischen FDP-Stimmen bei den vergangenen Bundestagswahlen gab Sabine Leutheusser-Schnarrenberger sich zuversichtlich, dieses Ergebnis auch bei den Landtagswahlen halten und übertreffen zu können.

Das war freilich Zweckoptimismus, denn diese 4,5 Prozent basierten größtenteils auf den „Leihstimmen" von CSU-Wählern. Bei Landtagswahlen gab es für diese keinen Grund, ihre Zweitstimme der FDP zu geben, da die CSU keinen Koalitionspartner benötigte. Im übrigen hatte die FDP auch bei den Bundestagswahlen in Bayern ihr schlechtestes Ergebnis erzielt. So schnitt sie dann zwar bei den Landtagswahlen am 21. September 2003 mit 2,6 Prozent etwas besser ab als 1998, blieb aber weit unter fünf Prozent. Von der SPD, die von 28,7 auf 19,6 Prozent der Zweitstimmen abstürzte, gab es offenbar nichts zu erben. Die Grünen, in deren Wählerschaft die Linksliberale Leutheusser-Schnarrenberger ebenfalls einzudringen hoffte, verbesserten sich dagegen von 5,7 auf 7,7 Prozent der Zweitstimmen. Triumphaler Sieger war die CSU, die nun ihre absolute Mehrheit sogar zur Zwei-Drittel-Mehrheit ausbauen konnte. Zugleich sank allerdings die Wahlbeteiligung auf einen historischen Tiefstand von 57,3 Prozent, so daß nicht einmal die CSU

behaupten konnte, von der Mehrheit der Wahlberechtigten legitimiert zu sein...

In Hamburg nur noch 2,8 Prozent

Die erste Landtagswahl des folgenden Jahres war eine noch größere Enttäuschung, denn in Hamburg kam die FDP am 29. Februar 2004 nur noch auf 2,8 Prozent. Sie schied damit sowohl aus dem Parlament als auch aus der Regierung aus. Dies schmerzte auch deshalb, weil gleichzeitig die CDU einen triumphalen Wahlsieg errang und fortan allein regieren konnte. Auch die Grünen konnten sich verbessern. Nur die FDP hatte vom Zerfall der populistischen Schill-Partei und dem Niedergang der SPD nicht nur nicht profitiert, sondern sogar Wähler verloren.

Einer der Gründe war die wenig gute Figur, welche die FDP im Senat machte. Im November 2003 hatte Bildungssenator Rudolf Lange wegen einer Finanzierungslücke von fast 40 Millionen Euro bei den Kindertagesstätten zurücktreten müssen. Sein Nachfolger, der FDP-Landesvorsitzende Reinhard Soltau, wirkte noch blasser und war in dem bröckelnden Bündnis von CDU, Schill-Partei und FDP von vornherein nur eine Übergangslösung.

Mit einer hübschen Lobbyistin ins Europaparlament

Die Katerstimmung, die sich nach der Hamburg-Wahl in der Parteiführung breitmachte, wich heller Begeisterung, als die FDP bei den Europawahlen am 13. Juni 2004 auf 6,1 Prozent kam. Sie konnte damit sieben Sitze im Europaparlament erringen, in das sie bisher nur 1979 und 1989 den Einzug geschafft hatte.

Der Erfolg war allerdings weniger der politischen Ausstrahlung der FDP als der persönlichen Attraktivität der Spitzenkandidatin Silvana Koch-Mehrin zu verdanken. Die 33jährige, die seit 1991 der FDP und seit 1999 dem Bundesvorstand angehörte, war von Parteichef Westerwelle protegiert und gegen parteiintern bekanntere Kandidaten durchgesetzt worden. Eine renom-

mierte Werbeagentur bekam den Auftrag, die Spitzenkandidatin ins gebührende Licht zu rücken.

Europaparteitag musste wiederholt werden, um eine Anfechtungsklage zu vermeiden

Das hübsche Gesicht auf den Plakaten gehörte einer Lobbyistin, die in Brüssel ihr Geld damit verdiente, Unternehmen die Türen der EU-Bürokratie zu öffnen. Dieser kleine Schönheitsfehler der attraktiven Kandidatin schien in der FDP niemanden zu stören. Schließlich hatten es führende FDP-Politiker von Rexrodt bis Bangemann noch nie als anstößig empfunden, wahlweise als Volksvertreter, Regierungsmitglied und Lobbyist tätig zu sein.

Nur einen störte es: Das Berliner FDP-Mitglied Peter Landauer verlangte beim Europarteitag der FDP am 17. Januar 2003 in Saarbrücken von allen Kandidaten für die Europawahl-Liste der Partei eine Erklärung, daß sie als Abgeordnete keine bezahlte Lobbyisten-Tätigkeit ausüben würden. Andernfalls werde er - quasi als Alternative - ebenfalls seine Kandidatur für die Liste anmelden.

Vor lauter Eifer, Silvana Koch-Mehrin alle Steine aus dem Weg zu räumen, beging das Tagungspräsidium den Fehler, Landauers Intervention in allen Punkten vom Tisch zu wischen. Westerwelle fand es „würdelos“, die Spitzenkandidatin Koch-Mehrin mit einer so profanen Frage zu belästigen. Und auch Landauers Kandidatur für die Europawahl-Liste der Partei wurde abgelehnt, weil sie - so die Begründung - nicht noch von anderen Delegierten unterstützt worden sei. Als Landauer den Europaparteitag deshalb nachträglich anfocht, kamen der Parteiführung aber doch Bedenken, ob ihr Verhalten einer juristischen Überprüfung standhalten würde. Schlimmstenfalls wäre die FDP von der Europawahl ganz ausgeschlossen worden. Am 8. März beschloß der Bundesvorstand deshalb, den Europaparteitag am 28. März in Bonn zu wiederholen.

Bei dieser Sachlage hatte Parteichef Westerwelle allen Grund zur Erleichterung, als die ersten Hochrechnungen der FDP den Wiedereinzug ins Europaparlament verhießen: „Ein wunderbarer Erfolg, ein großartiger Erfolg, ein fabelhaftes Ergebnis" jubelte er immer wieder und strahlte mit der frisch zur Volksvertreterin gekürten Lobbyistin um die Wette...

„Achtungserfolg" in Thüringen

Nicht so erfreulich war das Ergebnis der Landtagswahl in Thüringen, die am selben Tag wie die Europawahl stattfand. Die FDP war hier bisher nur bei den ersten Wahlen nach dem Ende der DDR ins Parlament gelangt. Nun scheiterte sie mit 3,6 Prozent ein weiteres Mal, konnte sich aber immerhin um 1,1 Prozentpunkte verbessern. Guido Westerwelle sprach von einem „Achtungserfolg". Spitzenkandidat Uwe Barth tröstete sich damit, daß das Ergebnis von 1999, als die FDP auf 1,1 Prozent abgestürzt war, immerhin verdreifacht worden sei.

Der Thüringer Landesverband litt noch immer unter internen Streitigkeiten, die in persönlichen Anfeindungen gegipfelt und im Juni 2002 zur Ersetzung des Landesvorsitzenden Andreas Kniepert durch den Bundestagsabgeordneten Karlheinz Guttmacher geführt hatten. Ein Mitglied des Vorstandes soll sogar versucht haben, einem anderen pornographische Bilder auf den Computer zu spielen. Einem weiteren Vorstandsmitglied soll man eine außereheliche Affäre angedichtet haben. Noch auf dem Landesparteitag im März 2003 hatte Kniepert eine Entschuldigung für ihm angetanes Unrecht verlangt, doch entschieden die Delegierten mit Zweidrittelmehrheit auf Nichtbefassung und zogen damit einen Schlußstrich unter das „Seuchenjahr 2002". Seit November 2003 führte Uwe Barth den Landesverband. Im September 2004 bestätigte ihn ein Landesparteitag mit 72,1 Prozent der Delegierten. Sein Gegenkandidat Kniepert erhielt 25,3 Prozent.

An der Saar wieder im Landtag

Im Saarland schaffte die FDP nach zwei vergeblichen Anläufen am 5. September 2004 den Wiedereinzug in den Landtag: Mit 5,2 Prozent durfte sie drei Abgeordnete entsenden. Die etwas großspurige Ankündigung des Landesvorsitzenden Christoph Hartmann - „bei der Landtagswahl werden wir die absolute Mehrheit der CDU brechen" - erfüllte sich aber nicht. Die CDU konnte vielmehr ihre bis dahin knappe absolute Mehrheit beträchtlich ausbauen und benötigte die FDP in keiner Weise zum Regieren.

Die sächsische FDP kommt mit „Herz statt Hartz" ins Parlament

Zwei Wochen später, am 19. September 2004, konnte die FDP auch in Sachsen wieder die Fünf-Prozent-Hürde überspringen und mit sieben Abgeordneten in den Landtag einziehen. Die 5,9 Prozent entsprachen zwar nicht ganz den „7,3 Prozent plus X", die der Landesvorsitzende Holger Zastrow offiziell angepeilt hatte, waren aber unter den gegebenen Verhältnissen ein recht gutes Ergebnis.

Wie in den anderen ostdeutschen Ländern war die FDP auch in Sachsen nur bei den ersten Landtagswahlen im Jahr 1990 ins Parlament gewählt worden. Sie profitierte dabei von den alten Mitgliedern, Wählern und Strukturen der LDP, die einmal die liberale Opposition zum SED-Regime vertreten hatte, bevor Ulbricht sie völlig gefügig machte und dem Herrschaftssystem eingliederte. Vor allem in Sachsen-Anhalt und Sachsen war die LDP traditionell ähnlich stark verankert wie die FDP/DVP im Südwesten Deutschlands. Aber auch die sächsischen Wähler hatten die FDP gnadenlos die Kellertreppe hinabgestürzt, nachdem sie sich als typisch westdeutsche Partei mit ausgeprägtem Faible für „Besserverdienende" entpuppte.

Der neue sächsische Landesvorsitzende Holger Zastrow führte deshalb seinen Wahlkampf mit deutlich anderen Tönen, als sie vom Bundesvorstand und dem Bundesvorsitzenden Westerwelle

zu hören waren. „Es war ein Fehler, daß die Ost-FDP sich so lange das Konzept der West-FDP übergestülpt hat“, erkannte der Werbefachmann, dessen Agentur praktischerweise zugleich die FDP-Wahlwerbung verantwortete. Mit dem Slogan „Herz statt Hartz“ schien sich die sächsische FDP nicht nur von den sogenannten Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung zu distanzieren, sondern auch von der Bundespartei, die an dem umstrittenen „Hartz“-Katalog allenfalls auszusetzen hatte, daß die sozialen Einschnitte nicht tief genug seien. Ein andere populistische Forderung lautete „Diäten runter!“

Das Wahlergebnis enthob die sächsische FDP der Peinlichkeit, die Formel „Herz statt Hartz“ präzisieren zu müssen. Denn auch die Grünen schafften knapp den Wiedereinzug in den Landtag. Die FDP-Mandate (7) reichten deshalb nicht aus, um der CDU (55) eine Mehrheit gegenüber PDS (31), SPD (13), Grünen (6) und NPD (12) zu sichern. Der CDU-Vorsitzende Georg Milbradt, der die FDP ohnehin nicht sonderlich mochte und sie schon mal als „Spontitruppe“ bezeichnete, gründete unter diesen Umständen seinen Amtsantritt als Ministerpräsident auf eine Große Koalition mit der SPD.

In Brandenburg leichte Zunahme

Am selben Tag wie in Sachsen wurde auch in Brandenburg gewählt. Hier konnte sich die FDP von 1,9 auf 3,3 Prozent verbessern und damit wie in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen neue Hoffnung schöpfen, daß die vierte Wahlperiode zugleich die letzte Etappe der seit 1994 währenden Durststrecke sei. Selbst beim Einzug in den Landtag wäre in Brandenburg eine Regierungsbeteiligung nicht in Sicht gewesen, da die CDU mit 20 Sitzen nur die drittstärkste Kraft nach SPD (33) und PDS (39) bildete.

Kubicki verfehlt in Schleswig-Holstein knapp die Regierungsbeteiligung

Die ersten Landtagswahlen des Jahres 2005 fanden am 20. Februar in Schleswig-Holstein statt. Sie bescherten der FDP den

erneuten Einzug in den Landtag, aber nur noch mit 6,6 anstelle von 7,6 Prozent. Mit nur 745 Wählerstimmen mehr hätte die FDP fünf statt vier Mandate errungen und mit der CDU (30) eine knappe Regierungsmehrheit gegenüber SPD (dann 28 statt 29), Grünen (4) und Südschleswigschem Wählerverband (2) bilden können.

Der Bundesvorsitzende Westerwelle und der Landesvorsitzende Koppelin verlangten eine Neuauszählung der Stimmen und behaupteten, dies sei „eine Frage der politischen Legitimation". Sie eiferten damit den Grünen nach, die 1992 das Ergebnis der Kieler Landtagswahl anzufechten versuchten, weil sie mit 4,97 Prozent knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde geblieben waren. Hier wie dort gab es jedoch keine stichhaltigen Gründe, die eine Überprüfung des Wahlergebnisses gerechtfertigt hätten.

Der Landesvorsitzende und Spitzenkandidat Wolfgang Kubicki hatte als Zielmarke für die Wahl „zehn Prozent plus" angegeben und sich zunächst klar für eine Koalition mit der CDU ausgesprochen, um die rot-grüne Landesregierung von Heide Simonis (SPD) abzulösen. Kurz vor der Wahl war er dann aber schwankend geworden, weil der Niedergang der SPD ebenfalls die Chance einer Regierungsbeteiligung zu bieten schien. In einem Zeitungsinterview kritisierte Kubicki die Landes-CDU und ließ die Möglichkeit einer Koalition mit der SPD offen. Den Wahlforschern zufolge hat er dadurch mehr Leihstimmen-Geber von der CDU verprellt als von der SPD gewonnen. „Die FDP hatte den Wahlsieg des bürgerlichen Lagers in der Hand - und hat ihn leichtfertig verspielt", kommentierte die „Frankfurter Allgemeine".

Zunächst versuchte Heide Simonis, die rot-grüne Koalition unter Duldung des Südschleswigschen Wählerverbandes (SSW) weiterzuführen, was aber schon in der konstituierenden Sitzung des Landtags an einem Dissidenten aus den eigenen Reihen scheiterte. Daraufhin kam es zu einer Großen Koalition, in der

die CDU als stärkste Partei mit ihrem Spitzenkandidaten Peter Carstensen den Ministerpräsidenten stellte.

Nach Bremen, Sachsen und Brandenburg war dies die vierte Große Koalition auf Landesebene. In weiteren fünf Ländern - Hessen, Bayern, Hamburg, Thüringen und Saarland - regierten die Unionsparteien mit absoluter Mehrheit. Lediglich in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen wurde die FDP von der CDU zum Regieren benötigt. Außerdem saß sie in Rheinland-Pfalz weiterhin mit der SPD am Kabinettstisch.

In Düsseldorf mit der CDU am Kabinettstisch

Die Landtagswahl am 22. Mai in Nordrhein-Westfalen vermehrte die Zahl der CDU/FDP-Regierungen dann auf fünf und verdrängte so vorübergehend das Schreckgespenst Großer Koalitionen, das die FDP noch mehr fürchtete als die bloße Oppositionsrolle. Es war allgemein erwartet worden, daß die rot-grüne Landesregierung in Düsseldorf vor allem aus Unzufriedenheit mit der Politik der rot-grünen Bundesregierung in Berlin von den Wählern „abgewatscht" werden würde. Umfragen signalisierten der FDP einen Stimmenanteil von etwa sieben Prozent, womit die künftige Koalition mit der CDU als gesichert gelten konnte.

Tatsächlich erhielt die FDP dann 6,2 Prozent. Das war deutlich weniger als die 9,8 Prozent bei den Wahlen vor fünf Jahren, die aber ein von Möllemann erzielter Ausreißer vom langjährigen Mittel waren, das bis dahin vier Jahrzehnte lang bei rund sechs Prozent gelegen hatte. In Anbetracht der eher farblosen Spitzenkandidaten und der schweren Turbulenzen, die der von der Möllemann-Affäre geschüttelte Landesverband durchgemacht hatte, war es sogar erstaunlich viel. Offenbar hatten viele CDU-Wähler der FDP ihre Zweitstimme aus rein taktischem Kalkül gegeben, um einen Regierungswechsel zu ermöglichen.

Jedenfalls wurde die FDP nicht wegen, sondern eher trotz ihres Personals gewählt. Der Spitzenkandidat Ingo Wolf machte

hauptsächlich als hochdotierter Kostgänger des Staates von sich reden, der neben der dreifachen Abgeordnetendiät als FDP-Fraktionsvorsitzender eine Pension von mehr als 6000 Euro als ehemaliger Oberkreisdirektor erhielt und damit mehr als 200.000 Euro jährlich kassierte. Daß er schnell noch eine Stiftung für sozial benachteilige Kinder gründete und mit einer sechsstelligen Summe zu unterstützen versprach, konnte das Bild von „Florida-Wolf" nicht mehr nachhaltig ändern. Die FDP machte sich selber keine Illusionen über die Zugkraft ihres Spitzenkandidaten und plakatierte an seiner Stelle lieber den Bundesvorsitzenden Westerwelle, obwohl dieser in Nordrhein-Westfalen gar nicht zur Wahl stand.

Hinzu kamen weitere Peinlichkeiten. Noch unvergessen war eine Dienstreise der FDP-Landtagsfraktion im Frühjahr 2004, bei der verschiedene Abgeordnete ihrem Kollegen Friedrich Wilke geholfen hatten, sechs Stangen Zigaretten über die deutsch-polnische Grenze zu schmuggeln. Einer der Beteiligten war der innenpolitische Sprecher Horst Engel, der von Beruf Polizeihauptkommissar war und mehrfach hartes Durchgreifen gegen Kleinkriminelle gefordert hatte.

Noch mehr Befremden löste der Abgeordnete und frühere Landesvorsitzende Joachim Schultz-Tornau aus, als er auf seiner Internetseite den Mörder Magnus Gäfgen gegen den Vorwurf in Schutz nahm, ein „unbarmherziger Killer" zu sein. Gäfgen hatte einen Bankierssohn entführt und umgebracht, um mit dem von den Eltern erpreßten Geld weiterhin den gutbetuchten Jüngling spielen zu können. Schultz-Tornau besuchte den mörderisch Gescheiterten mehrfach im Gefängnis. Auf seiner Internetseite beschrieb er ihn als „hochbegabt, hochsensibel, mit sympathischen Zügen, aber fast grenzenloser Torheit". In der Tat hätte Gäfgen vor dem Verbrechen von seinem ganzen Habitus her als Muster eines neoliberalen Yuppie gelten können. Soviel Sympathie vermochte sonst aber niemand aufzubringen. Vor allem nicht, nachdem die „Bild-Zeitung" Schultz-Tornaus „Plädoyer für einen Mörder" genüßlich ausgewalzt hatte. Die

Parteifreunde waren hell entsetzt über die grenzenlose Torheit, mit der Schultz-Tornau unmittelbar vor den Landtagswahlen den Einzug in den Landtag gefährdete.

Da traf es sich gut, daß unbekannte Gönner der FDP wenige Tage vor der Wahl die kostenlose Plakatierung auf über 1700 Großflächen ermöglichten. Angeblich handelte es sich um eine Aktion von Unternehmen der Werbewirtschaft. Zum Teil sei die Plakataktion auch durch eine normale Großspende ermöglicht worden, gab die Landesgeschäftsführung an. Der Gesamtwert der Aktion wurde auf 200.000 Euro geschätzt. Das war immerhin ein Fünftel des gesamten bisherigen Wahlkampfbudgets, das mit rund einer Million Euro beziffert wurde.

Der Landesvorsitzende Andreas Pinkwart, der im Dezember 2002 die Nachfolge Möllemanns angetreten hatte, durfte nun im Kabinett des neuen CDU-Ministerpräsidenten Rüttgers das Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie übernehmen. Zugleich wurde er stellvertretender Ministerpräsident. Der frühere Fraktionschef Ingo Wolf bekam das Innenministerium.

Bisher hatte die FDP fast immer das Wirtschaftsministerium gefordert und auch erhalten. Sie verwaltete dieses Ressort in fünf der insgesamt sechs Regierungskoalitionen, die sie seit Kriegsende in Nordrhein-Westfalen mit CDU und SPD eingegangen war. Unter Rüttgers bekam sie es nicht. Anscheinend hielt dieser es für zu riskant, seine Wirtschaftspolitik durch die Partei der neoliberalen Ultras repräsentieren zu lassen.

Die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen blieben die letzten im Rahmen der 15. Legislaturperiode des Bundestags. Denn als Konsequenz aus dem Siechtum der SPD, das sich bei den für März 2006 anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sicher fortgesetzt hätte, zog Bundeskanzler Gerhard Schröder dem Schrecken ohne Ende ein Ende mit Schrecken vor, wodurch die 15. Legislaturperiode vorzeitig endete.

„Skandal FDP“

Der Möllemann-Helfer Fritz Goergen wirft der Partei Substanzlosigkeit vor - und will den Teufel mit dem Beelzebub austreiben

Im Oktober 2004 erschien ein Buch, in dem der frühere FDP-Funktionär Fritz Goergen eine ergrimmte Grabrede auf die Partei hielt, der er vier Jahre als Bundesgeschäftsführer und anschließend 13 Jahre als Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung gedient hatte. Der reißerische Titel „Skandal FDP - Selbstdarsteller und Geschäftemacher zerstören eine politische Idee“ ließ einige Enthüllungen erwarten, zumal Goergen längst aus den Diensten der Partei ausgeschieden und inzwischen auch ausgetreten war.

„Personell ausgezehrt und programmatisch entleert“

Das „Projekt 18“ sei von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, weil ihm die inhaltliche Grundlage in Form eines politischen Programms gefehlt habe, schrieb Goergen einleitend. Anfangs hätten herausragende Persönlichkeiten wie Theodor Heuss, Thomas Dehler und Reinhold Maier das Bild der FDP geprägt. Nach Ralf Dahrendorf und Werner Maihofer habe die FDP jedoch keine großen Köpfe mehr angezogen. Auch an „Machern“ habe sie nach Hans-Dietrich Genscher nur noch Jürgen W. Möllemann hervorgebracht. Der Anspruch der FDP, die politische Organisation des geistigen Liberalismus in Deutschland zu sein, stehe auf mehr als schwachen Füßen: Sie sei „personell ausgezehrt, programmatisch entleert, ohne ideelle Heimat und bar jeder Vision“. Statt für die Herrschaft des Rechts und die strenge Trennung der Gewalten einzutreten, wie dies einer liberalen Partei anstünde, führe sie „die Hitliste der Vermengung von Lobbyismus und Politik“ an.

„Möllemann litt wie ein geprügelter Hund unter Westerwelles Verhalten“

Rund ein Viertel der 286 Seiten verwendete Goergen, um aus seiner Sicht das Zusammenspiel von Möllemann und Westerwelle und das Scheitern des „Projekt 18“ zu beschreiben. „Castor und Pollux“, wie er die beiden nennt, hätten Ende 2000 verabredet, daß der eine Kanzlerkandidat und der andere Bundesvorsitzender der FDP werden würde. So habe ihm das jedenfalls Möllemann erzählt. Als Westerwelle dann jedoch Bundesvorsitzender geworden war, habe er den anderen Dioskuren „am ausgestreckten Arm verhungern“ lassen. Möllemann habe „wie ein geprügelter Hund“ unter Westerwelles Verhalten gelitten und sich nach einem „Befreiungsschlag“ gesehnt. Dies habe ihm manchen klaren Gedanken verstellt und seine so sonst ausgeprägte Vorsicht vergessen lassen. So habe das Verhängnis seinen Lauf genommen, von der Affäre Karsli bis zu der blindwütigen Attacke auf Michel Friedman.

Auf den restlichen Seiten plauderte Goergen aus dem Nähkästchen seiner jahrzehntelangen Tätigkeit als Parteifunktionär. Er enthüllte dabei etliche pikante Details, etwa zum Finanzgebaren der FDP, zum Verhältnis zwischen Partei und Friedrich-Naumann-Stiftung oder zum Bruch der sozialliberalen Koalition.

Substanzloses Rezept gegen die Substanzlosigkeit

Die Geschichte der FDP mußte indessen nicht umgeschrieben werden. Goergens Buch demonstrierte vielmehr, daß es in der Partei etwa so zuging, wie man sich das bisher vorgestellt hatte. Vor allem galt das für die Kernthese seines Buches, daß der FDP die liberale oder eine sonstwie geartete politische Substanz abhanden gekommen sei; daß sie zum großen Teil aus Selbstdarstellern bestehe, die nicht über den Tellerrand ihres Karrieristen-Ehrgeizes hinauszublicken vermögen und deshalb eher Getriebene als Gestalter des politischen Geschehens sind.

Das galt nun allerdings auch für den Autor, der wie kaum ein anderer innerhalb der Partei den Ruf eines zynischen Karrieristen genoß und mit Möllemann den wohl substanzlosesten aller FDP-Politiker gefördert hatte. Und was er jetzt der FDP zur Genesung von ihrer Substanzlosigkeit empfahl, war auch nur geeignet, diese noch zu vergrößern. Denn Goergens Rezept bestand in einem „libertär" übersteigerten Neoliberalismus. Schon 1992 hatte er mit seiner Frau Barbara und drei anderen Autoren ein Manifest unter dem Titel „Bürger zur Freiheit" veröffentlicht, das mit anarchistisch anmutendem Gestus die weitgehende Abschaffung des Staates forderte. Zum Beispiel wollten sie dem Staat jede wirtschaftliche Betätigung verbieten, die Sozialversicherung völlig privatisieren und den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zerschlagen. Sogar Polizei und Strafvollzug sollten privatisiert werden. Etliches aus dem Papier fand Eingang in die „Wiesbadener Grundsätze für die liberale Bürgergesellschaft", die der Bundesparteitag 1997 offiziell verabschiedete. In ihrer fast schon satirisch wirkenden Überspitzung gingen Goergens Thesen aber selbst dem tonangebenden neoliberalen Flügel der Partei zu weit. Ausgerechnet ein Zerwürfnis mit dem Neoliberalen Lambsdorff führte dann dazu, daß Goergen 1996 aus den Diensten der Partei ausschied, um eine Agentur für Trendanalysen und Prognosen zu gründen.

Strategischer Berater Möllemanns und Westerwelles

Fritz Goergen, der bis dahin Fritz Fliszar hieß, nahm 1998 den Nachnamen seiner zweiten Frau an. Unter dem neuen Namen wurde er zum wichtigsten Wahlkampfhelfer des nordrhein-westfälischen Landesfürsten Jürgen Möllemann und entwickelte jenes Rezept, das bei den Landtagswahlen im Januar 2000 den Stimmenanteil der FDP von 4,0 auf 9,8 Prozent fast verdoppelte. Anschließend bekam er auch noch vom FDP-Bundesvorsitzenden Westerwelle einen Beratervertrag. Er wirkte maßgeblich an der Entwicklung und Umsetzung des Strategiepapiers „18 Prozent" mit, das die FDP in bislang unerreichte Höhen der Wählergunst katapultieren sollte. Die Idee mit der Kanzlerkan-

didatur - die ursprünglich nicht auf Westerwelle, sondern auf Möllemann zugeschnitten war - soll ebenfalls von ihm gekommen sein. Für den „Spaßwahlkampf" will er dagegen nicht verantwortlich gewesen sein. Diese Idee sei dem Geschmack von Westerwelles altem Team entsprungen und dem 18-Prozent-Ziel hinzugefügt worden, schreibt er in seinem Buch.

Als Möllemanns Stern zu sinken begann und die Bundestagswahlen im September 2002 nur ein mageres Ergebnis erbracht hatten, trat Goergen im November 2002 aus der FDP aus. Kurz nach Möllemanns Tod wurde er als jener Geldbote enttarnt, der von einem Konto in Luxemburg eine Million Euro abgehoben hatte, mit der das Faltblatt gegen Friedman finanziert worden war. Eine schillernde Figur also.

Politisches Debüt auf dem sozialliberalen Flügel der Partei

Bemerkenswert dabei ist, daß Goergen alias Fliszar auf dem linken Flügel der Partei begonnen hatte. Der gebürtige Österreicher war Ende der sechziger Jahre den Jungdemokraten beigetreten, die damals erklärtermaßen das Ziel verfolgten, die FDP zum parlamentarischen Arm der Außerparlamentarischen Opposition (APO) zu machen. „Als Judos waren wir in unserem Selbstverständnis die Elite, welche sich eine FDP nach ihrer Vorstellung schuf", charakterisiert er zutreffend die Haltung der Jungdemokraten gegenüber der alten FDP, wie sie durch den Ritterkreuzträger Erich Mende verkörpert worden war. „Mit den anderen, den Gestrigen, sprachen wir kaum. Über sie machten wir uns allenfalls lustig."

Auch später, als hauptamtlicher Parteifunktionär, vertrat er den linksliberalen Flügel. Bei Parteitagen saß er unter den Delegierten aus dem Südwesten, obwohl er formal im Landesverband Nordrhein-Westfalen Mitglied war. Die konservative Düsseldorfer FDP empfand er „von Anfang an als Bremsklotz und Stolperstein auf dem Weg zu einer modernen, wirklich liberalen FDP".

Seine Parteikarriere begann Fritz Fliszar, wie er damals noch hieß, 1968 als Referent des Bundesgeschäftsführers Hans Friderichs. Ab 1972 assistierte er dem Parlamentarischen Staatssekretär Karl Moersch, wurde 1974 Stellvertreter des Bundesgeschäftsführers Verheugen und übernahm nach Verheugens Wahl zum Generalsekretär diesen Posten von 1979 bis 1983.

Er gehörte somit zum sozialliberalen Flügel der Partei, der die von Genscher, Scheel und Friderichs betriebene Orientierung auf eine Koalition mit der SPD unterstützte. Als Verheugen 1975 im Auftrag Genschers ein Papier für eine „Strategie der Eigenständigkeit" entwarf, wonach die FDP prinzipiell auch für andere Koalitionen offen bleiben müßte - eigentlich eine Selbstverständlichkeit - , empfand Goergen dies als Sakrileg. Zum einen kam für ihn etwas anderes als eine Koalition mit der SPD nicht in Frage. Zum anderen hielt er es für falsch, vermehrt auf Stammwähler statt auf Zweitstimmen zu setzen.

Innerparteilicher Frontenwechsel vom „Sylter Kreis" zur Genscher-Truppe

Daß Genscher und Scheel 1982 den Bruch der sozialliberalen Koalition herbeiführten, hält Goergen noch heute für verfrüht und deshalb für falsch: „Die sozialliberalen Wähler wurden verjagt, ohne daß christlich-liberale hinzukamen. Die einen trauten der FDP nicht mehr, die anderen noch nicht." Genschers Taktik habe auch nicht zu der angestrebten Eigenständigkeit der FDP geführt, sondern in eine neue Abhängigkeit von der Union.

Dennoch wechselte er nun die innerparteilichen Fronten: Er mied fortan den linksliberalen „Sylter Kreis" und unterstützte Scheel und Genscher bei der erneuten Hinwendung der FDP zur Union. Zum Dank durfte er Geschäftsführer der Friedrich-Naumann-Stiftung werden. Allerdings war seitdem sein Ruf ramponiert: Zumindest bei den Linksliberalen, die größtenteils die Partei verließen oder resignierten, galt er fortan als zynischer Karrierist.

Wandlung zum Marktradikalen und neoliberalen Ideologen

Goergen weiß um seinen Ruf und macht dafür Journalisten verantwortlich, die ihn zuvor wegen seines linken Standortes in der FDP hofiert und gehätschelt hätten: „Solange ich ihr linker Bruder war, fanden sie mich weder hart noch zynisch. Dieses Profil verpaßten sie mir erst, als ich für sie kein Linker mehr war."

Den Wechsel vom linken zum rechten Parteiflügel begründet er in seinem Buch damit, daß ihn „die Arroganz der SPD-Linken unsereins gegenüber" abgestoßen habe. Allein die Anrede „Genossinen und Genossen" wäre ihm nie über die Lippen gekommen. Außerdem habe ihn ein allgemeiner Degout vor dem Parteibetrieb gepackt: „Eigentlich paßte ich in keine Partei, das Gefühl ergriff seit Jahren Besitz von mir. Die spießbürgerlichen Abläufe und Rituale des Parteilebens stießen mich von Jahr zu Jahr noch mehr ab."

Noch nach dem Frontenwechsel sei er von Günther Verheugen freundschaftlich aufgefordert worden, ihm zur SPD zu folgen: „Für Dich finden wir auch etwas Passendes." Aber sein Entschluß habe festgestanden.

„Wie es drinnen aussieht, geht ja niemand etwas an"

Goergen läßt ferner anklingen, daß auch Eheprobleme seinen politischen Farbwechsel beeinflußt haben könnten: Seine erste Frau hatte ihn zum Auszug aus dem gemeinsamen Bungalow aufgefordert, um mit einem sozialliberalen Parteifreund zusammenleben zu können. „Daß ich dem sozialliberalen Nachbarn wich, nagte in mir, auch wenn ich es nicht zugab", schreibt er. „Wahrscheinlich machte mich dieser erste wirkliche Bruch in meinem Leben noch verschlossener, als ich ohnedies bin. Aber wie es drinnen aussieht, geht ja niemand etwas an."

Was auch der Grund gewesen sein mag: Der ehemalige Sozialliberale wandelte sich zum Unterstützer der neo-konservativen

Marschrichtung, die Genscher, Scheel und Lambsdorff mit dem Bruch der Koalition eingeschlagen hatten. Und er begnügte sich nicht damit, als Parteisoldat die von oben kommenden Befehle auszuführen, sondern entwickelte den Ehrgeiz, den neoliberalen Markradikalismus ideologisch zu unterfüttern und zu jenem Amoklauf zu steigern, wie er in dem Manifest „Bürger zur Freiheit" zum Ausdruck kam. Vermutlich griff Goergen dabei - ohne daß ihm dies bewußt war - auf anarcho-libertäre Vorstellungen zurück, wie sie schon vor dreißig Jahren unter den Jungdemokraten im Schwange waren. Während sich damals diese Ideen mit marxistischen Thesen verbanden oder zumindest von diesen kompensiert wurden, koppelte Goergen sie nun mit dem Credo des Neoliberalismus, der einen zügellosen Kapitalismus und die Vermarktung sämtlicher Lebensbereiche predigt.

„Idealisten stößt das System ab"

Goergen schloß damit wohl seinen individuellen Kompromiß zwischen der schmerzhaft empfundenen „déformation professionelle" als Parteifunktionär und früherem Idealismus, der ihn einst in die Reihen der Jungdemokraten geführt hatte. Typisch für diesen Konflikt sind etwa die folgenden Stellen seines Buches:

Von der ersten Stufe an erweisen sich die Beherrschung von Parteitagen durch die trickreiche Anwendung der Geschäftsordnung, die Inszenierung von Intrigen, das Bilden von Seilschaften und Einfügen in überkommene Rituale dem Wettstreit der Ideen und Meinungen als überlegen auf dem Weg nach oben. Idealisten stößt das System ab und sortiert es aus. (S. 20)

Wir, Generationen von Funktionären und Politikern, lernten in jungen Jahren, vor Beginn unseres eigentlichen Weges, daß Regeln für die Regelmacher nicht gelten: Wir lernten in kleinen, unmerklichen Dosen, Politik darf alles. Unsere politische Moral wurde vergiftet - nachhaltig. (S. 149)

Ob Politiker von Strategie reden oder von Taktik, spielt keine Rolle. Sie meinen immer Taktik. (S. 175)

Die Hälfte meiner Zeit brauch ich, um Intrigen abzuwehren, 40 Prozent für eigene Intrigen und die restlichen 10 Prozent für die politische Arbeit in der Sache. (S. 214)

Wer im Hamsterrad der Politik läuft und läuft und läuft, kommt einfach nicht mehr zum Nachdenken. (S. 220)

In diesen Kreisen ist jeder jedes Feind. (S. 19)

„Mende stand den Wüschen der Stahlindustrie im Wege“

Der wahre Grund, weshalb Erich Mende 1968 zurücktreten mußte, sei deshalb auch nicht ein parteiinterner Meinungsumschwung gewesen, der die FDP aus der nationalkonservativen Ecke herausführte und zum Bündnispartner der SPD machte. „Mende stand den Wünschen der Ruhrindustrie bei den Ostgeschäften im Wege“, habe ihn Alfred Rieger aufgeklärt, der frühere Hauptgeschäftsführer des FDP-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, der noch etwas früher NDSDAP-Kreisleiter war. Die Stahlindustrie habe auf eine neue Ostpolitik gedrängt, um den Weg zum sowjetischen Markt freizumachen. Da Erhards CDU und Mendes FDP zum Röhrenembargo der USA gegenüber der Sowjetunion standen, habe die Industrie auf SPD-FDP-Koalitionen in Bonn und Düsseldorf gesetzt, um das Embargo zu unterlaufen.

Bruch der sozialliberalen Koalition war lange vorbereitet

Die erneute Wende der FDP zurück in die Arme der Union wäre nach Goergens Darstellung schon früher erfolgt, wenn nicht Franz-Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Union für die Bundestagswahl 1980 aufgestellt worden wäre und damit die sozialliberale Koalition nochmals zusammengeschweißt hätte. Scheel habe schon seit 1974 in diesem Sinne die Fäden gezogen. Auch Bangemann - damals noch „der Mann mit dem Image des Oberlinken“ - habe schon 1974 Pläne für einen Koalitionswechsel in Bonn und anderswo entwickelt.

Im übrigen sei der Kurswechsel im Jahr 1982 keineswegs strategischem Weitblick, sondern vielmehr der Kurzsichtigkeit der Parteioberen entsprungen, die im Hamsterrad der Politik das Gespür für die Stimmung im Wählervolk verloren hatten. So habe Genscher einfach nicht verstehen wollen, daß sein Gerede von der „Äquidistanz" der FDP zu den beiden großen Parteien von den Wählern genauso aufgefaßt wurde, wie es gemeint war, nämlich als Signal zum Koalitionswechsel.

Dahrendorf sollte den diskreditierten Genscher ablösen

Nachdem die Wähler den Bruch der Koalition mit vernichtenden Landtagswahlergebnissen für die FDP bestraften, sei Genscher völlig diskreditiert gewesen und habe die nächsten Bundestagswahlen innerlich bereits für verloren gehalten. In äußerster Not habe er geplant, die Ämter des Außenministers und des Parteivorsitzenden an den aus England herbeigeholten Ralf Dahrendorf abzugeben: Zunächst sollte Dahrendorf den Vorstandsvorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung übernehmen und die intellektuelle Lücke überstrahlen, die durch den Austritt der Sozialliberalen entstanden war. Dann, wenn das erwartete Wahldebakel unter oder knapp über fünf Prozent feststand, sollte er demonstrativ Genscher ablösen und so der Partei über die neuerliche Krise hinweghelfen.

Verwirklicht worden sei dann nur der erste Teil dieses Programms, weil das FDP-Ergebnis bei der Bundestagswahl im März 1983 wider Erwarten doch bei sieben Prozent lag. Genscher sei deshalb im Amt geblieben und Dahrendorf als sein Nachfolger nicht mehr gefragt gewesen. 1987 habe Dahrendorf auch den Vorsitz der Friedrich-Naumann-Stiftung wieder aufgegeben.

Verheugen schwankte zunächst

Über Günther Verheugen weiß Goergen zu berichten, daß er auf dem Bundesparteitag im November 1978 in Mainz nur deshalb mit knapper Mehrheit zum Generalsekretär gewählt wor-

den sei, weil Gefolgsleute in der Zählkommision die Auszählung der Stimmen manipuliert hätten. Verheugen habe es selber mit der Korrektheit auch nicht so genau genommen und schon mal Spendenquittungen blanko unterzeichnet. Er sei keineswegs jener lupenreine Sozialliberale gewesen, wie es nach seinem Übertritt zur SPD den Anschein hatte. So habe er jenen „Wendebrief" verfaßt, mit dem Genscher schon im August 1981 die Mitglieder auf einen Koalitionswechsel einstimmte. Als es dann zum Bruch der Koalition kam, habe er den Übertritt zur SPD erst vollzogen, nachdem es Genscher abgelehnt habe, ihn zum hauptamtlichen Chef der Friedrich-Naumann-Stiftung zu machen.

Wahlkampfhilfe von der Naumann-Stiftung

Über die Naumann-Stiftung, deren Geschäftsführer er von 1982 bis 1992 war, weiß Goergen auch sonst einiges zu erzählen. Zum Beispiel, daß sie zeitweise mit der Parteizentrale der FDP weitgehend identisch gewesen und erst mit Rücksicht auf verschärfte gesetzliche Bestimmungen räumlich und personell getrennt worden sei. Auf seinen Vorschlag hin habe sich die gemeinsame Telefonzentrale mit „Friedrich-Naumann-Haus" gemeldet, bis Genscher die Bezeichnung „Thomas-Dehler-Haus" durchgesetzt habe. Bei diesem Namen für die Parteizentrale der FDP sei es bis heute geblieben.

Goergens Darstellung bestätigt den Eindruck, daß die Parteistiftungen hauptsächlich dem Zweck dienen, den Parteien unter dem Deckmantel der politischen Bildung noch mehr Geld zukommen zu lassen, als sie bereits auf direktem Wege aus Steuergeldern erhalten. So profitierte auch die FDP kräftig vom neunstelligen Etat der ihr „nahestehenden" Friedrich-Naumann-Stiftung. Beispielsweise wurden vor der Bundestagswahl 1976 vierzig Fahrzeuge der Stiftung einfach umlackiert und als fahrbare Infostände für die FDP eingesetzt. Bei der folgenden Bundestagswahl kam dem Bundesschatzmeister Heinz-Herbert Karry die Idee, das Image der Partei mit einer Anzeigenkampagne aufzupolieren, die zum größten Teil von der Naumann-Stifung be-

zahlt wurde. In Umfragen hatte man nämlich herausgefunden, daß die FDP mit dem positiv besetzten Begiff „liberal" so gut wie nicht in Verbindung gebracht wurde. Um dieser Assoziation auf die Sprünge zu helfen - die in der Tat nicht so naheliegend war - , ließ zunächst die Stiftung Anzeigen schalten, in denen historische Persönlichkeiten wie Goethe, Jefferson oder Einstein mit passenden Zitaten und dem Zusatz „Ein Liberaler" vorgestellt wurden. Anschließend schaltete die Partei ihre eigene Kampagne, in der sie sich mit „F.D.P. - Die Liberalen" vorstellte. Laut Goergen kam die Partei auf diese Weise zum Zusatz „Die Liberalen", der von den Medien als Synonym für FDP übernommen und später in der Parteisatzung verankert wurde.

Sechs-Millionen-Spende kam nicht von Horten, sondern von einem Rüstungskonzern

Trotz aller Tricksereien war die FDP fast immer in großen Finanznöten. Vor allem bei ihrer Hinwendung zur SPD kam ihr mancher wichtige Spender abhanden. Laut Goergen sprang in dieser Situation eine Tochter der gewerkschaftseigenen „Bank für Gemeinwirtschaft" ein. Bis 1974 habe die FDP bei der Gewerkschaftsbank über zehn Millionen Mark Schulden angehäuft. Die SPD habe damit den kleinen Partner finanziell praktisch in der Hand gehabt. Mit der „Aktion Frieda", wie Bundesschatzmeister Heinz-Herbert Karry sie genannt habe, seien diese Schulden auf praktisch Null abgebaut und so die materiellen Voraussetzungen für den Bruch der Koalition geschaffen worden.

Ende 1983 sei die Partei aber schon wieder mit elf Millionen Mark verschuldet gewesen. Diesmal natürlich nicht bei den Gewerkschaften, sondern bei Geldgebern der anderen Seite. In dieser brenzligen Lage war eine riesige Parteispende von sechs Millionen Mark äußerst willkommen. Angeblich stammte sie von dem im Ausland lebenden Kaufhauskönig Helmut Horten. Dieser Name war allerdings nur vorgeschoben, um den wirklichen Geldgeber zu tarnen. Zustimmend zitiert Goergen einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung" vom 28. November 2002,

wonach sich inzwischen herausgestellt hat, daß ein Rüstungskonzern der klammen Partei zehn Millionen Mark zukommen ließ, in der Parteikasse aber nur sechs Millionen ankamen, weil ein „hochmögendes Mitglied der Partei“ vier Millionen als Provision abgezweigt hatte. Goergen glaubt zu wissen, wer dieses hochmögende Parteimitglied war, will den Namen aber nicht nennen, weil er es nicht beweisen könne.

Seit der Flick-Affäre wurden Großspenden “zersägt”

Als Folge der Flick-Affäre seien die Vorschriften für die Parteienfinanzierung enger gefaßt worden. Die Schatzmeister der Parteien hätten darauf das „Zersägen“ von Großspenden erfunden, um die Namen der Geldgeber nicht nennen zu müssen. - Goergen schildert hier also genau jene Methode, nach der auch Möllemann verfuhr, als er seinen Freund Goergen eine Million Euro in Luxemburg abheben ließ, um sie dann in zahlreiche kleine Beträge zu stückeln und als angebliche Spenden auf andere Konten zu überweisen.

Blanko-Quittungen für Geld von der Atomindustrie

Neben der Rüstungsindustrie scheinen auch die Kernkraftwerksbetreiber die FDP kräftig unterstützt zu haben. Als 1977 ein kleiner Parteitag der FDP ein Moratorium zur Kernenergie beschloß, soll der Bundesschatzmeister Karry umgehend die Annullierung dieses Beschlusses durch den nächsten Parteitag gefordert haben, weil er sonst die Partei nicht finanziell auf die Beine bringen könne. Verheugen habe damals in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der Geschäftsführung der Friedrich-Naumann-Stifung mehrere Spendenquittungen über jeweils eine viertel Million Mark zu unterschreiben gehabt, berichtet Goergen weiter. Er habe diese Quittungen blanko unterschrieben und dem Beauftragten des Bundesschatzmeisters übergeben, also selber nicht gewußt, woher das Geld kommen würde. Aufgrund von Karrys Intervention sei dann bei Verheugen der Groschen gefallen: „Es kommt also von der Atomindustrie.“

Eine dieser Blanko-Quittungen über eine Spende von 250.000 Mark für die Naumann-Stiftung, die auf den 18. Mai 1978 datiert und von Verheugen unterschrieben ist, veröffentlicht Goergen im Faksimile auf Seite 184 seines Buches. Er will sie einem anonymen Briefumschlag entnommen haben, den er viele Jahre später erhalten habe.

Auf Seite 170 tritt Goergen den ehemaligen Parteifreund ein weiteres Mal vors Schienbein, indem er eine vom 1. Juli 1981 datierte Quittung abdruckt, in der Verheugen den Empfang von 300.000 Mark „zur Weitergabe für Portugal“ bestätigt. Das Dokument illustriert, wie die Schatzmeister der Bundestagsparteien damals Bargeld vom Auswärtigen Amt erhielten, um es über Vertrauensleute nach Portugal oder Spanien zu bringen. Die beiden Länder hatten soeben ihre jahrzehntelangen Diktaturen überwunden und befanden sich politisch im Umbruch. Um die ihnen nahestehenden „gemäßigten“ Parteien zu stärken, bedienten sich die Bundestagsparteien ihrer jeweiligen Stiftungen. Die Mittel kamen aus Steuergeldern und wurden bar über die Grenze gebracht, um keine Spuren zu hinterlassen.

Im Vergleich mit Möllemanns Pamphlet „Klartext“, hinter dem manche Auguren ebenfalls die Handschrift Goergens erkennen wollten, war „Skandal FDP“ weniger polemisch, informationshaltiger und insgesamt lesenswerter. Der Name des Verfassers besaß aber offensichtlich nicht dieselbe Zugkraft: Während Möllemanns Machwerk vom Bertelsmann-Verlag in einer Startauflage von 80.000 Exemplaren auf den Markt geworfen wurde, erschienen Goergens Reflexionen und Bekenntnisse in einem Kleinverlag, der bis dahin gerade mal zwei Bücher herausgebracht hatte.

Westerwelle bekennt, dass er schwul ist

Auch Niebel und Koch-Mehrin verbinden Sex und Politik mehr oder weniger gekonnt

„Solange der mich nit anfasst, isset mir ejal", soll Konrad Adenauer gesagt haben, als er mit dem Verdacht konfrontiert wurde, sein Außenminister Heinrich von Brentano sei homosexuell. Für die damalige Zeit war das eine erstaunlich liberale Einstellung, denn Homosexualität war noch strafbar und ein diesbezügliches Strafverfahren hätte das Ende jeder Politiker-Karriere bedeutet - so wie es 1961 dem ersten Wehrbeauftragten Helmut von Grolman erging, nachdem er verdächtigt worden war, mit einem Kellner unerlaubte Kontakte gehabt zu haben.

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle riskierte dagegen weder strafrechtliche Verfolgung noch öffentliche Ächtung, als er sich im Juli 2004 bei einer Feier zum 50. Geburtstag der CDU-Vorsitzenden Angela Merkel erstmals mit einem männlichen Lebenspartner in der Öffentlichkeit präsentierte. Seine Homosexualität war längst kein Geheimnis mehr, obwohl seine PR-Berater eine Zeitlang versucht hatten, ihn zum heterosexuellen Junggesellen und Traum aller Schwiegermütter zu stilisieren, der nur aus Mangel an Gelegenheit noch nicht die passende Frau gefunden habe.

„Da sehe ich Frau Thatcher schon ihr Handtäschchen schwingen."

Allenthalben wurde über Westerwelles Veranlagung gestichelt. Vor allem die Homo-Szene mokierte sich über das Versteckspiel des schwulen Parteivorsitzenden. Selbst im Bundestag kam es zu einer diskreten Anspielung, als der SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering die politischen und sexuellen Präferenzen des FDP-Chefs zur Witzfigur einer neoliberalen Tunte

zusammenfügte: „Wenn ich Herrn Westerwelle höre, dann sehe ich Frau Thatcher schon ihr Handtäschchen schwingen."

Das Bundestagsprotokoll vom 14. März 2003 vermerkte an dieser Stelle „Heiterkeit und Beifall" bei den Regierungsparteien. Westerwelle reagierte blitzschnell, indem er sich der Handtasche einer Kollegin bemächtigte und diese unter „Heiterkeit im ganzen Hause" hochhielt.

Müntefering stichelte weiter: „Herr Westerwelle, das habe ich doch vermutet." Und Westerwelle antwortete: „Nein! Das haben Sie gewußt, mein Lieber!"

Ziemlich grobschlächtig war dagegen das Pamphlet „Klartext", in dem Jürgen Möllemann behauptete, Westerwelle werde aufgrund dunkler Punkte in seiner Vita vom israelischen Geheimdienst erpreßt. Die eigentliche Infamie bestand dabei nicht in der Anspielung auf Westerwelles Homosexualität, sondern in der Andeutung, daß damit strafbare Erpressungsgründe verbunden sein könnten.

Klaus Wowereit und Ole von Beust kamen Westerwelle zuvor

Die bloße Homosexualität von Politikern konnte inzwischen kaum noch als Karrierehindernis gelten. Der SPD-Politiker Klaus Wowereit brachte es 2001 mit dem Spruch „Ich bin schwul und das ist auch gut so!" sogar zum Regierenden Bürgermeister von Berlin. Mit dem dadurch ausgelösten Medien-Getöse verdeckte er erfolgreich, daß er kaum über andere Qualitäten verfügte. Das Erstaunen war deshalb groß, als Wowereit Ende 2004 bei einem Fernsehauftritt einen einfachen PISA-Test nicht lösen konnte: Weder wußte er, wie lange der Zweite Weltkrieg gedauert hatte, noch konnte er „Rhythmus" richtig buchstabieren. Bei der Lösung der Rechenaufgabe 3 + 8 x 2 kam er sogar aus völlig unerfindlichen Gründen auf die Zahl 20....

„Jetzt haben Sie die Chance verschenkt, der erste politische Bekenner zu sein", sagte Möllemann zu Westerwelle, als

Wowereit sein Schwulsein erfolgreich an die große Glocke gehängt hatte. So kolportierte es jedenfalls der Möllemann-Intimus Goergen in seinem Buch „Skandal FDP".

Im August 2003 wehrte sich der Hamburger Bürgermeister Ole von Beust (CDU) erfolgreich gegen den Versuch seines Koalitionspartners Ronald Schill, ihn wegen seiner - bis dahin als Privatsache behandelten - sexuellen Veranlagung unter Druck zu setzen. Schill glaubte herausgefunden zu haben, daß Justizsenator Roger Kusch der Intimpartner des Bürgermeisters sei und nur deshalb von Beust in den Senat geholt worden sei. In Wirklichkeit pflegten beide Politiker zwar enge freundschaftliche und geschäftliche Beziehungen, waren aber nicht auf dieser Ebene verbandelt.

Als Schill dem Bürgermeister unter vier Augen mit der öffentlichen Enthüllung der vermeintlichen Beziehung drohte, tat Beust das einzig Richtige, indem er ihn aus dem Zimmer warf und auf der Stelle als Innensenator entließ. Auch die Schill-Partei trennte sich von ihrem Gründer und Namensgeber. Prompt stieg Ole von Beusts Sympathiekurve: Bei den folgenden Hamburger Wahlen im Februar 2004 konnte die CDU ihren Stimmenanteil in spektakulärer Weise von 26,2 auf 47,2 Prozent erhöhen. Die Schill-Partei behielt kein einziges ihrer 26 Mandate.

Die Illustrierte „stern" schrieb damals mit Blick auf Westerwelle: „Mit Ole von Beust hat ein schwuler Christdemokrat, der sich zu seiner Orientierung bekennt, eine absolute ‚bürgerliche' Mehrheit erobert. Es gibt Liberale, denen der Mut dazu fehlt."

Westerwelle ging also wirklich kein großes Risiko ein, als er sich zum ersten Mal in der Öffentlichkeit mit dem 36jährigen Michael Mronz zeigte und via „Bild-Zeitung" öffentlich kundtat, was ohnehin schon fast jeder wußte. Der Kieler FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki gratulierte über die Medien mit wohlgesetzten Worten: „Ich freue mich für Guido, daß er einen Lebenspartner gefunden hat. Denn nichts ist wichtiger im Leben als eine stabile Zweierbeziehung."

Westerwelle kommt in seiner neuen Rolle als Schwulen-Vorkämpfer nicht an

Problematischer wurde es, als Westerwelle kurz darauf im „Spiegel" die volle Gleichbehandlung von homo- und heterosexuellen Partnerschaften forderte. So wollte er das Adoptionsrecht, das nach dem Lebenspartnerschaftsgesetz nur für leibliche Kinder eines schwulen Partners gilt, auf alle „festen gleichgeschlechtlichen Paare" ausweiten. Ferner sollten solche Paare künftig in den Genuß des Ehegatten-Splittings kommen.

Unionspolitiker machten sofort deutlich, daß hier die Verbeugung vor der „political correctness" aufhörte und eine derartige Gleichstellung für sie keinesfalls in Frage kam. „Wir brauchen nicht mehr Schwule, sondern Familien, die Kinder kriegen und großziehen", meinte der Brandenburger Innenminister Jörg Schönbohm. „Dafür gibt es keine Mehrheit", erklärte kategorisch der CSU-Bundestagsabgeordnete Hans-Peter Uhl. Ähnlich äußerte sich der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel. Allerdings signalisierte die Union ihre Bereitschaft, bei einer Koalition mit der FDP auf die ursprünglich angekündigte Rückgängigmachung des Lebenspartnerschaftsgesetzes der rot-grünen Regierung zu verzichten.

In der FDP wurde Westerwelles neue Rolle als Schwulen-Vorkämpfer mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Dem hessischen FDP-Fraktionschef Jörg-Uwe Hahn gingen Westerwelles Vorstöße „eindeutig zu weit." Solche Positionen könnten die FDP Wählerstimmen kosten, gab er zu bedenken.

Verluste an Wählerstimmen waren auch deshalb zu befürchten, weil einem bekennenden Schwulen an der Spitze der Partei kaum ein hinreichendes Verständnis für die Probleme von Normalfamilien zuzutrauen war. Die FDP hatte dieses Gebiet seit jeher vernachlässigt. Sie war die typische Partei für gutverdienende Alleinstehende und Ehepaare mit möglichst wenig Kindern.

„Familie ein Unwort für Westerwelle und Gerhardt“

„Westerwelle und Gerhardt nehmen das Wort Familie nicht in den Mund; das ist offenbar ein Unwort für beide“, beklagte sich die familienpolitische Sprecherin der Partei, die FDP-Bundestagsabgeordnete Ina Lenke, im Januar 2005. Die FDP dürfe nicht nur gutverdienende Kinderlose ansprechen, sondern müsse sich auch der Probleme junger Familien annehmen. Man sei in der Parteizentrale wohl der Meinung, daß Familienpolitik das klassische Wirtschaftsbürgertum abschrecke.

Aus der Sicht von Wahlstrategen war natürlich das Stimmenpotential der Homosexuellen auch nicht zu verachten. In konzentrierter Form hätte es sicher ausgereicht, die FDP weit über die Fünf-Prozent-Hürde zu heben. Aber mit Westerwelle waren hier kaum Punkte zu machen. Als politische Interessenvertretung der homosexuellen Klientel hatten sich längst die Grünen mit ihrem Abgeordneten Volker Beck positioniert. Für SPD und Union war Homosexualität ebenfalls kein Stigma mehr, wie Klaus Wowereit und Ole von Beust zeigten, die immerhin zwei Bundesländer regierten.

Mit seinem Vorstoß für das uneingeschränkte Adoptionsrecht und das Ehegatten-Splitting für homosexuelle Paare versuchte Westerwelle wohl, diese reichlich vorhandene und bereits gut etablierte Konkurrenz zu übertrumpfen. Er stieß damit nicht nur solche FDP-Wähler vor den Kopf, die immer noch einen - und sei es nur steuerlichen - Unterschied zwischen Ehe und „Homo-Ehe“ gemacht sehen wollten. Er rief auch gereizte Reaktionen bei Homosexuellen hervor, die ihm vorwarfen, der bloßen Effekthascherei wegen den Bogen des politisch Möglichen zu überspannen und damit das bereits Erreichte in Form des mehrfach verbesserten Lebenspartnerschaftsgesetzes zu gefährden.

Dirk Niebel schreibt für das Schmuddelblatt „praline“

Unterdessen widmete sich der Bundestagsabgeordnete und neue Generalsekretär Dirk Niebel der heterosexuellen Wählerschaft

der FDP, indem er seit April 2004 regelmäßig Kolumnen für das Soft-Porno-Blättchen „praline“ verfaßte. Da die klassische Wählerschaft der FDP nicht in diesem schmuddeligen Umfeld zu suchen war, handelte es sich wohl um den kühnen Versuch, völlig neue Wählerschichten zu erschließen und den Begriff Volkspartei im Sinne von „Pöbel“ neu zu besetzen.

Zwar erteilte Niebel keine Ratschläge, wie Mann und Frau am besten zum Höhepunkt der Lust gelangen und wer dabei wie auf wem zu liegen habe. Der ehemalige Arbeitsamtsangestellte hielt sich vielmehr brav an sein Fachgebiet, das ihn in der FDP zum Experten für Arbeitsmarktpolitik prädestiniert hatte. Zwischen „Komm auf meine Lustmatratze“ und den „schönsten Sex-Positionen auf Teppich & Parkett“ gab er Ratschläge zur Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung nach „Hartz IV“ oder verurteilte die Zunahme der Schwarzarbeit.

Kein Zweifel: Die FDP hatte endlich ihr Herz für die Minderbemittelten entdeckt. Und endlich hatte sie auch erkannt, wie der Arbeitslosigkeit wirksam zu begegnen war: Unter der Parole „Mit Niebel und der Praline gegen Arbeitslosigkeit“ starteten der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP und der Heinrich-Bauer-Verlag gemeinsam eine „Job-Offensive“, die zumindest die Arbeitsplätze bei dem Schmuddelblättchen etwas gefestigt haben könnte.

Stolz verschickte Niebel von seiner ersten Kolumne in der „praline“ fünfzig Exemplare an Parteifreunde. Allerdings nur die Seite mit den Arbeitsmarkt-Tips. Vorsorglich hatte er sich ausbedungen, daß auf dieser Seite keine koitierenden Paare zu sehen sein durften.

Auf pikierte Nachfrage seiner Heimatzeitung lief der wackere Bekämpfer der Arbeitslosigkeit zu liberaler Hochform auf: „Wer sein ganz persönliches Stilempfinden wichtiger nimmt als den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, sollte sich fragen, ob seine Maßstäbe den Problemen unserer Zeit entsprechen.“

Silvana Koch-Mehrin präsentiert ihren schwangeren Bauch in einer Illustrierten

Ab September 2004 schrieb auch die frisch gewählte Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin für „praline“, indem sie echte oder angebliche Leserfragen zur Europäischen Union beantwortete. Beispielsweise rechnete sie vor, daß die 900 Millionen Euro für die Übersetzungsdienste der EU jeden Bürger jährlich nur den Preis von einer Tasse Cappuccino kosten würden.

Auf den Umgang mit Medien verstand sich Koch-Mehrin bereits: Die Zeitschrift „Freundin“ hatte sie deshalb zur „Frau des Jahres 2000“ gekürt. Ein ausgesprochenes Männer-Sexblatt fehlte aber noch in ihrem medialen Portefeuille.

Anfang März 2005 schloß Koch-Mehrin eine weitere Lücke, indem sie ihren nackten Bauch, mit dem sie im achten Monat schwanger war, in Großaufnahme in der Illustrierten „stern“ präsentierte. Natürlich ging es auch hier um höhere Ziele als um die Schaulust des Publikums und den Ehrgeiz einer Selbstdarstellerin: Die Bilder seien ein „dramatisches Zeichen der Emanzipation“, versicherte die 34jährige FDP-Politikerin, die in Brüssel mit einem irischen Juristen zusammenlebte, von dem sie bereits ein Kind hatte.

Bei soviel liberaler Vorurteilslosigkeit und selbstlosem Körpereinsatz war es vielleicht nur noch eine Frage der Zeit, bis Dirk Niebel und Silvana Koch-Mehrin auch als Akteure im Bildteil der „praline“ auftauchen würden...

Amoklauf gegen die Gewerkschaften

Für Westerwelle sind sie „die wahre Plage in Deutschland“ / Ganz nach seinem Geschmack ist dagegen der neue Bundespräsident Horst Köhler

Es bleibt rätselhaft, was den FDP-Vorsitzenden Westerwelle veranlaßte, Anfang 2003 eine Art Amoklauf gegen die Gewerkschaften zu beginnen. Die Gewerkschaften waren so schwach wie nie zuvor. Allein die Arbeitslosigkeit machte ihnen mächtig zu schaffen. Bei allen Gewerkschaften sanken die Mitgliederzahlen, ihre Finanzlage war desolat. Auch der politische Einfluß war ihnen abhanden gekommen, denn die SPD, die den größten Teil ihrer Geschichte eng mit den Gewerkschaften verbunden war und als deren politischer Arm fungierte, war spätestens unter Schröder ins Unternehmerlager abgedriftet.

Vielleicht war es gerade diese Schwäche der Gewerkschaften, die Westerwelle zu seinen Attacken ermutigte. Für einen politischen Winzling wie die FDP wäre es riskant gewesen, sich mit starken Arbeitnehmervertretungen anzulegen. Unter den gegenwärtigen Umständen ging sie kein sonderliches Risiko ein. Möglicherweise glaubte Westerwelle, die FDP damit gegenüber den Unionsparteien profilieren zu können, die sich zur selben Zeit um eine Verbesserung ihres Verhältnisses zu den Gewerkschaften bemühten. Dies wäre aber eine sehr kurzsichtige Rechnung gewesen. Denn er erreichte mit seinen Pöbeleien nichts anderes, als daß die FDP den letzten Kredit bei allen wirklich liberalen Kräften verlor. Man brauchte kein Freund der Gewerkschaften zu sein, um die Forderung des FDP-Vorsitzenden nach „Entmachtung“ der Arbeitnehmerorganisationen als Angriff auf die in Artikel 9 des Grundgesetzes verankerte Koalitionsfreiheit zu verstehen.

Den vordergründigen Anlaß für Westerwelles Amoklauf bot das „Bündnis für Arbeit", das die rot-grüne Bundesregierung in einer ersten Version 1996 mit Vertretern der Arbeitgeber und der Gewerkschaften geschlossen und dann zu Beginn ihrer zweiten Regierungsperiode 1998 erneuert hatte. Es war nie viel mehr als eine politische Schauveranstaltung gewesen, obwohl Bundeskanzler Schröder die zweite Auflage des Bündnisses zum zentralen Projekt der neuen Bundesregierung und zum „Fokus unser Politik der neuen Mitte" erklärt hatte. Es scheiterte beide Male auch sehr schnell, weil die Gewerkschaften nicht bereit waren, sich von Arbeitgebern und Bundesregierung über den neoliberalen Tisch ziehen zu lassen. Im Schlußakt des Polittheaters bot der Arbeitgeberpräsident Hundt am 6. Februar 2003 den Gewerkschaften pompös eine Ausbildungsplatzgarantie an, wofür diese freilich einen Abbau von Arbeitnehmerrechten, die Zerstörung der Tarifautonomie und etliche weitere neoliberale Zumutungen hätten hinnehmen müssen, was die IG Metall unverzüglich ablehnte.

„Aufstand der Anständigen gegen die Funktionäre"

Hier begann nun Westerwelles Auftritt: Noch am selben Tag, an dem die IG Metall Hundts Danaergeschenk zurückwies, bezeichnete er die Gewerkschaften als „Plage für unser Land". Die Gewerkschaftsfunktionäre hätten sich vom wahren Leben entfernt und orientierten sich nicht mehr an den Interessen der Arbeitnehmer. Es bedürfe deshalb eines „Aufstands der anständigen Mitglieder in den deutschen Gewerkschaften", um die „ewig gestrigen" Funktionäre zu entmachten. Die Bundesregierung müsse nun „die für den Arbeitsmarkt notwendigen Reformen auch gegen den Widerstand der Gewerkschaftsfunktionäre durchsetzen".

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer forderte Westerwelle umgehend auf, „sofort seine aus dem Wörterbuch des Unmenschen gegriffene Wortwahl zu ändern". Gewerkschaften seien demokratische Organisationen und ebenso wie die Parteien keine

Plage. Seine Wortwahl lasse nur den Schluß zu, „daß sich in der FDP nicht nur Herr Möllemann im Ton und im Wort vergreift". Westerwelle antwortete dem DGB-Vorsitzenden: „Ich sehe keine Veranlassung, meine Einschätzung zurückzunehmen. Es handelt sich dabei keineswegs um eine Wortwahl aus dem ‚Wörterbuch des Unmenschen', wie Sie schreiben, sondern um eine Begrifflichkeit aus der Bibel."

Für „Entmachtung" der Gewerkschaften und „neue Autonomie in den Betrieben"

Es folgten zahlreiche weitere Rüpeleien Westerwelles, der es zu genießen schien, mit seinen Angriffen auf die Gewerkschaften zuverlässig in die Medien zu kommen. So bekräftigte er am 9. Februar 2003 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk seinen Vorwurf, daß die Gewerkschaften ein „Plage" seien, und bezeichnete es als Aufgabe der Politik, „ den Einfluß dieser Gewerkschaftsfunktionäre auf die Wirtschaftspolitik verringern". Am 22. Februar sprach er in einem Interview mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" von den Gewerkschaftsfunktionären als „Betonköpfen der Nation" und „Sonnenkönigen der Verkrustung". Funktionäre wie „der grüne Verdi-Chef Bsirske" und seine Stellvertreterin Margret Mönig-Raane seien „die Totengräber des Sozialstaates und des Wohlstandes in unserem Land". Die Gewerkschaften müßten „entmachtet" werden zugunsten einer „neuen Autonomie in den Betrieben".

Als am 24. Februar der SPD-Gewerkschaftsrat unter Leitung des Bundeskanzlers Schröder und des DGB-Vorsitzenden Sommer tagte, schmähte Westerwelle diese innerlich längst heillos zerstrittene Runde als „Gremium, das amtliche Verfilzung zum Maßstab erhebt". Es sei an der Zeit, daß die SPD mehr Distanz zur Politik der Gewerkschaften entwickele.

Nur zwei Tage später legte sich Westerwelle mit dem IG Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel an, weil dieser die Bundesregierung aufgefordert hatte, sich von ihrem strikten Sparkurs zu verabschieden und die Wirtschaft durch vermehrte Investitio-

nen zu beleben. „Die Vorstellungen von Herrn Zwickel machen den Euro zu einer Weichwährung und führen Deutschland in eine soziale Katastrophe für Millionen von Arbeitnehmern," tönte Westerwelle im Pressedienst der Partei. „Diese Politik der Starrheit angesichts von mehr als 4,5 Millionen Arbeitslosen ist erschütternd und herzlos, und sie ist ein Verrat an den Mitgliedern der Gewerkschaften."

Den Gipfel der Rabulistik erreichte der angebliche Vorkämpfer für die Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitslosen, als er den Gewerkschaften vorwarf, sich durch eigenes Verschulden selber zu schwächen: „Ich bin immer für starke Tarifparteien eingetreten. Selbstverständlich ist die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in der Vergangenheit ohne starke Gewerkschaften nicht vorstellbar. Die Gewerkschaften schwächen sich allerdings selbst, wenn sich ihre Funktionäre fortgesetzt in Politikbereiche einschalten, für die der Bürger sie nicht legitimiert hat."

„Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft" nach Art von Margaret Thatcher

In der „Bild am Sonntag" vom 2. März 2003 pries Westerwelle die Entmachtung der Gewerkschaften in Großbritannien als richtungsweisend auch für Deutschland: „Wir müssen uns bei der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher zum Vorbild nehmen." Der IG Metall-Chef Zwickel hatte demnach wohl nicht ganz Unrecht, als er Westerwelle vorwarf, dieser wolle die Gewerkschaften am liebsten „mit einem Einsatzbefehl beseitigen".

Den „Tag der Arbeit" am 1. Mai beging die FDP auf ihre Weise: Vor 500 angereisten Neumitgliedern wiederholte Westerwelle in der Berliner Parteizentrale seinen Vorwurf, daß die Gewerkschaftsfunktionäre eine Plage für Deutschland seien und durch einen „Aufstand der Anständigen" in den Gewerkschaften entmachtet werden müßten. Anschließend spazierten die Neumitglieder von der Parteizentrale zum Reichstag, vorbei an ei-

ner Plakatwand, auf der Westerwelle den Spruch „Alle Räder stehen still, weil der DGB es will“ hatte anbringen lassen. Das ganze war nach Westerwelles Worten „eine Gegenkundgebung nach dem Motto ‚Blau-gelbe Vernunft gegen rote Fahnen des Klassenkampfes‘“.

Die Heftigkeit, mit der Westerwelle die Gewerkschaften attakkierte, war auch innerhalb der Partei nicht nach jedermanns Geschmack. „Die FDP muß aufpassen, daß sie den Gesprächsfaden zu den Gewerkschaften nicht verliert“, warnte der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende Jürgen Koppelin. „Ich hätte das mit anderen Worten gesagt.“ Der FDP-Fraktionschef im Kieler Landtag, Wolfgang Kubicki, distanzierte sich noch deutlicher von den verbalen Entgleisungen seines Parteichefs. „Statt bestimmte Leute zu beschimpfen, sollten wir den Dialog mit den vernünftigen Gewerkschaftern suchen.“

FDP will eigenen Kandidaten fürs höchste Staatsamt durchsetzen

Es wurde dann zeitweilig etwas ruhiger um Westerwelle und seine Antipathie gegenüber den Gewerkschaften. Vermutlich hatte dies auch damit zu tun, daß der Parteichef sich nun der anstehenden Neuwahl des Bundespräsidenten widmen mußte und derart schrille Töne die Verständigung mit den Unionsparteien auf einen gemeinsamen Kandidaten nur gefährden konnten. Denn führende CDU-Politiker machten der FDP Avancen. So erklärte der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Wolfgang Böhmer, im August 2003, daß es mit Theodor Heuss und Walter Scheel bereits zweimal gute Präsidenten von der FDP gegeben habe, die auch für die Union akzeptabel gewesen seien. „Was schon einmal war, ist auch in Zukunft wieder vorstellbar.“

Da weder die Unionsparteien noch die rot-grüne Koalition in der Bundesversammlung über eine Mehrheit verfügten, glaubte man in der FDP zunächst tatsächlich, einen eigenen Kandidaten durchsetzen zu können. Intern wurden Klaus Kinkel,

Wolfgang Gerhardt und Cornelia Schmalz-Jacobsen als mögliche Anwärter gehandelt. Bei Nichtakzeptierung ihres Kandidaten durch die Union hätte die FDP damit drohen können, für die Wiederwahl von Johannes Rau bzw. eines anderen Kandidaten der rot-grünen Koalition zu stimmen. Der frühere nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau (SPD) war 1999 im zweiten Wahlgang Bundespräsident geworden, weil es Union und FDP nicht gelungen war, sich auf eine gemeinsame Linie zu einigen.

Noch im Januar 2004 bestand die FDP darauf, den künftigen Bundespräsidenten zu stellen. Sie sondierte in dieser Frage auch bei der SPD, um die Union unter Druck zu setzen, in deren Reihen der frühere CDU-Vorsitzende Wolfgang Schäuble und der Ex-Umweltminister Klaus Töpfer als Kandidaten gehandelt wurden.

Horst Köhler wird neuer Bundespräsident und übernimmt Westerwelles Pressesprecher

Bei den weiteren Verhandlungen mit der Union einigte man sich dann auf eine völlig andere Person, die zwar seit 1981 Mitglied der CDU war, aber von ihrem geistigen Zuschnitt her genauso und noch besser in die FDP gepaßt hätte: Der Kompromißkandidat hieß Horst Köhler und war im Jahr 2000 auf Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) für eine Amtszeit von fünf Jahren zum Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) bestellt worden. Als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium hatte Köhler für den damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl die G7-Wirtschaftsgipfel in Houston (1990), London (1991), München (1992) und Tokio (1993) vorbereitet. Von 1993 bis 1998 leitete er als Präsident den Deutschen Sparkassen- und Giroverband und anschließend zwei Jahre lang die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) in London. Köhler war praktisch wie theoretisch ein Repräsentant des Neoliberalismus. Der FDP empfahl er sich zusätzlich dadurch, daß er neben Margaret Thatcher auch Otto Graf Lambsdorff zu seinen Vorbildern zählte.

Am 4. März 2004 nominierten die Präsidien von CDU, CSU und FDP offiziell Horst Köhler als gemeinsamen Kandidaten, und am 23. Mai wurde er mit 604 von 1202 gültigen Stimmen zum neunten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt. Die Gegenkandidatin Gesine Schwan (SPD) erhielt 589 Stimmen. Zu seinem Pressesprecher erkor der neue Bundespräsident Manfred Kothé, der bisher Guido Westerwelle in dieser Funktion gediente hatte.

Müntefering stößt Kapitalismus-Debatte an

Die Sozialdemokratin Gesine Schwan hätte nicht nur als Frau, sondern auch als erklärte Gegnerin des herrschenden Neoliberalismus eine Alternative zu Horst Köhler dargestellt. In der SPD war derartiges Aufbegehren gegen den von Schröder verfolgten Kurs damals noch ungewöhnlich. Aber das Scheitern des Kanzlers war absehbar. Immer mehr Sozialdemokraten erkannten ihre Partei nicht mehr, traten aus oder resignierten. Ein erstes deutliches Krisenzeichen auch nach außen war, daß Schröder am 21. März 2004 den Parteivorsitz an Franz Müntefering abgab. Und als Müntefering im April 2005 plötzlich sogar Kapitalismus-Kritik zu üben begann, war klar, daß die Partei sich auf die Zeit nach Schröder vorzubereiten begann. Unter anderem erklärte Müntefering: „Wer geglaubt hat, die Wirtschaft könne alles besser, wenn man sie nur lasse, der muß jetzt einsehen: Das ist falsch!“. Der Staat dürfe nicht machtlos zusehen, „wie gesunde Firmen plattgemacht werden, Arbeitnehmer wegen illegaler Geschäfte arbeitslos werden und sich Geschäftemacher die Taschen voll stopfen“. Ebenso könne es nicht weiter hingenommen werden, daß internationale Finanzspekulanten wie „Heuschrecken“ über deutsche Unternehmen herfielen, sie abgrasten und danach weiterzögen.

Westerwelle kennt die wahren Heuschrecken

FDP-Chef Westerwelle beteiligte sich an der von Müntefering angestoßenen Kapitalismus-Debatte, indem er im Magazin „Focus“ erklärte: „Das Problem sind nicht die angeblichen Heu-

schrecken-Unternehmer, sondern die Bsirskes und die Engelen-Kefers. Die Gewerkschaftsfunktionäre sind die wahre Plage in Deutschland, denn deren Politik kostet Hunderttausende Arbeitsplätze." Nach einem Wahlsieg von Union und FDP im Herbst 2006 werde man die Gewerkschaftsfunktionäre entmachten, das bisherige Tarifvertragssystem durch betriebliche Vereinbarungen aufbrechen und die paritätische Mitbestimmung durch eine Drittelbeteiligung ersetzen, wobei die Aufsichtsratsmitglieder der Arbeitnehmerseite nur aus dem Betrieb kommen dürfen.

Nicht nur die Gewerkschaften reagierten dieses Mal schärfer. Auch alle anderen Bundestagsparteien gingen auf Distanz. „Was Herr Westerwelle da vorgibt, wird niemals Inhalt einer Bundesregierung von CDU und FDP sein", versicherte der Arbeitsmarktexperte der CDU, Karl-Josef Laumann. Für die Grünen bezeichnete Volker Beck die FDP als eine „inhaltslose Klientelpartei der Sozialräuber".

„Postpubertäre Äußerungen"

Sogar innerhalb der FDP fand Westerwelles Amokklauf gegen die Gewerkschaften nur bei Gefolgsleuten wie Andreas Pinkwart und Cornelia Pieper bedingungslose Unterstützung. Maßgebliche Teile der Partei verfolgten dagegen mit Unbehagen bis Entsetzen, wie der Vorsitzende wieder mal völlig ohne Not politisches Porzellan zerschlug. Zum Beispiel hatte Westerwelle nun auch die konservative IG Bergbau-Chemie-Energie vergrätzt, die Schröders neoliberalen Kurs durchaus unterstützte und Westerwelle sogar zu ihrem nächsten Gewerkschaftstag eingeladen hatte. Nun blieb dem Gewerkschaftsvorsitzenden und Schröder-Freund Schmoldt gar nichts anderes übrig, als Westerwelle mit Aplomb wieder auszuladen. Schmoldt hätte sonst einen Eklat auf dem Gewerkschaftstag und die eigene Position riskiert.

Der stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Landtag von Schleswig Holstein, Heiner Garg, bezeichnete deshalb Westerwelles Attacken als „postpubertäre Äußerungen". Der

ehemalige Bundesinnenminister Gerhart Baum warnte vor einer Ausgrenzung der Gewerkschaften: Der FDP-Vorsitzende müsse „die Gewerkschaften für Reformen gewinnen, er darf sie nicht zu Feindbildern machen." Der Altliberale Burkhard Hirsch mahnte den Parteichef ebenfalls zu einer Kursänderung: „Ich denke, daß wir das Gespräch insbesondere mit den Gewerkschaften wieder aufnehmen und suchen müssen."

Sofern Westerwelles Attacken auf die Gewerkschaften irgendeine Wirkung gehabt haben sollten, war diese für die FDP sicher kontraproduktiv: Denn eine kleine aktive Minderheit von Gewerkschaftern erwog schon seit längerem, eine neue Partei links von der SPD zu gründen, deren einziger wesentlicher Programmpunkt der Kampf gegen Ideologie und Praxis des Neoliberalismus war. Westerwelles Tiraden waren Wasser auf die Mühlen dieses Dissidenten, die von der etablierten Gewerkschaftsbürokratie eher mit Mißtrauen beäugt wurden. Der FDP-Chef stimulierte so unwillentlich die Neugründung einer fünften Partei und eine Veränderung des Parteiengefüges insgesamt, die für die FDP bald höchst fatal zu werden drohte.

Programmatik ohne Resonanz

Die neoliberalen Mogelpackungen kommen nicht so an, wie es ihre Urheber gern hätten

Der SPD-Vorsitzende Franz Müntefering hatte zumindest im Regierungslager die Lacher auf seiner Seite, als er dem FDP-Vorsitzenden Westerwelle in der Haushaltsdebatte des Bundestags am 26. November 2004 vorhielt: „Wenn Sie über Liberalismus reden, das klingt so, als wenn Daniel Küblböck ‚Großer Gott, wir loben Dich' singt."

Bei dem erwähnten Daniel Küblböck handelte es sich um einen Möchtegern-Gesangstar, der seinen Erfolg in einer Fernsehshow vor allem dem Umstand verdankte, daß er gar nicht singen konnte.

In der Tat war der FDP-Vorsitzende alles andere als ein überzeugender Interpret liberaler Politik. Daß er es dennoch an die Spitze einer Partei gebracht hatte, die den Liberalismus für sich reklamierte, legte nicht nur den Vergleich mit Daniel Küblböck nahe, sondern auch die Erweiterung dieses Vergleichs auf die gesamte Partei.

Die FDP wird zum Propagandisten des neuen Sozialdarwinismus

Die schrillsten Mißtöne erzeugte die FDP, indem sie Marktradikalismus mit Liberalismus verwechselte. Zwar war sie immer eine Partei gewesen, die in besonderem Maße die „freie Marktwirtschaft" gepriesen hatte, während die Union lieber von „sozialer Marktwirtschaft" sprach und die SPD sogar ein bißchen mit „gemeinwirtschaftlichen" Vorstellungen liebäugelte. Mittlerweile vertraten aber alle Bundestagsparteien grundsätzlich neoliberale Positionen, wodurch die FDP dieses frühere

„Alleinstellungsmerkmal" verlor. Sie mochte sich dadurch bestätigt fühlen, aber es waren andere Parteien, die Richtung und Schnelligkeit des neoliberalen Durchmarsches angaben. Da die FDP noch nie eine wirklich liberale Partei gewesen war, erlag sie der Versuchung, sich wenigstens virtuell an die Spitze dieses neoliberalen Durchmarschs zu setzen, der tatsächlich eher eine neokonservative Machtergreifung war und eine zutiefst antiliberale Stoßrichtung hatte. Sie überbot nun alle anderen Parteien programmatisch an Marktradikalismus, Privatisierungsbesessenheit und Gewerkschaftsfeindlichkeit. In der Öffentlichkeit wurden ihre Manifeste aber kaum wahrgenommen, da jedermann wußte, daß die Musik woanders spielte und die FDP selbst im Falle einer Regierungsbeteiligung am kürzeren Hebel saß. Sogar als Westerwelle sich wie ein neoliberaler Pitbull in die Gewerkschaften verbiß, wurde er eher als kleiner Kläffer und Wadenbeißer empfunden. Bei Gewerkschaftern war die FDP allerdings nun endgültig unten durch - „verhaßt" wäre schon wieder ein zu großes Wort gewesen für die Verachtung, die ihr allmählich auch aus intellektuellen Kreisen entgegenzuschlagen begann.

Die FDP galt als der lauteste Propagandist eines neuen Sozialdarwinismus, der den „Kampf ums Dasein" in die angeblich unerbittlichen Gesetze der Ökonomie kleidete und ideologisch zum Freiheitskampf des Individuums überhöhte. Nicht zufällig wurde von den neoliberalen Misssionspredigern nun immer wieder der Nationalökonom Joseph Alois Schumpeter zitiert, der den Kapitalismus als Prozeß der „schöpferischen Zerstörung" charakterisiert hatte. Sie hätten genauso das „Kommunistische Manifest" zitieren können, in dem dasselbe schon hundert Jahre früher gesagt worden war. Aber das taugte natürlich nicht als Referenz. Es ging ihnen ja nur um eine wohlklingende Umschreibung für „Shareholder value" und andere Formen der Profitgier, die in der Tat zerstörend auf das wirtschaftliche und gesellschaftliche Gefüge wirkten. Im übrigen beriefen sich die Missionsprediger gern auf den Ökonomen und Philosophen

Friedrich August von Hayek, der angeblich ein enorm scharf- und tiefsinniger Denker war. Da Hayek zwar viel zitiert, aber kaum im Original gelesen wurde, entstand sogar die Fama, er könne für vieles, was die Nachbeter aus seinen Gedanken gemacht hätten, nicht verantwortlich gemacht werden. Bei der Lektüre von Hayeks Schriften zeigt sich allerdings schnell, daß er in der Tat so beschränkt war wie seine späteren Adepten.

„Alte, gebt den Löffel ab!"

Welche Drachensaat hier aufging, demonstrierte der 28jährige Jan Dittrich, der im März 2004 zum neuen Vorsitzenden der FDP-Nachwuchsorganisation „Junge Liberale" gewählt worden war. Als Reaktion auf den zweiten „Armuts- und Reichtumsbericht", den die Bundesregierung vorgelegt hatte, verfaßte er am 2. März 2005 im Namen der „Julis" folgende Presseerklärung:

Der neue Armutsbericht macht klar: Die Alten leben auf Kosten der Jungen. Während es jungen Menschen immer schlechter geht, ist die Altersarmut fast beseitigt. Es wird Zeit, daß die Alten von ihrem Tafelsilber etwas abgeben - einen Löffel oder besser gleich ein paar davon! ... Es ist an der Zeit, die Lasten endlich gerecht zu verteilen. Wir brauchen eine radikale Rentenreform. Die Rentenversicherung vom Umlageverfahren auf Kapitaldeckung umzustellen, ist nicht genug. Auch die heutigen Rentner müssen einen Teil ihrer Kohle rausrücken. Wir Jungen können nicht gleichzeitig unseren Lebensunterhalt verdienen, ihre Rente finanzieren und obendrein noch für unser eigenes Alter vorsorgen. Diese Dreifach-Belastung ist zuviel.

Die Unverschämtheit, mit der hier ein Nachwuchs-Westerwelle zu Rentenkürzungen aufrief und sich dabei zum Anwalt der jungen Generation aufwarf, wurde noch überboten durch die Überschrift, die lapidar lautete: *Alte, gebt den Löffel ab!*

Die FDP bekam nun zu spüren, wie allergisch die Öffentlichkeit mittlerweile auf ihre neoliberalen Tiraden reagierte. Die

Rabulistik, die hinter der Überschrift „Alte, gebt den Löffel ab!" steckte, wurde nicht als Rechtfertigung akzeptiert. Die Forderung wurde vielmehr so verstanden, wie sie ohne Bezug zum Text zu verstehen war, nämlich als eine Art Euthanasie-Programm für nicht mehr markttüchtige alte Menschen. Entsprechend hoch schlugen die Wogen der Empörung über dem „Rotzlöffel" Dittrich und seiner Partei zusammen,

Die FDP-Oberen distanzierten sich schleunigst von Dittrich. Unter massivem Druck der Parteiführung mußte er von seinem Amt als Juli-Vorsitzender zurücktreten, obwohl er dafür zunächst überhaupt keine Veranlassung sah. Westerwelle nannte Dittrichs Presseerklärung „geschmacklos und unreif". Fraktionschef Wolfgang Gerhardt sprach von einem „völlig falschen Generationenkampf". Parteivize Rainer Brüderle bezeichnete die Äußerungen als „in keiner Weise akzeptabel, völlig instinktlos und in der Sache falsch". Für den Bundesschatzmeister Hermann Otto Solms waren sie „an Dummheit und Gefühllosigkeit nicht zu überbieten".

Daß die neoliberale Verseuchung parteiübergreifend wütete, hatte ein paar Monate davor der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Philipp Mißfelder, demonstriert. Der 23jährige machte den Vorschlag, Kassenleistungen wie künstliche Hüften und Zahnprothesen ab einem bestimmten Alter zu streichen. Auch hier hatten sich die Parteioberen von CDU und CSU unisono distanziert. Mißfelder durfte jedoch Chef der Jungen Union bleiben.

Am Ende empfand es die FDP selber als höchst unbefriedigend, nur noch als radikale Wirtschaftspartei wahrgenommen zu werden. Es mehrten sich die Stimmen, die eine Schärfung des Parteiprofils auf anderen Gebieten verlangten. Vor allem sollte sich die FDP auf das Eintreten für Rechtsstaatlichkeit, Bürgerrechte und Bildung besinnen. Das waren in der Tat klassische Felder des politischen Liberalismus, die neu zu entdecken löblich gewesen wäre. Sie standen aber in einem zumindest latenten Wi-

derspruch zum Credo des Neoliberalismus, dessen Verständnis von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten schon lange vor Hayek der französische Schriftsteller Anatole France sehr treffend charakterisiert hat: „Das Gesetz macht alle auf erhabene Weise gleich: Es verbietet allen Menschen unter Brücken zu schlafen und Brot zu stehlen - den Armen ebenso wie den Reichen."

Dauerkritik am Parteivorsitzenden

Es lag unter diesen Umständen nicht nur an Westerwelle, wenn die FDP in der Öffentlichkeit nicht so ankam, wie es die Parteifreunde gern gehabt hätten. Es lag schlicht daran, daß sie einen äußerst bornierten und in seinen Konsequenzen antiliberalen Marktradikalismus vertrat. Sie machte sich eine neokonservative Dogmatik zueigen, deren Siegeszug unter Pinochet, Reagan und Thatcher begonnen hatte. Sie bot eine Mogelpackung an, auf der in großen Lettern „Die Liberalen" stand, obwohl der Inhalt anti-liberal war.

Parteiintern war Westerwelle immer umstritten. Die „Spaßpartei", das „Guidomobil" oder der Auftritt in der Fernsehshow „Big Brother" blieben wie Pech an ihm haften. Das Möllemann-Drama überlebte er als Vorsitzender nur deshalb, weil die Partei sich kein weiteres Drama an ihrer Spitze leisten wollte. Vorübergehend war deshalb auch keine öffentlich geäußerte Kritik an Westerwelle aus den Reihen der Partei mehr zu hören gewesen.

Der erste, der sich wieder vorwagte, war der Berliner Fraktionsvorsitzende Martin Lindner. Im Oktober 2003 verschickte Lindner an Zeitungen einen Aufsatz, in dem er der Parteiführung „Ängstlichkeit, Inkonsequenz und Oberflächlichkeit" vorwarf. Im wesentlichen lief das Papier darauf hinaus, daß die FDP klare neoliberale Positionen vermissen lasse, indem sie immer noch Klientelpolitik betreibe und beispielsweise sogar am Meisterbrief festhalte.

Westerwelle fand das Lindner-Papier „ziemlich dünn". Andere Spitzenpolitiker der Partei rügten aber allenfalls die Form von

Lindners Vorgehen. Der Ehrenvorsitzende Otto Graf Lambsdorff lobte Linder sogar offen: „Das Papier ist sehr gut geschrieben und trifft in weiten Teilen den Kern des Problems."

In dieselbe Kerbe hieben die „Jungen Liberalen". In einem internen Brief forderten sechs Juli-Landesvorsitzende den Parteivorsitzenden auf, die FDP vom Image einer Klientelpartei zu befreien, weil sonst das politische Gesamtpaket der Partei nicht mehr wahrgenommen bzw. für unglaubwürdig gehalten werde. Der Juli-Vorsitzende Daniel Bahr, der als enger Westerwelle-Vertrauter galt, hatte den Brief zwar nicht unterschrieben, soll ihn aber inhaltlich gebilligt haben.

Anfang November 2003 reagierte Westerwelle auf die Kritik mit dem vierzig Seiten umfassenden Positionspapier „Für eine freie und faire Gesellschaft", das in neoliberaler Manier den Übergang „Von der gleichen zur fairen Gesellschaft" proklamierte. Für unfair hielt es Westerwelle beispielsweise, „wenn Zumutbarkeit nur aus der Sicht eines Sozialhilfeempfängers definiert wird, und so die Zumutungen für die Steuerzahler und die Beitragszahler außer Acht geraten". Fair sei dagegen, wenn Sozialhilfeempfänger jede angebotene „legale" Arbeit auch zu Löhnen unter Tarif annehmen müßten und ihnen im Weigerungsfall jede Unterstützung entzogen werde. Grundsätzlich müsse der „Verteilungsstaat" durch eine „Erwirtschaftungsgesellschaft" abgelöst werden.

Der Vorsitzende konnte es seinen Kritikern aber noch immer nicht recht machen. Die Grummelei über schlechte Umfrageergebnisse und mangelndes Profil der Partei hielt an. Es half Westerwelle auch wenig, daß Walter Döring, der einer seiner eifrigsten Kritiker gewesen war, wegen einer Korruptionsaffäre zurücktreten mußte. Ein guter Teil des Unmuts entzündete sich an der Generalsekretärin Cornelia Pieper, die man für unfähig hielt, die Partei in den nächsten Bundestagswahlkampf zu führen. Seit Anfang 2005 war klar, daß sie auf dem Kölner Bundesparteitag im Mai abgelöst werden würde.

Die Fraktion macht Druck mit einem „Regierungsprogramm"

Im Oktober 2004 wurde Westerwelle erneut von den „Jungen Liberalen" kritisiert. Auf dem Juli-Bundeskongreß erklärte der Vorsitzende Jan Dittrich, Westerwelle und der gesamte Bundesvorstand trügen die Schuld daran, daß die FDP derzeit orientierungslos wirke.

„Die FDP kommt mit ihren Thesen einfach nicht so rüber, wie es notwendig und im übrigen auch gerechtfertigt wäre", klagte der Ehrenvorsitzende Lambsdorff im April 2005 in einem Interview mit dem „Spiegel". Dieses Vermittlungsproblem habe „auch mit Personen zu tun, die die Inhalte schließlich in der Öffentlichkeit vertreten müssen". Zugleich sprach sich Lambsdorff für eine größere Rolle des Fraktionsvorsitzenden Gerhardt aus

Gerhardt hatte schon Ende März 2005 ein vierzig Seiten umfassendes „Regierungsprogramm" vorgelegt. Neben der Wirtschaftspolitik bildeten Bildung und Bürgerrechte Schwerpunktthemen. Man wolle „als klare Bürgerrechtspartei mit klarem Wahlprogramm" in den Wahlkampf ziehen, sagte Gerhardt bei der Vorstellung des Programms.

Für Westerwelle und die noch amtierende Generalsekretärin Pieper war das Programm der Fraktion ein Tritt vors Schienbein. Nach außen begrüßte der Parteivorsitzende jedoch den Vorstoß Gerhardts. Zugleich kündigte er an, Pieper werde in der kommenden Woche die Ergebnisse der von ihr geleiteten Programmkommission der FDP vorlegen. Der Bundesvorstand werde dann „die vorliegenden programmatischen Schriften und Anträge beraten". Dieser Versuch zur Relativierung des Gerhardt-Papiers mißglückte indessen, da Pieper nicht in der Lage war, dem Auftrag nachzukommen. Offiziell wurde die Vorstellung „der ersten Ergebnisse der FDP-Programmkommission" wegen Erkrankung Piepers abgesagt.

Das offizielle Wahlprogramm wird endlich fertig

Die Ankündigung vorgezogener Bundestagswahlen verschärfte Ende Mai den Druck, endlich ein offizielles Parteiprogramm vorzulegen. Am 25. Juli 2005 billigte und veröffentlichte der Bundesvorstand ein 60-Seiten-Papier mit dem Titel „Arbeit hat Vorfahrt - Deutschlandprogramm 2005“, das eine Arbeitsgruppe unter Leitung des neuen Generalsekretärs Niebel erstellt hatte. Es war wie die vorangegangenen Papiere ein krass neoliberales Manifest, das seine zutiefst unsoziale Grundhaltung mit viel Freiheitspathos übertünchte. Die FDP bezeichnete sich darin selber als „die Partei der sozialen Marktwirtschaft“. Die Verfasser schienen allerdings Zweifel zu haben, ob ihnen derart starker Tobak abgenommen würde, denn einleitend hieß es:

Das ist kein leichtes Programm: Freiheit wird von zu vielen Menschen als Unsicherheit verkannt, Eigenverantwortung als Ellbogenmentalität verunglimpft. Verantwortung vor Ort wird als Schwächung des Staates mißverstanden und das Bekenntnis zur Solidarität als sprachliches Täuschungsmanöver diffamiert.

In der Tat lief das Parteiprogramm genau auf das hinaus: Auf vermehrte Unsicherheit für Millionen Menschen, Züchtung von Ellbogenmentalität und Abbau staatlicher Schutzfunktionen. - Und dies alles eingewickelt in sprachliche Täuschungsmanöver.

Den Kern des „Deutschlandprogramms 2005“ bildete ein radikales Steuerkonzept, das vor allem Unternehmen und Großverdiener begünstigte: Für Einkommen von 7001 bis 15000 Euro sollte ein Steuersatz von 15 Prozent gelten, der sich für darüber hinausgehendes Einkommen bis 40000 Euro auf 25 Prozent erhöht und für weitere Einkünfte gleichbleibend 35 Prozent beträgt. Für Unternehmen war dieselbe Staffelung vorgesehen, doch sollte der Spitzensteuersatz bereits bei 25 Prozent enden. Als langfristiges Ziel nannte das Programm die Einführung eines einheitlichen Steuersatzes für alle Einkünfte, der Arme und Reiche natürlich völlig uneinheitlich treffen würde und deshalb

im modischen Internet-Jargon als „Flat Tax“ schmackhaft gemacht wurde.

Alle staatlichen Unterstützungszahlungen sollten in Form jenes „Bürgergeldes“ zusammengefaßt wurden, das bereits in den „Wiesbadener Grundsätzen“ von 1997 aufgetaucht war. Über die Höhe dieses Bürgergelds schwieg sich die FDP auch dieses Mal wohlweislich aus, doch durfte man sie in jenem Bereich bis jährlich 7000 Euro vermuten, der steuerfrei bleiben sollte.

Als „Vorfahrt für Arbeit“ verkaufte das FDP-Programm die Vorfahrt für Unternehmerinteressen und die Errichtung von Stoppschildern für die Gewerkschaften. Durch bessere Erpreßbarkeit von Belegschaften und Betriebsräten sollten „betriebliche Bündnisse für Arbeit“ und damit Lohnsenkungen ermöglicht werden. In der neoliberalen Prosa des Programms las sich das so: „Wir setzen auf Selbstbestimmung der Arbeitnehmer in den Betrieben statt auf Fremdbestimmung durch Gewerkschaftsfunktionäre.“

Selbstverständlich sollte auch der Kündigungsschutz abgebaut und die Mitbestimmung eingeschränkt werden. Die Altersvorsorge, die Kranken- und die Pflegeversicherung sollten so weit wie möglich privatisiert werden. Als besonderen Knalleffekt hatte sich der ehemalige Arbeitsamtsangestellte Dirk Niebel die Auflösung seines Ex-Arbeitgebers ausgedacht. An die Stelle der Bundesagentur für Arbeit sollte „eine effiziente und bürgernahe Arbeitsvermittlung“ in kommunaler Trägerschaft treten.

Angeblich waren die Steuersenkungen „solide durchgerechnet“ und das ganze Papier ein „schlüssiges, solides und überzeugendes Programm für den Politikwechsel“. Indessen spottete man sogar beim künftigen Koalitionspartner CDU, daß die FDP einen ganz wesentlichen Programmpunkt vergessen habe: Die Abschaffung der vier Grundrechenarten...

Eine Hand wäscht die andere

Die FDP macht vor, wie öffentliche Armut und privater Reichtum sich harmonisch ergänzen können

Von einer „Partei der Besserverdienenden", wie sich die FDP einmal kurze Zeit selber bezeichnet hat, könnte man eigentlich erwarten, daß sie auch überdurchschnittlich hohe Mitgliedsbeiträge bekommt. Bei der FDP verhielt es sich allerdings keineswegs so. Wie aus den amtlichen Angaben für das Rechnungsjahr 2000 hervorging, zahlten Mitglieder der Grünen mit durchschnittlich 203 Euro den höchsten Beitrag, gefolgt von solchen der PDS mit 108 Euro und der SPD mit 105,60 Euro. Die FDP lag mit 89,99 Euro fast gleichauf mit der CDU (89,94 Euro). Lediglich die CSU-Mitglieder waren mit 57,94 Euro noch knausriger.

Dafür waren bei der FDP als einziger Partei die Einnahmen aus Spenden höher als das Aufkommen aus Mitgliedsbeiträgen. Im Rechnungsjahr 2002 war das dann auch bei der CSU der Fall, aber die FDP schoß mit einem Missverhältnis von 19,9 Prozent Mitgliedsbeiträgen gegenüber 43,6 Prozent Spendeneinnahmen weiterhin den Vogel ab. Den Rest des offiziell dargelegten FDP-Budgets für das Jahr 2002 in Höhe von insgesamt 31,5 Millionen Euro bildeten staatliche Mittel (26,3 Prozent) und sonstige Einnahmen (10,2 Prozent).

Wahlergebnis und Möllemann belasten den Etat

Das enttäuschende Ergebnis der Bundestagswahlen im September 2002 brachte die FDP in verschärfte Geldnot, denn sie hatte mit etwa zehn Prozent der Stimmen und entsprechenden Zuweisungen aus der Staatskasse gerechnet, erzielte aber tatsächlich nur 7,4 Prozent. Der Spendenfluß war ebenfalls weit unter den Erwartungen geblieben. Laut Rechenschaftsbericht für das

Jahr 2003 mußte sie mehr als zwei Millionen Euro an Schuldzinsen zahlen. Die Höhe aller Verbindlichkeiten wurde mit 33,5 Millionen Euro angegeben. Mit einer Unterdeckung von 242.954 Euro verzeichnete die FDP als einzige der Bundestagsparteien in ihrer Bilanz ein Minus.

Die Möllemann-Affäre war ein weiterer Schlag ins Kontor, denn aufgrund der gefälschten Spendeneinzahlungen kamen auf Bundes- und Landespartei hohe Strafzahlungen und Rückforderungsanprüche für unberechtigt kassierte Staatsmittel zu. Unmittelbar nach Bekanntwerden von Möllemanns Finanzierungspraktiken forderte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse die FDP auf, bis zum 15. November 2002 den Betrag von 839.000 Euro an das Bundestagspräsidium abzuführen. Er stützte sich dabei auf Paragraph 23 a des Parteiengesetzes, demzufolge rechtswidrig angenommene Spenden an das Bundestagspräsidium abzuführen sind. Darüber hinaus mußte die FDP mit Sanktionen nach dem Parteiengesetz rechnen.

Um ihrer Finanznot abzuhelfen, wollte die FDP sogar von Gästen und Beobachtern des Bundesparteitags im Mai 2003 in Bremen eine „Tagungsgebühr“ von 30 Euro verlangen. Nach einem Protestschreiben der Bundespressekonferenz verzichtete sie aber darauf. Der Tagungsbeitrag sei nicht als „Zwangsspende“ an die FDP gedacht gewesen, versicherte Bundesgeschäftsführer Beerfeltz schlitzohrig. Man habe vielmehr den Eindruck vermeiden wollen, daß Pressevertreter durch kostenlose Inanspruchnahme von Dienstleistungen „in den Ruch einer Abhängigkeit von dieser Partei geraten“.

Im Oktober 2004 forderte der Ältestenrat des Bundestags den FDP-Bundestagsabgeordneten Dirk Niebel auf, unverzüglich seine Spendenaufrufe über Parlamentseinrichtungen einzustellen. Niebel hatte jeweils am Schluß seiner offiziellen E-Mails aus dem Bundestag um Überweisung von Spenden auf das Wahlkampfkonto der FDP gebeten.

Üppige Gehälter für Spitzenfunktionäre

Trotz der Armut der Partei brauchten aber ihre Mandatsträger keineswegs am Hungertuch zu nagen. Wie üppig die Privatkonten gefüllt sein konnten, hatte soeben Möllemann verdeutlicht, der bei Bedarf eben mal eine Million Euro aus Luxemburg holte. Sein Nachfolger als Fraktionsvorsitzender der Düsseldorfer FDP, Ingo Wolf, kam auf mehr als 200.000 Euro jährlich an Einkünften aus parlamentarischer Tätigkeit und zusätzlicher Beamtenpension.

Auch die Spitzenangestellten der Partei brauchten nicht zu darben. Beispielsweise wurde der Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Manfred Eisenbach, mit rund 11.000 Euro im Monat besser bezahlt als ein Ministerialdirektor. Dennoch besserte der Hochbezahlte seine Einkünfte noch auf, indem er Dienstwagen der FDP-Fraktion, die er mit Sonderrabatten der Hersteller stark verbilligt eingekauft hatte, später zum normalen Listenpreis verkaufte und die Differenz in die eigene Tasche einstrich. Das soll jedenfalls der Grund gewesen sein, weshalb sich die Partei Knall auf Fall von ihm trennte.

Geheime Zusatzversorgung für Fraktionsmitglieder

Im Zusammenhang mit der Entlassung Eisenbachs stellte sich heraus, daß seit rund zwanzig Jahren ein Bankkonto existierte, das der damalige Fraktionschef Wolfgang Mischnick an seinem Urlaubsort St. Peter Ording angelegt hatte. Es soll für die Altersversorgung von Fraktionsmitgliedern bestimmt gewesen sein, obwohl gerade Bundestagsabgeordnete neben hohen Diäten über eine Pensionsregelung verfügen, um die sie jeder normale Bürger nur beneiden kann. Langjährige Mitglieder der FDP-Fraktion wie Burkhard Hirsch, Gerhart Baum, Irmgard Schwaetzer und Wolfgang Weng versicherten glaubhaft, nie etwas von dieser Vorsorgekasse gehört zu haben. Dennoch sollen bis Mitte der neunziger Jahre mehr als eine Million Mark auf dem Konto eingegangen sein, die angeblich aus vielen kleinen Einzelbeiträgen von Abgeordneten stammten. Wie der parla-

mentarische Fraktionsgeschäftsführer Jürgen Koppelin weiter angab, wurde das Geld dann im Jahr 1994 durch einen Fraktionsbeschluß tatsächlich größtenteils für eine zusätzliche Altersversorgung von „Funktionsträgern“ der Fraktion bei der Colonia-Versicherung eingezahlt. Der Restbetrag sei dann im Laufe der Jahre auf den jetzigen Kontostand von 180.000 Euro angewachsen und werde künftig im Haushaltsplan der Partei ausgewiesen.

Der peinliche Fall Bangemann

Als die FDP im April 2003 Postenschacher und Korruption witterte,weil der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Werner Müller zum Vorstandsvorsitzenden des staatlich dominierten RAG-Konzerns ernannt worden war, geriet die von ihr beantragte Aktuelle Stunde im Bundestag zum Rohrkrepierer: Als Parallele zum Fall Müller wurde in der Debatte mehrfach der FDP-Politiker Martin Bangemann genannt, der unmittelbar nach seiner Tätigkeit als EU-Kommissar für den Telekommunikationsbereich am 1. Juli 2000 einen hochbezahlten Posten bei der spanischen „Telefonica“ angenommen hatte. Der mehr als überversorgte ehemalige Bundeswirtschaftsminister und EU-Kommissar hatte den Hals nicht voll genug kriegen können, obwohl sein ohnehin ramponiertes Ansehen dadurch unter den Nullpunkt sank.

Rexrodt vermengt ebenfalls Politik und Lobbyismus

Angriffsflächen bot auch der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Günter Rexrodt, der als Bundesschatzmeister der FDP die finanziellen Machenschaften Möllemanns durchleuchtet hatte, bevor er im August 2004 einem Herzversagen erlag. „Ich könnte Ihnen lange Storys über Herrn Friderichs, Herrn Bangemann, Herrn Möllemann und Herrn Haussmann erzählen“, hielt der SPD-Abgeordnete Wilhelm Schmidt der FDP entgegen, als der Bundestag auf deren Antrag Müllers Wechsel zur RAG debattierte. „Alle sind aus Ihren Reihen. Herr Rexrodt ist sicherheitshalber gar nicht hier, damit er auf seine intensive Verflechtung mit der Wirtschaft nicht angesprochen werden kann.“

Die energiepolitische Sprecherin der Grünen, Michaele Hustedt, warf Rexrodt vor, daß er sich neben seiner Abgeordnetentätigkeit als Mitinhaber einer PR-Agentur betätige, die unter anderem den Stromkonzern E.ON und den Ölkonzern BP berate. Erst unlängst sei er öffentlich für die Ministererlaubnis im Fusionsfall E.ON/Ruhrgas eingetreten und habe im Wirtschaftsausschuß des Bundestag eine kritische Diskussion darüber unterbunden. Sie verwies ferner auf den früheren Düsseldorfer FDP-Landtagsabgeordneten und Möllemann-Mitstreiter Andreas Reichel, der Pressesprecher bei der RAG geworden sei.

Ulrike Flach bezieht Gratis-Gehalt von Siemens

Ende 2004 kam ans Tageslicht, daß der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer und der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse, Hermann-Josef Arentz, auf der Gehaltsliste des RWE-Konzerns standen, obwohl sie für die üppigen Bezüge keine Gegenleistung erbrachten - jedenfalls nicht solche Gegenleistungen, wie sie normalerweise mit einem Angestelltenverhältnis verbunden sind. Beide mußten zurücktreten. Routinemäßig durchforschten Journalisten daraufhin die Angaben weiterer Mandatsträger und wurden auch bei anderen Parteien fündig. Bei der FDP war es Ulrike Flach, die mit ihrer vagen Auskunft im Bundestagshandbuch, sie sei „seit 1974 bei Siemens" beschäftigt, Neugier und weitere Nachforschungen auslöste. So stellte sich heraus, daß die FDP-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen von der Firma Siemens ein Gehalt von 60.000 Euro jährlich bezog. Ordentliche Gehaltsempfängerin war die FDP-Politikerin aber nur von 1974 bis 1998 gewesen, als sie tatsächlich Handbücher für Kernkraftwerke und ähnliches übersetzte. Danach floß das Geld ohne entsprechende Gegenleistung.

Zunächst behauptete Flach, sie habe neben ihrer umfangreichen politischen Tätigkeit tatsächlich noch für Siemens gearbeitet, indem sie zuhause Übersetzungen anfertigte. Manchmal habe sie sogar „Tag und Nacht" daran gesessen. Mit diesem Märchen konnte sie die Parteifreunde, die so kurz vor der Land-

tagswahl in Nordrhein-Westfalen keinen weiteren Skandal woll-ten, aber nicht lange beruhigen. Die Firma Siemens war nämlich nicht bereit, diese Darstellung zu stützen. Es wäre auch aussichtslos gewesen, denn in der Abteilung, in der Flach früher gearbeitet hatte, feixte man schon lange über das Gratis-Gehalt für die Ex-Kollegin, das zu den sonstigen Sparmaßnahmen der Firma wie die Faust aufs Auge paßte.

Ulrike Flach mußte unter diesen Umständen Ende Januar 2005 als stellvertretende Landesvorsitzende zurücktreten und den Vorsitz des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung abgeben. Auf letzteres legte die Partei auch deshalb Wert, weil gleichzeitig ein Versorgungsposten für die umstrittene Generalsekretärin Cornelia Pieper gesucht wurde. Allerdings eilte der Bildungspolitikerin Pieper ein ähnlich schlechter Ruf voraus wie der Generalsekretärin. Ulrike Flach bekam deshalb schon drei Wochen nach ihrem Rücktritt erneut eine hervorgehobene Position im Bildungsausschuß - diesmal als forschungspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion.

Westerwelle trifft sich für Hunzinger mit Kunden

Das „Schmieren“ von Parteien und Politikern war in Deutschland inzwischen so verbreitet, daß der PR-Berater Moritz Hunzinger sein auf die „Kontaktpflege“ zwischen Politik und Wirtschaft spezialisiertes Unternehmen 1998 sogar an die Börse bringen konnte. Dem Aufsichtsrat der Hunzinger Information AG gehörte seit Juli 2001 auch Martin Bangemann an, der ein Jahr zuvor den Beratervertrag mit der „Telefonica“ unterschrieben hatte. Hunzinger rühmte sich, im Lauf der Jahre etwa sechshundert Politiker und sonstige Empfänger auf staatlicher Seite mit mehr oder weniger großen Summen bedacht zu haben. Zum Beispiel ließ er im Jahr 2002 den Grünen 7500 Euro dafür zukommen, daß deren Verbraucherministerin Renate Künast einen Vortrag in Hunzingers „Politischem Salon“ gehalten hatte. Den Steuerzahler kostete die kleine Spende ein Vielfaches, weil Künast für die Anreise zu dem Vortrag ein Flugzeug der Bundesluftwaffe benutzte.

Außer Vorträgen, auf deren Substanz es nicht weiter ankam, bezahlte Hunzinger auch für die bloße Gelegenheit zur Teilnahme am Mittagessen mit Politikern. Wie er im April 2005 das Magazin „Focus" wissen ließ, hat er dem damaligen FDP-Generalsekretär Guido Westerwelle zwischen 1995 und 1998 drei Schecks mit einer Gesamtsumme von 29.999,99 Mark ausgestellt. Ein Scheck habe mit 9999,99 Mark genau einen Pfennig unter der Grenze gelegen, ab der Abgeordnete Spenden für ihre politische Tätigkeit beim Bundestagspräsidenten anmelden müssen. Insgesamt habe sich Westerwelle „zwanzig- bis dreißigmal" im Auftrag seiner PR-Firma mit Kunden getroffen.

Während Westerwelle die vielen Begegnungen mit Hunzinger unbeschadet überstand, mußte Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) im Juli 2002 seinen Hut nehmen, weil er als Minister von Hunzinger eine sechsstellige Summe empfangen hatte und sich auf Kosten der PR-Firma sogar bei einem Herrenausstatter einkleiden ließ. Zur selben Zeit gab der grüne Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir sein Mandat zurück, obwohl er von Hunzinger lediglich einen günstigen Kredit angenommen hatte. Die Grünen demonstrierten damit, daß sie doch auf etwas strengere Sitten hielten als die FDP, für die selbst eine jährliche Gratis-Zuwendung von 60.000 Euro durch Siemens kein hinreichender Grund zu sein schien, eine Volksvertreterin ins Volk zurückzubeordern...

Döring stolpert über seine Kontakte zu Hunzinger

Der Kontakt mit Hunzinger wurde Anfang 2004 auch dem baden-württembergischen Wirtschaftsminister Walter Döring zum Verhängnis, der bis dahin als südwestdeutscher Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender zu den einflußreichsten FDP-Politikern gehörte. Die Geschichte begann damit, daß Hunzinger dem Wirtschaftsminister am 6. Mai 1999 in einem persönlichen Gespräch anbot, bei einer der Meinungsumfragen des Infas-Instituts, das mit der Hunzinger Information AG verflochten war, kostenlos ein paar Fragen mitanzu-

hängen. Döring biß sofort an und übersandte Hunzinger schon am nächsten Tag per Fax aus seinem Ministerium eine längere Reihe von in Frage kommenden Themen. Wenige Tage später, am 11. Mai 1999, übersandte das Infas-Institut ein Angebot über 34.6550 Mark zuzüglich Mehrwertsteuer. Das bedeutete Gesamtkosten von 40.190 Mark. Der zunächst so großzügige Hunzinger wollte davon jedoch nur 30.000 Mark übernehmen. So verfiel man auf den Ausweg, die Differenz von 10.000 Mark mit einer Scheinrechnung auszugleichen, die das Infas-Institut an die Firma Flowwaste schickte. Denn dort saß als Geschäftsführerin die Parteifreundin Bettina Morlock - eine Nichte des baden-württembergischen FDP-Ehrenvorsitzenden Jürgen Morlock - und hatte sich bereiterklärt, den Betrag in Form einer steuerlich absetzbaren Betriebsausgabe zu spenden.

Die Meinungsumfrage wurde pünktlich zum vereinbarten Termin am 27. Mai 1999 fertig. Am folgenden Tag begann der Bundesparteitag der FDP in Bremen, auf dem Döring zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Vor der Wahl ließ er schnell noch eine Kurzfassung der für ihn günstigen Meinungsumfrage an die Delegierten verteilen.

Die dubiose Spende wäre wohl nie ans Licht gekommen, wenn die Firma Flowwaste nicht eine Tochter der FlowTex Technologie GmbH & Co. KG gewesen wäre. Diese betrieb ein scheinbar florierendes Geschäft mit sogenannten Horizontalbohrmaschinen und galt als baden-württembergisches Vorzeigeunternehmen. Aber schon ein Jahr später entpuppte sich der Firmeninhaber Schmider als Wirtschaftskrimineller erster Güte, der mit Luftgeschäften einen Milliardenschaden verursacht hatte. Bei der Aufarbeitung des Flowtex-Skandals gerieten auch Politiker und Behörden ins Visier. Zum Beispiel soll der FDP-Ehrenvorsitzende Jürgen Morlock, der als Vorstandsvorsitzender der Baden Airpark AG ein mit Flowtex verbundenes Unternehmen leitete, Schmider salonfähig gemacht und ihm als Türöffner zur Landespolitik gedient haben. Konkrete Hinweise darauf, daß Politiker und Behörden bewußt ihre schützende Hand

über einen Milliardenbetrüger gehalten hatten, ergaben sich allerdings nicht. Das handgreiflichste Ergebnis war die Flowwaste-Spende für Döring, die in Form einer Scheinrechnung für eine angebliche Analyse zu Rohstoffen in Ägypten von der Steuer abgesetzt worden war und damit den Tatbestand der Steuerhinterziehung erfüllte.

Gegen Döring ermittelte nun die Staatsanwaltschaft wegen Vorteilsannahme und beantragte die Aufhebung seiner Immunität als Landtagsabgeordneter. Indessen beteuerte der Minister Anfang Mai 2004 im Landtag, „in dieser Angelegenheit ein absolut reines Gewissen" zu haben. Mit den Details der thematischen Gestaltung und finanziellen Abwicklung der Umfrage habe er nichts zu tun gehabt. Pathetisch rief Döring: „Sie können mich nicht treffen, sie können mich nicht brechen, ich werde weitermachen."

Das Leugnen half nichts: Am 18. Juni 2004 erklärte Döring seinen Rücktritt als Wirtschaftsminister und stellvertretender Ministerpräsident sowie als Landesvorsitzender und stellvertretender Bundesvorsitzender der FDP. Das Landtagsmandat behielt er allerdings, weshalb am 17. Februar 2005 der Landtag erst die Aufhebung seiner Immunität beschließen mußte, um den Weg für die strafrechtliche Verfolgung frei zu machen. Inzwischen hatten nämlich die Ermittler bei der Durchsuchung von Dörings Ministerbüro und dem Privathaus seiner ehemaligen Büroleiterin Margot Haussmann - der Frau des früheren Bundeswirtschaftsministers Helmut Haussmann - genug belastendes Material gefunden, das seine Aussagen vor dem Flowtex- Untersuchungsausschuß des Landtags im März 2004 Lügen strafte. Die Vernehmung von Margot Haussmann hatte ebenfalls ergeben, daß Döring durchaus mit den Details der Umfrage und ihrer finanziellen Abwicklung befaßt war.

Ende März 2005 erließ das Amtsgericht Stuttgart gegen Döring einen Strafbefehl über neun Monate Haft zur Bewährung wegen uneidlicher Falschaussage vor dem Flowtex-Untersuchungs-

ausschuß. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hatte er sich außerdem der Vorteilsannahme schuldig gemacht. Wegen Ablaufs der fünfjährigen Verjährungsfrist wurde dieses Verfahren jedoch eingestellt.

Der Peinlichkeit nicht genug: Wenige Wochen nach Döring mußte auch die FDP-Justizministerin Corinna Werwigk-Hertneck zurücktreten, weil sie den Parteifreund mehrmals telefonisch über den Stand der staatsanwaltlichen Ermittlungen informiert hatte. So soll sie ihm vorab mitgeteilt haben, daß bei Margot Haussmann belastende Unterlagen gefunden wurden. Die Staatsanwaltschaft leitete ein Verfahren wegen der Verletzung von Dienstgeheimnissen ein.

Justizminister wurde nun der als integer geltende Ulrich Goll, der das Amt bereits von 1996 bis 2002 innegehabt hatte. Die Nachfolge Dörings als Wirtschaftsminister trat der bisherige Fraktionsvorsitzende Ernst Pfister an. Neue Landesvorsitzende der baden-württembergischen FDP wurde die Bundestagsabgeordnete Birgit Homburger. Zu ihrer Stellvertreterin wählten die Delegierten des Landesparteitags im Juli 2004 die noch amtierende Justizministerin Werwigk-Hertneck, obwohl deren Rücktritt nur noch eine Frage von Tagen war und bereits feststand, daß sie nicht zwischen Staatsamt und Partei zu unterscheiden wußte.

Trotz des tiefen Sturzes fiel Döring weich: Neben seinen Einkünften als Landtagsabgeordneter und Unternehmensberater erhielt er nun eine Ministerpension von monatlich rund 4300 Euro.

Niebel ersetzt Pieper

Die Generalsekretärin gilt als unfähig, wird aber mit Rücksicht auf ostdeutsche Wähler zur stellvertretenden Parteivorsitzenden befördert

Noch umstrittener als der Parteivorsitzende Westerwelle war die von ihm protegierte Generalsekretärin Cornelia Pieper. Westerwelle galt zwar allgemein als „Leichtmatrose", zugleich aber als unersetzlich, bis ein richtiger Kapitän gefunden sein würde. Die innerparteiliche Kritik an Pieper gipfelte dagegen in kaum verhüllten Rücktrittsforderungen. Sie wurde schlichtweg als unbedarft und inkompetent empfunden. Letztlich verdankte sie es nur ihrem Rückhalt bei den ostdeutschen Landesverbänden, das Westerwelle sie gegen alle Widerstände im Amt hielt.

Die gelernte Dolmetscherin für Polnisch und Russisch war als ehemalige „Blockflöte" von der ostdeutschen LDP zur FDP gekommen und 2001 auf dem Düsseldorfer Parteitag als Nachfolgerin Westerwelles zur neuen Generalsekretärin gewählt worden. Bei allen berechtigten Zweifeln an ihrem geistigen und politischen Format für diesen Posten verfügte sie sicher über die Fähigkeit, Wähler in volkstümlicher Weise anzusprechen. Bei den Landtagswahlen im April 2002 in Sachsen-Anhalt war die FDP mit ihr als Spitzenkandidatin in die traumhafte Höhe von 13,3 Prozent der Stimmen vorgestoßen. Dies blieb auch fortan ihr größter Trumpf.

Denn als Generalsekretärin spielte Pieper eher die Rolle einer politischen Frühstücksdirektorin. Schon die Organisation des Bundestagswahlkampfes war weitgehend von Möllemann und anderen besorgt worden. Auch die anschließende Abrechnung mit Möllemann übertrug die Parteiführung von vornherein Günter Rexrodt. Die Wiederwahl zur Generalsekretärin auf dem Bremer Parteitag im Mai 2003 kam nur deshalb zustande, weil

Westerwelle die Stimmen der ostdeutschen Landesverbände für die eigene Wiederwahl benötigte und das Abschneiden der FDP bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg nicht gefährden wollte. Cornelia Pieper bekam auch nur 60,9 Prozent der Delegiertenstimmen gegenüber den an sich schon dürftigen 74,6 Prozent vor zwei Jahren in Düsseldorf.

Als die zeitweilige Angststarre, die laute Kritik an der Parteiführung nicht erlaubt hatte, nach dem Tod Möllemanns wieder wich, war vor allem die „Pieperin" Zielscheibe eines aufgestauten Unmuts, der in Teilen sicher auch Westerwelle galt. Der schleswig-holsteinische Fraktionsvorsitzende Wolfgang Kubicki gab ihr die Schuld dafür, daß die FDP bei der aktuellen Debatte um sozialpolitische Reformen nicht wahrgenommen werde. Ihr Auftreten sei „ohne jegliche politische Substanz". Auch der hessische Fraktionsvorsitzende Jörg-Uwe Hahn machte sie „mitverantwortlich für den nicht erfolgreichen Auftritt der FDP". Aus der nordrhein-westfälischen Landtagsfraktion war zu hören, die Generalsekretärin schade dem Bundesvorsitzenden, wenn auch unabsichtlich. Sie bringe „keine neuen Elemente in die Partei" und vermöge es nicht, „die FDP kampagnenfähig zu machen".

„Extrem nett, sehr lebenslustig, ein bißchen unbedarft"

Ende Oktober 2003 erschien der „stern" mit einem recht gehässigen Artikel über Cornelia Pieper und ihr häusliches Ambiente: „Sie ist extrem nett, sehr lebenslustig, ein bißchen unbedarft und hat manchmal leider keine Ahnung." Scheinbar beiläufig berichtete das Blatt auch über eine Hanfpflanze, die der 18jährige Sohn Max in einem Topf kultivierte, ohne daß die Mama daran etwas Anstößiges fand. Daraufhin durchsuchte die Staatsanwaltschaft das Haus und stellte die Hanfpflanze sicher. Kubicki nahm dies zum Anlaß, um die Generalsekretärin als naiv zu bezeichnen und ihren Rücktritt zu fordern. Cornelia Pieper ließ dem Parteifreund ausrichten, er habe „nicht den Arsch

in der Hose, einem direkt ins Gesicht zu sagen, was er von einem hält".

In der Diskussion um die Nachfolge von Bundespräsident Rau verärgerte die Generalsekretärin ihre Parteifreunde, indem sie sich ohne Absprache für eine Frau auf diesem Posten stark machte. In vertrauter Runde soll sie auch die ehemalige Verfassungsgerichtspräsidentin Jutta Limbach als würdige Kandidatin genannt haben, obwohl die eher nach dem Geschmack der SPD war.

Ende 2004 setzte Pieper sich erneut in die Nesseln, indem sie in einem Strategiepapier mehr bildungspolitische Kompetenzen des Bundes forderte. Und zwar sollte die Kultusministerkonferenz durch einen nationalen Bildungsrat unter Beteiligung des Bundes ersetzt werden. Der hessische Fraktionsvorsitzende Jörg-Uwe Hahn warf Pieper vor, sich über einen gemeinsamen Beschluß der FDP-Fraktionen von Bund und Ländern hinweggesetzt zu haben, wonach Schulpolitik ausschließlich Sache der Länder ist. „Ich gehe davon aus, daß sie nach dem nächsten Bundesparteitag nicht mehr Generalsekretärin ist", meinte Hahn.

Pieper darf Walter Döring und Ulrike Flach beerben

Mit Rücksicht auf ostdeutsche Empfindlichkeiten wollte Westerwelle seine Generalsekretärin aber nicht einfach in die Wüste schicken. Da traf es sich gut, daß Walter Döring wegen einer Korruptionsaffäre inzwischen als stellvertretender Bundesvorsitzender zurückgetreten war. Diesen Posten sollte Pieper auf dem nächsten Bundesparteitag als Entschädigung bekommen. Allerdings mußte dann noch ein gleichwertiger Posten für Birgit Homburger gefunden werden, die als neue Chefin des südwestdeutschen Landesverbandes für Döring nachgerückt war.

Die Korruptionsaffäre um die FDP-Politikerin Ulrike Flach eröffnete zudem im Januar 2005 die Möglichkeit, Pieper sofort zur Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zu machen. Daß die

Forderung nach ihrer Ablösung als Generalsekretärin eben erst mit Unfähigkeit auf bildungspolitischem Gebiet begründet worden war, schien dabei keine Rolle zu spielen.

Weil Rösler ablehnt, wird Niebel neuer Generalsekretär

Als neuen Generalsekretär hatte Westerwelle den niedersächsischen Fraktionschef Philipp Rösler in Aussicht genommen, der als eines der hoffnungsvollsten Nachwuchstalente der Partei galt. Rösler wollte aber lieber in Niedersachsen bleiben. Daraufhin entschied sich Westerwelle für den Bundestagsabgeordneten Dirk Niebel. Dies enthob ihn zugleich der Notwendigkeit, die Südwest-FDP für die Abtretung ihres Stellvertreter-Postens an Pieper zu entschädigen, denn Niebel gehörte zum Landesverband Baden-Württemberg.

Mit dem Kölner Bundesparteitag vom 5. bis 7. Mai 2005 fand die personalpolitische Rochade ihren Abschluß: Die Delegierten honorierten den endlich vollzogenen Wechsel im Amt des Generalsekretärs mit einem Vertrauensvorschuß von 92,5 Prozent für Dirk Niebel. Er erhielt damit erheblich mehr Stimmen als Parteichef Westerwelle, der ihn vorgeschlagen hatte (80,1 Prozent). Cornelia Pieper wurde vereinbarungsgemäß neben Rainer Brüderle (81,0 Prozent) und Andreas Pinkwart (76,6 Prozent) zur dritten stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt, erzielte aber mit 60,5 Prozent ein denkbar schlechtes Ergebnis. Weitere Mitglieder des Präsidiums wurden Schatzmeister Hermann-Otto Solms (90 Prozent), die bayerische Landesvorsitzende Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (76 Prozent), die baden-württtembergische Landeschefin Birgit Homburger (77 Prozent) sowie der niedersächsische Fraktionschef Philip Rösler, der die traumhaft hohe Zustimmung von fast 95 Prozent erzielte.

Westerwelle lobte bei der Vorstellung des neuen Generalsekretärs dessen „lebensbejahendes, fröhliches Wesen“. Der 42jährige Niebel war acht Jahre Fallschirmjäger bei der Bundeswehr

und anschließend Arbeitsamtsvermittler in einer kleinen Außenstelle des Arbeitsamtes Heidelberg, bevor er die Politik zum Beruf machte. In der Bundestagsfraktion war er bisher als Arbeitsmarktexperte hervorgetreten. Besonders gern attackierte er den Einfluß der Gewerkschaften bei der Bundesanstalt für Arbeit. Im Bundestag zählte er zu den eifrigsten Zwischenrufern. Auch sonst verfügte er über eine unerschütterliche Kondition als Redner, womit er eine ganz wesentliche Voraussetzung für Politiker erfüllte. Ein wirklich liberales Profil ließ er aber bisher ebensowenig erkennen wie Westerwelle und andere FDP-Größen.

Niebel wollte per Ämterpatronage Sonderrechte für sich durchsetzen

Bei seinem früheren Arbeitgeber war Niebel schon 1994 unangenehm aufgefallen, weil er Sonderrechte beanspruchte, die ihm nicht zustanden. Niebel kandidierte damals für die FDP im Bundestagswahlkreis Heidelberg-Schwetzingen. Die Bundesanstalt für Arbeit gewährte ihm dafür, wie jedem anderen Arbeitsamtsbediensteten, unbezahlten Wahlvorbereitungsurlaub. Doch das genügte dem forschen Nachwuchspolitiker nicht: Er wollte persönlich darüber entscheiden, zu welcher Zeit er seiner Arbeit nachgehen oder Wahlkampf führen würde. Als der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit sein Ansinnen ablehnte, weil es eine Verletzung von Dienstvorschriften und des Grundsatzes der Chancengleichheit bedeutet hätte, aktivierte Niebel seine Parteifreunde: Zuerst ließ er den baden-württembergischen Wirtschaftsminister Walter Döring beim Landesarbeitsamt in Stuttgart intervenieren. Als Döring keinen Erfolg hatte, wandte er sich sogar an den damaligen Bundesaußenminister Klaus Kinkel, damit dieser beim Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit oder beim Bundesarbeitsminister die Ausnahmeregelung für ihn durchsetze. Auch dieser Versuch der Ämterpatronage schlug jedoch fehl.

Der kleine Arbeitsamtsangestellte verstieß ferner gegen die Dienstvorschriften, als er sich selber im Computersystem der

Bundesanstalt für Arbeit als „arbeitsuchend“ eingab. Den Mitarbeitern der Arbeitsverwaltung ist es untersagt, sich selbst oder Familienangehörige intern auf diese Weise zu bevorzugen. Angeblich wollte er damit seine Unzufriedenheit mit dem Arbeitgeber zeigen. Andererseits schien er einen sicheren Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst doch sehr zu schätzen, denn er hat sein Arbeitsverhältnis mit der Bundesanstalt auch dann nicht aufgelöst, sondern ruhen lassen, als er hauptberuflich als Bundestagsabgeordneter der FDP in die Politik eingestiegen war. In Kreisen von Ex-Kollegen wird sogar erzählt, er habe bei der Bundesanstalt nachgefragt, ob er bei der Rückkehr aus der Politik dort mit einem höher dotierten Posten rechnen könne...

Anscheinend war die Antwort auf diese Nachfrage negativ gewesen. Das könnte erklären, weshalb Dirk Niebel sofort nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär die Forderung nach der Auflösung seines Ex-Arbeitgebers, der seit 2004 als der „Bundesagentur für Arbeit“ firmierte, ins Wahlprogramm der FDP hineinschrieb...

Das Gespenst der Großen Koalition

Durch die neue Linkspartei schwinden der FDP schlagartig die Aussichten auf Regierungsbeteiligung

„Die FDP ist komplett charakterlos geworden, und von den Grünen erwarten sich die Leute auch nichts mehr“, beschrieb der 80jährige Politologe Wilhelm Hennis im Juni 2004 den Zustand jener beiden Parteien, denen man früher noch am ehesten zugetraut hätte, liberales Ideengut zu vertreten.

Noch schlimmer hatte es aber die Sozialdemokratie erwischt, die sich vor 140 Jahren vom bürgerlichen Liberalismus abspaltete, weil dieser die „soziale Frage“ links liegen ließ. Unter dem Bundeskanzler Gerhard Schröder erlebte die SPD in der zweiten rot-grünen Regierungsperiode einen beispiellosen Niedergang. Sowohl Wähler als auch Mitglieder kamen ihr in Massen abhanden. Der Grund dafür war die neoliberalen „Reformen“, mit denen Schröder die Armen noch ärmer und die Reichen noch reicher machte. - Auf diese platt anmutende Formel läßt sich in der Tat die Substanz von Schröders Sozial- und Wirtschaftspolitik bringen, die er natürlich nicht selbst entworfen hatte, sondern vom herrschenden neoliberalen Zeitgeist bezog.

„Hartz IV“ und andere Zumutungen

Das Wahlvolk hatte zunächst mit erstaunlicher Langmut zugesehen, wie die rot-grüne Koalition den Druck auf Arbeitslose und Einkommensschwache verstärkte, weil die hergebrachten sozialen Sicherungssyteme angeblich die Entstehung neuer Arbeitsplätze verhinderten. Wesentlichen Anteil an dieser Langmut hatten die Medien, die dem Publikum weismachten, es gäbe keine Alternative zu diesen zwar sehr harten, aber leider notwendigen Maßnahmen. Generell huldigten fast alle Medien der neoliberalen Ideologie und erzeugten in diesem Punkt eine Uni-

formität des öffentlichen Diskurses, die an den Klerikalismus der fünfziger Jahre erinnerte.

Zum Beispiel wurde zur Sanierung der Rentenversicherung sogar die Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahren propagiert, obwohl schon Vierzigjährige allein wegen ihres Alters zunehmend Schwierigkeiten hatten, einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Dabei rührte das Grundproblem der Rentenversicherung nicht vom Beitragsrückgang durch Arbeitslosigkeit und Geburtenschwund, wie immer wieder behauptet wurde, sondern von den Lasten der Wiedervereinigung und anderen von Staats wegen verfügten Aderlässen. Die Arbeitslosen- und die Krankenversicherung waren ebenfalls durch politische Vorgaben in einen kläglichen Zustand gebracht worden. Für die neoliberalen Dr. Eisenbarts war dies freilich nur der willkommene Anlaß, um nun als angeblich einzig wirksames Rezept die Privatisierung auch der sozialen Sicherungssysteme zu verlangen.

Die umstrittenste „Reform“ war die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für alle Personen, die halbwegs als erwerbsfähig gelten konnten. Sie wurde mit anderen Einschnitten ins soziale Netz von Peter Hartz entworfen, der als Personalvorstand bei VW seit langem ein Freund Schröders war und für ihn nun praktisch die Vorstellungen des Bundesverbands der Deutschen Industrie in Regierungspolitik umsetzte. „Hartz IV“, wie die geläufige Kurzbezeichnung dieses Gesetzes lautete, koppelte die Gewährung eines Existenzminimums an äußerst harte Auflagen wie den Umzug in kleinere Wohnungen, die Anrechnung des Einkommens von Lebenspartnern oder die Aufzehrung von Rücklagen für die Altersvorsorge.

Der Namensgeber des „Hartz IV“-Gesetzes ließ unterdessen in seinem persönlichen Verantwortungsbereich beim VW-Konzern fünfstellige Summen für Luxusreisen und Prostituierte abzeichnen. Als der Korruptionsskandal aufflog, mußte Peter Hartz im Juli 2005 zurücktreten - selbstverständlich mit einem „goldenen Handschlag“ von mehreren Millionen Euro. Die „Bild-Zeitung“ veröffentlichte ein Foto, das den Schröder-Freund mit

einer Prostituierten zeigte, die er mehrfach aus Brasilien hatte einfliegen lassen, damit sie ihm auf Auslandsreisen Gesellschaft leiste.

Schröder will sich einen passablen Abgang verschaffen

Unter diesen Umständen ging es mit der SPD, die ihre Existenz seit jeher auf das Versprechen sozialer Gerechtigkeit gründete, erst langsam und dann immer schneller abwärts. Zum Beispiel war ihr Stimmenanteil im wichtigsten Bundesland Nordrhein-Westfalen, wo sie 1985 mit 52,1 Prozent die absolute Mehrheit erringen konnte, bei den folgenden drei Wahlen kontinuierlich auf 42,8 Prozent gesunken. Soweit sie noch Ministerpräsidenten stellen konnte, gelang ihr dies nur mit Hilfe der Grünen (Nordrhein-Westfalen), der FDP (Rheinland-Pfalz), der CDU (Brandenburg und Bremen) und der PDS (Berlin und Mecklenburg-Vorpommern). Außerdem konnte sie in Schleswig-Holstein und Sachsen als Juniorpartner der CDU mitregieren, so daß es auf Landesebene bereits vier Große Koalitionen gab.

Es war allgemein erwartet worden, daß die SPD bei den Landtagswahlen am 14. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen noch weiter und noch kräftiger absacken würde. Insofern war es überhaupt keine Überraschung, daß sie nur noch 37,1 Prozent bekam, während die CDU mit 44,8 Prozent zum ersten Mal seit 1975 wieder stärkste Partei wurde und mit Hilfe der FDP die Regierung übernahm. Allgemeine Überraschung löste aber aus, daß der Bundeskanzler Schröder dieses Wahlergebnis zum Anlaß - besser gesagt: zum Vorwand - nahm, um vorzeitige Bundestagswahlen für den Herbst des Jahres anzukündigen.

Offenbar trat der routinierte Selbstdarsteller Schröder damit die Flucht nach vorn an, um sich einen einigermaßen passablen Abgang zu verschaffen, bevor die turnusmäßigen Bundestagswahlen im Herbst 2006 ihm ein noch verheerenderes Ergebnis bescheren würden. Denn Schröders „Reformen" hatten auf der ganzen Linie versagt. Sie hatten nicht nur keinen wirtschaftlichen Aufschwung gebracht, sondern die Arbeitslosenzahlen noch wei-

ter ansteigen lassen. Und offensichtlich glaubte er selber nicht mehr daran, daß sich das bis zum Herbst 2006 noch ändern könnte.

Offiziell begründete Schröder sein Verhalten freilich mit der angeblichen Absicht, die Regierungsmehrheit für seine „Reformpolitik" durch Neuwahlen festigen zu wollen. Das war in mehrfacher Hinsicht eine absurde Begründung. Zum einen konnte er die knappe Regierungsmehrheit, die er tatsächlich besaß und mit deren Hilfe die Koalition bis zuletzt noch zahlreiche Gesetze verabschiedete, durch Neuwahlen nur verlieren. Zum anderen wurde die Unionsmehrheit im Bundesrat, die der rot-grünen Koalition tatsächlich die Gesetzgebung erschwerte, durch das Ergebnis von Bundestagswahlen überhaupt nicht beeinflusst.

Um die vorzeitige Beendigung der Legislaturperiode zu erreichen, bediente sich Schröder desselben Tricks, den schon die Bundeskanzler Willy Brandt (1972) und Helmut Kohl (1982) angewendet hatten, indem sie ohne zwingenden Grund im Bundestag die Vertrauensfrage stellten. Bei der von Schröder beantragten Abstimmung am 1. Juli 2005 enthielten sich alle Regierungsmitglieder mit Parlamentsmandat sowie zahlreiche weitere Abgeordnete von SPD und Grünen der Stimme. Aufgrund der Nein-Stimmen der Opposition kam so ein Misstrauensvotum zustand, das Schröder formal berechtigte, beim Bundespräsidenten Auflösung des Bundestags und vorzeitige Neuwahlen zu beantragen. Bundespräsident Horst Köhler machte das verfassungsrechtlich höchst fragwürdige Spiel mit, indem er am 21. Juli Neuwahlen für den 18. September ansetzte.

Bündnis von WASG und PDS sprengt das etablierte Vier-Parteien-System

Unmittelbar nach Schröders Ankündigung von vorgezogenen Neuwahlen schien alles noch auf einen klaren Wahlsieg von Union und FDP hinauszulaufen. In der FDP freute man sich insgeheim schon auf die zu erwartenden Ministerposten und sonstigen Pfründen. Eine andere Konstellation als eine starke Schwächung von Rot-Grün und eine erhebliche Stärkung von

Schwarz-Gelb war nicht in Sicht. Der PDS traute man allenfalls zu, die Fünf-Prozent-Hürde wieder zu überwinden. Bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen war zwar zum erstenmal die „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (WASG) als politische Opposition zum neoliberalen Grundkurs sämtlicher Bundestagsparteien angetreten und hatte aus dem Stand 2,2 Prozent erreicht. Aber sie schien kaum Chancen zu haben, in den Bundestag zu kommen.

Die WASG war von enttäuschten Sozialdemokraten aus dem Umfeld der Gewerkschaften mit Blick auf die Bundestagswahlen im Herbst 2006 gegründet worden und befand sich gerade erst im Aufbau. Es fehlten ihr Geld, Organisation und mediales Echo. Wie andere Neugründungen zog sie auch etliche Sektierer an und war deshalb zusätzlich mit internen Auseinandersetzungen belastet.

Mit ihrem Minimalkonsens, die „soziale Marktwirtschaft" einzufordern, war die WASG grundsätzlich für ein breites Spektrum unzufriedener Bürger wählbar und erfüllte zudem eine hygienische Funktion, indem sie Protestwähler von neonazistischen Parteien abzog. Auch Linksliberale konnten sich in ihr aufgehoben fühlen. Zur FDP, die sich am ungehemmtesten von allen Parteien zum marktradikalen Umbau der Gesellschaft bekannte, stand sie allerdings in schärfstem Gegensatz. Insofern brauchte die FDP keinerlei Befürchtungen zu haben, die neue Partei könne ihr Wähler abspenstig machen.

Die Gefahr für die FDP kam von woanders her: Die WASG verwandelte sich nämlich fast schlagartig im Sommer 2005 von einer Randpartei zu einer ernstzunehmenden politischen Kraft, die das etablierte Vier-Parteien-System um eine fünfte Partei erweiterte und bei den bevorstehenden Bundestagswahlen sogar Grüne und FDP zu überrunden drohte. Plötzlich stand damit das Gespenst einer Großen Koalition aus Union und SPD im Raum, die sowohl die neue Partei als auch FDP und Grüne in die parlamentarische Opposition verweisen würde.

Lafontaine und Gysi kandidieren gemeinsam für die „Linkspartei“

Das Kunststück dieser fast schlagartigen Verwandlung vollbrachte der frühere SPD-Vorsitzende Oskar Lafontaine, der sich bereits Anfang 1999 mit Gerhard Schröder wegen dessen neoliberaler Politik überworfen hatte und sowohl als Bundesfinanzminister wie auch als SPD-Vorsitzender zurückgetreten war. Lafontaine ließ am 24. Mai 2005 verlauten, daß er bereit wäre, der WASG beizutreten, um dann gemeinsam mit Gregor Gysi von der PDS als Spitzenkandidat einer neuen Linkspartei anzutreten. Faktisch handelte es sich um eine Erpressung der WASG, deren Mitglieder zwar für eine punktuelle politische Zusammenarbeit mit der PDS zu haben waren, aber mehrheitlich ein Bündnis mit der PDS ablehnten.

Die PDS hatte bis dahin in den alten Bundesländern nie Fuß fassen können. Neben ihrer Vergangenheit als „Sozialistische Einheits-Partei“ (SED) der DDR lag dies auch daran, daß sie im Westen zu einem guten Teil ehemalige DKP-Mitglieder und Linkssektierer anzog, die weder den Wählern noch der PDS-Zentrale in Berlin geheuer waren. Der Coup von Lafontaine, die WASG als authentisch westdeutsche Protestpartei mit der PDS als einer in Ostdeutschland überaus starken Regionalpartei zusammenzuführen, durchbrach diese Isolation. Nach einigem Hin und Her einigten sich die Realpolitiker beider Seiten auf eine pragmatische Lösung, die den sozialstaatlichen Charakter der WASG und die damit verbundene Glaubwürdigkeit im Westen mit der Organisationsstärke und den finanziellen Mitteln der PDS verband: Aus Zeit-, Geld- und Organisationsgründen sollte die WASG nicht selber zur Bundestagswahl antreten , sondern ihre Spitzenkandidaten auf der Liste der PDS antreten lassen, die sich gleichzeitig in „Linkspartei“ bzw. „Die Linke“ umbenannte. Zumindest im Westen durfte die WASG davon ausgehen, daß die Kandidatenlisten - über die ausschließlich die PDS-Mitglieder zu entscheiden hatten - einigermaßen gleichmäßig besetzt waren und prominente WASG-Kandidaten im

Zweifelsfall den Vorrang vor unbekannten PDS-Mitgliedern bekamen. Um die ostdeutschen Wähler nicht allzusehr zu irritieren, konnte der alte Parteiname PDS der neuen Bezeichnung Linkspartei hinzugefügt werden.

Alle Parteien packen ihre neoliberalen Folterwerkzeuge wieder ein – bis auf die FDP

Schon durch ihre bloße Präsenz bewirkte die neue Linkspartei im Vorfeld der Bundestagswahlen, daß keine der großen Parteien sich noch traute, krass neoliberale Rezepte vorzulegen. Zum Teil wurden die Wahlprogramme sogar wieder geändert, weil die neoliberalen Folterwerkzeuge allzu deutlich daraus hervorlugten. Auch die Grünen entdeckten plötzlich wieder ihre soziale Verantwortung. Nur die FDP glaubte, der Rolle des neoliberalen Wadenbeißers weiterhin treu bleiben zu müssen und damit unter den neuen Umständen sogar reüssieren zu können.

Die CSU fühlte sich deshalb zur Mahnung an die Schwesterpartei CDU veranlasst, keine FDP-Positionen zu übernehmen und den Sozialstaat zu erhalten. „Der Neoliberalismus dieser Art hat keine Zukunft", erklärte der bayerische Landtagspräsident Alois Glück als Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission am 9. Juli in der „Süddeutschen Zeitung". Auch unter den Führungskräften der Wirtschaft habe die FDP mit ihren Positionen nur eine Minderheit hinter sich.

„Selbst die CDU versucht in Ostdeutschland inzwischen, die Linkspartei in der Arbeitsmarktpolitik verbal zu überholen", klagte seinerseits FDP-Generalsekretär Dirk Niebel am 25. Juli in der „Berliner Zeitung". Die Unionsparteien täuschten sich aber, wenn sie auf eine Große Koalition spekulierten: „Wer heute von einer Großen Koalition träumt, wacht womöglich morgen mit einer Linkskoalition auf." Entgegen ihren jetzigen Beteuerungen würden sich SPD und Grüne wahrscheinlich auf eine Koalition mit der Linkspartei einlassen, sobald es rechnerisch zur Mehrheit reiche.

Unverdrossen meinte der neue Generalsekretär Niebel, die FDP werde von der neuen Linkspartei sogar profitieren können: „ Die FDP kann ein enorm gutes Ergebnis kriegen, weil sich die anderen Parteien nach links öffnen und in der Mitte der Gesellschaft Platz für uns lassen. ... Wir sind das deutlichste Kontrastprogramm zur Linkspartei."

Es klang ein bißchen wie das Pfeifen im Walde.

Noch eine Chance für die Liberalen?

Unter diesem Titel - allerdings ohne Fragezeichen - veröffentlichte Karl-Hermann Flach 1971 seine Streitschrift für den Liberalismus. Die FDP kam darin nicht vor. Das war Absicht, denn die Frage nach den Chancen des Liberalismus war für Flach „die Frage nach der Zukunft einer menschenwürdigen Gesellschaft". Eine Menschheitsfrage verbindet man tunlichst nicht mit irgendwelchen Parteien, auch wenn diese sich als liberal bezeichnen.

Immerhin sah Flach in der FDP damals ein taugliches Vehikel, um liberale Politik zu betreiben. Sonst wäre er nicht ihr erster Generalsekretär geworden. Die FDP hatte Ende der sechziger Jahre ihre besitzbürgerlich-deutschnationalen Eierschalen abgestreift. Sie schien sich zu einer wirklich liberalen Partei zu entwickeln, für die Liberalismus in erster Linie ein politisches Credo und erst nachgeordnet ein wirtschaftliches Prinzip ist.

Dieser linksliberale Frühling der FDP währte aber nur kurz. Die Partei profitierte nicht im erhofften Maße von der Veränderung des geistig-politischen Klimas, die mit der „außerparlamentarischen Opposition" begonnen hatte. Die Parteistrategen trieben die FDP zurück in die Arme der Union. Ein großer Teil des linksliberalen Potentials kam fortan den Grünen zugute, die wenige Monate nach dem mutwilligen Bruch der sozialliberalen Koalition erstmals in den Bundestag einzogen.

Die liberale Auszehrung der FDP verstärkte sich unter dem Einfluß des sogenannten Neoliberalismus, der als ideologische Antwort des Westens auf den östlichen Totalitarismus entstand und eine verblüffende Ähnlichkeit mit seinem langjährigen Widersacher aufweist: Beide sind politische Heilslehren mit pseudo-wissenschaftlichem Anstrich. Beide mystifizieren den ökonomischen Unterbau der Gesellschaft zum bestimmenden

Faktor des politisch-kulturellen Überbaues. Wo der „Marxismus-Leninismus" auf Planwirtschaft und Gleichmacherei setzte, da proklamiert der Neoliberalismus das ungehemmte Spiel der Marktkräfte und singt das Hohelied der sozialen Ungleichheit. Beide setzen auf den starken Staat, um ihre Ziele zu erreichen. Beide sind Gegner des politischen Liberalismus, der sich nicht darauf verlassen will, daß die beste aller möglichen Welten naturwüchsig aus der Planwirtschaft oder aus dem freiem Spiel der Marktkräfte entsteht, sondern jedes gesellschaftliche System danach beurteilt, wieweit es dem Individuum tatsächlich ein Höchstmaß an Freiheit inklusive der notwendigen sozialen Voraussetzungen gewährt.

Karl Hermann Flach hat die Ziele des politischen Liberalismus folgendermaßen umrissen:

Liberalismus heißt Einsatz für größtmögliche Freiheit des einzelnen Menschen und Wahrung der menschlichen Würde in jeder gegebenen oder sich verändernden gesellschaftlichen Situation. Der Liberalismus ist nicht auf ein Gesellschaftsmodell festgelegt. Liberalismus bedeutet demnach nicht Freiheit und Würde einer Schicht, sondern persönliche Freiheit und Menschenwürde der größtmöglichen Zahl. Freiheit und Gleichheit sind nicht Gegensätze, sondern bedingen einander. Die Freiheit des Einzelnen findet ihre Grenze in der Freiheit des anderen Einzelnen, des Nächsten. Insoweit ist Liberalismus nicht Anarchismus, sondern auch eine politische Ordnungslehre.

Ein solcher Liberalismus ist an keine Partei gebunden und darf sich auch an keine Partei binden. Er kann allenfalls bestimmte Parteien favorisieren. Eine Zeitlang sah es so aus, als könnte die FDP dieser Favorit sein. Sie war jene Partei, in der Individualisten sich am heimischsten fühlen konnten. Obwohl ihr fast immer die Angst vor dem parlamentarischen Tod im Nacken saß, bewies sie in der politischen Auseinandersetzung oft mehr Anstand und Stil als andere Parteien. Dabei verfügte sie über erheblich mehr politisches Gewicht als ihrem Abschneiden bei

den Wahlen entsprach. Sie war aber von Anfang an eine ambivalente Partei, in der die alten Gegensätze zwischen Fortschrittspartei und Nationalliberalen, zwischen DDP und DVP, weiterlebten. Daß sie diese Spannweite aushielt - einen Thomas Dehler neben einem Friedrich Middelhauve, einen Werner Maihofer neben einem Erich Mende oder einen Burkhard Hirsch neben einem Guido Westerwelle - konnte ihr als weitere Tugend angerechnet werden.

Aber das Besitz- und Bildungsbürgertum, aus dem die FDP einst schöpfen konnte, gab es allmählich nicht mehr. Die zunehmende Vermittlung von Politik durch Fernsehbilder war an der Partei, ihren Wählern und ihrem Personal nicht spurlos vorbeigegangen. Im Bundestagswahlkampf 2002 nahm sich die Parteiführung erklärtermaßen das „Screendesign“ amerikanischer TV-Wahlspektakel zum Vorbild. Die FDP sollte wie ein Konsumartikel als „jugendlich, fröhlich, frisch“ verkauft werden. Falls diese Rechnung aufgegangen wäre, hätte Möllemann hervorragende Chancen auf einen Ministerposten gehabt, statt aus der Partei ausgeschlossen zu werden. Das sagt schon alles über die genauso raffinierten wie schwachsinnigen Konzepte der Parteistrategen.

Es kam indessen anders, und seit Ende 2002 befand sich die FDP in einer manifesten Krise. Es war nicht nur die Oppositionsrolle, die ihr zu schaffen machte. Es war das Führungspersonal, das bei ihr - wie auch bei den anderen Parteien oder in den Chefetagen der Wirtschaft - immer desolater wurde. Sie zahlte nun den Preis der seit 1982 erfolgten „Genscherisierung“, die vor lauter Taktik und kurzatmiger Strategie die liberale Perspektive verlor. Sowohl Westerwelle als auch Möllemann waren Zöglinge Genschers. Wenn man die beiden auf dem Scherbenhaufen des 18-Prozent-Wahlziels miteinander streiten sah, kam einem Heinrich Heines „Disputation“ zwischen dem Rabbi und dem Priester in den Sinn, wo es im letzten Vers heißt: „Welcher Recht hat, weiß ich nicht -doch es will mich schier bedünken,daß der Rabbi und der Mönch,daß sie alle beide ....“

Die Strafaktion gegen Möllemann sollte auch davon ablenken, daß der Irrweg der FDP mindestens ebenso durch Westerwelle repräsentiert wurde. Der Selbstmord Möllemanns befreite die Partei von der Gefahr einer konkurrierenden Neugründung. Sie nutzte diese Chance jedoch nicht, um durch Eintreten für bürgerliche Freiheiten, Rechtsstaatlichkeit und soziale Grundrechte in die Wählerschaft der Grünen einzudringen, die vor zwanzig Jahren die sozialliberale Klientel der FDP übernommen hatten und nun langsam aber sicher an Strahlkraft verloren. Sie verrannte sich vielmehr in einen dumpfen Marktradikalismus und machte sich zum Kläffer des neoliberalen Zeitgeistes. Sie wurde zu einer demagogischen und anti-liberalen Partei, wenn Westerwelle den Abbau von Arbeitnehmerrechten zur „Selbstbestimmung" des Individuums verklärte und die Entmachtung der Gewerkschaften als der „wahren Plage in Deutschland" verlangte. Die pausenlosen internen Auseinandersetzungen wären ein hoffnungsvolles Zeichen gewesen, wenn dabei der politische Grundkurs zur Debatte gestanden hätte. Die Dauerkritik an Westerwelle und seiner Generalsekretärin erschöpfte sich aber darin, daß sie es nicht verstünden, die neoliberale Mogelpakkung dem Publikum zu verkaufen. Von den letzten Linksliberalen in der Partei war unterdessen kaum mehr etwas zu hören. Sie wirkten nicht nur marginalisiert, sondern auch kastriert.

Unterdessen zeigten ein paar gestandene Gewerkschafter der FDP, was eine politische Harke ist, indem sie den wachsenden Unmut wegen der Erfolglosigkeit der neoliberalen „Reformen" der rot-grünen Bundesregierung zu einer neuen Partei bündelten. Die „Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit" (WASG) entstand als eine Partei, die den Kampf gegen Praxis und Ideologie des Neoliberalismus zu ihrem Daseinszweck erhob. Sie war damit der geborene Widersacher der FDP, profitierte aber zugleich von deren marktradikalen Tiraden wie früher die FDP von der ebenso regelmäßigen wie unfreiwilligen Wahlkampfhilfe des Franz Josef Strauß. Durch das Bündnis der WASG mit der PDS, die sich in „Linkspartei" umbenannte, ver-

änderte sich fast über Nacht das bundesweite Parteiengefüge. Aufgrund der Umfrageergebnisse mußte die FDP damit rechnen, nach den vorgezogenen Bundestagswahlen auf die Oppositionsbank verwiesen zu werden. Sie schien ideologisch wie politisch in einer Sackgasse gelandet zu sein. Man durfte auf das Ergebnis der bevorstehenden Bundestagswahlen gespannt sein.

Udo Leuschner
Die Geschichte der FDP

Als Zwitter aus liberalen Traditionen und schwarz-weiß-roter Unbelehrbarkeit mit deutlichen braunen Flecken betritt 1949 die »Freie Demokratische Partei« (FDP) die parlamentarische Bühne der neu gegründeten Bundesrepublik Deutschland. Sie gewinnt erst allmählich liberales Profil, erlangt aber als »Zünglein an der Waage« relativ starken Einfluss auf das politische Geschehen und überlebt als einzige der kleineren Nachkriegs-Parteien.

Der Journalist Udo Leuschner beschreibt in diesem Buch detailliert die Entwicklung der FDP. Er verdeutlicht, dass sie schon immer nur sehr bedingt eine Partei war, die im liberalen Sinne für Rechtsstaatlichkeit, bürgerliche Freiheiten und soziale Grundrechte eintrat. Vor allem in den letzten Jahren hat sie sich noch weiter vom politischen Liberalismus entfernt und zur Speerspitze eines marktradikalen »Neoliberalismus« gemacht, der im Grunde eher ein Neokonservativismus ist.

ISBN 3-86582-166-9
9 783865 821669 02080

www.edition-octopus.de

EUR 20,80